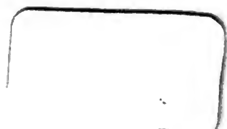
Deutsch-öste... Politik

Richard Charmatz





RICHARD CHARMATZ

DEUTSCH-ÖSTERREICHISCHE POLITIK

STUDIEN ÜBER DEN LIBERALISMUS UND ÜBER DIE AUSWÄRTIGE POLITIK ÖSTERREICHS



LEIPZIG, VERLAG VON DUNCKER & HUMBLOT. 1907.

Deutsch-österreichische Politik.

Richard Charmatz

Deutsch-österreichische Politik

Studien
über den Liberalismus und über die
auswärtige Politik Österreichs



Leipzig,
Verlag von Duncker & Humblot
1907.

Österreichs verdienstvollem Historiker und Publizisten

Herrn Dr. Heinrich Friedjung

in aufrichtiger Verehrung und wärmster Dankbarkeit

gewidmet.

Vorwort.

Nur wenige Worte möchte ich dem Buche mit auf den Weg geben, denn die Zeit selbst hat die Vorrede geschrieben. Durch Deutsch-Österreich hallt der Ruf nach einer neuen parteipolitischen Organisation des freiheitlichen Bürgertums, nach dem Bruche mit der Vergangenheit und nach dem beherzten Kampfe um eine bessere Zukunft. Da rechtfertigt sich eine Arbeit von selbst, die den Untersuchungen über die bürgerliche Politik gewidmet ist und mit den Argumenten der ruhigen Prüfung zuversichtlich zur zielbewußten Tat mahnt.

Es bereitet mir herzliche Freude, das Buch Herrn Dr. Heinrich Friedjung widmen zu dürfen, obwohl die von mir vertretenen Anschauungen in mancher Hinsicht von seinen Ansichten abweichen. Würde mich die Bewunderung des gefeierten Historikers allein leiten, dann bedürfte die Widmung keiner weiteren Erklärung. So aber drängt es mich noch, dem verdienstvollen Publizisten, der uns die Ereignisse des Tages in ihren großen Zusammenhängen erfassen lehrte, wärmstens zu danken. Herr Dr. Heinrich Friedjung, der in liebevoller Hingebung die Schicksale vieler Persönlichkeiten schilderte, die, für Österreich lebend und wirkend, von Österreich nur mit geringem Danke belohnt wurden, gehört selbst zu den Männern, die vom Staat wenig Anerkennung erfahren haben. Andere würden über die Grenze ziehen, Herr Dr. Heinrich Friedjung aber schafft ruhig weiter. Auch dieses Moment löst in mir Empfindungen

höchster Wertschätzung aus. Endlich darf ich des anspornenden Interesses gedenken, mit dem der Verfasser des „Kampfes um die Vorherrschaft in Deutschland" meiner publizistischen Tätigkeit zu folgen die Güte hatte. Die Freundlichkeit aufzumuntern ist in Österreich eine seltene Eigenschaft; kein Wunder, daß die Dankbarkeit zur unbegrenzten Dankesschuld wird.

Aufrichtigen Dank möchte ich an dieser Stelle auch dem verehrten Reichsrats- und Landtagsabgeordneten Herrn Professor Dr. Josef Redlich für sein mich gleich erfreuendes als ehrendes Wohlwollen sagen; ebenso meinem Freunde, dem Sekretär des „Bundes österreichischer Industrieller", Herrn Dr. Friedrich Hertz. Zuletzt, doch nicht am letzten, sei noch mein Freund Herr Leo Weiß für die Anteilnahme bedankt, mit der er die Arbeit begleitete, und für die Bereitwilligkeit, mit der er die Durchsicht der Korrekturbogen übernahm.

Als ich das Buch schrieb, stand mir die Devise: Pro patria! die mit Flammenschrift aus der Geschichte des Altertums hervortritt, vor Augen. Dies ist eine gute Losung; mit ihr übergebe ich den Band der Öffentlichkeit!

Wien, am 8. Juni 1907.

Richard Charmatz.

Inhaltsverzeichnis.

Berichtigung.

Auf Seite 9, Zeile 14 von unten soll es statt:

„. . . der Politik oder Phrasen müde, sehnt es sich nach einer Politik der wirtschaftlichen Erweckung“

richtig heißen:

„. . . der Politik der Phrasen müde, sehnt usw.

Einleitung.

Auf, gewalt'ges Österreich!
Vorwärts! tu's den andern gleich!
Vorwärts!
Vorwärts, fort und immer fort
Guter Wind und naher Port!
Vorwärts!
Ludwig Uhland.

Österreichs Bevölkerung hat sich bei der ersten ungetrübten Willenskundgebung gegen die traditionelle freiheitlich-bürgerliche Politik entschieden. In dem Staate, in dem vor drei Jahrzehnten die Deutschliberalen noch allmächtig waren, gingen kaum eineinhalb Dutzend deutschfreisinnige Reichsratsabgeordnete aus dem Hauptwahlkampfe hervor. Der 14. Mai war ein Gerichtstag mit einem erschütternden Ausgange. Nicht die Laune eines Augenblicks hat das Urteil gefällt; der Richtspruch erscheint wohl begründet, denn die traurige Entartung der bürgerlichen Politik in Österreich ließ ein anderes Verdikt gar nicht erwarten. Hätte auch nicht die Vergangenheit bleischwer auf den freiheitlichen Parteien des Bürgertums gelastet, so wären die widerlichen Vorgänge der Wahlbewegung schon geeignet gewesen, die Abkehr der Bevölkerung zu bewirken. Die freiheitlich bürgerliche Politik ist kläglich unterlegen, darüber hilft kein Selbstbetrug hinweg. Freilich, die Wähler haben nur über die Vergangenheit, nicht über die Zukunft abgeurteilt. Altes Gemäuer wurde in Trümmer gelegt: das ist klar. Erscheint aber auch der Aufbau eines neuen Gebäudes vereitelt, fehlt es an der Notwendigkeit, an Platz und an Material? Mit dieser Frage müssen wir uns eingehend beschäftigen. In der Vorahnung der Katastrophe sind die nachfolgenden Blätter entstanden, die sich mit diesem schicksalsschweren Probleme befassen. Es war vorauszusehen, daß der starke Lufthauch des Volksstimmrechtes alles Morsche und Dürre niederwerfen und bloß das Starke und Kräftige bestehen lassen werde[1]. Stark aber ist in der

[1] S. meine Aufsätze in der „Nation“, Berlin, in Dr. Friedrich Naumanns „Hilfe“, Berlin und im „Freien Wort“, Frankfurt a. M.

Politik nur die scharfausgeprägte Gesinnung, die Mannhaftigkeit. Im Sumpfe der Privilegien konnte das schwankende Rohr alt-österreichischer Parteien wurzeln, in der klaren Flut des allgemeinen gleichen Wahlrechtes vermögen sich einzig und allein die Felsen der Prinzipientreue zu behaupten. Das Volk will klar sehen, und so kam es, daß bei den Wahlen eigentlich bloß zwischen den Begriffen „Vorwärts“ und „Rückwärts“ entschieden ward. Deshalb kamen nur die Klerikalen in ihren verschiedenen Nuancierungen und die Sozialdemokraten in Betracht. Beide Gruppen repräsentieren Weltanschauungen. Der Klerikalismus ist wie ein Dom, der weithin die Blicke fesselt, er stellt ein geschlossenes Gebäude von Kultur- und Wirtschaftsansichten dar. Der Dom mag uns nicht gefallen, der Geist, der ihn erfüllt, gefährlich scheinen, aber es gibt in Österreich breite Schichten, die sich an den schlanken Türmen ergötzen und die das trübe, durch bunte Fenster gedämpfte Licht lieben. Auch die Sozialdemokratie ist mächtig durch ihren Zukunftsglauben, durch ihre programmatische Klarheit. Auf dem festen Grunde der Prinzipientreue — nicht als Doktrinarismus gedacht — erheben sich die Batterien, von denen die Geschosse ins feindliche Lager gesandt werden. Hier die schwarze, dort die rote Fahne: man ist auf einen Blick orientiert und weiß alles.

Wie schlimm sieht es in dieser Hinsicht mit den politischen Kampforganisationen des freiheitlichen Bürgertums aus. Italiens Neubegründer, der große Cavour, hat in einer feindurchdachten, wirtschaftlichen Fragen gewidmeten Rede ausgerufen: „In der Politik, wie in der Ökonomie, wie in der Religion werden die Ideen nur durch Ideen, die Prinzipien nur durch Prinzipien wirksam bekämpft.“ Welche Idee, welches Prinzip hatten nun die aus Alt-Österreich stammenden bürgerlich-freiheitlichen Gruppen ins Feld zu schicken? Ja, gibt es überhaupt festorganisierte Parteien der deutschen fortschrittlichen Bourgeoisie? Einige Wahlkomitees, die ad hoc zusammentreten, die von niemandem berufen, von wenigen beachtet werden, in denen meistens

altersgraue, mit der Zeit auf dem Kriegsfuße lebende, die Jugend zurückdrängende Bezirkspolitiker das große Wort führen, bestimmen die Kandidaten und leiten die Wahlen. Jeder innere Zusammenhang fehlt, oft rivalisieren in einem Wahlkreise zwei Städte, die Wahlbewerber mit gleichen Anschauungen einander gegenüberstellen und dem lachenden Dritten zu Nutz das Possenspiel eines Bruderkriegs aufführen lassen. Die Parteien bilden sich eigentlich erst im Parlamente, wo sich die Abgeordneten, die einander näher zu stehen vermeinen, zu Klubs vereinen. Daß diese Verbände nach außen hin keine Wirkung üben können, daß sie keine Massen hinter sich haben, muß nicht erst gesagt werden; über ihre Ohnmacht nach innen aber werden wir noch auf manchem Blatte berichten. So ist die Organisation des Bürgertums, das vorwärts blickt und strebt, beschaffen. Die einzelnen Parteien, die die Bürger zu starken Legionen zusammenfassen sollen, werden wir noch eingehend kennen lernen. Hier bloß einige Charakterzüge. Die Fortschrittspartei, die das Erbe des Alt-Liberalismus angetreten hat, ist ein Asyl für Leute der verschiedensten Anschauungen. Herzerquickend moderne Männer finden sich neben längst versteinerten Politikern, die einen schwärmen für die Großindustrie, die anderen arbeiten emsig an dem Gewebe des Zunftszwanges, weil es, wie ein wackerer Fortschrittsmann offenherzig einbekannte, seine Wähler in einer Kleinstadt so wollen; die einen sind Philosemiten, die anderen dulden keinen Juden in ihrer Mitte und die dritte Spezies endlich ist philosemitisch und antisemitisch zugleich, indem sie für ihren Teil die Antisemiten bekämpft, im Nachbarwahlkreise jedoch die Wahl eines Antisemiten befürwortet. Die deutsche Volkspartei hat nur von den Kurien und von der Ungeschicklichkeit des Grafen Badeni ihre Existenzberechtigung abgeleitet; da jetzt die Kurienmauern gesunken und die Stürme der Sprachenverordnungen überwunden sind, fällt die Daseinsmöglichkeit weg. Was diese Partei, die sich einst als mächtigste Gruppe des deutschen Bürgertums in den Vordergrund schob, an inneren Widersprüchen geleistet, durch

Schwanken und Schwenken gesündigt hat, spottet jeder Beschreibung. Obwohl einige sehr tüchtige Männer in ihrer Mitte wirken, mußte sie verfallen, weil sie in einer beständigen Angst vor den Wählern ihre Kräfte verzehrte, ihre Frische preisgab, ihre Bewegungsfreiheit untergrub und die gesunde Vernunft einer krankhaften, erniedrigenden Opportunitätssucht hinopferte. Die Freialldeutschen endlich haben ihr ureigenes Wesen enthüllt und sich selbst gerichtet, als sie — die aus dem Kampfe gegen Rom hervorgegangen sind — den Christlichsozialen de- und wehmütig ihre Stimmen verschacherten.

Das sind die Parteien, die das deutsch-österreichische Volk fallen ließ. Allein es wäre ein schwerwiegender Irrtum, wenn man aus dem Debacle der traditionellen Bourgeoisfraktionen trübe Schlüsse für die Zukunft ableiten wollte und sich mit den Wolken des Pessimismus umgeben würde. Man hört jetzt in Österreich oft die Meinung, daß die Zeit für eine selbständige Politik des freiheitlichen Bürgertums vorüber sei, daß sich Zisleithanien dem Zwei-Parteiensysteme nähere. Klerikal oder sozialdemokratisch: das soll die Frage sein. Nichts ist verfehlter, nichts irriger als diese Ansicht! Die freiheitlich-bürgerliche Politik gehört in Österreich nicht der Vergangenheit an; im Gegenteile: ihr gehört die Zukunft! Nur ist notwendig, daß sich die Bourgeoisie ermanne und erkennen lerne, welche Interessen auf dem Spiele stehen! Es muß sich ein politischer General wie Desaix finden, der Napoleon am Tage von Marengo, als eine verlorene Schlacht das Glück des Korsen zu begraben schien, zu einem neuen Sturm, zu einer neuen zweiten Schlacht ermutigte und einen unvergleichlichen Sieg an sein Banner heftete. Man vergesse doch nicht, daß die Parteibildungen von den wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Verhältnissen abhängig sind. Österreich, das weit hinter Deutschland zurückgeblieben ist, kann einer bürgerlich-freiheitlichen Partei nicht entraten, weil es eine Entwicklung durchzumachen hat, die ohne das Vorhandensein eines politisch fortschrittlichen, regen bürgerlichen Elements gar

nicht denkbar erscheint. Wir werden in diesem Buche die Erkenntnis gewinnen, daß Zisleithaniens Zukunft von der Gestaltung seiner Wirtschaftspolitik bestimmt wird. Österreich muß ein Industriestaat werden: das ist die Voraussetzung einer Blüte, ja einer ökonomischen Existenz überhaupt. Zum Industriestaate führt nur eine zielbewußte Industriepolitik. Das Bürgertum, das nicht zugrunde gehen will, wird sich in das politische Leben stürzen müssen, denn verschiedene Umstände — wir verweisen hier bloß auf das Problem: Wie ist der ungarische Markt zu behaupten, oder wie und wo ist für ihn Ersatz zu suchen? — drängen Österreich in neue wirtschaftspolitische Geleise. Die Sozialdemokratie kämpft für den modernen Wirtschaftsstaat; seine Vorbedingungen zu schaffen vermag nur das Bürgertum. Der Arbeiter kann den Unternehmer nicht erziehen, das Proletariat die Kapitalisten nicht mit frischem Geiste erfüllen. Wer das Pferd beim Schweife zäumt, wird nicht weit kommen. Die Erneuerung des österreichischen Wirtschaftslebens kann bloß vom Bürgertume ausgehen; die Erweckung, Aufrichtung und Stählung der Bourgeoisie vermag in Österreich lediglich eine moderne, freiheitliche, prinzipienstarke bürgerliche Partei auf sich zu nehmen. Darum: Bürgertum und Sozialdemokratie, nicht die Sozialdemokratie allein.

Diese neue Partei des Bürgertums gilt es nun zu schaffen. Den richtigen Weg zu weisen, hat sich dieses Buch zur Aufgabe gestellt. Die politische Geschichte, die Wirtschaftsgeschichte, die Erfahrungen der Gegenwart und das Studium der Volkspsyche bekräftigen uns in dem frohen Glauben an eine siegreiche, ruhmvolle Zukunft der bürgerlich-freiheitlichen Politik. Aber wer die heranwachsende Generation um sich scharen will, wer nicht zu erstarren, sondern sich zu verjüngen strebt, der darf nicht mit den Argumenten der Vergangenheit ausgerüstet, mit Waffen aus der Rumpelkammer behängt sein. Willst du in deiner Zeit wirken, so gehöre ihr ganz! Darum gibt es keinen

schlechteren, unheilvolleren, vernichtenderen Rat als den, das Alte zu konservieren und eine große deutsche Partei zu gründen, die eine Neuauflage der alten Schwäche, Unbeständigkeit, Hohlheit, Unklarheit und Tatlosigkeit sein müßte, weil sie alle Elemente der dem Niedergange geweihten deutschbürgerlichen Gruppen Alt-Österreichs in sich aufnehmen würde und in ihrer kleinlichen Ziellosigkeit weiter wirken ließe! Wer das Herz hat und es mit seinem Gewissen rechtfertigen kann, der möge das deutsche Bürgertum durch solche Fürsprache noch tiefer in den Sumpf hinein jagen. Wir aber rufen zur Umkehr, zur Einkehr, zur Selbstbesinnung auf. Haben Österreichs Bourgeoisie noch nicht genug Schicksalsschläge getroffen? Ist es nicht dem kurzsichtigen Auge offenbar worden, daß die freiheitlich-bürgerliche Politik eine neue Grundlage finden, das politische Denken einen neuen Inhalt, das politische Tun einen neuen Charakter erhalten müsse?! In bezwingenden Worten läßt Lenau seinen herrlichen Savonarola der Kirche Christi zurufen:

O legt nicht schlafen das Gewissen,
Seid wach und seid auf Gott gestellt;
Es ist ein schlechtes Ruhekissen
Die Sturmeswoge dieser Welt.
Es muß die Kirche sich erneuern;
Bald ruft ihr Gott in Schreck und Pein,
In Pest und wilden Kriegesfeuern
Erschütternd zu: Gedenke mein!

Möge doch dies deutsch-österreichische Bürgertum an eine politische Renaissance schreiten und sein Gewissen nicht schlafen legen. Überall im Auslande war die freiheitliche Bourgeoisie bemüht, den Kontakt mit der Zeit herzustellen. In England — wo sich das Parteileben allerdings in ganz anderer Weise abspielt und einen anderen Sinn als auf dem Kontinent hat — kann das Ministerium Campbell-Bannerman als Ausdruck des Neu-Liberalismus angesehen werden. Auf Frankreichs Boden ist die bürgerliche Demokratie seit den Zeiten Waldeck-Rousseaus für die bürgerlich-sozialistische Blockpolitik reif. In Deutschland haben Männer von einer

geistigen Potenz wie Dr. Friedrich Naumann und Dr. Theodor Barth mit Begeisterung für den Neu-Liberalismus gekämpft und wenn sie bisher auch keine überwältigenden praktischen Erfolge erzielten — der kulturelle Einfluß dieser beiden Streiter ist nicht leicht zu überschätzen — so trägt daran die Sozialdemokratie die Hauptschuld, die lieber Niederlagen als eine neue Taktik erträgt. Ganz anders liegen die Dinge in Österreich, wie wir im zweiten Teile dieses Buches des näheren dargetan haben.

Nicht nach einer Partei mehr herrscht in dem an Parteien so reichen Österreich Bedürfnis. Nicht eine, sondern die Partei des bürgerlichen Freisinns ist von nöten. Werden all die Männer, die schon in der Stickluft des altöstereichischen Parlaments durch ihre Einsicht, durch ihre Klugheit, durch ihren Freimut zu imponieren verstanden und werktätig mithalfen, Neu-Österreich zu begründen, die Führung übernehmen, werden die neuen Männer, die in den letzten Wahlkämpfen da und dort mit Erfolg aufgetreten sind, ihnen folgen? Gibt es in Österreich noch Opfermut, Idealismus und Geradsinn?! Wir hoffen es. Die morschen Balken, auf denen die Gruppenbildung im Staate der Kurien ruhte, sind zerfallen; der nationale Chauvinismus, der Antisemitismus, die entwürdigende Abhängigkeit von Coterien entscheiden nicht mehr. Nach großen weiten Zielen blickt das Volk aus; der Politik oder Phrasen müde, sehnt es sich nach einer Politik der wirtschaftlichen Erweckung. Niemals war daher die Zeit für eine Umwandlung des bürgerlichen Parteiwesens günstiger, niemals verlockender, als jetzt. Wer dennoch zaudert, der lese in der Biographie Garibaldis, des nimmermüden Kämpfers. Im Jahre 1860 war's; der berühmte Zug der Tausend wurde vorbereitet. Sizilien wollte befreit werden. aber Hiobsposten auf Hiobsposten liefen ein. Als eine Depesche Crispi meldete, daß die Vorbereitungen für den Zug fehlgeschlagen und Erfolglosigkeit dem Unternehmen winkte, da brach Garibaldi in Tränen aus. Aber sich wieder fassend, sagte er: „Geduld! Auch unsere Zeit wird kommen. Italien muß sein, es wird sein!“ Bald nachher hieß es schon: „Wir gehen

und zwar morgen!" und das Glück war mit den Tapferen. Möchte doch etwas von dieser Zuversicht die Männer durchdringen, die das Schicksal zu Führern des Deutschtums in Österreich ausersehen zu haben scheint!

* * *

Diese Arbeit will ein Handbuch der deutsch-österreichischen Parteipolitik sein. Sie soll nicht nur den Kurs, den die Flotte der Parteien zurückgelegt hat, zeigen, sondern eine Richtung für die künftige Fahrt suchen. Nicht als trockene Lektüre, als Anregungsmittel zum politischen Denken ist das Buch gedacht. Es wendet sich an die, die in Österreich leben und mit dem Staate durch ihr Empfinden und durch ihre Existenz verwachsen sind, es glaubt aber auch den landesfremden Beobachtern einen Fingerzeig für das richtige Verständnis der österreichischen Politik geben zu können. Bücher bestimmen nicht den Lauf der Geschichte, allein sie beeinflussen die Menschen und wirken so mittelbar auf das Werden zurück. Das allgemeine, gleiche Stimmrecht entfesselt in Österreich neue Kräfte, schafft früher ungeahnte Möglichkeiten und läßt Ziele als erreichbar erscheinen, denen sich früher nur der leichte Flug der Phantasie zu nähern vermochte. Auf dem Fundamente der Volkswahlen soll die Volksherrschaft entstehen. Die Demokratie kann jedoch bloß in einem bestimmten politisch-wirtschaftlichen Milieu erwachsen. Ein glückliches Österreich ist unser heißbegehrtes Ziel; wir fassen es ins Auge und wollen den Weg dahin erspähen. Vorerst bemühen wir uns, ihn im Geiste vorzuzeichnen, mit den Gedanken zu erfassen. Wer Österreich liebt, versuche es, mit uns zu wandern.

Werden wir uns zuerst über die Etappen klar. Unsere große Lehrmeisterin ist die Geschichte. Wir widmen ihr den ersten Teil des Buches, der von Alt-Österreich handelt. Um die Verhältnisse zu verstehen, müssen wir das Milieu kennen lernen. Deshalb fallen unsere Blicke zuerst auf die Entwicklung des Wahlrechts und da uns die Parteien besonders interessieren, betrachten wir gleich ihre Stellung zum

Stimmenrechtsprobleme. Das Privilegienwahlrecht hat bestimmte Erscheinungen hervorgerufen: sie zu erfassen ist unsere nächste Aufgabe. Haben wir nun gleichsam den Rahmen des politischen Lebens skizziert, so wollen wir jetzt die inneren Triebkräfte kennen lernen. Die Betrachtung des Nationalismus und Antisemitismus möge diesem Zwecke dienen. Nun heißt es, die Parteien an der Arbeit zu studieren. Ein lückenloses Bild würde eine lückenlose Geschichte Alt-Österreichs bedingen. Wir begnügen uns deshalb mit einigen Stichproben. Indem wir die allerwichtigsten Probleme des Privilegienstaates besprechen, und darlegen, in welcher Weise sie die Parteien berührten, gewinnen wir eine für unsere Beobachtung ausreichende Klarheit. Uns handelt es sich nicht darum, die Protokolle des Abgeordnetenhauses erschöpfend auszubeuten. Es ist daher am besten, nur immer ein gewissenhaft gewähltes Charakteristikon herauszugreifen. Auf unserer kurzen Wanderung durch die alt-österreichische Politik haben wir bereits ein Phänomen zu beobachten Gelegenheit gehabt: Vor unseren Blicken brach der Alt-Liberalismus zusammen und die Ursachen dieses Sturzes wurden uns offenbar. Jetzt gilt es, die gewonnenen Eindrücke zu verdichten. Noch einmal lassen wir die einzelnen Parteien an unserem geistigen Auge vorbeiziehen. Wir vertiefen uns in ihre Programme, die meistens bloß da waren, um nicht gehalten zu werden und sehen, wie ein Parteikahn nach dem andern entweder untergeht oder mit einem schweren Leck mühsam weiter strebt, aber statt vorwärts zurück schwimmt. Ein Gefühl der Hoffnungslosigkeit droht uns zu überkommen, Kleinmut wandelt uns an. Doch da tönen neue Glocken und scheuchen die gedrückte Stimmung weg: Das allgemeine Wahlrecht wird geboren, ein neuer Tag bricht an, er lockt zu neuen Ufern.

Die Vergangenheit hat unseren Blick für die Schwächen der alt-österreichischen Parteien gestärkt; wir wissen, was in Hinkunft nicht geschehen darf. Doch was ist von nöten? Nur die Untersuchung des Staates kann uns auf diese Frage Antwort geben. So beginnen wir denn mit einer Betrachtung

der wirtschaftlichen Kräfte und Erfordernisse den zweiten Teil unseres Buches, der sich mit Neu-Österreich befaßt. Da Zisleithanien ein Nationalitätenstaat ist, müssen wir uns auch klar werden, worin dessen besondere Bedürfnisse liegen und in welcher Weise sie auf das politische Leben einwirken. Eine kurze Weile verharren wir beim ersten Parlamente des allgemeinen gleichen Wahlrechts, um uns über die im Augenblicke tätigen Parteikräfte zu informieren, dann geht es weiter dem parteipolitischen Neuland zu. Was dem Staate not tut, haben wir erfahren, forschen wir jetzt nach den Voraussetzungen, die für die Erreichbarkeit des Notwendigen bestehen. Im Parlamente, von dem die Initiative zur Begründung der Demokratie ausgehen muß, stoßen wir zuerst auf die reaktionäre Masse. Wir wollen auch hier nicht alle Einzelheiten besprechen und uns nicht mit allen Spielarten beschäftigen. Deshalb befassen wir uns bloß mit der wichtigen Gruppe der Klerikal-Konserativen. Wird diese Zentnerlast immer auf Österreich drücken oder darf man hoffen, daß sich das Gewicht verringere? Um uns darüber aufzuklären, prüfen wir die wirtschaftlichen Grundlagen der Reaktion. Nicht um neue nationalökonomische Erkenntnisse ist es uns dabei zu tun; über Probleme, denen Jahrhunderte Bibliotheken gswidmet haben, müssen wir uns auf einigen Seiten Klarheit verschaffen. Nachdem wir die freudige Wahrnehmung machten, daß die Wurzeln der klerikal-konservativen Macht zu verdorren beginnen, daß die Zukunft für den Fortschritt des Staates licht und heiter erscheint, lenken wir unsere Aufmerksamkeit auf die Träger dieser Entwicklung, auf die sozialdemokratische Arbeiterschaft und auf das freiheitliche Bürgertum. Jetzt ist es auch an der Zeit, die Prinzipien für die freiheitlich-bürgerliche Politik der Zukunft zu überdenken.

Der dritte Teil dieser Schrift behandelt die auswärtige Politik des Habsburgerstaates. Wer das Haus im Innern umbauen will, wird wohl beachten müssen, wie es sich nach außen hin repräsentiert. Sehen wir demnach, wie sich die auswärtige Politik des Habsburgerstaates im letzten Jahr-

hunderte gestaltet hat; forschen wir nach unseren Kräften und fragen wir uns dann, was wir anstreben können, was wir zu bieten und zu verlangen haben.

Unzählige Fragen tauchen auf unserer Wanderung auf, groß und wichtig ist das Terrain, das wir durchmessen müssen. Wohlan! Die Reise beginnt. Scheuchen wir den Kleinmut von uns, ziehen wir rüstig aus, denn frohe Botschaft haben wir zu künden. Österreich ist nicht nur, wie Herr von Körber einmal sagte, es wird auch sein und machtvoll und glücklich in die Zukunft hinein ragen, wenn es will und wenn sein freiheitlich gesinntes Bürgertum mit geeignetem Rüstzeug und unter fähiger Leitung auf die Kampfesposten eilt!

Erster Teil.

Alt-Österreich.

„Wir sagen diese harten Dinge dem Liberalismus in seiner Eigenschaft als Scheinliberalismus, damit er sich bessere. Man züchtigt, was man liebt. Wir wollen den Liberalismus zu einer Wahrheit, den Knaben, welcher die Schule schwänzt, zu einem Manne erziehen."

Ferdinand Kürnberger, „Siegelringe". Aus: „Schaden und kein Spott".

1. Der Privilegienparlamentarismus.

Politik ist die Kunst, aus den Erfahrungen der Vergangenheit und den Erscheinungen der Gegenwart den richtigen Weg in die Zukunft zu finden. Wer sich mit Neu-Österreich, mit dem Staate des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechts, befassen will, der muß deshalb zuerst die jüngere Geschichte Alt-Österreichs überdenken und sich die Ereignisse in Erinnerung rufen, die zwischen der Revolution der Völker und der Revolutionierung der Geister in den letzten Jahren liegen. Es sind nicht glänzende Ruhmesblätter, nicht große Taten, Ideen und Kämpfe, sondern kleine und oft kleinliche Sorgen des Augenblicks. Der Zug ins Gigantische fehlt ebenso wie das Zusammenwirken und Zusammenstreben zielbewußter Kräfte; von einer konsequent fortgeführten Gestaltung des Staatslebens kann nicht die Rede sein und man fühlt sich unwillkürlich versucht, mit Herder auszurufen: „Zeiget mir einen Gedanken, auf daß ich mich erquicke".

Aber die Geschichte läßt sich nicht besser machen, als sie in Wirklichkeit ist, und die sprunghafte, von den verschiedensten einander entgegenwirkenden Einflüssen beherrscht gewesene Entwicklung Österreichs hat wenigstens den einen Vorteil, daß sie dem aufmerksamen Beobachter wertvolle, beherzigenswerte Lehren gibt. Lenken wir unsere Aufmerksamkeit zuerst auf den zisleithanischen Parlamentarismus, durcheilen wir seine fast sechzigjährige Fortbildung, die man kurz als den Kampf um die Demokratie

in Österreich bezeichnen könnte[1]. Das Parlament ist im Staatsleben, was in der Natur der Quell ist; mit hundert Adern saugt es die Volkskräfte auf, die dann als immer mächtiger anschwellender Strom der Gesetzgebung in das große Meer des internationalen Kultur- und Staatslebens münden. In der legislativen Körperschaft läßt sich, wie an einem Manometer die Dampfspannung, die soziale, geistige und ökonomische Struktur erkennen; die Geschichte des parlamentarischen Wahlrechts, die richtunggebend für die Entwicklung des Parlaments erscheint, ist daher in gewissem Sinne eine Widerspiegelung der Staatsgeschichte. —

Die Revolution des Jahres 1848 brachte Österreich die erste Volksvertretung. Die Märzbewegung hatte die Gewährung des konstitutionellen Regierungssystems zur Folge und die Maitage führten endlich dazu, daß von den vorgesehenen zwei Kammern Abstand genommen wurde. Das Wahlgesetz vom 1. Juni legte den Grundstein zu einer nur aus einer Körperschaft bestehenden konstituierenden Reichsversammlung. Im allgemeinen wurde für je 50000 Einwohner ein Abgeordneter ins Auge gefaßt; die Wahl hatte durch Wahlmänner zu erfolgen, zu deren „Ernennung“ alle österreichischen Staatsbürger ohne Unterschied der Konfession vom 24. Lebensjahre ab berechtigt waren, wenn sie seit sechs Monaten im Wahlbezirke ihren ordentlichen Wohnsitz hatten. Arbeiter gegen Tag- oder Wochenlohn, Dienstleute und Personen, die aus öffentlichen Wohltätigkeitsanstalten Unterstützungen genossen, waren allerdings vom Stimmrechte ausgeschlossen. Die Stimmabgabe konnte mündlich oder schriftlich geschehen. Bald aber ließ die Regierung die Schranke fallen, die das Proletariat von der Wahlurne fernhielt. Am 11. Juli schon vermochte der Wiener Sicherheitsausschuß die „braven Arbeiter“ zu verständigen, daß die Ausschließungsbestimmung aufgehoben worden sei[2]. Die

[1] S. meine Studie: Der sechzigjährige Kampf um die Demokratie in Österreich. Frankfurter Zeitung Nr. 76. Sechstes Morgenblatt, 11. März 1906.

[2] Maximilian Bach, Geschichte der Wiener Revolution im Jahre 1848, S. 363 ff.

Lebenstage des ersten österreichischen Parlaments waren kurz bemessen. Die Wiener Oktoberrevolution bewirkte die Verlegung nach Kremsier und ehe ein Jahr seit der Volkserhebung verfloß, sprach die Regierung Schwarzenberg die Auflösung des konstituierenden Reichstags aus. Der 13. März 1848 hatte Österreich zum verfassungsgemäß regierten Staate gemacht, am 7. März 1849 war das Intermezzo bereits zu Ende, denn die oktroyierte Konstitution vom 4. März 1849 blieb auf dem Papiere. Am 31. Dezember 1851 wurde sie auch formell aufgehoben.

Der Freiheitsschein, der im Revolutionsjahre am politischen Horizonte aufflammte, verblaßte rasch und immer dichter werdendes Gewölk ballte sich zusammen. Das absolutistische Österreich steuerte der Konkordatsära zu und schließlich kam es so weit, daß es sich seiner freiheitlichen Gesetzgebung zugunsten des Papstes begab[3]. Der unglücklich verlaufene Krieg mit Italien, die allgemeine Zerrüttung des Staatswesens, das Versagen aller Finanzquellen zwangen die Krone, neue Bahnen einzuschlagen und auf dem Umwege durch den „verstärkten Reichsrat“ zum Parlamentarismus zurückzukehren. Graf Goluchowski, der mittlerweile ans Ruder gekommen war, publizierte im Jahre 1860 das Oktoberdiplom, diese magna charta des Föderalismus. Der Widerstand der Deutschen und nicht zuletzt die Ablehnung durch die Magyaren, die gegen Deaks Absichten voreilig vom Baron Kemeny fünf Tage nach der Veröffentlichung des kaiserlichen Manifests im „Pesti Naplo“ ausgesprochen wurde, überwanden das Oktoberdiplom[4]. Damit waren auch die vier Landesstatute hinfällig geworden, die Goluchowski für Kärnten, Steiermark, Tirol und Salzburg herausgab und die durch die Bestimmung, daß die adligen Besitzer landtäflicher Güter den alten roten Ständefrack wieder aus den Schreinen hervorholen dürfen, hinreichend gekennzeichnet sind. Die Landtage hätten die Wahl in den mit einer sehr geringen

[3] S. meine Studie: Das österreichische Konkordat mit Rom. Monatsschrift „Deutschland“ IV. Jahrgang (1905), Berlin.

[4] Gustav Steinbach, Franz Deak. Wien 1888. S. 35.

Kompetenz für den Gesamtstaat eingesetzten Reichsrat in der Weise vorzunehmen gehabt, daß dem Kaiser Ternavorschläge unterbreitet worden wären, auf Grund deren er die Abgeordneten selbst ernennen konnte[5].

Am 15. Dezember 1860 wurde der Großdeutsche und Großösterreicher Anton Ritter von Schmerling zum Staatsminister ernannt. Mit diesem Tage beginnt einer der wichtigsten Abschnitte der österreichischen Verfassungsgeschichte. Schmerling war die Hoffnung und der Stolz der deutschliberalen Österreicher; stürmischer Jubel begrüßte ihn, und überschwengliche Begeisterung schien ihm Rosen auf den Weg zu streuen. Allein der neue Staatsminister enttäuschte seine Bewunderer, und seine Freunde ließen ihn gar bald empfinden, daß die Rosen spitze Dornen hatten. Schmerlings Biograph sagt von ihm, daß er zwei Tugenden besaß, die man selten in einem Individuum vereinigt findet, daß er nicht nur ein „großes Talent, sondern auch durch und durch ein Charakter" war[6]. Das letztere ist zweifellos richtig. Schmerling hat zweimal seinen Prinzipien die Ministerstellung hingeopfert. In Frankfurt am Main, wo er Präsident des ersten deutschen Reichsministeriums war und im gegenrevolutionären Österreich, dessen Justizportefeuille er bis zu der Zeit innehatte, da die Krone sich dem nackten Absolutismus zuneigte. Sein Talent jedoch wurde sicherlich überschätzt. In der Stadt der deutschen Nationalversammlung zeigte er während des Septemberputsches allerdings den starken Mann; dazu gehörte indes nicht viel, denn Frankfurt stand unter dem Schutze eines hessischen, eines preußischen und eines österreichischen Bataillons und die Barrikadenkämpfer waren nicht zu zahlreich. Als österreichischer Staatsminister ließ er Scharfblick und Tatkraft vermissen. Sein Name ist an die Februarverfassung des Jahres 1861 geknüpft, obwohl die eigentliche Urheberschaft derselben anderen

[5] Walter Rogge, Österreich von Vilagos bis zur Gegenwart, Leipzig. II. 88 ff.

[6] Arneth, Ritter von Schmerling. Episoden ans seinem Leben. 1835, 1848—49. Wien 1895. S. IV.

Männern zufällt. Der kalte, besonnene Verwaltungsminister Lasser, der schon im Jahre 1848 das Wort „Interessenvertretung“ [7] geprägt hatte, war der Wahlrechtsstratege des Kabinetts und der geistreiche, vielseitig gebildete Hans von Perthaler, der Erzieher zweier Erzherzoge, hat die juristische Arbeit geleistet. Ihm fielen die Aufgaben eines ersten Sektionschefs zu, und dennoch wollte es sein rätselhaftes Los, daß er niemals über den Rang eines simpeln Oberlandesgerichtsrats emporstieg; aus Kränkung hierüber starb er in verhältnismäßig jungen Jahren [8]. Der dritte Mitarbeiter Schmerlings war der deutsch-zentralistisch gesinnte Erzieher des Kaisers, Freiherr von Lichtenfels, der zum Präsidenten des Staatsrats erhoben wurde [9]. Doch Schmerling galt der Öffentlichkeit gegenüber als der Schöpfer der österreichischen Grundgesetze, als der Baumeister des Staates und ließ sich selbstgefällig „Vater der Verfassung“ und „Vater des Parlaments“ nennen [10]. Er übernahm die Verantwortung und heimste die Ehren ein, als die Februarverfassung hohes Ansehen hatte; er muß sich gefallen lassen, zur Verantwortung gezogen zu werden, seitdem man erkannte, daß sie in jeder Hinsicht vollständig verfehlt war und für das Reich förmlich zum Ruin ward.

Ehe man über Schmerling Gericht hält, ist es empfehlenswert, sich die politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse des Jahres 1861 zu vergegenwärtigen. Der Absolutismus hatte Österreich finanziell zugrunde gerichtet, der Liberalismus mußte dafür büßen. Freiherr von Czoernig erbringt den Nachweis, daß in den Jahren 1848—1855 die ordentlichen Ausgaben des Staates die Einnahmen um 352571885 Gulden überstiegen; nebst diesem Abgange gab es in dieser Periode noch außerordentliche Auslagen, die die Summe von

[7] Strakosch-Graßmann, Das allgemeine Wahlrecht in Österreich. Wien 1906. 7, 19.

[8] Hans von Perthalers auserlesene Schriften. Herausgegeben von Ambros Mayr. Wien 1883. I, 87 ff.

[9] Friedjung, Der Kampf um die Vorherrschaft in Deutschland, 6. Aufl., I, 44.

[10] Neue Freie Presse. Leitartikel vom 24. Mai 1893.

977 908 240 Gulden erreichten, so daß der Gesamtbetrag des Defizits 1 330 480 125 Gulden repräsentierte. Die Bedeckung dieses Abganges wurde zum größten Teile durch Staatsanleihen, durch die Herausgabe von Staatspapiergeld und durch die Aufnahme von Vorschüssen gewonnen, allein die Zinsenlast bedrückte den Staat furchtbar[11]. Bedenkt man, daß im Kriegsjahre 1859 Staatsobligationen im Betrage von 611 571 400 Gulden aufgenommen wurden, und daß der Bericht der „Wiener Zeitung" vom 30. April 1860 über den Stand der Staatsfinanzen für das laufende Jahr ein Defizit von 280 000 000 Gulden ergab, dann kann man sich ein Bild des trostlosen Zustandes, in dem sich der Habsburgerstaat befand, machen. Diese finanzielle Misere darf nicht aus den Augen verloren werden, denn ihr entspringt die sprichwörtliche Sparwut der zur Herrschaft gelangten Deutschliberalen, aus der sich später unausgesetzte Konflikte zwischen der Regierung und der Majoritätspartei des Parlaments entwickelten. Weiter bedenke man, daß das Konkordat und der Absolutismus Österreich geistig schwer bedrängten und das Kulturgetriebe fast gänzlich zum Stillstande brachten. Ganz Österreich, Ungarn, die Lombardei und Venedig zusammen wiesen im Jahre 1855 78 politische und 377 nichtpolitische Blätter auf. Die politischen Organe waren aber auch eigentlich nichtpolitische Zeitungen, da die Regierung die Redakteure durch Polizeiverwarnungen im Zaume hielt. Wehe dem Blatte, das sich zu rühren gewagt hätte; es wäre wie der „Lloyd" einfach unterdrückt worden. Schließlich muß man sich die Tatsache in Erinnerung rufen, daß die Gegenrevolution, wenigstens im heutigen Österreich, ohne Abwehr erduldet wurde, obgleich die Staatsmacht sehr geschwächt war, weil sie in Ungarn und in den italienischen Provinzen große Truppenmassen konzentriert halten mußte. Auch als der Krimkrieg den Habsburgerstaat 205 000 Mann unter die Fahnen rufen und mit seinen Truppen den Spaziermarsch in die Donaufürstentümer unternehmen ließ,

[11] Österreichs Neugestaltung. Stuttgart 1858. S. 180 ff.

schlummerte der Riese Volk und dachte nicht daran, die Fesseln, mit denen ihn die Regierung umwunden hatte, zu sprengen. Die breiten Massen der Bevölkerung dämmerten stumpf hin; sie hatten den Konstitutionalismus — die Wiener Proletarier ausgenommen — nicht begriffen und wünschten das unverstandene Gut nicht zurück. Den Verlust des Mitbestimmungsrechts des Bürgertums betrauerte einzig und allein die dünngesäte liberale Bourgeoisie, und diese glaubte genug getan zu haben, wenn sie aus vollem Herzen eine Kriegsniederlage für den Staat herbeisehnte, da sie ganz richtig voraussah, daß eine verlorene Schlacht für die Machthaber des Absolutismus ein begrüßenswerter Sieg für die Volkssache werden müsse[12]. Aus all dem Gesagten erhellt, wie groß die Versuchung für den Staatsminister Schmerling war, über die politisch erschlafften Massen bei der Schaffung des Parlamentes hinwegzusehen und sich mit dem Adel abzufinden, der vom Throne gestützt wurde, und im übrigen das Großbürgertum heranzuziehen, das als wirtschaftliche Macht Achtung erheischte und auf die einmal gekostete Freiheit nicht dauernd verzichten wollte[13].

Noch eine zweite Gefahr lag für Schmerling sozusagen in der Luft. Er war ein Bureaukrat, der die Menschen nach seiner Façon selig machen zu können vermeinte und an die Allgewalt der Gesetze glaubte, ohne einzusehen, daß die Nationen das Primäre seien und ein Recht darauf besitzen, sich voll ausleben zu dürfen. Das Oktoberdiplom hatte den Individualitäten der Völker keine Rechnung getragen, dafür aber doch die Individualitäten der Länder berücksichtigt und so den Slaven Österreichs und den Magyaren Ungarns wich-

---

[12] Anton Springer, Protokolle des Verfassungsausschusses im österreichischen Reichstage 1848/49 (s. den vortrefflichen Geschichtsüberblick). Leipzig 1885. S. XXI.

[13] Dr. Karl Renner (Rudolf Springer), der geistreiche scharfsinnige Vorkämpfer für die Demokratie und nationale Autonomie in Österreich, hat den interessanten Versuch unternommen, die Geschichte der nationalen und politischen Evolution aus der wirtschaftlichen Umwälzung des Staates abzuleiten. „Österreichische Rundschau“, 9. Band, 4. Heft, S. 289—298.

tige Konzessionen eingeräumt, indem es in die Landtage das Schwergewicht des Staates verlegte. Das Februarpatent hingegen erfüllten großösterreichische Gedanken. Die Charte Schmerlings suchte die Fäden zusammenzuziehen; sie wollte das Reich nicht dezentralisieren sondern zentraliseren, sie ließ die Königreiche und Länder fortbestehen, baute aber im übrigen ein festgefügtes einheitliches Österreich auf, in dem Ungarns Sonderstellung fast beseitigt wurde. Der Staatsminister und seine Mitarbeiter waren Josefiner: deutsch und österreichisch! so etwa lautete ihr Programm. Des großen Reformkaisers leitender Gedanke war nun die Zweckmäßigkeit gewesen und nicht etwa eine seichte Rechthaberei. Aus Zweckmäßigkeitsgründen hatte er den Staat zentralisiert und germanisiert; das geschah zwischen 1780 und 1790. Schmerlings Zeit fiel um acht Dezennien später. Er regierte in einer Epoche, der durch vier Jahrzehnte der nationale Kampf der Magyaren und Slaven vorausgegangen war. Ehe der erleuchtete Sohn Maria Theresias in Ungarn die deutsche Amtssprache einführte, ließ er bei der ungarischen Statthalterei anfragen, ob es anginge, die tote lateinische Amtssprache durch das lebendige magyarische Idiom zu ersetzen. Erst als ihm bedeutet wurde, daß der Einführung der magyarischen Amtssprache Schwierigkeiten entgegenstünden, weil die Kenntnis derselben nicht genügend verbreitet sei, entschied er sich für das deutsche Idiom. Gewiß, Schmerling wollte nicht im Sinne Josefs gewaltsam germanisieren, aber er bemühte sich, dem Deutschtume eine Stellung in Österreich einzuräumen, die den Verhältnissen nicht entsprach und die es künftig nicht behaupten konnte. Er suchte dem Deutschtume die Herrschaft im Staate zu erhalten und begnügte sich nicht damit, ihm die Führung zu sichern. Dies konnte nur durch willkürliche Beeinflussung des natürlichen Kräftespiels geschehen und Schmerling schreckte nicht davor zurück, diese vorzunehmen. So war das erste Schöpfungswort seiner Regierung: Es werde Unrecht! Mit dem Schmerlingschen Josefinismus hing auch das Bestreben zusammen, Ungarn durch die Gewalt der Paragraphe enge an das Reich

zu schmieden. Der österreichiche Staatsminister hat, wie die Ereignisse später gezeigt haben, die in der ungarischen Freiheitsbewegung liegenden Energien verkannt, allein mit ihm irrten die besten Köpfe unter seinen Gesinnungsfreunden. Schmerling hat nicht die geringste Voraussicht bewiesen oder nicht zu beweisen vermocht. Fröbel erzählt allerdings, daß Schmerling ihm gesagt habe, den Dualismus hätte auch er einführen können, aber der Monarch würde es nicht zugegeben haben. Vielleicht werden die Memoiren des Staatsmannes, die bei Lebzeiten Kaiser Franz Josefs unveröffentlicht bleiben müssen, einmal nähere Aufklärung bringen. Jedenfalls wurde anfangs der sechziger Jahre vielfach geglaubt, daß die Magyaren in das Prokrustesbett der Februarverfassung eingezwängt werden könnten, wenn es die Staatsgewalt ihnen gegenüber an der notwendigen Standhaftigkeit nicht fehlen ließe. Graf Anton Auersperg, der begnadete Dichter und aufrechte Politiker, ließ beispielsweise Ende April 1861 eine Schrift: „Die ungarische Bewegung und unsere Pflicht“ erscheinen, die sehr eingehend und kenntnisreich die Strömungen der ungarischen Geschichte aufzeigt und dennoch zu dem trügerischen Schlusse kommt, „daß die in Ungarn herrschende Aufregung eine periodisch wiederkehrende, mit dem Wesen des Magyarentums zusammenhängende Erscheinung sei, die nur dann unblutig verlaufe, wenn ihr die Freunde des Friedens mannhaft entgegenträten“[14] Wie immer: Mildernde Umstände machen Fehlgriffe nicht ungeschehen und das Wort der Staël, daß alles begreifen, alles verzeihen heiße, gilt für jeden, nur nicht für den Staatsmann, dessen Metier es ist, zu regieren, vorauszusehen.

Die Februarverfassung verwirklichte von den bescheidenen Wünschen der freiheitlichen Bevölkerungskreise nur wenige; von ihr wurde gleichsam ein Millionengeschenk erwartet und sie brachte bloß einen Bettel. Sie begründete

---

[14] P. von Radics: Anastasius Grün, Verschollenes und Vergilbtes aus dessen Leben. Leipzig 1879. S. 128 ff.

aufs neue das konstitutionelle Regierungssystem, doch dahinter stand der Oktroyierungsparagraph 13, der später eine traurige Berühmtheit erlangen sollte. Die Immunität der Abgeordneten und die Verantwortlichkeit der Regierung waren nicht garantiert. Die erstere wurde zwar bald gesetzlich festgelegt; die letztere durch einen Gesetzgebungsakt einzuführen, nahm Schmerling beharrlich Abstand. Er beschränkte sich lediglich auf feierliche Enunziationen, die die Verantwortlichkeit des Ministeriums aussprachen. Die Grundlage des Konstitutionalismus bildeten auch im zentralistischen Österreich der Februarverfassung die Landtage. Für sie wurde ein System der „Interessenvertretung" bestimmt, das in der Lasserschen Wahlkreisgeometrie eine wichtige Ergänzung fand. Werfen wir einen Blick auf den böhmischen Landtag. Er setzte sich aus 241 Mitgliedern zusammen; 4 Stimmen waren dem Episkopate eingeräumt, eine Stimme hatte der Rektor der Prager Universität; der Großgrundbesitz verfügte über 70 Stimmen, das Großbürgertum in den Städten und die Handelskammern waren mit 87 Mandaten vertreten, den privilegierten Wählern der Landgemeinden waren 79 Stimmen zugewiesen. Die erste Ungleichheit, die dieses Wahlsystem schuf, bildete — ganz abgesehen von dem Ausschlusse des größten Teiles der Bevölkerung — die annähernde Gleichstellung der Stadt- und Landbewohnerschaft, da die ländliche Einwohnerschaft eine unvergleichlich größere Kopfzahl hatte. In der Städtekurie entfiel durchschnittlich 1 Deputierter auf 11 666, in den Landbezirken auf 49081 Einwohner. Die zweite Ungerechtigkeit war die verschiedene Bemessung der Mandate in den deutschen und tschechischen Gebietsteilen des Landes. In den von Deutschen bewohnten Territorien repräsentierte ein Deputierter im Durchschnitte in den Städten 10315, in den Landgemeinden 40861 Seelen, in den tschechischen Gebieten 12020 beziehungsweise 53204[15]. Die Landtage wählten aus ihrer Mitte

[15] Louis Eisenmann, Le compromis austro-hongrois de 1867 Paris 1904. S. 283.

die Delegierten für das Abgeordnetenhaus. Die zisleithanischen Landtage entsandten 203 Mitglieder, die für sich allein den sogenannten engeren Reichsrat repräsentierten; für Ungarn waren 85, für Siebenbürgen 26, für Kroatien 9 und für das lombardo-venetianische Königreich 20 Mandate bestimmt. Das Verfahren für die Wahl der Delegierten wurde in den einzelnen Landesparlamenten verschieden gestaltet. Bleiben wir wieder beim böhmischen Beispiele. Der Prager Landtag entsandte nach Wien 54 Abgeordnete: die Großgrundbesitzer wählten davon in einem Kollegium 15 Vertreter, die Abgeordneten der Handelskammern 4; die Vertreter der Städte und der Landgemeinden waren dagegen in verschiedene territoriale Wahlgruppen zerlegt und zwar so, daß die ersteren 12, die letzteren 11 Kollegien bildeten. Auf diese Weise konnte der Wahlgeometrie ein neues Gebiet eröffnet werden. Der kleine niederösterreichische Landtag mit im ganzen 66 Mandaten war im Abgeordnetenhause durch 18 Deputierte vertreten. Die Abgeordneten Wiens bildeten eine Wahlgruppe, aus der 4 Abgeordnete für den Reichsrat hervorgingen, 5 entsandten die Prälaten und Großgrundbesitzer, 1 die Handelskammern. Die übrigen Mitglieder des Landtages bildeten eine Unzahl ungleicher Wahlgruppen, von denen die restlichen Vertreter für das Abgeordnetenhaus nominiert wurden.

Das Wiener Abgeordnetenhaus blieb ein Rumpfparlament. Die Vertreter des lombardo-venetianischen Königreichs erschienen niemals, ebenso war das unbeugsame Ungarn unvertreten. Die Tschechen verließen das Parlament im Juni 1863 und man mußte sich damit trösten, daß einige Monate später die Vertreter Siebenbürgens, feierlich begrüßt, ihren Einzug hielten. Dieses Privilegienparlament, dessen Schichtung 21 Jahre aufrechtblieb, hatte sich in der Bevölkerung nicht einzuleben vermocht. Der Konstitutionalismus ruhte nicht auf der breiten Masse, sondern auf einer ganz schmalen Schichte und wie der Tänzer auf einem Seile gegen einen Anprall viel weniger widerstandsfähig ist als auf dem festen Boden, so war das förmlich in der Luft

schwebende Abgeordnetenhaus gegenüber der Belcredi'schen Sistierung ohnmächtig. Im Jahre 1867 setzte die konstitutionelle Aera abermals ein, doch das neue zisleithanische Parlament — der alte engere Reichsrat — zeigte wieder Lücken; die Abstinenzpolitik wurde von den Tschechen beibehalten.

Die Einführung des allgemeinen gleichen Wahlrechts für den Norddeutschen Bund hatte für Österreich zunächst die Erfolge, daß die Arbeiterschaft in einigen Städten das politische Mitbestimmungsrecht für sich reklamierte. Am 7. Mai 1868 fand in Wien ein großer Arbeitertag statt, der das allgemeine Wahlrecht forderte. Eine Deputation dieser Versammlung, die beim Minister des Innern Giskra vorsprach, erhielt die Antwort, daß die Regierung nicht daran denke, eine „Pöbelherrschaft“ einzuführen.[16] Die Massendemonstration des Wiener Proletariats vor dem alten Reichsratsgebäude — dem sogenannten Schmerlingtheater — die am 13. Dezember 1869 ganz Wien in Aufregung setzte, richtete an die Regierung die dringende Forderung, das unbeschränkte Koalitionsrecht zu bewilligen und für die Einführung des freien Vereins- und Versammlungsrechtes, der Preßfreiheit und des allgemeinen Wahlrechtes Sorge zu tragen. Für den Fall der Nichtbefolgung dieser effektvoll vorgetragenen Wünsche wurde die Wiederholung drohend in Aussicht gestellt.[17] Die Volksstimme war erklungen, aber die Regierung ließ ihr Herz nicht erweichen. Sie ordnete die Einleitung eines hochnotpeinlichen Strafprozesses an, der zur Niederschlagung der sozialistischen Bewegung inszeniert ward. In der Anklageschrift führte der übereifrige Staatsanwalt aus, daß die Massenkundgebung als „ein Akt zur Ausführung des Eisenacher Programms erscheine und die Tendenz bekunde, die Zwecke und Ziele der sozialistischen Partei im Gewaltwege durchzusetzen.“[18] Die Arbeiterführer erhielten schwere

[16] Österreichs parlamentarische Größen. Leipzig 1872 S. 21.

[17] Heinrich Oberwinder, Die Arbeiterbewegung in Österreich. Wien 1875. 2. Aufl., S. 51.

[18] John Most, Memoiren. New-York 1903. II, 14.

Strafen zudiktiert und die Wahlreformbewegung verrann im Sande. Doch der wackere steirische Autonomist Rechbauer griff am 30. März 1870 das Problem im Abgeordnetenhause auf. Er brachte einen Antrag ein, der die Umbildung des aus dem Abgeordneten- und Herrenhause bestehenden Reichsrates in eine Länder- und in eine Volkskammer vorschlug. Das Volkshaus sollte durch direkte allgemeine Wahlen aller Steuerträger in der Art zusammengesetzt werden, daß auf je 50 000 Einwohner ein Abgeordneter entfällt und ein Drittel sämtlicher Vertreter durch die Bewohner der Städte, zwei Drittel durch die andern Bürger gewählt werden. Der Antrag Rechbauers fand im Ausschusse ein wenig ehrenhaftes Begräbnis.

Die Februartage des Jahres 1870 sahen ein neues Ministerium, die föderalistische Regierung Hohenwart. Der Liberalismus war für einige Monate an die Wand gedrückt worden und siehe da: die neuen Männer wagten es nicht, ihre Hände an die Interessenvertretung zu legen. Allerdings schuf Hohenwart den Typus der „Zehnguldenmänner“, da er verordnete, daß bei der Feststellung des Steuerzensus für die Wahlen nicht nur die direkte Steuerleistung sondern auch die Zuschläge zu berücksichtigen seien, eine Maßnahme, die von seinem Amtsnachfolger aufgegeben wurde. Aber die Reform der Landtagswahlordnung, die freilich auf dem Papiere blieb, stand im starken Widerspruche zu der Volksfreundlichkeit, mit der sich die Männer des Faschingsministeriums so gerne brüsteten. Für Niederösterreich hätte beispielsweise ein Zensus von zwanzig Gulden für Wien, acht Gulden für Wiener-Neustadt und fünf Gulden für die übrigen Landstädte in Geltung bleiben sollen. Interessant ist, daß Albert Schäffle[19] die direkte Steuerleistung, die nach dem erweiterten Wahlrechte für Böhmen auf einen Abgeordneten entfallen wäre, mit 60 218 Gulden für den Großgrundbesitz, mit 85 636 Gulden für die Städte und mit 117,750 Gulden für die Landgemeinden beziffert.

---

[19] Albert Schäffle, Aus meinem Leben. Berlin 1905. II, 29.

Das sind ganz ansehnliche Summen. Die Aufstellung zeigt, was Schäffle wohl nicht beweisen wollte, daß die Landleute, die durch einen Abgeordneten vertreten waren, doppelt so viel an direkten Steuern an den Staat abführen mußten als die Großgrundbesitzer, die sich der gleichen Vertretung erfreuen konnten.

Das liberale Ministerium Adolf Auersperg, das am 25. November 1871 eingesetzt wurde und das dem Zentralismus wieder die Stange hielt, rückte der Abstinenzpolitik entschlossen zu Leibe. Der Lasser'sche Rettungsgedanke bestand diesmal in der Emanzipation des Reichsrats von den Landtagen. Die Reichsratsabgeordneten sollten in Zukunft von der Bevölkerung gewählt und mithin nicht mehr von den Landtagen delegiert werden. Im Sommer des Jahres 1872 wurden im Schoße der Regierung die Detailpläne ausgearbeitet. Im Dezember desselben Jahres weihte das Ministerium die hervorragendsten Mitglieder der liberalen Verfassungspartei in das Vorhaben ein. In den Reihen der Liberalen herrschte durchaus keine Einigkeit. Dr. Herbst machte Opposition und mit ihm wurde sein engster Anhang „schwierig." Minister Lasser ließ sich indessen nicht irremachen und beruhigte die zaghaften Freunde mit den Worten: Herbst muß zur Arbeit herangezogen werden und Sie werden sehen, er wird noch die Berichterstattung über die Gesetzentwürfe übernehmen. So kam es in der Tat. Die Polen, die als Föderalisten gegen die Verkürzung der Landtage, sowie gegen deren Umgehung hätten frondieren müssen, wurden von der Regierung dazu gebracht, sich der Abstimmung zu enthalten, wofür ihnen die Berufung eines Landsmannministers zugestanden ward. Damit war der Vorlage die Majorität im Parlamente gesichert, denn die Abstinenzpolitik machte die Deutschen im „hohen Hause" zu gebietenden Herren. In weniger als einer Stunde war die Verfassungsänderung beschlossen[20]. Die Regierung versprach

[20] S. die eingehende Darstellung in der „Neuen Freien Presse" 1903 „Vor dreißig Jahren. Erinnerungen an die Kämpfe für direkte Wahlen." Von einem Freunde des Ministers Lasser.

sich von dem Schritte unendlich viel. Wie groß die Erwartungen waren, kann man aus der Herrenhausrede des Freiherrn von Lichtenfels ersehen.

„So möge denn dieses Gesetz," schloß der Redner, „der Entscheidung entgegengehen, ein Gesetz, ohne Zweifel das wichtigste, welches seit dem Bestande der Konstitution uns vorgelegt worden ist, ein Gesetz aber, rücksichtlich dessen wenigstens die Hoffnung lebt, daß es bestimmt ist, dem Reiche den inneren Frieden, Bestand, Festigkeit und damit auch jene kraftvolle Stellung in der Reihe der Großmächte zu verleihen, welche es dem österreichischen Adler, der gegenwärtig gedrückt durch unsere innere Lage, gesenkten Fluges seine Bahn verfolgt, möglich macht, sich wieder mit erneuten Schwingen zu jener Höhe zu erheben, welche der Erhabenheit und Würde der Krone entspricht, deren Symbol er ist."[21]

Trotzdem änderte sich nicht viel. Die Abstinenzpolitik ließ sich nicht überwinden und das sorgsam behütete Privilegienwahlsystem, das für die Landtage galt, wurde einfach für das Abgeordnetenhaus, dessen Mitgliederzahl auf 353 stieg, übernommen. Allein bei den direkten Wahlen für den Reichsrat mußte die Unsinnigkeit, die in den mannigfachen Zensusbegrenzungen lag, erst recht offenbar werden. Für Wien bestand ein Zensus von 10, für Graz von 15, für andere steirische Städte von 10, für Prag und Brünn von 20 Gulden. In den Städten der Bukowina, Galiziens und Dalmatiens erschienen nur die ersten zwei Drittel der steuerzahlenden Gemeindewähler wahlberechtigt. Für die ländlichen Wahlbezirke war die Wahlmännerwahl eingeführt. In den Landorten einzelner Kronländer, die drei Gemeinderatswahlkörper hatten, waren bloß die in den ersten beiden Wahlkörpern eingereihten Bürger zur Bestellung der Wahlmänner zugelassen. Für die Landgemeinden anderer Kronländer dagegen bestand ein bestimmter Steuerzensus, so in Mähren mit 5 Gulden[22]. In Gemeinden, in denen die Wahlkörperbildung entschied, konnte es vorkommen, daß Personen, die 30—40 Gulden Steuer zahlten, vom Wahlrechte

[21] Stenographisches Protokoll des Herrenhauses, VII. Session, 27. März 1873, S. 452.

[22] Strakosch-Graßmann, Das allgemeine Wahlrecht in Österreich, S. 34.

ausgenommen blieben, in anderen wieder genügte eine Steuerleistung von $1\frac{1}{2}$ Gulden, je nachdem, ob im Orte einzelne ganz besonders reiche Leute lebten oder durchwegs recht unbemittelte Einwohner[23]. Nach einer Statistik aus dem Jahre 1879 waren in Frankreich $25\frac{6}{10}\,\%$ der Bewohner, in Deutschland $21\frac{4}{10}\,\%$ und in Österreich $5\frac{9}{10}\,\%$ der Bevölkerung stimmberechtigt; allein diese Ziffern sagen nicht alles. Die Lasser'sche Wahlkreiseinteilung für den Reichsrat schwang sich zu den kühnsten Kombinationen empor und suchte mit allen Mitteln eine feste Stellung für das Deutschtum zu verbürgen. Die deutschen Städte Mährens mit 430000 Einwohnern erhielten, um einen Vergleich anzustellen, 13 Mandate, den vorwiegend tschechischen Landbezirken dieser Markgrafschaft wurden 11 Abgeordnete zugebilligt, obgleich hier 1600000 Einwohner zu vertreten waren. Doch die künstlich gewonnenen Positionen der Deutschen konnten nicht gehalten werden, unzählige für sie ausgeklügelte Mandate gingen im Laufe der Jahre an andere Volksstämme über. Die Schutzvorrichtung erwies sich als wertlos, ja geradezu als nachteilig. Dauernde Erfolge brachte sie nicht, dafür aber lud sie Haß und Groll auf die Parteifreunde Lassers, die für seine Schöpfung zur Rechenschaft gezogen wurden.

* *
*

„Andre Zeiten, andre Vögel; andre Vögel, andre Lieder," meint Heine. Das trifft jedoch in der österreichischen Wahlrechtsgeschichte nicht ganz zu. Im August 1879 wurde der getreue Graf Taaffe, des Kaisers einstiger Jugendgespiele, zum zweiten Male Ministerpräsident, das 14jährige Regime nahm seinen Anfang. Das Parlament gewann ein neues Aussehen. Die Tschechen Böhmens suchten ihre lange leergebliebenen Sitze auf, das übrige hatte die Einflußnahme der Regierung auf die Großgrundbesitzerkurie besorgt. Die

[23] Stenographisches Protokoll des Abgeordnetenhauses, IX. Session, 17. März 1882. Rede Dr. Herbsts S. 7480.

einstige Majorität war zur Minorität geworden, das Staatsschiff schlug jetzt einen anderen Kurs ein. Nach einer Richtung jedoch vollzog sich kaum ein Wandel: in der prinzipiellen Stellung zum Wahlrechte. Am 28. Januar 1881 beantragten die Abgeordneten Kronawetter, Fürnkranz, Schönerer und Steudel die Einführung des allgemeinen, gleichen Wahlrechts, und die wenigen wirklichen Volksvertreter im Hause der Kurieninteressen setzten sich mutig für ihr Ideal, für ein Volksparlament ein. Der Wiener Demokrat Steudel argumentierte kurz: „So geht es nicht weiter. Das Volk ist ausgesogen, ein ausgesogenes Volk bedeutet aber einen ruinierten Staat. Zu retten ist der Staat nur dadurch, daß eine allgemeine Teilnahme des Volkes am öffentlichen Leben stattfindet . . .“ Das Abgeordnetenhaus jedoch lehnte es ab, diesen Antrag an einen Ausschuß zu weisen. Die Mitglieder des „eisernen Rings“ blieben stumm, sie fanden es nicht einmal der Mühe wert, der demokratischen Anregung zu einem zu nichts verbindenden Achtungserfolge zu verhelfen. Der liberale Abgeordnete Auspitz polemisierte gegen das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht und versagte dem Antrage die Unterstützung, der deutschliberale Abgeordnete Fux dagegen setzte sich für die Zuweisung an den Ausschuß ein. Das Jahr 1882 ist für die Ausgestaltung des Parlaments von Bedeutung. Die herrschenden Männer hüteten sich zwar, an dem Prinzipe der Interessenvertretung zu rütteln, doch setzten sie wenigstens den Steuerzensus für die Kurien der Städte und Landgemeinden auf 5 Gulden herab. Die Majoritätsparteien der Achtzigerjahre haben sich auf diese Reform viel zugute getan. Mit Unrecht, denn es ist keine Stimmrechtserweiterung aus Prinzip, sondern aus Egoismus gewesen. Überdies gingen sie mehr gezwungen als freudig ans Werk.

Die Wahlreform des Jahres 1882 zerfällt in zwei Teile: 1. in die sogenannte Lex Zeithammer, die in dem Vorschlage gipfelt, in Böhmen den fideikommissarischen Großgrundbesitz in einer besonderen Gruppe wählen und den nicht fideikommissarischen Großgrundbesitz statt in einer Gruppe

in fünf Wahlkreisen das Stimmrecht ausüben zu lassen; 2. in die Lex Lienbacher, die sich mit der Herabsetzung der Steuergrenze für die Privilegienwähler befaßt. Es ist richtig, daß der Antrag Lienbacher früher eingebracht wurde als der Antrag Zeithammer, allein beide blieben vorerst im Wahlreformausschusse, der vom März 1881 bis zum Januar 1882 feierte, liegen. Erst das Herannahen der Ergänzungswahlen für den böhmischen Großgrundbesitz rüttelte die säumigen Reformer auf. Graf Taaffe erschien im Ausschusse; er akzeptierte die Lex Zeithammer, von der Lex Lienbacher sagte er nur, daß dieselbe sehr weit gehe und da die Regierung keine Daten zur Verfügung habe, könne sie darüber nicht schlüssig werden. Hierauf wurden die Anträge — es befand sich auch ein neuerlicher weitergehender Antrag des Abgeordneten Dr. Kronawetter darunter — einem Referenten zugewiesen, und dieser übergab am 25. Februar dem Abgeordnetenhause einen Gesetzentwurf, in dem von den Fünfguldenmännern keine Rede war. Am 6. März erst nahm er sich der Lex Lienbacher an; es scheinen der Majorität mittlerweile denn doch Skrupeln aufgetaucht zu sein[24]. Die deutschliberale Opposition hat allerdings auch keine glückliche Haltung eingenommen. Sie bekämpfte die gegen sie gerichtete Lex Zeithammer, überbot aber gleichzeitig die Lex Lienbacher, indem sie durch den Minoritätsberichterstatter Dr. Herbst einen Zweiguldenzensus für die Landgemeinden befürworten ließ[25]. Der Oberösterreicher Pflügl hatte die Lacher auf seiner Seite, als er der „Linken" vorhielt, sie hätte mit ihrem Zweiguldenenthusiasmus vor einigen Jahren alle Welt entzücken können, während sie jetzt nur Mißtrauen zu erwecken vermöge[26]. Der liberale Graf Wurmbrand stellte übrigens fest, daß er vor einem Jahre die An-

[24] Sten. Prot. d. Abgeordnetenhauses, IX. Sess., 20. März 1882, Rede des Dr. Sturm S. 7564.

[25] Sten. Prot. d. Abgeordnetenhauses, IX. Sess., 17. März 1882, S. 7477.

[26] Sten. Prot. d. Abgeordnetenhauses, IX. Sess., 18. März 1882, S. 7542.

schauung vertreten hatte, seine Parteifreunde mögen die Wahlreform ins Rollen bringen; indes, seine Gesinnungsgenossen dachten damals anders.

Im Hause des Großgrundbesitzes und der Fünfguldenmänner verschwand die Wahlreformfrage für einige Zeit von der Tagesordnung. In Wien herrschte der Ausnahmszustand, der die sozialdemokratische Bewegung, die das Ministerium Taaffe für staatsgefährlich hielt, niederdrückte. Im April 1891 brachten mehrere Deutschnationale und Christlichsoziale einen Antrag ein, der das Wahlrecht für alle Steuerzahler forderte. Einige Monate später verlangte der Abgeordnete Pernerstorfer die Einführung des allgemeinen, gleichen und direkten Stimmrechts, ohne irgendeinen Effekt zu erzielen. Unterdessen war die sozialdemokratische Bewegung wieder lebendig geworden, der Kampf um die Demokratie wurde vom Proletariate aufgenommen. Da kam die Regierung im Parlamente ins Gedränge. In seiner verzweifelten Situation griff Graf Taaffe nach der Wahlreform, die sein Finanzminister Dr. Steinbach ausgeheckt hatte und die unter Mitwirkung des Erzherzogs Albrecht ausgearbeitet worden war [27]. Im Herbste 1893 überraschte die Regierung das Parlament mit einem Gesetzentwurfe, der in der Städte- und in der Landgemeindenkurie das allgemeine gleiche Wahlrecht allen großjährigen Staatsbürgern einräumte, die dieses 1. schon früher besessen haben, 2. die vor dem Feinde gestanden sind und 3. denen, die den Bildungsnachweis erbringen und die Erfüllung der militärischen Stellungspflicht dartun können. Den Bildungsansprüchen genügte nach § 9b jeder, „der in einer in Österreich landesüblichen Sprache des Lesens und Schreibens mächtig“ war. Daneben sollten die Kurien des Großgrundbesitzes und der Handelskammern fortbestehen.

Die Vorlage der Regierung zuckte wie ein Blitzstrahl in die dumpfe Atmosphäre des Parlaments. Sie hätte den Reichsrat nicht vom Grunde aus umgestaltet, aber jedenfalls einen vielversprechenden Schritt nach vorwärts bedeutet.

---

[27] Josef Penizek, Aus bewegten Zeiten. Wien 1906. S. 24.

Die Regierung wäre in ihrer mißlichen Lage auch bereit gewesen, das Ideal der Demokratie unverkümmert zu verwirklichen — Graf Taaffe ließ dies zumindest in einem Gespräche mit einem Wiener Abgeordneten durchblicken — doch sie war aus praktischen Erwägungen gezwungen, die neuen Volkskurien mit der bestehenden Feudalkurie zu vereinen. Das Ministerium glaubte, die Wahlreform wirklich durchführen zu können, und da es die Aussichtslosigkeit erkannte, eine Zweidrittelmajorität um sich zu scharen, schlug es nur solche Änderungen vor, die nach den Auslegungen des Parlamentspräsidenten Dr. Smolka im Jahre 1882 mit einer einfachen Mehrheit vollführt werden konnten. Allerdings darf man nicht außer acht lassen, daß es in Galizien, in der Bukowina und in Dalmatien nur 407 584 schreibkundige Männer über 24 Jahre gab, wogegen in diesen Ländern nach dem alten Wahlrechte 657 838 Wähler vorhanden waren[28]. Bei der hohen Analphabetenziffer in Zisleithanien wäre also die Erweiterung des Wahlrechtes für die kulturell tieferstehenden Nordost- und Südteile Österreichs nahezu illusorisch gewesen; eine nennenswerte Fortentwicklung hätte sie bloß in den innerösterreichischen Gebieten mit sich gebracht.

Wie war nun die Aufnahme der Neuerungsvorschläge bei den Parteien? Man kann sagen, daß von dem Tage ab, an dem Graf Taaffe sein Wahlrechtsschwert aus der Scheide zog, der Verfall des deutschösterreichischen Liberalismus Riesenfortschritte machte und zur völligen Erschlaffung führte. Die Partei des Herrn von Plener, die seit dem deutsch-tschechischen Ausgleiche zu der Regierung freundschaftlichere Beziehungen unterhalten hatte, ging zur Opposition über. Damit gab sich der Liberalismus den Angriffen der Gegner preis, denn genau besehen kam der Taaffe'sche Reformentwurf den Wünschen dieser Gruppe nach; hatten die Liberalen ja in den achtziger Jahren erklärt, daß die Schulbildung eine Voraussetzung für das Wahl-

[28] Hainisch, Wittelshöfer, Philippovich: Zur österreichischen Wahlreform. Wien 1895. S. 27.

recht sei. Sie verschlossen sich auch nicht der Reformbedürftigkeit des Parlaments — Plener kehrte zu seiner alten Liebe, den Arbeiterkammern, die im Abgeordnetenhause vertreten sein sollten, zurück und Baernreither wollte die in die Krankenversicherung einbezogenen Arbeiter in einer eigenen Kurie zusammenfassen und mit 20 Mandaten bedenken — sie boten jedoch nur ein Angeld statt der längst fälligen Zahlung. Indes, nicht bloß die liberale Partei opponierte; selbst der damals noch seitab stehende Klub der deutschen Nationalpartei sprach sich in einer Vertrauensmännerversammlung vom 5. November gegen das gleiche Wahlrecht aus; Dr. Steinwender verlangte die Angliederung einer allgemeinen Wählerklasse mit 80—100 Mandaten an das bestehende Kuriensystem [29]. Gleich ablehnend verhielten sich die Klerikalen, deren Führer Graf Hohenwart sich mit einem halb völkischen, halb genossenschaftlichen Wahlverfahren zu befreunden begann [30]. Um so eifriger setzten sich die Christlichsozialen für die Wahlreform ein, wodurch sie sich mit dem Glorienscheine der Volkstümlichkeit umgaben und gegenüber den Liberalen, die sie in Wien und Niederösterreich sieghaft verfolgten, eine neue Waffe erlangten. Dr. Kronawetters ernstes Bestreben, der Jungtschechen, der Ruthenen und der Südslaven warmes Eintreten für die Taaffe'sche Reform konnte diese nicht retten. Vielleicht wäre es der Sozialdemokratie durch eine verstärkte Agitation möglich gewesen, der Regierung Taaffe einen Rückhalt im Volke zu verschaffen; die Arbeiterpartei hat jedoch damals nicht den notwendigen Elan aufgebracht und das Ministerium stürzte. Es wurde von der Koalition, die sich aus den Liberalen, den Klerikalen und den Polen gebildet hatte, hinweggeblasen.

Das „Koalitionsministerium“, das der Regierung Taaffe folgte, mußte dem Drängen der Arbeitermassen, die mittlerweile auf die Gasse gezogen waren, Gehör schenken.

---

[29] „Neue Freie Presse“ November 1893.
[30] „Das Vaterland“, Wien, 10. März 1894.

Die „Argumente von der Straße“ fielen schwer in die Wagschale, obwohl dies Fürst Windischgrätz leugnete. Im Jahre 1895 brütete der Wahlreformausschuß des Parlaments einen Reformvorschlag aus, der den polnischen Abgeordneten Rutowski zum Paten hatte. Eine höchst sonderbare Reform wurde vorgeschlagen: Es sollte eine neue Wählerklasse mit 13 Mandaten für alle in die Krankenversicherung einbezogenen Arbeiter gebildet werden. Eine weitere Wählerkurie mit 34 Mandaten hätte alle Steuerträger zu umfassen gehabt, welche noch nicht wahlberechtigt waren, mithin weniger als 5 Gulden an Steuern zahlten. Zur rechten Zeit wurde die Koalition gesprengt. Mit ihr fiel Rutowskis famoser Plan. Allein die Frage der Wahlrechtserweiterung wurde immer brennender. Im Februar 1896 mußte Graf Badeni dem Abgeordnetenhause eine Reformvorlage unterbreiten. Zu den 353 Abgeordneten des Privilegienparlaments traten 72 Volksvertreter der neuen, allgemeinen Wählerkurie hinzu. Während der Großgrundbesitz mit etwa 5000 Wählern 85, die Handelskammern mit etwa 550 Vertretern 21, die Städte mit etwa 500 000 Wählern 118, die Landgemeinden mit etwa 1½ Millionen Wählern 129 Parlamentssitze zu vergeben hatten, wurden der fünften, allgemeinen Wählerkurie mit 5 Millionen Wählern nur 72 Mandate zugewiesen. Stimmberechtigt war in ihr jeder mehr als 24 jährige, sechs Monate in seinem Wohnorte ansässige Staatsbürger. Die Vorschriften für die Stimmenabgabe waren in den einzelnen Kronländern verschieden: teils wählte man geheim und direkt, teils mündlich und durch Wahlmänner. Für die beiden Privilegienkurien der Städte und der Landgemeinden wurde der Zensus auf vier Gulden ermäßigt.

Als Berichterstatter des Wahlreformausschusses fungierte im Abgeordnetenhause der liberale Abgeordnete Dr. Götz. Er apostrophierte das Parlament mit den pastoralen Worten: „Fürchten Sie das Volk nicht, stimmen Sie für unseren Antrag, der nichts anderes will als Gerechtigkeit!“ Das Verhalten der einzelnen deutschen Gruppen bei der Verhandlung der Badenischen Wahlreform war grundverschieden. Die

Liberalen traten für sie ein, weil sie ihnen ein volkstümliches Werk zu sein schien, die Deutschnationalen stimmten dafür, obgleich sie im Interesse des Volkes radikalere Vorschläge wünschten. So sagte der Abgeordnete Prade, das Mitglied der deutschen Volkspartei, daß er als freiheitlich und national gesinnter Mann das allgemeine, gleiche, direkte Wahlrecht bevorzuge[31]. Die Klerikal-Konservativen hatten schon bei der ersten Lesung durch den Grafen Falkenhayn die Erklärung abgegeben, der Vorlage wohlwollend gegenüberzustehen und diese als ein Provisorium zu betrachten, das ihnen Zeit lasse, eine auf konservativen Grundsätzen aufgebaute Wahlordnung zustande zu bringen[32]. Der klerikale, aber weiter links stehende Abgeordnete Dr. Ebenhoch veröffentlichte um diese Zeit ein Buch, in dem er das allgemeine Wahlrecht auf das entschiedenste verwarf und sogar bedauerte, daß dieses Prinzip auf Umwegen in die österreichische Verfassung Eingang gefunden hatte; er schwärmte hingegen für das berufsgenossenschaftliche Wahlsystem[33]. Die Christlichsozialen hinwieder legten eine Lanze für das allgemeine, gleiche Wahlrecht ein, und ihr Matador, Prinz Alois Liechtenstein, sagte treffend von den Privilegien, daß sie eine bedauerliche Kehrseite haben: sie sind eine Bastei, welche dem Neide sehr viele Angriffspunkte bietet, indessen die Wehrhaftigkeit der Besatzung abnimmt, je länger sie geschützt wird[34].

Das nächste Kapitel der zisleithanischen Parlamentsgeschichte bildet die Brücke, die von Alt-Österreich nach Neu-Österreich führt. Der nächste Markstein ist das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht. Hat das Februarpatent „die Rechte und Freiheiten der treuen Stände nach den Verhältnissen und Bedürfnissen

[31] Sten. Prot. d. Abgeordnetenhauses, XI. Sess., 22. April 1896, S. 24352.

[32] Sten. Prot. d. Abgeordnetenhauses, XI. Sess., 20. Februar 1896, S. 22647.

[33] Dr. Alfred Ebenhoch, Wanderungen durch die Gesellschaftspolitik. Linz a/D. 1896. S. 71 u. 73.

[34] Sten. Prot. d. Abgeordnetenhauses, XI. Sess., 20. Febr., S. 22650.

der Gegenwart zu entwickeln und umzubilden" versprochen, so räumt die letzte, einschneidende und langersehnte Reform des Abgeordnetenhauses endgültig mit den anachronistischen Überresten des Ständewesens auf. Die Geschichte dieses Überganges hier ausführlich zu schreiben, hätte keinen Zweck, denn wir alle haben sie erlebt; wir waren dabei, wie Österreich jung wurde. In Rußland hatte das Volk die Fesseln abgestreift, der Hort der Reaktion wurde wie mit einem Zauberschlage zur Wiege der Freiheit. Von der Newa strich ein frühlingslinder Wind belebend, erfrischend zur Donau: die Wünsche nach Volksrechten wurden stärker rege. Zur selben Zeit war der Habsburgerstaat in eine Krise geraten, das rostige Räderwerk der Reichsmaschine stand still. Ungarn befand sich im Ex lex-Zustande, sein altehrwürdiges Parlament versagte; der Gesamtstaat mußte sich ohne ein ordnungsgemäß bewilligtes Budget fortfretten; die Armee war ohne Kräftezufluß geblieben. Da wurde es auch den Herrschenden klar, daß Österreich-Ungarn erhalten Österreich-Ungarn reformieren heiße. Herr von Gautsch wollte sich anfangs gegen die Notwendigkeit auflehnen, aber nach den großartigen eindrucksvollen Massenkundgebungen vom 28. November 1905 wurde er anderen Sinnes. Die Krone, die Regierung und das Volk standen zusammen, nun galt es, den Reichsrat für die Reform zu gewinnen.

Leicht war es nicht, das Privilegienparlament zu seiner größten Tat, zur Abschaffung der Privilegien, zu entflammen. Wenig Idealismus und viel Egoismus herrschten im „hohen Hause". Parteifreunde eiferten gegen Parteifreunde, die Parteiunterschiede schienen beseitigt, und es gab nur zwei Gruppen: Wahlreformfreunde und Wahlreformgegner. Die ersteren waren anfangs in der Minderzahl: sie verstärkten sich jedoch von Woche zu Woche, bis sie schließlich die notwendige Zweidrittelmajorität erlangten. Es wäre sehr verlockend, aus der Geheimgeschichte des Parlaments das Kapitel der „Bekehrungen" herauszugreifen und zu zeigen, wie aus manchem Saulus erst ein Paulus wurde, als man ihm durch die „Konstruierung" eines sicheren Wahlkreises

den Alp von der Brust wälzte. Doch breiten wir lieber den Mantel christlicher Nächstenliebe über die Schwachen. Denn in diesem Falle hat die Schwäche zuletzt einem guten Werke gedient: der Wahlreform.

Nach dem neuen Wahlrechte ist jede männliche Person, die das 24. Lebensjahr zurückgelegt hat, die die österreichische Staatsbürgerschaft besitzt und in der Gemeinde, in der das Wahlrecht auszuüben ist, am Tage der Ausschreibung der Wahl seit mindestens einem Jahre seßhaft erscheint, wahlberechtigt. Ausgenommen sind: die aktiven Offiziere und Personen des Mannschaftsstandes der bewaffneten Macht sowie der Gendarmerie, die unter Kuratel stehenden Individuen; die Männer, die eine Armenversorgung aus öffentlichen oder Gemeindemitteln genießen; Personen, die unter Polizeiaufsicht gestellt sind oder sich im Konkurs befinden usw. Jeder Wahlberechtigte hat nur eine Stimme. Im allgemeinen wählt jeder Wahlkreis einen Abgeordneten; eine Ausnahme besteht für die Landgemeinden Galiziens, wo entsprechend große Wahlkreise gebildet wurden, die zwei Abgeordnete wählen. Bei der Absteckung der Wahlkreise wurde auf die Trennung von Stadt und Land und auf die Schaffung national einheitlicher Wahlkreise Rücksicht genommen. In Mähren, wo die „Gemischtsprachigkeit" vorherrschend ist, kamen die „nationalen Kataster" zur Anwendung, in denen die Bewohner auf Grund eines freiwilligen Nationalbekenntnisses ihrer Volkszugehörigkeit nach gesondert ausgewiesen werden. Das ganze Kronland wurde in besondere Wahlkreise für die Angehörigen des deutschen Katasters, die Deutschen, und in besondere für die Angehörigen des tschechischen Katasters, die Tschechen, zerlegt. Die beiden Volksstämme wählen also ganz getrennt[35].

Österreich erfreut sich nun des reinen Volkswahlrechtes. Jeder einzelne wahlberechtigte Staatsbürger wurde dem anderen gleichgestellt, es gibt keine Wahlvorrechte mehr. Dennoch gelang es durch einen genialen Gedanken, auf die Verschiedenartigkeit der wirtschaftlichen und kulturellen Entwicklung der einzelnen Nationen, sowie auf die bisherigen „nationalen Besitzstände" Bedacht zu nehmen und ein gewisses nationales Gleichgewicht herzustellen. Man hat zu diesem Zwecke verschieden große Wahl-

---

[35] Fritz Austerlitz, Das neue Wahlrecht. Eine Erläuterung des allgemeinen und gleichen Wahlrechts, der Wahlpflicht und des Wahlschutzgesetzes, nebst dem Wortlaut aller einschlägigen (österreichischen) Gesetze. Wien 1907. — Ferner Dr. Eduard Goldscheider, Was muß jeder Reichsratswähler wissen. Wien 1907. 2. Aufl.

kreise geschaffen. Bei den Italienern entfällt ein Mandat auf 38000 Einwohner, bei den Deutschen auf 40000, bei den Rumänen auf 46000, bei den Slovenen auf 50000, bei den Polen auf 52000, bei den Kroaten und Tschechen auf 55000 und bei den Ruthenen auf 102000. Die Zahl der Wähler in den einzelnen Wahlbezirken variiert zwischen 12000 und 80000. In Österreich werden die geistigen Urheberrechte wenig beachtet, wenn es sich nicht gerade um Operettenkomponisten handelt. So wurde in den letzten Monaten des Kampfes um die Vollendung der Wahlreform auch nicht einmal darauf hingewiesen, daß der eigentliche gedankliche Schöpfer des österreichischen Wahlrechtsprinzips des gleichen Stimmrechts bei ungleicher Wählergruppenbildung Fritz Austerlitz, der Chefredakteur der „Wiener Arbeiterzeitung" ist. Er hat unter dem Pseudonym A. Friedrich den Gedanken im Jahre 1900 zum ersten Male vertreten. Diese Tatsache verdient schon deshalb besonderes Interesse, weil sie zeigt, wie praktisch die österreichische Sozialdemokratie denkt[36].

Alt-Österreich erinnerte die lange Reihe seiner Schmerzensjahre hindurch an ein Epigramm Goethes, das also lautet:

Diesem Ambos vergleich ich das Land, den Hammer dem Herrscher
Und dem Volke das Blech, das in der Mitte sich krümmt.
Wehe dem armen Blech, wenn nur willkürliche Schläge
Ungewiß treffen und nie fertig der Kessel erscheint.

Nun hören die willkürlichen Schläge auf, denn dem Scheinparlamente der Privilegien, das nur eine Scheinmacht besaß und übte, folgt ein wirkliches Volksparlament, das von den Völkern getragen und geschützt wird. Dadurch

[36] S. Pernerstorfers „Deutsche Worte". Wien 1900. S. 239 z. B. heißt es: . . . „Die Gleichheit des Rechts der Wähler ist vonnöten, die Gleichheit des Wesens aller Wähler wäre der größte Rückschritt, den Österreich machen könnte. Das (die Paralysierung der Ungleichheit der Kulturen durch die Ungleichheit der Wahlbezirke) ist nicht Wahlgeometrie, das ist keine Täuschung, sondern vielmehr ein durch die Völkerverschiedenheit Österreichs erzwungenes Prinzip."

wird es aus einem Schemen zu einem lebendigen, kraftstrotzenden Körper, den Hoffnung und Zuversicht umspielen.

2. Die Privilegienmoral und die individualistische Politik.

Die Deutschliberalen haben sich mit dem Systeme der Interessenvertretung identifiziert; sie verwickelten sich dadurch in unerquickliche Widersprüche. Für Freiheit und Privilegien gleichzeitig zu streiten, ist keine leichte Aufgabe und wenn die Gesinnungsgenossen Schmerlings sich eine Zeit hindurch auch innerlich rechtfertigen konnten, indem sie auf die eigenartige soziale, nationale und kulturelle Struktur des Reiches verwiesen, so boten sie doch der gegnerischen Agitation Blößen dar. Es war eine Zeit des Aufstrebens und Aufsteigens aus abgrundtiefen Niederungen; der Druck des Konkordatsabsolutismus wurde allgemach abgestreift. Niemals warf man mit tönenderen, schmetternderen Phrasen von Völkerglück und Freiheitssegen mehr umher als in der Glanzepoche des Liberalismus. Aber wie sonderbar nahmen sich diese Ergüsse aus, wie merkwürdig mußten sie all denen vorkommen, die schon in ihren Tagen selig werden wollten und mit Vertröstungen auf fernere bessere Zeiten der Menschlichkeitsdämmerung nicht zufrieden waren. Die Liberalen verstiegen sich zu immer höherem Pathos und lebten sich in dieses immer mehr ein, während sich die Scharen der gesinnungsverwandten Gläubigen immer mehr lichteten. Der Kampf gegen die Privilegien wurde nicht gegen die toten Mauern des Parlaments, noch weniger gegen die unempfindlichen Buchstaben der Verfassung gerichtet, sondern gegen die lebendige Partei des Liberalismus geführt. Je schwerer das Privilegiensytem von den vordrängenden Bevölkerungskreisen empfunden wurde, umso stärker hagelte es auf die Liberalen nieder. Die Privilegien sollten ihnen zur Waffe werden und sie wurden zur Waffe gegen sie.

Noch mehr: Nicht nur die führende Parlamentspartei, auch der Parlamentarismus selbst nahm Schaden. Auf der Straße wurde von den Schichten, die außerhalb des Wahlrechts geblieben waren — erst vom Gewerbestand, dann von der Arbeiterschaft — um die Ausdehnung der Volksrechte gerungen. Die Agitatoren blickten in der Hitze des Gefechtes zum Parlamente nicht wie zu etwas Höherem empor, sie setzten dieses vielmehr im Ansehen herab. Man stand in den letzten Jahren des parlamentarischen Niederganges ratlos vor dem Phänomene, daß die Legislative in demselben Maße sittlich verfiel, in dem sie durch die Kreierung neuer Wählerschaften ihr Blut auffrischte. Nicht im Parlamentssaale, auf der Straße, in den Schenken, in den Kneipen ist die Erklärung für diese betrübende Erscheinung zu suchen. Im alten Parlamente wurden Lordsitten zur Schau getragen, es herrschte ein vornehmer, gedämpfter Ton und eine im Laufe der Jahre längst verlorengegangene Gründlichkeit. Die Referate dieser Epoche sind Musterwerke; doch was nützen die besten Berichte, wenn die Gesetze jenseits vom Guten liegen? Die Schilderer des absolutistischen Rußland erzählten, daß nirgends so fleißige und so umfassende legislatorische Vorarbeiten geleistet wurden, als im Zarenreiche, wenngleich die schönsten Gesetze und die glänzendsten Referate in den Archiven vermoderten.[1] Immerhin, das österreichische Parlament befliß sich in den Zeiten seiner vollendetsten Exklusivität chevaleresker Umgangsformen, bis die neuen Männer den marmorglänzenden Sitzungssal betraten. Es muß ihnen zugute gehalten werden, daß sie in den aufreibenden rücksichtslosen Kämpfen um das Stückchen Recht der jeweiligen Wahlreform verwidert waren, daß sie mehr an dem Parlamente litten, als das Parlament von ihnen zu leiden hatte. Wer jahrelang gegen eine Institution zu Felde zieht und sie in den Augen der anderen zu verkleinern und zu verunglimpfen sucht, dem wird es schwer fallen, mit

[1] S. z. B.: D. Mackenzie-Wallace, Rußland. Deutsche Ausgabe. Leipzig 1880.

einem Schlage anderer Meinung zu werden. Das ist des Pudels Kern.

Noch erscheint die Liste der verheerenden Wirkungen des Privilegienparlamentarismus nicht erschöpft. Jeder, der auf Schutt oder Gerölle tritt, läuft Gefahr abzustürzen. Auch das Kuriensystem war ein schwankender Boden, es hemmte den weiten, auf die Allgemeinheit gerichteten Blick. Es zerriß die Bevölkernng in einzelne Gruppen, die es mit festen Mauern umgab und innerhalb der Kurienfestungen entschieden wieder kleine Koterien, die in den Wahlkreisen das Kommando an sich rissen. In dieser Atmosphäre lag für den Abgeordneten die Versuchung nahe, schließlich nur mehr an sich selbst zu denken und danach vorzugehen. Man war bisher gewohnt, die Zeit der liberalen Herrschaft als Stadium der höchsten moralischen Verirrung zu betrachten, aber die genauere Prüfung lehrt, daß auch die Ära Taaffe keine Besserung brachte. Nicht die Personen, die Verhältnisse waren schuld. Greifen wir einige Fakten heraus, die für die Bestimmung der Parteimoral von Wichtigkeit sind. Von den 167 Abgeordneten, die im Jahre 1873 im Parlamente erschienen waren, hatten 46 Herren im ganzen 125 Verwaltungsratsmandate inne, und man kann nicht sagen, daß sie sich durch die Rücksichten, die der Abgeordnete zu nehmen hat, in der Ausübung ihrer Verwaltungsratspflichten beengen ließen. Sie haben der deutschliberalen Verfassungspartei den Spottnamen „Verwaltungsratspartei“ eingetragen. Die Gründerepoche erreichte in der Periode des liberalen Regimes ihren Höhepunkt, sie führte zum Krache Die Öffentlichkeit hat das Ministerium wegen dieses wirtschaftlichen Elementarereignisses zur Verantwortung gezogen und es ist leider nicht zu leugnen, daß die leitenden Staatsmänner für die wirtschaftlichen Gefahren ganz blind waren. Am 24. April des Krisenjahres hatte die Regierung von der im Mai hereinbrechenden Katastrophe nicht die geringste Ahnung; sie nahm in die Thronrede den Satz auf: „Der Aufschwung des volkswirtschaftlichen Lebens und die stete Zunahme des Staatskredits geben begründete Hoffnung auf

die baldige und vollständige Regelung des Staatshaushaltes." Anstatt dessen mußte man 80 Millionen Gulden zur Vermeidung des Bankerotts aufwenden. Ungehörig waren zweifellos auch die Geschäfte des Skene'schen Konsortiums, denn Armeelieferungen, die von einem Politiker besorgt werden, haben immer etwas Anrüchiges an sich.[2] Der Prozeß Ofenheim rückte den Privilegienparlamentarismus und die liberale Partei in eine grelle Beleuchtung und verstärkte das Mißtrauen, unter dem die herrschende Gruppe zu leiden hatte. Angemerkt verdient auch eine Äußerung des Ministerpräsidenten Fürsten Adolf Auersperg zu werden, die in der „Grazer Tagespost" veröffentlicht wurde und dahin ging, daß die „unabhängige" Presse von der Regierung große Schweiggelder erhalten hatte und daß die Votierung des ungarischen Ausgleichs im Abgeordnetenhause gleichfalls mit großen Geldauslagen verbunden war. Allein wie sah es in der klerikal-feudal-slavischen Majoritätsepoche aus? Gustav Kolmer, der liberale Historiker des österreichischen Parlaments schreibt: „Die Korruption blühte wie zuvor. Orden, Titel und Würden, diese Brosamen der Hofgunst, wurden durch ihre Träger entwertet. Die Zeiten Walpoles schienen wiedergekehrt, dem Sir William Wyndham den Ausspruch in den Mund legte: „It is an old maxim, that every man has his price."[3] Glaubt man jedoch, daß dieses Urteil parteiisch sei, dann höre man, was der Abgeordnete Hofrat Lienbacher in einer anonym erschienen Broschüre sagt: „Das deutschkonservative (klerikale) Programm verurteilte strengstens jene Verwaltungsräte, welche gleichzeitig Parlamentarier waren, bekämpfte die parlamentarische Korruption und verlangte ein Inkompatibilitätsgesetz. Doch statt ein solches Gesetz zu schaffen, sehen wir auf der „Rechten" des Abgeordneten-

---

[2] Rudolf Meyer, Der Emanzipationskampf des vierten Standes in Deutschland. Volksausgabe. Berlin 1874. S. 135 u. 138. — Adolf Eckstein, Das Parlament. Wien 1881. Alfred Skenes Biographie.

[3] Parlament und Verfassung in Österreich, IV. Bd., 1885—1891. Wien und Leipzig 1907. S. VII.

hauses einen Verwaltungsrat nach dem andern erstehen."[4] Um sich einen Begriff von den moralischen Verirrungen in den Tagen Taaffes zu machen, genügt es, einen Blick auf die diversen Eisenbahnskandale zu werfen. Als die galizische Transversalbahn bereits im Bau begriffen war, wurde der Bauunternehmer Baron Schwarz vom Abgeordneten Ritter von Kaminski auf Zahlung einer Provision von 625 000 Gulden geklagt. Dieses hübsche Sümmchen glaubte der Abgeordnete für seine Bemühungen um die parlamentarische Bewilligung dieses Staatsbahnbaues und die Übertragung der Herstellung an Baron Schwarz beanspruchen zu können. Daß ihm vom Gerichte nur ein Betrag von 8600 Gulden zugesprochen ward, sei bloß nebenbei bemerkt. Ungeheuer viel Staub wirbelte die Nordbahnangelegenheit auf. Ein liberaler Abgeordneter sagte, es sei ein Glücksfall für den Staat, daß das Privilegium der Nordbahn im Jahr 1886 zu Ende gehe, aber die Regierung ließ leichtsinnig den Goldschatz ihren Fingern entgleiten, den sie durch die Verstaatlichung der einträglichen Bahn für Österreich hätte erwerben können. Einige Lücken der Eisenbahnkonzession aus dem Jahre 1836 wurden von den Regierungsjuristen zuungunsten des Staates interpretiert, obwohl für jeden unvoreingenommenen Beobachter über allen Zweifel feststand, daß die Regierung das Unternehmen einlösen könne. „Wollen Sie ein böses Beispiel geben in dieser eigentumsfeindlichen Zeit, wollen Sie die Bahn konfiszieren, denn die Einlösung zum Herstellungspreis ist eine Konfiskation!" rief der Berichterstatter im Abgeordnetenhause, Ritter von Bilinski, der getreue Partisan des Ministerpräsidenten, aus und die Majorität mußte, teils unter argen Gewissensqualen, zustimmen, daß durch die Verlängerung der Konzession für die Privatgesellschaft Millionen verschleudert wurden. Wer hat damals das Interesse der Allgemeinheit gleich rücksichtslos als überzeugend und sachlich vertreten? Bot nicht

[4] Mahnrufe eines Deutsch-Konservativen zur Bildung einer selbständigen konservativen Partei. Wien 1887. S. 12.

Dr. Herbst[5], der Führer der vielgeschmähten Liberalen, seinen unvergleichlichen juristischen Scharfblick und die sprühende Kraft seiner Dialektik auf, um das Abgeordnetenhaus von einem verhängnisvollen Entschlusse abzuhalten? Die Umstände, unter denen der Handelsminister, Freiherr von Pino, stürzte, können auch nicht übergangen werden. Sie haben seinerzeit viel Sensation erregt. Die Prag-Duxer Bahnaffaire versetzte dem geschäftsfreudigen Regierungsmitgliede den Todesstoß.

Die Preßfreiheit ist ein Gradmesser für die allgemeine Freiheit in einem Staate. Ist das Parlament kraftvoll und von demokratischem Geiste erfüllt, dann wird der freien Entwicklung der Presse kein Hindernis entgegengestellt werden. In Österreich war sowohl das freie Wort als die freie Schrift bis zur Auffrischung des verknöcherten Staatswesens durch Herrn von Körber mehr Wunsch als Tatsache und zwar ebenso in der liberalen Ära wie unter Taaffe. Im Jahre 1877, da Auersperg die Zügel der Macht in Händen hielt, wurden 474, im nächsten Jahre 626 Konfiskationen vorgenommen. Im Jahre 1879 fiel die Zahl der Konfiskationen auf 499, um in den folgenden 11 Monaten bei 477 anzulangen.[6] Doch in keiner Hinsicht besser sah es in der Taaffe'schen Periode aus; die Regierung machte nicht bloß die Staatsanwälte mobil, sie versperrte auch mißliebigen Organen durch die Behinderung des Einzelverschleißes den Weg ins Publikum. Ein einziges Blatt, die tschechischliberale „Narodni Listy", die in Prag erscheint, wurde während der achtziger Jahre 330 mal beschlagnahmt. Vordem war sie die ganze Zeit hindurch 152 mal konfisziert worden. Der Jungtscheche Dr. Pacak[7] klagte, daß in der liberalen Epoche aus „den Preßorganen Konfiskationsorgane" geworden seien,

[5] Wie üblich wurde Dr. Herbst auch in der Nordbahnfrage von einem Teile seiner Partei im Stiche gelassen. 22 Parteifreunde hielten sich von den entscheidenden Abstimmungen ferne. S. „Politisches Wörterbuch für die Deutschen in Österreich". Wien 1885. S. 97. Art.: Nordbahnfrage.

[6] Gustav Kolmer, Parlament und Verfassung in Österreich III 430.

[7] Sten. Prot. d. Abgeordnetenhauses, XI. Sess., 30. Okt. 1891, S. 2803.

aber er fügte hinzu: „In der Versöhnungsära Taaffe ging das objektive Verfahren lustig weiter.“ Auch hier sehen wir, wie das System Regierungen mit ganz entgegengesetzten Grundsätzen zu gleichen Maßnahmen gegen die Freiheit drängt. Körbers Beispiel spricht nicht dagegen. Seine Zeit war von dem § 14-Regime erfüllt und man kann ruhig sagen, daß der Privilegienparlamentarismus bereits am Beginne dieses Jahrhunderts überwunden war. Was an seine Stelle kommen werde, lag hinter dem Schleier der Zukunft verborgen, doch jeder wußte, daß die Tage des in Agonie liegenden Privilegienparlaments gezählt seien. Die Gegenüberstellungen der unerfreulichen Erscheinungen in den Siebziger- und Achtzigerjahren ließen sich noch lange fortsetzen. Sie könnten die liberale Partei nicht entlasten. Man würde nur ersehen, wie ähnlich die Taten der Auersperg und Taaffe in ihrem Wesen waren. Was der eine und der andere bescherte, sind die Früchte eines Stammes — des nun endlich gefällten Privilegienparlamentarismus gewesen.

Zerstörte das Kuriensystem der Interessenvertretung die Moral der Parteien, bestimmte es ihre Aktionen, so verwüstete es auch ihr inneres Leben. Alt-Österreichs Parlament hat verschiedene Fraktionen gehabt, doch an festen, geschlossenen und zielbewußt marschierenden Parteien fehlte es vollständig. Gruppen, die leben wollten und nicht, wie die Sozialdemokratie, ein scharf umrissenes Programm vertraten, wurden geradezu zur Haltlosigkeit verdammt. Eine Erwägung wird die traurige Zwangslage sofort erkennen lassen. Die Christlichsozialen schlugen ihre Hauptschlachten bei den Wiener Gemeinderatswahlen. Den Alt-Liberalen, denen es an Idealen und an jugendfrischen Kräften gebrach, traten die unverbrauchten, sich mit eiserner Zähigkeit durchsetzenden Antisemiten unter Dr. Luegers Führung entgegen. Die liberale Partei hatte die Volksrechte vernachlässigt, die Christlichsozialen gingen also hin und kündeten den politisch noch immer entrechteten Arbeitern: Mit uns ist die Freiheit, wir werden euch die Tore öffnen! Das machte sie populär. Aber das Proletariat entbehrte des Wahlrechts und

die Antisemiten mußten, um Macht zu gewinnen, an die stimmberechtigten Bevölkerungsschichten appellieren. Sie bewarben sich um die Gunst des dritten Gemeinderatswahlkörpers. Hier waren die kleinen Steuerzahler zusammengepfercht, der Mittelstand dominierte daselbst. Mit Zünftlerpolitik konnte man ihn ködern und die Antisemiten wurden zu Zünftlern. Gleichzeitig suchten sie den zweiten Gemeinderatswahlkörper in die Hände zu bekommen; da gaben die Lehrer und Beamten den Ausschlag. Dr. Lueger sagte darum: Wählet uns, wir sind die Partei der Lehrer, wir wollen euch gut entlohnen, euch weitherzig behandeln, wir sind die Freunde der Schule, der Beamtenschaft. Um den Gemeinderat zu beherrschen, mußten die Christlichsozialen noch den ersten Wahlkörper mit ihrer Liebe umschlingen. In ihm waren die Hausherren maßgebend. Was blieb zu tun übrig? Dr, Lueger raffte sich auf und pries die Eignung seiner Partei, das immobile Kapital zu vertreten, mit bestrickender Liebenswürdigkeit an. Doch hier endet die für das politische Leben Österreichs so verhängnisvolle Komödie noch lange nicht. Dem großen Alexander war Mazedonien zu klein, Dr. Lueger bot der Wiener Gemeinderat einen zu engen Wirkungskreis. Der niederösterreichische Landtag und das Abgeordnetenhaus reizten den Ehrgeiz seiner Partei. Was geschah? Die Christlichsozialen kandidierten in der Städtekurie der privilegierten Steuerzahler: Wählet uns, riefen sie, wir sind gegen die Sozialdemokratie, wir sind gegen die Juden, wir treten für die Stadtinteressen ein; uns Patrioten müßt ihr eure Stimmen geben, denn unsere Fahne ist schwarz-gelb! Außerdem bewarben sich die Christlichsozialen in den Landgemeindebezirken um die Gewogenheit der privilegierten Bauernwähler. Wir sind echt christlich, wir sind Freunde der Bauern, wollen, daß eure Dienstboten auf euern Höfen bleiben; uns dauert die Schulpflicht zu lange, die Jugend lernt überhaupt zu viel. Die Antisemiten waren mit dem Nimbus einer Volkspartei emporgestiegen, sie durften nicht darauf verzichten, in der allgemeinen Wählerkurie für den Reichsrat um Mandate zu werben. Dabei

hatten sie es mit der gesamten Bevölkerung zu tun. Hier jedoch waren die Massen der industriellen Arbeiterschaft, die Freizügigkeit, möglichst gute Erziehung ihrer Kinder, billiges Fleisch und Brot forderten, tonangebend. Die Antisemiten mußten sich dem Milieu anpassen, wenn sie nicht unterliegen wollten. . . Das Schicksal, das die Christlichsozialen mit den geübtesten Verwandlungskünstlern in Konkurrenz zu treten zwang, bedrückte die meisten Parteien. Wir hätten ebensogut eine ganze Reihe anderer Gruppen als Illustrationsproben herausgreifen können. Wie konnte unter solchen Verhältnissen von Überzeugung, von Zielbewußtsein, von Klarheit des Wollens die Rede sein? „Grundsätze, Freund, Prinzipien sind's, die den Staatsmann führen, sie geben Haltung, hält man sie — und lassen sich ignorieren!" spottete Grillparzer.[8]

Das Privilegiensystem schwächte die Parteien und verhalf dem persönlichen Momente zu einem ruinösen Einflusse. Statt der notwendigen Klärung brachte es zusehends steigende Verwirrung. In keinem Parlamente gab es so viele Fraktionen, wie im Wiener Kurienabgeordnetenhause, in keinem Lande war der Zersetzungsprozeß so erleichtert wie in Zisleithanien. Die Kurienzerstücklung hat die Kräfte der Vielen zersplittert und die Macht der Wenigen gehoben. Über Sein oder Nichtsein eines Abgeordneten entschied häufig ein einzelner Zirkel: ein Salon, ein Kaffee- oder Gasthausstammtisch. Wer diese Wahlmacher für sich hatte, konnte über das Mandat verfügen. Darunter erstarb die Klubdisziplin. Persönliche Reibereien, persönliche Rivalitäten wurden nicht in der, sondern gegen die Partei ausgetragen; jeder der sich verletzt oder verstimmt fühlte, löste sich los und schuf mit persönlichen Freunden eine neue Fraktion. Bei echten und rechten Volkswahlen wäre dies nicht leicht möglich gewesen, denn die Gewinnung der breiten Massen setzt einen durchgebildeten Apparat voraus,

[8] S. meine Artikelserie: „Neu-Österreich" in der „Nation". Berlin 1906. Nr. 11, 12, 13.

Wer diesen nicht hat, ist verloren. Der allein, der die Technik der Wahlen kennt, weiß, wie schwer eine Organisation zu zimmern ist. Einzelne Personen sind auf Individuen eingeschworen, die weiten Schichten des Volkes halten sich an Parteien. Hierfür sorgt schon der Parteibetrieb. Der Einfluß großer Individualitäten soll keineswegs geleugnet werden; starke Persönlichkeiten werden immer eine Ausnahmsstellung einnehmen. Aber das Mißverhältnis, das in Alt-Österreich zwischen der Macht der Personen und der Parteien bestand, wird im Staate des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechts nicht fortdauern können. Waren bisher die Individuen alles und die Parteien nichts, so werden künftighin doch die Parteien das Primäre und die Personen das Sekundäre sein.

Die Tendenz zur Zersplitterung bildete keine Eigentümlichkeit des deutschen Freisinns beziehungsweise der Gruppen, die unter diesem Schlagworte vereinigt wurden. Sie hat sich in allen Zeiten und in allen Lagern geltend gemacht. Selbst des Grafen Hohenwart ganz hervorragende Führergaben konnten die jeweiligen Sezessionen nicht verhindern. Ebenso griff die Parteienzerreibung bei den Polen, die man sich stets irrtümlich als „einzige reaktionäre Masse" vorstellte, um sich. Denn es darf nicht vergessen werden, daß der reichsrätliche Polenklub nur eine Zusammenfassung der verschiedensten Gruppen ist. In Wien geschlossen, in Galizien getrennt: dies ist die Taktik der polnischen Parteien.

Das sind viele Wirkungen einer Ursache. Weil man sie lange in ihrem Ursprunge verkannte, wurde der Leidensprozeß des Staates schmerzhaft verzögert. Für den Privilegienparlamentarismus, der unter der Last seiner eigenen Folgen zusammenbrach, gab es nur eine Rettung: er mußte sich aufopfern und er hat dies, wenngleich schwerfällig, getan. Doch nicht nur eine Erscheinungsform, das Prinzip als solches kann heute für das moderne Staatswesen als überwunden angesehen werden. Das kaiserliche Rom gibt die Lehre, daß ein Staat nicht auf Latifundienbesitz errichtet werden kann, das konstitutionelle Alt-Österreich lehrt,

daß der schlechteste Schutz für ein Reich die Bevorrechtung einzelner Bevölkerungsklassen ist.

3. Die Entwicklung des deutschen Nationalismus in Österreich.

Österreich ist ein merkwürdiges Land. Kämpfe, die anderwärts emporführen, reißen im Habsburgerstaate in die Tiefe. Was jenseits der schwarz-gelben Grenzpfähle geistige und sittliche Erhebung gewährt, lähmt und entweiht diesseits. Der nationale Gedanke, der in Deutschland und Italien Millionen zum schönsten Gemeinsinne, zur edelsten Aufwallung entflammt hat, rief in Österreich Bürger gegen Bürger auf und verursachte oft Ausbrüche wildester Rohheit. Das gleiche Korn, das in fremde Erde versenkt, zur köstlichen Pflanze entkeimen würde, geht im harten Boden Österreichs oft zugrunde oder entwickelt sich zu einem Gewächse, das einen wenig freundlichen Anblick gewährt.

Wer das Entstehen und den Fortgang der nationalen Bewegung im vormärzlichen Österreich richtig erkennen will, muß seine Aufmerksamkeit vor allem zwei Völkergruppen zuwenden: den Slaven und den Magyaren. Wir werden uns vorerst mit den Tschechen beschäftigen, die mit den Deutschen in viel engerer Fühlung standen als die Polen oder die anderen Slaven; außerdem ziehen sich die Spuren ihres beharrlichen Ringens um die nationale Selbständigkeit wie ein roter Faden durch die Geschichte der Monarchie. Für die Renaissance des tschechischen Volkes, für das Aufblühen seiner neuen nationalen Literatur und Kultur sind zwei Ereignisse von fundamentaler Bedeutung gewesen. Die josefinische Germanisation hat einige Intellektuelle zu schüchternen Protesten angespornt und zur sorgsameren Pflege der völkischen Sprache gedrängt und die mächtige deutsche Einheitsbewegung der napoleonischen Epoche, in erster Linie jedoch die klug und besonnen geleitete Abwehr Rußlands hat die Tschechen aufgerüttelt. Zum erstenmale seit den Tagen Peters I. sah man alle Bevölkerungsklassen des Zarenreiches

in stillschweigender Übereinstimmung. Der Bauer trat ohne Murren in die Reihen der Milizen, der Adel ergriff die Waffen und stellte den zehnten Leibeigenen ins Feld, die Kaufleute opferten den zehnten Teil ihrer Einkünfte[1]. Rußland erwachte aus dem Schlummer und mit ihm erhoben sich die Tschechen.

Diese waren seit dem 30jährigen Kriege zur nationalen Ohnmacht verdammt. Die kulturell vorgeschrittenen Klassen verwarfen ihre angestammte Sprache, die Aristrokratie und das Bürgertum verdeutschte sich; nur das Landvolk, das vom Adel abgeschnitten und von den Städtern verachtet lebte, bewahrte die alte Sprache nebst den alten Überlieferungen. Um die Tschechen zu einer nationalen und literarischen Bewegung zu entflammen, bedurfte es eines unabhängigen, tatkräftigen, opferbereiten Mannes. Er fand sich in der Person des Marschalls Kinsky, der gegen Ende des achtzehnten Jahrhunderts seine anfangs nur zaghafte Stimme für die Erhaltung der volkstümlichen Sprache erhob[2]. Bald blies der mächtige böhmische Adel eifrig in das Flämmchen des auflebenden tschechischen Nationalbewußtseins, denn er erhoffte von der nationalen Bewegung günstige Rückwirkungen auf seine ständischen Rechte[3]. Da die ersten Kämpfer für den tschechischen Nationalismus mit geistigen und wissenschaftlichen Waffen fochten, unterstützten die Adeligen die Männer, die, mit großer Gelehrsamkeit ausgestattet, die Sache ihres Volkes vertraten. Abbé Dobrowsky, Jungmann, Palacky und Šafařik sind die bedeutendsten Namen aus den ersten Kampfdezennien des vorigen Jahrhundert. Dobrowsky hatte schon bei Gelegenheit der ersten russischen Truppenmärsche durch Böhmen im Jahre 1799, der russischen Sprache größere Aufmerksamkeit geschenkt, ebenso Puchmayer. Sie

[1] Alexander Herzen, Rußlands soziale Zustände, deutsch. Berlin 1905. S. 71. — A. N. Pypin und V. D. Spasovic, Geschichte der slavischen Literaturen, deutsch. Leipzig 1884. II. Bd., 2. Teil, S. 199.

[2] Adam Mickiewicz, Vorlesungen über slavische Literatur und Zustände. Leipzig 1849. II 89 ff.

[3] Alfred von Skene, Entstehen und Entwicklung der slavisch-nationalen Bewegung in Böhmen und Mähren. Wien 1893. S. 56.

ließen ein „Hilfsmittel, die russische Sprache zu verstehen“ und eine „russisch-böhmische Rechtschreibung“ erscheinen. Im Jahre 1813 entwickelten sich zwischen den Offizieren der russischen Truppen, die längere Zeit in Prag lagen, und den slavischen Schriftstellern enge Beziehungen, die nach dem Abmarsche des russischen Militärs durch eine rege Korrespondenz aufrechterhalten wurden. Damit war die Grundlage zu einem lebhaften literarischen Wechselverkehre der beiden Slavenvölker gegeben. Der geistige Panslavismus fand reiche Nahrung und bewegte einen großen Teil der tschechischen Nation. In einzelnen Köpfen verdrängte der panslavistische Gedanke ganz den österreichischen Patriotismus. Jungmann hatte schon nach der Schlacht bei Aspern kaltherzig geschrieben: „Mit unserer Verwaltung geht es zu Ende. Die Warschauer (Polen und Franzosen) haben sich Polens bemächtigt, die Ungarn strengen sich nicht an. Österreich ist in der Hand Napoleons, Italien und Tirol scheinen verloren, Böhmen und Mähren müssen noch leiden, aber aus der Asche wird ein neuer Phönix erstehen.“ In einem späteren Schreiben meint er, es wäre das Beste, wenn die Russen halb Europa überschwemmen würden, da die Mehrzahl der Slaven dadurch ihre Vereinigung und Verbindung fände[4]. Eine andere Gruppe bildeten die sogenannten Tschechomanen, denen als Ideal eine süd- und westslavische Monarchie, mit Böhmen an der Spitze vorschwebte. Zu ihnen gehörte auch Karl Havlíček, der berühmte tschechische Publizist, der als junger panslavistischer Phantast ins Zarenreich gezogen und mit zerstörten Jugendträumen, angeekelt von der nackten Wirklichkeit, nach Böhmen zurückgekehrt war[5].

Die tschechische Nationalliteratur entwickelte sich sichtlich. Im Jahre 1817 fand Hanka angeblich in einer Kammer des Königinhofer Kirchturms mehrere Pergamentblätter, die Gedichte in tschechischer Sprache enthielten; sie sind in

[4] Skene a. a. O. S. 83.

[5] Dr. Victor Vohryzek (Biographie am Schlusse der Übersetzung von Havlíčeks: Die Taufe des Zaren Wladimir). Prag 1905.

der Kulturgeschichte unter dem Namen der Königinhofer Handschrift bekannt geworden. Ihre Echtheit stieß frühzeitig auf Zweifel, doch erst vor zwanzig Jahren wurde die Fälschung durch das resolute Auftreten Prof. Masaryks und Prof. Gebauers unwiderleglich nachgewiesen. Dennoch hat die Königinhofer Handschrift und mit ihr eine zweite Ausgrabung: das Libussa-Gedicht, einen großen Einfluß ausgeübt und der nationalen Eitelkeit sehr geschmeichelt. Es war gerade eine Periode, in der die Romantik die Köpfe zu durchdringen begann und die Erinnerung an eine farbenprächtige Vergangenheit die Träume der Nation durchstrahlte. Erst in der letzten Zeit ist dargelegt worden, daß die deutsche Literatur für das Aufkommen der Romantik in der Gedankenrichtung der Slaven von weitgehender Wirkung war[6]. Unter den tschechischen Dichtern nehmen Johann Kollar und F. L. Čelakovsky den vordersten Rang ein. Der erstere hat die Zusammengehörigkeit der Slavenstämme mit nimmermüder Feuerzunge gepredigt, in weitverbreiteten Gedichten besungen. Er schwärmte von einer Weltherrschaft des Slaventums, aber er verabsäumte auch nicht, die einzelnen Stämme zur Einheit zu mahnen. „Man schilt euch ein Volk von Tauben (die Türken nannten die Slaven so); warum seid ihr nicht so untereinander, warum liebt ihr euch nicht wie die Tauben, — Slaven, zertrümmertes Volk, vereint eure Kräfte — Slaven, vielköpfiges Volk, schlimmer denn Tod ist ein dumpfes, eitles, düsteres Leben.“ So apostrophiert der Dichter seine Stammesbrüder[7]. Čelakovsky war von der panslavistischen Idee nicht weniger ergriffen als Kollar, allein er verlor sich nicht so sehr in den Wolken wie dieser. Er durchstöberte die slavische Literatur und hob die Schätze der Volkspoesie[8].

[6] Matthias Murko, Deutsche Einflüsse auf die Anfänge der böhmischen Romantik. Graz 1897. In diesem Werke wird der große Einfluß Schlegels, Herders und Goethes speziell auf die tschechische Literatur aufgezeigt. Nebenbei sei bemerkt, daß Šafařik uud Kollar an der Universität in Jena studierten.

[7] Mickiewicz a. a. O. III 43.

[8] S. im großen Sammelwerke: „Die österreichisch-ungarische Monarchie

Für das Tschechentum wurde eine ganze Anzahl geistiger und wirtschaftlicher Sammelpunkte geschaffen. Die Prager gelehrte Gesellschaft erweiterte sich bereits 1784 zur „königlich böhmischen Gesellschaft der Wissenschaften“ und am 15. April 1818 erließ der böhmische Oberstburggraf einen „Aufruf an die vaterländischen Freunde der Wissenschaft“ zur Gründung eines böhmischen Museums. Die Anregung hierzu war vom Grafen Kaspar von Sternberg ausgegangen, der nach dem Ablaufe seiner ersten sechsjährigen Präsidenschaft in diesem Institute in einer Rede ausführte:

„Die Würdigung der moralischen Kräfte, die Ausbildung der wissenschaftlichen Intelligenz und die genaue Kenntnis alles dessen, was das Vaterland darbietet, was es war, ist und noch werden kann ... ist die Haupttendenz aller seit 50 Jahren in Böhmen entstandenen und noch entstehenden Körperschaften[9].“

Überdies erfolgte noch die Gründung eines nationalen Gewerbevereins in Prag. Das politische Leben fand durch die Opposition der Stände gegen die Regierung eine Auffrischung. Die ersteren konnten manche Siege verzeichnen. Sie hatten den Oberstburggrafen Chotek aus dem Amte verdrängt, dem Altgrafen Salm durch Streichung seines Gehaltes vielen Ärger bereitet und ihn zu einer korrekten Haltung gezwungen und die regierungsfreundlichen Mitglieder des Landesausschusses durch unausgesetzte Sticheleien eingeschüchtert. Große Erfolge waren ihnen freilich nicht vergönnt gewesen[10]. Die politische Presse lag allerdings im argen. Als Havliček nach Prag zurückkehrte, gab es nur ein einziges Organ für die Besprechung der politischen Geschehnisse und dieses war eine offizielle Zeitung. Havliček ließ sich nicht einschüchtern; er übernahm die Redaktion des Blattes und machte es der nationalen Bewegung dienstbar. Da er über österreichische Verhältnisse nicht offen

---

in Wort und Bild“ den zweiten, Böhmen gewidmeten Band, der von Truhlar einen Abriß über die slavische Literatur enthält.

[9] F. Th. Bratranek, Briefwechsel zwischen Goethe nnd Kaspar Graf von Sternberg. Wien 1866. S. 29—32.

[10] Anton Springer, Geschichte Österreichs seit dem Wiener Frieden 1809. Leipzig 1863. I S. 524 ff.

schreiben durfte, befaßte er sich um so eingehender mit England. Wenn die Tschechen von der Härte der englischen Minister, von dem Übermute des englischen Volkes lasen, dachten sie an die eigenen Minister, an die Deutschen und Magyaren; wenn sie von der irischen Repealbewegung hörten, erkannten sie sofort die Anspielung auf ihre heimischen Sorgen[11]. Havliček, der einmal den Ausspruch tat: „Dereinst starben Männer für Ehre, Freiheit und Recht ihrer Nation, wir jedoch wollen aus diesem Grunde arbeiten und leben," hat für die Politisierung seines Volkes unendlich viel geleistet. Wohl waren erst die Intelligenzkreise agil geworden, aber immerhin: der Koloß hatte sich erhoben. Noch unmittelbar vor der Revolution wurde bei einem tschechischen Feste das Witzwort: „Wenn jetzt der Plafond einstürzt, gibt es keine Tschechen mehr" geprägt, in Wirklichkeit lagen die Dinge ganz anders. Aus den geistig-literarischen Regungen mit nebelhaftem Ziele war eine politische Bewegung geworden. Im Jahre 1832 bewegten sich die nationalen Wünsche noch in sehr bescheidenen Grenzen. Für die Gymnasien und Realschulen wurde nur die Einführung der tschechischen Sprache neben der deutschen verlangt, im Jahre 1848 aber spielten die Tschechen schon eine große Rolle; sie hatten die Herrschaft in Böhmen an sich gerissen und Palacky sandte seinen berühmten Absagebrief an das Frankfurter Vorparlament. Der slavische Kongreß in Prag bekundete die Stärke der politischen Strömung.

Im Jahre 1825 begann die Periode der nationalen Konsolidierung des Magyarentums. Der magyarischen Sprache wurde in mehrere Zweige der Verwaltung Eingang verschafft, der erschlaffte Nationalismus ward aufgerüttelt. Graf Stefan Szechenyi rief das Nationalmuseum und später das Nationaltheater ins Leben und wirkte auch sonst auf allen Gebieten befruchtend. Das politische und gesellschaftliche Nationalgefühl, das während der Reformen und nach dem Tode Josefs II. aufgeflammt, dann aber wieder erloschen war,

---

[11] Anton Springer a. a. O. II 23.

loderte nun mächtig empor. Der dürre Stamm der magyarischen Literatur hatte sich in der trüben Zeit mit frischem Grün zu schmücken begonnen. Aus der von der Kaiserin Maria Theresia wohl mit Germanisierungsabsichten in Wien gegründeten ungarischen Leibgarde waren die ersten Pioniere des neueren magyarischen Schrifttums hervorgegangen. Besenyei, der teils in deutscher Sprache schuf, Kisfaludy, der Bohemien Csokonai, Revai und viele andere bereiteten das Erscheinen der großen magyarischen Dichter vor[12]. Schon im Jahre 1820 hatte der Politiker Szechenyi, der größte Ungar, dessen Nationalismus erst in seinen reiferen Jahren wachgeworden war, geschrieben: „Ich bin so weich gestimmt, wenn ich etwas Vaterländisches sehe, daß schon eine Geige, ein Cymbal oder ein Dudelsack hinreicht, mich wehmütig und weinerlich zu stimmen; man soll das Idiom einer Nation nicht zerstören wollen, es gleicht dem Schmelz, der die Zähne umgibt[13]. Drei Jahre später schuf Franz Kölcsey, der patriotische Schüler des ersten magyarischen Berufsliteraten Kazinczy, den mächtigen Hymnus, der noch heute das Herz jedes Magyaren ergreift:

Gott! erbarm des Ungarn dich,
In des Schicksals Stürmen,
Sei ihm Schutz, wenn ringsum sich
Qualeswogen türmen.
Gönn nach langem Mißgeschick
Ihm manch Jahr der Freude;
Hat's bezahlt, der Zukunft Glück,
Mit vergangnem Leide!

Vorösmarty, Johann Arany und Petöfy leuchten vor der Revolution strahlend auf; sie haben an der Erweckung des Magyarentums mit unvergänglichen Werken mitgearbeitet. Die Männer, die im zweiten Viertel des vorigen Jahrhunderts über Ungarns politische Zukunft entschieden, waren trotz

[12] Michael Horvath, Geschichte Ungarns. Deutsche Ausgabe. Pest 1863. II 283 ff. — Dr. J. Kont, Geschichte der ungarischen Literatur. Leipzig 1906. S. 64 ff.

[13] Graf Melchior Lonyay, Graf Stefan Szechenyi und seine hinterlassenen Schriften. Deutsche Ausgabe. Budapest 1875. S. 28.

der weichlichen Grundstimmung von einem eisernen Willen beseelt; mit seltenem Zielbewußtsein vollführten sie das Magyarisierungswerk. Die magyarische Sprache wurde immer mehr in den Vordergrund geschoben, und auf dem Reichstage von 1843/44 erklärt man bereits kategorisch, die Verhandlungssprache sei das magyarische Idiom, es stehe zwar den Kroaten frei, sich der lateinischen Sprache zu bedienen, doch werde man diesfalls ihre Reden nicht berücksichtigen [14]. Am 25. Januar 1844 erfloß ein königliches Reskript, das für den Reichstag die magyarische Verhandlungssprache festsetzte, den Kroaten aber gestattete, sich noch sechs Jahre hindurch der alten Verhandlungssprache, des Lateinischen, zu bedienen. Ungarn hatte in dieser Zeit der Grundlegung zum Nationalstaate über Persönlichkeiten verfügt, wie sie gleich bedeutend selten vereint erscheinen. Neben dem bewundernswerten Szechenyi trat der als Agitator unvergleichliche Kossuth hervor; Franz Deak, der weise überlegende Staatsmann, erschien im Preßburger Reichstage. Während in Österreich der Absolutismus in Blüte stand, herrschte jenseits der Leitha im ständischen Parlamente reges Leben. Die Wiener Regierung sah mit wachsender Besorgnis, wie sich die magyarische Strömung zusehends verbreiterte, und da sich die Magyaren stärker erwiesen als sie, versuchte sie es mit dem alten Rezepte, eine Nation durch die andere in Schach zu halten. Zu diesem Zwecke förderte sie die großillyrische Bewegung.

Auch die Südslaven wischten sich den Schlummer aus den Augen. Ljudevit Gaj, der seine Ausbildung an norddeutschen Universitäten erhalten hatte, wirkte in Agram epochemachend. Er war Dichter und Publizist. Im Jahre 1830 gab er, von der polnischen Revolution stark beeinflußt, eine „Kroatische Zeitung“ heraus, die schon im folgenden Jahre den Namen „Illyrische Nationalzeitung“ annahm. Der Illyrismus diente zunächst nicht unmittelbar politischen

[14] Michael Horvath a. a. O. II 327. — Sehr interessante Bemerkungen über diesen Landtag finden sich in dem Werke: Aus Metternichs nachgelassenen Schriften. Wien 1883. II. Teil, IV. Bd., S. 676.

Zwecken, sondern strebte die literarische Vereinigung der südslavischen Stämme an. Der Wiener Hof begönnerte Gajs Unternehmungen. Kaiser Franz selbst beseitigte die Schwierigkeiten, die von der ungarischen Statthalterei der Gründung eines illyrischen Blattes bereitet wurden. Der Hof kargte auch sonst nicht mit Zeichen der Anerkennung. Die illyrische Partei verstärkte sich rasch, und sie ließ sich eine eigene Nationalkleidung zurechtschneidern. Der literarische Slavismus setzte sich in politischen Slavismus um. Die vagen Träumereien wurden allgemach durch konkretes Denken verdrängt, ein kroatisch-staatsrechtliches Programm kristallisierte sich heraus. Gaj suchte im Preßburger Reichstage die Rechte der Kroaten gegenüber den Magyaren zu schützen, er erinnerte sie daran, daß ihre Nation ein schwacher Fels sei, der von der großen slavischen Flut umspült werde. Dem kroatischen Politiker sprang Graf Janko Draschkowič hilfreich bei, dem die Huld vielvermögender Kirchenfürsten leuchtete. Die magyarische Bewegung zeigte unstreitbar einen — wenngleich national begrenzten — liberalen Zug, die kroatischen Bestrebungen standen unter feudalklerikalem Protektorate. Im Jahre 1844 war die Zuneigung des Wiener Hofes zu Gaj geschwunden, vier Jahre später jedoch vertraute die Krone einem anderen Kroaten ihr Schicksal an. Jellačič, aus dessen Reden und Proklamationen der Geist Kollars und Šafaříks sprach, war ihr Mann; die Kroaten überschritten die Grenze des revolutionären Ungarns . . .

Wie verhielten sich nun die Deutschen Österreichs in diesen Jahren der nationalen Sammlung und Entwicklung? Napoleons Regimenter lehrten die Preußen national empfinden, die Französisierungsgefahr erweckte sie aus einer verschwommenen Allerweltsduselei. Scharf und klar wurde von ihnen erwogen, was Deutschsein heiße und worin der Deutschen nächste Aufgaben liegen. Österreichs Armee schlug die Völkerschlacht bei Leipzig tapfer mit, des Habsburgerreichs deutsche Bevölkerung jedoch wurde von dem starken nationalen Luftzuge keinesfalls nachhaltig berührt. Körners feurige Lieder, Collins und Castellis kriegerische Gesänge begeisterten

nicht lange. Körner und Collin selbst überlebten nicht die Napoleonzeit und Castelli, der vor der Wut des Korsen fliehen mußte, hatte seine Lieder mehr in einer Aufwallung rasch verfliegenden Enthusiasmus als aus dem Kampfbedürfnisse eines glühenden Streiters heraus verfaßt. Er sagte auch in einer „Selbstschau“ an seine Freunde:

Ich bin wohl nie so recht ein Mann gewesen,
Denn stets zuwider war mir Kampf und Streit[15].

Wer die österreichische Presse, die in Napoleons Endzeit erschien, durchsieht, der wird nur spärliche Zeichen der nationalen Erregung finden und nach der Schlacht bei Waterloo erstirbt die deutsch-nationale Bewegung ganz. Die vaterländische Geschichtsschreibung in Österreich, die mit dem Namen Hormayr innig verwachsen ist, kommt in Flor; der österreichische Patriotismus wird künstlich gezüchtet und die Deutschen werden wieder zu national indifferenten Österreichern. Für sie lag kein Grund vor, ihr Volkstum hervorzukehren, nationale Ansprüche zu erheben. Sie waren die Begründer des Reiches, hatten in jahrhundertelanger Aufopferung aus der kleinen Ostmark den großen Staat geschaffen und genossen alle nationalen Rechte eines Herrenvolkes. „Die doppelte Eigenschaft Wiens, der Provinzialhauptstadt und der kaiserlichen Residenz“, schreibt Anton Springer[16], „warf einen Widerschein auf das in Wien herrschende deutsche Wesen, verlieh der deutschen Sprache die Natur der Reichssprache, dem Deutschtume überhaupt eine zentrale Stellung. Eine alte bisher wenigstens nicht angetastete Überlieferung heiligte den Gebrauch der deutschen Sprache bei allen öffentlichen Akten, in allen politischen Angelegenheiten und ließ die übrigen Landessprachen höchstens im Privatverkehre oder wenn es sich um kleinliche Provinzialinteressen handelte, gelten. Die deutsche Sprache hatte den ferneren Vorteil, daß die Grenzen ihrer Verbreitung beinahe mit den Reichs-

---

[15] J. F. Castelli, Memoiren meines Lebens. Wien 1861. IV.
[16] A. a. O. II 3.

grenzen zusammenfielen. Im Volksmunde lebte sie freilich nur in den kleinsten Provinzen, aber, bekannt, in den städtischen Kreisen vorherrschend, von den mittleren Schichten verstanden war sie auch in den großen östlichen Königreichen." Germanias Kinder hatten vom Hause aus reiche Mittel, sie mußten nicht erst schaffen, erwerben. Die anderen Völker besaßen nichts weiter als ihre große Vergangenheit. Von den Tschechen sagte der deutsche Dichter Moritz Hartmann, daß sie einem toten Rehe im Walde glichen, von Ungarn meinte Deak, daß es weniger bekannt sei als zahlreiche Gebiete Afrikas und dem Auslande als eine fruchtbare aber unkultivierte Kolonie Österreichs erscheine.[17] So herabgekommen waren die nichtdeutschen Nationen. An ihnen lag es, von den verlorengegangenen Schätzen zu retten, was noch gerettet werden konnte. Sie mußten ihre Stammesgenossen national erwecken und für die völkische Sache gewinnen, um wieder als Nationen zu zählen. Bei den Deutschen genügte es, wenn sie ihr Erbe bewahrten. Sie waren in geistiger Hinsicht Weltbürger, großzügig und wohlwollend, an ihnen fanden die aufstrebenden Völkerschaften Freunde und Förderer. Wie Goethe, der für die deutschgeschriebene nur kurze Zeit erscheinende Zeitschrift des böhmischen Museums Propaganda trieb, förderten auch die Deutschösterreicher die ersten Regungen des slavischen Nationalismus nach Kräften.[18] Die Selbstermannung der Magyaren wurde von ihnen gleichfalls mit offener Sympathie verfolgt und das Mißlingen der polnischen Revolution entlockt den deutschen Dichtern tiefinnige Schmerzensklänge.

Edelmut allein war nicht die Ursache dieser entgegenkommenden Haltung, obwohl der Idealismus viel zu ihr bei-

---

[17] Anton Csengery, Franz Deak. Deutsche Ausgabe. Leipzig 1877. S. 16.

[18] Otto Wittner, Moritz Hartmanns Leben und Werke. Prag 1906. S. 28; ferner: Anton Schlossar, Erzherzog Johann von Österreich und sein Einfluß auf das Kulturleben der Steiermark. Wien 1878. — Erzherzog Johann, der Gründer des Grazer Joanneums, forderte z. B. die „Schullehrer und Musikfreunde" der Steiermark auf, die alten Volkslieder, einerlei ob in deutscher oder windischer Sprache zu sammeln.

trug. Die Deutschen seufzten unter der vormärzlichen Willkürherrschaft am meisten. Während die anderen Völker, die niedergehalten wurden, noch in den Kinderschuhen steckten, waren sie schon mündig und die Bevormundung traf sie härter als die andern. Deshalb mußte ihnen die nationale Bewegung der Tschechen und Magyaren, die sich gegen das „System“, das längst nicht mehr germanisierte, sondern klerikalisierte, richtete, willkommen sein; sie unterwühlte den Boden, dem statt der Freiheit, die 1813 versprochen ward, der Absolutismus entsproß. Allerdings lebte die kaiserliche Beamtenschaft, das kaiserliche Heer in deutschen Traditionen, allein dieses Deutschtum wurzelte nicht in dem nationalen Idealismus der Machthaber, sondern einfach in der Notwendigkeit, das weitläufige nationenreiche Staatswesen von einer Zentralstelle aus regieren zu können. So lange die Emanzipationsbemühungen der Völker unter geistig-literarischen Gesichtspunkten vor sich gingen, so lange die politischen Ambitionen erst in zweiter Linie in Betracht kamen und deutschfeindliche Tendenzen nur bei außergewöhnlichen Anlässen schwächlich markiert wurden, haben die Deutschen ihre Sympathie aufrecht erhalten. Als aber dann die Stunde der Völkerbefreiung schlug und es sich zeigte, daß zum Beispiele die mündig gewordenen Tschechen die Deutschen Böhmens an die Wand zu drücken suchten, da änderte sich natürlich die Stimmung. Den Magyaren hat das deutsche Wien über den ersten Freiheitstaumel hinaus Treue bewahrt; die Magyaren aber haben die Aufopferung der Stadt nicht mit gleicher Münze bezahlt[19].

Als sich das deutsche Parlament in Frankfurt a. M. versammelte, jauchzte manchem Deutschösterreicher das Herz, besonders die Jugend bekam ein nationales Hochgefühl und man empfand, daß es Bruderbande gebe, die durch die Grenzen nicht zerschnitten waren. Was früher höchstens verschwommen und unbewußt gedacht, vielleicht hie und da

---

[19] Karl Marx, Revolution und Kontre-Revolution in Deutschland. Stuttgart 1896. S. 83 ff.

unwillkürlich geschrieben worden ist, das erfaßte jetzt mit Allgewalt: das deutsche Volkszusammengehörigkeitsgefühl. Anastasius Grün griff mächtig in die Saiten und sang begeistert:

Schmettre du Lerche von Österreich
Hell von der Donau zum Rhein!
Juble! du kommst aus Morgenrot
Ziehest in Morgenrot ein.

Jauchze du Herze von Österreich,
Jauchze mit jubelndem Schrei!
Heil dir mein deutsches Vaterland,
Einig und mächtig und frei!

So fühlten viele. Im Revolutionsjahre wehte in deutschösterreichischen Städten das schwarz-rot-goldne Banner. Kaiser Ferdinand ließ es sogar einmal aus einem Fenster der Wiener Hofburg hinausflattern [20]. Allein es gab nicht weniger Deutsche, die von der nationalen Welle unberührt blieben. Einer von ihnen, der skeptische, grübelnde Grillparzer, schrieb damals:

Ein Vorzug bleibt uns ewig unverloren:
Man nennt ihn heut die Nationalität;
Sie sagt, daß irgendwo ein Mensch geboren,
Was freilich sich von selbst versteht.

* * *

Übergehen wir die Bach'sche Periode und verweilen wir erst bei der Neubegründung des konstitutionellen Österreich. Die Niederlage von Solferino hatte nicht nur den Konkordatsstaat erschüttert, sie versetzte auch den dynastischen Weltmachtsplänen der Habsburger einen Stoß. Der Verlust der Lombardei zwang die Krone, ihren Blick vom sonnigen Süden abzulenken und nach einer andern Richtung schweifen zu lassen. Noch war Österreich ein Faktor im Deutschen Bunde; die deutsche Kaiserkrone erglänzte zwar seit fast sechs Dezennien nicht mehr auf dem Haupte der Habsburger,

[20] S. Adolf Pichler, Das Sturmjahr. Berlin 1903. — Sehr charakteristisch hat Erzherzog Franz Karl diesen Vorfall Ludwig Kossuth geschildert. S. Ludwig Kossuth, Meine Schriften aus der Emigration, deutsch. Preßburg 1881. II 285.

doch die Sehnsucht nach einer Vormacht unter den Staaten, die auf dem Boden des heiligen römischen Reiches deutscher Nation erblühte, war niemals vollständig erloschen. Österreichs Herrscher verfolgte großdeutsche Pläne, genau so wie das deutschliberale Bürgertum seines Staates. Die österreichische Reichspolitik hatte einen deutschen Grundcharakter; die Deutschen des Habsburgerstaates konnten sich daher mit Österreich identifizieren. Nachdem sie das nationale Problem, das die mosaikartige Völkerzusammensetzung aufwarf, durch mathematische Formeln gelöst zu haben glaubten, gaben sie sich ruhig ihren großdeutschen Phantasien hin. Die nationalen Verhältnisse, die daheim immer brennender und schwieriger wurden, fanden bei ihnen geringes Verständnis. Sie hatten lediglich den deutschen Bundesstaat Österreich vor Augen und widmeten dem spezifisch inneröstereichischen Völkerprobleme nicht mehr Aufmerksamkeit, als die jeweiligen Zerwürfnisse und Reibereien fallweise in Anspruch nahmen. Die deutsche Färbung Österreichs schien ihnen so selbstverständlich zu sein, daß die deutsche Staatssprache nicht erst kodifiziert werden mußte. Die nationalen Regungen der Slaven wurden verhältnismäßig leicht genommen, weil man überzeugt war, daß es vergebens sei, die deutsche Vormachtstellung zu erschüttern und die Magyaren glaubte man aushungern zu können. Die Zentralisten gaben sich noch viele Jahre später der Meinung hin, daß Schmerlings Politik einen Sieg errungen hätte, wenn ihm noch einige Zeit zur Fortsetzung seiner Pläne vergönnt gewesen wäre[21].

Großdeutsch war Trumpf. Im Jahre 1859 wurde in Wien die Gedenkfeier zu Schillers 50. Todestag eindrucksvoll begangen, es fand eine Volkskundgebung statt, wie sie gleich imposant seit dem Sturmjahre nicht verzeichnet werden konnte. Schmerling hielt eine Rede, die in den Wunsch ausklang: „Der Gedanke eines starken Bundes des

[21] Sten. Prot. d. Abgeordnetenhauses, I. Sess., 13. Nov. 1867, S. 1362, s. die Rede Skenes.

herrlichen einigen Deutschland, des alten Reiches mit dem neuen Osterreich verwirkliche sich." [22] Und Anastasius Grün schrieb:

Lodert ihr deutschen
Herzen in Flammen!
Schlaget zu einem
Brande zusammen!

Zwei Jahre später wurde der erste Wiener Turnverein gegründet, der bald die entschieden deutsch gesinnten Männer der Hauptstadt, einerlei welcher Partei sie angehörten, in seinen Räumen versammelte [23]. Auch der großdeutsche Reformverein zählte in Österreich naturgemäß viele begeisterte Anhänger. . . Unterdessen war der Kampf um die Vorherrschaft in Deutschland in ein neues Stadium getreten. Schmerling hatte den im tollen Jahre vom Fürsten Windischgrätz zum Tode verurteilten, nachträglich begnadigten Julius Fröbel nach Wien gezogen, der dem Staatslenker 1861 eine Denkschrift übergab, in der die Einberufung eines Fürstentages nach Frankfurt unter dem Vorsitze des österreichischen Kaisers vorgeschlagen wurde. Der klerikale Erbprinz von Thurn und Taxis war zur Kenntnis dieses Memorandums gelangt und er suchte Kaiser Franz Josef für diese Idee zu gewinnen. Der Monarch auf dem Throne der Habsburger machte sich diesen Gedanken freudig zu eigen; er sah sich im Geiste an die Spitze der deutschen Fürsten gestellt und berufen, die Geschicke Deutschlands in seine Hände zu nehmen [24]. An Bismarcks gigantischen Plänen scheiterte die Aktion. Der österreichische Vorschlag gefiel dem Könige von Preußen, Bismarck jedoch gelang es nach schwerem Ringen, das Fernbleiben seines Herrschers von Frankfurt durchzusetzen [25]. Das deutsche Reformwerk, das vom Fürsten-

[22] S. meinen Artikel: Wiens Schillerfeier im Jahre 1859, „Neue Bahnen, V. Jahrg., 9. Heft.

[23] F. F. Masaidek, Georg Schönerer und die deutschnationale Bewegung. Wien 1898. S. 7.

[24] Friedjung, Der Kampf um die Vorherrschaft in Deutschland, VI. Aufl., I 54 ff.

[25] Otto Fürst von Bismarck, Gedanken und Erinnerungen I 340.

tage ausgehen hätte sollen, war mithin gesprengt. Deutsch-Österreich hatte eine Enttäuschung mehr erlebt. Drei Jahre später kam die Schlacht bei Königgrätz. Die Nebel von Chlum wurden zum Verhängnisse, der Habsburgerstaat unterlag. Der Prager Friede vom 23. August 1866 sprach in seinem vierten Artikel aus, daß Österreich die Auflösung des Deutschen Bundes anerkenne und seine Zustimmung zu einer neuen Gestaltung Deutschlands ohne Beteiligung Österreichs gebe. Das Habsburgerreich stand nun außerhalb der deutschen Gemeinschaft, allein die Deutsch-Österreicher wollten nicht glauben, daß die alten Einigungshoffnungen endgültig begraben seien. Die Veranstaltungen, die mit dem Wiener Schützenfeste in den Augusttagen des nächsten Jahres zusammenfielen, zeigten, wie sehr der innige geistige Zusammenhang Süddeutschlands und Österreichs fortbestand.

Der deutsch-französische Krieg wurde in Deutsch-Österreich mit atemloser Spannung verfolgt. Waren es ja Brüder, die siegreich in Frankreich vordrangen. Hamerling sang:

Dort fragen deutsche Brüder: Wo gewesen
Seid ihr, als die Entscheidungsstunde schlug? . . .
Wir sagen, frei die Stirn von Schamerröten:
Deutschösterreich war mitten unter euch.

Das offizielle Deutsch-Österreich empfand allerdings anders. Der kleine Beust, der in seinen Memoiren kühn behauptet, daß Ereignisse wie die von 1866 undenkbar gewesen wären, wenn seine Berufung nach Wien rechtzeitig stattgefunden hätte[26], hielt den Augenblick für gekommen, seine Revancheabsichten zu vollführen. Er wollte den Habsburgerstaat an die Seite Napoleons stellen, dem er durch den Pariser Vertreter der österreichischen Monarchie am Tage der Kriegserklärung mitteilen ließ, daß Österreich „getreu den Verpflichtungen, wie sie in den zwischen den Souveränen ausgetauschten Schreiben festgestellt sind, die Sache Frankreichs für die seinige betrachten und in den Grenzen der

[26] Friedrich Ferdinand Graf von Beust. Aus drei Vierteljahrhunderten. Stuttgart 1887. II 4.

Möglichkeit zum Erfolge von Frankreichs Waffen beitragen werde." Ungarns Ministerpräsident Graf Andrassy riet dagegen entschieden zu einer Politik der Neutralität und ihm ist es zu danken, daß sich Österreich nicht in waghalsige Unternehmungen stürzte[27].

Am 18. Januar 1871 wurde im Spiegelsaale des Versailler Schlosses die Annahme der Kaiserwürde durch den König von Preußen verkündet; am 4. Februar 1871 fand die Ernennung des Ministeriums Hohenwart statt. Wohl war ihm die Versöhnungsregierung des Grafen Potocki vorausgegangen, aber der politische Umschwung, den die Berufung des Februarministeriums bedeutete, hatte doch unleugbar etwas sprunghaftes an sich. Zu einer Zeit, da jenseits der habsburgischen Reichsgrenzen aus deutschen Kehlen der Jubel über die Einigung ertönte, wandte sich die Krone plötzlich dem slavisch-föderalistischen Staatsgedanken zu; sie erbitterte dadurch die Deutschen und nützte den Slaven nicht. Die ersteren mußten es schmerzlich empfinden, daß sie mit einemmale als Stiefkinder behandelt wurden, die letzteren hatten, was immer sie beginnen wollten, mit der künstlich verschärften Empfindsamkeit der Deutschen zu rechnen. Die Regierung Hohenwart sollte allerdings versöhnen; doch niemals schien die Gelegenheit dazu ungünstiger als in den Tagen der unvermittelten Brüskierung des seit dem Ausgleiche mit Ungarn abermals herrschenden Volksstammes. Für die Deutschen war der Gedanke, daß in dem Staate, dessen Monarch Josef II. gewesen ist, slavisch-föderalistische Regierungsmaximen aufkommen könnten, unfaßbar. Sie verstanden überhaupt die Zeit nicht mehr, in der die Slaven, denen sich freilich schon Belcredi genähert hatte, die Leitung des Staatsschiffes übernehmen sollten.

Die Slaven, die in den vormärzlichen Dezennien zu bewußten Nationen geworden waren, suchten nun ihre nationale Selbständigkeit zu erlangen. Obwohl ihre Wort-

[27] Über Andrassys Intervention s. Emanuel Konyi, Beust und Andrassy, Deutsche Revue, April-Mai 1890.

führer zuletzt mit ihren Forderungen dem feudalen Interesse dienten, konnten sie sich dennoch auf das Gebot der Gerechtigkeit berufen. Fürst Lubomirski hatte schon auf dem Slavenkongresse ausgerufen, daß seine Stammesgenossen die Freiheit und Gleichheit aller Völker als Grundsatz in Europa einführen wollen; das Prinzip der Gleichheit vertraten sie aber nur, soweit es in ihrem Vorteile lag. Darüber hinaus gingen sie jedoch nicht, wie das Verhalten der Polen gegenüber den Ruthenen lehrt. Die Führung in den föderalistischen Kämpfen der konstitutionellen Ära lag dem böhmischen Landtage ob, dessen Majorität bald deutsch bald tschechisch war, je nachdem ob die Regierung dem verfassungstreuen oder feudalen Adel in der Großgrundbesitzerkurie zum Wahlsiege verhalf. Die Deutschen fühlten die Begünstigung der Slaven besonders hart, weil man diese früher nicht nur geringschätzig bewertet sondern als unruhige Elemente behandelt hatte. Im April 1867 wurde von den Tschechen die vielbesprochene Pilgerfahrt nach Moskau arrangiert, die den panslavistischen Bestrebungen neue Impulse verschaffte und ein Jahr später ließ die nationale Erregung der Tschechen der Regierung die Verhängung des Ausnahmszustandes über Böhmen rätlich erscheinen. Auch über Galizien wurde im Jahre 1864 der Belagerungszustand verhängt. Im Grunde genommen, konnte man von den Polen Österreichs nicht verlangen, daß sie ohne Gefühlserregung Vorgänge wie den Aufstand verfolgen sollten, die für das Polentum von historischer Tragweite werden konnten, ebensowenig wie man an die Tschechen das Ansinnen stellen durfte, all' die Empfindungen für die übrigen slavischen Stämme zu unterdrücken. Solche Anschauungen eignen sich am allerwenigsten für die Deutsch-Österreicher, die durch ihre Kultur und Sprache mit dem geeinigten Nachbarreiche enge verknüpft sind. Man gedenke doch der wundervollen Worte Hamerlings:

Lebendig in deutschen Landen kreist,
Keinen Schlagbaum kennend, der deutsche Geist —
So kenn auch, erweckt von der Liebe Strahl,
Das deutsche Herz keinen bunten Pfahl
Und keine trennende Schranke!

In der Ära Hohenwart hatten alle slavischen Völker Österreichs anspruchsvolle Wunschzettel präsentiert und die zuvorkommendste Berücksichtigung erwartet. Als es dann anders kam, machten die meisten lange Gesichter. Begreiflich war die große Erregung der Tschechen, da es für niemanden erfreulich ist, wenn der Becher, den die Lippen bereits berührten, der Hand entsinkt und seinen Inhalt vergießend zu Boden fällt. Die Enttäuschung der Tschechen äußerte sich nach den ersten Zornesausbrüchen auch weiterhin durch Demonstrationen gegen die Behörden, durch Verhöhnung und Verspottung aller Regierungsakte und in Straßenexzessen. In Prag kam es zu tätlichen Mißhandlungen der Deutschen und der Krone wurde arg mitgespielt. Das kaiserliche Reskript vom 12. September 1871 fand, auf weichem Papier gedruckt, eine starke Verbreitung an ominösen Orten und an den Straßenecken der Hauptstadt Böhmens wurde mit Riesenlettern ein Roman angezeigt, der den nicht mißzuverstehenden Titel „König Lump“ führte. Die Prager „Politik“ endlich veröffentlichte einen Brief Ludwig Kossuths, in dem es unter anderem hieß: „Dieses königliche Versprechen ist eine Tatsache, die auf jener Tafel des Schicksals verzeichnet erscheint, auf der über Worthalten oder Wortbruch unauslöschlische Rechnung geführt wird“ [28].

Dagegen jubelte Wiens Bevölkerung hell und laut auf, als die Blätter am 26. Oktober 1871 verkündeten, daß die föderalistischen Experimente mit einem eklatanten Mißerfolge geendet hätten [29]. Das Ministerium des Fürsten Adolf Auersperg, der als Mensch militärisch stramm, als Politiker schwächlich war, wurde von den herrschenden deutschen Kreisen freudig begrüßt, denn nach mehrmonatlichen Irrfahrten langte man wieder bei dem Regime der deutschliberalen Verfassungspartei an. Für die neue Regierung und für die Mehrheit des Abgeordnetenhauses ergab sich durch

[28] Gustav Kolmer a. a. O. II 203.

[29] Walter Rogge, Österreich von Vilagos bis zur Gegenwart. Leipzig 1873. III 487.

das Aufflackern des deutschen Nationalismus eine schwierige Situation. Seitdem das einige Deutsche Reich in die Erscheinung getreten war, hatten sich die großdeutschen Hoffnungen verflüchtigt. Die Betonung des deutschen Nationalbewußtseins wurde als Preußenseuchelei denunziert und als unvereinbar mit dem österreichischen Patriotismus bezeichnet. Aber das Erwachen stärkerer nationaler Empfindungen ließ sich doch nicht hintanhalten. Wie auch? Jenseits der Monarchie rührte sich jugendfrisches Leben; mit ungeahnter Tatkraft und begünstigt von dem Milliardensegen wurde eine Blütezeit für die Volkswirtschaft des Deutschen Reiches begründet. Italien hatte seine staatliche Renaissance herbeigeführt. Im weiten Rußland vertiefte sich der Nationalismus und die panslavistische Agitation zog das Balkangebiet in ihre Kreise. In Österreich, wo die nationale Regsamkeit der Polen niemals erstorben war, begannen diese, das Zünglein an der politischen Wage zu werden; in Galizien schwangen sie sich dank der ihnen eingeräumten Autonomie auf Kosten der Ruthenen zur Alleinherrschaft auf. Die Tschechen hatten den Volkskörper mit Nationalbewußtsein zu durchdringen verstanden, und wenn sie zunächst infolge ihrer Abstinenzpolitik keine praktischen Erfolge zu erzielen vermochten, so lehrte das Hohenwart'sche Zwischenspiel doch, daß sie, wenn erst der Wind umschlüge, zu Machtfaktoren werden konnten. Sollten lediglich die Deutschösterreicher vom Geiste der Zeit unbeeinflußt bleiben? Sollten bloß sie weiterhin national-verschämte „Österreicher“ sein, während alle anderen Volksstämme sich konsolidierten? Auch unter den Deutschen begann die Nationalisierung des Denkens parteipolitisch hervorzutreten. Die Verfassungspartei teilte sich in die „Jungen“ und „Alten“, die Spaltungen fingen an, der Zerfleischungsprozeß setzte ein. „Alt“ war, wer sein Österreichertum über das Deutschtum stellte, „jung“, wer fühlte, daß er als Deutscher zur Welt gekommen sei, mit seiner Vaterlandsliebe aber Österreich umspanne. Die Unterschiede beschränkten sich im Anfange auf feine Nüancierungen, sie offenbarten sich fast mehr in der Verschiedenheit der

Betonung als in der Verschiedenheit der Anschauung. Außerdem bildeten sich Ansätze zu einer kleinen radikal-nationalen Gruppe: Die Wiener deutsche Universitätshörerschaft schlug schärfere nationale Akzente an. Im Jahre 1877 ernannte der „Leseverein Deutscher Studenten“ den radikal-nationalen Abgeordneten Schönerer zu seinem Ehrenmitgliede. Als diese Vereinigung nachher zu einer großen Savigny-Feier Vorbereitungen traf, ordnete die deutschliberale Regierung die Auflösung an. Die Begründung dieser Verfügung ist interessant; sie weist darauf hin, daß der Leseverein nationalpolitische Tendenzen verfolgt und staatsgefährlich sei, weil er dem Deutschen Kaiser anläßlich der verschiedenen Angriffe auf sein Leben eine Beileidsadresse überreicht habe[30].

In den Septembertagen des Jahres 1879 wurde im Wiener Hotel Imperial der Bündnisvertrag zwischen Österreich-Ungarn und Deutschland abgeschlossen, der dann nach dem Beitritte Italiens die Grundlage des Dreibundes darstellte. Fast gleichzeitig vollzog sich ein katastrophaler Szenenwechsel in der innerösterreichischen Politik. Die Slaven beseelten seit der Okkupation Bosniens und der Herzegowina frohe Hoffnungen; der Tschechenführer Dr. Rieger erklärte in einem Briefwechsel mit dem Deutschen Dr. Fischhof, daß sich die Lage der Slaven im Reiche durch den neuen nationalen Zuwachs verbessert habe. Der Berliner Friede sei nur der erste Akt im orientalischen Drama, der zweite müsse bald folgen; man werde sich deshalb angelegen sein lassen, ihre berechtigten Wünsche zu befriedigen. Trotzdem waren sie zur Verständigung bereit, und zwischen den beiden Politikern wurden die nach dem Wohnsitze Fischhofs benannten Emmersdorfer Vorschläge für die Lösung der zisleithanischen Völkerfrage vereinbart. Herbst und Giskra wiesen die Punktationen zurück, die der einsichtsvolle, kluge Optimist Fischhof mit dem diplomatisch gewandten Rieger ausgearbeitet hat. Die deutsche Verfassungspartei, die sich damals unbegreiflich zugeknöpft verhielt, verkannte über-

[30] F. F. Masaidek a. a. O. S. 24.

haupt den Ernst der Zeit und übersah vor allem, daß sie durch die Politik der letzten Jahre ein Harakiri an sich vollführt hatte. Sie war eine abgetane Größe, von der es hieß: Auch Patroklus ist gestorben und war mehr als du. Graf Taaffe, dessen Prinzip in der Prinzipienlosigkeit gipfelte, der Mann mit der zynischen Sorglosigkeit und Gemütsruhe, der viel gute Worte prägte, aber wenig an bleibenden ersprießlichen Werten schuf, übernahm die Regierung. Sein Regime wurde durch die Sprachenverordnung des national-indifferenten Deutschen Stremair im Jahre 1880 eingeleitet. Sie versetzte der Vorherrschaft der Deutschen einen empfindlichen Stoß, denn sie führte die tschechische Sprache bei den Behörden in Böhmen und Mähren ein und inaugurierte die allgemeine Slavisierung der Ämter, der später die verschiedenen Pražakschen Sprachenverordnungen Vorschub leisteten.

Unter den Slaven, die jetzt an die Staatskrippe gelangten, erfreuten sich die Polen einer besonderen Bevorzugung. Ihre Aristokraten, ihre hohen Geistlichen hatten den „Tirolern des Ostens“, den Ruthenen, die Zuneigung des Hofes zu entlisten vermocht und sich selbst zu Liebkindern gemacht. Schlau, gewandt, skrupellos befolgten sie eine außerordentlich geschickte Taktik. In Galizien suchten sie die bürgerlichen Bevölkerungskreise in der Flut des Chauvinismus, die sie mächtig aufpeitschten, zu ertränken, in Wien spielten sie die Biedermänner, die warmherzigen Österreicher, die sich von den jeweiligen Regierungen gegen Konzessionen, wie die italienischen Söldnertruppen des Mittelalters, werben ließen. Sie waren für alles zu haben und kannten das Gefühl der Gewissensbisse nicht. Hinter ihrem Föderalismus steckte, ebenso wie hinter ihrem Nationalismus, Selbstsucht und Herrschbegier. Je mehr das Königreich Galizien „autonom“ wurde, je mehr die Schlachzizen im Rate der Krone erst durch den Landsmannminister, dann noch durch Ressortminister zur Geltung kamen, desto unglücklicher ward das arme Kronland, desto tiefer sank dessen rechtlose Bevölkerung. Von der Schlachta ist kein Dank zu

erwarten, und die Deutsch-Österreicher, die ihr in den Sattel geholfen hatten, mußten später das kränkende Wort Dunajewskis, daß man auch ohne die Deutschen in Österreich regieren könne, vernehmen. Die zweite nationale Gruppe, die aus der Ära Taaffe Nutzen zog, bildeten die Südslaven, die Graf Hohenwart längere Zeit gemeinsam mit den Klerikalen an seinen Parteikarren spannte. Die Autonomiebestrebungen der Slovenen waren schon in den Sechzigerjahren in den Volksversammlungen zu Sachsenfeld, Schempas, Görz und 1869 im Laibacher Landtage[31] zum Ausdrucke gebracht worden und erfuhren nun mancherlei Förderung. Am bedeutungsvollsten jedoch wurde diese Periode für die Tschechen, die die unfruchtbare Schmollwinkelpolitik fallen ließen. Die tschechischen Mährer hatten bereits früher das Wiener Abgeordnetenhaus betreten, endlich folgten ihnen die Tschechen Böhmens nach.

Suchen wir das Um und Auf der tschechischen Politik in den Achtzigerjahren mit einigen Strichen zu skizzieren. Innerhalb dieses Volksstammes stiegen anfangs der Siebzigerjahre neue Kräfte empor, gewannen neue Prinzipien an Bedeutung. Die Alttschechen hatten sich von den Feudalen zu sehr umgarnen lassen. Doch man wandelt nicht ungestraft unter Palmen, man treibt sich nicht ohne Gefahr in den Burgen des Feudalismus herum. Von den Jungtschechen, an deren Spitze Dr. Sladkovsky stand, ging der Reinigungsprozeß aus. In das Tschechentum wurden demokratische Prinzipien getragen, der Hussitentrotz gegen die Klerisei erwachte wieder. Das war das Neue, das die Jungtschechen brachten. Sonst tischten sie bloß vergröbertes Alttschechentum auf; sie überboten die Alten einfach an nationaler Hitzköpfigkeit und stürzten sich mit größerer Verve in die Propaganda des nebelhaften Staats-

[31] Programm zur Durchführung der nationalen Autonomie in Österreich. Von einem Slovenen. Wien 1885. S. 17. (Dieses Buch — ursprünglich eine Artikelserie — wurde von Bach beeinflußt.) — Ludwig Gumplowicz, Das Recht der Nationalitäten und Sprachen in Österreich-Ungarn. Innsbruck 1879. S. 234.

rechts, unter dem man alles verstehen kann, weil es sich auf von Generation zu Generation fortentwickelten Gewohnheitsrechten gründet, die zwar nach und nach in der Form von landesfürstlichen Verleihungen, Privilegien, Magistratsbriefen, Landtagsbeschlüssen und Landesordnungen zur schriftlichen Aufzeichnung gelangt sind, jedoch nie in ihrer Gesamtheit in einen einheitlichen Kodex zusammengefaßt wurden[32]. Durch die jungtschechische Agitation erfuhr der Radikalismus der Sudetenslaven eine unverantwortliche Anfachung; allein er kam erst später in der praktischen Politik zum Vorschein. Die Siege der Jungtschechen haben erst gegen Ende der Achtzigerjahre auf den böhmischen Landtag stärker zurückgewirkt und anfangs der Neunzigerjahre die Alttschechen aus dem Wiener Abgeordnetenhause hinweggefegt. Des Volkes Gunst trug die Jungtschechen immer mehr in die Höhe.

Die Tschechen ließen begreiflicherweise alle Minen springen, um die günstigste Konjunktur für ihre nationale Entwicklung voll auszunützen. Sie erhitzten sich für die Erweiterung des ihrer Sprache eingeräumten Geltungsgebietes, weil sie sich sagen konnten, daß der nationale Einfluß so weit reiche wie das nationale Idiom. Dadurch wurden sie zu Eroberungszügen gezwungen und jede neuerrungene Position in den Schulen und Ämtern bedeutete eine verlorene Schanze für das Deutschtum. Daß die Slaven ihrer Sprache eine höhere Stellung erringen wollten, kann an sich weder vom national-deutschen noch vom allgemeinmenschlichen Standpunkte verurteilt werden. Deutschlands Freiheitssänger Schenkendorf hat in einem aus den tiefsten Tiefen deutschen Gemütslebens geschöpften Gedichte ausgerufen:

Muttersprache, Mutterlaut!
Wie so wonnesam, to traut!
Erstes Wort, das mir erschallet,
Süßes erstes Liebeswort,
Erster Ton, den ich gelallet,
Klingest ewig in mir fort.

---

[32] Dr. Josef Kalousek, Einige Grundlagen des böhmischen Staatsrechts. Prag 1870. S. 5.

Überall weht Gottes Hauch,
Heilig ist wohl mancher Brauch,
Aber soll ich beten, danken,
Geb ich meine Liebe kund,
Meine seligsten Gedanken,
Sprech ich wie der Mutter Mund.

Das Unglück in Österreich war, daß dieser Kleinkrieg in einem zentralistisch organisierten Staatswesen durchgeführt werden mußte, dessen einzelne Glieder, die Königreiche und Länder, die Nationen nicht vorsichtig separierten, sondern unter einem Dache vereinigten. Wir werden die Verfassungsprobleme in einem besonderen Abschnitte betrachten und konstatieren hier nur den unlösbaren Zusammenhang der nationalen Wirren mit ihnen. Wenn man sich mit Ferdinand Kürnberger vorstellt, daß irgendein Riesenfräulein die Völker Österreichs in seine Schürze packen und auf fernen Fluren freilassen würde, dann wären beispielsweise die Schulschwierigkeiten, die den österreichischen Kämpfen um erhöhte Kultur eine verteufelte Ähnlichkeit mit barbarischen Sitten verliehen, sofort behoben. Jede Nation käme für die Erziehung ihrer Angehörigen auf, ein Volk hätte keinen Grund, dem anderen Prügel in den Weg zu schleudern, und die Fortschritte der einen wären ein segensreicher Ansporn für die zurückgebliebenen anderen. Nicht so in Österreich, wo die öffentlichen Lehranstalten von den Gemeinden, Ländern, beziehungsweise vom Staate erhalten werden und den Zankapfel der Nationen bilden. Noch heißer als die Schulen waren die Staats- und Landesbeamtenstellen umstritten. Alle Volksstämme sind bestrebt, einem Teile ihrer Jugend die sichere Lebensbasis einer öffentlichen Amtsstellung zu verschaffen[33]. Dafür können nicht bloß wirtschaftliche Argumente, sondern ebenso kräftige nationale und psychologische Gründe angeführt werden. Der Kampf um die stammesgenössischen Beamten erscheint fast so alt wie die Institution der Beamtenschaft selbst. Wie

[33] Im Jahre 1882 war in Prag eine tschechische Universität errichtet worden; die Absolventen mußten versorgt werden.

schade ist es, daß die Geschichte des Beamtentums noch nicht geschrieben wurde; man würde aus ihr erfahren, daß die Besitzergreifung der Ämter durch die Nationen etwas war, womit eigentlich hätte gerechnet werden sollen. Wenn der König in einen Gau Altdeutschlands einen neuen Grafen schickte, zogen die Freien mit Kränzen und Laubgewinden versehen, aber auch mit guten Waffen ausgerüstet, dem einreitenden Grafen entgegen. An der Mark des Gaues befragten sie den Ankömmling, welchen Rechtes er walten wolle. Solchen, das er finde, oder solchen, das er bringe? Antwortete er, daß er sich an das vorhandene Recht zu halten gedenke, dann wurde sein Roß reich geschmückt und in festlichem Zuge auf die uralte Dingstätte geführt. Sprach er jedoch, daß er des Rechtes walten wolle, das er mitbringe, sollten die Waffen gegen ihn erhoben und sein Vordringen verhindert werden[34]. Hier haben wir die ersten Keime der modernen nationalen Beamtenfrage. Wir sehen demnach, daß die scheinbar umstürzlerischen Tendenzen der sich vordrängenden Nationen Österreichs eigentlich konservativen Motiven entspringen: dem Festhalten an dem Hergebrachten, der alten menschlichen Schwäche, nur zu Seinesgleichen Vertrauen zu haben . . .

Das bittere Brot der Opposition, der Minderheit, aßen nun die Deutschen. Aus der Königstochter war ein Aschenbrödel geworden. Noch mehr, die Deutschen mußten zusehen, wie Stück auf Stück von den Fundamenten des Staates, die ihre Vorfahren errichtet hatten, abbröckelte und wie die Slaven die Lücken nach ihrem Bedürfnisse ausfüllten. Es ist kein Wunder, daß die Politik der deutschen Bevölkerung immer radikaler wurde; der ganze Volkskörper war von Erregung durchzittert: Empörung, Groll, Kränkung verbanden sich. Wer würde in solcher Stimmung nach dem Maße des Selbstverschuldens forschen, wer so objektiv sein, mit sich selbst ins Gericht zu gehen? Man kann es be-

[34] Felix Dahn, Die Germanen. Leipzig 1905. S. 46.

greifen, daß diese Zeit der Selbsterkenntnis wenig förderlich war. Erst ein späteres Jahrzehnt schärfte die Blicke für das eigene Verschulden der Deutschen. In die Ära Taaffe fallen verschiedene Maßnahmen der Selbsthilfe. Der liberale „Deutsche Schulverein“ wurde 1880 gegründet, 1886 entstand der radikal-nationale „Schulverein für Deutsche“, den die Regierung drei Jahre später durch die Auflösung sprengte. Nationale Schutzvereine[85], wie der Böhmerwaldbund (1884), der Nordmährerbund (1886) und die „Südmark“ (1889) wurden ins Leben gerufen, überall regten sich besorgte Gemüter. Im Abgeordnetenhause tauchten mehrere Anträge auf, die die Einführung der deutschen Staatssprache verlangten; daß sie ergebnislos blieben, muß nicht erst gesagt werden. Auf das Parteileben wirkte die allgemeine Nervosität tief ein. Der Riß, der schon früher durch den Block der Verfassungspartei gelaufen war, verbreiterte sich und bewirkte schließlich den vollständigen Zerfall. Die alte Garde, die sich um den charaktervollen, intellektuell hochragenden, für einen Führer aber zu doktrinären und eiteln Dr. Herbst scharte, befand sich in einer mißlichen Lage. National! war die Losung des Tages; wer in der reißenden Flut nicht untergehen wollte, mußte mit ihr schwimmen; selbst einige Deutschklerikale begannen in dieser Periode deutsch zu fühlen. Was blieb also für Dr. Herbst zu tun übrig? Aus seinem Munde erklang stärker und kräftiger als früher das Wort: deutsch. Doch merkwürdig genug: die Bevölkerung verstand immer österreichisch! und sie hatte im Grunde besehen recht. Mit dem Deutschtume Dr. Herbsts war es eine eigene Sache, es schien mit jenem alten Österreichertum identisch, das den Staat als Bollwerk der Deutschen auffaßte, das Patriotismus und Nationalismus als synonyme Begriffe gebrauchte. Der Flügel der „Jungen“ hatte sich leichter und rascher der Tagesströmung angepaßt, er rückte immer mehr nach links. Zusehends erstarkten die antisemitischen Deutsch-

[85] André Chéradame, L'Europe et la Question d'Autriche. Paris 1906. IV. Edition. S. 130 ff.

nationalen. Anfangs der Achtzigerjahre nahmen sie das „Linzer Programm“ an und schufen sich im Wiener „Deutschnationalen Verein“ eine Zentralstelle. Ihr Parteioberhaupt Schönerer wurde eine populäre Gestalt. Für die Deutschnationalen war der Nationalismus gleichbedeutend mit der bis aufs Messer geführten Abwehr der anderen Nationen. Das aufstrebende Deutsche Reich rief in ihnen Neid und gleichzeitig Sehnsucht hervor. In der Taaffe'schen Ära fanden mehrere großangelegte Studentenkommerse statt. Am 15. Februar 1881 erbrauste bei der Lessingfeier das in Österreich verbotene Lied: „Deutsche Worte hör' ich wieder“. Der Trauerkommers, der anläßlich des Hinscheidens Richard Wagners abgehalten ward, wurde mit der helltönenden „Wacht am Rhein“ geschlossen. Aber neben zunehmender Kampfesfreudigkeit machte sich stellenweise eine leichte Resignation bemerkbar. In vielen Köpfen rang sich die Überzeugung durch, daß Österreichs Deutsche eine verlorene Festung verteidigen, daß sie ein herbes Schicksal verurteilt habe, unter das Rad der Geschichte zu kommen. Eine gewisse bedrückende Österreichmüdigkeit keimte auf.

Gegen Ende des Jahres 1889 bereitete sich ein politischer Umschwung vor. Im böhmischen Landtage hatten die Deutschen seit Mitte der achtziger Jahre zur Abstinenzpolitik ihre Zuflucht genommen und nun wurde erwogen, ob im Reichsrate eine ähnliche Taktik angezeigt wäre. Da entschloß sich Graf Taaffe, seine Versöhnungsversuche nochmals aufzunehmen. Er regte die Abhaltung einer Verständigungskonferenz an, die anfangs Januar 1890 in Wien tagte. In 14 Sitzungen kam zwischen den Deutschen und den Alttschechen eine Einigung zustande, die von der Regierung gutgeheißen ward. Der Friede sollte jedoch nicht lange währen, denn die Jungtschechen, die sich an dem „deutschtschechischen Ausgleiche“ nicht beteiligt hatten, bliesen Sturm, verwarfen die Punktationen und zerrissen das zarte Gewebe der Verständigung. Immerhin verbesserte sich nach dem deutsch-tschechischen Ausgleiche das Verhältnis der Deutschen zur Regierung. Ein deutscher Landsmannminister,

Graf Khuenburg, trat ins Kabinett. Dem Sturze des Ministeriums Taaffe folgte die traurigste Periode deutsch-österreichischer Geschichte: die unsäglich kompromittierende Koalition des deutschen Liberalismus mit dem deutschen Klerikalismus und der polnischen Schlachta, die Fronde gegen die Volksrechte. Ein Gefühl des Schmerzes beschleicht jeden, der sich rückschauend in diese Zeit versetzt. Hätte der Liberalismus, der damals zum Konservatismus eingetrocknet war, eine Auffrischung seiner Grundsätze vorgenommen, hätte er, seiner alten Freiheitsideale eingedenk, die Sache eines demokratischen Österreich zu der seinigen gemacht, so wäre es ihm erspart geblieben, in den folgenden Jahren den Jubelruf zu hören: Der Liberalismus ist tot! Und nun zur Regierung Badeni. Im April 1897 erließ das Ministerium die berüchtigten Sprachenverordnungen für Böhmen und Mähren[36]. Österreich glich in der nächsten Zeit einem

[36] Die Sprachenverordnung für Böhmen vom 5. April 1897 besagt: § 1. Die Gerichte und staatsanwaltschaftlichen Behörden, sowie die den Ministerien des Innern, der Finanzen, des Handels und des Ackerbaues unterstehenden Behörden im Königreiche Böhmen sind verpflichtet, die an die Parteien auf deren mündliche Anbringen oder schriftliche Eingaben ergehenden Einladungen oder Entscheidungen in jener der beiden Landessprachen auszufertigen, in der das mündliche Anbringen vorgebracht oder die Eingabe angefertigt ist . . . § 4. Die nicht auf Einschreiten der Parteien erfolgenden behördlichen Ausfertigungen haben in jener der beiden Landessprachen zu erfolgen, die von der Person, an die die Ausfolgung gerichtet werden soll, gesprochen wird . . . § 7. Von den im § 1 bezeichneten Behörden ist die Sprache des mündlichen Anbringers oder der Eingabe, mit der eine Partei eine Sache anhängig macht, bei allen der Erledigung dieser Sache dienenden Amtshandlungen anzuwenden . . . § 8 Alle amtlichen Verlautbarungen, die zur allgemeinen Kenntnis im Lande bestimmt sind, haben in beiden Landessprachen zu ergehen . . . § 10. In strafgerichtlichen Angelegenheiten sind die Anklagen sowie überhaupt die den Angeschuldigten betreffenden Anträge, Erkenntnisse und Amtshandlungen in jener der beiden Landessprachen abzufassen beziehungsweise vorzunehmen, deren er sich bedient hat . . . In allen Fällen sind die Aussagen der Angeschuldigten und der Zeugen in der von ihnen gebrauchten Landessprache aufzunehmen und die Erkenntnisse und Beschlüsse jedem Angeklagten in dieser Sprache zu verkünden und auf Verlangen auszufertigen. § 11. Bei den Verhandlungen mit Parteien, die sich bei der mündlichen Verhandlung verschiedener Sprachen bedienen, hat das Gericht die Sprache des ersten

Hexenkessel, in dem es wild brauste und schäumte. Fast stärker als die Bestimmungen für den Gebrauch der deutschen und tschechischen Sprache im Amtsverkehre stachelten das Deutschtum die Verfügungen auf, die allen Beamten die Kenntnis beider Landessprachen zur Vorschrift machten. Von tschechischer Seite wurde gegen die Deutschen der Vorwurf erhoben, sie hätten gegenüber dem Grafen Badeni eine nicht ganz korrekte Haltung eingenommen, ihre Vertrauensmänner wären viele Monate vor Erlassung der Sprachenverordnungen von den Absichten des Ministers, im Amtsverkehre die Gleichheit der deutschen und tschechischen Sprache einzuführen, unterrichtet worden[37]. Damit wird keineswegs das Wesen der Sache getroffen. Die Badeni'schen Sprachenverordnungen wurden von der deutschen Bevölkerung „Sprachenzwangsverordnungen" genannt, ebenso wie das in den Sechzigerjahren vom böhmischen Landtage angenommene, später beseitigte Gesetz, das die deutschen Mittelschüler zur Erlernung des tschechischen Idioms verhielt, den Beinamen: Sprachenzwangsgesetz bekam. In dem Worte Zwang liegt der Schlüssel zur Psychologie des Nationalitätenkampfes. Nationale Verpflichtungen, die nicht dem Ideenkreise eines Volksstammes entspringen und von außenher aufgezwungen werden, müssen immer wie ein unleidlicher Druck wirken. Dem nationalen Empfinden entquillt das Verlangen nach nationaler Selbstbestimmung; alle Eingriffe von fremder Seite werden als Beleidigungen und Beeinträchtigungen angesehen. Kein Volk, das sich seiner Würde nicht begeben will, kann sich widerstandslos Fesseln anlegen

---

Anbringens, nötigenfalls beide Sprachen zu gebrauchen. Die Verordnung betreffend die sprachlichen Qualifikationen der bei den Behörden im Königreiche Böhmen angestellten Beamten lautet im § 1: Beamte, die bei den Gerichts- und staatsanwaltschaftlichen Behörden sowie bei denjenigen Behörden, die den Ministerien des Innern, der Finanzen, des Handels und Ackerbaues unterstehen und nach dem 1. Juli 1901 angestellt werden, haben die Kenntnis beider Landessprachen nachzuweisen usw.

Für Mähren erflossen die grundsätzlich gleichen Bestimmungen wie für Böhmen am 22. April 1897.

[37] Zuletzt von Josef Penizek a. a. O. S. 56.

lassen, wobei zu bemerken ist, daß die eingebildeten Ketten oft schwerer zu tragen sind als die massiv gearbeiteten. Wenn also tatsächlich von den deutschen Vertrauensmännern verabsäumt worden wäre, rechtzeitig gegen die Maßnahmen des polnischen Ministerpräsidenten Protest einzulegen, so hatte das für die Volksbewegung gar nichts zu sagen. Hier kann von einer Kritik des inneren Gehaltes der Sprachenverordnungen abgesehen werden. Wir haben nun zu fragen: Was bedeuteten diese vor zehn Jahren? Die nationalen Anschauungen über Recht und Gerechtigkeit sind ja veränderlich wie die Stimmungen und Empfindungen, etwa vergleichbar den wandelbaren Wirkungen unwandelbarer Naturgesetze. Heute allerdings geht von den Deutschen selbst der Ruf aus, daß ihre Söhne in den Sudetenländern die tschechische Sprache lernen, in Steiermark, Kärnten und Krain die slovenische Sprache pflegen mögen. Vor zehn Jahren dachte man anders: das ist entscheidend.

Unter dem Einflusse des Sturmlaufes gegen die Sprachenverordnungen ging allmählich eine Verschärfung der radikalnationalen Politik der extrem Deutschen vor sich: Die Schönererianer wurden nach und nach zu Alldeutschen. Sie setzten sich über Österreichs Grenzen hinweg und taumelten verträumt auf den weiten Fluren Alldeutschlands, die ihr Idealismus, der sich freilich im Laufe der Jahre zur leeren Nörgelei vergrämte und verärgerte, in das berückende Licht völkischer Größe tauchte. Die nationale Radikalisierung aller Völker schuf jedoch nicht nur in den Köpfen neue Ideen, sie rüttelte auch die rohesten Instinkte aus dem Schlummer, sie machte sich lärmend und zerstörend in den Gassen und Straßen bemerkbar. Die traurige Liste der nationalen Exzesse fand manche Bereicherung, denn das Argument der Steine und Stöcke war nicht mehr neu. Als Dr. Herbst anläßlich seiner Berufung ins Ministerium von den Deutschen Prags gefeiert wurde, kam es — im Jahre 1868 — zu häßlichen Straßenkundgebungen der Tschechen, denen sich im Juni 1881 die Szenen von Kuchelbad würdig oder eigentlich gleich unwürdig anschlossen.

Die Prager Exzesse, die zu Ehren des Grafen Badeni arrangiert worden sind, bildeten einen andern Meilenstein auf dem Passionswege der österreichischen Politik.

Die Badeni'schen Sprachenverordnungen und die Obstruktionserscheinungen hatten sehr bald den Zusammenschluß eines Teiles der Deutschen zur Folge. Als das Ministerium Gautsch den Sprachenzwang milderte und die Regierung Clary ihn am 17. Oktober 1899 gänzlich beseitigte, verflüchtigte sich die Leidenschaft der Deutschen allmählich. Die Erregung hatte ihren Höhepunkt erreicht, sie begann von da an nachzulassen. Die Jahre des Kampfgetümmels sind vorüber. Das Ruhebedürfnis, die Friedenssehnsucht fordern ihre Rechte. Die nationale Verständigung in Mähren, die nationale Abgrenzung der Wahlkreise sind die ersten Schritte zur Völkerversöhnung, zum neuen Österreich. Die Sonne der nationalen Autonomie leuchtet langsam auf, die Nebel zerreißen. Freuet euch, es wird Tag!

* * *

Versuchen wir es jetzt, die **zahlenmäßige Bilanz** der nationalen Kämpfe aufzustellen; die Bevölkerungsstatistik leistet uns dabei gute Dienste. In Österreich

	bekannten sich zu den nebenbezeichneten			entfielen von je 100 anwesenden Staatsangehörigen auf die Umgangssprachen		
	1880	1890	1900	1880	1890	1900
Deutsche . .	8 008 864	8 461 580	9 170 939	36,75	36,05	35,78
Tschechen .	5 180 908	5 472 871	5 955 397	23,77	23,32	23,23
Polen	3 238 524	3 719 232	4 259 152	14,86	15,84	16,62
Ruthenen . .	2 792 667	3 105 221	3 375 576	12,80	13,22	13,17
Slowenen . .	1 140 304	1 176 672	1 192 780	5,23	5,01	4,65
Serbo-Kroaten . .	563 615	644 926	711 380	2,59	2,75	2,77
Italiener . . .	668 653	675 305	727 102	3.07	2,88	2,84
Rumänen . .	190 799	209 110	230 963	0,88	0,89	0,90

Sehen wir uns weiter die statistischen Ergebnisse für einzelne Kronländer an, ehe wir unsere Schlüsse ziehen. Von je 100 anwesenden Staatsbürgern sprachen:

in Böhmen	deutsch	tschechisch
1880	37,17	62,79
1890	37,20	62,79
1900	37,27	62,67
in Mähren		
1880	29,38	70,41
1890	29,37	70,34
1900	27,91	71,35
in Schlesien		
1880	48,91	22,95
1890	47,76	22,02
1900	44,68	22,04

Weiter sei noch kurz bemerkt, daß die deutsche Sprache der slovenischen gegenüber in Steiermark und Kärnten, der italienischen gegenüber in Tirol an Boden gewann und ihre Stellung in der Bukowina den anderen Landessprachen gegenüber nicht unerheblich verstärkte[38]. „Im Ganzen und Großen haben die Deutschen Österreichs trotz der Wucht des slavischen Vorstoßes" — bemerkt Professor Rauchberg in seinem verdienstvollen, mit ungewöhnlichem Fleiße gearbeiteten Werke — „ihre Stellung unversehrt erhalten, wie denn überhaupt das Kräfteverhältnis zwischen den einzelnen Nationalitäten nicht oder doch nur unwesentlich verändert erscheint."

Die Bevölkerungsentwicklung vollzog sich unbeirrt von den politischen Erschütterungen. In Böhmen finden wir das deutsche Volk in einer beständigen Vermehrung begriffen, obwohl die Landesverwaltung in den Händen der Tschechen liegt. In Mähren ist der Prozentsatz der deutschen Bevölkerung gefallen, trotzdem die Landesverwaltung in den letzten zwanzig Jahren von den Deutschen besorgt wurde. Ganz andere Momente und zwar neben der eigenen Zeugungs- und Erhaltungskraft hauptsächlich wirtschaftliche und soziale Erscheinungen beeinflussen die Volksbewegung. Das wurde von einzelnen klaren Köpfen vor mehr als einem Dezennium richtig erkannt und Heinrich Herkner schrieb: „Die soziale

[38] Dr. Heinrich Rauchberg, Der nationale Besitzstand in Böhmen. Leipzig 1905. I 22 ff.

Reform ist nicht einer der Wege, auf denen die Zukunft des Deutschtums sichergestellt werden kann, sie ist der einzige Weg, der Weg schlechthin, der wirklich die Erreichung des Zieles verbürgt" [39]. Diese Wahrnehmung zwingt selbst die Deutschen Österreichs, die bloß die Gebote des nationalen Egoismus und nicht die Pflichten der historischen Mission deutlich erkennen, eine eminente Fortschrittspolitik zu befolgen, vorwärts und immer vorwärts zu streben. Nicht in der Unterdrückung der Völker, in dem „Niederhalten", äußert sich die Vertretung des deutschen Interesses sondern in dem rüstigen Schaffen im eigenen Lager, in der Beseitigung aller Hemmnisse für die ungestörte Entwicklung.

Deutsch sein heißt für die österreichischen Deutschen nicht nur frei, nicht nur kulturfördernd, nicht nur wirtschaftlich rege und sozial einsichtig sein, sondern noch mehr: es gebietet ihnen auch die Gewährung der weitestgehenden Toleranz gegenüber den anderen Völkern. Als die radikalnationale Bewegung in Zisleithanien ihren Anfang nahm, war es die große Literatur der deutschen Freiheitskriege, an der sich Österreichs Jugend erbaute, aus der sie ihre Ideale, ihre Hingebungsfreudigkeit schöpfte. Doch wie sehr wurden diese Denkmale eines erhabenen Schrifttums mißverstanden! Von dem Kosmopolitismus Herders [40] führte Ernst Moritz Arndt zum Nationalismus hinüber. „Gleichheit und Gerechtigkeit, Liebe und Mitleid mit allen Lebendigen, ihr seid

[39] Prof. Dr. Heinrich Herkner, Die Zukunft der Deutschösterreicher. Wien 1893. S. 12—13. — Vgl. auch Dr. Michael Hainisch, Die Zukunft der Deutschösterreicher. Wien 1892. In diesem anregenden Buche untersucht der Verfasser die unbedeutende Vermehrnng der Deutschen; er führt sie auf die geringe Ehefrequenz zurück, „die ihren Grund in nichts anderem als in den Agrarverhältnissen haben kann." S. 107.

[40] S. z. B. in den „Ideen zur Philosophie der Geschichte der Menschheit", IV. Teil, IV. Abschnitt, das interessante Kapitel: Slavische Völker und in den „Briefen zur Beförderung der Humanität X, das inhaltstiefe Österreichs Verhältnisse scharf erfassende Gespräch über Kaiser Josefs II. Tod".

die erhabenen Lehren des heiligen Stifters des Christentums, ihr müßt die Gesetze der Staaten und Völker sein!" verkündete Arndt[41]. Über Österreichs Völkerfrage äußerte er sich nicht klar, zeigte aber desto überraschendere Einsicht in Ungarns Verhältnisse. Die Magyaren, die er ein braves, edles, kraftvolles Volk nennt, wurden seiner Meinung nach von den Deutschen absichtlich und zufällig germanisiert, in ihrer eigentümlichen Bildung sehr aufgehalten. Er führte weiter — vor hundert Jahren — aus, daß die Magyaren, wenn sie bis ans Schwarze Meer zögen, die Deutschen, Slaven, Raitzen Wallachen, Griechen und Türken nicht ihrer Sprache unterwerfen könnten; er erkennt also die nationale Daseinsberechtigung selbst der national gering entwickelten Völker an. Fichte hat in seinen „Reden an die deutsche Nation" das österreichische Völkerproblem nicht behandelt; in seiner vierten Rede meint er, daß sich die Nationen slavischer Abstammung noch nicht so klar entwickelt hätten, daß eine bestimmte Zeichnung von ihnen möglich wäre. Von besonderem Interesse ist aber eine Stelle in der zwölften Rede, an der die wendische Sprache als warnendes Beispiel angeführt wird. Diese dauert, sagt der kühne Philosoph, seit der Reihe von Jahrhunderten, da das wendische Volk seine Freiheit verloren hat, noch immer fort, allein sie ist in die ärmlichen Hütten der an die Scholle gebundenen Leibeigenen gebannt, wo diese in ihr, unverstanden von ihren Bedrückern, das düstere Schicksal beklagen können. Die Schlüsse sind leicht zu ziehen. Doch hören wir, was Fichte unmittelbar nach der Veröffentlichung des Aufrufes des Königs von Preußen 1813 schreibt: „. . . kein Volk von Sklaven ist möglich. Nicht mehr umzubilden daher wäre ein Volk, noch zum Anhang eines anderen zu machen, wenn es in einen regelmäßigen Fortschritt der Verfassung hineingekommen. Dazu aber ist es fortzubilden, um seine nationale Existenz zu wahren"[42]: Einige Seiten

[41] „Geist der Zeit", VI. Aufl. Altona 1877. S. 138.

[42] Johann Gottlieb Fichtes sämtliche Werke. Berlin 1846. VII (politische Fragmente) S. 549.

weiter führt er aus, daß das Reich der Deutschen ein wahrhaftes Reich des Rechts sein werde, „wie es noch nie in der Welt vorgekommen ist, in all der Begeisterung für die Freiheit des Bürgers, die wir in der alten Welt erblicken, jedoch ohne Aufopferung der Mehrzahl der Menschen als Sklaven! Für Freiheit gegründet, auf Gleichheit alles dessen, was Menschengesicht trägt!" Der Turnvater Friedrich Ludwig Jahn, der seiner Nation das noch immer außerordentlich anregende und lesenswerte Werk: „Deutsches Volkstum" schenkte, spricht im dritten Teile des genannten Buches klipp und klar aus, wie er sich des Habsburgerstaates Zukunft vorstelle: „Österreichs Kaisertum kann nicht mehr auf ein eigenes Volkstum gegründet werden. Ein Großreich mag hier nur aus einer Reichsgenossenschaft vieler besonderer Volkstümer bestehen, die sich für ihre Fortdauer einander wechselseitig Gewähr leisten."

Diese Stichproben mögen genügen. Bloß mit einigen Sätzen sei noch zweier österreichischer Dichter gedacht, die der extreme Nationalismus für sich in Anspruch nimmt, in deren Namen er Unduldsamkeit predigt. Anastasius Grün ist der eine. Das komplizierte Wesen dieser kernigen Aristokratengestalt läßt sich mit wenigen Strichen kaum veranschaulichen. Der Dichtergraf war ein bewußter Deutscher, ein Adelsdeutscher im Sinne der Ibsen'schen Adelsmenschen. Sein Volkstum hielt er hoch, aber die Menschheit nicht weniger und die Freiheit stand ihm am höchsten. Er hörte niemals auf, in geistiger Hinsicht Großdeutscher zu sein. Allein sein Nationalismus hat ihn ebensowenig gegen andere Nationen intolerant gemacht, wie sein Christentum gegen andere Konfessionen. Fand er nicht ergreifende Worte für den slovenischen Dichter Preširen, drängte es ihn nicht, Krains Volkslieder vor den Deutschen auszubreiten? Man kann Anastasius Grüns Denken nicht besser charakterisieren als mit seinen eigenen Versen aus dem „Pfaffen vom Kahlenberg":

Da liegt ein Block auch uralt, fahl . . .
Hier gab der Fürst einst diesen Gauen

Die Lehn, nachdem er selbst das Land
Zu Lehn erst nahm aus Bauershand.
Jahrhunderte entnervter Zeit
Umspannen, ekle Spinnenbrut,
Mit Schleiern der Vergessenheit
Den Stein, der dumpf im Moose ruht . . .
Kein Laut, kein Kranz, kein Liedermund
Gibt dieses Steins Bedeutung kund . . .
Kein Zeichen will zu sprechen wagen
Und Sünd ist's hier nach Freiheit fragen.
So sprachverwirrend war die Zeit,
Daß ihrer Weisen Gilde im Streit,
Ob die verwitterte Schrift am Stein
Mag römisch oder wendisch sein —
Gleichmütig zieht der Wanderer vorbei
Als ob's ein Stein wie ein anderer sei.

Die bewußten oder unbewußten Falschdeuter haben sich auch Robert Hamerlings bemächtigt. Seine nationalen Ansichten werden nicht weniger verkannt als seine Stellung zu den Juden[43]. Der Dichter, der die Habsburgerlieder geschrieben, der Österreichs Kaiser besungen hat, wird von Leuten, die antidynastische Propaganda treiben, auf den Schild gehoben — Tote können sich nicht wehren —; der Poet, der den Weckruf „An die Nationen“ ertönen ließ, der in dem Gedichte „Des Ungarkönigs Krönung“ die für ihre nationalen Rechte kämpfenden Magyaren verherrlichte —

Im Busen glühend und schmerzbedrückt
Im Haupte verstandesklar,
So hast du gekämpft, so hast du gesiegt,
Hochherziger Magyar.

— muß es sich gefallen lassen, vom verblendetsten deutschen Chauvinismus mißbraucht zu werden. Sicherlich hat Hamerling mit unlösbarer Anhänglichkeit an seinem Volkstume gehangen und nicht viele Sänger haben ihrer Nation so schöne Liederkränze gewunden wie er. Geistig lebte er überall da, wo deutscher Fleiß, deutsche Kraft, deutsche Kunst regsam walteten, politisch fühlte er sich als Österreicher. Man höre

[43] Robert Hamerling, Stationen meiner Lebenspilgerfahrt. Hamburg 1890. 3. Aufl., S. 406 ff. u. S. 428.

doch die Anfangsstrophe seines Gedichtes „Vaterland und Mutterland“ [44]:

Deutschland ist mein Vaterland!
Und Öst'reich, ei, mein Mutterland!
Ich lieb sie innig beide!
Hat Vater, Mutter nicht der Mensch?
Warum nicht so dergleichen
Ein Vaterland, ein Mutterland
In Freuden und im Leide!

Wahrlich, es gibt keine ärgere Versündigung an dem heiligen Geiste der Nation, als den Mißbrauch des nationalen Begriffes. Wer Liebe in Haß umfälscht, treibt die schlimmste Falschmünzerei. Wollt ihr eure Dichter und Denker ehren, so lebet in ihrem Geiste! Deutsch sein und für Neu-Österreichs Vollendung eintreten, das gehört zusammen, denn Neu-Österreich wird die Freiheit der Völker und der Individuen bringen. Der echte Deutsche aber will nicht nur selbst frei sein, sondern verhilft auch den anderen zur Freiheit!

4. Der Antisemitismus.

Graf Coudenhove hat in seinem gelehrten und interessanten Werke den Nachweis zu erbringen versucht, daß aller Antisemitisimus religiösen Fanatismus entsprungen sei [1]. Soweit sich dieser Lehrsatz auf unsere Zeit bezieht, ist er nicht zur Gänze richtig. Der ungemein kenntnisreiche, mutvoll für Wahrheit und Recht zu Felde ziehende Bekämpfer des Antisemitismus hatte merkwürdigerweise mit Houston Stewart Chamberlain, dem Verfasser der „Grundlagen des neunzehnten Jahrhunderts“, einen Wesenszug gemeinsam: es fehlte ihm die Gabe des sozialen Schauens, des scharfen Erfassens wirtschaftlicher Triebkräfte [2]. Der moderne parteipolitische Antisemitismus in Österreich ist zum großen Teile ein Produkt

---

[44] Hamerlings Werke, Volksausgabe, 2. Aufl. Hamburg. III 487.

[1] Dr. Heinrich Graf Coudenhove, Das Wesen des Antisemitismus. Berlin 1901. Z. B. S. 263, 507 usw.

[2] Friedr. Hertz, Moderne Rassentheorie. Wien 1904. S. 184.

der kapitalistischen Wirtschaftsordnung; hinter ihm verbirgt sich die Hilflosigkeit des Mittelstandes gegenüber dem sieghaft vordringenden Industrialismus. Religiöse Motive haben zweifellos mitgewirkt, aber die Angst oder der Haß gläubiger Seelen verschwand fast hinter der Bedeutung, die der Empörung der leeren Taschen innewohnte. Die Genesis des Antisemitismus wird uns die Wertung der Beweggründe am besten ermöglichen. Doch ehe wir zu ihrer Betrachtung übergehen, müssen wir eine Weile bei den Juden halt machen.

Wie eine Vorfrühlingsblüte schoß der Josefinismus empor, um dann unter der Eisdecke, die der rückfällige Winter des franziszäischen Absolutismus über Österreich ausbreitete, zu ersterben, zu verschwinden. Kaiser Josef II. war kein Freund der Juden[3], doch der große Erzieher der Menschheit zog auch sie in den Kreis seiner Reformtätigkeit. Ehe die kaiserlichen Erlässe „wegen der Juden" erschienen, die den verfolgten, verachteten Israeliten nennenswerte Freiheiten einräumten und vor allem eine menschenwürdige Behandlung sicherten, erging eine halbamtliche Erklärung an die Öffentlichkeit, die diese auf die Maßnahmen vorbereitete. In ihr entwickelte der Kaiser seine Absichten, die Juden für den Ackerbau zu gewinnen[4]. Nach nicht zu langer Zeit verdüsterte sich wieder das Schicksal der Juden. Im Vormärz wurde ihnen in den verschiedenen Teilen des Reiches verschieden begegnet. Am härtesten verfuhr man in Böhmen und Mähren, wo die Zahl der jüdischen Familien, die dort ansässig sein durften, mit 14000 feststand. In Wien und Niederösterreich wurde der Vermehrung der Juden gleichfalls entgegengearbeitet; in Wien hatten bloß die erbgesessenen „tolerierten" Israeliten das Recht zur Ausübung von Gewerben, Industrien und Künsten. In Steiermark, Kärnten und Krain war den Juden der Aufenthalt überhaupt verboten, in anderen Ländern gab es wieder Städte, die das Privilegium

[3] S. Sebastian Brunner, Josef II. Freiburg i/B. 1885. S. 137 ff.
[4] Realis, Die Juden und die Judenstadt in Wien. Wien 1846. S. 61.

besaßen, entweder keine einzige oder nur eine Judenfamilie in ihrer Mitte dulden zu müssen oder die ansässigen Juden in ein Ghetto sperren zu dürfen. Die Beschränkung der Freizügigkeit war nicht das einzige Übel; es wurde den Israeliten auch im ganzen Reiche das Recht des Grundbesitzes entzogen, sie waren vom Staatsdienste, vom Lehramte, von der Advokatur usw. durch das Gesetz ausgeschlossen[5]. Die Aprilverfassung des Jahres 1848 sagte wohl in ihrem § 17: „Allen Staatsbürgern ist die volle Glaubens-, Gewissens- und persönliche Freiheit gewährleistet" und der § 24 bestimmte: „Jeder Staatsbürger kann Grundbesitzer werden, jeden Erwerbszweig ergreifen, zu allen Ämtern und Würden gelangen". Trotzdem blieb die praktische Durchführung der Judenemanzipation aus. Im Revolutionsjahre gab Wien den Schauplatz für manche antisemitische Kundgebung ab und in der darauffolgenden Konkordatsära waren die Verfolgungen der Israeliten keine Seltenheit; sie wurden von dem übermächtigen Klerus begünstigt[6]. In der Reaktionsperiode blieben die Juden vom Grundbesitze in vielen Ländern ausgeschlossen, und man verweigerte ihnen fast jede Konzession für ein Gewerbe, jeden Eintritt in die öffentlichen Ämter; hatte doch ein kaiserliches Patent vom Oktober 1853 angeordnet, daß bis zur definitiven Regelung der Rechte der jüdischen Bürger die in den Kronländern vor dem 1. Januar 1848 bestandenen, die Besitzfähigkeit der Juden beschränkenden Vorschriften in Kraft zu treten haben. Nach dem verlorenen italienischen Kriege besserte sich die Stellung der Israeliten. Im Jahre 1859 erfolgte die Aufhebung des Verbotes für die Juden, christliche Dienstboten zu halten. Dann ließ man sich herbei, für sie den politischen Ehekonsens aufzuheben und beseitigte die Bestimmungen des bürgerlichen Gesetzbuches, die es den Juden verwehrten, Testamentszeugen bei Christen zu sein und in Prozessen gegen Christen Zeugenschaft abzulegen. In den letzten Monaten des absolutistischen Zwischenspiels

[5] H. Reschauer, Das Jahr 1848. Wien 1872. I 59 ff.

[6] Heinrich Waentig, Gewerbliche Mittelstandspolitik. Leipzig 1898. S. 138.

wurde den Israeliten unter gewissen Beschränkungen der Erwerb von Grundstücken gestattet und die Zwangstaufe jüdischer Findelkinder untersagt; die Beschränkung der Freizügigkeit fiel weg[7]. Das Prinzip der politischen Gleichberechtigung aller Staatsbürger kam erst durch die Staatsgrundgesetze vom 21. Dezember 1867 zur Geltung; die Juden hörten auf, Menschen zweiter Ordnung zu sein. Rasch setzten sie sich in allen Berufen fest und sie genossen wenigstens im Zentrum des Reiches, die neue Freiheit voll. Aus der Zeit des engherzigen Judenrechts war jedoch in gewissen Schichten der Bevölkerung die traditionelle Abneigung gegen die Israeliten zurückgeblieben und der in dunkeln Jahrhunderten ausgeübte soziale Boykott wurde aufrecht erhalten. Dieser gesellschaftliche Antisemitismus ist heute noch über das ganze Reich verbreitet, wenngleich er nicht überall mit derselben Intensität fühlbar wird.

Der politische Antisemitismus erhob erst gegen Ende der Siebzigerjahre sein Haupt. Durch den Börsenkrach wurde im Jahre 1873 eine Unzahl kleiner Leute ruiniert und der Unwille der Bevölkerung machte sich in einem unartikulierten Wutgeheule Luft. Selbstredend nahm man, wie immer, wenn etwas schiefgeht, die Juden aufs Korn, aber von einer antisemitischen Bewegung im parteipolitischen Sinne konnte keine Rede sein. Bloß in einzelnen Organen, wie im „Vaterland“ und in der „Wiener Kirchenzeitung“ tauchten antisemitische Glossen auf. Im Abgeordnetenhause debütierte der klerikale Tiroler Greuter mit antisemitischen Wendungen und auch andere Redner schlugen ab und zu früher nie gehörte Töne an. So sprach der Slovene Dr. Vošnjak von der hebräisch- oder semitisch-liberalisierenden Partei[8], doch damals wurde im Parlamente auf solche Auslassungen noch energisch repliziert; antisemitische Redensarten erschienen in dieser unschuldsvollen Zeit noch un-

[7] Gustav Kolmer a. a. O. I 16 u. 27. — Österreichisches Staatswörterbuch. Herausgegeben von Prof. Dr. Ernst Mischler und Prof. Dr. Josef Ulbrich. Wien 1895. II 191 ff.

[8] Sten. Prot. d. Abgeordnetenhauses, VIII. Sess., 8. März 1878, S. 11 466.

parlamentarisch. Zum politischen Machtfaktor schwang sich der Antisemitismus erst auf, als ihn geschickte Agitatoren in die Reihen der Kleingewerbetreibenden trugen und — durch die „Berliner Bewegung“ angeregt — eine judenfeindliche Strömung hervorriefen. Das geringe Verständnis dieser Kreise für ökonomische Fragen ermöglichte es, in ihnen die Vorstellung zu erwecken, daß an dem Verfalle des Mittelstandes die Juden schuldtragend seien. Die Israeliten hatten sich in einzelnen Produktionszweigen erfolgreich zu betätigen vermocht und manchem war es gelungen, große Reichtümer und das damit zusammenhängende Ansehen zu gewinnen. Diese wenigen waren den beunruhigten Kleingewerbetreibenden ein Dorn im Auge, sie schienen ihnen an dem Leichentuche des Handwerkes zu weben. Die Juden und die Gewerbefreiheit sind die Feinde unseres Glücks! hallte es bald durchs Land. Der Mittelstand gab für die gewissenlosen Volkstribunen ein dankbares Auditorium ab; doch daß es so weit kommen konnte, ist nicht in letzter Linie dem Liberalismus zur Last zu legen. Er hatte dem Kleingewerbe die Türen der gesetzgebenden Körperschaft verschlossen, er betrachtete es lange Jahre als quantité negligeable, er verhielt sich selbst in den Tagen, da zungenfertige Agitatoren den Mittelstand aus dem Halbschlummer aufscheuchten, teils hoheitsvoll verächtlich, teils resigniert, fassungslos. Der österreichische Liberalismus zeigte sich seiner großen Aufgabe gegenüber klein und ungenügend. Er lebte isoliert vom Volke, vergaß, die Massen durch politische Aufklärungsarbeit zu erziehen. In Österreich gab es nicht einmal eine Persönlichkeit wie Schulze-Delitzsch; die pygmäenhaften Nachbeter dieses Mannes kamen kaum in Betracht. Man kann nicht oft genug darauf hinweisen, wie sehr der Liberalismus unter dem Privilegiensysteme zu leiden hatte, denn er verdarb, weil er, nur auf einen kleinen Kreis beschränkt, jedes Nachwuchses von Talenten entbehrte. Nur die Wiener Demokraten haben sich redliche Mühe gegeben, die kleinbürgerlichen Schichten an sich zu ziehen; allein sie hatten keinen Erfolg, denn erstens standen die Liberalen als erbitterte Gegner hinter ihrem Rücken und zweitens gab es

in ihrer Mitte mehrere charakterlose Männer, die im günstigen Momente umsattelten und den antisemitischen Heilsgedanken propagierten.

Aus zwei anfänglich kleinen Quellflüssen setzte sich der breite antisemitische Strom zusammen, der sich später als christlichsoziale Partei durch das Stammland der Monarchie wälzte. Der eine Arm kam aus den Höhen des Konservativismus. Zwei Männer, erst Freiherr von Vogelsang und nachher auch Dr. Rudolf Meyer haben eine Gruppe von Feudalen und Klerikalen mit den Ideen einer christlich-konservativen Sozialreform vertraut gemacht. Als innerster Grund der Mißstände, die das kapitalistische Wirtschaftssystem zeitigte, wurde der Liberalismus, Rationalismus und Materialismus erkannt, der die christliche Weltanschauung und Sitte verdrängt habe. Man strebte also die Wiederbelebung der christlichen Weltanschauung an und suchte durch die berufsgenossenschaftliche Organisation des Staates die Anknüpfung an die goldene Zeit des Ständewesens, die durch die Revolution in ihrer Kontinuität zerstört worden war[9]. Der Kreuzzug der Konservativen für Kirche, Staat und Gesellschaft dauerte nicht lange. Er fand sein natürliches Ende, als die Konservativen in der Ära Taaffe den Juwel im „eisernen Ringe“ zu bilden begannen. Die Revolutionierung der Staatsorganisation, mit anderen Worten, die Rückkehr zu den vorrevolutionären Verhältnissen, die auf den Katholikentagen verkündet worden war, hörte auf, ihr Herzensbedürfnis zu sein. Von ihrem himmelstürmenden Drängen zeugten einzig und allein einige zum Teile zünftlerische gewerbliche Reformen. „Sogenannte Konservative haben mit mir ein unschönes Spiel getrieben“ [10] klagt der eine Apostel der christlichen Sozialreform und der andere — Freiherr von Vogelsang — wandte sich innerlich immer mehr den triumphierenden

[9] Alois Prinz Liechtenstein, Über Interessenvertretung im Staate. Wien 1877. Siehe das Programm im Vorworte zur zweiten Auflage.

[10] Dr. Rudolf Meyer, Heimstätten und andere Wirtschaftsgesetze. Berlin 1883. S. 560.

Antisemiten zu, mit denen der ungemein begabte, hoch gebildete Romantiker seit langem Beziehungen unterhielt[11].

Das andere Quellflüßchen sprudelte dann aus den kleingewerblichen Kreisen hervor. Am 11. Oktober 1880 fand in Wien eine Versammlung statt, auf deren Tagesordnung ein Referat: Die Gewerbetreibenden gegen den Hausierhandel! stand. Bei dieser Gelegenheit hörte man zum ersten Male in einer Wiener Versammlung antisemitische Akzente. Der nächste Schritt war die Gründung eines „Vereins zum Schutze des Gewerbestandes", der sich im Jahre 1881 konstituierte. Josef Buschenhagen suchte ihn ins antisemitische Fahrwasser zu lenken, doch zertrümmerte er dadurch die junge Organisation. Am 14. November desselben Jahres hielten die Gewerbetreibenden in Wien einen Gewerbetag ab, auf dem eine Resolution zur Annahme gelangte, die in zwölf Punkten die Forderungen des Mittelstandes formulierte; das Verlangen nach dem Befähigungsnachweise und dem Zunftzwange befand sich natürlich darunter. Die Gewerbetage wurden zur ständigen Einrichtung. Im Jahre 1882 trat der „Reformverein zur Betreibung der gewerblichen Interessen" in die Erscheinung, der offen antisemitischen Grundsätzen huldigte. An der Spitze standen Dr. Robert Pattai und Ernst Schneider, zwei Männer, die in der christlichsozialen Partei jetzt noch Führerposten einnehmen. Die antisemitische Strömung unterstützte ein kleines Wochenblatt: „Der österreichische Volksfreund", mit dem der Staatsanwalt oft zu schaffen hatte. Viel bedeutender als der Reformverein ist der 1887 gegründete „christlichsoziale Verein" für die antisemitische Bewegung geworden. In der fünften Plenar-

[11] Über den eminenten Einfluß, den die konservativen Sozialreformer auf die christlichsoziale Bewegung hatten, ist man heute noch nicht genügend orientiert; eingehendere Studien haben mich ihn voll erkennen gelehrt. Übrigens lenke ich die Aufmerksamkeit auf den intimen Verkehr, den Freiherr von Vogelsang mit den Führern der Wiener Antisemiten, mit dem Prinzen Liechtenstein, mit Dr. Lueger, Geßmann, Dr. Pattai, Schneider usw. unterhielt. S. die „Lueger-Festnummer" der „Reichspost", Wien, 23. Oktober 1904, und zwar die Artikel von Dr. Schöpfer und Dr. Geßmann.

versammlung dieser Organisation führte sich der ehemals demokratische Reichsratsabgeordnete Dr. Karl Lueger als Antisemit ein. Die neue Bewegung fand an ihm einen Führer von unvergleichlicher Tatkraft, von größter Skrupellosigkeit, aber auch von erstaunlicher Klugheit; Dr. Lueger vereinigte die vielen disparaten Kräfte zur christlichsozialen Partei, die er von Sieg zu Sieg führte. Erst wurde den Juden und „Judenliberalen“ der Fehdehandschuh hingeworfen, dann begann das Duell mit den Sozialdemokraten und Deutschnationalen. Im Jahre 1895 wurden die Liberalen in der Wiener Gemeindevertretung zu einer kleinen Minorität herabgedrückt. Aber erst zwei Jahre später bestätigte die Krone Dr. Karl Lueger als Bürgermeister der Haupt- und Residenzstadt. Die Christlichsozialen, die sukzessive die verschiedenartigsten Interessengruppen an sich zogen, hatten unterdessen den niederösterreichischen Landtag erobert und die Verwaltung des Landes an sich gerissen[12]. Die einflußreichen Gönner, die ihnen bei Hofe erstanden waren, die ansehnliche Vertretung, die sie im Privilegienhause hatten, machten sie zu einer allgewaltigen Partei, die den Regierungen jeweilig diktierte. Ihr Antisemitismus verlor allgemach an Wildheit; die Jakobinermützen verschwanden. Zylinder und Frack wurden wichtige Garderobestücke.

In der christlichsozialen Partei verkörperte sich der wirtschaftliche Antisemitismus am reinsten. Er hat sich jedoch auch in andere deutsche Gruppen eingefressen. Durch die Wahlreform der Achtzigerjahre wurde der Mittelstand mit ansehnlicher politischer Macht ausgestattet; der in ihm lebende Antisemitismus zerriß das Deutschtum in verschiedene Gruppen und trug in einzelne Fraktionen Keime der Zwietracht hinein. Er zwang auch zur Unaufrichtigkeit und zu schwankendem Verhalten. Die deutsche Volkspartei und die Freialldeutschen legten dafür Zeugnis ab; sie waren antisemitisch und nicht

[12] Meine Studie: „Dr. Karl Lueger“ in der Monatsschrift „Deutschland“. Berlin 1904. Oktoberheft.

antisemitisch, sie hetzten gegen die Juden und gingen mit den Juden[13].

Eine andere Erscheinungsform des Antisemitismus ist der Rassenantisemitismus. Bevor wir uns diesem zuwenden, wollen wir einen Augenblick bei einer Art des Antisemitismus verweilen, die man Eruptionsantisemitismus nennen könnte. Dieser ergeht sich fallweise in Judenhetzen und Ausschreitungen, ohne eine parteibildende Kraft zu entwickeln. Im deutschen Sprachgebiete tritt er weniger hervor, weil sich hier der Judenhaß parteipolitisch austobt. In Böhmen und Mähren verbirgt er sich hinter der nationalen Maske. Wollen wir seine natürlichen Triebkräfte an einem ungetrübten Beispiele studieren, so müssen wir uns in Galizien umsehen. In diesem bedauernswerten Kronlande führt das ergreifende Elend der Bauern von Zeit zu Zeit zu leidenschaftlichen Ausbrüchen, die nicht selten zu Judenhetzen ausarten. Im Königreiche Galizien kommen die Juden als Gutsbesitzer wenig in Betracht; nach Dr. Heinrich Gabel gehören ihnen nur 13,26 % des landtäflichen Großgrundbesitzes. Wenn die Wut der Bauern gegen die Juden tobt, so richtet sie sich in der Regel gegen zwei Typen: den Pächter und den Schankwirt. Beide aber sind spezifische Produkte Galiziens; von der polnischen Schlachta könnte man ein Goethe-Wort variierend sagen: Sie läßt die Juden schuldig werden, dann überläßt sie sie der Pein. Um die galizischen Verhältnisse möglichst objektiv darzustellen, führen wir einen Gewährsmann an, der durchaus nicht den Eindruck eines Philosemiten macht, jedoch mit unerbittlicher Schärfe ausspricht, was ihn die genaue Kenntnis der Verhältnisse lehrt[14]. Von altersher hatte das Gasthaus

[13] S. die Erwiderung auf den Artikel des Abgeordneten Dr. Stephan Licht (Die Landtagswahlen in Mähren), „Neue Freie Presse", Morgenblatt, 10. November 1906. — Der Freialldeutsche Dr. Freißler sagte bei den letzten mährischen Landtagswahlen: „Die Freialldeutschen haben gerade den antisemitischen Teil ihres Programms nie in den Vordergrund gestellt"; er erklärte, daß sie nicht den „berechtigten", sondern nur den „überragenden Einfluß der Juden bekämpfen". Alldeutsches Tagblatt, Wien, 23. Februar 1907.

[14] Die Grenzboten, 62. Jahrg. Leipzig 1903. 4. Vierteljahr, S. 479 ff.

in jedem Orte Galiziens ein Jude gepachtet. Wohl wurde früher fast von jeder Regierung das Verbot für die Juden, mit den Bauern zu handeln und Wirtshäuser zu halten, erneuert, aber die gemeinsamen Vorteile des Adels und der Juden erwiesen sich als stärker. Das Schankrecht war ja ein altes Privileg der Schlachta; der Gutsherr selbst übte es freilich nie aus, sondern verpachtete es einem Juden, wofür er sich recht gut zahlen ließ. Die Schlachta gewährte den Schnapsjuden vollständig freie Hand; diese spielten gleichsam die Rolle von Beamten der Gutsherrschaft, die ihnen eine Art Oberherrschaft über die Leibeigenen verlieh. Warum sollte gerade der Schnapsjude mit dem in seiner Knechtschaft nahezu vertierten Volke Mitleid empfinden, wenn er sah, wie der Gutsherr die Bauern als Sklaven behandelte, beschimpfte und peitschte. Das Schankrecht (Propinationsrecht) wurde nun der Schlachta in den letzten Dezennien vom Lande um 68 Millionen Gulden abgekauft, aber an den Zuständen hat sich nichts geändert. Die Direktion des Landespropinationsfonds verpachtet das Schankrecht nur bezirksweise und überläßt es vornehmlich den Schlachzizen, von denen die Schankjuden die Ortskonzessionen erwerben. Der galizische Schnapsjude ist durchaus nicht auf Rosen gebettet; er bildet den Puffer zwischen einem habgierigen Adel und einer ausgebeuteten, im Lande rechtlosen, von allen Bildungsmöglichkeiten abgeschnittenen Bevölkerung. — Der jüdische Gutspächter steht und fällt gleichfalls mit der Schlachta und mit den eigentümlichen Agrarverhältnissen in Galizien. Die Kavaliere, die in Krakau, Lemberg, Wien und in vielen anderen Städten den Ertrag ihrer Besitzungen verzehren, wählen mit Vorliebe jüdische Pächter, weil die Betriebsamkeit derselben einen höheren Pachtschilling festzusetzen erlaubt. Das Volk, das den Gutsherrn selten von Angesicht zu Angesicht sieht, lädt seinen Haß auf den Pächter, der freilich bisweilen gleichzeitig ein Wucherer ist. Den wirklich Schuldigen, den Schlachzizen, läßt es ungeschoren.

Wenn man die desolaten Verhältnisse Galiziens verurteilt,

muß man einen Teil der Verantwortung auf den deutschen Liberalismus wälzen, der den himmelschreienden Jammer dieses unglücklichen Königreichs mit auf dem Gewissen hat. Die ehemalige Verfassungspartei entzog dem Reiche fast jeden Einfluß auf Galizien; sie überließ einem kleinen Bruchteile der polnischen Nation, die bloß etwas mehr als die Hälfte der Landesbewohner umfaßt, das Regiment im Lande. Schwer rächt sich dieses Vorgehen. Ein deutscher Abgeordneter konstatierte, daß alle seit der öffentlichen Rechnungslegung von dem Gesamtstaate unter verschiedenen Titeln an das passive Königreich abgeführten Beträge die Summe von vier Milliarden Gulden erreicht hätten [15]. Wären diese Summen für kulturelle Zwecke verausgabt worden, was hätte nicht alles damit geschehen können! Auch hier zeigt sich abermals eine Unterlassungssünde der Liberalen, denn diese haben den agrarischen Problemen geringes Verständnis entgegengebracht. Eine gesunde Bodenpolitik war nicht ihre Sache.

Der Rassenantisemitismus wurde in Österreich von den Deutschnationalen eingebürgert. Georg Schönerer ist sein Apostel gewesen [16]. Er trat wiederholt für die Ausnahmsstellung der Juden ein, wobei er Rassenargumente vorbrachte. An dieser Stelle soll die wissenschaftliche Diskussion über die Rassentheorie nicht aufgenommen werden. Indes, die rein praktische Überlegung lehrt schon, daß diese Axiome in keinem Staate weniger als in Österreich Geltung erlangen können. Hart stoßen sich die einzelnen Völker im Raume, und jeder Tag offenbart tüchtige Leistungen aller Nationen.

[15] Die Grenzboten, 62. Jahrg. Leipzig 1903. 1. Vierteljahr, S. 245 ff.

[16] Es ist interessant, daß sich im Programmartikel der von Schönerer 1883 gegründeten „Unverfälschten deutschen Worte“ — dem langjährigen Hauptorgane der deutschnationalen Rassenantisemiten — folgender Passus findet: „. . . Der heiße Kampf, der gegenwärtig zwischen uns und den Slaven geführt wird, er muß von uns ohne Inanspruchnahme der Juden ausgefochten werden. Stellt sich der eine oder andere Jude freiwillig in unsere Reihen, so mag er in Gottes Namen mittun, doch nur als einfacher Soldat, nicht aber in leitender Stellung“ usw. I. Jahrg. Nr. 1, 1. Juli 1883.

Die Tschechen entwickeln sich auf allen Gebieten; in der Kunst und Literatur nehmen sie einen achtunggebietenden Rang ein, und auf dem Felde des wirtschaftlichen Wettbewerbes wird ihre Konkurrenz für die Deutschösterreicher immer fühlbarer. Wie können die Deutschen unter solchen Umständen von der angeborenen Minderwertigkeit der anderen Völker reden? Die tatsächlichen Verhältnisse in Zisleithanien führen den Rassenhochmut am eindrucksvollsten ad absurdum; sie sorgen dafür, daß mit dem Rassendünkel der Rassenantisemitismus in engen Grenzen bleibe.

Doch auch der wirtschaftliche Antisemitismus ist von Natur aus auf e i n z e l n e T e r r i t o r i e n beschränkt. In gesellschaftlicher Hinsicht kann der Judenhaß überall hervortreten, weil er als Zielpunkt nicht so sehr die Masse als die Individuen nimmt. Soll der Antisemitismus indes parteipolitisch zum Ausdruck kommen, so setzt er das Judentum als Massenerscheinung voraus. Wo keine „Semiten" — um diese wissenschaftlich unhaltbare Bezeichnung zu gebrauchen — existieren, da wird es einleuchtenderweise keinen Antisemitismus geben; wo die Juden in einer verschwindenden Minderzahl leben, da verliert der Judenhaß seine parteipolitische Werbekraft. In den deutschen oder teilweise deutschen Gebieten Österreichs zeigt nun die Religionsstatistik folgendes Bild:

Juden leben in	
Krain	145
Salzburg	199
Kärnten	212
Tirol und Vorarlberg	1 125
Oberösterreich	1 280
Steiermark	2 283
Schlesien	11 988
Mähren	44 255
Böhmen	92 806
Bukowina	96 150
Niederösterreich	157 248
Galizien	811 149

Daraus ist zu entnehmen, daß der Antisemitismus als Grundlage der Parteipolitik in einzelnen Kronländern keine An-

ziehungskraft ausüben kann. Wenn die Christlichsozialen dennoch in verschiedenen Provinzen mit geringer jüdischer Bevölkerung einen größeren Anhang haben, so ist dies kein Beweis dagegen. Die Partei, die sich erst in der allerletzten Zeit zu einem einheitlichen Programme aufgeschwungen hat, wirft überall einen anders gearteten Köder aus. In den Alpenländern tritt sie einfach als jungklerikale Gruppe auf; für die Tiroler würde die antisemitische Phrase ein sehr geringes Lockmittel sein. Selbst in Wien hat ja der Antisemitismus fast seine ganze Werbekraft eingebüßt, und die Partei Dr. Luegers stellt ihn deshalb zurück.

Auf dem Acker, der mit den Sünden der Liberalen gedüngt wurde, ist der parteipolitische Antisemitismus emporgewachsen. Er versprach viel und hielt wenig, er machte große Schulden und bezahlte nichts; die Erlösung, die er verkündete, ist nicht gekommen! Daß sich die Christlichsozialen trotzdem erhalten, vermag bei den österreichischen Wirtschafts- und Kulturverhältnissen nicht zu überraschen. Sie verdankten ihre Blüte in der letzten Zeit mehr ihrem klerikalreaktionären Einschlage und der agitatorischen Begabung ihrer Führer als ihrem einstigen Leitgedanken: dem Antisemitismus. In den nächsten Jahren wird der Antisemitismus voraussichtlich seine parteibildende beziehungsweise parteitrennende Kraft nahezu gänzlich verlieren.

5. Zentralismus und Dualismus.

Seitdem die Lawine, die das vormärzliche Regierungsgebäude zertrümmerte, niedergestürzt ist, führen die Völker des alten Kaiserstaates einen nimmer ruhenden Kampf um das in seinen Zielen schwankende, in seiner inneren Wesenheit feststehende Ideal glückverheißender Daseinsbedingungen. Die Erregung hat Österreich zeitweilig in Flammen gesetzt; allein man darf nicht vergessen, daß die letzte und versöhnende Ursache alles Getümmels eine quälende Sehnsucht nach Ruhe und Frieden ist. Die Nationen, die das Schick-

sal zwischen der Elbe und Adria zusammenwarf, sind von zwei innigen Wünschen durchglüht: von dem Verlangen nach freier Entfaltung des Volkstums und von dem Drange nach territorialem Besitze, dem nationalen Bodenhunger. Der erstere findet im nationalen Kampfe um Schule und Amt seinen Ausdruck, der letztere tritt im Kampfe um die Verfassung zutage. Beide zusammen bilden den Komplex des nationalen Streites. Wir haben in diesem Abschnitte lediglich die staatsrechtlichen Probleme zu untersuchen, die sich wieder in zwei Kategorien scheiden. Die letzten Jahrzehnte der Vergangenheit waren Zeugen eines beharrlichen Streites um die innere Gestaltung der westlichen Reichshälfte und nicht minder heftiger Erschütterungen, die das gegenseitige Verhältnis Zis- und Transleithaniens hervorrief. Befassen wir uns zuerst mit den zisleithanischen Problemen.

Schmerling ist der Vater des Zentralismus. Um in dem Reiche die Vorherrschaft des Deutschtums zu sichern, mußte er das Schwergewicht nach Wien verlegen, von wo aus die Königreiche und Länder einheitlich zu regieren und zu administrieren waren. Zu diesem Zwecke war es notwendig, die stärksten kulturellen Höhenunterschiede durch den Zwang starrer Gesetze zu überwinden, das hochstehende Reichenberg im Norden und den analphabeten Süden unter einem Gesichtspunkte zu betrachten. Für die Landtage hatte die Februarverfassung nur bescheidene Wirkungskreise geschaffen; die Überlegenheit des Reichsrats kam deutlich und fühlbar zum Vorscheine. Die Schmerling'sche Verfassung stieß in Zisleithanien schon bei ihrem Erscheinen auf erbitterte Gegnerschaft: Die Föderalisten erklärten ihr den Krieg, und sie haben ihn bis heute mit unverdrossener Standhaftigkeit fortgesetzt. Sie fanden ihren Stützpunkt in einzelnen Landtagen und hatten im Wiener Zentralparlamente vorerst keine Aussicht, mehr als eine verschwindende Minderheit zu sein. In dieser Gruppe lebte nun ein gewaltiges Machtbedürfnis, das in der Verurteilung zur Passivität sein härtestes Schicksal wähnte. Sie mußte sich daher mit ganzer

Kraft für die Schaffung einer föderalistischen Staatsorganisation einsetzen; die Kompetenz des Reichsrats sollte wesentlich eingeschränkt, die der Landtage bedeutend erweitert werden. Österreich, das von Schmerling einen Mittelpunkt erhielt, hätte danach so viele Mittelpunkte aufzuweisen gehabt, als es Königreiche und Länder gibt. Mit den deutschen Klerikalen trafen die nichtdeutschen Völker in ihren Wünschen zusammen. Sie bildeten eine ansehnliche Kämpferschar, deren Kraftquellen jedoch außerhalb des Parlaments sprudelten. Aber selbst im eigenen Lager der deutschen Verfassungspartei gab es Elemente, die in der Erweiterung der Landes-, Bezirks- und Gemeindeautonomie ein erstrebenswertes Ziel erblickten und dem Zentralismus durchaus nicht das Wort redeten. Der Liberalismus spaltete sich also auch in seinen Auffassungen über die zisleithanischen Verfassungsfragen.

Der Zentralismus war der Angelpunkt, um den sich die deutschliberale Politik in den letzten Jahrzehnten drehte. Trotzdem geht es nicht an, von einer konsequenten Verfolgung dieses Prinzips zu sprechen. Die zentralistischen Neigungen reichten bloß bis zur Grenze Galiziens. Da man die Stimmen der Polen für den Ausgleich mit Ungarn, für die Schaffung der Dezemberverfassung brauchte, wurde dem galizischen Unterrichtsrate eine Sonderstellung eingeräumt, und der Justizminister Dr. Herbst erließ im Februar 1868 eine Verordnung über den ausschließlichen Gebrauch der polnischen Sprache im Parteienverkehre bei den galizischen Gerichten, wodurch auf ein Hauptkriterium des Schmerlingschen Zentralismus, auf die allgemeine Geltung der deutschen Amtssprache, Verzicht geleistet ward. Ein Jahr später wurde die allgemeine Polonisierung aller Gerichte, Ämter und Behörden dieses Kronlandes verfügt[1]. Noch weiter gedachte das Ministerium Adolf Auersperg zu gehen. Es wollte den Polen den Unterricht vollständig, die zivile Strafgesetzgebung in ihren wichtigsten Punkten ausliefern und ein eigenes Landesbudget für Unterrichts- und Verwaltungszwecke, dessen

[1] Gustav Kollmer a. a. O. I S. 351.

Verwendung dem Lande überlassen werden sollte, gewähren [2]. Diese Konzessionen wurden nur deshalb nicht verwirklicht, weil sich die nimmersatten Polen in ihren Ansprüchen zu weit verstiegen. Die entgegenkommende Haltung der Fürsten Carlos und Adolf Auersperg fand in der Verfassungspartei keine einmütige Aufnahme; es entstanden Meinungsdifferenzen, die jedoch in der Folge beigelegt wurden.

Als eine Konzession an den Föderalismus stellt sich die Dezemberverfassung dar. Das Gesetz vom 21. Dezember 1867, wodurch das Grundgesetz über die Reichsvertretung abgeändert wird, führt in seinem elften Paragraph alle Agenden, die in den Wirkungskreis des Reichsrates fallen, einzeln an und sagt im zwölften Paragraph, daß alle nicht ausdrücklich aufgezählten Gegenstände der Gesetzgebung zur Kompetenz der Landtage gehören. In der Februarverfassung war früher der umgekehrte Weg eingeschlagen worden; sie hatte festgesetzt, daß alle nicht ausdrücklich dem Wirkungskreise der Landtage zugewiesenen Materien in die Kompetenz des Reichsrates gehören. Das kleine Zugeständnis an den Föderalismus ist allerdings mehr von formaler als von sachlicher Bedeutung; an dem Aufbau Zisleithaniens änderte es nichts. Als die Slavisierung des Reiches trotz des zur verfassungsrechtlichen Fiktion erstarrten Zentralismus überhandnahm, wurde in radikalnational-deutschen Kreisen der Wunsch rege, diese Regierungsform nochmals zu beleben. Sie schieden von vornherein Galizien und die Bukowina durch die Zubilligung einer „Sonderstellung“ aus und verzichteten auf Dalmatien zugunsten Ungarns. In den zurückbleibenden Staatsteilen hätte das Deutschtum ein numerisches Übergewicht gehabt und der zentralistische Verwaltungsapparat wäre wieder in seine Hände gekommen. Die Verfasser des Linzer Programms und ihre Vorläufer, die diese Gedanken schon aussprachen, übersahen, daß die Kraft der Slaven und Romanen auch in dem verkleinerten Österreich aus-

---

[2] Walter Rogge, Österreich seit der Katastrophe Hohenwart-Beust. Leipzig 1878. I. ME ff.

gereicht hätte, gerechten nationalen Forderungen zum Durchbruche zu verhelfen, ganz abgesehen von der kulturellen Verschiedenheit der einzelnen Gebiete, die noch groß genug gewesen wäre, ein straffes, einheitliches Regiment wegen seiner inneren Unmöglichkeit zum Scheitern zu bringen. Historisches Interesse verdient jedenfalls die Tatsache, daß der Gedanke, Galizien und der Bukowina volle Autonomie zu gewähren, bereits zur Zeit der Verhandlungen des Ministerpräsidenten Beust mit den Polen zur Sprache gekommen ist.

Vom nationalen Standpunkte aus stürmten die Tschechen am heftigsten gegen den Zentralismus los; ihnen gegenüber ließen es die Deutschen an der Nachgiebigkeit fehlen, die sie den Polen bekundeten. Die Tschechen verlangten die Autonomie für Böhmen und die Gleichberechtigung beider in diesem Lande lebenden Volksstämme; sie beriefen sich auf das oft zitierte kaiserliche Kabinettschreiben vom 8. April 1848, das in die provinziale Gesetzessammlung Aufnahme gefunden hat. In dieser, in der allgemeinen Verwirrung der ersten Freiheitstage zustande gekommenen Urkunde sagen die wichtigsten Sätze, daß die tschechische Sprache „in Böhmen in allen Zweigen der Staatsverwaltung und des öffentlichen Unterrichts“ dem deutschen Idiom gleichzustellen sei und daß „von nun an alle öffentlichen Ämter und Gerichtsbehörden nur durch Individuen, welche beider Landessprachen kundig seien,“ besetzt werden mögen. Das kaiserliche Schreiben gewährt dem Königreiche das weitestgehende Selbstbestimmungsrecht auf dem Gebiete der Gesetzgebung und Verwaltung und verspricht die Errichtung von dem Landtage verantwortlichen Zentralbehörden in Prag. Der Landtag sollte auf der gleichmäßigen Vertretung aller Volksschichten beruhen; das aktive Wahlrecht stand in den Städten jedem Bürger ohne Rücksicht auf die Steuerleistung, auf dem Lande jedem Steuerträger zu. Der schon einberufene konstituierende Landtag trat nicht zusammen, weil der Pfingstaufstand der politischen Entwicklung in Böhmen eine andere Richtung gab[3]. In der

---

[3] Sten. Prot. d. Abgeordnetenhauses, XVII. Sess., 9. Dez. 1903,

konstitutionellen Ära wurden die föderalistischen Forderungen der Tschechen immer ungestümer vorgetragen. Im Jahre 1867 erwirkten sie die Überführung der Krönungsinsignien nach Prag, wodurch sie sich der Königskrönung und damit der Verwirklichung ihrer politischen Pläne bedeutend nähergerückt wähnten[4]. Allein es bewahrheitete sich ein Leitspruch Dehmels: Nimmer ruht der Wünsche Spiel, immer weiter rückt das Ziel! Die radikaleren Tschechen erklärten plötzlich, daß die Krönung des Königs nichts weiter als „eine Unterhaltung für die Jugend und für große politische Kinder"[5] wäre. Die staatsrechtlichen Träumereien, die von den Feudalen sorgsam genährt wurden, schlugen durch; man wollte nur mehr von dem „dreieinigen Königreiche" und von den historischen Generallandtagen etwas wissen. Als der Monarch anfangs der Siebzigerjahre seine Frontänderung vornahm, kündigte er die Königskrönung in seinem Reskripte feierlich an, und in dem ersten Ministerrate, der in der Ära Hohenwart der Schließung des Reichsrates folgte, sagte der Kaiser: „Es gibt kein Rückwärts mehr!" Der Minister Schäffle wurde nach Prag gesandt, wo er vom 16. Mai 1871 ab drei Tage im gräflich Harrach'schen Palais mit den Führern der feudalen alttschechischen und jungtschechischen Opposition verhandelte

S. 23089. Ich verweise auf die ausgezeichnete Rede des nachmaligen Handelsministers Dr. Forscht, die eine fleißig gearbeitete Übersicht der Entwicklungsziele Österreichs gibt.

[4] Hier muß zum Verständnisse bemerkt werden, daß der König von Preußen, als er am 10. Juli 1866 Böhmen betrat, eine Proklamation kundmachen ließ, in der den Tschechen die Erfüllung ihrer Wünsche zugesichert wurde. Es heißt unter anderem: „Einwohner des glorreichen Königreichs Böhmen: ... Österreich hat uns zum Kampfe gezwungen, indem es mit den deutschen Regierungen uns überfallen wollte; aber nichts liegt uns ferner, als euren gerechten Wünschen nach Selbständigkeit und freier nationaler Entwicklung entgegenzutreten ... Sollte unsere gerechte Sache obsiegen, dann dürfte sich vielleicht auch den Böhmen und Mähren der Augenblick darbieten, in dem sie ihre nationalen Wünsche gleich den Ungarn verwirklichen können ..." Die Freunde der Tschechen stürzen sich natürlich auf diese Kundgebung. Chéradame druckt sie gleich vollinhaltlich deutsch und französisch ab. S. André Chéradame a. a. O. S. 26 ff.

[5] Gustav Kolmer a. a. O. I 347.

und die Grundsätze des „böhmischen Ausgleichs" vereinbarte. Die „Fundamentalartikel", die vom Kaiser genehmigt worden waren, stellten nicht die Endverabredung des zu schaffenden Ausgleichs dar, sondern bestimmten, was äußerstenfalls einzuräumen wäre.

Sie hätten das Gebäude der Februar- und Dezember-Verfassung in die Luft gesprengt, denn an Stelle des Reichsrats wäre ein Kongreß von Landtagsdelegierten mit einem engen Tätigkeitsfelde getreten. Alle nicht für die gesamte Habsburger Monarchie, also für Österreich-Ungarn gemeinsamen Angelegenheiten, sollten, so weit sie das Königreich Böhmen betrafen, „grundsätzlich" in die Kompetenz des böhmischen Landtages beziehungsweise der Landesregierung fallen (Art. 9), und nur aus Gründen der Zweckmäßigkeit wurde für die Königreiche und Länder Zisleithaniens gleichfalls die einheitliche Behandlung gewisser ihnen gemeinsamer Angelegenheiten zuerkannt (Art. 10). Als solche hatten die kommerziellen Angelegenheiten, die indirekten Abgaben, das Münzwesen, das Verkehrswesen, das Wehrsystem und einige Gebiete des Finanzwesens zu gelten (Art. 11). Weiteres sollte durch Deputationen der einzelnen Landtage über die Regelung des Heimatsrechtes, Paßwesens, der Fremdenpolizei, der Volkszählung usw. verhandelt werden (Art. 16). Endlich wurde die Zustimmung gegeben, daß zur „Erledigung bestimmter, zur Verhandlung in den einzelnen Vertretungskörpern sich eignender Angelegenheiten" ein eigener Senat gebildet werde (Art. 17). Den Fundamentalartikeln ging die Veröffentlichung eines Nationalitätengesetzes für Böhmen voraus, das die Gleichstellung beider Landessprachen in Aussicht nahm und zum Schutze der Unverletzlichkeit des gleichen Rechts beider Nationalitäten nationale Landtagskurien vorsah (§ 10). Den nationalen Kurien wäre es anheimgestellt gewesen, für die Erhaltung von Bildungsanstalten ihrer Sprache eine besondere Nationalumlage auszuschreiben.

Die Deutschen empfanden diese Vorschläge wie einen Hieb ins Gesicht. Aber nicht ihnen, sondern weit mehr dem Einspruche Ungarns ist es zuzuschreiben, daß die Regierung Hohenwart fiel und die Vereinbarungen mit sich in die Tiefe riß. Heute, nach mehr als dreißig Jahren, kann man über die Fundamentalartikel und über das Nationalitätengesetz objektiv urteilen. Die Deutschen waren ehemals für dieses Verständigungswerk zu sehr in den Vorstellungen eines unveräußerlichen Besitzstandsrechtes eingesponnen, und die Tschechen gingen zweifellos zu ungestüm vor; selbst wenn sie wirklich nur ihre äußersten Bedingungen gestellt und an ein Nachlassen gedacht haben sollten, hätten sie weit übers

Ziel geschossen. Jetzt nach den trüben Erfahrungen von drei Jahrzehnten erscheinen die seinerzeitigen Zumutungen in ganz anderem Lichte. In nationaler Hinsicht würden die Fundamentalartikel für die Deutschen Böhmens nicht nur keinen Nachteil, sondern einen „außerordentlichen Vorteil" bedeuten. Diese Erkenntnis hat sich heute allgemein durchgerungen[6], und man kann an dieser Tatsache erkennen, wie lächerlich es in der Politik ist, unabänderliche Postulate aufzustellen und zu verfechten. Jede Zeit hat ihre anderen Werte, jede Zeit erfordert ein anderes Verhalten. . .

An dieser Stelle müssen wir eines Mannes gedenken, der mit scharfem, staatsmännischem Blicke die Entwicklung der österreichischen Verhältnisse voraussah und der deshalb schon vor nahezu vier Dezennien die Deutschen zur Befolgung einer Politik ermahnte, die eine Überrumpelung, wie sie durch die Regierung Hohenwart erfolgt ist, ausgeschlossen hätte, weil sie das zentralistische Österreich aus eigenem Antriebe umbauen wollte. Dr. Adolf Fischhof, dieser große starke Charakter und Volksmann, dieser mit seltenen staatsmännischen Talenten begabte Deutsche begann sein literarisches Hauptwerk mit den inhaltschweren Worten: „Keine der großen Nationalitäten Österreichs kann für sich den Bestand der Monarchie sichern, aber jede derselben vermag durch ihren Widerstand das Reich zu gefährden; destruktiv eingreifen kann jede einzelne, konstruktiv vorgehen können nur alle vereint." Er bekämpfte die zentralistische Verfassung, die anstatt das Panier des Reiches zu sein, das Schiboleth der Parteien wurde. Soll Österreich, dieser Kriegsschauplatz tobender Völker, eine Stätte friedvoll ehrgeizigen Schaffens werden — legte er dar —, dann muß es den Druck der Schmerling'schen Einrichtungen abwälzen und die Konstruktionsformen des Föderativstaates annehmen, den Königreichen und Ländern befriedigende Selbstbestimmungsrechte einräumen und durch die Schaffung nationaler Landtags-

---

[6] „Deutsche Arbeit", Monatsschrift. Prag, Oktober 1905. S. das Urteil des Universitätsprofessors Dr. O. Weber über „Albert Schäffle und seine Fundamentalartikel".

kurien für den ausreichenden Schutz der nationalen Minoritäten sorgen[7]. Fischhof hat tauben Ohren gepredigt; die Deutschen, die wohl seinen edeln Optimismus, seine leuchtende Vaterlandsliebe achteten, hörten nicht auf seine politischen Mahnungen. Und doch, wie ganz anders würde der Lauf der Ereignisse gewesen sein, hätten sie die Lehren des weisen Mannes befolgt; ihnen wäre der brennende Schmerz, überwunden worden zu sein, erspart geblieben, weil sie den anderen Völkern zuvorkommend durch die Preisgabe ihrer unhaltbaren Vorherrschaft die kulturelle und nationale Führung für die Zukunft fest begründet hätten. Fischhof galt als Prophet im eigenen Volksstamme nicht viel, und auch gegenwärtig wird seine Größe von den Deutschen noch nicht voll erkannt. Die anderen Volksstämme Österreichs schätzen ihn weit höher ein, sie verweisen bisweilen auf ihn[8]. Fischhof hat nicht nur durch seine nationale Haltung ein nachahmenswertes Vorbild gegeben, er war auch bewunderungswert in seiner politischen Charakterstärke. Noch als alter Mann erschien er in Wien, um, eingedenk seiner Ideale von 1848, an der Gründung einer demokratischen deutschen Partei mitzuwirken, ohne daß es ihm besser ergangen wäre als sonst: Er wurde mißverstanden, er stieß auf Ablehnung. Jahrzehnte sind seither verflossen, und die Erinnerung an diesen edeln Mann ist verblaßt. Deutsch-Österreich erscheint jedoch viel zu arm an starken, aufrechten, überwältigenden Persönlichkeiten, um in seiner Ruhmeshalle auf die Gestalt des Weisen von Emmersdorf verzichten zu können. Wenn einst im freien Staate die Völker sich die Hände zu gemeinsamer Kulturarbeit reichen werden, wird aus den Nebeln der Vergangenheit dieser Staatsmann strahlend und groß hervortreten. Sein so sehr verkanntes, edelmütiges, echt nationales Trachten lief darauf hinaus, Österreich die Freiheit des Staates und die Freiheit der Nationen zu erkämpfen.

[7] Adolf Fischhof, Österreich und die Bürgschaften seines Bestandes. Wien 1869.

[8] Dr. Fr. Pazak setzt an die Spitze seiner „Skizzen zur Regelung der Sprachenfrage in Österreich, Kuttenberg 1896, einige Worte Fischhofs.

Fischhofs Verdienst ist es, an den Zentralismus die kritische Sonde angelegt und dessen Unvereinbarkeit mit der Eigenart Österreichs aufgezeigt zu haben. Der Zentralismus wollte Ungleiches verbinden, Widerstrebendes zusammenhalten; er erkannte bloß die politische Herrschaftsberechtigung einer Nation statt der Nationen an. Dabei ließ er die Länderorganisation fortbestehen und schaffte in den Landtagen Sammelpunkte für die föderalistisch-staatsrechtliche Agitation und für den Kampf gegen das Reich. Der Zentralismus wollte Österreich kräftigen und entkräftete es, er wollte Klarheit schaffen und begründete die Verwirrung. Er sagte, wie einst Napoleon III.: „Ich bin der Friede“, und er war der Krieg aller gegen alle. Die zentralistische Organisationsform ist jetzt wenigstens theoretisch überwunden, und es fehlt jede Nötigung, sich weiter mit ihr zu befassen. Aber auch das föderalistische Prinzip entspricht nicht den Bedürfnissen Österreichs. Die Föderalisten oder Länderautonomisten, wie sie sich in letzter Zeit nennen, sehen nur die „historisch-politischen Individualitäten der Königreiche und Länder“ und haben für das wichtigste Problem des Staates, für die Nationalitätenfrage, bloß Geringschätzung oder halbes Verständnis. Sie sind in ihrem überwiegenden Teile Romantiker, die nicht der Idealismus, sondern niedrige, ständische Machtinteressen dazu führen. Man muß nur einen Blick in die Programmschrift des Grafen Dzieduszycki werfen, um sich zu überzeugen, daß die polnischen Föderalisten, die lediglich die provinzialen Grenzen Galiziens und nicht die Scheidelinie zwischen dem westlichen polnischen und dem östlichen ruthenischen Siedelungsgebiete erblicken, den Frieden des Landes nicht herbeiführen würden[9]. Ebenso erdrückt bei den böhmisch-tschechichen Föderalisten der staatsrechtliche Fetischkult die Regungen der nationalen Vernunft; denn sie verweigerten in den letzten Jahren die Anerkennung dessen, was sie vor Dezennien freiwillig anboten: des nationalen Schutzes der deutschen Minderheit im Lande.

[9] Graf Albert Dzieduszycki, Das Programm der Autonomistenpartei in Österreich. Lemberg 1897.

Mit dem Zentralismus und dem Föderalismus geht es nicht; die beiden Schlagworte der Vergangenheit werden durch die nüchterne Einsicht in die realen Verhältnisse entkräftet. Allein:

Vernunft fängt wieder an zu sprechen
Und Hoffnung wieder an zu blühn.

Stets weitere Kreise machen sich mit dem Gedanken der nationalen Autonomie vertraut; immer stärker lebt sich die Überzeugung ein, daß in ihrem Zeichen die verfassungsmäßige Neugeburt Österreichs erfolgen müsse. Die Anhänger der nationalen Autonomie gehen von der Anerkennung der Gleichberechtigung und des gleichmäßigen Anspruchs auf die ungehemmte nationale Entwickung aller Nationen Österreichs aus. Sie wollen die einzelnen Nationsgenossen zu einer Einheit, zur Nation, zusammenfassen und mit der weitestgehenden nationalen Selbstverwaltung ausstatten. Ihnen schwebt nicht, wie den Zentralisten, ein veraltetes Reichsideal als das Um und Auf vor; sie sehen nicht, wie die Föderalisten, in den einzelnen Königreichen und Ländern, die einander widerstrebenden Nationen mit einem Rahmen umschließen, die Hauptsache; ihnen erscheinen die Völker als der primäre Faktor im Staatsleben. Sie finden die wichtigste Aufgabe in der Befriedigung all der vielgestaltigen nationalen Interessen, und sie stellen nicht nur Wünsche auf, sondern sie zeigen die Wege zu ihrer Erfüllung. Die Anhänger der nationalen Autonomie gliedern sich in zwei Gruppen: die einen verfechten das Territorialprinzip, die anderen das Personalitätsprinzip. Als der Wegbahner des ersteren kann der Vater der Tschechen, Palacky, angesehen werden. Schon im August 1848 gewann in seinem Hirne der Plan, Österreich in nationale Gebiete zu zerlegen, greifbare Formen. Zu voller Reife gelangte er jedoch erst einige Monate später und er findet sich in den Protokollen des Kremsierer Verfassungsausschusses niedergelegt.

Am 22. Januar 1849 entwickelte Palacky die Idee, Österreich 1. in Tschechisch-Böhmen, 2. in Deutsch-Böhmen, 3. in Österreich ober und unter der Enns und Salzburg, 4. in Deutsch-Steiermark und

Kärnten, 5. in Slavisch-Steiermark, Krain und Slavisch-Küstenland, 6. in Schlesien, 7. in Mähren, 8. in Deutsch-Tirol und Vorarlberg 9. in Welschtirol, 10. in den italienischen Teil des Küstenlandes, 11. in Dalmatien, 12. in Polen, 13. in Ruthenisch-Galizien, 14. in die Bukowina einzuteilen [10].

Diese Vorschläge gerieten bald in Vergessenheit und Palacky selbst bekehrte sich zum staatsrechtlichen Programme, das zu ihnen in schroffstem Gegensatze steht. Im Jahre 1885 tauchten ähnliche Gedanken auf, ohne sich Geltung verschaffen zu können [11]. Ich selbst habe vor einigen Jahren auf die Notwendigkeit hingewiesen, Österreich nach der Nationalitätenkarte zu organisieren und dabei teils auf Palacky (Territorialitätsprinzip), teils auf Fischhof (System der nationalen Kurien) zurückgegriffen [12]. Zuletzt verteidigte Popovici dieses Prinzip, allerdings in Verbindung mit großösterreichischen Staatsgedanken [13]. In der praktischen Politik spielt die Forderung nach der nationalen Autonomie bereits eine Rolle. Das Brünner Nationalitätenprogramm der Sozialdemokratie verlangt für Zisleithanien die Schaffung eines Nationalitätenbundesstaates und die Ruthenen kämpfen seit langem für die nationale Autonomie. Die Christlichsozialen propagieren die Vorschläge Popovicis.

Von den verschiedenen Schriften jüngeren Datums, die der Nationalitätenfrage gewidmet sind, aber in der Öffentlichkeit keine stärkere Beachtuug erfuhren, wollen wir hier absehen [14]. Wir gehen sogleich zu dem Personalitätsprinzipe

---

[10] Anton Springer, Protokolle des Verfassungsausschusses im österreichischen Reichstage 1848—1849. Leipzig 1885. S. 23 ff.

[11] Programm zur Durchführung der nationalen Autonomie in Österreich. Von einem Slovenen. Wien 1885.

[12] Richard Charmatz, Der demokratisch-nationale Bundesstaat Österreich. Frankfurt a. M. 1904. S. 52.

[13] Aurel C. Popovici, Die vereinigten Staaten von Großösterreich. Leipzig 1906. S. 317.

[14] Otto Lang hat in verschiedenen, zum Teile anonym erschienenen Broschüren das österreichische Nationalitätenproblem behandelt; in den „Grundzügen für die endgültige Lösung der Nationalitätenfrage in Österreich“, Ideen und Betrachtungen eines Patrioten (Wien 1897) verlangt er die Errichtung von Kulturparlamenten für jede Nation bei Aufrechterhaltung der historisch-politischen Ländereinteilung. — Rudolf von

über, das in Dr. Karl Renner[15] (Rudolf Springer, Synopticus usw.) seinen glänzendsten Interpreten gefunden hat. Renner faßt nicht die Territorien, sondern die Personen ins Auge. Er will das nationale Problem bemeistern, indem er die Nationen zu nationalen Genossenschaften mit weitgehendem nationalen Selbstbestimmungsrechte zusammenfaßt. Das wird durch die Anlage nationaler Kataster ermöglicht. Wie bunt die Völker auch im Staate zusammengewürfelt sein mögen, die nationalen Kataster sondern sie, ohne sie vom Boden loszulösen. Dr. Renner hat in seinem grundlegenden Werke: „Der Kampf der österreichischen Nationen um den Staat" einen ins Detail gehenden Vorschlag für die territoriale und nationale Organisation Zisleithaniens ausgearbeitet. Ihm ist das in Österreich seltene Glück widerfahren, daß seine Theorien, wenngleich verstümmelt und nur teilweise, so doch bei dem deutsch-tschechischen Ausgleiche in Mähren zur Anwendung kamen und immer in den Vordergrund treten, wenn irgendwo an die Beseitigung der nationalen Gegensätze geschritten wird. Die Regierung und die leitenden Politiker[16] scheinen also das Personalitätsprinzip für leichter anwendbar zu halten und in der Tat schont es die föderalistischen Empfindungen mancher Volksführer, weil es die Grenzbildung der Königreiche und Länder nicht tangiert. Da das Personalitätsprinzip gleichfalls zum Endziele aller nationalen Autonomisten: zum Selbstbestimmungsrechte der Völker führt, liegt kein Grund vor, dem historischen Werde-

---

Scala plaidiert in seiner Broschüre: „Was uns not tut!" (Leipzig 1903) für eine Art von nationalen Generallandtagen, denen die Behandlung der nationalen Angelegenheiten obliegen soll usw. S. ferner: „Die Volksstimme". Wien. Nr. 526, 527, 528, in der Lucian Brunner die nationale Autonomie unter Verwertung von Schweizer Beobachtungen behandelt.

[15] S. „Staat und Nation" von Synopticus (Wien 1899) und „Der Kampf der österreichischen Nationen um den Staat" von Rudolf Springer (Wien 1902) I.

[16] Der Rumäne Dr. Aurel von Onciul kam auf Grund selbständiger Untersuchungen zu Vorschlägen, die in ihren Zielen von den Anregungen Dr. Renners nicht weit abliegen. S. „Das österreichische Problem", Separatabdruck aus der „Österreichischen Rundschau", Bd. II, Heft 18.

gange aus prinzipieller Engherzigkeit entgegenzutreten. Nicht um Theorien, um Ideale geht der Kampf! Die Nationen frei und glücklich! das ist des Herzens innigstes Sehnen; ihm gegenüber schweigen alle anderen Rücksichten. Haben die Völker erst durch die nationale Autonomie auf Grund des Personalitätsprinzips ihre nationale Beruhigung gefunden, dann werden die historischen Phantastereien von selbst verschwinden, denn welchen Zweck hätte es, länger bei einer fernen, durch den künstlichen Beleuchtungsapparat einer schwärmerischen Geschichtsschreibung willkürlich erhellten Vergangenheit zu verweilen, wenn die Gegenwart schön und lockend und die Zukunft rosig und verheißend ist! Sind aber erst die staatsrechtlichen Vorurteile beseitigt, so wird sich die politische Reorganisation des Staates nach der Nationalitätenkarte von selbst vollziehen. Die Erkenntnis, daß Landesgrenzen das Wechselnde, die Völker das Bleibende in der Erscheinungen Flucht seien, reift in Österreich langsam.

An der Bahre Alt-Österreichs steht in Tränen aufgelöst der Zentralismus und klagt und jammert über das Ende des Feudalstaates. Er selbst jedoch hat den Zusammenbruch herbeigeführt und niemand anderer als er hätte ihn aufhalten können. Zwischen dem Staate und den Völkermassen hatte sich ein Abgrund aufgetan und die Seher und Deuter verkündeten, daß dieser sich nur schließen werde, wenn der Zentralismus sich zur Sühne darbringe. Allein ihm fehlte die Opferfreudigkeit, die den jugendlichen Römer Curtius auszeichnete. So starb Alt-Österreich hin und der Zentralismus lebt, obgleich gebrochen, kraftlos, unrettbar. Das demokratische Neu-Österreich wird ihm den Gnadenstoß versetzen müssen, wenn es die Bahn für seine Entwicklung freibekommen will.

* * *

Die Wirkung, die der Kampf Zisleithaniens mit Transleithanien auf die österreichische Politik im allgemeinen und auf das Parteileben im besonderen ausgeübt

hat, bleibt in ihrem Belange in keiner Hinsicht hinter der Bedeutung zurück, die den Verfassungsfragen der westlichen Reichshälfte innewohnte. Die ins Detail gehende Darstellung des Ringens um die Herrschaft im Habsburgerstaate würde einen Raum beanspruchen, der weit über den zur Verfügung stehenden Platz hinausginge. Uns kann es sich lediglich darum handeln, einige charakteristische Züge festzuhalten, bei historisch-denkwürdigen Episoden zu verweilen.

Mit Rußlands Hilfe wurde die ungarische Revolution niedergeschlagen. Das strenge Regime, das Österreich in Ungarn entfaltete, begegnete zwar auf der einen Seite dem von Franz Deak organisierten passiven Widerstande, auf der andern Seite jedoch löste es Kleinmütigkeit und Nachgiebigkeit aus. Die Gemütsverfassung weiter Kreise des Magyarentums tritt in dieser Epoche in den Werken Eötvös' hervor, sie spiegelt sich ferner in der Denkschrift[17] der 131 Patrioten, die dem Kaiser anläßlich seiner Reise nach Ungarn im Jahre 1857 hätte überreicht werden sollen, die jedoch brüsk abgelehnt wurde. „Die Einheit der Monarchie, allergnädigster Herr“ — heißt es in ihr — „ist der Erwerb von Jahrhunderten; sie ist das Ergebnis des Zusammenwirkens der natürlichen Kräfte der Monarchie.“ Nach dem verlorenen Feldzuge des Jahres 1859 regte sich der oppositionelle Geist in Ungarn wieder stärker, das Oktoberdiplom und das Februarpatent gaben dem politischen Getriebe neue Impulse. Der Kampf um die Rechtskontinuität der Aprilverfassung des Jahres 1848 entbrannte auf der ganzen Linie, die Rechtsverwirkungstheorien der Wiener Kronadvokaten wurden von Deak mit bewunderungswertem, juristischem Scharfsinne bekämpft. Von den 131 Unterfertigern des 1857er Memorandums fiel einer nach dem andern von der Idee ab, Ungarn in den Rahmen eines zentralistischen Systems einzufügen; immer

[17] Jos. Alex. Freiherr von Helfert, Revision des ungarischen Ausgleichs. Wien 1876. Auf S. 173—182 im Wortlaute abgedruckt. — Ich verweise hier auf die in Pernerstorfers Monatsschrift „Deutsche Worte“ (Wien 1899) abgedruckten Vorträge über die mit dem „Ausgleiche“ zusammenhängenden Fragen.

sehnsüchtiger wandten sich die Blicke den Errungenschaften von 1848 zu. Der am 6. April 1861 eröffnete ungarische Reichstag legte in einer von Franz Deak verfaßten Adresse dar, weshalb er das Oktoberdiplom und das Februarpatent nicht annehmen könne. „Man will uns," führte Deak in seiner glänzenden Rede vom 13. März aus, „eine Verfassung geben, aber nicht jene, welche man uns mit Gewalt genommen hat... Allein wir brauchen keine geschenkte Verfassung, wir fordern unsere uralte Konstitution zurück, welche kein Geschenk gewesen, sondern durch gegenseitige Verträge festgestellt und aus dem Leben der Nation hervorgegangen war . ." [18]. Die Verhandlungen mit dem Karpathenreiche führten zu keinem Ziele und Schmerlings Politik zersplitterte sich später an dem Felsen des magyarischen Widerstandes. Die deutschliberale Verfassungspartei stimmte mit der Regierung nur zu einem Teile in der Auffassung des ungarischen Problems überein; die steirischen Autonomisten legten sich für einen friedlichen Ausgleich mit Ungarn ins Zeug und die Rede, die ihr wackerer Führer, Moritz von Kaiserfeld, am 31. März 1865 hielt, war ein wuchtiger Keulenschlag gegen Schmerling. Auch andere Abgeordnete versäumten nicht, auf die leeren, den Abgeordneten Ungarns reservierten Sitze hinzuweisen. In der Adreßdebatte des Jahres 1863 sagte J. N. Berger: „Es gibt nur vier Wege, um mit Ungarn zu irgend einem Ziele zu gelangen: Exequieren, Kontumazieren, Temporisieren, Transigieren... Die einzig verständige Politik ist die Transaktion." Als der Kaiser hinter dem Rücken Schmerlings, vom Grafen Moritz Eszterhazy beeinflußt, den Grafen Zichy, den Vertrauensmann Schmerlings im Kabinette, entließ und am 26. Juni 1865 Georg von Majlath zum ungarischen Hofkanzler ernannte, gab Schmerling seine Demission. Graf Eszterhazy war jetzt Herr der Lage. Als er einige Monate später das ungarische Magnatenhaus besuchte, wurde er mit

[18] Prof. Dr. J. H. Schwicker, Der österreichisch-ungarische Ausgleich", Separatabdruck aus der „Österreichisch-Ungarischen Revue". Wien. Bd. XX, Heft 3 usw., S. 30 ff.

stürmischen Ovationen empfangen[19]. Schmerling selbst äußerte sich dreizehn Jahre nach diesem Ereignisse, er wäre das Opfer seiner Freunde, sie hätten ihn in schwierigster Zeit im Stiche gelassen[20]. In Wirklichkeit rangen in der Verfassungspartei zwei Meinungen miteinander: die eine ging dahin, Ungarn müsse kirre gemacht werden, die andere neigte der Versöhnlichkeit zu. Dadurch und durch die verschiedenen anderen Mißhelligkeiten verlor die Regierung den Boden, den Einfluß nach oben und nach unten. Die Reichsfrage trieb, zum erstenmal in der konstitutionellen Ära, einen starken Keil in den Parteiblock.

Die Auffassungen der ungarischen Opposition hatten mittlerweile durch Franz Deaks Initiative eine Änderung erfahren. Der große Staatsmann fürchtete, daß die Krone über die Liberalen hinweg mit den Magnaten ihren Frieden machen könnte und er, dem es eine viel lobenswertere Tat schien, Ungarns konstitutionelle Wieberbelebung anzubahnen, als Prinzipien zu Tode zu reiten, wandte sich am 16. April 1865 in dem berühmt gewordenen Leitartikel des „Pesti Naplo“ direkt an die Weisheit und Gerechtigkeit des Monarchen. Er erklärte die Bereitwilligkeit zur Wiederaufnahme der staatsrechtlichen Verhandlungen unter Berufung auf die pragmatische Sanktion, indem er die Einheit und Unteilbarkeit der Habsburgermonarchie anerkannte und das Vorhandensein von beiden Teilen der Monarchie gemeinsamen Angelegenheiten zugab. Zwar verwarf er die Schaffung eines Zentralparlaments, brachte jedoch die Einrichtung der Delegationen zum Vorschlage. Während in Österreich das Verfassungsleben durch das Sistierungsministerium Belcredi erstickt war, wurden die Verhandlungen mit Ungarn eifrigst fortgesetzt. Beust, der fremde Heilkünstler, der in schwerer Zeit die verrenkten Glieder Österreichs in Ordnung bringen sollte, wurde gegen Ende des verlustreichen Jahres 1866 nach Budapest geschickt, um das Tempo, in dem sich die

[19] Heinrich Friedjung a. a. O. I 133.
[20] S. Schwicker a. a. O. S. 33.

Verständigungsaktionen mit den Magyaren bewegten, zu beschleunigen. Zurückgekehrt, bewog er den Kaiser, von dem langwierigen Reskriptwechsel abzusehen und die magyarischen Vertrauensmänner nach Wien kommen zu lassen, weil der persönliche Gedankenaustausch am schnellsten zum Ziele führe[21]. Der ungarische Reichstag hatte schon am 3. März 1866 eine Kommission mit der Ausarbeitung eines Vorschlages über die Behandlung „der gemeinsamen Angelegenheiten" betraut und diese setzte hiefür ein 15gliedriges Komitee ein. Die Beschlüsse desselben bilden die Grundlage des österreichisch-ungarischen Ausgleiches, des ungarischen Gesetzartikels XII vom Jahre 1867. Das Gesetz selbst ist ein mit Deaks Zustimmung von Anton Csengery für den Kaiser ausgearbeitetes Exposé, das nachher einfach in Paragraphe eingeteilt ward. Mit hochfliegenden Erwartungen legte man die letzte Hand an das Ausgleichswerk an. Der lange verderbliche Streit war beendet und es schien nun, als würde sich ein wolkenloser Himmel über der Monarchie wölben. Träume, Illusionen! Der Ausgleich der Krone mit den Magyaren hat Österreich nicht die erlösende Ruhe gebracht, der Zwist wurde zum Normalzustande. Es ist ein merkwürdiges Schauspiel, das sich dem Auge darbietet. Wie der Brand eines Gebäudes, der erst blutigrot hinter einzelnen Fenstern aufleuchtet, dann an verschiedenen Stellen in prasselnden Flammensäulen hervorbricht und schließlich das ganze Haus mit Feuerarmen umschlingt, so bemächtigte sich der parlamentarische Streit eines Teiles des Ausgleichs nach dem andern, bis am Ende das ganze Werk verworfen wurde.

In Österreich begann man sich nach der Schlacht bei Königgrätz mit dem Vversuche einer Verständigung mit Ungarn stärker zu beschäftigen. Es fand dabei eine förmliche Auflösung der drei Gruppen, in die die Verfassungspartei gespalten war, statt. Zu den Besprechungen in Aussee waren nicht nur die steirischen Autonomisten mit Kaiserfeld an der Spitze erschienen, sondern auch die Großösterreicher, die

[21] Friedrich Ferdinand Graf von Beust a. a. O. II 85.

durch Giskra, Sturm, Groß und Brinz repräsentiert wurden. Das in Aussee vereinbarte Programm setzte sich lebhaft für den Ausgleich mit Ungarn ein, während das vom übrigen Teile der Verfassungspartei im Oktober 1866 in Wien festgelegte Programm den Fortbestand der Reichsverfassung verteidigte. Mit der Gliederung der Verfassungspartei in zwei einander schroff gegenüberstehende Fraktionen waren die Meinungsdifferenzen nicht erschöpft. Es gab im deutschliberalen Lager noch Föderalisten, die nicht nur die Verständigung mit Ungarn sondern auch die innere Umgestaltung Zisleithaniens befürworteten. Diese Strömungen konnten sich vorerst blos in Konventikeln bemerkbar machen, denn Belcredi hatte ja das Parlament aus dem Wege geschafft. Erst am 2. Januar 1867 erschien ein kaiserliches Patent, das die in der Sistierungsperiode fortbestandenen Landtage auflöste und Neuwahlen ausschrieb. Die neuen Landtage hatten lediglich die Wahlen für einen „außerordentlichen“ Reichstag, den der Ausgleich mit Ungarn zur Prüfung vorgelegt werden sollte, vorzunehmen. Graf Belcredi stellte es den Landtagen anheim, bei der Wahl ihrer Delegierten entweder das in der Februarverfassung vorgesehene Gruppensystem einzuhalten oder ihre Vertreter für das Abgeordnetenhaus aus dem Plenum zu erküren. Da die feudal-föderalistische Regierung bei den Landtagswahlen den Beamtenapparat ungeniert spielen ließ, mit ihren Einkreuzerblättern für eine gehörige Stimmungsmacherei sorgte und die persönliche Beeinflussung der Großgrundbesitzer rücksichtslos betrieb, gelang es ihr, den tschechischen Föderalisten im böhmischen und mährischen Landtage zur Majorität zu verhelfen und das Krainer Landesparlament für sich zu gewinnen. Wäre demnach die Wahl für den „außerordentlichen“ Reichsrat aus dem Plenum der Landtage erfolgt und die Abstinenz der Sudetenslaven in Wegfall gekommen, so hätte es im Wiener Abgeordnetenhaus 108 Föderalisten und nur 95 Zentralisten gegeben; die Vorherrschaft des deutschzentralistischen Liberalismus würde ein jähes Ende gefunden haben. Selbstredend bemühten sich die deutschen Liberalen, das drohende Unwetter abzuhalten,

indem sie den Zusammentritt eines außerordentlichen Reichsrates als mit der Verfassung unvereinbar bekämpften und die Einberufung eines ordentliches Reichsrates forderten. Im Schoße der Regierung war es gleichfalls zu Meinungsverschiedenheiten gekommen. Beust, der anfangs an dem kaiserlichen Januarpatente keinen Anstoß genommen hatte, besann sich später eines andern. Bei der föderalistischen Zusammensetzung des außerordentlichen Reichsrats wäre die Annahme des Ausgleichs mit Ungarn zweifelhaft gewesen und Beust wollte seine Schöpfung nicht in Gefahr bringen. Zwischen ihm und dem Grafen Belcredi kam es in einem Kronrate zu einem scharfen Gefechte, das zuungunsten des letztgenannten ausging. So trat denn — nachdem die Landtage von Böhmen, Mähren und Krain nochmals aufgelöst und von den föderalistischen Majoritäten gesäubert worden waren — am 20. Mai 1867 der ordentliche Reichsrat zusammen, dessen Aufgabe einzig und allein darin bestand, den vom Könige von Ungarn geschlossenen Ausgleich gutzuheißen, damit ihn auch der Kaiser von Österreich mit seiner Unterschrift versehen konnte. Es ist oft und oft darüber geklagt worden, daß die Krone Zisleithanien mit gebundenen Händen an Ungarn ausgeliefert habe. Zweifellos, die Ertötung des parlamentarischen Lebens in Österreich war die schlechteste Vorbereitung, die getroffen werden konnte. Nicht nur Zisleithanien, auch die Krone hatte in der Zukunft dafür schwer zu büßen. Allein im Jahre 1867 dachte der Monarch nicht mehr daran, Österreichs Meinung zu überhören, der außerordentliche Reichstag sollte das Wort haben. Doch die österreichische Lebenslüge, die den Zentralismus über alles hob, kam dazwischen und machte ihren verhängnisvollen Einfluß geltend.

Es ist nicht uninteressant, die Beratungen des österreichischen Parlaments über die ungarischen Ausgleichsverhandlungen zu verfolgen. Die Reden erreichten zwar nicht die sachliche Tiefe, die den Parlamentsverhand-

---

[23] Louis Eisenmann, Le compromis-austro-hongrois de 1867. Paris 1904. S. 452.

lungen der älteren Zeit eigen waren, aber es ist ungemein belehrend, das Meinungsgewirr zu beobachten, das damals in der liberalen Partei herrschte und das alle Klubgrenzen durchbrach. Das Parlament befand sich in einer qualvollen Situation. Der Ausgleich wurde ihm als ein fait accompli vorgelegt, er war, wie Beust sagte, der Preis für die Wiederherstellung der Verfassung. Die Hauptaufmerksamkeit erregten die Verhandlungen über den staatsrechtlichen Ausgleich und besonders über die österreichisch-ungarischen Delegationen. Das Institut der Delegationen befriedigte fast keinen Abgeordneten zur Gänze. Selbst der Berichterstatter Dr. Brestel mußte die Schwerfälligkeit des ganzen Apparates anerkennen; ihm schien es zweckmäßiger zu sein, wenn die gemeinsamen Angelegenheiten von den Parlamenten in beiden Reichshälften erledigt würden. Daß er trotzdem für die Annahme des von der Krone gewünschten Delegationssystems plaidierte, geschah in der Voraussetzung, Ungarn würde in Modifikationen der Behandlungsart für die gemeinsamen Angelegenheiten einwilligen, sobald die Unzweckmäßigkeit der Delegationen hervorträte[23]. Dr. Plener sagte: „Wir legen heute die Hände an, um die Zweiteilung der Monarchie für eine längere Zeit abzuschließen, um an die Stelle der österreichischen Staatsidee einen Versuch zu setzen, von dessen innerer Lebenskraft wir nicht im geringsten überzeugt sind." Er hoffte, daß der Dualismus zu einer engeren Union führen werde, nannte die Delegationen eine „ganz ungesunde und künstliche Schöpfung" und sah im Geiste die zweigliedrigen Delegationen sich zu einem festen Reichsparlamente zusammenschließen. Der nächste Redner, Edler von Mende, überließ es der Praxis, der Zukunft und den zwingenden tatsächlichen Verhältnissen, eine Umbildung der mangelhaften Form der Delegationen zu finden und selbst Pratobevera verglich die Delegationen mit einem „zopfischen Dach auf einem stilgerechten Gebäude, während gewiß nur eine echt parlamentarische Spitze einen kon-

---

[23] Sten. Prot. d. Abgeordnetenhauses, I. Sess., 12. Nov. 1867, S. 1321 ff.

stitutionellen Grundbau würdig abschließen sollte". Auch J. N. Berger, der die Anschauung einzelner Abgeordneter bekämpfte, daß der ursprüngliche Plan Deaks, die gemeinsamen Angelegenheiten durch Deputationen von Fall zu Fall behandeln zu lassen, der Errichtung des Delegationsinstituts vorzuziehen sei, stimmte für die Schaffung der monströsen Körperschaft nur deshalb, weil in ihr ein „lebensfähiger, entwickelbarer Gedanke stecke"[24].

Im Laufe der Jahre gewöhnte man sich, die Delegationen als etwas Unwandelbares, Unantastbares anzusehen und in ihrem unveränderten Fortbestande eine Bürgschaft für die Existenz der Monarchie zu erblicken. Darum muß mit Nachdruck betont werden, daß die Delegationen in Österreich von allem Anbeginne an als ein Provisorium hingenommen wurden. In demselben Maße, in dem ihre Unzweckmäßigkeit zutage trat, wuchsen die auf ihre Beseitigung gerichteten Bemühungen. In den Siebzigerjahren setzte sich der linke Flügel der Verfassungspartei, der Fortschrittsklub, für eine Reorganisation der Delegationen ein; am 15. Mai 1877 begründete der Abgeordnete Sturm einen von 66 Mitgliedern des Abgeordnetenhauses unterfertigten Antrag, der die Beseitigung dieser Einrichtung forderte. Um diese Zeit hatte Heinrich Friedjung[25] eine aufsehenerregende Broschüre veröffentlicht, die an dem zweigliedrigen Reichsparlamente die schärfste Kritik übte und dessen Hinwegräumung verlangte. Die Forderung nach der Kassierung der Delegationen blieb seither auf der Tagesordnung: die radikalen Deutschen bemächtigten sich ihrer und gingen schließlich weiter, indem sie den Dualismus verwarfen und für die Personalunion eine Lanze brachen.

Die Bedenken, die ursprünglich der Modus für die parlamentarische Verhandlung der gemeinsamen Angelegenheiten beider Reichsteile der Habsburgermonarchie hervorgerufen hat, griffen mit den Jahren auf die Art und Weise

---

[24] Sten. Prot. d. Abgeordnetenhauses, I. Sess., 13. Nov. 1867, S. 1359 ff.

[25] Heinrich Friedjung, Der Ausgleich mit Ungarn. Leipzig 1877. 2. Aufl., S. 54 ff.

über, in der Zis- und Transleithaniens Interessen in der Praxis berücksichtigt wurden. Der Dualismus sollte die Gleichstellung beider Reichsteile bringen, allein er hat unleugbar zur Präponderanz Ungarns geführt. Nur ein Beispiel sei hierfür angeführt: Der Einfluß Österreichs und Ungarns auf die auswärtige Politik. Am 16. Januar 1869 sagte Transleithaniens Ministerpräsident Graf Andrassy von dem österreichisch-ungarischen Ausgleiche:

„Wenn jemand behauptet, die Bedingungen der Institution sind für Ungarn nicht günstig, so erwidere ich ihm: Wir zahlen gegenwärtig zu den gemeinsamen Kosten 30 % und genießen so viel Rechte wie jene, die 70 % zahlen."

Im Jahre 1897 schrieb sein Sohn:

„Der Ausgleich hat, wie wir bereits gesehen haben, Ungarn Einfluß auf die Leitung der auswärtigen Angelegenheiten verschafft. Diese haben wir in vollem Maße ausgeübt und das hat dazu geführt, daß sich die Politik der Monarchie dem Willen Ungarns entsprechend gestaltete. Unsere Monarchie hat wiederholt den von Budapest ausgegangenen Impulsen nachgegeben."

Einige Seiten weiter kann man lesen:

„Wir haben den uns im Sinne des Ausgleichs zuteil gewordenen Einfluß gehörig ausgeübt. Ja, infolge unseres mehr entwickelten konstitutionellen Lebens, infolge der Einheitlichkeit unserer öffentlichen Meinung ist unser Wert bisher mit größerem Gewichte in die Wagschale der Gemeinsamkeit gefallen als der Wert des politisch weniger einheitlichen Österreich[26].

Daraus ersieht man klar, woher der Wind in die Staatssegel bläst.

Der staatsrechtliche Ausgleich vom Jahre 1867 bestimmte, daß außer den „gemeinsamen Angelegenheiten" — die auswärtige Politik, das Militärwesen, das Reichsfinanzwesen — noch verschiedene Angelegenheiten zwar nicht gemeinsam zu verwalten, jedoch nach gleichen, von Zeit zu Zeit zu vereinbarenden Grundsätzen zu behandeln seien. Hiezu gehören: die kommerziellen Angelegenheiten, speziell die Zollgesetzgebung, die indirekten Steuern, das Münzwesen, das Wehrsystem und gewisse Eisenbahnfragen. (Wirtschaftlicher

[26] Graf Julius Andrassy, Ungarns Ausgleich mit Österreich vom Jahre 1867. Leipzig 1897. S. 221 u. 231.

Ausgleich, beziehungsweise Zoll- und Handelsbündnis.) Überdies ist von Zeit zu Zeit durch Deputationen des Wiener Reichsrats und des Budapester Reichstags das Verhältnis festzustellen, nach dem die Kosten der gemeinsamen Angelegenheiten von den beiden Reichshälften zu tragen sind (Quote). Im Jahre 1867 wurden diese Vereinbarungen für zehn Jahre getroffen. Die deutschliberale Verfassungspartei ließ bei der Behandlung dieser Materie jede Geschlossenheit vermissen. Im Vordergrunde des Interesses stand damals weniger der Quotenschlüssel als die Auseinandersetzung zwischen Österreich und Ungarn über die Übernahme beziehungsweise über die Verzinsung der gemeinsamen Staatsschulden. Daß sich Ungarn weigerte, einen Teil der von den absolutistischen Regierungen kontrahierten Staatsschulden zu übernehmen, mochte noch hingehen, daß es aber bei der Beitragsleistung für die Verzinsung hinter seinem Quotenanteile zurück blieb, erregte böses Blut. Skene berechnet in seinem Minoritätsberichte den Zinsenbedarf der Staatsschuld für das Jahr 1868 mit 164 669 784 Gulden. Nimmt man bei der Teilung der Lasten das Quotenverhältnis von 30 zu 70, so ergibt sich für die transleithanische Reichshälfte ein Anteil von 49 409 352 Gulden. Die Ungarn haben jedoch ihren Beitrag einschließlich eines Zuschusses von zwei Millionen Gulden für Münzverlust auf 32 335 000 Gulden festgesetzt und sind also um 17 074 352 Gulden jährlicher Rente hinter dem Quotenverhältnisse zurückgeblieben[27].

Die Vereinbarung über den Quotenschlüssel wurde ohne allzu scharfe Kritik hingenommen. Nüchtern betrachtet hatte die österreichische Quotendeputation ja einen Erfolg aufzuweisen, freilich einen richtigen Pyrrhussieg. Mit einer in der österreichischen Geschichte glücklicherweise einzig dastehenden Leichtfertigkeit war von der Regierung eine Statistik vorgelegt worden, die das Verhältnis der Beiträge Zis- und Transleithaniens zu den Bedürfnissen des Gesamt-

[27] Sten. Prot. d. Abgeordnetenhauses, I. Sess., 12. Dez. 1867, Anhang C, S. 1775.

staates in der Periode von 1860—1865 mit rund 75 % für Österreich und 25 % für Ungarn fixierte. In diesen Berechnungen sind, wie sich Herr Plener im Abgeordnetenhause rücksichtsvoll ausdrückte: „Fehler, welche zuungunsten der zisleithanischen Reichshälfte ausschlugen, unterlaufen“ [28]. Der Quotendeputation war es dennoch gelungen, die Quotenleistungen für Ungarn mit 70 % festzusetzen, die sich nach der Auflassung des Militärgrenzgebietes für Ungarn auf 31 4/10 erhöhten. Dieser Schlüssel blieb drei Jahrzehnte in Kraft und er wurde in Österreich als eine schreiende Ungerechtigkeit hart empfunden, denn der tatsächliche Anteil beider Reichshälften an der Deckung der Bedürfnisse des Gesamtstaates gestaltete sich noch ungünstiger. In die Kassen des Reichsfinanzministeriums fließen nämlich die Zolleinnahmen der österreichisch-ungarischen Monarchie. Nun ist Ungarn an diesen direkt mit kaum 17 % beteiligt — für 1896 waren beispielsweise im Staatsvoranschlage die Zolleinkünfte bei den ungarischen Zollämtern mit bloß 15 8/10 % präliminiert — und wenn man selbst loyalerweise zugibt, daß das Karpathenreich einen Teil seiner Einfuhr durch Österreich besorgen läßt, so kann man die Zolleistungen doch höchstens mit 20 % veranschlagen: eine Ziffer, die selbst von ungarischen Fachmännern als ausreichend angesehen wird [29]. Da die Zolleinnahmen von dem gemeinsamen Geldbedarfe Österreich-Ungarns abgeschrieben werden und die Deckung nach dem Quotenschlüssel nur für den Restbetrag geleistet wird, so partizipiert die östliche Reichshälfte an einem Teile der gemeinsamen Lasten nach dem Quotenschlüssel, obwohl sie

[28] Sten. Prot. d. Abgeordnetenhauses, I. Sess., 10. Dez. 1867. — Der Abgeordnete Dr. Leo Verkauf, der im Parlamente vor einem Dezennium auf diesen Vorgang zu sprechen kam, fand, trotz seiner anerkannten Neigung zur Sachlichkeit, ganz andere Worte des Urteils. Er warf der Regierung Beust vor, daß sie das Material bewußt gefälscht habe, „gefälscht in der Absicht, das österreichische Parlament irrezuführen und es zu bewegen, daß es die Forderungen Ungarns kühn bewillige“. Sten. Prot. d. Abgeordnetenhauses, XV. Sess., 1. Oktober 1898.

[29] Prof. Dr. J. H. Schwicker a. a. O. II 43 ff.

zu diesem nur nach dem wesentlich geringeren Zollschlüssel beiträgt. Im Jahrs 1899 wurde der Quotenschlüssel allerdings auf $65\,{}^{6}/_{10} : 34\,{}^{4}/_{10}$ % abgeändert, doch dieses Verhältnis entspricht in keiner Weise der Leistungsfähigkeit beider Staaten. Bei den entscheidenden Verhandlungen im November 1899 hat das Karpathenreich nicht die Ergebnisse der Statistik sprechen lassen, sondern eine rein wirtschaftliche Frage als Machtfrage behandelt[30].

Einen leidenschaftlichen Charakter hatten die wirtschaftlichen Ausgleichsverhandlungen, die in den Siebzigerjahren mit Ungarn geführt wurden. Als im Jahre 1876 die sogenannten „Maipunktationen" bekannt wurden, erhob sich ein Sturm des Unwillens. Die Spannung, die sich allmählich zwischen der Regierung und der Regierungspartei herausgebildet hatte, führte zu scharfen Zusammenstößen und brachte die Verfassungspartei zur vollständigen Auflösung. Nebst der Zoll- und Handelspolitik — die wir in einem anderen Kapitel besprechen — nahm der „Bankausgleich" die Gemüter am meisten gefangen. Am 31. Dezember 1877 lief das Privilegium der österreich-ungarischen Notenbank ab und zu dieser Zeit war auch die Rückzahlung der „80 Millionenschuld" zu leisten. Daß das Bankprivilegium gleichzeitig mit dem wirtschaftlichen Ausgleiche ablief, hatte ein mißlicher Zufall bewirkt. Als im Jahre 1862 das neue Bankstatut im Wiener Abgeordnetenhause beraten wurde, verlangte die Regierung die Verlängerung des Privilegiums bis zum Jahre 1890; der Parlamentsausschuß jedoch erklärte sich für eine 15jährige Frist, ohne für die Beschränkung besonders triftige Gründe anführen zu können und so wurde der letzte Dezember 1877 zum Lostage[31]. Die österreichische Regierung mußte demnach mit dem ungarischen Ministerium gleich-

[30] S. den Bericht der österreichischen Quotendeputation vom 14. April 1901. Beilagen Nr. 752 zum sten. Prot. d. Abgeordnetenhauses, XVII. Sess.

[31] Sten. Prot. d. Abgeordnetenhauses, VIII. Sess., 13. Nov. 1877. Rede des Abgeordneten Freiherr von Kellersperg. — Über die das Bankprivilegium betreffenden Verhandlungen s. auch: Walter Rogge, Österreich seit der Katastrophe Hohenwart-Beust. Leipzig 1879. II 260 ff.

zeitig über die Erneuerung des Zoll- und Handelsbündnisses sowie über die Verlängerung des Bankprivilegiums verhandeln und das war für die schwachen Kräfte des Fürsten Auersperg zu viel. Mit der stolzen Devise, daß der neue Ausgleich besser als der letzte sein müsse, trat die österreichische Regierung in die Verhandlungen ein und vollständig geschlagen mit geradezu verderblichen Vereinbarungen kehrte sie zurück. Eine Versammlung der gesamten Verfassungspartei fällte am 27. November 1876 einstimmig ein vernichtendes Urteil über das von der Regierung geheimgehaltene, doch von der „Neuen Freien Presse“ veröffentlichte Bankstatut. Fürst Auersperg und Finanzminister Pretis hatten das mit österreichischem Kapitale geschaffene Institut an Ungarn preisgegeben und den Dualismus in der Organisation der Bank zum Ausdrucke gebracht. Da die Bankleitung das Statut ablehnte und die Öffentlichkeit in Österreich gehörigen Lärm schlug, mußte das zisleithanische Kabinett eine Milderung des Paktes bei der Regierung Tisza anstreben; trotz der Bockbeinigkeit des ungarischen Kabinetts — Tisza gab sogar seine Demission — wurden die Verhandlungen schließlich doch neuerdings aufgenommen, wobei ein Statut zustandekam, das um einige Nuancen besser war als der erste Entwurf. So entstand die gegenwärtige „österreichisch-ungarische Bank.“ Nachdem auch die österreichische Regierung über die Bank- und Zollfrage gefallen, dann aber im Amte bestätigt worden war, konnte die Bankvorlage endlich parlamentarisch erledigt werden. Das Übereinkommen über die 80 Millionenschuld, dessen Modifikation dem österreichischen Parlamente unerläßlich schien, blieb vorerst offen.

Im Wiener Abgeordnetenhause entwickelte sich geradezu der Sport, auf die Regierung ein Scheibenschießen zu veranstalten, bei dem die einzelnen Minister als Zielpunkte ausersehen wurden. Die passioniertesten Schützen waren nicht die Mitglieder der Rechten, die bei der ewigen Katzbalgerei zwischen der Regierung und der Regierungspartei den lachenden Dritten spielten, sondern die ureigensten

Parteifreunde der Minister. Wer die Parlamentsverhandlungen in der zweiten Hälfte der Siebzigerjahre durchsieht, der gelangt im ersten Augenblicke zur Annahme, daß die Bänke des Abgeordnetenhauses nur von Oppositionellen besetzt waren und doch rühmte man sich damals eines parlamentarischen Regierungssystems. Niemals wurden schönere Reden gehalten, niemals hat die geistreiche Pointe, das wohlgelungene Bild, der rhetorische Schwung höhere Triumphe gefeiert als damals, zu keiner Zeit aber wurde eine schlechtere Politik gemacht als in diesen Tagen. Doktoren und Professoren tummelten sich als Sprechkünstler in der Arena, doch an Taktikern und Strategen fehlte es. Vor uns liegen die stenographischen Protokolle der Budgetverhandlungen des Jahres 1876. Prof. Sueß hält beispielsweise eine seiner besten Reden, in der es von Geist funkelt und sprüht. Die armen Minister: sie tun einem fast leid, so setzt ihnen das Mitglied der Regierungspartei zu. Aber schauen wir nach dem politischen Kerne der faszinierenden Ausführungen.

„Wenn ich nun die Frage stelle: Sollen wir die Regierung durch die Budgetverweigerung zwingen',“ meint der Redner, „sofort zurückzutreten, so sage ich: nein! Und wenn Sie mich fragen, ob ich glaube, daß die Regierung geeignet sei, die Verhandlungen mit Ungarn fort und zu einem gedeihlichen Ende zu führen, dann sage ich auch: nein!“[32]

Das ist das typische Beispiel für die Politik der Negation. Den Ministern wird täglich feierlichst versichert, daß man zu ihnen kein Vertrauen habe, gleichzeitig jedoch bittet man sie, gefälligst im Amte zu bleiben, damit man sie weiter

[32] Sten. Prot. d. Abgeordnetenhauses, VIII. Sess., 6. Dez. 1876, S. 7232. — Viele Broschüren aus den Siebziger- und Achtzigerjahren geißeln die Verfassungspartei. In der Schrift: „Das Ende der Verfassungspartei“, vom Verfasser der Broschüre: „Das System Taaffe“ (Wien 1882) findet sich folgende, leider richtige Charakteristik: „Und das Fazit aller dieser Anstrengungen, Anmaßungen und Manöver (der Verfassungspartei)? Hader nicht nur zwischen den Nationalitäten, sondern auch bitterer Streit im Schoße der eigenen Partei. Weil sich diese kein höheres Ziel gesetzt hatte, darum suchte jeder sein besonderes Ideal zu erreichen und dieses bestand meist in der Erlangung von Würden, Auszeichnungen und Sinekuren . . .“ S. 37 ff.

aufs Korn nehmen könne, oder weigert sich, ihnen die Bürde abzunehmen. Daß eine Regierung, die auf solchen Schutz angewiesen war, den Ungarn wenig imponierte, läßt sich denken und daß sie sich schließlich möglichst isolierte, ist menschlich begreiflich. In den Beratungen des Abgeordnetenhauses über die Bankvorlage sehen wir das Ministerium fast von all seinen Getreuen verlassen und der Sprechminister Dr. Unger bemerkte bitter:

„Wenn ich beim Schuster ein Paar Stiefel bestelle, so weiß ich sehr gut, daß ich an den Stiefeln Kritik üben könne, ohne den Auftrag zu erhalten, sie selber zu machen. Aber das Parlament ist keine Schuster- und Schneiderwerkstätte, es ist ein Ort, wo jeder, der mit einer bestimmten Meinung auftritt, die Pflicht hat, zur Durchführung seiner politischen Anschauung die Regierungsgeschäfte zu übernehmen. Sonst ist die Opposition eine bloße Negation, aber keine parlamentarische Opposition. Den Herren von der linken Seite rufe ich das schlichte Wort des Fischerknaben im ‚Wilhelm Tell‘ zu: „Vom sicheren Port läßt sich's gemütlich raten, hier ist der Kahn, dort der See, versuch's!“ Wer nicht den Mut hat, den Wilhelm Tell zu spielen, der hat auch nicht das Recht, jenem Fischer einen Vorwurf zu machen.“

Das österreichisch-ungarische Problem wurde von der Öffentlichkeit in verschiedenen Zeitläuften von verschiedenen Seiten betrachtet, allein man unterließ es, all die Teilfragen, die es einschließt, gleichzeitig zu untersuchen und im Zusammenhange zu prüfen. Als der Dualismus vor vierzig Jahren in die Erscheinung trat, hatte er immerhin seine Daseinsberechtigung. Er übertrug den größeren Teil der Lasten auf Österreich, aber er schuf dafür Zisleithanien ein sicheres konkurrenzfreies Absatzgebiet; er konzedierte Ungarn die gleiche Einflußnahme auf die gemeinsamen Angelegenheiten wie Österreich, allein er entschädigte dieses durch die Vorteile, die für Deutschösterreich aus der Einheitlichkeit der von deutschem Geiste beseelten Armee entsprangen. Im Karpathenreiche übten der große, weise Deak und der scharfblickende, anpassungsfähige Graf Andrassy überragenden Einfluß aus und Österreich hatte allen Grund zur Annahme, es würden nicht nur die Buchstaben des Ausgleichs, sondern auch dessen Geist, dessen innerstes Prinzip strikte Beachtung finden. Die Krone wieder konnte sich der

Hoffnung hingeben, daß zwischen den beiden Reichshälften friedvolle Beziehungen platzgreifen werden. Doch: armer Faust, ich kenne dich nicht mehr! Das ganze Ausgleichswerk hat heute keinen Sinn, weil es in seinem Geiste und in seinen Wirkungen verfälscht ist. Alle Voraussetzungen, auf denen es beruhte, sind erschüttert, Vernunft wurde zum Unsinn, Wohltat zur Plage. Alle Nachteile, die in ihm für Österreich enthalten waren, bestehen, durch die ungleiche Entwicklung beider Reichshälften unerträglich verschärft, weiter, alle Kompensationen, die es geboten hat, sind ganz hinweggespült oder illusorisch gemacht worden. Seitdem Ungarn bestrebt ist, eine eigene Industrie zu schaffen, schwindet der goldene Absatzboden für Österreichs Erzeugnisse. Das große industriestatistische Werk, das die ungarische Regierung im Jahre 1901 herausgegeben hat, weist für 1898, das Jahr der statistischen Aufnahme, 2364 großindustrielle Unternehmungen mit 245 000 Arbeitern und einer Jahresproduktion im Werte von 1 366 917 031 Kronen auf[33]. Seither ist die Zahl der Fabriken rapid angewachsen und im Motivenberichte zum ungarischen Industrieförderungsgesetze, das Franz Kossuth im Oktober 1906 dem Budapester Parlamente übereichte, wird dargelegt, daß von 1890 bis 1906 insgesamt 730 Fabriken höherer staatlicher Begünstigungen teilhaftig wurden. Außerdem ist aus diesem Motivenberichte zu ersehen, daß in der jüngsten Zeit wieder das Zustandekommen von 28 Fabriksunternehmungen und die Erweiterung von 14 bestehenden Fabriken gesichert ward. Zudem stand die Gründung von 19 neuen und die Erweiterung von drei alten Fabriken in Aussicht. Bedenkt man, daß die nationalmagyarische Politik, die heute in Ungarn befolgt wird, von Tag zu Tag stärker auf das Gebiet des wirtschaftlichen Wettstreites übergreift und daß die Machthaber in Budapest

---

[33] S. „Die Großindustrie Ungarns“ von Alexander Matlekovits Neue Freie Presse, November 1901.

im Ersinnen neuer Hemmnisse für Österreichs Industrie und Handel geradezu unerschöpflich sind[34], so kann man sich vorstellen, wie sehr die Volkswirtschaft Zisleithaniens in Mitleidenschaft gezogen wird. Der österreichische Abgeordnete Dr. Lecher erinnerte bereits in seiner bekannten Dreizehnstundenrede daran, daß sich die Gesamtbevölkerung Ungarns zwischen 1870 und 1890 um 12% vermehrt habe, während die in der Industrie Beschäftigten um 41%, die im Handel Tätigen um 31% zugenommen haben[35]. Diese wenigen Beispiele mögen für viele sprechen. Man hat in Österreich lange Zeit vor der Eventualität einer wirtschaftlichen Lostrennung von Ungarn gezittert und Herr von Körber warnte noch davor, das Wort: Los von Ungarn! in den Mund zu nehmen. In dieser Hinsicht hat sich in der letzten Zeit ein plötzlicher Wandel vollzogen und aus den Kundgebungen der maßgebenden Korporationen schallt der Ruf heraus: Besser die reinliche Scheidung als einseitige Konzessionen!

Für die deutschfreiheitliche Parteipolitik hat der wirtschaftliche Ausgleich mit Ungarn auch in der letzten Zeit eine große Bedeutung gehabt. Die Abgeordneten, die großindustrielle Interessen vertraten, nahmen von einer energischen Politik Ungarn gegenüber so lange Abstand, als ihre Wähler in der Schaffung eines gesonderten Wirtschaftsgebietes für Österreich ein katastrophales Übel erblickten. Den anderen Abgeordneten war es leichter, kräftig ins Horn zu stoßen, sie bezogen die wirtschaftliche Lostrennung in ihr politisches Abc ein. Dr. Lueger, der früher im Parlamente gefordert hatte, daß die wirtschaftliche Gemeinsamkeit Österreich-Ungarns für ewige Zeiten festgelegt werde, sattelte rasch um, als er in dem Rufe: Los von Ungarn! ein kräftiges Zugmittel sah und setzte sich dadurch den Freisinnigen gegenüber in Vorteil. Die Abgeordneten endlich, deren Wählerschichten teils für die Erneuerung des Zoll- und

[34] Typisch hierfür erscheinen die neuen Eichvorschriften und die jüngsten Verfügungen bezüglich des Musterschutzes.

[35] Sten. Prot. d. Abgeordnetenhauses, XIII. Sess., 28. Okt. 1897.

Handelsbündnisses mit Ungarn, teils gegen diese waren, wurden zu einer Taktik gedrängt, die — so paradox es klingt — im Schwanken Halt suchte.

Auch der staatsrechtliche Dualismus ist unhaltbar geworden. So lange die Krone und die Deutsch-Österreicher in einem Einheitsstaate ihr Ideal fanden und dieses praktisch nicht durchsetzen konnten, mochte der Dualismus mit dem „Schweigkammersystem“, wie Herr von Plener die Delegationen genannt, mit der „Taubstummenversammlung“, wie Carneri diese hieß, als ein Surrogat zur Not hingenommen werden[36]. Die Delegationen werden aber im neuen demokratischen Österreich unmöglich sein, weil kein Parlament, das aus Volkswahlen hervorgeht, auf Rechte verzichten kann, die das alte Parlament an die Delegationen abtrat. Ist erst dieser eine Tragbalken des Dualismus gefallen, was bleibt nachher übrig? Die gemeinsame Armee? Man möge sich in Wien nicht täuschen. Früher gab das Offizierkorps des gemeinsamen Heeres in den ungarischen Städten und Märkten einen gewissen deutschen Einschlag, es war gleichsam eine deutsche Insel. Als ich vor kurzem wieder durch magyarische Orte wanderte, war ich erstaunt, wie sehr die Magyarisierung in der deutschen Armee fortgeschritten ist, und als in das Eisenbahncoupé ein Kadett einstieg, der seine Ausbildung in einer ungarischen Militärschule genießt, die an der niederösterreichischen Grenze liegt, überzeugte ich mich, wie mangelhaft deutsch die jungen Männer sprechen. Man komme nicht mit dem Stundenplan, die praktischen Erfolge entscheiden. Wie wird das erst in einigen Jahren sein, wenn in Ungarn ausschließlich ungarische Offiziere in Verwendung stehen, wenn die durch Tisza erwirkten Konzessionen durchgeführt sind? Der Dualismus läßt sich nicht mehr halten; er stört den Frieden Zis- und Transleithaniens und er ist für die Krone kein Gewinn. In der Politik entscheiden nicht die Paragraphen sondern die Menschen. Was nützt

[36] B. Carneri, Österreich nach der Schlacht bei Königgrätz. Wien 1866. S. 14.

der Krone die Realunion, wenn in den Herzen der Reichsgedanke erstorben ist und darin statt der gemeinsamen Liebe, die einzig und allein einen Gesamtstaat stützen kann, ein allen gemeinsamer Haß lebt?

Der Übergang zur Personalunion läßt sich nicht mehr vermeiden. Die Furcht, daß die Konsequenz der reinlichen Scheidung die definitive Trennung sei, ist unbegründet. Wäre Österreich-Ungarn nicht eine Notwendigkeit, dann wäre es längst in Stücke zerfallen. Warum aber soll die Personalunion weniger lebensfähig als die Realunion sein? Die erstere macht beide Reichshälften zu freien Staaten, die ihres eigenen Schicksals Herren sind, die letztere unterwirft beide einem Idol: der Gesamtstaatsidee. Durch Freiheit zur Einigung! muß es heißen. Haben erst Zis- und Transleithanien einander nichts vorzuenthalten, nichts vorzuwerfen, sind sie von einander unabhängig, dann werden sie sich, wenn es die Verhältnisse erfordern sollten, fester aneinanderschließen, durch freiwillige Verträge vereinen. Für die Krone aber muß es wünschenswert sein, Zustände herbeizuführen, die es Zis- und Transleithanien möglich machen, sich gegenseitig Wohlwollen entgegenzubringen, weil jede Veranlassung zum Hasse hinwegfällt.

6. Zoll-, Gewerbe- und Sozialpolitik.

In unserem Bilde würden die wichtigsten Linien fehlen, wollten wir nicht wenigstens mit einigen markanten Beispielen den Einfluß, den die großen wirtschaftlichen Probleme auf das parteipolitische Leben des deutsch-österreichischen Liberalismus genommen haben, illustrieren. Unserem Zwecke würde wohl eine breitangelegte Wirtschafts- und Sozialgeschichte am besten dienen; aber nicht immer kann man aus vollen Schüsseln speisen und eine schmale Kostprobe gestattet auch, sich über die Art und Weise der Zubereitung ein Urteil zu bilden. Sehen wir deshalb zuerst, wie sich verschiedene für

uns in Betracht kommende Faktoren zur Zollpolitik des Habsburgerstaates gestellt haben.

Der Kaiserstaat Österreich war bis zur Revolution für die europäische Handelspolitik wenig in Betracht gekommen. Fürst Metternich hatte zwar die Entwicklung des deutschen Zollvereins nicht ohne Besorgnis verfolgt und in den Vierzigerjahren wurde ernstlich über eine Änderung der Zoll- und Handelspolitik des Habsburgerstaates und über die Aufhebung der Zwischenzollinie, die Österreich und Ungarn trennte, beraten[1], doch es kam schließlich nichts Rechtes heraus. Erst am 26. Oktober 1849 wurde der große zoll- und handelspolitische Umschwung eingeleitet. Fürst Schwarzenberg erstrebte für den Habsburgerstaat die Führerschaft in Deutschland und er bemühte sich, diese nicht nur auf dem politischen, sondern auch auf dem wirtschaftlichen Felde zu erreichen. Am genannten Tage erschien in der „Wiener Zeitung“ ein aufsehenerregendes handelspolitisches Programm, das die Zolleinigung Österreichs und Deutschlands auf die Tagesordnung stellte und entwickelte, wie sich der Kaiserstaat durch eine Reform seines Zolltarifs und durch andere Maßnahmen in vier Perioden dem deutschen Zollvereine so weit nähern werde, daß endlich der Übergang zur völligen Zolleinheit mit Feststellung eines allgemeinen österreichisch-deutschen Zolltarifs erfolgen könne[2]. Am 1. Juli 1851 wurde die Zwischenzollinie gänzlich aufgehoben, nachdem vorher die Hindernisse für die Schaffung eines einheitlichen österreichisch-ungarischen Wirtschaftsgebietes durch die Einführung der Verzehrungssteuer und des Tabakmonopols in Ungarn beseitigt worden waren. Im selben Jahre fand ein neuer Zolltarif die kaiserliche Genehmigung, der von dem Prohibitivsystem, das aus der Zeit Kaiser Josefs II. stammte, zu einem Schutzzollsysteme überleitete. Nach langwierigen Verhandlungen und Konferenzen,

---

[1] Adolf Beer, Die österreichische Handelspolitik im 19. Jahrhundert. Wien 1891. S. 19 ff.

[2] Rudolf von Delbrück, Lebenserinnerungen. Leipzig 1905. I 249 ff.

bei denen einerseits Freiherr von Bruck, andererseits Rudolf von Delbrück eine führende Rolle spielten, kam am 19. Februar 1853 ein Handels- und Zollvertrag mit Preußen zustande, dem am 4. April 1853 die übrigen Staaten des deutschen Zollvereins beitraten. Die wichtigsten Bestimmungen dieses Vertrages bezogen sich auf die Befreiung der meisten Bodenprodukte und Rohstoffe für die Industrie vom Ein- und Ausfuhrzolle und auf die besondere Erleichteuung des Zwischenverkehres der beteiligten Staaten, indem für die gewerblichen Produkte gegenüber dem allgemeinen Zolltarife Ermäßigungen von 25 bis 50 % festgesetzt wurden. Österreich hatte trotz der anfangs ablehnenden Haltung Preußens die Bestimmung durchzusetzen vermocht, daß bis zum Jahre 1860 über die Zolleinigung oder über andere Verkehrserleichterungen verhandelt werden sollte[3]. Das war freilich nur ein problematischer Erfolg. Am 5. Dezember 1853 erschien ein neuer allgemeiner Zolltarif für die gesamte Habsburgermonarchie. Er wies eine große Einfachheit auf, denn er zählte anstatt 30 Klassen, wie jener vom Jahre 1851, nur 22 und verminderte die Anzahl der Abteilungen von 105 auf 80, jene der Positionen von 340 auf 265. Der höchste Zollsatz betrug 250 Gulden für den Zollzentner gegen 600 Gulden des früheren Tarifs. Die Handelskrise vom Jahre 1857 traf die Industrie hart. Die Industriellen lehnten sich gegen die Handelspolitik der Regierung auf und machten diese für die im wirtschaftlichen Leben eingetretene Stockung verantwortlich. Der Monarch wurde mit Petitionen bestürmt; so klagten die Wiener Schal-, Baumwoll- und Schafwollfabrikanten, und die Eisenindustriellen schilderten dem Kaiser mit beweglichen Worten ihre Notlage. Gegen Ende 1858 ordnete der Monarch umfassende Erhebungen an. Es wurde eine Enquete abgehalten, die jedoch in den meisten Punkten die Grundlosigkeit der Vorwürfe dartat, mit denen die von der Regierung inaugurierte Zollpolitik

[3] Karl Freiherr von Czoernig, Österreichs Neugestaltung. Stuttgart 1858. S. 198 ff.

überhäuft wurde[4]. Auf den ersten Blick wird es vielleicht überraschen, daß die absolutistisch-reaktionäre Zollpolitik eine — natürlich nur relativ — freiheitliche Zollpolitik einzuschlagen begann, während die Vertreter der deutschfreiheitlichen Industriellenkreise dagegen Stellung nahmen. Für die Staatsmänner waren damals eben nicht wirtschaftliche, sondern politische Interessen maßgebend; die Herabsetzung der Zölle galt nicht als Selbstzweck, sondern bloß als Mittel zum Zwecke.

Das Jahr 1860 brachte den epochemachenden Handelsvertrag zwischen Frankreich und Großbritannien. Ein bedeutender Schritt auf dem Wege zum Freihandel war gemacht und der Zollverein blieb nicht lange zurück. Preußen knüpfte mit Frankreich Unterhandlungen an, die ihre Spitzen gegen Österreich richteten und auf dessen Einspruch stießen. Die Habsburgermonarchie suchte bei verschiedenen deutschen Höfen gegen das Zustandekommen des deutsch-französischen Handelsvertrages zu schüren, aber zu guter Letzt blieb Delbrück doch Sieger. Für Österreich war es mittlerweile Zeit geworden, an die Erneuerung seines Handelsvertrages mit dem Zollvereine zu schreiten und die Verhandlungen mit Preußen aufzunehmen. Am 11. April 1865 kam das neue Übereinkommen zustande. Es blieb nur 14 Monate in Kraft, denn der preußisch-österreichische Krieg riß es entwei. Der Vertrag eliminierte das Differentialzollsystem und verpflichtete beide Gebiete zur Beibehaltung eines mäßigen Schutzzolles. Im Artikel 25 behielten sich beide Teile, also sowohl Österreich wie die Staaten des Deutschen Zollvereins, vor, „über weitergehende Verkehrserleichterungen und über möglichste Annäherung der beiderseitigen Zolltarife und demnächst über die Frage der allgemeinen deutschen Zolleinigung in Verhandlungen zu treten." Durch diese Bestimmung war das Dekorum Österreichs äußerlich gerettet, denn sie ließ zur Not den Schein der Hoffnung, daß des Habsburgerstaates Ideal einer Zolleinigung mit Deutschland, das heißt einer Zu-

[4] Adolf Beer a. a. O. S. 190—205.

rückdrängung der wirtschaftlichen Vormachtstellung Preußens vielleicht noch einmal seine Verwirklichung finden könnte.

Die zollpolitischen Verhandlungen des österreichischen Abgeordnetenhauses, die am 18. Mai 1865 begannen, sind nach zwei Seiten hin von besonderem Interesse. Einmal lehren sie, daß eine Partei, die kein festes wirtschaftliches Programm hat, in entscheidenden Fällen jeden Halt verlieren und wie verwittertes Gestein zerbröckeln müsse. Dann zeigen sie, wie wenig opferbereit die herrschende Mehrheitspartei war. In den meisten liberalen Abgeordneten lebten großdeutsche Ideen, aber die wenigsten gingen mit der Regierung. Der Abgeordnete Dr. Brestel eröffnete als Berichterstatter die Diskussion, worauf ihm sofort Skene, der Führer der Schutzzöllner, als Referent der Ausschußminorität, entgegentrat. Der Steirer Dr. von Waser, der zu den engsten Anhängern des Ministeriums Schmerling zählte, erkannte, daß das notwendige Heilmittel auf dem von der Regierung gewählten Wege nicht gefunden werden könne, und plaidierte dafür, daß die Vertragspolitik zu verlassen und eine selbständige Handelspolitik zu verfolgen sei. „Es mag sein“, rief er aus, „daß diejenigen, welche mit freidenkerischen Gedanken im Kopfe schwanger gehen, in weiter Ferne ein glückliches Resultat finden können, allein meine Herren, einem Systeme, das in der nächsten Zukunft ein verderbliches ist, das über die Ruinen der gegenwärtigen Generation hinausgeht, dem kann ich nicht beistimmen.“ Der nächste Redner, der liberale Schindler, höhnte die Regierung:

„Der Ausbau der Verfassung traf uns zu unreif, der Notverordnungsparagraph mußte sie vorderhand illusorisch machen; die Freiheit der Presse mußte durch das objektive Strafverfahren zu einer leeren Phrase degradiert werden; ein allgemeines Eisenbahnnetz, ein Gesetz über Verantwortlichkeit der Minister gegenüber dem Reichsrate, die Befreiung von den schädlichen Wuchergesetzen, die Bankfreiheit, die Vereinsfreiheit, an alle diese Freiheiten dürfen die unreifen Menschen in ihrem unreifen Zustande noch gar nicht denken, aber zum Freihandel, da sind sie reif genug[5].“

---

[5] Sten. Prot. d. Abgeordnetenhauses, III. Sess, 18. Mai 1865, S. 1830 u. 1840.

Der Steirer Kaiserfeld fühlte sich diesmal mit Herrn von Schmerling und mit dem Vertragsunterhändler, Freiherrn von Hock, nahezu eines Sinnes, denn seine Devise lautete: Freiheit, politische, bürgerliche, wirtschaftliche! Er glaubte nur, daß die Regierung nicht Mut genug besessen habe, sonst hätte sie sich durch den französisch-deutschen Handelsvertrag nicht verblüffen lassen und die Zolleinigung unter Anschluß an den deutsch-französischen Vertrag verlangt. Dr. Herbst warf der Regierung vor, daß sie die Bevölkerung „kontumaziert“ habe, denn sie hörte sie nicht bei dem Abschlusse des „wirklich nicht viel werten Vertrages“. Dr. Dehmel wieder empfahl dessen Annahme als wirkliches „Auskunftsmittel vom rein rationellen Standpunkte aus“ [6]. Dr. Giskra endlich sprach im Tone des Anklägers:

> „Eine Regierung, die in den letzten drei Jahren die wunderbarsten Wandlungen gerade auf dem wirtschaftlichen Gebiete durchgemacht hat, die heute für einen allgemeinen Zollverband mit Deutschland geschwärmt, vielleicht aus höheren politischen Gründen, denen ich gerne beigepflichtet habe, wo es sich um einen großen politischen Akt handelte, das andere Mal für eine süddeutsche Zolleinigung; eine Regierung, die heute in der Münchener Konferenz, morgen in der Prager, übermorgen in der Berliner Konferenz verschiedene Standpunkte vertreten hat, — eine solche Autorität ist nicht geeignet, Vertrauen einzuflößen . . .“

In den sechziger Jahren machte der Handelsvertrag mit England ungeheures Aufsehen. Großbritannien hatte schon 1860 in Wien sondiert und zwei Jahre später wieder vergebens angeklopft. Im Jahre 1865, als die Aussichtslosigkeit eines wirtschaftlichen Zusammenschlusses mit Deutschland einzuleuchten begann, erneuerte es seine Annäherungsversuche, die diesmal sehr willkommen waren, da sich Österreich die finanzielle Unterstützung von seiten Englands sichern wollte. Mitte Dezember 1865 vereinbarten die beiden Staaten einen Handelsvertrag, der die Meistbegünstigungsklausel enthielt und außerdem verpflichtete sich Österreich, das Maximum der Einfuhrzölle von 1867 an mit 25 %, von 1870 an mit 20 %

---

[6] Sten. Prot. d. Abgeordnetenhauses, III. Sess., 19. Mai 1865, S. 1844, 1860 u. 1875.

zu bestimmen. Die Erregung der industriellen Kreise zwang die Regierung, im Juli 1868 ein Nachtragsübereinkommen abzuschließen, in dem England von der Meistbegünstigung des 1865er Abkommens abstand. Nur bei den Schafwoll- und Baumwollwaren wurde Großbritannien das Zugeständnis gemacht, daß es statt der Gewichtszölle auch Wertzölle fordern könne und zwar bei den Schafwollwaren im Ausmaße von 15 %, bei den Baumwollwaren von 25 % beziehungsweise von 1870 an von 20 %[7]. Das Abgeordnetenhaus lehnte diese Vorlage ab, wobei die Handelspolitik der Regierung eine scharfe Zurückweisung erfuhr und ermächtigte dagegen das Ministerium, die im Vertrage mit Deutschland festgesetzten Zölle für England bei den Schafwollwaren um 10 % herabzusetzen. So kam endlich eine Einigung zustande. Die Zollverhandlungen mit England haben zu einer verstärkten schutzzöllnerischen Agitation den Anstoß gegeben und die Folgen davon waren bereits auf dem ersten Kongresse österreichischer Volkswirte zu spüren. Dieser prägte das handelspolitische Schlagwort, das in den nächsten Jahren immer kräftigere Resonanz finden und endlich den Sieg davontragen sollte. Die von Peez und Menger geführte Majorität setzte es durch, daß sich der Kongreß für die Kündigung und Nichterneuerung der bestehenden Zoll- und Handelsverträge aussprach und die Aufstellung eines autonomen Zolltarifs forderte. Die Schutzzöllner wurden um so kühner. Sie richteten ihren Ansturm nicht mehr gegen die Nachtragskonvention mit England, sondern gegen das ganze Gebäude der Zoll- und Handelsverträge.

Im Oktober 1875 traten die verschiedenen Klubs des Parlaments znsammen, um über die Zollfrage zu beraten. Indessen zeigte es sich bald, daß man nicht erwarten durfte, die Verfassungspartei unter einen schutzzöllnerischen Hut zu bringen. Die Obmänner der drei verfassungstreuen Fraktionen einigten sich allerdings auf eine Interpellation wegen der Erneuerung der Handelsverträge, die auch von den Ruthenen

[7] Ludwig Lang, Hundert Jahre Zollpolitik. Wien 1906. S. 198—216.

unterfertigt wurde, allein frühzeitig deklarierten sich fünfzig Mitglieder aus allen Gruppen der Verfassungspartei als „Freunde einer gemäßigten und vertragsfreundlichen Zollpolitik“ [8]. In diesen Tagen gewannen die Schutzzöllner einen Kräftezuwachs aus dem Lager der Agrarier, die sich einstweilen „Steuer- und Wirtschaftsreformer“ nannten. Am 10. November 1877 wurde der Entwurf eines neuen autonomen Zolltarifs den Parlamenten in Wien und Budapest vorgelegt. Auf die Abfassung desselben hatten die handelsfreiheitlichen Interessen Ungarns mäßigend eingewirkt; die freie Einfuhr von Getreide blieb aufrecht. Von dem Tarife wird in einer Publikation der österreichischen Regierung in der letzten Zeit gesagt, daß er „ein Übergangstarif mit einem Januskopfe für die Entwicklung in schützendere oder freiere Bahnen war [9]. Immerhin kam mit ihm ein handelspolitischer Geschichtsabschnitt, der von 1851 bis 1877 gedauert hat, zum Abschlusse; die Vertragspolitik des Staates wurde aufgegeben und die autonome Politik begann ihre Wirksamkeit für länger als ein Jahrzehnt. Österreich-Ungarn ging Deutschland, mit dem vergebens über einen neuen Vertrag verhandelt worden war, in der Schaffung eines autonomen Zolltarifs voraus, aber der österreichische Handelsminister Baron Chlumecky konnte mit Recht sagen, daß nicht immer derjenige Angreifer sei, der zuerst mobilisiere [10].

Die parlamentarischen Verhandlungeg über den Zolltarif fanden im Februar 1878 statt. Die Vorlage wurde unter zwei Gesichtspunkten betrachtet. Man befaßte sich mit den Finanzzöllen auf Kaffee, Petroleum etc. und mit den industriellen Schutzzöllen, die durchzusetzen den beteiligten Kreisen gelungen war. Die Finanzzölle hatten in Österreich eine Ministerkrise hervorgerufen. Von den ver-

---

[8] Walther Rogge, Österreich seit der Katastrophe Hohenwart-Beust. Leipzig 1879. S. 85 ff.

[9] Statistische Materialien für den österreichisch-ungarischen Außenhandel nebst Vergleich der Zollsätze von 1878—1901, II Bd., I. Teil, S. XVI. Wien 1903.

[10] Ludwig Lang a. a. O. S. 231.

fassungstreuen Klubs waren mit Ausnahme des Großgrundbesitzes bindende Beschlüsse gefaßt worden, bei Petroleum unter keinen Umständen über den Satz von 3 Gulden, bei Kaffee nicht über den Zoll von 20 Gulden hinauszugehen; da Ungarns Regierung bei der Forderung nach einem Petroleumzoll von 8 Gulden und Kaffeezoll von 24 Gulden verharrte, gab es für den Fürsten Auersperg keinen anderen Ausweg als die Demission. Allein die Verfassungspartei zeigte sich nicht bereit, aus ihrer Mitte ein neues Ministerium zu bilden, weshalb der Kaiser die Regierung im Amte bestätigte. Das Wiener Abgeordnetenhaus behielt aber schließlich doch recht, denn es nahm nur die Sätze von 3 und 20 Gulden an, die die Bevölkerung allerdings schon empfindlich belasteten. Der Petroleumzoll wurde von den Polen, den liberalen Großgrundbesitzern und dem Klub der Linken gegen die Fortschrittspartei, die Rechtspartei und die Demokraten votiert; der Kaffeezoll wurde von einem noch geringeren Teile der Verfassungspartei angenommen. Die Beratungen des Abgeordnetenhauses trieben den ganzen Jammer der parlamentarischen Verhältnisse an die Oberfläche. Jeder Abgeordnete stellte sich ohne Rücksicht auf die Partei zu den prinzipiellen Zollfragen, wie es ihm gerade zweckmäßig erschien. Dr. Granitsch sagte: „Nicht die hohen Zollsätze sind es, sondern der Bruch mit dem bisherigen Systeme der Handelsverträge ist es, welcher das entscheidende Merkmal der fehlerhaften Politik ausmacht und da muß ich doch fragen, aus welchen zwingenden, überwiegenden, durchschlagenden Gründen ist die Regierung denn dazu gekommen, dieses System zu zerstören und hinauszusteuern in das Gebiet der autonomen Zollpolitik, wo es keine Grenzen gibt?" Er kann kein berechtigtes Motiv finden und sieht nur, daß die Regierung die wirtschaftliche Zukunft des Reiches großen und schweren Gefahren preisgegeben habe [11]. Der Abgeordnete Neuwirth konstatierte hinwider, daß das alte Handelsvertrags-

---

[11] Sten. Prot. d. Abgeordnetenhauses, VIII. Sess., 12. Febr. 1878, S. 10937 u. 10944.

system nicht fortgeführt werden könne und schließt seine Rede mit den Worten: „Öffnen Sie auch weiter den inländischen Markt ohne Gegenleistung, ohne Kompensation den weitaus fortgeschrittenen Industriestaaten des europäischen Westens, sagen Sie mit St. Juste im Sinne unserer Vertragsfreunde: Mag das Land untergehen, wenn nur unsere Prinzipien bleiben, dann wird Ihnen vielleicht die etwas schwach gewordene Manchesterpartei dafür danken, das Land aber nimmermehr“ [12]. Der Abgeordnete Auspitz schloß seine Darlegungen mit einem stark unterstrichenen Warum? „Warum will man unsere Zollpolitik ändern, warum hat man den Vertrag gekündigt?“ und beklagte sich über die Schule der zelotischen Fanatiker des Schutzzolles und über ihren Terrorismus. Der Abgeordnete Skene aber fühlte sich recht wohl und meinte, seine eigene Vergangenheit vergessend: daß man damit, daß man alles ablehne, keinen Ersatz für das Abgelehnte gebe [13].

Auf der einmal betretenen Bahn der autonomen Zolltarifpolitik ging es rapid weiter, aber die liberale Partei hatte unterdessen ihre Majoritätsstellung verloren. Bei den Verhandlungen über den allgemeinen Zolltarif vom 25. Mai 1882, der einen ausgesprochen schutzzöllnerischen Charakter zeigte und Getreidezölle einführte, ferner bei den Beratungen der Zolltarifnovelle des Jahres 1887 hatten die Gruppen des „eisernen Ringes“ das ausschlaggebende Wort gesprochen und sie trugen die Verantwortung. Anfangs der Neunzigerjahre änderte sich der Kurs, die Caprivische Vertragspolitik machte sich geltend. In den Januartagen des Jahres 1892 verhandelte das österreichische Abgeordnetenhaus über die Handelsverträge mit dem Deutschen Reiche, mit Italien, Belgien und der Schweiz. Als Berichterstatter fungierte der Deutschliberale Dr. Hallwich [14]. Er sagte, daß die handels-

[12] Sten. Prot. d. Abgeordnetenhauses, VIII. Sess., 13. Febr. 1878, S. 10 961.

[13] Sten. Prot. d. Abgeordnetenhauses, VIII. Sess., 16. Febr. 1878, S. 11 053.

[14] Sten. Prot. d. Abgeordnetenhauses, XI. Sess., 12. Jan. 1892, S. 4287.

politischen Abmachungen den ausgesprochenen Zweck hätten, nach einer langen, überlangen Periode wirtschaftlicher Kämpfe den ökonomischen Frieden anzubahnen und nannte die Aktion, zu der er das Parlament aufrief, eine „Friedensaktion in des Wortes ganzer Bedeutung". Die schutzzöllnerische Begeisterung war seit dem Jahre 1887 geschwunden, die Industrie bekehrte sich zum Systeme der Vertragszölle[15]. Es wäre jedoch verfehlt, wollte man annehmen, daß die freiheitlichen Parteien des deutschen Bürgertums zu einer einheitlichen Auffassung über Zollpolitik gelangten. Die gegenwärtige handelspolitische Ära, die durch den Bülow'schen neuen deutschen Zolltarif eingeleitet wurde, hat den österreichischen Liberalismus vor wichtige zollpolitische Fragen gestellt und die Unschlüssigkeit und Ratlosigkeit der früheren Jahrzehnte in ihrer ganzen Kläglichkeit aufgezeigt. Nur in einem Staate, in dem die Parteiorganisation nichts und der Abgeordnete alles ist, erscheint es möglich, daß die verschiedensten Meinungen unter einem Parteidache zuhause sind, daß jeder Abgeordnete Wünsche und Forderungen hat, die den besonderen Eigentümlichkeiten seiner Wähler entsprechen und die großen Gesichtspunkte völlig außer acht lassen. Inwieweit die Volkswirtschaft Österreichs unter einer ökonomischen Politik zu leiden hatte, deren innerste Triebkräfte ein schädlicher, mit den „geehrten Herren Wählern" getriebener Götzendienst bildete, kann hier nicht des näheren untersucht werden, so anregend das Thema auch wäre. Wir schreiben keine Kritik der österreichischen Volkswirtschaft, sondern begnügen uns mit einer Kritik des Liberalismus. Für uns war es nur geboten, den verhängnisvollen Irrtum darzulegen, der in der landläufigen österreichischen Anschauung, daß innerhalb der einzelnen politischen Parteien verschiedene wirtschaftliche Ansichten Platz hätten, zum Ausdruck kommt. Die ganze Politik unserer Zeit kreist um ökonomische Probleme, und eine freiheitliche Weltanschauung läßt sich mit engen wirtschaftlichen Gesichtspunkten nicht vereinigen. Der öster-

[15] Adolf Beer a. a. O. S. 508.

reichische Altliberalismus hat dies in den verflossenen Jahrzehnten dennoch teilweise versucht, und die Konflikte, die hieraus entsprangen, haben seinen Verfall mitbewirkt.

* * *

Die Fehler des Liberalismus kehren immer wieder; von welcher Seite man ihm naht, man sieht dieselben Schwächen. Das gilt natürlich auch für die von ihm befolgte Gewerbepolitik. Sehen wir uns zuerst ihre Entwicklung an. Das kaiserliche Patent vom 20. Dezember 1859 setzte alle bis dahin bestehenden Vorschriften über die „Erwerbung von Gewerbs-, Fabriks- und Handelsberechtigungen sowie alle mit diesem unvereinbarlichen älteren Normen“ außer Kraft. Es brachte nahezu die vollständige Gewerbefreiheit und regelte im übrigen die Durchführung einer gewerblichen Zwangsorganisation. Sein Verfasser, der liberalen Ideen zugängliche Handelsminister Toggenburg, erlebte das Gesetzwerden seines zartgehüteten Gedankenwerks nicht mehr im Amte. In den Tagen der schwärzesten Reaktion entstanden, hatte der Entwurf der Gewerbeordnung zunächst ein Nomadendasein geführt; er war von einem Amte ins andere gewandert. Als aber der theokratische Absolutismus abgewirtschaftet hatte, als ihm bei Magenta und Solferino von den Kanonen der Totenmarsch aufgespielt worden war, entschloß man sich, mit dem freiheitlichen Gesetze die Umkehr zur langsamen Einkehr zu beginnen. „So ward die freisinnige Gewerbeordnung,“ schreibt Heinrich Waentig in seinem glänzenden Buche, „das Angeld, das der absolute Staat der im dunkeln Drange nach politischer Herrschaft strebenden Bourgeoisie zu bieten hatte.“ [16] Vielfache Klagen, die im Laufe der Jahre

[16] Heinrich Waentig, Gewerbliche Mittelstandspolitik. Leipzig 1898. S. 62 ff. — In einem Entwurfe der Gewerbeordnung des Jahres 1859, der aus dem Jahre 1856 stammt, war nicht nur die Aufhebung aller bestehenden Zünfte und Gremien vorgesehen, sondern es wurde dem freien Belieben der Gewerbetreibenden überlassen, auf Grundlage des damaligen Vereinsgesetzes Genossenschaften zu gründen. Es ist interessant, daß das von den Zwangsgenossenschaften handelnde siebente Hauptstück des

auftauchten und sich besonders heftig gegen die allerdings mehr fiktive Institution der Zwangsgenossenschaften richteten, veranlaßten die liberale Regierung, für legislatorische Reformen Sorge zu tragen. Der Reformentwurf des Jahres 1874 erschien; er war, um mit Heinrich Waentig zu reden, ein Versuch, die Majorität des Parlaments durch weitgehende Zugeständnisse im Sinne des wirtschaftlichen Liberalismus für einen zeitgemäßen Ausbau der Arbeiterschutzgesetze zu gewinnen. Der Entwurf kennt nur noch „freie Gewerbe", das staatliche Konzessionssystem wird fallen gelassen. Die Zwangsgenossenschaft erhält den Todesstoß, denn die Vereinigungen der Gewerbetreibenden zur Förderung ihrer beruflichen und wirtschaftlichen Ziele werden dem Vereinsgesetze unterstellt. Der Gesetzentwurf enthält weiter eine Reihe sozialpolitischer Maßnahmen; er erleichtert der Arbeiterschaft die Organisation. er verbietet die gewerbliche Beschäftigung von Kindern unter 12 Jahren. Für Kinder im Alter von 12—14 Jahren setzt er eine tägliche Arbeitszeit von höchstens sechs Stunden fest, während die jugendlichen Hilfsarbeiter männlichen Geschlechts von 14—16 Jahren und sämtliche weibliche Hilfsarbeiter höchstens 10 Stunden beschäftigt werden dürfen. Der Reformentwurf des Jahres 1874 gelangte niemals zur parlamentarischen Beratung. Als der Handelsminister Banhans im Mai 1875 gehen mußte, war das Schicksal der freiheitlichen Gewerbereform besiegelt. Freiherr von Chlumecky, der das Handelsportefeuille übernahm, zeigte keine Neigung zur Sozialpolitik, und die Mehrheit des Parlaments, die so viel von Liberalismus sprach, war herzlich froh, einer liberalen Tat aus dem Wege gehen zu können. Das ist eben die Tragik des österreichischen Liberalismus! Solange er die Macht besaß, eine schöpferische Wirksamkeit zu entfalten, begnügte er sich mit der Verfechtung grauer Theorien und hatte keine

---

Gesetzes vom Jahre 1859 erst auf dringendes Einschreiten des Wiener Magistrats aufgenommen wurde. — Man erkennt: die Magistrate vergehen, aber sie gleichen einander. — S. Heinrich Reschauer, Die Reform der österreichischen Gewerbegesetzgebung. Reichenberg 1882. S. 18.

Lust, von des Lebens goldnem Baum zu pflücken, selbst dann nicht, wenn ihn seine Parteiregierung förmlich dahin trieb. Erst als er vom Throne gestürzt war, als sein Wille nicht mehr Gesetze, sondern nur Resolutionen schuf, raffte er sich zur Initiative auf. Kein Wunder, daß alle Welt nur mehr von Heuchelei sprach und für eine verächtliche Politik nur Verachtung bezeigte.

Im November 1879 brachte das Ministerium Taaffe im Abgeordnetenhause eine Vorlage zur Reform der Gewerbeordnung ein, die jedoch ein Jahr später zurückgezogen und durch ein neues Elaborat ersetzt wurde. Ein seltsames Geschick war dieser Regierungsvorlage bestimmt. Der Gewerbeausschuß befaßte sich zwei Jahre mit der Durchberatung der Materie, und als im November 1881 der konservativ-christlich-soziale Graf Egbert Belcredi als Referent bestellt und der klerikale Tiroler Zallinger zum Obmanne des Gewerbeausschusses gewählt worden war, wußte man genau, wohin die Fahrt ging. Die Regierungsvorlage wurde von Grund aus umgeändert, und das Ministerium, das sich anfangs vollständig passiv verhalten hatte, sagte schließlich Ja und Amen. Es hieß den reaktionären Wechselbalg willkommen. Die Gewerbefreiheit fand für Österreich ihr Ende, der Befähigungsnachweis und der verstärkte Zunftzwang gaben der Reform, die vom Ausschusse ausgebrütet und vom Parlamente angenommen ward, die Signatur. Wie traurig war in dieser Periode die Haltung der Liberalen! Die „Vereinigte Linke" des Abgeordnetenhauses erklärte in einem Schreiben an den Gewerbeverein in Brünn, „die prinzipielle Berechtigung des Befähigungsnachweises nicht zu verkennen" [17], und ihre Mitglieder machten vor den reaktionär-zünftlerischen Prinzipien förmlich eine Kniebeuge. Sie verließen den sicheren Boden der Gesinnungspolitik und klammerten sich an das schwankende Rohr der Wählerlaunen. „Die Opportunitätspolitik der liberalen Partei", schreibt der liberale Verfasser der aus-

[17] Sigmund Mayer, Die Aufhebung der Gewerbefreiheit. Streit- und Fehdeschrift. Wien 1887. S. 38.

gezeichneten österreichischen Parlamentsgeschichte, „ließ sie auch in dieser Frage jeden Halt verlieren und führte zu Zwistigkeiten und Spaltungen. Bei seinem Austritte aus dem Klub der Linken gab Baron Walterskirchen die Haltung des Klubs in der Gewerbefrage als einen der Gründe seines Rücktrittes an.“[18] Wir müssen hier darauf verzichten, die reiche Fundgrube des stenographischen Protokolls erschöpfend auszubeuten, und wollen uns damit begnügen, zwei Klubgenossen gegeneinander sprechen zu lassen. Der Abgeordnete Wilhelm Exner meinte in seiner Rede vom 12. Dezember 1882:

> „Man hat uns gesagt: Ihr müßt für dieses Gesetz stimmmen. Ich muß aber nicht stimmen, ich werde dagegen stimmen, wenn auch der angedeutete Sturm mich aus diesem Hause wegschwemmen sollte, wenn mein Mandat, welches ich für die höchste Bürgerauszeichnung halte, verloren gehen sollte. Meine Zeit wird kommen, und in zehn Jahren werden Sie sehen, ob das Gesetz die Früchte getragen hat, die man erwartet.“

Der Abgeordnete Neuwirth aber entpuppte sich als Verteidiger des Befähigungsnachweises und führte zwei Tage später aus:

> „Trotz alledem werde ich für diesen sogenannten Befähigungsnachweis, den ich Ausbildungsnachweis nenne, stimmen, allerdings aus ganz anderen Gesichtspunkten als diejenigen sind, die uns bisher vorgeführt worden sind. Ich sehe in diesem sogenannten Befähigungsnachweis keine Panacee für den Gewerbestand, ich erwarte davon keine unmittelbare, ausgiebige Hilfe materieller Natur für das Gewerbe. Ich sehe im Ausbildungsnachweise lediglich eine gewerblich-pädagogische Maßregel.“[19]

Da konnte der klerikale Prinz Alois Liechtenstein leicht boshaft werden, indem er ausrief:

> „Manche Herren von der Gegenseite des Hohen Hauses, welche eifrige Verfechter der Gewerbefreiheit gewesen sind und nun für dieses Gesetz stimmen werden, wird der naheliegende, wenn auch in einzelnen Fällen ganz unbillige Vorwurf treffen, sie handelten so aus Furcht vor ihren jetzigen und noch mehr vor ihren zukünftigen Wählern, den Fünf-Gulden-Männern. Beeilen wir Konservative uns nun, den Arbeitern gerecht zu werden, damit uns nicht nachgesagt werde, wir kümmerten uns nur um solche Volksklassen, die das Wahlrecht besitzen. Wenn die Liberalen tatsächlich dasjenige gewähren, wozu sie

---

[18] Gustav Kolmer a. a. O. III 360.

[19] Sten. Prot. d. Abgeordnetenhauses, IX. Sess., 14. Dez. 1882, S. 8 694/5.

genötigt sind, und was auch ohne sie — verlassen Sie sich darauf — bewilligt wird, so erweisen wir Konservative uns den Arbeitern nützlich, noch bevor wir sie an der Wahlurne brauchen." [20]

So wurde denn die Reform der Gewerbeordnung mit einer großen Majorität angenommen. Für den Befähigungsnachweis stimmten 220 gegen 75 Abgeordnete, obwohl die „Linke" damals allein nahezu 150 Mitglieder zählte.

Damit war der erste Teil der Gewerbereform erledigt; der zweite sozialpolitische Teil folgte zwei Jahre später. Im Jahre 1883 wurde unter Zallingers Vorsitz eine parlamentarische Enquete über die Arbeiterschutzgesetzgebung abgehalten, und Freiherr von Vogelsang leitete Privaterhebungen über die Arbeits- und Lohnverhältnisse der industriellen Arbeiterschaft in Österreich ein. Die Ergebnisse dieser Untersuchungen standen im grellen Gegensatze zu den Darstellungen der manchester-liberalen Schriftsteller und Presse [21]. Sie spornten zur Inauguration einer staatlichen Arbeiterfürsorge an. Freiherr von Vogelsang, dieser rastlose Sozialreformer, war in dieser Epoche Österreichs sozialpolitisches Gewissen, das die Öffentlichkeit nicht zur Ruhe kommen ließ und seine mahnende Stimme unverdrossen erhob. Was immer gegen seine Persönlichkeit eingewendet werden mag: dieses Verdienst müssen seine entschiedensten Gegner anerkennen. Ein bestimmtes sozialpolitisches System hat er nicht hinterlassen; seine Gedanken sind in unzähligen Aufsätzen im Wiener „Vaterland", im Preßburger „Recht", in der „Monatsschrift für christliche Sozialreform" und in vielen anderen Organen niedergelegt, und nach Vogelsangs Tod wurde der Versuch gemacht, die Lehren aus verschiedenen Artikelfragmenten [22] zusammenzustellen. Man muß sich eingehender mit der großen Individualität des christlichen Sozialreformers befassen, wenn man den Niedergang des Liberalismus erkennen will. Die wissenschaftliche Schulung der Arbeiter-

---

[20] Sten. Prot. d. Abgeordnetenhauses, IX. Sess., 9. Dez. 1882, S. 8558.

[21] Heinrich Waentig a. a. O. S. 127 ff.

[22] Dr. Wiard Klopp, Die sozialen Lehren des Freiherrn Karl von Vogelsang. St. Pölten 1894. 643 Seiten.

schaft war anfangs der Achtzigerjahre gering. Die ersten Apostel Lassalles hatten eine kurzsichtige Staatskunst über die Grenzen hinausgetrieben, und der Marxismus war noch eine Art Geheimwissenschaft. Da tauchte ein Mann auf, der eine alte Weltanschauung in blendend neuer Schale präsentierte, der in einer Sprache, die stellenweise zum Gesang wird, alte Lehren mit den neuesten wissenschaftlichen Argumenten verteidigte. Wie arm war dagegen der Liberalismus. Seine Ideale hatten sich längst verflüchtigt, das jugendliche Feuer war verglommen. Satt geworden, vergaßen die Männer das Evangelium, das sie einst als Jünglinge gepredigt, oder richtiger, sie taten nicht danach. Ab und zu gaben sie wohl einige Sprüchlein daraus zum besten, aber jeder Zuhörer dachte sich sofort: Sei vorsichtig! Pharisäer sprechen zu dir. Verdorrte Äste ragten in den jungen Frühling sozialkonservativer Weltanschauung hinein, und als die raschsaturierten Führer des christlichen Sozialkonservatismus vorzeitig müde wurden, da war es wieder das junge sprühende Gedankenleben des marxistischen Sozialismus, das die geistige Verarmung des Liberalismus in seiner ganzen Weite erkennen ließ.

Gegen Ende der Sechzigerjahre, als sich die industrielle Arbeiterschaft in Wien zu rühren begann, hatten die Liberalen, ihnen voran Dr. Max Menger, den Versuch gemacht, das Wasser der proletarischen Bewegung auf ihre Mühle zu leiten[23]. Dieses Beginnen blieb erfolglos, und die Arbeiter befolgten eine selbständige Politik. Unter den Liberalen gab es immerhin einige wenige, die für das Proletariat ein fühlend Herz hatten. Der Abgeordnete Dr. Roser brachte am 18. Dezember 1868 einen Antrag ein, der — wohl in Erinnerung an den 1848 in Wien statuierten zehnstündigen Arbeitstag — verlangte, daß in den Fabriken die Arbeit auf zehn Stunden beschränkt werde, und daß Kindern unter 14 Jahren der Eintritt in Fabriken überhaupt nicht zu ge-

[23] Heinrich Oberwinder, Die Arbeiterbewegung in Österreich, 2. Aufl. Wien 1875. S. 10.

statten sei. Natürlich verhallte diese Anregung spurlos. Die liberale Ära ist an sozialpolitischen Maßnahmen ungemein arm. Von größerer Bedeutung sind vielleicht nur, wenn man sie hier anführen kann, die Gesetze über das Vereins- und Versammlungsrecht — die Spiegelbilder „einer Zeit, in der man es für notwendig hielt, den Despotismus der herrschenden Klassen mit freiheitlichen Redensarten zu drapieren und die Reaktion mit der Schminke des Volksbeglückertums zu überziehen“ —[24] und das Gesetz über die Aufhebung des Koalitionsverbotes vom 7. April 1870. Erwähnung verdient höchstens noch das Gesetz vom 19. April 1873, das die vorherige Lohnbeschlagnahme verbietet und bestimmt, daß das Entgelt aus Arbeits- und Dienstverhältnissen erst nach Ablauf des Zahlungstermines mit Beschlag belegt werden könne[25]. So verrauschten die Jahre des Glücks, der Herrschaft. Im Dezember 1882 regte sich erst wieder das sozialpolitische Empfinden der Liberalen. Freiherr von Chlumecky überreichte im Parlamente ein von 110 Gesinnungsfreunden unterfertigtes Programm, das wir hier anführen wollen. Es wurden verlangt:

„Reformen zur Fürsorge für gewerbliche Unternehmer und Hilfsarbeiter; die Förderung der Assoziation der Kleingewerbetreibenden; die gesetzliche Regelung und Einschränkung der täglichen Arbeitszeit für Kinder, jugendliche Personen und Frauen; die Regelung der Gesundheitspflege in Fabriken und Werkstätten; die Bestellung von Fabriks- und Gewerbeinspektoren; die obligatorische Arbeiterkrankenversicherung; die Unfallversicherung auf genossenschaftlicher Grundlage; durchgreifende Reformen der öffentlichen Armenpflege und der Heimatsgesetzgebung; endlich die Einberufung einer parlamentarischen Enquête zur Prüfung der Agrarverhältnisse und zur Beschaffung des nötigen Materials, um den bäuerlichen Großgrundbesitz sanieren zu können.“[26]

Allein wie wenig vertrauenerweckend sah die praktische Sozialpolitik der Liberalen aus, die zu bestätigen das Jahr

---

[24] Dr. J. Ingwer, Anleitung zum Gebrauche des Vereins- und Versammlungsrechtes. Wien 1896. Vorwort.

[25] Dr. Hugo Herz, Der gegenwärtige Stand und die Wirksamkeit der Arbeiterschutzgesetzgebung in Österreich. Wien 1898. S. 11.

[26] Dr. Gustav Kolmer a. a. O. III. 371.

1884 Gelegenheit bot. Auf der Tagesordnung stand die Reform des sechsten Abschnittes der Gewerbeordnung, die vorzüglich die Einführung des Normalarbeitstages, die Verminderung und Fixierung der Arbeitszeit für Frauen und Kinder sowie die Einführung der Sonntagsheiligung zum Zweck hatte. Wir müssen bei den parlamentarischen Verhandlungen dieser Vorlage etwas länger verweilen, weil sie die Unaufrichtigkeit, fast möchte man sagen, die Spiegelfechterei der Liberalen drastisch veranschaulichen. Der Abgeordnete Professor Sax hielt einen langen theoretischen Kursus über den Gedankeninhalt des Liberalismus.

„Dieser erstrebt" — legte er dar — „die höchste Gesamtentwicklung durch die Entwicklung aller einzelnen. Es hat sich aber gezeigt, daß hie und da ein relatives Zurückbleiben der minder ausgestatteten Individuen in diesem Konkurrenzkampfe zum Vorschein kam ... so zwar, daß an die moderne Gesellschaft die Aufgabe herantritt, die andere Grundkraft des sozialen Wesens, nämlich den Kollektivismus, heranzuziehen, um teils Beschränkungen der persönlichen Freiheit der ökonomisch Überlegenen, teils eine positive Förderung der Zurückgebliebenen ins Werk zu setzen."

Doch sonderbar, beim Normalarbeitstage machte das soziale Empfinden dieses Mannes Halt. Er tadelte die Nachahmung der Schweizer Bestimmungen, versicherte aber wieder am Schlusse seiner Ausführungen, daß soziale Rechte soziale Pflichten bedingen, und daß es eine heilige Pflicht der besitzenden Klasse sei, werktätig an der sittlichen und ökonomischen Hebung der Arbeiterklasse mitzuwirken. Gegen die christlichkonservativen Sozialreformer gewendet rief er aus: „Je größer die Bereitwilligkeit dazu da ist, desto mehr wird man berechtigt sein, Diatriben zu stigmatisieren, zu welchen ein flacher Dilettantismus die so schwierigen sozialreformatorischen Probleme benützen will." [27] Der Vertreter der Wiener Handelskammer, der Abgeordnete Max Mauthner, verwahrte sich natürlich auch gegen den Anwurf, daß er sich gegen jede Sozialreform wehre, aber er kam schließlich doch zu den Konklusionen:

---

[27] Sten. Prot. d. Abgeordnetenhauses, IX. Sess., 15. Mai 1884, S. 12844 ff.

„Ein einzelner Staat kann diese sozialpolitischen Reformen nicht durchführen, ein einzelner Staat wie Österreich, der gegenüber dem angrenzenden Riesen kein großer Mann ist, ein solcher Mann kann nicht vorangehen . . . Ich sage Ihnen: Österreich allein wird eine gedeihliche soziale Reform nie durchführen, allein nie.“[28]

In seiner manchesterliberalen Besorgtheit vergaß der Redner ganz, daß sich Österreich gegenüber dem Riesen Deutschland durch einen schutzzöllnerischen Wall umgürtet hatte. Der Abgeordnete Freiherr von Chlumecky verstieg sich zu dem Ausrufe: „Ohne die zwölfte Arbeitsstunde würde der größte Teil der Textilindustrie zugrunde gehen“, und der Wiener Demokrat Löblich stellte die denkbar traurigste Figur dar, indem er sich dem Angstgefühle hingab, daß die Sozialpolitik, die vorläufig für die Industrie gedacht sei, sich einmal auch auf das Gewerbe ausdehnen könnte. Doch einzelne Vertreter des Liberalismus offenbarten in den Achtzigerjahren ein stärkeres Verständnis für die Arbeiterfürsorge, obwohl sie es bedauerlicherweise an einem scharf ausgearbeiteten sozialpolitischen Programme fehlen ließen. Wenn man sich der abgedroschenen Phrasen, die die Manchesterliberalen in der Spezialdebatte auftischten, erinnert, dann tut eine Rede wie die des Führers des liberalen deutschen Klubs förmlich wohl. Der Abgeordnete Dr. Heilsberg sagte:

„Wenn ich nun der gegenwärtigen Vorlage, obwohl ich sie als ein Stückwerk und nicht als das notwendigste Stück der Reform ansehe, zustimme, so tue ich dies in der Voraussetzung, daß Sie den wichtigsten Teil der Sozialreform, die Alters- und Armenversorgung, demnächst in Angriff nehmen müssen . . .“[29]

Anders die Mehrheit der Liberalen, die sich der an Ausdehnung zunehmenden sozialdemokratischen Arbeiterbewegung gegenüber passiv verhielt. Es waren zwei fremde Weltanschauungen, die miteinander in Kampf gerieten. Die großen gemeinsamen politischen Interessen wurden nicht erkannt, man sah bloß die tiefe Kluft, die zwischen dem fordernden Proletarier und dem ablehnenden Industriellen

[28] Sten. Prot. d. Abgeordnetenhauses, IX. Sess., 16. Mai 1884, S. 12886.
[29] Sten. Prot. d. Abgeordnetenhanses, IX. Sess., 19. Mai 1884, S. 12953.

gähnte. Auf beiden Seiten wurde mit vergifteten Pfeilen geschossen; da sprach man von der „einzigen reaktionären Masse“, hier lebte man in einer beständigen Anarchistenfurcht und verhielt sich auch danach, wodurch die Arbeiterschaft noch mehr erbittert ward. Gewiß, die Liberalen lehnten im Jahre 1884 die gegen die Arbeiterschaft gerichteten Ausnahmsverfügungen für die Gerichtssprengel Wien, Korneuburg und Wiener-Neustadt ab, aber sie taten dies doch mehr, um der Regierung zu opponieren, als aus warmer Freundschaft für das Proletariat; ja dies geschah fast einzig und allein mit Demonstrationsabsichten gegen den Grafen Taaffe. Man lese nur die Reden Dr. Kopps, des Freiherrn von Scharschmid, Dr. Exners, Professor Dr. Eduard Sueß', Dr. August Weebers sowie des Freiherrn von Oppenheimer und vergleiche sie mit den gefühlvollen Worten des damals noch arbeiterfreundlichen Abgeordneten Schönerer: das anscheinend harte Urteil wird sodann bestätigt werden müssen. Im Oktober 1886 brachten die Liberalen Plener, Exner und Wrabetz drei Gesetzentwürfe im Parlamente ein, die sich mit der Errichtung und Organisation von Arbeiterkammern befaßten und für die 26 Arbeiterkammern 9 Abgeordnetenmandate einräumen wollten. Das war nun wieder mehr eine Provokation als eine Versöhnung der Arbeiterschaft, denn das Proletariat konnte auf Frankreich und Deutschland verweisen, wo sich die Arbeitermassen bereits im Genusse der politischen Gleichberechtigung befanden.

Im letzten Dezennium gestalteten sich die politischen Beziehungen zwischen dem liberalen Bürgertume und der Sozialdemokratie wesentlich besser. Auch die österreichischen Industriellen haben die Sachlage richtig erfassen gelernt. Sie sehen ihren gefährlichsten Gegner im Fiskalismus und Zünftlertum und müssten im Kampfe gegen diese in erster Linie auf die Sozialdemokratie zählen. Die Fabrikanten würdigten den Umstand immer mehr, daß eine kulturell hochstehende Arbeiterschaft eine wichtige Vorbedingung für die gedeihliche Entwicklung der Industrie sei, und sie haben es längst aufgegeben, billigen Forderungen

gegenüber in starrer Negation zu verharren. Die wirtschaftlichen Kämpfe zwischen der Arbeiterschaft und dem Unternehmertum sind natürlich nicht ausgeschaltet worden und werden dies in der Welt der kapitalistischen Gesellschaftsordnung nie sein. Im Jahre 1903 gab es in Österreich 324 Arbeitseinstellungen, bei denen 1731 Betriebe mit 46215 Arbeitern beteiligt waren; im Jahre 1904 fanden 414 Arbeitseinstellungen statt, die 2704 Betriebe tangierten und 64227 Arbeiter in Mitleidenschaft zogen[30]. Wenn man jedoch eine allgemeine Charakteristik der österreichischen Industriellen aufstellen will, so kann man sagen, daß die maßgebenden Kreise in den letzten Jahren weit mehr als früher ihrer sozialpolitischen Pflichten eingedenk waren. Schade, daß diese Einsicht verspätet kam; hätte sie Platz gegriffen, so lange die Industrie die liberale Partei noch beherrschte und in ihr gelegentlich eine Fürsprecherin fand, es wäre manches anders gekommen: erfreulicher, besser.

Kehren wir für einen Augenblick zur Gewerbepolitik zurück. In den Neunzigerjahren wurde von den Deutschliberalen der Versuch unternommen, den Antisemiten die Führung der kleingewerblichen Kreise streitig zu machen. Der Uhrmacher und Feintechniker Adolf Mandlik in Komotau ließ es sich angelegen sein, das Handwerk um sich zu sammeln, allein seine Versuche schlugen bald fehl; im Jahre 1897 löste sich sein Anhang auf[31]. Der Wettstreit um die Erlangung der kleingewerblichen Stimmen war damit nicht beendet, sondern er ging erst recht los. Suchten die Liberalen früher den „kleinen Mann" an sich zu ziehen, so warfen sie sich ihm jetzt förmlich zu Füßen, sie lieferten sich ihm aus. Und nicht nur die eigentlichen Liberalen! Die anderen deutschfreiheitlichen Parteien, die zum Teile die alten Liberalen abgelöst hatten, leisteten noch ein übriges. In dem Österreich, dessen Kurienparlament seit der Wahlreform des Jahres 1882 von dem Mittelstande beherrscht

[30] Österreichisches statistisches Handbuch, 24. Jahrgang für 1905. Wien 1906. S. 248.

[31] Heinrich Waentig a. a. O. S. 158—163.

wurde, drehte sich fortab das ganze öffentliche Leben um diese Berufsklasse. *Ihr wurde alles geopfert, und ihr opferten alle.* Die unterschiedlichen deutschfreiheitlichen Parteien überboten sich an falscher, weil in ihren Zielen verfehlter Gewerbefreundlichkeit, d. h. sie tanzten bedenkenlos nach der Musik, die ihnen von den Zünftlern aufgespielt wurde. Aus solchen Stimmungen heraus entstand die letzte Reform der Gewerbeordnung, die zu den alten Zwangsvorschriften neue hinzusetzte. Ein künftiger Historiker, der eine ausführliche Geschichte der Entartung des österreichischen Freisinns schreiben will, wird in den Protokollen des Permanenzgewerbeausschusses schätzenswertes Material finden. Es genügt jedoch ein Blick auf die zweite Lesung der Gewerbereform, die im Juni 1906 stattfand. Die deutsche Volkspartei stürmte mit fliegenden Fahnen den Zünftlern voran; eine ganze Anzahl ihrer Mitglieder war gekränkt, weil der Befähigungsnachweis nicht für den gesamten Handel, sondern nur für einzelne Zweige desselben eingeführt wurde; die Deutschfortschrittlichen standen zum Teile nicht zurück, obwohl einzelne Mitglieder dieser Gruppe die ganze Nichtigkeit der zünftlerischen Medikamente richtig erkannten, und die Freialldeutschen fochten tapfer mit, als es galt, die Burgen des Zünftlertums zu verteidigen. Es kam in Alt-Österreich so weit, daß die freiheitlichen Gruppen sich in ihrer Existenz bedroht glaubten und an ihrer eigenen Daseinsberechtigung irre wurden, wenn sie nicht die reaktionärste Gewerbepolitik unterstützten. Einst spottete Grillparzer über die „Fortschrittsmänner“:

Ihr seid mir die rechten Ritter vom Geiste,
Ihr ballt noch immer im Sack die Fäuste.

Jetzt haben diese allerdings die Hände aus der Tasche genommen, aber bloß um sie den Reaktionären zu reichen! Nicht nur an den Worten, an den Taten sollt ihr sie erkennen; das mußte man sich in Alt-Österreich sagen, so oft man die Wirtschaftspolitik im Lichte der Parteipolitik betrachtete.

7. Die Entwicklung der deutschen Parteien.

Wir haben die durch die verfassungsrechtliche Organisation Österreichs gegebenen Bedingungen für die Entwicklung des Parteilebens zum Teil kennen gelernt; wir haben uns mit dem nationalen Problem beschäftigt und eine Reihe anderer für das Fraktionswesen maßgebender Faktoren untersucht; nun wollen wir mit einigen flüchtigen Strichen die Entwicklung der Parteien selbst skizzieren. Ausführlichkeit darf hier ebensowenig erwartet werden wie Vollständigkeit. Personen und Örtlichkeiten hatten in Österreich immer eine allzugroße Bedeutung, und selbst Gruppen, die ihren Anhang in allen Teilen des Reiches suchten und fanden, verfolgten in den Sudetenländern oft eine ganz andere Politik als im Alpengebiete, wie überhaupt Wien, Graz, Innsbruck, Prag, Reichenberg und Brünn ganz grundverschiedene politische Klimata darstellen. Anders traten die Parteien übrigens in den Gemeindestuben, anders in den Landtagen, anders im Abgeordnetenhause auf. Wer all die Details erzählen wollte, der würde Gefahr laufen, im Sumpfe der Nebensächlichkeiten unterzugehen. In der Kriegsgeschichte ist für das Seelenleben der einzelnen Soldaten kein Platz; hier gilt es die Truppenkörper in ihren großen Bewegungen darzustellen. Auch wir, die wir einige Einzelheiten aus der Kriegsgeschichte der Parteien festhalten wollen, können uns nur mit den hervorstechendsten Verschiebungen befassen. Betrachten wir die parteipolitischen Manöver, die die Deutschen in den verflossenen Dezennien auf dem Kampfboden des Parlaments durchgeführt haben.

Die Sonne leuchtete nicht, als der erste Reichsrat nach der kontrerevolutionären Epoche in den letzten Apriltagen des Jahres 1861 zusammentrat. Hagel, Sturm, Schnee und abwechselnd Regen begleiteten die Eröffnungsfeierlichkeit. Das Abgeordnetenhaus, das in der Schmerling'schen Epoche immer ein Rumpfparlament blieb, war damals am vollständigsten besetzt, denn die Tschechen befanden sich im Saale. Die Regierung konnte auf ungefähr 130 deutsche

Abgeordnete zählen, die die „Linke“ bildeten. Schon im Juni spaltete sich diese in drei Gruppen. Etwa 30 Abgeordnete und zwar: Giskra, Mühlfeld, Doblhoff, Hopfen, Kaiser, Graf Wrbna, Skene, Winterstein u. a. einigten sich auf ein

großösterreichisches Programm.

Diese traten für ein einiges, freies, mächtiges Gesamtösterreich ein; die Februarverfassung allein sollte die Grundlage des staatlichen Lebens bilden und fortschreitend ausgebildet werden, unbeschadet der Interessen und Bedürfnisse der einzelnen Kronländer, die im Rahmen der Verfassung zu befriedigen wären. Die Verfassung wollten sie zunächst durch folgende Maßnahmen der Legislative ausbauen: Festlegung der Ministerverantwortlichkeit und Immunität der Abgeordneten, Festsetzung von bestimmten Terminen für die Einberufung der Vertretungskörper. In freiheitlicher Beziehung forderten sie: Gleichheit aller Staatsbürger vor dem Gesetze, gleiche Amtsfähigkeit, Gleichstellung aller gesetzlich anerkannten Glaubensbekenntnisse und aller Nationalitäten, Preßfreiheit, Lern- und Lehrfreiheit, Schutz des Briefgeheimnisses, freies Vereins-, Petitions- und Versammlungsrecht, Freizügigkeit, Öffentlichkeit und Mündlichkeit des Gerichtsverfahrens und Schwurgerichte.

Die zweite und stärkste Gruppe der deutschen Linken waren die

Unionisten.

Dr. Herbst, Waser, Tschabuschnigg, Bischof Litwinowicz mit seinen Ruthenen u. a., etwa achtzig Mann, gehörten dazu.

Sie standen auf dem Boden des Oktoberdiploms und des Februarpatents. Sie forderten das Festhalten an beiden, kämpften gegen die Angriffe von föderalistischer Seite, wiesen das Verlangen nach dem Landtagsseparatismus entschieden zurück und drängten auf unbedingte Einhaltung der Kompetenzen des Reichsrats und der Landtage. Die Pflicht der Regierung sei es, alle Mittel zu erschöpfen, um die Magyaren ins Zentralparlament zu bringen; sollten diese fehlschlagen, dann hätte der engere Reichsrat die Befugnisse des Gesamtreichsrates auszuüben. Die Unionisten wollten die Regierung zur genauen Durchführung der Verfassung verhalten und wünschten daher die Schaffung eines Ministerverantwortlichkeitsgesetzes.

Auf der äußersten Linken saßen die

deutschen Autonomisten,

die sich am 20. Juni 1861 ein Programm gegeben hatten. Ihr Führer war zuerst der Oberösterreicher Wieser, dann der Steirer Kaiserfeld.

Sie erkannten das Oktoberdiplom, das Februarpatent und die Landesordnungen als Grundlage an, auf welcher die Einheit Österreichs befestigt, die politische und bürgerliche Freiheit begründet und ein dauernder Rechtszustand herbeigeführt werden solle. Um die gemeinsame Verhandlung aller dem weiteren Reichsrate zugewiesenen Arbeiten zu ermöglichen, wäre der Weg der Verständigung mit den Magyaren einzuschlagen. Die Grundsätze der Freiheit, des Rechtes und der Selbstbestimmung sollten in allen Zweigen des häuslichen, korporativen und nationalen Lebens zur Geltung gebracht werden. Dazu gehörte die volle Autonomie der Gemeinde und des Bezirkes[1].

Diese drei Gruppen der deutschen Linken, die zum Schutze der Verfassung bereit waren, wurden kurzweg

Verfassungspartei

genannt. Innerhalb der Verfassungspartei vollzogen sich mehrere Gruppenverschiebungen. Ein Teil der Großösterreicher und der Unionisten bildeten im Jahre 1863 den

Klub der Linken.

Die eigentliche Regierungspartei stellte das

linke Zentrum

dar, das aus dem Reste der Großösterreicher und der Mehrzahl der Unionisten bestand.

Werfen wir nun einen Blick auf die „Rechte“, soweit sie für die deutsche Parteipolitik von Interesse ist.

Klerikale und Föderalisten

arbeiteten einander in die Hände, doch besaßen sie — wie schon erwähnt — außerhalb des Parlaments größeren Einfluß als in diesem. Die Föderalisten hatten am 1. Januar 1860 ein Programm aufgestellt, als dessen geistiger Urheber wohl der tschechisch-feudale Graf Heinrich Clam-Martinitz angesehen werden darf; allein die Gruppe umfaßte auch deutsche Mitglieder oder genauer: Angehörige, die in deutschen Gebieten begütert oder ansässig waren.

Das Programm kündigte dem Liberalismus in allen Formen den Krieg an; die Einrichtungen des Liberalismus sind aus der Revolution entstanden und können nur wieder zur Revolution führen. Das Programm verlangte den Schutz und die Weiterentwicklung aller historisch gegebenen sozialen, religiösen und nationalen Zusammenhänge. Es

[1] Dr. F. von Krones, Moritz von Kaiserfeld. Leipzig 1888. S. 174 ff, und Gustav Kolmer a. a. O. I 67 ff.

verdammte ursprünglich den modernen Parlamentarismus, wodurch es den Feudalen Ungarns, die an der alten Verfassung des Stephansreiches festhielten, den Anschluß unmöglich machte. Am 30. Juni 1860 wurde die Kluft überbrückt. Graf A. Szecsen und Graf Clam-Martinitz — die beide dem verstärkten Reichsrate angehörten — fanden sich. Die Klerikalen und Feudalen bekämpften im Parlamente die Februarverfassung, weil diese die Wirkungskreise der Landtage zugunsten des Reichsrates einschränkte; sie legten sich auf die „historisch-politischen Individualitäten der Königreiche und Länder" fest, sie verwarfen die Zweiteilung der Habsburgermonarchie. Für die Volksstämme verlangten sie Gleichberechtigung; Österreich sollte weder ausschließlich deutsch noch slavisch regiert werden; das Konkordat mit Rom fand in ihnen Verteidiger[2].

Die Zeit Schmerlings war nur ein kurzes Vorspiel der konstitutionellen Ära; das zweite freilich, wenn man an das Parlament der Revolutionszeit denkt. Als das Abgeordnetenhaus im Mai 1867 wieder zusammentrat, erschienen nicht mehr als 189 Abgeordnete; 118 Mitglieder repräsentierten den deutschen Liberalismus. Persönliche Rivalitäten führten bald zur Spaltung der

Verfassungspartei,

die unter Dr. Herbsts Führung stand. Mit Dr. Herbst, Groß und Banhans an der Spitze bildete sich der

Klub der Liberalen,

in dem die deutschen Vertreter aus Böhmen vorherrschten.

Im Laufe der Verhandlungen über die Verfassungsrevision stellte er folgende Forderungen auf: Zustimmung zum Ausgleiche, Ausbau der Verfassung, Beseitigung des Konkordats, Regelung der Schul-, Ehe- und konfessionellen Angelegenheiten, Trennung von Justiz und Verwaltung, Erweiterung der administrativen Autonomie der Länder.

Um Dr. J. N. Berger sammelte sich der

Klub der Linken,

mit einem Programme, das in verfassungsrechtlicher Hinsicht eine Anlehnung an die Föderalisten bedeutete. Als dritte Fraktion trat das

linke Zentrum

auf.

---

[2] S. das „Vaterland". Wien, 13. August 1871. Artikel über Graf Heinrich Clam-Martinitz. Ferner: „Der Adel und der Konservativismus in Österreich", anonym. Wien 1879. S. 22 ff.

Dieses forderte: Konsolidierung des Reiches, Garantien für die konstitutionelle Entwicklung, Verminderung des Militäretats, administrative Autonomie der Kronländer, Vereinfachung der Verwaltung, Beseitigung des Konkordats.

Auf der Linken saßen noch die

deutschen Autonomisten,

die sich aber der Gruppe Dr. Herbsts eng anschlossen.

Isoliert blieben die

Wiener Vorstadt-Demokraten.

Diese hatten sich auf den Boden der Verfassung gestellt und weitgehende demokratische Reformen in ihr Programm aufgenommen.

Von den Rechtsparteien seien lediglich die

Deutschklerikalen

erwähnt[3].

Am 21. Mai 1870 wurde das Abgeordnetenhaus aufgelöst. Einen Tag später trat in Wien ein deutscher Parteitag zusammen, der von allen Ländern Zisleithaniens beschickt war. Das bei dieser Gelegenheit beschlossene „Wiener Programm" erhob die Forderung nach einem aus direkten Wahlen ohne Gruppensystem gebildeten Volkshause (Parlament) — der mährische Landesparteitag in Brünn lehnte dieses Verlangen nachher offen ab —; es deklarierte die nationale Solidarität aller Deutschen in Österreich; es erklärte das Festhalten am Ausgleiche mit Ungarn sowie an der Verfassung und perhorreszierte alle föderalistischen Vorstöße; es verlangte die Aufhebung des Konkordats, die Herabminderung des Kriegsbudgets und endlich eine Reform des Steuersystems[4]. Indes, mit der Einmütigkeit der Deutschen hatte es seine Wege. In verschiedenen Kronländern entspann sich ein heftiger Kampf zwischen den „Jungen" und „Alten", den Liberalen schärferer nationaler und freiheitlicher Ausprägung und den Leuten um den unbemakelten Dr. Herbst, die es mit der Moral nicht zu genau nahmen. Da in allen Kronländern bis auf Böhmen die Landtage neu zu wählen

[3] Gustav Kolmer a. a. O. I 267 ff.

[4] Walter Rogge, Österreich von Vilagos bis zur Gegenwart. Leipzig 1873. III 307.

waren, wirkte der Bruderzwist im Hause des deutschen Liberalismus auf den Wahlkampf vielfach ein. Im neuen Parlamente, das damals noch aus den Landtagen hervorging, fiel dem

Klub der Liberalen

nach wie vor der Löwenanteil an den Mandaten der Verfassungstreuen zu. Daneben kam der Flügel der „Jungen" in Betracht, der sich später als

Fortschrittsklub

konstituierte. Diese jugendliche Gruppe, deren Mitglieder vielfach „Preußenseuchler" genannt wurden, gab sich am 21. Mai 1871 in Graz ein radikaleres nationales Programm.

Galizien erhielt die Sonderstellung zuerkannt; Dalmatien sollte an Kroatien abgetreten werden, damit die Deutschen das Übergewicht im Staate erhielten. Für alle Steuerträger wurde das direkte Wahlrecht verlangt. Die rasche Beseitigung der Konkordatsreste, die Befreiung des Staates vom Einflusse der Kirche, die Zivilehe, die Reform des Vereins-, Versammlungs- und Preßrechtes sollte erstrebt werden. Eine gerechte Steuerreform und die Einschränkung der Militärlasten wurde gefordert[5].

---

[5] Dr. Gustav Kolmer a. a. O. II 86 ff. — Als Graf Potocki im Jahre 1870 ans Ruder kam, unterhandelte er mit dem Steirer Dr. Rechbauer wegen des Eintritts ins Ministerium. Der in Österreich viel zu wenig gewürdigte Volksmann legte ein Programm vor, in dem: 1. die Verfassung als unantastbarer Rechtsboden erklärt wurde, 2. ein Parlament im Sinne des von Rechbauer im Abgeordnetenhause eingebrachten Wahlreformvorschlages verlangt ward, 3. die staatsrechtlichen Anschauungen der deutschen Autonomisten niedergelegt wurden und 4. die Sonderstellung Galiziens in Anregung kam. Weiter verlangte Rechbauer 5. „die Erlassung eines freisinnigen Nationalitätengesetzes, durch welches jede Nationalität die volle Freiheit der Entwicklung ihrer Sprache und nationalen Kultur gewährleistet und jede Nation vor Vergewaltigung und Entnationalisierung gesichert, dabei aber den Deutschen jene hervorragende Stellung gewahrt werde, die ihnen nach Geschichte, Zahl, Bildung, Vermögen gebührt." Endlich forderte Rechbauer die Erweiterung der freiheitlichen Staatsbürgerrechte, die Erlassung eines Religionsgesetzes mit dem Grundsatze „freie Kirche im freien Staate", die obligatorische Zivilehe usw., die Herabminderung des Heeresaufwandes unter sukzessiver Anbahnung des Milizsystems und die Herstellung eines freundschaftlichen Verhältnisses mit Preußen und Italien. — Das Programm kehrt zum Teile in dem Programme der Fortschrittspartei wieder. — S. Karl Hron, Deutschnationale Politik, I Die Logik des deutschnationalen Programms. Wien 1893. S. 46 ff.

Die Loslösung des Fortschrittsklubs hatte noch eine weitere Spaltung zur Folge. Der verfassungstreue Großgrundbesitz bildete in der Ära Hohenwart eine selbständige Fraktion, das

linke Zentrum.

Auf der äußersten Linken saßen die paar

Wiener Demokraten.

Auch auf der Rechten des Parlaments vollzog sich eine Neubildung. Die „Koalition des rechten Zentrums", in der anfänglich außer den Deutsch-Klerikalen noch die Italiener, Slovenen und Rumänen vereinigt waren, zerfiel. Aus den Trümmern stieg allmählich die klerikalfeudale

Rechtspartei

empor.

Die ersten unmittelbaren Wahlen für das Abgeordnetenhaus fanden in der zweiten Hälfte des Jahres 1873 statt und wurden durch einen deutschliberalen Parteitag in Teplitz eingeleitet. Dieser sollte die Einigung zwischen den „Alten" und „Jungen" bringen. Er verschärfte jedoch die Gegnerschaft, denn das von den Führern der Jungdeutschen, von Knoll und Pickert, unterbreitete Wahlprogramm wurde abgelehnt. Die junge Garde stürzte sich nun mit um so größerer Anstrengung in den Wahlkampf. Sie bezichtigte die Alten offen der Korruption und focht unter der Parole: „Schafft eine Partei der reinen Hände! Weg mit der Verwaltungsratspartei!" Das neue Parlament, das sich in einer großen Zeit so pygmäenhaft zeigen sollte, zählte 218 verfassungstreue Mitglieder. Der liberalen „Linken", die Dr. Herbst folgte, hatten sich 88 Parlamentarier angeschlossen; das „linke Zentrum der verfassungstreuen Großagrarier wies 54 Klubmitglieder auf, und der „Fortschrittsklub" der Jungen verfügte über 57 Mandate. Die „Wiener Demokraten" waren 5 Mann hoch eingezogen und die Ruthenen, die damals mit den deutschen Liberalen in einer Linie kämpften, hatten 14 Sitze. Die Gruppen, auf die sich die Regierung stützte, repräsentierten also eine recht ansehnliche Mehrheit, denn die Rechte war durch das Ausbleiben der böhmisch-

tschechischen Abstinenzler geschwächt und zählte bloß ungefähr 100 Parlamentsmitglieder.

Doch da kam der große Sturm und zerstörte die Dämme, die das Parteileben aufgerichtet hatte. Die politische Hochflut riß die einzelnen Abgeordneten von dem Parteistrange los und warf sie durcheinander. All' die Veränderungen, die sich innerhalb der liberalen Gruppen vollzogen, zu verfolgen, hätte keinen Zweck; wir wollen hier nur von zwei charakteristischen Sezessionen Notiz nehmen. Der wirtschaftliche Ausgleich mit Ungarn, der über Österreich eine „magyarisch-polnische Kuratel“ verhängte, veranlaßte am 23. November 1876 eine Anzahl von Abgeordneten unter Skenes Führung, aus dem Klub der Linken aus- und in den

Fortschrittsklub

einzutreten. Außerdem schlossen sich einige Mitglieder des linken Zentrums an. Die angebahnte Namensänderung wurde fallen gelassen; man ließ es genug sein, auf die Klubpolitik tonangebenden Einfluß zu nehmen.

Das Programm des Fortschrittsklubs, dem der Hauptkampf gegen die Regierung zufiel, enthielt drei allgemeine Bedingungen: Abwehr jeder Mehrbelastung durch Ungarn; Gewinnung fester und dauernder Grundlagen für das staatliche und wirtschaftliche gemeinsame Interesse; endlich Regelung aller noch in Schwebe gebliebenen Angelegenheiten zwischen Österreich und Ungarn. Sollte der Einfluß Österreichs auf die gemeinsamen Angelegenheiten des Habsburgerstaates nicht genügend sicher gestellt werden können, dann wäre die volle Selbständigkeit für Österreich anzustreben[6].

Bald ging eine Zersetzung im Skene'schen Fortschrittsklub vor sich, die lediglich persönlichen Gehässigkeiten ihren Ursprung verdankte. Einige der Mitglieder begründeten den

neuen Fortschrittsklub,

an dessen Spitze der Abgeordnete Groß trat. „Nicht die Ziele, nur die Wege“ seien zwischen dem alten und neuen Klub verschieden, sagte das Programm mit delphischer Unbestimmtheit[7].

---

[6] Walter Rogge, Österreich seit der Katastrophe Hohenwart-Beust. Leipzig 1879. II 217.

[7] Walter Rogge a. a. O. II 336.

Auf der Rechten, die in der Zeit des Ministeriums Adolf Auersperg oft das Zünglein an der Wage bildete, kam für das deutsche Fraktionswesen die

Rechtspartei

mit den Grafen Hohenwart in Betracht. Die Klerikalen aus Tirol, Oberösterreich etc., die Slovenen und Föderalisten aus den Küstenländern hatten sich hier vereinigt.

Der Leitsatz dieser Gruppe lautete: Organische Fortentwicklung auf christlicher Grundlage. Die Rechtspartei trat ferner ein: 1. für die Aufrechterhaltung der Einheit und Unteilbarkeit der Monarchie; 2. für die Aufrechterhaltung der Selbständigkeit der geschichtlichen Eigenberechtigung und Integrität aller Königreiche und Länder. Es wurde verlangt: die Erweiterung der Rechte der Landtage, Verantwortlichkeit der Landesregierungen gegenüber den Landtagen, Abänderung der Wahlordnungen unter gerechter Ausdehnung des Wahlrechts, konfessionelle Schule und geistliche Schulaufsicht, volle sprachliche Gleichberechtigung der Nationalitäten in Schule und Amt, Schutz der nationalen Minoritäten durch Schaffung von Landesgesetzen über die Nationalitätenfrage[8].

* * *

Mit der deutsch-liberalen Parteiregierung erlitt auch der Liberalismus in Alt-Österreich Schiffbruch. So lange er die Herrschaft in Händen hatte, war er relativ stark durch die Macht, die von außen kam; als die äußeren Hilfsquellen versiegten, brach er zusammen, weil seine innere Lebenskraft zu schwach schien. Wohlgemerkt, nicht der liberale Gedanke erstarb, nur ein Stück seiner Inkarnation sank hin. Die liberalen Abgeordneten kehrten nicht als aufrechte Krieger heim, die mannhaft gekämpft hatten und mannhaft unterlegen waren; sie glichen vielmehr einer desorganisierten Truppe, die in der Hitze des Gefechtes die Besinnung verloren und die Pfeile gegen der eigenen Freunde Brust gekehrt hatte. Es ist nun an der Zeit, die Ursachen dieser Tragödie zu untersuchen. Der deutsch-österreichische Liberalismus als parteipolitische Erscheinungsform ging erstens an den Privi-

[8] Dr. Gustav Kolmer a. a. O. II 237 ff.

legien- und Verfassungseinrichtungen des Staates zugrunde. Moritz Hartmann rief einst in trüben Zeiten einem frühverblichenen Jugendfreunde ins Grab nach: Er starb an Wien! und so könnten wir in unserem Falle ausrufen: Der Liberalismus starb an Österreich! Als zweites Moment ist das Erstarren im Doktrinarismus anzusehen. Ebenso wie die auf den Lorbeeren des großen Friedrich eingeschlafene preußische Armee einem Mächtigeren, dem kühnen Korsen, unterlag, wurde der deutsch-österreichische Liberalismus von der Überzahl seiner Gegner besiegt, weil er es nicht verstand, sich mit der Zeit zu verjüngen und aus dem frischen, kraftspendenden Quell neuer, begeisternder Gedanken zu schöpfen. Drittens befand sich der Liberalismus in einer eigenartigen Stellung zum Staate und zum Monarchen. Die Anschauungen des Manchestertums hatten das Schwergewicht auf das Individuum gelegt und der Gemeinschaft der Individuen geringere Bedeutung beigemessen. Dazu kam noch die Tatsache, daß die maßlose Schuldenmacherei der absolutistischen Epoche ein lange anhaltendes Defizit in der Staatswirtschaft zur Folge hatte. Hierdurch wurde der Steuerdruck notwendigerweise vermehrt, und da man von der Staatsgewalt eine möglichst geringe Einmengung in das bürgerliche Leben verlangte — theoretisch wenigstens —, griff man auch ungern in den Sack, um zu den Erhaltungskosten des Staatsapparates beizutragen. Es entstand eine Sparwut, die sich zuerst gegen das kostspieligste Instrument, gegen den Militarismus, richtete. Der Liberalismus rief: Es lebe das Vaterland! und fügte, ohne den durch die Zeitverhältnisse bedingten Gegensatz zu bemerken, hinzu: Reduzieret das Militär! Ungeklärt war auch das Verhältnis zum Monarchen, nicht zum Monarchismus. Die Liberalen hielten treu zum Herrscherhause, aber sie wußten nicht recht, wie sie sich zum Herrscher stellen sollten. In den Ohren gellten noch die Worte: Männerstolz vor Königsthronen! und die praktische Politik zwang zu Kompromissen. Daraus ergab sich eine gefährliche Unsicherheit; zwischen Wollen und Sollen gingen die Liberalen unter. Als viertes Moment kommt endlich die Verkennung des nationalen Problems in

Betracht. Im Jahre 1865, als der 27jährige Jüngling W. E. H. Lecky[9] sein großes Werk veröffentlichte, schrieb er in dem Kapitel über die Verweltlichung der Politik, daß das demokratische Ideal in einer Umgestaltung der Karte von Europa nach dem Nationalitätenprinzipe bestehe. Was der große Irländer so richtig erfaßte, blieb den im bunten Milieu Österreichs lebenden Deutschliberalen ein Buch mit sieben Siegeln. Sie fühlten kosmopolitisch, als die Verkündung eines Edelnationalismus im Sinne Fichtes, Jahns, Kleists, Arndts am Platze gewesen wäre, sie übertrieben den Nationalismus bis zur Engherzigkeit, als die Verfechtung der nationalen Autonomie ihnen Ruhm und Ehre gebracht hätte.

Das sind die allgemeinen Ursachen des Niederganges gewesen. Betrachten wir jetzt noch flüchtig die einzelnen Riffe, auf die das schlechtgesteuerte Schiff des deutschösterreichischen Liberalismus während seiner kurzen Fahrt geriet. In der Abhandlung über die französischen Nationalwerkstätten ruft Ferdinand Lassalle emphatisch aus: „Die Lüge ist eine europäische Großmacht!“ Aber nicht nur die Lüge, die andere trifft, ist es, sondern auch die, die das eigene Ich angeht. Die Liberalen, die das Konkordatsösterreich in die Hände bekamen, hätten den Staat aus der Umklammerung durch die römisch-katholische Kirche befreien müssen. Allein die Widerstände schüchterten die maßgebenden Parteimänner ein und hinderten sie, ihre Herzenswünsche ganz zu erfüllen. So wurde zum Selbstbetruge Zuflucht genommen. Man legte die bürgerlichen Freiheiten staatsgrundgesetzlich fest und ließ die bürgerliche Unfreiheit fortbestehen. „Vor dem Staatsgrundgesetze sind alle Staatsbürger gleich!“ proklamierten die liberalen Gesetzgeber; sie ließen aber beispielsweise die eherechtlichen Ausnahmsbestimmungen, die das allgemeine bürgerliche Gesetzbuch enthält, aufrecht. Freilich, die Rückkehr vom kanonischen Eherechte des Konkordats zum allge-

[9] Geschichte des Ursprungs und des Einflusses der Aufklärung in Europa. Deutsch, Leipzig 1873. II 178.

meinen bürgerlichen Gesetzbuche war ein Fortschritt; eine liberale Tat bedeutete sie jedoch nicht. Die praktische Folge der von den Liberalen geschaffenen Rechtsgrundlage ist die Tatsache, daß wir in Österreich ein materielles Eherecht aus dem Ende des achtzehnten Jahrhunderts und daneben eine staatliche Ehejudikatur haben, die starrer und dogmatischer vorgeht, als es die Päpste des dreizehnten Jahrhunderts getan haben würden[10]. Wir erfreuen uns ferner eines freiheitlich gedachten Reichsvolksschulgesetzes; doch die Kirche hat sich schon in der liberalen Ära stärker erwiesen als die Zentralregierung, und die Polen erhielten freie Hand. Seither wird in allen Kronländern nach rückwärts gesteuert; ja in Niederösterreich wurde der Versuch gemacht, die konfessionelle Schule auf Umwegen einzuführen. In der Einschätzung der religiösen Schwierigkeiten, die sich der Reformtätigkeit entgegensetzten, gingen die Liberalen entschieden zu weit. Sie überließen die Kündigung des Konkordats Beust und Potocki, sie verrieten bei der konfessionellen Gesetzgebung des Jahres 1874 eine Schwäche, die erst recht gewürdigt werden kann, wenn man bedenkt, welche Energie von den allerdings zum Teile protestantischen Ungarn aufgebracht wurde, als es die kirchenpolitische Gesetzgebung der Neunzigerjahre durchzuführen galt. Allein die Liberalen sündigten gegen die Gebote der Freiheit nicht nur in kirchenpolitischer Hinsicht, sie lieferten auch sonst bloß Stückwerk. Die großen juristischen Kritiker waren kleine Gesetzgeber. Sie griffen daneben, weil ihnen „die Befähigung und Neigung fehlte, den Grund und die Rechtfertigung für die staatsbewegenden Erscheinungen ihres Zeitalters in den politischen und sozialen Voraussetzungen eben dieser Zeit zu suchen; sie ließen die unerläßlichen Fähigkeiten des Politikers vermissen, die vorzunehmenden politischen Veränderungen in ihrer Möglichkeit und Wirkung abzuschätzen und aus den Kausalzusammenhängen zwischen

---

[10] Prof. Dr. Ludwig Wahrmund, Ehe und Eherecht. Leipzig 1906. S. 90.

Vergangenheit und Gegenwart das richtige politische Ziel abzuleiten, das zu schaffende positive Recht zu berechnen[11].

Die mit dem wirtschaftlichen Ausgleiche mit Ungarn verbundenen Erschütterungen bildeten den zweiten Grund für den Zusammenbruch. Eine andere Ursache bot das Verhalten zu den aktuellen Militärfragen. Am 4. Dezember 1877 hatte der Landesverteidigungsminister Freiherr von Horst einen Gesetzentwurf eingebracht, der das Militärwesen provisorisch ordnen wollte, da die Giltigkeitsdauer des Wehrgesetzes ablief. Die Russen standen damals im Krieg gegen die Türkei, Plewna war gefallen, und die Monarchie mußte auf alle Eventualitäten vorbereitet sein. Dennoch stieß der Antrag der Regierung, der, um dem Oppositionsgeiste der Liberalen Rechnung zu tragen, von der üblichen Festsetzung des Armeestandes auf 10 Jahre absah und nur die provisorische Bewilligung einer Kriegsstärke von 800 000 Mann vorschlug, auf heftige Gegnerschaft. Am 13. Dezember 1878 faßte der Wehrausschuß, der nur 600 000 Mann konzedieren wollte, mit 5 gegen 4 Stimmen den Beschluß, die Verlängerung des Wehrgesetzes abzulehnen. Im Widerspruche mit diesem Beschlusse wurde das Rekrutenkontingent schließlich doch bewilligt, nachdem es in Ungarn glatt erledigt ward. Gleichzeitig aber wurde in einer Resolution die Herabminderung des Heeresaufwandes für die Folge verlangt und das zu einer Zeit, da Österreich mit der Ausführung des europäischen Mandats in Bosnien und der Herzogewina zu tun hatte. Lange stritt man darüber[12], was den Sturz der liberalen Partei mehr beschleunigt habe: die Fronde gegen den ungarischen Ausgleich oder die gegen den Militarismus. Die einzig richtige Antwort hierauf lautet: beide taten das Ihrige. . . Der vierte Grund ist in der Art und Weise zu suchen, in der die Liberalen die Fragen der auswärtigen Politik und damit auch die Okkupation im Süden der

[11] Dr. Karl Lamp, Das Problem der städtischen Selbstverwaltung nach österreich. und preuß. Recht. Leipzig 1905. S. 125.

[12] Graf Taaffe 1878—1889, eine politische Studie aus Österreich, anonym. Leipzig 1889. S. 10.

Monarchie behandelten. Wir kommen darauf im dritten Teile dieses Buches zurück und wollen hier nur das Faktum registrieren.

Auf den ersten Blick könnte es scheinen, daß die Liberalen, die gegen die Erhöhung der Finanzzölle kämpften und die für die Entlastung des Militärbudgets eintraten, dies im Dienste einer volksfreundlichen Politik taten. Diese Annahme erfährt jedoch durch die Wirklichkeit eine scharfe Widerlegung. Das ganze Gebahren der Liberalen steht damit im Widerspruche, jedes Geschichtsblatt bringt Beweise dagegen. Es gibt Menschen, die Gutes tun und damit keine Freude bereiten, weil zu viele Vergehen auf ihrem Schuldkonto stehen; es gibt Parteien, die selbst da, wo andere vielleicht eines Lobes teilhaftig würden, nur Empfindungen des Tadels auslösen. Man sagt von solchen Menschen und Parteien, daß sie unglücklich seien. Nun denn: die Liberalen waren es.

* *
*

Am 22. Mai 1879 wurde das östereichische Abgeordnetenhaus aufgelöst. Vor den Neuwahlen erstattete Dr. Kopp den Rechenschaftsbericht der Fortschrittspartei und führte unter anderem aus, daß bald die Zeit gekommen sein wird, in der die Tschechen ihren Widerstand gegen den Reichsrat, gegen die Verfassung aufgeben werden; dann hat die Verfassungspartei „den höchsten Triumph, das letzte Ziel jeder Partei erreicht, die Auflösung aus dem Grunde, weil das, was sie einigte, zum Gemeingute aller Volksstämme Österreichs geworden sei“ [13]. Man kann nicht behaupten, daß die Liberalen, denen die Bürde der Verfassungsverteidigung abgenommen ward, sich um neue Ziele umgesehen hätten. Am 31. August war in Linz a. D. eine Konferenz der neugewählten liberalen Abgeordneten zusammengetreten. Daselbst wurde ein Komitee eingesetzt, das sämtliche Abgeordnete der deutschen Linken beim Zusammentritte des Parlaments zu einem einheitlichen Vorgehen veranlassen sollte. Dr. Ruß, der dem Komitee

[13] Konstitutionelle Vorstadtzeitung. Wien, 9. Mai 1879.

vorstand, ermahnte die Fraktionen, ein einheitliches Schutzdach über den Klubverbänden zu errichten und einen gemeinsamen Vollzugsausschuß zu bestellen. Der Antrag wurde angenommen, der Vollzugsausschuß versagte aber bald. Die Neigung zur Zersplitterung machte sich mehr denn je geltend. Der ansehnlichste deutsche Verband war der

Klub der Liberalen,

dem der ehemalige Klub der Linken, der neue Fortschrittsklub und der Klub des linken Zentrums größtenteils beitraten. Dr. Herbst, Banhans, Dr. Groß, Professor Sueß, Dr. Ruß, Mauthner, Plener, Carneri, Gomperz und Weeber gehörten ihm an.

Die Satzungen forderten den Kampf 1. für die Unantastbarkeit der Februarverfassung und 2. für die in den Unterrichts- und konfessionellen Gesetzen niedergelegten Freiheiten; 3. sollten die nationalen Wünsche so weit berücksichtigt werden, als sie weder den gerechten Ansprüchen der anderen Nationen noch den Interessen des Gesamtstaates zuwiderliefen; 4. wurde die Ordnung des Staatshaushaltes durch Ersparung bei allen unproduktiven Auslagen, durch Vereinfachung der Verwaltung und durch eine gerechte Steuerreform erstrebt. Bei der definitiven Regelung der Wehrverfassung ward 5. die Berücksichitgung der äußeren und inneren politischen Lage des Staates und der finanziellen Verhältnisse zugesagt, doch sollte auf eine Verminderung der Lasten gesehen werden. Der 6. Punkt sagte allgemein, daß Maßnahmen zur Verbesserung der wirtschaftlichen Verhältnisse unterstützt werden sollten[14].

Eine zweite Fraktion bildete der

Klub der vereinigten Fortschrittspartei.

Dr. Kopp, Dr. Neuwirth, Dr. Beer, Dr. Lustkandl, Dr. Sturm, Dr. Menger, Dr. Granitsch, Dr. Magg, Dr. Jacques und Dr. Demel standen in seiner Mitte.

Das Programm dieses Klubs ähnelt den vorerwähnten Leitsätzen wie ein Ei dem anderen. In seinem siebenten Punkte verlangte es nur schärfer die Beobachtung einer auswärtigen Politik, die sich die Erhaltung des Friedens zur Aufgabe stellt. Der achte Punkt forderte, daß die Kosten der Okkupation von Bosnien und der Herzegowina auf das geringste Maß herabgesetzt werden.

Als dritte Gruppe muß die

steirische Fortschrittspartei

---

[14] „Neue Freie Presse". Wien, Oktober 1879.

erwähnt werden. Sie bestand aus acht Mitgliedern, die von Baron von Walterskirchen geführt wurden. Ihre Politik war etwas volkstümlicher als die der beiden anderen Fraktionen. Hier sei noch der

Coroniniklub

mit 25 Mitgliedern genannt. Ihn hatte der in Görz gewählte Graf Franz Coronini aus Italienern und Mitgliedern der mährischen Mittelpartei gebildet. Er war der Nachfolger des „liberalen Zentrums" und vermittelte zwischen der „Linken" und „Rechten" des Abgeordnetenhauses.

Sein Programm lautete: Wahrung des gesamtstaatlichen Interesses, keine Opposition in wirtschaftlichen Fragen, Behandlung der nationalen Fragen nach dem Grundsatze der Gerechtigkeit, Konservativismus in konfessionellen und Unterrichtsfragen bei Zurückweisung der klerikalen und reaktionären Bestrebungen.

Am Beginne der Ära Taaffe waren die

Deutschnationalen

im Parlamente nur durch Schönerer und Fürnkranz vertreten. Im Jahre 1882 gaben sie sich das Linzer Programm, als dessen Verfasser Dr. Heinrich Friedjung, Dr. Victor Adler, Schönerer u. a. genannt werden. Das Programm enthält 12 Abschnitte mit 36 Punkten.

Wir nennen folgende Forderungen: 1. Die ehemals dem Deutschen Bunde angehörigen Länder der österreichisch-ungarischen Monarchie sollen ein möglichst unabhängiges und streng einheitlich organisiertes Ganzes bilden; daher: Personalunion mit Ungarn und Lostrennung beziehungsweise Sonderstellung von Dalmatien, Galizien und der Bukowina. 2. Den Ländern, die dem Deutschen Bunde angehörten, ist der deutsche Charakter zu wahren; mithin: Einführung der deutschen Staatssprache und Festsetzung der inneren deutschen Amtssprache. 3. Die Umgestaltung der Interessenvertretung durch eine freiheitliche Erweiterung des Wahlrechts. 5. Freies Vereins-, Versammlungs- und Preßrecht, freie Volksschule. 5. Herstellung der Ordnung in der Staatshaushaltung; Erzielung von Ersparnissen durch Vereinfachung der Rechtspflege und Verwaltung; Verminderung der Heeresauslagen, jedoch ohne Verminderung der Wehrkraft. 6. Volkstümliche Änderungen des Steuerwesens (progressive Einkommensteuer, Luxussteuer, Besteuerung der Börsengeschäfte, Reform der Erbsteuern und indirekten Steuern). 7. Schaffung eines einheitlichen Zollgebietes mit dem Deutschen Reiche unter Einbeziehung Ungarns und der Balkanländer. 8. Verstaatlichung gewisser wirtschaftlicher Unternehmungen, die für die Gesamtheit von Nutzen sind. 9. Unterstützung der heimischen Pro-

duktion und der ehrlichen Arbeit; Reform der Gewerbe- und Fabrikgesetzgebung (Normalarbeitszeit, Unfallversicherung, Fabrikinspektoren). 10. Schaffung einer landwirtschaftlichen Kreditvermittlung, Reform des bäuerlichen Erbrechts, Heimstättengesetzgebung. 11. Schutz der Monarchie gegen äußere Gefahren, Bereicherung der Kriegsmarine. 12. Bündnis mit Deutschland durch einen Staatsvertrag.

Das Linzer Progamm übte bis in die letzte Zeit eine große Anziehungskraft aus; Schönerer bereicherte es noch durch einen, dem Rassenantisemitismus gewidmeten Passus.

Auf der Linken saßen auch die wenigen

Wiener Demokraten.

In der dem „eisernen Ringe“ einverleibten

christlich-föderalistischen „Rechtspartei“

hatten sich die Deutschklerikalen, die Slovenen, die Kroaten und die Rumänen zusammengefunden. Der deutschklerikale Flügel der Rechtspartei hielt am 22. November 1880 einen Parteitag in Linz a. D. ab — etwa zwei Wochen vorher hatte in Wien mit großem Pomp der vierte deutschösterreichische Parteitag der Liberalen stattgefunden — und legte in einer Resolution sein Programm fest:

Einheit der Monarchie und Autonomie der Länder; verfassungsmäßige Regierungsform und gerechte Erweiterung der Wahlrechtes; konfessionelle Schule; Sparsamkeit in der Staatswirtschaft; gerechte Verteilung der Steuerlast; Förderung der Landwirtschaft und des Gewerbes. — Die Deutschklerikalen wollten bei voller Pflege der deutschen Nationalität die Rechte der anderen Nationalitäten achten; die Bedeutung der Deutschen sollte durch „naturgemäße Entwicklung und Bildung“, nicht durch Zwangsgesetze zur Geltung gebracht werden.

Die Einigkeit in der Rechtspartei dauerte nicht lange. Der allgemeinen nationalen Stimmung folgend, entschlossen sich die Deutschklerikalen zum Austritte aus der Partei des Grafen Hohenwart. Sie gründeten den

Liechtensteinklub,

dessen Obmann Prinz Alfred Liechtenstein, dessen Obmannstellvertreter Hofrat Lienbacher wurde. Das alte Programm blieb im Wesen aufrecht, doch machten sich konservativchristlichsoziale Regungen bemerkbar. Da das nationale Prinzip zu wenig betont wurde, schieden Dr. von Fuchs und Lienbacher aus. Im Jahre 1889 übernahm Prinz Alois Liechtenstein die Führung des Klubs.

Kehren wir nun zur „Linken“ zurück. Die Revision der Wehrvorlage, die der neuen Majorität Gelegenheit zur ersten Kraftprobe gab, hatte die Linksparteien außer Rand und Band gebracht. Die Abgeordneten verfolgten sich gegenseitig mit Anwürfen, und der Deutschmährer Dr. Weeber schleuderte gegen seine eigenen Klubgenossen die Anklage der „planlosen Opposition“. Nach nicht allzulanger Zeit glätteten sich die Wogen, die von dem Kampfe um das zehnjährige Truppenkontingent aufgepeitscht worden waren, und die Abgeordneten, die noch vor kurzem einander in den Haaren lagen, tauschten wieder den Bruderkuß. Am 19. November 1881 wurde abermals die Einsetzung eines Exekutivkomitees für die gesamte deutsche Opposition beschlossen. Die

Vereinigte Linke

trat auf den Plan. In den Vorstand wählte man Chlumecky, Dr. Herbst, Dr. Kopp, Dr. Sturm nnd Tomaszczek. Wenige Flitterwochen waren der Vereinigten Linken beschieden, und selbst in diesen fehlte es nicht an kleinen Szenen, die allerdings durch die Seligkeit der jungen Liebe versüßt worden sind. Die Haltung bei der Wahlreform und bei der Reform der Gewerbeordnung trieb schon in den ersten Monaten des Jahres 1882 die Steirer aus der Gemeinschaft. Baron Walterskirchen, Graf Wurmbrand, Zschock und Posch schieden aus; doch krochen Wurmbrand und Posch bald zu Kreuze[15]. In den Kämpfen gegen die Sprachenverordnungen und für die deutsche Staatssprache standen die liberalen deutschen Abgeordneten notgedrungen zusammen; die wuchtigen Angriffe gegen die freie Schule, die vom Prinzen Alois Liechtenstein und vom Hofrate Lienbacher unternommen wurden, zwangen sie zur vereinten Abwehr.

Im Mai und Juni 1885 fanden die Neuwahlen des Parlaments statt; zum erstenmal waren die Fünf-Gulden-Männer zur Urne gegangen. Ungefähr in der Mitte des Legislaturperiode zeigte das Abgeordnetenhaus folgende Verteilung

[15] Dr. Gustav Kolmer a. a. O. III 207 ff.

der deutschen Mandate: der deutsch-österreichische Klub hatte 87, der deutsche Klub 24, der Liechtensteinklub 19 Mitglieder; die deutschnationale Vereinigung wies 18, der Coroniniklub 11, der Verband der Deutschnationalen 6 Mitglieder auf. Im national gemischten Klub des rechten Zentrums (Hohenwartklub) saßen 34 Abgeordnete[16]. Gehen wir nun zur Entwicklung der Parteien über. Für den 21. Juni 1885 hatte Ernst von Plener alle Abgeordneten, die auf Grund eines deutschliberalen und deutschnationalen Programmes gewählt worden waren, zu einer gemeinsamen Besprechung eingeladen. Er legte die Notwendigkeit eines einigen Vorgehens anschaulich dar und stellte als Grundsätze auf:

Die Wahrung der geschichtlich begründeten Stellung der Deutschen; Erhaltung der Staatseinheit; Festlegung der deutschen Staatssprache; Bekämpfung des slavischen Übergewichts in Gesetzgebung, Verwaltung und Unterricht; Erhaltung und Befestigung des Bündnisses mit dem Deutschen Reiche; Verteidigung der staatsbürgerlichen Freiheiten gegen die Übergriffe der Administrative; sozialpolitische Reformen für die arbeitenden Klassen und den Mittelstand.

Dieses Programm wurde jedoch nur von einem Teile der deutschfreiheitlichen Abgeordneten gebilligt, der sich im

deutsch-österreichischen Klub

zusammenfand und die Grundsätze noch um eine wirkungslose Verurteilung der Bestechlichkeit vermehrte. Dr. Beer, Carneri, Wilh. Exner, Theodor Haase, Dr. Herbst, Dr. Magg, Neuwirth, Plener, Scharschmied, Schwegel, Sommaruga, Professor Sueß, Wildauer und Zschock saßen hier.

Andere Abgeordnete, die in nationaler Hinsicht entschiedener dachten, sammelten sich im

Deutschen Klub,

in dem wir: Bendel, Dr. Heilsberg, Dr. Knotz, Dr. Menger, Prof. Richter, Dr. Pickert, Prof. Steinwender, Dr. Weitlof und anderen begegnen. Das Programm sagt, daß der deutsche Klub in innigem Verbande mit dem deutsch-österreichischen Klub leben und an folgenden Grundsätzen festhalten wolle:

Wiederherstellung und Sicherung der deutschen Führung in Österreich, daher Bekämpfung der fortschreitenden Slavisierung, insbesondere

---

[16] **Dr. Gustav Kohn, Parlamentarisches Jahrbuch. Wien 1889. S. 16.**

Änderung des Verhältnisses von Galizien zum Reiche; gesetzliche Festsetzung der deutschen Staatssprache; staatsrechtliche Befestigung des Bündnisses mit dem Deutschen Reiche; entschiedenes Eintreten für reformatorische Arbeit auf sozialpolitischem und wirtschaftlichem Gebiete; Bekämpfung der Korruption; Abwehr aller Angriffe auf die staatsbürgerlichen Rechte und der rückschrittlichen Schulbewegungen.

Nach zwei Jahren begann der Abbröckelungsprozeß im deutschen Klub. Persönliche Gehässigkeiten, Meinungsverschiedenheiten über die Grenzen des nationalen Radikalismus — Schönerers Agitation ließ die Leute nicht zur Ruhe kommen — führten zu einer Spaltung, die ohnehin durch weitgehende Anschauungsdifferenzen in der „Judenfrage" bedingt wurde. Die Radikalen um Prof. Steinwender verlangten, daß der Deutsche Klub seinen Mitgliedern die Stellung zum Antisemitismus freigebe, was die Mehrheit jedoch ablehnte. So wurde die

deutschnationale Vereinigung,

die spätere deutsche Nationalpartei

ins Leben gerufen. Außerer, Dr. Bareuther, Dr. Derschatta, Foregger, Kraus, Pernerstorfer, Prade, Prof. Richter und Prof. Steinwender gehörten zu den Dissidenten.

Der erste Punkt des Programms war von Pessimismus erfüllt: Das Bestreben der deutschen Opposition, im Sinne der alten Verfassungspartei an dem Februarpatente festzuhalten und ohne Preisgabe der wichtigsten nationalen Interessen zur Herrschaft zu gelangen, ist aussichtslos, sofern nicht Galizien und Dalmatien zur Ausscheidung gelangen. Der zweite Punkt sagte: Die Vereinigung bekämpft die sich auf eine slavische Mehrheit stützende Regierung. Sie fordert ein neutrales Ministerium und will im Kampfe um die nationalen Rechte der Deutschen keine anderen Rücksichten walten lassen als diejenigen, die durch die nationalen Interessen selbst gegeben sind. Der dritte Punkt versprach die Bemühung um die Besserung der Sozial- und Wirtschaftsverhältnisse. Der vierte Punkt endlich erkläre, daß die deutschnationale Vereinigung „weder den Antisemitismus noch dessen Bekämpfung in ihr Programm aufnehme, sondern es jedem überlasse, frei nach seiner Überzeugung in dieser Frage Stellung zu nehmen."[17]

Wie vor zehn Jahren wurden die parlamentarischen Verhandlungen über die abermalige Erneuerung des Wehrgesetzes wieder in einer krisenhaften Zeit begonnen. Im

---

[17] Paul Dehm, Deutschland nach Osten! II. Österreich-Ungarn in reichsdeutschem Lichte. München 1890. I. Teil, S. 33.

Balkangebiete gärte und schäumte es und Rußland rasselte mit dem Säbel. Diese Vorgänge machten auf die Mehrzahl der deutschen Abgeordneten einen mächtigen Eindruck. Unter dem direkten Einflusse der deutschen Botschaft in Wien wurden die deutschen Abgeordneten von der Notwendigkeit, für das Wehrgesetz einzutreten, überzeugt[13]. In der Aktion für die Annahme der Wehrvorlage waren der Deutsche- und der Deutsch-österreichische Klub einander nähergekommen. Am 6. November 1888 gründeten sie die

Vereinigte Deutsche Linke,

die 110 Mitglieder zählte.

Die Wahrung der Staatseinheit, der Schutz des Deutschtums, die Sicherung der berechtigten Stellung der Deutschen in Österreich sowie die Erhaltung und Entwicklung der freiheitlichen Verfassung waren die wesentlichen Ziele.

Die Zeit des einmütigen Zusammengehens war schnell vorbei. Zwietracht, Eifersucht und Mißgunst, diese alten Erbfeinde, zerrissen allzu rasch das dünne Band.

Von den Parteien der Linken haben wir noch die nationalradikalste Gruppe, den

Verband der Deutschnationalen,

zu erwähnen. Schönerer führte die kleine Schar, bis er eines Tages im Gerichtssaale seines Mandates verlustig ging; nicht die Wählerschaft, sondern die Justitia riß ihn aus dem Parlamente. Die Deutschnationalen standen auf dem Boden des Linzer Programms und hielten die Deutschen mit unverminderter Rührigkeit in Bewegung; sie schürten die Flamme des Nationalismus.

Fassen wir jetzt kurz die Veränderungen zusammen, die sich im Parlamente zwischen den letzten unter Taaffes Regime vorgenommenen Reichsratswahlen und den unter Körber stattgehabten vollzogen. Bedeutende Ereignisse liegen dazwischen; Graf Taaffe sieht sich zur Einbringung seiner Wahlreformvorlage gezwungen, die Koalition der Vereinigten Deutschen Linken, der Polen und des Hohenwartklubs tritt in die Erscheinung und löst sich wieder auf, die Badeni'sche

[13] Gustav Kolmer a. a. O. IV 66.

Wahlreform wird vorgenommen und die Obstruktion bricht aus[19].

Der Siegeszug der Christlichsozialen, der die Wiener Gemeinderatskrise heraufbeschwor, hatte im Parlamente zunächst eine Spaltung der alten „Rechtspartei“, des sogenannten

Hohenwartklubs,

zur Folge. Durch den Sturz der Alttschechen im Jahre 1891 wurde die Stellung der Rechtspartei untergraben, und ihr Führer, Graf Hohenwart, beschloß, sich von der Regierung zurückzuziehen. Den Vorstellungen des Grafen Taaffe gelang es, diesen Entschluß zu Falle zu bringen, und mit Hilfe der Regierung wurde die Organisation, der die Deutschklerikalen, der tschechische Feudaladel, die Slovenen, Rumänen und Kroaten beitraten, erneuert. Ein Teil der Deutschklerikalen liebäugelte seit Jahren mit den Christlichsozialen, und dieser stellte sich in offenen Gegensatz zum Klub, als er den Dringlichkeitsantrag des Abgeordneten Pattai wegen Versagung der kaiserlichen Bestätigung für die Wahl Dr. Luegers zum Bürgermeister unterzeichnete. Das führte zu Mißhelligkeiten, und mehrere Abgeordnete wie Baron Dipauli, Dr. Ebenhoch, Dr. von Fuchs und von Morsey gründeten die

Katholische Volkspartei.

Am 25. November 1895 verkündete Dr. Ebenhoch, die Partei wolle nicht ohne Not gegen die früheren Freunde losgehen, sich aber freie Hand in jeder Hinsicht bewahren, besonders gegenüber der Regierung, wobei jedoch eine faktiöse Opposition ausgeschlossen ist. In nationaler Beziehung wolle die Partei den Standpunkt der Gerechtigkeit gegen andere Nationen nicht verlassen, den deutschen Charakter Österreichs jedoch wahren. „Im übrigen ist unser Programm das alte Programm der konservativen (klerikalen) Partei.“

Um diese Zeit ward auch die

Deutsche Volkspartei

aus der Taufe gehoben. Im August 1895 hatten die „Kärntner Nachrichten“ in Villach, die vom Abgeordneten Prof. Steinwender informiert wurden, mitgeteilt, daß verschiedene radikal-

[19] Um die von hier ab benützten Quellen nicht einzeln anführen zu müssen, nenne ich die entsprechenden Nummern der: „Neuen Freien Presse“, der „Deutschen Zeitung“, des „Vaterland“, des „Linzer Volksblatt“ und die Protokolle der sozialdemokratischen Parteitage.

deutsche Abgeordnete im Begriffe stünden, eine neue Partei ins Leben zu rufen, und im September bemerkte Dobernig in einer in Klagenfurt gehaltenen Kandidatenrede: „Wir brauchen eine deutsche Volkspartei, die sich als Verkörperung aller nationalgesinnten Deutschen und als Bollwerk gegen die Übermacht des Judentums auf allen Gebieten darstellt.“ Bald war der Wunsch erfüllt. Am 20. Oktober wurde in Prag unter dem Vorsitze Bareuthers die deutsche Volkspartei für Böhmen gegründet, wo für die Landtagswahlen gerüstet ward. Mit Bareuther fanden sich Prade, Dr. Kindermann und Dr. Schücker zusammen. In der alpenländischen Gruppe, die sich rasch anschloß, spielte Dr. Steinwender die erste Geige.

Das Programm der geeinten deutschen Volkspartei wurde am 7. Juni 1896 in Wien beschlossen; es hat mit dem Linzer Programme viele Ähnlichkeit. „Die Deutsche Volkspartei“ — heißt es — „ist streng national, freiheitlich und sozialreformatorisch“. Daraus ergeben sich als grundsätzliche Forderungen: die Befestiguug des Bündnisses mit dem Deutschen Reiche; die Unterordnung der innerpolitischen Fragen unter das nationale Interesse der Deutschen, die Festlegung der deutschen Staatssprache, die Sonderstellung Galiziens, die Befreiung von den nachteiligen Einflüssen des Judentums; Reform des Wahlrechts, die Zurückweisung aller Angriffe auf die freie Schule und die Freiheit der Meinungsäußerung, ein freies Vereins-, Versammlungs- und Preßrecht und die politische Unabhängigkeit der Beamten. Die Deutsche Volkspartei verwirft den Kampf gegen die Religion, steht aber in entschiedenem Gegensatze zur klerikalen Partei. Die Deutsche Volkspartei verlangt die Verminderung der Militärlasten, insbesondere die zweijährige Dienstpflicht, die Reform der Gewerbeordnung unter Beibehaltung des Befähigungsnachweises und den Ausbau des Zwangsgenossenschaftswesens, Maßnahmen gegen die Schmutzkonkurrenz und den Hausierhandel. Ebenso will die Deutsche Volkspartei gesetzliche Maßnahmen zum Schutze des Bauernstandes; sie spricht jedoch nur ganz allgemein von einer Reform der Agrarrechte. Sie fordert eine kräftige Sozialpolitik, und zwar die Regelung der Arbeitsvermittlung, die Vereinfachung der Kranken- und Unfallversicherung, die Einführung der Invaliditäts- und Altersversorgung. Sie will weiter die energische Förderung der Industrie und spricht sich dagegen aus, daß Kohle und Eisen Gegenstand eines Privatmonopols werden. Die Deutsche Volkspartei verlangt durchgreifende Steuerreformen, einen gerechten Ausgleich mit Ungarn und ein Zollbündnis mit dem Deutschen Reiche[20].

---

[20] Die Tätigkeit der Deutschen Volkspartei in der Legislaturperiode 1901—1907, Bericht. Wien 1907. S. 3—6.

Das letzte Privilegienparlament ging aus den Wahlen des Jahres 1900/1901 hervor. In der Mitte der Legislaturperiode (im Anfange 1903) gruppierten sich die deutschen Abgeordneten folgendermaßen:

Deutsche Fortschrittspartei	30	Mandate,
„ Volkspartei	46	„
Verfassungstreuer Großgrundbesitz	30	„
Christlichsoziale Vereinigung	25	„
Deutsche Bauernpartei	4	„
Freialldeutsche	8	„
Alldeutsche	14	„
„ Wilde	2	„
Katholische Volkspartei	29	„
Sozialdemokratie (insgesamt)	10	„
Mährische Mittelpartei	3	„

Die deutsche Fortschrittspartei stieg wie ein Phönix aus der Asche der „Vereinigten Deutschen Linken" empor; allein die Schwingen waren schwach und der Flug ging nicht hoch.

Am 7. April 1897 fixierte der Klub sein Programm: Wahrung des ideellen und wirtschaftlichen Besitzstandes der Deutschen; Sicherung einer Stellung für die Deutschen, die der kulturellen und geschichtlichen Bedeutung dieses Volkes entspricht. Die Verhältnisse der Nationen dürfen nur im Wege der Gesetzgebung geordnet werden. Die Administrative hat die Schädigung der Deutschen zu unterlassen. Gründliche Reform der Verwaltung; Sicherung des interkonfessionellen Charakters der Schule und der Gleichheit aller Staatsbürger vor dem Gesetze; freie Meinungsäußerung, freies Vereins- und Versammlungsrecht werden verlangt; ebenso Garantien für die Beseitigung des Wahlterrorismus und freiheitlicher Ausbau der Staatsgrundgesetze. Das Kleingewerbe und der Kleingrundbesitz sollen durch Hebung des Fachunterrichts, Verbilligung des Kredits, Fortsetzung der staatlichen Gewerbeförderung, Pflege des Genossenschaftswesens und Umgestaltung des Lieferungswesens für den Staatsbedarf gefördert werden. Handel und Industrie sollen besondere Aufmerksamkeit finden. Der Kampf gegen die Korruption und den unlauteren Wettbewerb sowie das Eintreten für die sukzessive Einführung der Alters- und Invaliditätsversicherung der Arbeiter unter Beitragsleistung des Staates und für die Schaffung von staatlichen Arbeitsvermittlungs- und Einigungsämtern werden zugesagt. Die Ausgestaltung der Arbeiterschutzgesetzgebung bildet einen Programmpunkt; desgleichen die Freiheit der Presse bei Einschränkung der Möglichkeit des Machtmißbrauchs.

In der Mitte dieser Partei wirkten: Dr. Lecher, Dr. Licht, Demel, d'Elvert, Dr. Funke, Dr. Groß, Prof. Marchet, Dr. Menger, Dr. Pergelt.

Da sich die Fortschrittspartei mit Ausschluß der Großgrundbesitzer konstituierte, schlossen sich diese zum „Klub des verfassungstreuen Großgrundbesitzes" zusammen. Dr. Baernreither und Graf Stürgckh waren die beiden Führer und die beiden Pole der Vereinigung.

Nach dem Wahlaufrufe für Niederösterreich vom Dezember 1900 wollten die verfassungstreuen Großgrundbesitzer die Bestrebungen der Deutschen zur Erhaltung ihrer Stellung „auf das kräftigste" unterstützen, dabei aber stets für die Erhaltung des Friedens im Reiche und für die Erhaltung der bestehenden Verfassung eintreten. Nicht die Hintansetzung der nationalen Bedürfnisse irgendeines Volksstammes darf das Bestreben bilden, doch müssen die Bedürfnisse des Staates gegenüber den Sonderbestrebungen der Teile anerkannt werden. Die Förderung der wirtschaftlichen Interessen auf allen Gebieten schaffender Tätigkeit wird verlangt.

Unter allen deutschen Fraktionen brachte es die

„Deutsche Volkspartei"

zur angesehensten Stellung; nicht so sehr vermöge ihrer inneren Stärke als vielmehr wegen ihrer inneren Schwäche. Einheitlichkeit fehlte; das Einvernehmen zwischen dem sudetenländischen und alpenländischen Flügel war nicht immer das beste; außerdem gab es unzählige Strömungen und Unterströmungen. Als Grundlage der Partei galt zuletzt das Linzer Programm; das Merkmal der Taktik aber war völlige Programmlosigkeit. Neben Derschatta und Prade fielen Dr. Beuerle, Chiari, Dobernig, Dr. Erler, Hofmann von Wellenhof, Hueber, Prof. Kaiser, Dr. Lemisch und Dr. Sylvester auf.

Aus den Deutschnationalen um Schönerer wurden die

„Alldeutschen"

Sie haben bei den vorletzten Reichsratswahlen ungeahnte Erfolge errungen. Mehr noch als die Stimmung in Deutschböhmen bewirkten die glänzenden agitatorischen Fähigkeiten K. H. Wolfs den raschen Aufschwung. Innere Zwistigkeiten entkräfteten und zersplitterten jedoch die Partei im Laufe der Jahre. Ihre antidynastische und antiösterreichische Politik nahm immermehr überhand. Der Widerstand gegen das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht bedeutete einen Bruch mit den demokratischen Überlieferungen.

Am 23. September 1906 ließ Schönerer das Linzer Programm fallen; denn „infolge der deutschfeindlichen Wahlreform können die nationalen Forderungen der Deutschen nicht mehr aufrechterhalten werden". Da die Deutschen auf parlamentarischem Boden nicht mehr nationale Vorteile zu erlangen imstande sind, müssen sie sich auf folgende Grundsätze beschränken: bundesrechtliches Verhältnis der deutschen Länder Österreichs mit dem Deutschen Reiche; Bekämpfung aller Regierungen, die diesem Ziele entgegenwirken; Vermeidung von Loyalitätskundgebungen; Zurückweisung des jüdischen Einflusses; Förderung der Los von Rom-Bewegung. Bis zur Erreichung des bundesstaatlichen Verhältnisses zum Deutschen Reiche ist die Slavisierung und Entdeutschung Österreichs mit allen Mitteln zu bekämpfen und die Personalunion mit Ungarn zu erstreben.

Dr. Berger, Dr. Eisenkolb, Iro, Franko Stein und Schalk waren die bekanntesten Mitglieder.

Eine besondere Gruppe bildeten die

„Freialldeutschen"

mit K. H. Wolf an der Spitze, der seit dem Brüxer Prozesse, den schönererianische Eifersucht gegen ihn anzettelte, aus der Partei, der er zum Siege verholfen hatte, ausgeschieden ist. Dr. Tschau, Raphael Pacher und Dr. Sommer standen ihm zur Seite. Die Freialldeutschen blieben dem Linzer Programme treu.

Im Jahre 1897 hatte sich im Parlamente das

„Katholische Zentrum"

als selbständiger Verband niedergelassen, nachdem Hohenwart von der Politik zurückgetreten war. Graf Julius Falkenhayn, Graf Haugwitz, Freiherr von Hayden, Abt Treuinfels, die ehemals der Rechtspartei angehörten, fanden sich zusammen.

Sie erblickten im Kaiser den berufenen Hort der Religion, des Rechts und der Einheit der Monarchie; sie unterwarfen sich den Hirtenbriefen des Episkopats; sie bekämpften die Korruption, sie suchten das Einvernehmen zwischen Kirche und Staat wiederherzustellen und die Gleichberechtigung aller Nationen zur Wahrheit zu machen; sie traten für die historisch-politischen Individualitäten der Königreiche und Länder ein. In Fragen der auswärtigen Politik sollte Österreich als Großmacht auftreten können.

Dieser Klub vereinigte sich später mit der uns schon bekannten

„Katholischen Volkspartei" (Zentrum),

die nach den Neuwahlen von 1897 kurz erklärte:

Geeint in den Grundsätzen der Hirtenbriefe wird der Klub der katholischen Volkspartei eintreten: I. für die Großmachtstellung der Monarchie; II. für die Autonomie und Integrität der Königreiche und Länder; III. für die Ordnung des öffentlichen Rechts in religiöser, wirtschaftlicher und nationaler Beziehung auf christlicher Grundlage.

Zu großer Macht gelangten die

„Christlichsozialen".

Ende der Achtzigerjahre im Parlamente nur durch Dr. Lueger und Dr. Pattai vertreten, haben sie in den Neunzigerjahren ihren Entwicklungsgang mit Siebenmeilenstiefeln zurückgelegt. Durch den Zusammenbruch des Liberalismus bei der fast gleichzeitigen politischen Bevorzugung des Handwerks war für ein neues Parteielement Raum geworden. Dr. Karl Lueger, dieser ins Wienerische übersetzte Daniel O'Connell, erkannte mit feiner Witterung die Bedürfnisse seiner Zeit; er sah, daß er siegen könne, wenn er sich nicht mit allzu schwerem geistigem Gepäcke belaste. Sein Scharfblick lehrte ihn, daß er Wien und Österreich mit Walzerrhythmen erobern müsse. Der Antisemitismus gab ein zündendes Schlagwort ab und half über alle anderen Verlegenheiten hinweg. In dem dahinwelkenden Alt-Österreich ward die Gruppe am mächtigsten, die ohne festes Programm am meisten wollte und am meisten versprach, denn nur starke Reiche können starke, innerlich gefestigte Parteien vertragen. In der Geschichte der Christlichsozialen kommen zwei Perioden in Betracht: die des Aufstiegs und die der Sättigung. In der ersten Epoche war die Gruppe extrem antisemitisch. Daneben aber beeinflußten sie die Gedanken des Freiherrn von Vogelsang, die ein gewisses soziales Empfinden erweckten. In dieser Zeit verhielt sich ein Teil der Konservativ-Klerikalen schroff ablehnend und der hohe Episkopat direkt feindlich. Hingegen ging die niedere Geistlichkeit, die sogenannte Kaplanokratie, mit den Christlichsozialen, die denn auch am 29. August 1901 den ersten Klerustag arrangierten[21].

[21] Dr. Josef Scheicher, Der österreichische Klerustag. Wien 1903. — Übrigens hatte sich Kardinal Schönborn schon anfangs 1895 nach Rom gewandt, um den Papst zu einer Kundgebung gegen die Christlichsozialen, die die Kaplanokratie an sich zu ziehen bemüht waren, zu bewegen. Der Episkopat fürchtete damals die Unbotmäfsigkeit des niederen Klerus.

Die Wiederholung wurde vom Episkopate verhindert, obwohl zu dieser Zeit das Einvernehmen zwischen den Christlichsozialen und dem hohen römischkatholischen Klerus bereits ein recht herzliches war. Im Jahre 1895 allerdings hatte das Wiener „Vaterland“ noch vom „revolutionären Zug“ in der christlichsozialen Partei gesprochen. Die zweite Periode begann eigentlich mit der Eroberung des Wiener Gemeinderates und des niederösterreichischen Landtages. Die Kampfpartei wurde zur Verwaltungspartei. Der Antisemitismus trat zurück, der Klerikalismus drängte sich um so mehr hervor. Die christlichsoziale Partei, die jahrelang für die Personalunion mit Ungarn eingetreten war, verfocht seit dem Eggenburger Parteitage großösterreichische Anschauungen.

Erst in der allerletzten Zeit haben es die Christlichsozialen zu einem regelrechten Programme gebracht, denn als solches kann das Wahlmanifest vom 10. März 1907 gelten. Nachdem dieses den großösterreichischen Gedanken entwickelt, den deutschen Charakter der Partei betont, den Schutz der christlichdeutschen Gesittung proklamiert und an dem Kampfe gegen die von jüdisch-freimaurerischem Geiste geleitete Sozialdemokratie festzuhalten versprochen hat, verlangt es: eine umfassende Sozialgesetzgebung und eine durchgreifende Steuerreform, eine allgemeine obligatorische Volksversicherung für Alter und Erwerbsunfähigkeit sowie im Falle des Todes des Ernährers für Witwen und Waisen. Für den Mittelstand fordern die Christlichsozialen den wirtschaftlichen Schutz. Das Gewerbe wurde durch die schrankenlose Freiheit, die von der jüdisch-liberalen Manchesterpartei eingeführt ward, ruiniert, während die Christlichsozialen die Ansätze zur Gewerbereform geschaffen haben. Sie verlangen nun: Schutz gegen unlauteren Wettbewerb, Ausbau des genossenschaftlichen Hilfswesens, Kredit- und Absatzorganisation des Kleingewerbes mit Staatsunterstützung, Maßnahmen gegen die Großwarenhäuser und Konsumvereine und eine neuerliche Verschärfung der Gewerbeordnung. Für die Landwirtschaft fordert die christlichsoziale Partei: die Befreiung des Bodens von der Schuldenlast, die Organisation eines billigen Kredits, gesunde, von der Börse unbeeinflußte Preisbildung, Beseitigung des ausbeuterischen Zwischenhandels, Schutz der Alpenweiden, Verbreitung der Viehmast, genossenschaftlicher Zusammenschluß der Bauernschaft, Ausbau des landwirtschaftlichen Versicherungswesens, Maßregeln gegen die Landflucht, Verhinderung der Bildung übermäßiger Jagdgebiete, Verbesserung der landwirtschaftlichen Fortbildung und Anpassung des Schulwesens an die praktischen Bedürfnisse. Die Christlichsozialen verlangen für die Arbeiterschaft: Schutz der Menschenwürde, Verschärfung der Schutzgesetze für Frauen

und jugendliche Arbeiter, Verringerung der Arbeitszeit in den Fabriken, Schaffung einer Arbeitslosenversicherung und von Einigungsämtern. „Die christlichsoziale Partei wird dieses Programm gegenüber der unter der Patronanz des Judentums und der jüdischen Presse verbündeten Parteien ihrer Feinde mit unbeugsamer Ausdauer vertreten."

In dieser Gruppe dominierten neben Dr. Lueger Prinz Alois Lichtenstein, Dr. Geßmann, Dr. Pattai und Scheicher; Ernst Schneider repräsentierte die extrem-antisemitische Richtung.

In der letzten Zeit gewann die vom Abgeordneten Peschka geführte

„Deutsche Agrarpartei"

an Bedeutung.

Das Programm vom 23. Juni 1905 verlangt in seinem ersten Teile die Aufhebung des § 14; die Personalunion mit Ungarn; die Errichtung eines mitteleuropäischen Zollvereins (mit Ausschluß der Balkanstaaten); die deutsche Staatssprache bei Erhaltung des Zentralismus; die Zweiteilung Böhmens; den Ausbau der berufsgenossenschaftlichen Organisation; die Herabminderung der Heereskosten und die Einführung der zweijährigen militärischen Dienstpflicht; die Reform des Bergrechts, Wasserrechts uud des Jagdgesetzes. Die deutsche Agrarpartei bekämpft im zweiten Teile des Programms die Korruption, verlangt volle Rede- und Preßfreiheit und uneingeschränkte Freiheit für die wissenschaftliche Forschung; sie fordert, daß jede Nation nur für ihre eigenen Schullasten aufzukommen habe. Der dritte Programmteil erstrebt den zollpolitischen Schutz der Landwirtschaft und verlangt die Förderung und Bevorzugung der landwirtschaftlichen Genossenschaften durch den Staat. Die Meliorationsbestrebungen, die Errichtung ländlicher Wasserleitungen und die Zusammenlegung der Grundstücke soll gefördert werden. Dem landwirtschaftlichen Versuchs- und Unterrichtswesen ist besondere Aufmerksamkeit zu schenken. Der Stand der Landarbeiter und Dienstboten soll eine wirtschaftliche und geistige Hebung erfahren.

Die internationale

„Sozialdemokratie"

hielt ihren ersten österreichischen Parteitag am 30. Dezember 1888 in Hainfeld ab. Von da an kann erst von einer einheitlichen klassenbewußten österreichischen Arbeiterpartei gesprochen werden. Die Partei schuf sich ursprünglich eine zentralistische Organisation. Das am vierten Parteitage zu Wien im Jahre 1894 angenommene Organisationsstatut kennt eine Bezirks- und Kreiseinteilung, eine Gesamtparteileitung und einen Gesamtparteitag. Von der 1893 beschlossenen Organisation nach Kronländern wurde Abstand genommen. Die

nächste Etappe war die Schaffung eines national gegliederten Grundrisses für den Parteiaufbau. Die internationale Arbeitertruppe wurde eben immer nationaler, bis sie sich schließlich in nationale Armeekörper zerteilte, die durch die einheitliche Parteileitung und den Gesamtparteitag zusammenhängen. Neben dem Gesamtparteitage und der Zentralleitung gibt es für die einzelnen Nationen separate Parteitage und Parteileitungen. Die auf dem Hainfelder Parteitage angenommene Prinzipienerklärung nebst den Resolutionen wurde auf dem Gesamtparteitage zu Wien im November 1901 umgeändert.

Das neue Programm der österreichischen Sozialdemokratie ist in seinem prinzipiellen Teile von marxistischem Geiste erfüllt, aber die revisionistische Beeinflussung ist deutlich erkennbar; so wurde das Verelendungsprinzip fallen gelassen. Das Programm fordert unter anderem: 1. allgemeines gleiches Wahlrecht für Staat, Land und Gemeinde ohne Unterschied des Geschlechts, Proportionalwahlsystem, dreijährige Gesetzgebungsperioden, Diätenbezug; 2. direkte Gesetzgebung durch das Volk mittels des Vorschlags- und Verweigerungsrechts; 3. volle Preß-, Vereins- und Versammlungsfreiheit; 4. volle Freizügigkeit; 5. Unparteilichkeit der Beamten; 6. unabhängige Rechtspflege (Entschädigung unschuldig Verhafteter und Verurteilter, Wahl der Geschworenen auf Grund des allgemeinen, gleichen Wahlrechts, Abschaffung der Todesstrafe; 7. staatliche und kommunale Organisation des Sanitätsdienstes, unentgeltliche ärztliche Hilfeleistung und Arzneimittel; 8. Erklärung der Religion als Privatsache, Trennung von Staat und Kirche; 9. obligatorische, unentgeltliche und weltliche Schule, unentgeltliche Lehrmittel, Verpflegung der Kinder in den Volksschulen; 10. Ersetzung aller indirekten Steuern durch progressive direkte Steuer; 11. Ersatz des stehenden Heeres durch die Volkswehr; 12. Gleichstellung von Mann und Frau. Außerdem wird detailliert ein weitgehender Arbeiterschutz verlangt. Auf dem Brünner Parteitage des Jahres 1899 wurde ein Nationalitätenprogramm angenommen, das noch fortbesteht. In diesem heißt es: „Die endliche Regelung der Nationalitäten- und Sprachenfrage in Österreich im Sinne des gleichen Rechts, der Gleichberechtigung und Vernunft ist vor allem eine kulturelle Forderung und daher im Lebensinteresse des Proletariats gelegen.“ Österreich ist in einen demokratischen Nationalitätenbundesstaat umzuwandeln; an Stelle der historischen Kronländer seien national abgegrenzte Selbstverwaltungskörper zu bilden; das Recht der nationalen Minderheiten soll durch ein Reichsnationalitätengesetz gewahrt werden. Der fünfte Punkt besagt: „Wir erkennen kein nationales Vorrecht an, verwerfen daher die Forderung einer Staatssprache; wie weit eine Vermittlungssprache notwendig ist, wird das Reichsparlament bestimmen. Der Brünner Parteitag erklärt ferner“ feierlich, daß er

das Recht jeder Nationalität auf nationale Existenz und nationale Entwicklung anerkennt.

Der österreichischen Sozialdemokratie war es erst nach der Badeni'schen Wahlreform vergönnt, ins Parlament einzuziehen; ihr Führer, der taktisch gewandte, maßvolle, das richtige Wort zur richtigen Zeit findende Dr. Viktor Adler, trat erst ins „hohe Haus" ein, als es schon in den letzten Zügen lag.

Der Vollständigkeit halber seien noch die

„Sozialpolitiker"

angeführt, die zuletzt durch Dr. Julius Ofner im Abgeordnetenhause vertreten waren.

Das am 23. Januar 1897 veröffentlichte Programm atmet durchaus modernen Geist. Es erklärt, „daß die sozialen Reformen auch vom nationalen Standpunkte der Deutschen aus gefordert werden müssen", denn die Deutschen können ihre Stellung nur behaupten, wenn sie in geistiger und politischer Hinsicht an der Spitze der Völker stehen. Die Sozialpolitiker werden der Verständigung der Völker Vorschub leisten, doch auch dem Bestreben anderer Nationen, den deutschen Minoritäten in ihren Bestrebungen Widerstand zu leisten, kräftig entgegentreten. Die deutsche Sprache erscheint ihnen als zentrales Verständigungsmittel. Sie verlangen neben dem allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrecht stärkeren Einfluß auf die auswärtige Politik für die Volksvertretung und die Einführung internationaler Schiedsgerichte. Sie treten für die freiheitliche Reform der gesamten Gesetzgebung und Verwaltung ein und weisen den Einfluß der Kirche auf staatliche Angelegenheiten zurück. Sie vertreten eine moderne Wirtschaftspolitik, verlangen die Förderung neuer Industrien und empfehlen die Überleitung der zünftlerischen Genossenschaften in produktiv tätige. Außerdem folgen noch die eigentlichen Forderungen der Sozialpolitiker.

Die Obstruktionskämpfe haben einen Teil der deutschen Parteien wiederholt zu einem gemeinsamen Vorgehen gedrängt; immer aber hatte der gewonnene Zusammenhang entweder nur kurze Dauer oder er beschränkte sich darauf, daß irgend eine kraft- und machtlose Vereinigungsform äußerlich fortbestand. Im Februar 1899 wurde die

„Gemeinbürgschaft der Deutschen"

geschaffen; die deutsche Fortschrittspartei, der verfassungstreue Großgrundbesitz, die deutsche Volkspartei, die Christlichsozialen und die Freie Deutsche Vereinigung stifteten einen neuen Bund. Im Mai wurde dann das

„Pfingstprogramm"

angenommen, welches für alle freiheitlichen Deutschen richtunggebend sein sollte.

Die allgemeinen Bestimmungen verlangten die gesetzliche Feststellung der deutschen Sprache als allgemeine Vermittlungssprache; sie forderten die gesetzliche Bezeichnung „Österreich" für die „im Reichsrate vertretenen Königreiche und Länder", das Festhalten an dem Einheitsstaate, die bessere Ordnung der Verhältnisse zu Galizien und zu Ungarn, die Beseitigung beziehungsweise Einschränkung des § 14, die Schaffung eines kontinentalen Wirtschaftsbundes gegen die überseeische Konkurrenz und die Aufrechterhaltung des Bündnisses mit Deutschland, bei regerer Pflege der großen geistigen Beziehungen zu diesem Staate. In Spezialbestimmungen für die einzelnen Kronländer wurden die nationalen Einzelforderungen präzisiert.

Mit Freudenausbrüchen begrüßt, ward es sehr bald vergessen; im ersten Jubel sprach man von einem neuen Panier, doch fand man rasch, daß es sich um ein schnell vergilbendes Blatt Papier handle. Zuletzt waren die gemäßigteren deutschen Parteien durch den „Viererausschuß" gemeinsam vertreten. Allerdings wurde man hier an das Wort Kürnbergers: Gemeinsame Gesetze, gemeinsames Gemetzel! erinnert. Die Zerrissenheit, Rückgratlosigkeit und Unentschlossenheit der Deutschen, die bereits an der Wiege des Privilegien-Konstitutionalismus hervorgetreten war, hielt weiter an.

* * *

Die Herrschaft der Deutschliberalen hatte wie eine Fata morgana irregeführt. Man nahm den Schein für Wirklichkeit hin. Aber Österreich hatte nur eine liberale Regierung gehabt, es war nicht liberal gewesen. Als nun die Tünche abfiel, zeigte sich das natürliche Wesen; der klerikal-feudale Zug trat hervor. Alles änderte sich bis auf eine Ausnahme: die depossedierten Liberalen blieben sich gleich. Wie die ersten Christen wehrlos in den Feuertod zogen, so passiv in ihrem Gehaben gingen die Altliberalen ihrem vollständigen Ruine entgegen. Aber eines schickt sich nicht für alle! und wenn zwei das Gleiche tun, ist es nicht dasselbe. Die ersten Christen opferten sich für eine Idee, und aus dem mit edlem Märtyrerblute getränkten Boden wuchs der Katholizismus zur Weltmacht empor. Die Liberalen gaben sich

der sie beglückenden Trägheit preis und fielen als Opfer ihrer Indolenz; sie boten keinen erhabenen, sondern einen abstößenden Anblick. Die Leitung der Liberalen ging in der zweiten Hälfte der Achtzigerjahre von Dr. Herbst auf den jüngeren Plener über. Die Partei erhielt einen neuen Kopf doch keinen neuen Gedanken. Der zündende, belebende Funke blitzte nicht auf. Unter Pleners Führung stürzten sich die Liberalen in die Koalition, das heißt ins Verderben. Sie gingen nicht nur geistig und moralisch zugrunde, sie schrumpften auch der Zahl nach stark zusammen. Die einstige Regierungspartei trocknete zu einem Häuflein ein.

Die von den Deutschliberalen vorlorenen Mandate wurden von den verschiedensten Parteien an sich gerissen. Alle emporkommenden Kräfte hatten die eine Eigenart gemeinsam, daß sie wenigstens in den ersten leidenschaftsvollen Kampfesjahren die schärfste Gegnerschaft zum Liberalismus geradezu triumphierend betonten. Von den Deutschnationalen bis zu den Christlichsozialen erschallte die Parole: Nieder mit dem Liberalismus! Allein die Parteien, die ihr folgten, zerfielen in zwei scheinbar berührungslose Gruppen. Die einen stritten für die Rechte der Kirche, die andern gaben sich als freiheitlich aus. Mit der Spezies der Freisinnigen müssen wir uns nun beschäftigen. Als die freisinnigen Parteien politisch wohlhabend geworden waren und als die Liberalen ihr altes Firmenschild beschämt einzogen, sich fortab als Fortschrittliche gerierend, verschwanden die Gegensätze; die großen trennenden Unterschiede verblaßten. Man gebrauchte für all diese Fraktionen den Gattungsbegriff: freisinnig und ab und zu sogar: liberal.

Die Parteien, die ursprünglich mit den Liberalen ihre Waffen kreuzten, wuchsen in einer Zeit heran, in der Österreich den Fünf-Gulden-Männern untertan war. Das politische Leben zeigte schon alle Zeichen der Entartung. Die aufstrebenden Mächte hatten gar nicht den Ehrgeiz zu führen, sondern ließen sich willig führen. Sie brachten nicht neue Anschauungen mit, sondern suchten ängstlich der Masse die Wünsche von den

Stirnen abzulesen. Aus Parlamentariern wurden Marionetten. Das Abgeordnetenhaus stand nicht mehr über der Gasse, es seufzte unter der Herrschaft der Straße; nicht im guten, sondern schlechten Sinne. Alle großen Ziele entschwanden, jeder Ehrgeiz, der über den Mandatsbesitz hinausging, wurde fremd. Man kann es nicht ohne peinigende Beschämung aussprechen: In keinem Kulturstaate Europas haben die Freisinnigen in diesen Jahrzehnten politisch so wenig schöpferisch gedacht, wie in Deutschösterreich. Seit Dr. Adolf Fischhof, der im Jahre 1848 bereits 32 Jahre zählte, brachte der deutschösterreichische Liberalismus keinen nennenswerten politischen Theoretiker hervor; Dr. Karl Renner (Rudolf Springer), der in den letzten Jahren Großes und Bleibendes geleistet hat, ist ein Sozialdemokrat. Von einem liebevollen Versenken in das österreichische Staatsproblem zeugt kein Lied, kein Heldenbuch, und die weltbewegenden sozialen Ideen haben nicht mehr als einige manchesterliberale oberflächliche Gegenäußerungen hervorgerufen. Das ernste Problem der wachsenden Bevölkerungszahl wurde nicht berücksichtigt; man reichte einige Schlaftränklein[22] und ließ im übrigen die Dinge den Lauf nehmen, den sie wollten. Was Österreich tun müsse, wenn es seinen Bevölkerungszuwachs versorgen, seine natürlichen Reichtümer voll ausnützen wolle: wer dachte daran?!

Der Freisinn hat weder politisch noch geistig etwas geleistet; er war in seiner Unfruchtbarkeit dem alten Liberalismus gleich. Es ist ja wahr, in Österreich genießt die intellektuelle und sachliche Arbeit nicht das Ansehen und die Anerkennung, die ihr sonst überall zuteil wird; zudem sind

---

[22] Ich müßte hunderte Beispiele anführen, wollte ich dafür erschöpfende Illustrationen beibringen. In einer Zeit, in der Anträge im Abgeordnetenhause noch als ernste Manifestationen gedacht waren, „retteten" einige Parlamentarier das Volk auf folgende einfache Weise: Die Abgeordneten Hauck, Dötz und Freunde verlangten „100 Millionen Gulden zur Hebung und Rettung des Kleingewerbes"; dieselben Abgeordneten forderten am selben Tage „die Aufnahme eines Staatsanlehens von 100 Millionen Gulden zum Ankaufe verschuldeter Bauernwirtschaften". S. Sten. Prot. d. Abgeordnetenhauses, XI. Sess., 23. Nov. 1895, S. 21 589.

die Deutschösterreicher kein politisches Volk wie etwa die Tschechen, Italiener und Magyaren. Dazu kommen noch die nationalen Wirren und die traurigen Folgeerscheinungen der ungleichen Wertung der Staatsbürger. Aus all' diesen Momenten läßt sich sicherlich der Einwand des unwiderstehlichen Zwanges zur Versumpfung ableiten, und vielleicht wird einst ein tüchtiger Vertreter vor dem Forum der Geschichte einen Freispruch erwirken; niemals jedoch wird die betrübende Tatsache aus dem Buche der Ereignisse ausgelöscht werden, daß der Liberalismus und der Freisinn in Alt-Österreich ihre Tätigkeitsbilanz stets mit einem Passivsaldo abschlossen.

Vorbei sind die trüben Jahrzehnte! Der Schutt und das Gerölle ist beiseite geräumt, das Recht der Privilegierten auf den Staat sank mit der Zeit hin und die Gegenwart erkennt das Recht aller auf den Staat an. Andre Zeiten, andre Sitten; andre Ursachen, andre Wirkungen! Der Bann, der Jahrzehnte auf uns gelastet, wurde von uns genommen; laßt uns froh und zuversichtlich in die Zukunft blicken. Vor Dezennien versuchte man den Tag zu feiern, an dem die Februarverfassung den Völkern Österreichs „gegeben" ward. Der Brauch hielt sich nicht lange, denn es zeigte sich, daß Schmerlings Schöpfung mehr Bürde als Zierde war. Mit anderen Grundsätzen und Grundgesetzen rechnen wir nun. Am 26. Januar 1907 wurde das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht für Österreich von der Krone sanktioniert. Hoffen wir, daß die Wiederkehr des Tages zum Feste werde!

Eine wundervoll erhebende Erinnerung taucht in meinem Gedächtnisse auf. Am Züricher See war's. Die Sonne hatte mit ihren letzten Strahlen grüßend Abschied genommen. Auf den Bergen züngelte es buntfarbig empor, beleuchtete Boote zogen wie wandelnde Lichter über den See hin, und die Ufer erglänzten in tausendflammigem Scheine. Das Fest der Grundsteinlegung zur Schweizer Eidgenossenschaft wurde gefeiert, und Jung und Alt war am Seestrande zusammengelaufen. Fröhliches Treiben regte sich allerorten! Es war nicht die Ausgelassenheit österreichischer Feste, sondern der stolze

Frohsinn von Leuten, die mit ihrem Schicksale zufrieden sind, die nicht im Taumel ihr Los vergessen, sondern in heiterer Glückseligkeit einer freudvollen Vergangenheit und Gegenwart gedenken. Da hörte ich, wie jemand fragte, was gefeiert werde. Die Freiheit! sagte ein Schweizer Junge und sprang munter weiter. . . . Vielleicht erleben wir in Neu-Österreich ein ähnliches Schauspiel.

Zweiter Teil.

Neu-Österreich.

Es dürfte jemand hervortreten und mich fragen: wer gibt gerade dir .. das Vorrecht .. auf uns einzudringen? hätte nicht jeder unter den tausend Schriftstellern eben dasselbe Recht dazu, wie du, von denen keiner es tut, sondern du allein dich hervordrängst? Ich antworte, daß allerdings jeder dasselbe Recht gehabt hätte, wie ich, und daß ich gerade darum es tue, weil keiner unter ihnen es vor mir getan hat, und daß ich schweigen würde, wenn es ein anderer getan hätte.

J. G. Fichte,
14. Rede an die deutsche Nation.

A. Der Staat.

1. Die Industriepolitik und die wirtschaftlichen Kräfte.

Will man die großen europäischen Kulturstaaten als Faktoren des Wirtschaftslebens charakterisieren, dann muß man England als den reichen, gesetzten, sicher auftretenden Mann, Deutschland als den vorwärtseilenden, Berge und Abgründe, Flüsse und Meere leicht überwindenden Jüngling, Frankreich als eine graziöse, den jeweiligen Verhältnissen sich rasch anpassende Dame und Österreich als ein unbeholfenes Kind, das abwechselnd der Aufsicht eines reaktionären Hofmeisters oder dem Schutze eines zaghaften Erziehers überantwortet wird, darstellen. Die Zurückgebliebenheit Österreichs ist leicht zu erklären, da der Staat in der ersten Hälfte des vorigen Jahrhunderts vollständig ruhte und seit den letzten fünfzig Jahren eine konsequente, in sich selbst gefestigte Wirtschaftspolitik vermißte. In den letztverflossenen Dezennien gab der österreichischen Politik das Ringen der Nationen um eine gesicherte Existenz Farbe und Richtung; die kostbare Zeit, die in den führenden Staaten der Pflege der Volkswirtschaft gewidmet ward, wurde in Österreich von der Sorge um den Neubau des Reiches in Anspruch genommen. Der unfruchtbare Sprachenstreit hielt den wirtschaftlichen Werdegang Zisleithaniens auf, ja noch mehr, er lenkte den Blick von den wichtigsten, den ökonomischen Problemen ab. Heute ist die österreichische Nationalitätenfrage theoretisch gelöst; man lernte Österreich als einen Völkerstaat erkennen, und

eine hoffentlich nicht zu ferne Zukunft wird der späten Erkenntnis in der Praxis zum Siege verhelfen. Es ist ein nicht hoch genug zu veranschlagendes Glück, daß man hoffen darf, in Österreich werde wieder die Fähigkeit zurückkehren, den Staat unter allgemeinen Gesichtspunkten zu betrachten. Wenn das Österreich des Volksstimmrechts die jahrzehntenlangen Versäumnisse nachholen, die an seinen Völkern verübten Sünden gutmachen will, dann müssen die wirtschaftlichen Erwägungen in den Vordergrund treten. Es muß die Anschauung allgemein durchdringen, daß die Zukunft in einer modernen, rationellen Wirtschaftspolitik liege. Die erste Frage, die sich jeder Politiker und Staatsmann vorzulegen hat, sollte lauten: Wie kann Österreich aus der wirtschaftlichen Kindheit zur Mannhaftigkeit emporgebracht werden? Die zisleithanische Wirtschaftspolitik war ein halbes Wollen, ein halbes Beginnen und ein halbes Vollbringen. Es lag dem Wesen der leitenden Staatsmänner und der innerösterreichischen Politik ferne, ein großes Problem herzhaft anzufassen und kühn zu lösen. Die wirtschaftlichen Fragen wurden stiefmütterlich behandelt, sie standen stets in zweiter Ordnung; man suchte mit ihnen fertig zu werden, schlecht und recht, so gut es eben ging. Und doch: vor zwei Jahrhunderten hat sich schon ein feiner, klarblickender Beobachter bestrebt, das Augenmerk der österreichischen Staatsmänner auf den springenden Punkt zu lenken und die führenden Kreise mit den Gefühlen der richtigen Verantwortung zu erfüllen. Es erschien ein gar merkwürdiges Buch; so klein wie ein Taschengebetbuch, enthält es die Bibel des Colbertismus. Schon der Titel offenbart den schönen Zukunftsglauben des Verfassers, denn er lautet etwas langatmig:

„Österreich über alles, wann es nur will. Das ist: wohlmeinender Fürschlag, wie mittels einer wohlbestellten Landesökonomie die kaiserliche Erblande in kurzem über alle anderen Staaten von Europa zu erheben und mehr als einige derselben von den andern independent zu machen“ [1].

[1] Frankfurt 1729. Der Verfasser zeichnet nur: F. W. v. H.

In neun Punkten stellt der Autor sein wirtschaftliches Programm auf, das in der Beschränkung der Einfuhr und in der Hebung der inneren Hilfskräfte gipfelt; insbesondere sollen Seiden-, Woll-, Leinen- und französische Waren in Österreich erzeugt werden. Der Colbertismus ist jetzt schon lange tot; trotzdem geziemt es sich, an den fast vergessenen Verfasser zu erinnern, der als Heilkünstler heute längst überholt, als Diagnostiker aber immer noch unübertroffen dasteht.

Wer segensreiche Wirtschaftspolitik treiben will, der darf nicht nach Krämerart vorgehen, sondern muß sich zur Großzügigkeit aufraffen, denn die Erreichbarkeit der Ziele hängt nicht von deren Entfernung ab. Eine weitausschauende Politik hat im Wirtschaftsleben oft mehr Berechtigung, als ein bloß auf naheliegende und scheinbare Erfolge gerichtetes Streben. Österreich ist heute schon dem Stadium entwachsen, in dem es zweifelhaft schien, ob es zu den Agrar- oder Industriestaaten gehöre. Gegenwärtig ist es bereits klar, daß Zisleithanien unter die Industriestaaten einzureihen ist. Ziffernmäßig erscheint wohl noch die Mehrheit der Bewohner in der Land- und Forstwirtschaft tätig, aber die Zahl sinkt von Jahr zu Jahr, wenngleich nur langsam. Von je 100 berufstätigen Personen entfielen:

	im Jahre		
	1869	1890	1900
auf die Land- und Forstwirtschaft	67,2	62,4	58,2
„ „ Industrie	19,7	21,2	22,3
„ den Handel und Verkehr	5,1	6,3	7,3
„ „ öffentlichen Dienst und auf freie Berufe	8,0	10,1	12,2[2].

Die Bedeutung der einzelnen Berufszweige für die Volkswirtschaft veranschaulicht die folgende nach den letzten Zählungsergebnissen gearbeitete Statistik, die die Bevölkerung nach Hauptberufsgruppen sondert:

---

[2] Prof. Dr. H. Rauchberg, Die berufliche und soziale Entwicklung Österreichs am Beginne des 20. Jahrhunderts. Vortrag in der Plenarversammlung des niederösterreichischen Gewerbevereins vom 13. Januar 1905. S. „Neue Freie Presse“.

	Berufstätige						Angehörige ohne eigenen Beruf	Hausdienerschaft	Summe der Berufszugehörigen
	Selbständige	Angestellte	Arbeiter	Taglöhner	Mithelfende Familienangehörige	Im ganzen			
Land- und Forstwirtschaft und deren Nebennutzungen	2 164 582	20 738	1 281 201	804 331	3 934 722	8 205 574	5 449 578	54 052	13 709 204
Industrie.	593 429	75 153	2 264 871	103 854	101 493	3 138 800	3 719 552	145 753	7 004 105
Handel und Verkehr . .	368 580	111 855	328 936	180 712	46 400	1 036 483	1 458 078	110 195	2 604 756
Offentlicher und Militärdienst, freie Berufe, Berufslose	1 184 085	237 005	302 346	2 442	1 861	1 727 739	936 148	168 756	2 832 643
Im ganzen	4 310 676	444 7 51	4 177 354	1 091 339	4 084 476	14 108 596	11 563 856	478 756	26 150 708

Wir ersehen aus dieser Tabelle, daß an der Land- und Forstwirtschaft unmittelbar 13 709 204 Personen interessiert sind, während mit dem Handel, der Industrie, dem öffentlichen Dienste und den freien Berufen insgesamt 12 441 504 Menschen in wirtschaftlicher Hinsicht verwachsen erscheinen.

Ein ganz anderes Ziffernbild ergibt sich, sobald man statt der Berufsstatistik die Steuerstatistik prüft. Im feudalen, fiskalischen, agrarisch-zünftlerischen Alt-Österreich hat im Jahre 1900 die in der Land- und Forstwirtschaft tätige Bevölkerung $31\frac{3}{8}\%$ zu den Staatseinnahmen beigetragen, während die an Kopfzahl kleinere nichtagrarische Bevölkerung mit $68\frac{5}{8}\%$ belastet erscheint[3]. Ungemein mühsame, aber lohnende Berechnungen, die von Dr. Schilder mit mustergiltiger Gewissenhaftigkeit durchgeführt wurden, haben das Ergebnis gezeitigt, daß von den gesamten Einnahmen des österreichischen Budgets für 1900 im Betrage von 1 654 231 657 Kronen, wovon nach Abschlag der durchlaufenden und Vermögensgebarungsposten 1 574 756 918 Kronen bleiben, 494 085 095 Kronen als Beitrag der agrarischen und 1 080 671 823 Kronen als Beisteuer der nichtagrarischen Bevölkerung aufzufassen sind. Diese Darlegungen machen offenbar, wie sehr der Staat heute schon von Industrie und Handel abhängig ist, und dieses Abhängigkeitsverhältnis muß sich naturnotwendig von Jahr zu Jahr steigern, wenn Österreich nicht leichtsinnig einen wirtschaftlichen Selbstmord begeht, indem es seine natürliche ökonomische Entwicklung hemmt. Soll man nun glauben, daß sich der Anachronismus eines von der Industrie und dem Handel lebenden und von der Agrikultur beherrschten Österreichs in der Zukunft erhalten werde? Die Industrie ist das Fundament, auf dem sich die Staatswirtschaft aufbaut, und es kann keinen Staatsmann geben, der diese Basis ernstlich zu erschüttern wagt. Aber auch die Industrie vermag nicht stehen zu bleiben, sie muß sich den ihr gebührenden Platz an der

---

[3] Dr. Sigmund Schilder, Agrarische Bevölkerung und Staatseinnahmen in Österreich. Wien 1906. S. 4 ff

Sonne der Staatsgunst erkämpfen. Sie kann nur im Industriestaate gedeihen und ihre Schwingen mächtig rühren; sie ringt immer — wenn auch unbewußt — um die Herrschaft, weil sie ein bestimmtes Milieu braucht, wie die Pflanze den Boden, wie der Fisch das Wasser. Um diesen Vorrang zu erlangen, wird es allerdings noch der Arbeit und Mühe von Jahrzehnten bedürfen, denn der Sieg des Industrialismus vermag nur auf den Trümmern des wirtschaftlichen Feudalstaates errungen zu werden. Alle Spuren alt-österreichischer Verwaltung müssen verschwinden, bevor Neu-Österreich in strotzender Kraft zu erstehen vermag.

Auch wenn wir von den wirtschaftspolitischen Bestrebungen der anderen Großstaaten absehen, wird uns bei einigem Nachdenken vollständig bewußt, daß Österreich zu einem rationellen Wirtschaftsbetriebe übergehen muß, wenn es nicht seinem ökonomischen Zusammenbruche zusteuern will. Die Bevölkerung vermehrt sich; mit jedem Jahre steigt die Zahl der Hände, für die Arbeit geschaffen werden soll. Die Größe des Landes aber bleibt unverändert. Österreich ist keine Kolonialmacht, und es fehlt ihm die Kraft zur Expansionspolitik, wie wir im III. Teile noch sehen werden. Die Grenzen, die vergangene Jahrzehnte gesteckt haben, sind vorläufig nach außen hin nicht verrückbar. Wir müssen uns mit dem bescheiden, was wir von unsern Vätern ererbt haben. Welche Bedeutung jedoch der steigenden Volkszahl zukommt, lehrt ein Blick auf die in trockenen Zahlen gegebene Entwicklungsgeschichte der Bevölkerung. Im Jahre 1818 gab es in Österreich eine Zivilbevölkerung von 13 380 640 Seelen; auf einen Quadratkilometer entfielen 45 Personen. Das Jahr 1850 wies 17 534 950 Einwohner auf; das Quadratkilometer war im Durchschnitt mit 58 Personen besetzt. 1900 existierten 25 921 671 Einwohner, so daß 86 auf das Quadratkilometer kamen[4]. Vergleichen wir damit die Ziffern des Deutschen Reiches. Im

[4] Österreichisches statistisches Handbuch für 1905. Wien 1906. S. 3.

Jahre 1816 war das Gebiet des heutigen Deutschland mit $24\,^{8}/_{10}$ Millionen Einwohnern besetzt. 1855 gab es $36\,^{1}/_{10}$ Millionen Bewohner, 1905 waren $60\,^{3}/_{10}$ Millionen Seelen vorhanden[5]. Wo vor neunzig Jahren in Österreich zwei Menschen lebten, leben jetzt vier, während da, wo in Deutschland vor derselben Zeit etwa zwei Menschen Nahrung suchten, jetzt im Durchschnitt fünf Menschen um ihr Brot ringen. Deutschland hat seine mächtigen Glieder gereckt, eine Politik von Blut und Eisen befolgt, ungeheure Energien entwickelt, um sich auf der Höhe zu halten; das Volk der Dichter und Denker wurde zum Volke der Techniker und Kaufleute. Wo vor neun Dezennien noch die schwerfällige Postkutsche rollte und romantischer Sang die behagliche Arbeit kürzte, ziehen sich jetzt Schienenstränge hin, auf denen die D-Züge rasen, und aus den Fabriken und den Riesenetablissements klingt der dumpf rollende Lärm rastloser Arbeit. Auch in Österreich fliegen die Eilzüge dahin, auch hier hämmert, pfeift und dröhnt es. Aber dort und hier wird zweierlei Leben gelebt, Deutschland stürmt, Österreich kriecht; seine Wirtschaftsziffer bewegt sich viel langsamer als seine Bevölkerungsziffer, während Deutschland Schritt zu halten sucht. Deutschland ernährt, Österreich läßt entbehren. Betrachten wir nur die überseeische Auswanderung beider Staaten. Die Küsten Europas verließen:

im Jahre	Österreicher[6]	Reichsdeutsche[7]
1900	62 605	22 309
1901	65 083	22 073
1902	93 687	32 098
1803	102 316	36 310
1904	78 996	27 984
1905	123 729	28 075

Wie glücklich ist das Deutsche Reich, das seine Söhne im Lande festhalten kann, während Österreich sie in die

[5] Dr. Fr. Naumann, Neudeutsche Wirtschaftspolitik. Berlin 1906. S. 11.

[6] Österreichisches statistisches Handbuch für 1905. S. 46.

[7] Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1906. Berlin 1906. S. 22.

Fremde stößt. Aus Zisleithanien wanderten im Jahre 1905 $4\,^{6}/_{10}$ ‰, aus dem Deutschen Reiche 0,47 ‰ der Einwohnerschaft übers Meer aus. Das sollte doch zu denken geben. Die relativ kleinen wirtschaftlichen Verhältnisse in Österreich zeitigten besorgniserregende Erscheinungen. Die Industrie, die in ihrer Blüte weit hinter der reichsdeutschen zurückgeblieben ist, kann die Menschen nicht versorgen, die Ackerscholle hält das ländliche Proletariat nicht mehr fest; es versinkt ein Teil der überschüssigen Kräfte, der nicht über die Grenze abfließt, ins Lumpenproletariat, ein anderer Teil vermehrt die Überfüllung in den Mittelstandsberufen. Wie die Zwerge, die in Jonathan Swifts bekanntem Buche Gulliver mit Stricken festbinden, so sind die wirtschaftlich Schwachen in Österreich seit Jahren bestrebt, die Industrie in Fesseln zu schlagen. Die Toren! Statt die Industrialisierung, die alles belebt, die neue Impulse gibt, die Brot schafft und die Menschen befriedigt, zu fördern, verstärken sie die brüchigen Verschanzungen der Zunftburg auf der einen Seite, während auf der andern Seite die Lehrlingsmassen einstürmen. Dabei setzt selbstverständlich das Wirtschaftsgetriebe außerhalb der Zunftfeste seinen gewohnten Gang fort und Qualität und Preis regieren den Markt nach wie vor.

Allein nicht bloß die wachsende Bevölkerungszahl zwingt zur weitausholenden Industriepolitik, sondern auch eine andere Erwägung ernstester Natur drängt dazu. Die ganze Wirtschaftstradition in Österreich ist von der Beherrschung des ungarischen Markts erfüllt. Zwischen der Leitha und den Karpathen saß von altersher der geborene Kunde Österreichs. Indes: o alte Herrlichkeit, wohin bist du entschwunden! Nicht nur die Lebensverhältnisse der Individuen ändern sich mit dem Alter, die Daseinsbedingungen der Völker werden ebenso andere. Ungarn hat aufgehört, der dankbare Abnehmer Österreichs zu sein, und alle Zukunftsbetrachtungen, die an dieser Tatsache vorbeihuschen, sind wertlos. Auf Jahre hinaus mag ja der ungarische Markt noch bis zu einem gewissen Grade gesichert sein, obgleich

die österreichische Industrie immer mehr zurückgedrängt wird und ihre einzige Rettung darin erblickt, auf ungarischem Boden Fabriken aufzurichten. Der Geschäftsgewinn bleibt dadurch den österreichischen Taschen erhalten, aber die österreichische Volkswirtschaft verliert in demselben Maße, in dem die ungarische profitiert. Zweierlei erscheint nun möglich. Entweder Österreich macht sich mit dem Gedanken vertraut, daß seine heranwachsende Generation einer Katastrophe entgegengehe, weil die Menschen von heute nicht die Selbstüberwindung und den Ernst haben, klar zu blicken und überlegt zu handeln, oder es rafft sich auf und sucht auf dem Weltmarkte Fuß zu fassen. Wer sich im Welthandel behaupten kann, den wird das Karpathenreich nicht zurückweisen können. Gewiß, die Abneigung Ungarns gegen Österreich ist alt. Schon im Anfange des 19. Jahrhunderts schrieb ein Fremder, der sah, wie man es in Transleithanien mit Zisleithanien hielt: Wenn die Österreicher zu hassen verstünden, so würden sie die Ungarn hassen. Lacuée, der den Preßburger Landtag von 1802 besuchte, hatte seinen Sitz auf der Tribüne hinter einem Magyaren, der ihn rücksichtslos stieß, weil er ihn für einen Österreicher hielt. Als sich Lacuée jedoch als Franzose vorstellte, räumte der früher mürrische Magyare sofort seinen Platz, um ihn dem Fremden anzubieten[8]. An diese Anekdote ließe sich ein ganzer Kranz von Histörchen anflechten; aber am Ende würde nur Bekanntes bestätigt werden. Die Feindschaft zwischen Österreich und Ungarn war immer groß, weil das Verhältnis dieser beiden Staaten nie ein ganz natürliches gewesen ist. Die dynastische Politik hat die Nationen immer entfremdet; die Völkerpolitik, zu der wir uns in Österreich aufschwingen und die — wie bereits an einer anderen Stelle gezeigt wurde — zur reinen Scheidung der Personalunion führt, wenn sie wohlberaten ist, muß den Groll lösen, den Haß hinwegspülen. Österreich wird dann

[8] Eduard Wertheimer, Geschichte Österreichs und Ungarns im ersten Jahrzehnt des 19. Jahrhunderts. Leipzig 1884. I, 113.

in Ungarn wirtschaftlich zumindest nicht schlechter gestellt sein wie andere Staaten, denen es an Leistungsfähigkeit gleichkommt. Was das sichere Absatzgebiet in Ungarn für Zisleithanien zu bedeuten hatte, mögen einige Zahlen beleuchten:

Es betrug:

im Jahre	Österreichs Einfuhr aus Ungarn in 1000 Kronen	Österreichs Ausfuhr nach Ungarn[9] in 1000 Kronen
1885	571 423	729 049
1890	787 041	836 902
1895	779 878	883 538
1900	921 680	885 236
1903	956 568	912 380
1904	1 004 568	990 540
1905	997 123	1 070 729

Zur Vollendung dieses Bildes müssen wir noch einige Verhältnisziffern hersetzen:

Im Jahre 1903 machte Ungarns Warenverkehr mit Österreich 74 %, Ungarns Warenverkehr mit dem Zollauslande 26 % aus. Nach dem Auslande hat Ungarn in dieser Zeit $28^{4}/_{10}$ % seiner Waren, nach Österreich $71^{6}/_{10}$ % exportiert. An der Gesamteinfuhr Österreichs hingegen ist bei Rohstoffen das Zollausland mit $63^{2}/_{10}$, Ungarn mit $36^{8}/_{10}$ %, an der Halbfabrikateneinfuhr das Zollausland mit $80^{1}/_{10}$, Ungarn mit $19^{9}/_{10}$ %, an der Ganzfabrikateneinfuhr das Zollausland mit $58^{6}/_{10}$, Ungarn mit $41^{4}/_{10}$ % beteiligt. Die Ausfuhr der österreichischen Fabrikate nach Ungarn verhielt sich zu jener nach dem Auslande wie $45^{1}/_{2}$ zu $54^{1}/_{2}$ %[10].

Das Interesse Österreichs an dem ungarischen Absatzgebiete ist hervorragend, aber Ungarn erscheint an dem österreichischen Markte noch weit mehr interessiert. Dieser Umstand läßt hoffen, daß Österreich seine wirtschaftliche Position im Karpathenreiche stets in einem gewissen Maße

[9] Für die Zeit von 1885—1900 s. Statistische Materialien über den Zwischenverkehr Österreichs und Ungarns, Band VI der Anlagen zur Regierungsvorlage betreffend das Zolltarifgesetz Nr. 1622 der Beilagen zum Sten. Prot. d. Abgeordnetenhauses, XVII. Sess. 1903, S. 5. Für die Zeit von 1903 ab s. Österreichisches statistisches Handbuch für 1905. SS. 317 u. 318.

[10] Protokoll der VII. Generalversammlung des Bundes österreichischer Industrieller. Wien 1904. S. die Rede des Generalsekretärs Dr. Auspitzer S. 34 ff.

werde erhalten können, wenn es sich rüstet, stärkt und modernisiert.

Freilich könnte man einwenden, daß der Rat, die Industrie weltkonkurrenzfähig zu machen, leichter gegeben als befolgt sei. Das ist richtig; aber ebenso unbestreitbar erscheint die Tatsache, daß einerseits die harte Notwendigkeit diese Wandlung gebietet, daß andererseits jedoch auch die Möglichkeit vorhanden ist, ihr zu folgen. Das leuchtet ganz besonders ein, wenn man die Zwischenverkehrsstatistik zwischen Österreich und Ungarn betrachtet. Mit einer ganzen Anzahl der von Zis- nach Transleithanien exportierten Artikel behauptet sich Österreich schon jetzt außerhalb des gemeinsamen Zollgebietes der Habsburgermonarchie und die Herstellung einer langen Reihe anderer Waren könnte durch eine rationelle Verkehrspolitik und durch die Modernisierung der Betriebe soweit verbilligt werden, daß sie weltmarktfähig würde. Mit dieser Auffassung decken sich nicht bloß die Ansichten der Theoriker, sondern auch die Ansichten der Praktiker. Beachtenswertes Material bietet in dieser Hinsicht das Protokoll des letzten österreichischen Industriellentages [11]. Bei den Verhandlungen hat die Weltmarktspolitik eine Erörterung erfahren, und die Ergebnisse lassen sich in folgender Weise zusammenfassen. Die Industriellen, die mit dem gewohnten Trott brechen sollen, schreien Zeter und Mordio; die anderen Faktoren, die inmitten des Wirtschaftslebens stehen, die Grenzen der Anpassungsfähigkeit kennen und mit den Augen des Geschäftsmannes sehen, halten die innere Umgestaltung der österreichischen Industrie für durchaus diskutabel.

„Wenn der Chauvinismus drüben (in Ungarn) solche Blüten zeigt und man statt der legalen Einhaltung der Verträge uns fort und fort Steine zwischen die Füße wirft, dann wird es besser sein, wir senden unsere Reisenden nach China statt nach Ungarn“, sagte ein Redner. Ein anderer meinte: „Warum sollen sich z. B. die Textilindustriellen nicht bemühen, ihre maschinellen Einrichtungen auszugestalten und in

---

[11] Stenographisches Protokoll der Verhandlungen des österreichischen Industriellentages. Wien 1900. S. die Debatte über den dritten Punkt der Tagesordnung: „Das Zoll- und Handelsbündnis“. S. 29 ff.

so rationeller Weise zu arbeiten, daß sie mit dem Auslande konkurrieren und auf Ungarn verzichten können." Ein dritter führte aus: „Man gebe uns gleiche Mittel wie der deutschen Fabrikation in die Hand, man schaffe uns gleiche günstige Bedingungen, dann wird es an uns liegen, den Konkurrenzkampf auf dem Weltmarkte mit den anderen Mächten aufzunehmen und siegreich bestehen zu können."

Wir müssen — wie gesagt — gar nicht so weit gehen, auf den ungarischen Markt zu verzichten, wenn wir uns erst dem Weltmarkte angepaßt haben. Glatt und schmerzlos wird sich die Regeneration der österreichischen Industrie allerdings nicht abwickeln; aber welche wittschaftlichen Krankheitserscheinungen gehen ohne Erschütterung vorüber? Und ein Krankheitszustand ist es, der Österreich-Ungarn zwingt, zur wirtschaftlichen Kleinstaaterei überzugehen, indessen man anderwärts den mitteleuropäischen Zollverein näherrücken sieht. Es ist ein Kampf, dem jedoch der baldige Frieden folgen wird! Wir haben in Österreich schon bei verschiedenen Industriezweigen erlebt, daß kaufmännische Tüchtigkeit und Unternehmungslust der schwierigsten Situationen Herr zu werden vermochten. Welche Schicksalsschläge sausten nicht auf die Glasindustrie nieder? „Die böhmischen Glashändler handeln in der ganzen Welt und klagen nicht," sagte im vorigen Jahrhundert Graf Zinzendorf, der Präsident der Hofrechenkammer, und heute noch behauptet die österreichische Glasindustrie einen ehrenvollen Platz im Glaswelthandel. Was ist mittlerweile aber alles geschehen? Der Kies wurde durch den Glassand verdrängt, der sich in Österreich nicht in entsprechenden Qualitäten findet; die Waldasche wurde durch die Soda teilweise ersetzt, welche im Auslande bedeutend billiger ist. Durch die Einführung der Gasheizung wurde die Benützung der Kohle, die im Auslande in besseren Qualitäten und billiger zu haben ist, möglich gemacht. Und dann die technische Revolution! „Das geschliffene, gravierte, helle Glas, einst der Stolz der böhmischen Glasindustrie und ihr Hauptartikel, spielt heute nur eine verhältnismäßig bescheidene Rolle im österreichischen Export . . .; das farbige, bemalte, vergoldete oder sonst dekorierte Glas ist der eigentliche

österreichische Glaswelthandelsartikel geworden“ [12]. . . In Österreich glaubt fast jeder, ein wirtschaftliches Privileg haben zu müssen; deshalb geht es so schwer vorwärts, deshalb wird so viel gestöhnt und geklagt. Aber nur die Erwerbszweige, in denen man mit jedem Tag neu und mutig um die Existenz ringt, kommen vorwärts und stehen gerüstet da. An ihnen und an den Beispielen des Auslandes muß man sich ein Vorbild nehmen, denn für Österreich ist eine Stunde der Entscheidung gekommen. Wer sie verschläft, der wird den Verlust nicht mehr wettmachen können. Die Jeremiaden sollten im XX. Jahrhundert, das wohl das Säkulum der größten Agilität werden dürfte, aufhören. Klagelieder bereichern unter Umständen die Literatur — für die Volkswirtschaft bedeuten sie keinen Gewinn. Hier heißt es wie im II. Teile des Faust:

Wer immer strebend sich bemüht,
Den können wir erlösen.

Österreich steht vor einem aut-aut. Die Entscheidung zwischen Industrie- und Agrarstaat betrifft nicht allein die Wirtschaftspolitik, sondern sie ist für das ganze Staatsleben richtunggebend. Europas Geschichte kennt manches Beispiel für das Zusammentreffen einer feudalklerikalen Staatspolitik mit einer impulsiven Wirtschaftspolitik; doch keines läßt Rückschlüsse auf Österreich zu. Zisleithaniens Schicksal hängt davon ab, ob es die Unfruchtbarkeit und Zurückgebliebenheit überwinden und mit starkem Temperamente, mit regsamen Kräften in die Zukunft hineinwachsen kann. Ererbte Mattigkeit, überkommene Sorglosigkeit, tändelnde Gemütlichkeit und erschreckende kulturelle Versäumnisse: das sind Übel, die sich nur durch außergewöhnliche Anstrengungen niederringen lassen. Nicht

[12] Beiträge zur neuesten Handelspolitik Österreichs. Schriften des Vereins für Sozialpolitik. Bd. XLII. Leipzig 1901. S. den Essay: Die handelspolitischen Interessen der österreichischen Glasindustrie. Von Julius Reich. S. 201 ff.

bloß der Staat, auch die Bevölkerung, nicht bloß die Politik, auch das Denken muß ein anderes werden. Mit Kirchenglocken sind keine Schlachten zu gewinnen, und der Feudalismus und der Industrialismus stehen einander als Todfeinde gegenüber. Reformen an Haupt und Gliedern tun not; sie dürfen nicht auf einzelne Zweige des Staats- und Gesellschaftslebens beschränkt bleiben, sie müssen alles umfassen und von der Spitze der sozialen Pyramide bis zur breiten Basis reichen.

Machen wir uns einmal klar, was es für Österreich bedeuten würde, wenn ein dem Industrialismus feindliches Prinzip zur Geltung käme oder wenn die wirtschaftliche Prinzipienlosigkeit, das Tohowabohu der Anschauungen und Maßnahmen aufrecht bliebe. Das Ideal der rückschrittlichen Wirtschaftspolitiker ist die Abschließung nach außen, die Errichtung von chinesischen Mauern. Auf Kosten des Konsumenten und auf Kosten der heimischen Produktion soll die Trägheit mit Privilegien ausgestattet werden, denn der unnatürliche Schutz hat sich stets als entwicklungsfeindlich bewiesen. Die Landwirtschaft verliert den Anreiz zur rationelleren Gestaltung der Produktion, die Industrie wird in ihrer Konzentration aufgehalten, sie denkt nicht daran, die größtmögliche Leistungsfähigkeit zu erlangen. Die reaktionäre Wirtschaftspolitik gilt als eine Panacee für die Kleinen und Schwachen, allein sie ist in Wirklichkeit deren Ruin. Sie stellt die Menschen nicht auf die richtigen Plätze, sondern schmiedet sie fest an unhaltbare Positionen. Von ihr erfährt die Volkswirtschaft keinen dauernden Antrieb, und die Arbeitsgelegenheiten nehmen infolgedessen ab. Es ist immerhin denkbar, daß eine aufsteigende Weltkonjunktur, daß reicher Erntesegen die Nachteile einer reaktionären Politik für einige Zeit vermindern könnte, aber zu guter Letzt kommt doch der Katzenjammer. Eine industriefeindliche Politik sperrt nicht nur die Grenzen für die Warenzüge, sie gebietet auch der Kultur ein mächtiges Halt! Wozu ein weiter Blick, wenn der Lebenskreis so enge ist, wozu überhaupt Gedanken und Pläne, wenn der Zoll-

wächter für alles sorgt? Der internationale Wettbewerb ist — um ein Wort Fichtes zu variieren — eine Zwingkraft zur höchsten Kulturentfaltung, zur intensivsten Geistesanstrengung. Die rückschrittliche Wirtschaftspolitik ruft die entgegengesetzten Bestrebungen hervor. Sie wirkt nivellierend und zermürbt die großen Naturen, sie ertötet den Ehrgeiz und ist zufrieden, wenn der Mensch sein kümmerliches Brot findet. Wo die Kräfte erschlaffen, da feiert die Unbildung Orgien, da drängen sich alle kulturfeindlichen Mächte hervor. Die Kirchen werden voller und die Bildungsstätten leerer, die Klerikalen werden zur Macht und die Lehrer zu ihren Schleppträgern. Der Konservatismus triumphiert, aber es ist ein Konservatismus im schlechtesten Sinne des Wortes: einer, der nicht zu erhalten sucht, sondern zum Verderben treibt und vor allem dem Neuen einen erbitterten Krieg erklärt. Als in der Mitte des achtzehnten Jahrhunderts der vernachlässigte Zustand der englischen Landwege durch das Erbauen von Kunststraßen verbessert werden sollte, da kamen Petitionen aus den London benachbarten Ackerbaudistrikten, die gegen die guten Straßen protestierten, weil auf ihnen Korn und Heu aus entlegeneren Distrikten billiger nach London gebracht werden könnten[13]. Das ist ein Beispiel für Bauernkonservativismus, der zwar in seinen Erscheinungen Wandlungen unterliegt, seiner inneren Natur nach jedoch stets gleichbleibt. Es gibt ebenso einen Handelskonservativismus. Der Verfasser von „Österreich über alles“ beklagte sich vor zwei Jahrhunderten bitter über die Kaufleute, die sich allen wirtschaftlichen Neuerern, „den Kommerzienpredigern“, entgegenstellen, von denen sie nach einem alten Wiener Worte sagen, daß sie nichts anderes als „leere Becher zur Welt“ brächten. Mag sein, fügt er bei, aber es ist nicht ausgemacht, an wem die Schuld liege, an den Projektemachern oder an den Kaufleuten[14]. Die Geschichte der gewerblichen

[13] Prof. Dr. Walther Lotz, Verkehrsentwicklung in Deutschland. Leipzig 1900. S. 18. Übrigens bekämpfen die Agrarier auch heute den Bau von Wasserstraßen.

[14] F. W. v. H., Österreich über alles, wann es nur will. Frankfurt 1729. S. 14.

Erfindungen ist gleichfalls eine Leidenschronik, und Professor Brentano hat in einem hochinterressanten Vortrage auf die Beziehungen zwischen der Wirtschaftspolitik und der technischen Entwicklung hingewiesen[15]. Wer vorwärts kommen will, muß die Entschlossenheit besitzen, die zur Niederringung all der konservativen Stimmungen und Verstimmungen notwendig ist. Auch Österreich wird einsehen müssen, daß es sich den Weg zur Weltwirtschaft, zum Ausbau seiner Industrie versperrt, wenn es dem Konservativismus die Straßenpolizei überläßt.

Österreich voran! Das ist unser Ruf, den man in den letzten Jahren fast gar nicht mehr vernommen hat. Ehe wir jedoch überlegen, was der Industrialismus für Österreich bedeuten würde, wollen wir untersuchen, ob Zisleithanien die innere Befähigung hat, zu einer rationellen Wirtschaftspolitik überzugehen. Bismarck meinte von Deutschland, daß man es nur in den Sattel heben müsse, reiten könne es schon selbst. Gilt dies auch für das schaffende, erwerbende Österreich? Die wirtschaftlichen Interessen wurden im Habsburgerstaate stark vernachlässigt. Schon die Minister Leopolds I. sagten zum Kaiser: „Wir erklären Dir, Herr, daß die Sorgen, die sich auf volkswirtschaftliche Gegenstände beziehen, unserer Dignität und Grandeur nicht konvenabel und dazu sehr verdrießlich und schwer seien.“[16] Der hellbickende große Preußenkönig Friedrich II. meinte weiter: „Welchen Boden, welche Hilfsquellen hat dieses unerschöpfliche Österreich. Seit langen Jahren arbeiten seine Minister unaufhörlich an seinem Untergange, und noch immer haben sie ihr Ziel nicht erreicht.“ Von der Gedankenarmut des offiziellen vormärzlichen Österreich zu reden, hieße Eulen nach Athen tragen. Auch der Druck, der im konstitutionellen Alt-Österreich auf den Schultern der Industrie lag, soll nicht ausführlicher veranschaulicht werden.

---

[15] Geh. Hofrat Dr. Lujo Brentano, Das Freihandelsargument. Ein Vortrag. Berlin 1901. S. 6.

[16] Walter Rogge, Osterreich seit der Katastrophe Hohenwart-Beust. I, 385.

Er wirkt noch unvermindert, und es wird die schöne Aufgabe der Zukunft sein, ihn zu beseitigen. Nur ein Moment sei angeführt. Die Verwaltung eines Staates läßt dessen wirtschaftliche Pulsschläge am besten zählen. Der ehemalige Ministerpräsident Herr von Körber hat nun über die Einrichtungen der österreichischen Administrative ein offenherziges Urteil gefällt, aus dem hier einige Sätze Platz finden mögen:

„Daß der jetzige Zustand nicht befriedigend sei, darf als die überwiegende Meinung bezeichnet werden . . . Die sachgemäße unparteiische Beobachtung der Erfolge, die unsere innere Verwaltung erzielt hat, nötigt . . zur Überzeugung, daß sie gegenüber billigen Anforderungen zurückgeblieben sei . . . Ein vielgerügter Fehler unserer öffentlichen Verwaltung ist die Umständlichkeit und Langsamkeit ihrer Tätigkeit. Als Beispiel sei auf die Verhandlungen über gewerbliche Betriebsanlagen hingewiesen, die sich oft durch Jahre hinziehen, so daß die endgültige Entscheidung unter Umständen erst in einem Zeitpunkte erfolgt, in welchem die durch das Unternehmen auszunützenden Konjunkturen längst überholt sind . . ." [17].

Trotz der Ungunst der Verhältnisse hat Österreich einen erfreulichen Beweis seiner großen wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit gegeben. Wenn der Staat in seiner Kräfteentfaltung weit hinter dem Auslande zurückblieb, so hat er doch einen Aufschwung genommen, der den landesüblichen Pessimismus einigermaßen Lügen straft. Vergleichen wir nur einige Daten der internationalen Wirtschaftspolitik. Die Ein- und Ausfuhr der untenangeführten Staaten zeigt folgendes Bild [18]:

Im Jahre	Österreich-Ungarn		England	
	Einfuhr	Ausfuhr	Einfuhr	Ausfuhr
	in 1000 Kronen		in 1000 Pfund	
1855	471 414	477 376	143 543	116 691
1875	1 098 600	1 101 800	373 940	281 612
1895	1 444 986	1 483 621	416 690	285 832
1904	2 047 901	2 088 669	551 039	371 015

[17] Studien über die Reform der inneren Verwaltung. Wien 1905. (Regierungselaborat.)

[18] Ludwig Lang, Hundert Jahre Zollpolitik. Wien 1906. S. Tabellen in der Beilage.

Im Jahre	Frankreich		Deutschland	
	Einfuhr	Ausfuhr	Einfuhr	Ausfuhr
	in Millionen Franken		in 1000 Mark	
1855	1 594	1 558	—	—
1875	3 537	3 873	3 527 689	2 491 817
1895	3 720	3 374	4 120 699	3 317 900
1904	4 563	4 536	6 364 120	5 222 636

Diese Tabelle kann freilich nicht viel mehr als eine ganz allgemeine Beurteilungsgrundlage geben. Professor Adolf Wagner hat in seiner Schrift: „Agrar- und Industriestaat“ auf die Mängel der internationalen Handelsstatistik hingewiesen und die verschiedene Bewertung des Verkehrs in den einzelnen Staaten dargelegt. Dazu kommt die Tatsache, daß die Aufzeichnungen der einzelnen Staaten besonders in der älteren Periode vieles zu wünschen übrig lassen. Als Charakteristikum sei hier bloß der Streit zwischen Dr. Herbst und Freiherrn von Hock im österreichischen Abgeordnetenhause erwähnt. Hock behauptet, es seien in den Jahren 1860—1863 im Durchschnitte 6 200 000 Zentner Weizen sowie 4 700 000 Zentner Gerste und Hafer nach dem Zollvereine ausgeführt worden, und berief sich auf die Daten des Zollvereins. Dr. Herbst dagegen legte dar, daß der gesamte Export Österreichs in diesen Artikeln weit geringere Ziffern ergebe, und stützte sich auf die österreichische Statistik [19]. Ferner leiden die Ziffern der vorstehenden Tabelle an dem Fehler, daß sie nicht die Produkte der Landwirtschaft und Industrie gesondert anführen. Allein sie genügen dennoch für unsere Zwecke.

Einen interessanten Überblick gewährt die Statistik der Dampfmaschinen. Es gab

[19] Sten. Prot. d. Abgeordnetenhauses. III. Sess. 20. Mai 1865. S. 1880.

Im Jahre	in Österreich-Ungarn	in Deutschland	in England	in Frankreich	in Belgien	in den Vereinigten Staaten
	in 1000 Pferdekräften					
1840	20	40	620	90	40	760
1850	100	260	1 290	370	70	1 680
1860	330	850	2 450	1 120	160	3 470
1870	800	2 480	4 040	1 850	350	5 590
1880	1 560	5 120	7 600	3 070	610	9 110
1888	2 150	6 200	9 200	4 520	810	14 400

Diese wenigen Beispiele für viele. Die Ziffern wachsen, die Ziffern steigen; doch während Österreich einen Wagen belädt, füllen andere einen ganzen Zug. Österreichs Geschäftsbetrieb ist gleichsam ein Kleinhandel, der zunimmt; draußen in der Welt aber wachsen die Riesenwarenhäuser empor, die ihre enormen Umsätze von Jahr zu Jahr vergrößern. Müssen wir in den Kinderschuhen bleiben? Und was könnten wir nicht alles leisten, wenn man uns frei marschieren ließe?

Österreich wurden in die Wiege glänzende Gaben gelegt; es muß diese nur auszunutzen verstehen, und es wird sie ausbeuten, wenn der Industrialismus Oberwasser gewinnt. Die Politik der Heranbildung zur höchsten Leistungsfähigkeit begünstigt, soweit die internationale Konstellation es erlaubt, den freien Verkehr. Dennoch liefert sie erhaltenswerte Wirtschaftszweige nicht wehrlos aus; im Gegenteile, sie gewährt den einzig dankenswerten Schutz, indem sie erzieht. Nicht Schutzzölle, sondern — wo es nottut und einen entwicklungsfördernden Zweck hat — Erziehungszölle sind ihre Losung. Eine freiheitliche Wirtschaftspolitik bringt nicht nur der Industrie Segen, sie wahrt auch die berechtigten Interessen der Agrikultur. In einem Staate wie Österreich wäre es gewiß unverantwortlich, wenn man Maximen, die der Landwirtschaft schädlich sind, empfehlen würde. Wir sprechen über die Bedürfnisse der Landwirte in einem späteren Kapitel und wollen hier des Zusammenhanges wegen nur betonen,

daß das Agrarwesen unter den Fittichen einer modernen Wirtschaftspolitik wohlgeborgen sein würde. Allerdings muß man von der Landwirtschaft verlangen, daß sie sich den geänderten Markt-, Betriebs- und Verkehrsformen anpasse. Der harte, rücksichtslose Kampf ums Dasein wird auch von den Produktionsformen im darwinistischen Sinne geführt. Naturgesetze erscheinen oft grausam, allein das Schicksal gebietet die Unterwerfung. Dem Mittelstande, der in Österreich einen großen Teil der Kohorten für die Reaktion ins Feld stellt, wird gleichfalls gedient sein, sobald eine kräftebelebende Wirtschaftspolitik den stellenweise verkarsteten Boden belebt. Der Handel hat heute seinen einstigen Konservatismus zum Teile beseitigt, und sein höchstes Interesse verlangt, daß die Fäden des Verkehrs über die Grenzen der Staaten laufen. Vor sechzig Jahren schrieb Bauernfeld, der einen scharfen politischen Blick hatte:

Welthandel heißt das Wort allein,
Das Macht verleiht und Größe,
Ein Volk ohne Handel ist arm und klein,
Ist ein Volk in seiner Blöße.

Dampfende Schlote, sausende Räder, schlagende Hämmer sind weiter das Ideal der modernen Arbeiterschaft, da die tätige Maschine Brot schafft und ernährt. Der müde Pessimismus, der Lassalles ehernem Lohngesetze entströmte, ist überwunden, und der Arbeiter glaubt an die Erreichbarkeit einer dauernden Verbesserung seiner Lebenshaltung, er kämpft um sie. Die Industriepolitik überwindet die Entfernungen, sie bringt die Völker einander näher, sie öffnet die Grenzen und die Augen. Sie stärkt die innere Aufnahmsfähigkeit des Landes, erweckt Bedürfnisse und verbreitet Kultur. Die Schulpaläste vermehren sich, die Schulhäuser nehmen zu, denn die Industrie braucht Nachwuchs und Intelligenz. Man hat oft gehört, daß der Schulmeister bei Königgrätz über Österreich gesiegt habe; allein es wird vielzuwenig betont, daß dieselbe Macht — die reichsdeutsche Schule — die Eroberung des Weltmarktes vollbracht hat. Karl Kautsky [20] schreibt zutreffend:

[20] Karl Kautsky, Handelspolitik und Sozialdemokratie. Berlin 1901. S. 31.

„Neben der Volksschule trug auch das höhere Schulwesen zur Konkurrenzfähigkeit der deutschen Industrie bei, es stellte dem Kapital weit mehr wissenschaftlich gebildete Kräfte zur Verfügung, als ihm anderswo zu Gebote standen. Einer der wichtigsten Industriezweige Deutschlands, die chemische Industrie, die eine nirgends erreichte Spezialität bildet, ist aus den Hörsälen und Laboratorien der Universitäten hervorgegangen.“

Der Industrialismus vermehrt nicht bloß die Erziehungsanstalten, er muß im eigensten Interesse auch auf gute Schulen sehen, für einen modernen Unterricht sorgen. Die Schulen der freien Wissenschaft bedingen einen freien Lehrerstand, und dieser wird die Jugend zur Freiheit erziehen. Der Industrialismus diszipliniert und organisiert, er bringt die Massen in Fluß. Zur Etablierung einer Plutokratie ist Österreich nicht der Boden; entweder es bleibt ein Feudalstaat, der sich mit dem allgemeinen Wahlrechte drapiert hat, und versinkt immer tiefer, oder es ermannt sich, vom Lebensdrang getrieben, es wird wirtschaftlich modern und läßt die Massen herrschen; mit einem Worte: es begründet die Demokratie.

Die Wanderung aus Talestiefen zu Bergeshöhen ist beschwerlich und oft lästig. Wer aber einmal den Gipfel erreicht hat und den wundervollen Ausblick auf wogende Felder, grünende Fluren, auf arbeitsame Orte und betriebsame Städte hat, wer ein Land vor Augen sieht, das Wohlstand und Glück verrät, der fühlt sich zufrieden und reichlich belohnt. Uns emporzuarbeiten, das ist unsere Pflicht; wenn wir oben sind, dann wollen wir genießen. Der Triumph der Industrie ist wohl ein fernes Ziel für Österreichs Entwicklung, allein es muß erreicht werden, wenn die Zukunft des Staates erfreulich sein soll. Daß Zisleithanien von Natur aus prädestiniert erscheint, zu einem rationellen Wirtschaftsbetriebe überzugehen, haben die kleinen Erfolge, die unter widrigen Verhältnissen errungen wurden, dargetan. Es fragt sich jetzt, ob auch der Wille vorhanden ist, der Notwendigkeit zu gehorchen, oder ob kindischer Trotz und blinder Fanatismus sich gegen sie aufzulehnen vermessen werden. Das Österreich des Volkswahl-

rechts wird im Laufe der Jahre zeigen müssen, ob es seine eigenen natürlichen Bedürfnisse richtig erkennt. Das allgemeine gleiche Stimmrecht allein macht ja nicht die Demokratie aus, die erst das Ergebnis der Parlaments- und Regierungspolitik ist. So müssen wir erwägen, ob Österreich ein Volkshaus erwarten kann, in dem der Geist des Industrialismus webt. Die Struktur der Parlamente bestimmen die Parteien, und es scheint daher geboten, diesen das Augenmerk zuzuwenden. Wir haben schon betont, daß ein Österreich, das ganz im Zeitalter des Verkehrs, der Technik und Rührigkeit lebt, nicht über Nacht kommen wird, und unsere Frage lautet daher: Ist es möglich, daß sich die Parteigruppierung in absehbarer Zeit unserem Ideale günstig gestalte, und welche Mittel sind vorhanden, um das Wachsen der neuen zukunftsfreudigen Kräfte zu beschleunigen? Mit diesem Probleme werden wir uns in den Kapiteln über die Parteien ausführlich beschäftigen.

2. Die nationalen Kräfte und die nationale Politik.

Wir haben im vorhergehenden Kapitel den Versuch unternommen, für Österreichs Zukunftsentwicklung eine Formel zu finden, die von allgemeinen Gesichtspunkten ausgeht und nicht das national zerklüftete, sondern das wirtschaftlich einheitliche Zisleithanien in Betracht zieht. Wenn man in Österreich in die Höhe kommen will, muß man sich das österreichische halbe Sehen abgewöhnen. Budweis, Cilli, Trautenau, Leitomischl sind zweifellos sehr wichtige und interessante Plätze; aber was bedeuten die Gemeindefragen für den Gang der Weltgeschichte, was für die großen internationalen Gestaltungen? Wer über die österreichische Politik nachdenkt, darf nicht bei dem Kirchturme irgend eines kampferfüllten böhmischen, mährischen, südsteirischen Ortes stehen bleiben, sondern muß sich auch mit dem Sinnen und Trachten der anderen Staaten vertraut machen. Allein nichts wäre verfehlter, als der Sprung von einem Extrem ins andre. Es

hieße in das Erdübel der Liberalen Alt-Österreichs verfallen, wollte man die Wichtigkeit der nationalen Fragen für die innere Entwicklung Zisleithaniens verkennen. Der größte Reichtum an Naturschätzen bleibt für die Volkswirtschaft verloren, wenn nicht die Menschen da sind, die ihn fruktifizieren, und die fruchtbarsten Landstriche verwandeln sich mitunter in Wüsteneien, sofern es an der verständnisvollen Pflege des Bodens gebricht. Die Menschen bedeuten alles; mit ihnen muß der Staat ebenso wie die Politik rechnen, und da die österreichischen Volksmassen nationalisiert sind, müssen die Nationen als erste Posten in die Rechnung eingestellt werden.

Wir haben schon im ersten Teile (S. 84) die nationale Bevölkerungsstatistik angeführt und lassen nun einige Ziffern der nationalen Berufsstatistik Revue passieren. Wir werden aus ihnen zwar nur allgemeine Schlüsse ziehen können, denn jede Berufsgruppe schließt die verschiedensten Interessen ein; aber die wirtschaftliche Gliederung der Bevölkerung wird immerhin in großen Umrissen ersichtlich.

Von je 1000 Angehörigen der folgenden Umgangssprachen gehörten im Jahre 1900 an:

	Land- und Forstwirtschaft	Industrie	Handel und Verkehr	Öffentlicher Dienst, freie Berufe
deutsch	335	383	134	148
tschechisch - slovakisch	431	365	93	111
polnisch	656	148	112	84
ruthenisch	933	25	17	25
slovenisch	754	134	35	77
serbo-kroatisch	869	46	38	47
italienisch	501	234	127	138
rumänisch	903	27	25	45

Führen wir noch die Detailziffern für die Angehörigen des deutschen Volksstammes an. In den nachfolgenden Berufen gab es:

	Land- und Forst-wirtschaft	Industrie	Handel und Verkehr	Öffentlicher Dienst, Militärdienst, freie Berufe, Berufslose
Selbständige	485 801	299 447	184 390	599 854
Angestellte	8 448	48 798	66 842	125 719
Arbeiter	527 404	1 204 296	179 715	121 064
Taglöhner	198 768	46 007	72 191	1 598
Mithelfende Familienmitglieder	713 657	47 526	19 202	801
Im ganzen	1 934 078	1 646 074	522 340	849 036

Diese Tabellen[1] müssen wohl nicht erst erklärt werden; sie reden eine genug klare Sprache. Wir sehen, daß die Deutschen und Tschechen gegenwärtig bereits ein viel stärkeres Kontingent ihrer Nationalangehörigen in der Industrie, im Handel und Verkehre als in der Landwirtschaft beschäftigen, und die praktische Nutzanwendung ergibt sich von selbst. Solange die Nationen einander bekämpfen, statt vereint zu schaffen, kann der Staat nicht die Kräfte freibekommen, die zu seiner wirtschaftlichen Regeneration notwendig sind. Täuschen wir uns deshalb nicht. Österreich ist nur dann wirtschaftlich zu exploitieren, wenn es vorher national konsolidiert wurde. Aber auch jede nationale Bestrebung, die nicht den Gedanken der wirtschaftlichen Stärkung in sich trägt, gleicht dem Haschen nach den Farben des Regenbogens. Nur ökonomisch gekräftigte Nationen repräsentieren eine achtunggebietende Macht, arme Völker vegetieren. Die Deutschen und Tschechen, die es nicht bei der leeren nationalen Phrase bewenden lassen wollen, denen es um nationale Großtaten zu tun ist, werden sich demnach zuerst zum Programme der wirtschaftlichen Erneuerung Österreichs bekennen müssen. Da die nationale Festigung des Staates die Befriedigung der Nationalitäten voraussetzt,

[1] Statistische Monatsschrift, herausgegeben von der k. k. statistischen Zentralkommission. Wien 1905. S. 3.

liegt die erste und dringendste Pflicht gleichwie das wohlverstandene Lebensinteresse der beiden höchstentwickelten Völker Zisleithaniens in der Überwindung des unheilvollen Sprachenzwistes und in der Aufrichtung des nationalen Friedens. Vom unfruchtbaren Nationalismus, der in den letzten Jahren betätigt wurde, von der „ewigen Raunzerei“ muß der Übergang zur praktischen Nationalitätenpolitik gefunden werden. Friedrich Naumann, der scharfsinnige Führer des deutschen Freisinns, hat den Nationalismus der großen Worte folgendermaßen erklärt:

Die Sicherheit großer Nationen fehlt natürlich den abgerissenen isolierten Teilvölkern Österreichs. Auch die Deutschen und Slaven Österreichs sind ja Teilvölker. Es sind lauter verwundete und empfindliche Körper, die dort beieinander liegen: etwas losgerissenes Polentum, etwas losgetrenntes Ruthenentum, eine Hälfte des Serbenstammes, eine Handvoll Italiener, zwei slavische Volksinseln im Norden und Süden, ein weithin zergossenes, zerflossenes Deutschtum — ein Schlachtfeld der Völkergeschichte voll Seufzen, Schreien, Beten und Fluchen. Diese Volksteile müssen empfindlich sein. Gerade, weil sie unfähig sind, große Nationen zu werden, hat bei ihnen das Nationale etwas Krampfhaftes. Auch wenn nicht Eigennutz, Klasseninteresse, Jesuitenpolitik die Nationalitätskämpfe verbitterten, hier müssen sie kämpfen bis zur Ermattung — wie im Orient. Erst von hier aus, scheint mir, kann man die neueren deutschnationalen Bewegungen in Österreich richtig verstehen. Der Reichsdeutsche wundert sich in vielen Fällen über die für unser Empfinden übertriebene Art des völkischen Auftretens. Ja, wir sind eben beati possidentes, Leute, die nur dann vom Schutzmann angefahren werden, wenn sie nicht für national gelten. Dort ist es gerade umgekehrt. Der im Wesen des Nationalismus steckende Trieb zur Macht kann sich nicht ausleben. Ist's wunderbar, wenn er in Worten vulkanisch wird? Oft wird er klingen wie die Stimme eines Jünglings, der wie ein Alter rufen will; oft aber wird er auch Töne finden, die eben nur den Kampf und das Leid aus dem Menschen herauspressen“ [2].

Doch wer wird nicht lieber handeln statt reden wollen?

Wir haben gesagt, daß die Deutschen und Tschechen der Industrie unter die Arme greifen müssen, denn die neue österreichische Freiheitspolitik kann nur im Zeichen des Dampfes und der Elektrizität florieren. Doch mehr noch als

[2] Dr. Friedrich Naumann, Deutschland und Österreich. Berlin 1900. S. 23.

die Tschechen sind die Deutschen an der Besiegung der Tradition interessiert. Sie waren es, die während des nationalen Gefechts am meisten verkürzt wurden, denn ihnen gingen mit jedem neuen Jahre ererbte, zähe verteidigte Positionen verloren; sie büßten an Herrschaftsterritorium ein, obgleich ihre absolut-zahlenmäßige Stärke zunahm. Das Deutschtum leidet gleichsam zweifache Schmerzen: es hat an der wirtschaftlichen Rückständigkeit Österreichs schwer zu tragen, und es empfindet die ungeordneten nationalen Verhältnisse am drückendsten. Wer es mit den Deutschen in Österreich ehrlich meint, der kann ihnen nur den aufrichtigen Rat geben: Schließt einen billigen Frieden, ebenso wie jeder gute Berater der Slaven die Tschechen ermahnen muß: Seid nachgiebig und gerecht! Allerdings ist der Gang zur Versöhnungsstätte für die Deutschen leidvoll, weil er in allen Fällen Verluste und sei es nur den Verzicht auf Illusionen, Utopien, Schimären bringt. Aber erscheint es vernünftiger, sich in Qualen zu verzehren als in Frieden sich national zu bescheiden, das heißt, den gegebenen Umständen Rechnung zu tragen?

Es bietet besonderes Interesse, zu verfolgen, wie sich einer der extremsten deutschen Nationalisten zur österreichischen Völkerfrage stellt. Prof. Dr. Ernst Hasse hat sich in seiner „Deutschen Politik" in sehr beachtenswerter Weise geäußert. Er untersucht im ersten Teile die Bedingungen für die Errichtung und Erhaltung eines Nationalstaates und prüft die Anwendbarkeit seiner Lehrsätze auf den Habsburgerstaat. Das Ergebnis lautet kurz, „daß die Donaumonarchie heute die Eignung für die Errichtung eines oder mehrerer größerer Nationalstaaten nicht besitzt". Einige Seiten später räumt er unumwunden die Notwendigkeit „der Nebeinanderordnung der Nationen in einem gemeinsamen Staatengebilde, wobei die Neuordnung allerdings keine mechanisch gleichartige zu sein braucht", ein[3]. Prof. Hasse

[3] Prof. Dr. Ernst Hasse, Deutsche Politik. I. Band, 1. Heft: Daa Deutsche Reich als Nationalstaat. München 1905. SS. 30, 106 u. 110.

sagt ausdrücklich, daß er dabei vom österreichischen Standpunkte aus verfahre. In einem anderen Teile des Werkes faßt er das österreichische Problem als Reichsdeutscher an und entwirft ein gar merkwürdiges Programm für die Alldeutschen[4]. Wir haben keine Veranlassung, auf dessen einzelne Abschnitte näher einzugehen, und konstatieren nur, daß der Verfasser des 3. Heftes die richtige Erkenntnis der österreichischen Verhältnisse, die er als Verfasser des ersten Heftes an den Tag legt, verleugnet. Prof. Hasses Vorschläge erinnern in mancher Hinsicht an die Gedanken Paul de Lagardes[5], die aus einer Zeit stammen, in der Österreich noch als Besitz des Deutschtums angesehen ward. Damals entschuldigten sich derartige Irrtümer von selbst. Übrigens hat schon Lagarde den nichtdeutschen Völkern Österreichs mit Ausschluß der Italiener aber mit Einschluß der Juden ein gewisses Maß territorialer Autonomie eingeräumt, das freilich durch Bestimmungen wie beispielsweise: „Der Kaiser von Österreich verpflichtet sich, in allen den Nichtdeutschen vorbehaltenen Gebiete „Kolonisten“ aus Deutschland aufzunehmen“, herabgedrückt wird.

Doch schließlich haben wir in Zisleithanien eine dessen Verhältnissen angepaßte Politik zu befolgen, und für uns ist es bedeutungsvoll, daß selbst ein Alldeutscher wie Professor Hasse an die nationale Autonomie denken muß, wenn er sich im Geiste zur Donau hin versetzt. Denn bessere Stammesgenossen als Professor Hasse zu sein, haben Österreichs Deutsche wahrlich keine Veranlassung. Wir legten bereits im ersten Teile dar, daß das richtige Deutschbewußtsein zur nationalen Verständigung führe, und wenn Alt-Österreich das große Werk versäumte, so ist das nur ein Beweis mehr für die falsche Auffassung des Nationalismus. Der feine, sinnige Epigrammatiker Lichtenberg fragte einst: „Ist es nicht sonderbar, daß die Menschen so gerne für die Religionen

---

[4] Prof. Dr. Ernst Hasse, Deutsche Politik. I. Band, 3. Heft: Deutsche Grenzpolitik. S. 48 ff.

[5] Paul de Lagarde, Deutsche Schriften. Göttingen 1886. S. Die nächsten Pflichten der deutschen Politik. S. 526.

fechten und so ungerne nach ihren Vorschriften leben?" Und ebenso wie mit dem Kampfe für Religionen verhält es sich mit dem für den Nationalismus. Das allgemeine, gleiche Wahlrecht wird nun in Österreich jene Schichten der Bevölkerung, die nach Freiheit und geistigem Brot verlangen, immer mehr in den Vordergrund schieben, und von ihnen wird der Nationalismus getragen, der „nicht um eine nationale Bureaukratie, sondern gegen jeden Bureaukratismus kämpft, der demokratische Nationalismus, der den bureaukratischen Nationalismus abzulösen berufen ist[6]". Wenn die Deutschen erst mit klarem politischen und wirtschaftlichen Verstande erwägen, was auf dem Spiele steht, wenn sie erkennen, daß alle Volksinteressen die Beendigung des nationalen Guerillakrieges erheischen, dann werden sie nicht länger säumen und die Hand zum Frieden bieten.

Eine eigentümliche Furcht hält die Deutschen bisher gebannt. In vergangenen Jahrhunderten scheute man sich, die Wahrheit auszusprechen und nach den Eingebungen der reinen Vernunft zu verfahren, weil man in der Angst lebte, das Richtbeil des Konservativismus würde niedersausen, die Scheiterhaufen der Inquisition könnten aufflammen. Jetzt lähmt die Deutschen und die anderen Völker eine heillose Furcht vor dem nationalen Radikalismus. Man sieht das Gespenst des Aufruhrs durchs Land gehen, und in den Fieberschauern der Angst scheinen die Bastionen der gemäßigten Nationalen verloren, wenn der Ruf zur Verständigung ertönt. Schlimme Erfahrungen der Neunzigerjahre verwirren die Köpfe, weil aus ihnen falsche Folgerungen gezogen werden. Die tschechische Ausgleichspartei — das Alttschechentum — wurde nicht hinweggefegt, weil sie sich mit den Deutschen an einen Tisch setzte. Sie erhielt bei den Reichsratswahlen von 1891 den Abschied, weil sie sich das Recht arrogierte, im Namen der Nation zu sprechen, ohne hierzu die Befugnis zu besitzen. Stellen wir uns vor, daß irgend ein Advokat

---

[6] Rudolf Springer, Der Kampf der österreichischen Nationen um den Staat. Wien 1902. I, 91.

einen für uns gar nicht ungünstigen Geschäftsvertrag abschließen wollte, ohne daß wir uns mit ihm auseinandergesetzt und unsere Bereitwilligkeit erklärt haben. Würden wir uns diesen Eingriff in unsere persönlichen Entschließungsrechte gefallen lassen? Ja, können wir überhaupt ein solches Vorkommnis für möglich halten? Nun denn, im Jahre 1890 ereignete sich ein ähnlicher Fall. Schon bei den böhmischen Landtagswahlen im Juli 1889 eroberten die Jungtschechen 42 Mandate, und die Stimmung der Bevölkerung ließ unzweifelhaft erkennen, daß die Alttschechen ihre Partie verspielt hatten und ihre 55 Sitze lediglich den Wahlprivilegien verdankten. Trotzdem verhandelten sie über das Schicksal Böhmens! . . . Ein anderes Argument liefern die nach den Sprachverordnungswirren erfochtenen Siege der Deutschradikalen für die Kleinmütigen. Doch auch hier versagen alle Rückschlüsse. Zwischen dem Sprachenzwange und dem freien Willen zum nationalen Friedensschlusse ist ein himmelweiter Unterschied, und wer den einen mit dem andern verwechselt, hat überhaupt kein politisches Urteil. Allein, greifen wir selbst den Einwand der Slaven auf, nehmen wir an, daß die gemäßigten Abgeordneten der Deutschen erst unter dem Einflusse der Straße die Sprachenverordnungen befehdeten, verwarfen. Was sagt das für die Abgeordneten des allgemeinen, gleichen Wahlrechts? Die Privilegienvertreter von 1897 konnten durch das Aufwallen der nationalen Leidenschaft überrascht werden, da sie die Volksseele nicht kannten, und die Bevölkerung wieder hatte gar keine Ursache, sich um die Haltung von Männern zu kümmern, die lediglich das Vertrauen kleiner Kreise besaßen. Heute ist das wesentlich anders: Volk und Parlament stehen zu einander, gehören zu einander; sie sind untrennbar verknüpft. Die Vertreter des gemäßigten Deutschtums können demnach ruhig, sicher und selbstbewußt den nationalen Ausgleich einleiten. Sie werden dadurch in den Augen ihrer Nation nicht verlieren, sondern nur gewinnen. Man kann den gemäßigten Deutschen nur das Wort Luthers, an dem der große Ästhetiker Fr. Th. Vischer in seinem Schriftchen über

„Mode und Cynismus“ so sehr Gefallen findet, in Erinnerung rufen und mahnen:

Tritt frisch auf,
Tu's Maul auf!

Es wäre wirklich mit dem Deutschtum Österreichs traurig bestellt, wenn es nicht mehr den Mut zur Tat aufbrächte. Der extremste Nationalismus wird im Lager des deutschen Volksstammes von den bei den letzten Reichsratswahlen fast hinweggespülten Alldeutschen vertreten, und es drängt sich daher die Frage auf, ob es nicht genug sachliche Gründe gibt, die es gestatten, den Radikalen mit gutem reinem Gewissen und mit Aussicht auf Erfolg entgegenzutreten. Dr. Karl Renner — zweifellos ein mustergültiger Deutscher, der die Kultur seines Volkes in sich aufgenommen hat — führt in seinem Werke[7] sehr richtig aus:

„Die Deutschösterreicher waren einmal der herrschende Stamm in Österreich; mit der Herrschaft hat es ein Ende, aber das führende Volk werden sie immer sein. Und besser ist es, sieben Völker zu führen, als ein Hinterland der Hohenzollern zu bilden. Zudem weiß jeder einsichtige Deutschösterreicher und noch mehr jeder Reichsdeutsche, daß der Sache des Deutschtums in Europa mehr gedient ist, wenn die österreichischen Deutschen auf ihrem Posten ausharren, die Tore der Süd- und Ostslaven dem Westen offenhalten, koste es, was es wolle, und diese Völker nicht dem alles verschlingenden Rußland in die Arme treiben. Jede deutschösterreichische Irredenta ist Flucht vom Posten, ist nationale und kulturelle Fahnenflucht.“

Die Alldeutschen, die doch die Karte Europas vor Augen haben, übersehen ganz das Vorhandensein eines internationalen Kräftespiels. Professor Hasse, ihr Führer im Deutschen Reiche, will allerdings den Habsburgerstaat fortbestehen lassen, wenn auch mehr der Form als dem Wesen nach. Er schafft im Geiste ein Reich mit zwei Kaiserkronen. Viel weiter gehen nun die Alldeutschen Zisleithaniens. Für sie hat Österreich schon heute zu existieren aufgehört, und in ihrem Organe „Alldeutsches Tagblatt“ wird bloß von den Ländern des Deutschen Bundes gesprochen. Es ist jedoch der größte Fehler in der Politik, wenn man immer an sich selbst und

[7] Rudolf Springer a. a. O. S. 170.

niemals an die andern denkt. Österreich beschäftigt eben nicht nur Deutschland, sondern man kann sagen, alle Großstaaten[8]. Die französische Geschichtsliteratur über den Habsburgerstaat hat in den letzten Jahren fast einen größeren Zuwachs aufzuweisen als die deutsche. Allein die französischen Werke erscheinen nicht bloß, sie werden geradezu verschlungen. Das 452 Seiten starke Buch André Chéradames: L'Europe et la question d'Autriche au seuil du XX. siècle, liegt bereits in 4. Auflage vor, und eine kleinere Schrift dieses Verfassers: L'Allemagne, la France et la question d'Autriche, erreichte die dritte Ausgabe. Louis Eisenmanns großes, streng wissenschaftliches Werk: Le compromis austro-hongrois de 1867, war kurze Zeit nach dem Erscheinen trotz der starken ersten Auflage nahezu vergriffen, und der Verfasser konnte die Vorarbeiten für die zweite Ausgabe beginnen. Ganz zu schweigen von den anderen in den letzten Jahren herausgekommenen, teils historischen, teils aktuellen französischen Arbeiten, die Österreich oder Österreichs Völkern gewidmet sind. Es ist an der Zeit, daß man sich endlich von der Vorstellung emanzipiere, Österreichs Aufstieg oder Untergang gehe außer den Habsburgerstaat nur noch Deutschland etwas an, und sich gewöhne, Zis- und Transleithaniens Angelegenheiten als europäische Probleme zu würdigen, an denen Nord und Süd, Ost und West gleicherweise interressiert sind. Gewiß, Österreich ist eine Notwendigkeit, Österreich wird allen Erbschaftsspekulanten zum Trotze fortbestehen; doch nehmen wir für einen Augenblick an, der Traum der Alldeutschen Zisleithaniens fände seine Erfüllung. Die Deutschen an der Donau und Elbe wären dem großen Deutschen Reiche angegliedert. Daß die Tschechen sich nicht Deutschland einverleiben ließen, steht wohl außer Frage; sie würden in die große slavische Machtsphäre fallen und sich entweder dem russischen Reiche unmittelbar anschließen oder doch in enge Fühlung mit Ruß-

[8] „La question d'Autriche, si elle se pose, sous quelque forme qu'elle se présente, touchera à des intérêts considérables pour tous les états et vitaux pour quelques-uns." — André Chéradame a. a. O. S. 321.

land treten, das ja aufgehört hat, ein absolutistischer Staat zu sein; es wird auch den Polen und Ruthenen früher oder später die nationale Autonomie gewähren, die die Finnen schon besitzen. Da wir uns einmal zu weltpolitischen Zukunftsbildern versteigen, müssen wir noch weitergehen. Das absolutistische Rußland hatte zwei Eisen ins Feuer gelegt; es dachte an eine Eroberungspolitik in Asien und an eine panslavistische Politik auf der Balkanhalbinsel. Die asiatischen Pläne sind buchstäblich ins Meer gefallen. Das kleine Japan hat seine Riesenkräfte entfaltet und Rußlands Ländergier Grenzen gesetzt. Dem Zarenreiche bleibt nichts anderes übrig, als die Bestrebungen der Kaiserin Katharina II. wieder aufzunehmen und den Orient ins Auge zu fassen. Es wird — ein wenig zu Kräften gekommen — zumindest die slawischen Völker auf der Balkanhalbinsel mehr als bisher unter seinen Einfluß zu bringen suchen und die panslavistische Propaganda, die durch die Revolution unterbrochen wurde, erneuern. Wenn die Alldeutschen nur so weit dächten, würden sie, wie Grillparzers Rustan, froh sein, aus dem Traum geschüttelt zu werden. Steigt nicht in jedem Deutschen ein Gefühl der Beängstigung auf, wenn man sich vorstellt, daß der Pufferstaat Österreich einstens wegfiele und daß Slawen und Deutsche unmittelbar aneinanderstießen? Fast die ganze Ostgrenze und ein Teil der Südgrenze würde den Slawen offenstehen, und bloß ein kleines Stück an der Donau wäre durch die Magyaren gedeckt; im übrigen Teile des Südens und im Westen würden die Romanen anprallen. Das Deutsche Reich liefe Gefahr, förmlich erdrückt zu werden; eiserne Arme preßten seinen Leib zusammen. Doch, wie gesagt, die Alldeutschen jagen Schimären nach, und man verfiele in den Fehler Chéradames, wollte man die Bedeutung der pangermanistischen Bewegung überschätzen. Gegen die Alldeutschen lassen sich ferner triftige religiöse und kulturelle Bedenken ins Feld führen[9], und da es glücklicherweise genug klare Köpfe gibt, ist also

[9] Richard Charmatz, Der demokratisch-nationale Bundesstaat Osterreich. Frankfurt a. M. 1904. S. 15.

das abermalige Emporschäumen der alldeutschen Flut in Österreich von den gemäßigten Politikern nicht zu fürchten.

Für die nationale Neugestaltung in Österreich spricht alles; gegen sie kann nicht einmal das Argument der Mandatsfurcht der gemäßigten Parteien geltendgemacht werden. Darum auf zur Tat! Sind erst die Deutschen und Tschechen bereit, Ordnung zu schaffen, dann erscheint die ganze österreichische Nationalitätenmisere bezwungen. Mit den Südslawen wird die Einigung unschwer zu erzielen sein; der Ausgleich mit den Italienern bietet keine zu großen Schwierigkeiten, weil die Deutschen und Romanen in Tirol räumlich nahezu scharf geschieden sind. Die Rumänen gehören selbst zu den Proponenten der nationalen Autonomie, und an der Hartherzigkeit der Polen gegenüber den Ruthenen wird das Werk der nationalen Renaissance nicht scheitern. Österreich ist stark genug, den Polen im Namen der Gerechtigkeit zuzurufen: sic volo, sic jubeo. . .

Als Heine einstens an die deutsche Grenze kam — im traurigen Monat November war's —, da wurde es ihm klar, daß die wirtschaftliche Einigung, an die ihn der Zollwächter erinnerte, die nationale Einigung mit sich bringen werde.

> Der Zollverein
> Wird unser Volkstum begründen;
> Er wird das zersplitterte Vaterland
> Zu einem Ganzen verbinden.

Deutschlands Werdegang führte von der Volkswirtschaft zum Nationalismus; allein in Österreich sind die Verhältnisse und Wege andere. In Zisleithanien wird die politisch-wirtschaftliche Umgestaltung der nationalen Erneuerung folgen. Die Völkerverständigung ist nur mehr eine Frage der Zeit; sie wird stattfinden, weil sie unvermeidlich erscheint, weil Bedenken des Volksinteresses nicht mehr dagegenstehen und die Nationen, der nationalen Kämpfe gegeneinander müde, nach dem gemeinsamen wirtschaftlichen Ringen um ein besseres Zukunfts-Österreich Sehnsucht tragen. Die Reibereien, die da und dort aus diesem oder jenem augenblicklichen Anlasse noch immer vorkommen, liefern keine Gegen-

argumente, sondern lediglich Beweise dafür, daß die unzweckmäßige Organisation Österreichs eine beständige Gefahr für die Ruhe sei.

* * *

Wenn im Frühling das Eis bricht, fliegen die Wünsche den vollen Scheunen, den Früchten des Herbstes entgegen; aber man denkt auch an die Arbeit des Säens, an die Bestellung des Feldes. Von der nationalen Verständigung eilen die Gedanken unwillkürlich dem ferneren Ziele der wirtschaftlich-politischen Neubegründung Österreichs zu; allein es wäre unklug, nur den Wert für eine weitere Zukunft zu berücksichtigen und an der Bedeutung für die nächsten Tage blind vorbeizugehen. Welcher Zweck wohnte denn eigentlich den Sprachenstreitigkeiten der letzten Jahrzehnte inne? Sollte alles in der Welt eine Bestimmung haben und einzig der Völkerkampf Österreichs nicht? Im Lärm des Tages konnte man oft verzweifeln, doch von einer höheren Warte aus mußte man erkennen, daß sich aus dem Chaos eine neue Ordnung entwickle. Die Deutschen gruppierten sich im Streite, die Tschechen sammelten sich, die Polen ralliierten sich, kurz, es vollzog sich eine Scheidung nach den nationalen Farben. Die österreichische Sozialdemokratie hat zwar ursprünglich gehofft, den heimischen Nationalitätenhader mit dem Prinzipe der Internationalität überwinden zu können; es zeigte sich jedoch, daß die Menschen, die sich die Bruderhände reichten, gut national gesinnt waren und das völkische Schicksal ihrer Stammesgenossen nicht nur teilten, sondern bewußt mitempfanden. Für Österreich, wo das Einfachste kompliziert und das Komplizierte oft wie ein gordischer Knoten verwickelt ist, ergab sich demnach eine zweifache Gliederung: eine wirtschaftliche und eine nationale. In den Angelegenheiten, die das Volkstum betrafen, schlossen sich die Reihen der Volksgenossen, Bourgeois und Proletarier rückten zusammen; in den Fragen des wirtschaftlichen Klasseninteresses traten die Sozialdemokraten aller Zungen geeint auf. Vor den letzten Wahlen war beispielsweise eine viel-

beachtete Fehde zwischem dem Flügel der deutschen und der tschechischen Sozialdemokratie ausgebrochen[10]. Die Tschechen verlangten, daß in Niederösterreich einem ihrer Volksmitglieder ein Mandat überlassen werde, und beriefen sich auf die Statistik, nach der in diesem Kronlande 133000 Tschechen wohnen. Die deutschen Sozialisten dagegen stellten sich auf den Standpunkt, daß bei der Einteilung der Wahlkreise „nationale" Mandate geschaffen wurden, und weigerten sich, ihren Volksstamm eventuell um einen Sitz im Parlamente zu verkürzen. Dies tut zur Genüge dar, wie national durchtränkt die Sozialdemokratie ist. Fassen wir diese als den einen Pol des Parteienkörpers auf, so müssen wir die Klerikalen als den andern bezeichnen. Die Klerikalen in den südslawischen Gebieten des Reichs haben sich nicht bloß nationalisiert, sie wurden geradezu zu den Trägern der nationalen Propaganda. Die Kirche[11] unterstützt die südslawische Agitation, und der Slawismus rückt von Pfarrhof zu Pfarrhof vor[12]. Desgleichen sind die tschechischen Klerikalen in ihrem Denken und Handeln ausgesprochen national, und die Kirche leiht ihnen ihren mächtigen Arm. Dasselbe Bild finden wir bei den Polen[13]. Der deutsch-klerikale Konservatismus allerdings hat ein großes Maß von nationalem Indifferentismus bewahrt, und in nationalen Angelegenheiten wiederholt gegen das eigene Volkstum Stellung genommen. Zwei Momente gaben dabei den Ausschlag. Einerseits sind die Kreise, aus denen die Deutsch-Klerikalen hervorgehen, den Streitfeldern ent-

---

[10] S. „Arbeiterzeitung". Wien, den 10. Februar 1907.

[11] Der Hirtenbrief der Wiener Synode vom 17. Juni 1849 verkündete allerdings, „daß die Nationalität ein Rest des Heidentums und die Verschiedenheit der Sprache nur eine Folge der Sünde und des Abfalles von Gott sei". — S. Prof. Dr. Ludwig Gumplowicz, Das Recht der Nationalitäten und Sprachen in Österreich. Innsbruck 1879. S. 8.

[12] Österreichs Gegenwart und nächste Zukunft. Von einem Reichsratsmitgliede. Leipzig 1888. S. 89 ff.

[13] S. u. a. den sehr interessanten Artikel: Die Kulturarbeit der Jesuiten in Galizien. Ruthenische Revue, Wien 1905, zweites Märzheft. Die Arbeit stammt wohl aus der Feder eines zweifachen Gegners: eines nationalen, weil von einem Ruthenen, eines konfessionellen, weil von einem griechisch-katholischen Pfarrer.

rückt und deshalb von der nationalen Woge weniger berührt; außerdem macht sich noch ein Rückschlag aus jenen Epochen, in denen der internationale Klerikalismus im Kampfe mit dem streng deutschen Josefinismus lag, bemerkbar. Indes, wie die deutschnationale Agitation der Achtzigerjahre, so hat die von den Alldeutschen und besonders von Dr. Eisenkolb in Fluß gebrachte und seit der Wiener Versammlung vom 15. Januar 1899 in ein ordentliches Bett gelenkte Los-von-Rom-Bewegung manchen schwankenden Klerikalen national aufgerichtet. In Böhmen, wo sich der Nationalismus am schärfsten herausarbeitete, sah sich die Kirche allgemach gezwungen, auf die Empfindsamkeit der Deutschen Bedacht zu nehmen und von der Besetzung deutscher Pfarren mit slawischen Geistlichen abzustehen; der deutsche Klerus selbst begann, seine Stammeszugehörigkeit stärker zu betonen[14]. Kein Zweifel, auch die deutschen Klerikal-Konservativen wird das Geschick ereilen, auch sie werden wie ihre Gesinnungsfreunde in den anderen Volksgemeinschaften das nationale Herz entdecken und ihr Deutschtum in die Wagschale werfen. Dieser Ausblick ist ungemein wichtig. Mit einem Male wird dann das Werk der Nationalisierung vollendet sein; die Kulturarbeit eines Jahrhunderts gelangt ans Ziel. Von rechts nach links zieht sich von diesem Augenblicke ab eine feste nationale Kette, die kein Sturm und kein Feind zu zerreißen vermöchte.

Von der Elbe bis zur Adria, vom Inn bis zur Weichsel leuchtet dann das Nationalbewußtsein. Nationale Sammlung und nationale Parteigruppierung: der polyglotte Charakter Österreichs kommt parteipolitisch voll zum Ausdrucke. Allein die völkische Parteienabgrenzung kann nicht der Endzweck sein. Die Eil- und Lastzüge durch-

[14] Rudolf Vrba, Österreichs Bedränger. Die Los von Rom-Bewegung. Prag 1903. Siehe S. 336 ff. — Es ist interessant, daß sich Vrba, ein — wie man annehmen muß — tschechisch-klerikaler Antisemit, über die Nationalisierung des deutschen Klerus aufhält; von der nationalen Propaganda der tschechischen Geistlichen weiß er augenscheinlich nichts. Man erinnert sich des Gleichnisses vom Span und vom Balken!

rollen ganz gefühllos deutsches, tschechisches und polnisches Gebiet, sie halten nicht an der Sprachengrenze, wenn nicht gerade ein Stationsgebäude aufgerichtet ist. Der elektrische Funke blitzt von Königgrätz nach Bodenbach und von Tabor nach Wien: Handel und Wandel sind international. Zweifellos hat der Sprachenstreit auf das Erwerbsleben ungünstig eingewirkt: sowohl durch die Hemmung der parlamentarischen Tätigkeit als durch die Verbitterung des Geschäftsmannes. Wirtschaftliche Institute, die unter nationaler Flagge segeln, sind entstanden, denn Nationen, die Krieg führen, brauchen Geld. Aber trotzdem und alledem schäumt die Flut des Wirtschafts- und Kulturlebens weiter über die Schranken der Nationen. Nationale Bildergalerien und nationale Theater erheben sich allerorten, doch die Völker leben nur zum Teile isoliert, und von einem nationalen Kulturheiligtum springt der begeisternde Funke in das andere; das wirklich Große setzt sich allgemein durch.

Der national getrennte Aufmarsch ist ein Hilfsmittel zur Erreichung vollständiger Klärung, zur Konsolidierung der Nationen. Allein nichts spricht dafür, daß der Marsch getrennt fortgesetzt werden müsse. Die Sozialdemokratie hat unbestreitbar gezeigt, daß sich die verschiedenen Nationalgruppen zu einem festen Körper zusammenschließen können, ohne dadurch eine Vermengung zu bewirken. Auch die Klerikalen hatten immer eine feste geschlossene Masse gebildet, so sehr sie äußerlich geschieden waren. In ihrem Wesen liegt es nicht, die Karten aufzudecken, und sie haben es unterlassen, den Einigungsbau vor aller Welt sichtbar aufzurichten. Ihnen fehlte das einheitliche Programm und die Reichsorganisation der Sozialdemokratie, aber die Übereinstimmung des Fühlens und Denkens war bei ihnen stärker als ein papiernes Band. Zudem haben wir aus der Entwicklungsgeschichte der deutschen Parteien erfahren, daß die klerikal-konservativen Gruppen mit den Bischöfen durch dick und dünn gingen; die Wahlhirtenbriefe sind stets ihre Wahlprogramme gewesen. Von Bischofssitz zu Bischofssitz laufen die Fäden des Parteinetzes; sie sind, wie die Rohre für die

pneumatische Postbeförderung, unterirdisch gezogen. Die Bischofskonferenzen sind die Gesamtparteitage der Klerikalen, und die Zentralleitung wird von den Kardinälen gebildet; sie findet im Papste ihre Spitze. Wenn die nationalen Gruppen des Klerikalismus gesondert manövrieren, so haben sie doch den Einfluß einer festgefügten Gesamtpartei.

Nationale Gliederung, internationaler Zusammenschluß! Dieses Prinzip findet sich an den beiden Polen. Bloß die Mittelparteien verschlossen sich bisher dieser neuen und in der Eigenart Österreichs tief begründeten Form des Wirkens. Sie waren in den Zeiten der höchsten nationalen Streitsucht allerdings am weitesten voneinander getrennt; sie haben aber auch das größte Interesse, sich zusammenzuschließen. Solange die nationale Autonomie nicht eingeführt und dadurch der Anlaß zu unausgesetzten Konflikten nicht beseitigt ist, wird die internationale Vereinigung der fortschrittlichen nationalen Gruppen zu einer achtunggebietenden machtvollen Einheit wohl auf Schwierigkeiten stoßen. Aber jeder, der sich mit den Parteigestaltungen der Zukunft beschäftigt, muß einen Zustand in Betracht ziehen, der den Freisinn, der jetzt in den kleinen nationalen Becken untergeht, in dem großen Kräftereservoir Österreich zur Geltung kommen läßt. Wenn heute eine ernste Vereinigung gegründet wird, waltet das Bestreben vor, alle auf ein bestimmtes Ziel gerichteten Interessen zusammenzufassen. Der Deutsche, der gesund und billig wohnen will, ruft den Tschechen und Polen, Italiener und Slowenen zum Bunde auf: eine „Zentralstelle für Wohnungsreform in Österreich“ entsteht beispielsweise. Nur die bürgerlichen Kreise, die in einem freien, wirtschaftlich blühenden, von zufriedenen Menschen bewohnten, von hoher Kultur durchwärmten Staate ihr Ideal finden, sollten ewig geschieden und schwach bleiben? Nein, die Notwendigkeit und die Vernunft muß die Vorurteile des Chauvinismus besiegen. Die nationale Autonomie wird von selbst dafür sorgen, daß das einmal erweckte Nationalempfinden wach bleibe und niemals mehr verlösche; die Nationalkreise oder

-Staaten werden an der nationalen Vertiefung ruhig arbeiten, ohne des Hasses Lärm als Ansporn zu bedürfen. Aus Feinden werden Freunde, aus Hyänen Menschen, die den großen Zielen der Zeit nachstreben. Wie die Individuen, so die Parteien! Die Sonderung nach Nationen bleibt aufrecht, aber die Sammlung nach Kultur- und Wirtschaftsprinzipien beginnt. Österreich kehrt von den Abwegen, auf die es geraten ist, wieder zur großen Heerstraße zurück, auf der die Truppen zum Weltkampfe um Fortschritt und Rückschritt aufziehen. Mit heißem Herzen hat der bewußteste Deutsche Österreichs — Robert Hamerling — diese Zeit ersehnt, indem er schrieb:

Vernehmt mich, groß' und kleine Nationen,
Die ihr geharnischt tretet auf den Plan!
Ihr ringt umsonst nach Eigenruhmes Kronen:
Der Einzelvölker Arbeit ist getan.

Die an der Seine, am Belt, am Ister wohnen,
Begegnen fortan sich auf einer Bahn:
Was ihr getrennt erstrebt, getrennt begründet,
Vollendet ihr vereint nur und verbündet.

3. Das neue Parlament.

Österreich ist nicht das Land der weitausschauenden, umbauenden, in neue Bahnen lenkenden Staatsmänner. Die Stein, Hardenberg, Bismarck fehlen im Habsburgerstaate. Wohl standen im öffentlichen Dienste zu allen Zeiten Persönlichkeiten, denen unter dem Amtsrocke ein für das Volk erglühendes Herz schlug, die Großes wollten, Hohes erstrebten. Vor zwei Jahrhunderten schon hat Christian Julius von Schierendorff mit edler Begeisterung für die Modernisierung des Staates und für das politische Mitbestimmungsrecht des Volkes gestritten [1], und er fand selbst in den trübsten Tagen Nachahmer. Allein Österreich brachte zum Unterschiede von Preußen nur hervorragende Staatsbeamte hervor, die den richtigen Weg wohl wußten, aber das Land nicht dahin zu

[1] Dr. Alfred Fischels Studien zur österreichischen Reichsgeschichte, Wien 1906, enthalten eine dankenswerte Schilderung der Bestrebungen dieses fast vergessenen Mannes.

führen vermochten. Deshalb wurde so oft ein Bismarck ersehnt, von dem man erhoffte, daß er „schon alles machen“ würde. Doch in der Politik ist nichts unvernünftiger, als das Harren auf den Messias. Mit Zufällen darf man nicht rechnen. Die Anregung zur Reorganisation Österreichs, zur Demokratisierung des Staatslebens und zur Industrialisierung des Wirtschaftsgetriebes muß von der Bevölkerung ausgehen. Dem Staate tut ein Parlament not, das, aus starken Parteien gebildet, kraftvoll und beharrlich an dem neuen Österreich baut, dessen Grundstein das allgemeine, gleiche Wahlrecht darstellt.

Dieses Parlament ist nun — wie nicht anders zu erwarten — aus den neuen Volkswahlen nicht hervorgegangen. Allerdings zeigt der äußere Anstrich grellere Farben als man vermutet hatte, und das Schwarz der klerikal-konservativen Weltanschauung beherrscht scheinbar nur einen kleinen Platz. An ausgesprochen klerikalen Abgeordneten gibt es im ersten Volkshause bloß:

die deutschen Klerikalen . . .	mit	96	Mandaten
„ tschechischen „ . . .	„	17	„
„ slovenischen „ . . .	„	18	„
„ italienischen „ . . .	„	10	„
„ serbo-kroatischen Klerikalen	„	13	„
„ polnischen „	„	13	„

Unter 516 Abgeordneten stehen also nur 167 im klerikalen Lager. Aber man darf nicht vergessen, daß dieses im Privilegienparlamente prozentuell weit schwächer vertreten war. Die reaktionäre Politik wird eben nicht allein von den Klerikalen getrieben, ihr strömen aus allen Ecken und Enden Hilfskräfte zu. Es wäre sehr verfehlt, wenn man die Stärke der kulturellen Reaktion im Lande nach dem Umfange der klerikalen Fraktionen im Parlamente einschätzen wollte. Von der deutschen Wählerschaft stimmten $40^{9}/_{10}\,\%$ für rein klerikale Kandidaten, $30\,\%$ entschieden sich für die sogenannten freiheitlichen Mandatswerber und $29^{1}/_{10}\,\%$[2] für die sozialdemo-

[2] „Arbeiter-Zeitung“. Wien, 1. Juni 1907. S. den Artikel: Die Parteiengruppierung bei den Wahlen.

kratischen Kandidaten. Der kulturell entwickelte Volksstamm Österreichs steht mithin fast zur Hälfte im Banne der nach der politischen Führerschaft strebenden Kirche. Bei den anderen Nationen — die Tschechen Böhmens mit ihren hussitischen Überlieferungen ausgenommen — gestalteten sich die tatsächlichen Verhältnisse für die Kirche wesentlich günstiger, wenngleich sie in den Abstimmungsergebnissen bei den Wahlen nicht überall klar zum Ausdrucke kommen, da zum Beispiele die Polen neben dem Zentrum noch andere kulturell-rückschrittliche Parteien aufmarschieren lassen. Die Bevölkerung Österreichs ist noch stark zurückgeblieben, und es wäre von Übel, wenn die Kundgebung vom 14. Mai zu Illusionen verleiten würde. Als Österreich in den Märztagen des Sturmjahres mündig wurde, da ließ sich ein so bedächtiger Mann wie Grillparzer zu den Worten hinreißen:

Die Freiheit strahlt ob deinem Haupt,
Wie längst in deinem Herzen,
Denn freier warst du als man glaubt,
Es zeigten's deine Schmerzen.

Und doch blieb dieses Österreich ruhig, als man es wieder unter Kuratel stellte. Die Bevölkerung liebt es, von Zeit zu Zeit mit der Freiheit zu spielen, ohne sie ernst zu nehmen. In solchen Fällen darf man sich nicht täuschen lassen. Wenn man sich die Liste der Parteien genauer ansieht, dann kommt man schließlich auch zur Überzeugung, daß von der ersten Vertretung der österreichischen Völker ein neuer Geist nicht ausgehen wird. Die traditionelle Reaktion, an neuen Vorstößen durch die kompakte Sozialdemokratie gehemmt: das ist der Eindruck, den die Erwägungen über die Aussichten für die Kulturarbeit in den nächsten sechs Jahren auslösen.

In wirtschaftlicher Hinsicht läßt das neue Parlament nichts hoffen und alles fürchten. Die ersten Abgeordneten des allgemeinen, gleichen Wahlrechts sind nicht berufen und befähigt, mit den Überlieferungen des Zünftlertums zu brechen und die neu-österreichische Wirtschaftspolitik einzuleiten. Im Gegenteil! Im Parlamente der 516 Männer gibt es:

19 Deutschfortschrittliche[3],
1 Sozialpolitiker,
28 deutsche Volkspartei,
5 Alldeutsche,
13 Freialldeutsche (Deutsch-Radikale),
68 Christlichsoziale,
28 Deutsch-Klerikale,
19 deutsche Agrarier,
1 freien Sozialist.

*

20 Jungtschechen,
6 Alttschechen,
29 tschechische Agrarier,
5 „ Radikale,
5 „ Nationalsoziale,
2 „ Realisten,
17 „ Klerikale,

*

6 liberale Slovenen,
18 klerikale „

4 liberale Italiener,
10 klerikale „
13 Serbo-Kroaten,
4 Rumänen.

*

13 konservative Polen,
13 Zentrums-Polen,
5 Allpolen,
21 polnische Demokraten,
16 „ Volkspartei,
2 „ Nationalsozialisten,

*

3 Zionisten,

*

21 Jungruthenen,
5 Altruthenen,
3 radikale Ruthenen.

*

87 Sozialdemokraten.

*

5 Wilde.

Unter all den Parlamentariern ist außer von den Sozialdemokraten kaum von zwei bis drei Dutzend bürgerlichen Abgeordneten eine entschiedene Industriepolitik zu ge-

[3] Nach privaten Ermittlungen ergab sich für sämtliche deutsche Parteien folgendes Stimmenverhältnis:

Parteien	Stimmen	Prozent der gültigen Stimmen	Abgeordnete
Christlichsoziale	552 135	29,9	67
Sozialdemokraten	511 760	27,4	50
Klerikale und Konservative	168 221	9,0	29
Deutschvolkliche	146 572	7,8	28
Deutsche Agrarier	146 131	7,8	19
Deutschfortschrittliche . .	116 524	6,2	19
Freialldeutsche	71 644	3,8	13
Alldeutsche	19 767	1,0	5
Selbständige Kandidaten .	11 778	0,6	—
Andere Deutschnationale .	9 033	0,5	1
Freisoziale	5 215	0,3	1
Demokraten	1 990	0,1	1
Zusammen . .	1 760 770	—	233

S. „Arbeiter-Zeitung“. Wien, 1. Juni 1907.

wärtigen, denn die meisten freiheitlichen Politiker werden bei wirtschaftlichen Debatten nach wie vor die Flagge der Reaktion aufziehen. In seinem köstlichen „Eucomium moriae" läßt Erasmus von Rotterdam die Torheit sagen, daß die Weisen nach den Worten des Euripides zwei Zungen hätten, die eine, um die Wahrheit zu reden, die andere, um der Zeit und den Umständen gemäß zu sprechen. Auch von sehr vielen Mitgliedern der fortschrittlichen Parteien kann man behaupten, daß sie zwei Zungen besitzen: Mit der einen versichern sie ihrer freiheitlichen Gesinnung, mit der anderen plädieren sie für reaktionäre Maßregeln.

Wer mit klarem Blicke erkannt hat, daß Österreich sich in seinem innersten Wesen umgestalten muß, um einer lichtvollen Zukunft entgegensehen zu können, der wird keinen Augenblick darüber im Zweifel sein, daß die neuen Herren, die in das Palais auf dem Wiener Franzensring einziehen, die Mauern, die in Jahrhunderten der Reaktion um Österreich gezogen wurden, nicht niederreißen, die gelähmten Volksenergien nicht beleben, die Zaghaftigkeit nicht besiegen, den Willen zur Tat nicht entfesseln werden. Das erste Parlament wird demnach nicht viel Rühmliches zu vollbringen vermögen. Es war noch das geistige Alt-Österreich, das es geboren. Sechs Jahre stehen nun für die Vorbereitung zu einem neuen Wahlkampfe zur Verfügung. Es ist eine kurze und doch lange Frist. Davon, wie das Bürgertum sie ausnützen wird, hängt es ab, ob zu den sechs verlorenen Jahren weitere sechs Jahre des Verlustes hinzukommen sollen. Das: „Wir können warten", das Schmerling in bezug auf die Preßgesetzgebung gesagt hat, gilt nicht für einen Staat, der gewaltige wirtschaftliche und kulturelle Aufgaben erfüllen muß. Ist nun Österreich stark genug, um eine Versäumnis nach der anderen zu ertragen, kann das schaffende Bürgertum die gewerbe- und agrarpolitischen „Rettungsversuche" gleichsam mit seiner Existenz bezahlen? Aus dieser Überlegung erfließt die Überzeugung, daß die letzte Stunde der Rüstung für das Bürgertum geschlagen hat. Der Kampf

um ein neues Österreich muß beginnen. Jetzt oder nie!

Doch ist es in Österreich überhaupt möglich, fortschrittliche bürgerliche Politik zu treiben? Was lehrte der 14. Mai? Von den freiheitlichen Parteien

	waren im Privilegien-parlamente vertreten	erhielten bei der Haupt-wahl 1907 Mandate	kamen 1907 in Stich-wahlen
die Deutschfortschrittlichen .	30	7	10
„ deutsche Volkspartei . .	45	5	22
„ Freialldeutschen	10	3	17
„ deutschen Agrarier . . .	9	9	11
„ Jungtschechen	45	4	16
„ tschechischen Agrarier .	6	6	24

Die Tabelle ist sehr lehrreich. Sie zeigt, daß nur die Agrarier, die ein festes, unverrückbares Wirtschaftsprogramm haben, das erste Treffen mit Erfolg bestehen konnten. Dieser Umstand wird in seiner Bedeutung noch durch die Tatsache verstärkt, daß auch die Sozialdemokraten, mit ihren scharf ausgeprägten wirtschaftlichen Prinzipien, und ebenso die Klerikalen aller Nuancierungen aus dem Hauptwahlkampfe mit außerordentlicher Beute hervorgingen. Die Lehre, die aus der ersten direkten Volksabstimmung in Österreich gezogen werden kann, lautet kurz: Nur Parteien mit klaren Zielen können Wurzel fassen. Gruppen, die, wie die deutsche Fortschrittspartei und die deutsche Volkspartei, den kleinen Mann durch Zunfteinrichtungen „retten“ und gleichzeitig der Industrie aufhelfen wollen, sind verloren; Fraktionen, die, wie die Freialldeutschen, schwanken, vermögen sich nicht zu halten. Diese Wahrnehmungen werden durch die Ergebnisse des 23. Mai in keiner Weise tangiert. An diesem Tage haben sich die Parteien des freiheitlichen Bürgertums teils mit Hilfe der Sozialdemokratie, teils durch die gegenseitige Unterstützung gegenüber der Arbeiterpartei, teils durch die Gnade der Klerikalen einigermaßen zu erholen vermocht. Aus diesem Umstande werden

leider bereits falsche Schlüsse abgeleitet. Dr. Otto Steinwender schrieb unter dem Eindrucke der Stichwahlen:

> „Wir (das deutsche Bürgertum) besitzen die denkbar günstigste politische Position. Wir stehen zwischen zwei großen Parteien (den Klerikalen und Sozialdemokraten), die sich auf Leben und Tod bekämpfen, und haben Beziehungen zu beiden ... Wird in einem praktischen Falle eine Resultierende zwischen den feindlichen Mächten gezogen, so wird ihre Linie fast immer in unser Gebiet fallen. Und treten wir mit einem eigenen Willen(?) hervor, so werden wir fast immer die einen oder anderen zu Bundesgenossen haben."[4]

Das heißt mit anderen Worten: das freiheitliche Bürgertum soll etwa die Politik aufgreifen, die im Privilegienparlamente dem verfassungstreuen Großgrundbesitze oblag; es soll heute mit der Reaktion und morgen mit der Sozialdemokratie gehen und das schon im kaufmännischen Leben nicht sehr geachtete Gewerbe der „Ausgleicher" übernehmen. Wer die letzten Reste der einmal allgewaltigen freiheitlichbürgerlichen Parteien aufreiben will, der möge sie zur Selbsterniedrigung und Selbstverleugnung drängen. Die Bevölkerung aber würde sich entsetzt von diesem Jammerbilde abwenden und die Welt von einem widerlichen Schauspiele befreien.

Doch es steht glücklicherweise nirgends geschrieben, daß das Bürgertum auf dem Boden der Politik nur mit den Krücken gehen könne, die es sich von den Reaktionären erborgt. Die großen Siege der Sozialdemokratie sind nicht bloß Triumphe der Arbeiterschaft, sondern Siege des demokratischen und industriepolitischen Prinzips. In einem Staate, in dem 87 Sozialdemokraten ins Parlament einziehen können, muß sich und *wird* sich Platz für eine wirklich freiheitliche bürgerliche Partei finden. Wenn man bedenkt, wie viele Stimmen dem Bürgertume verloren gingen, weil der Abscheu vor dem Wankelmute, vor dem täglichen Gesinnungsverrate zur Wahlenthaltung oder zur Unterstützung der Sozialdemokratie veranlaßte; wenn man weiter in Erwägung zieht, daß die freiheitlich bürgerlichen Parteien in der Auswahl ihrer Kandidaten

[4] „Neues Wiener Tagblatt", 30. Mai 1907. S. den Artikel: Vor dem Zusammenschluß.

nicht immer glücklich waren und es in Ermangelung jeder festen Organisation einigen lokalen „Machern“ überlassen mußten, Leute, für die sich niemand begeistern konnte, ins Feld zu stellen, dann darf man sagen: des Volkes Stimme, die sich gegen die traditionelle Art der Politik erhob, war Gottes Stimme. Ein Wink zur Umkehr wurde gegeben.

Mit dem industriellen Neu-Österreich vor Augen muß sich das Bürgertum zur Schaffung einer neuen politischen Organisation aufraffen. Als Richtschnur gelte: durch Klarheit des Wollens zum Sieg! Österreich hat nur einen Feind: die Reaktion, in welchem Gewande immer sie auftritt. Sie zu bekämpfen, ohne jemals mit ihr zu paktieren, muß das Ziel der neuen politischen Gemeinschaft sein. Das erste Volksparlament wird ihre Notwendigkeit täglich aufs neue und täglich eindringlicher dartun.

B. Die Parteien der Zukunft.

I. Allgemeine Betrachtungen.

Nun heißt es, den Staub von den Füßen schütteln und aus einer schwarzverhängten Gegenwart in eine lichtere Zukunft vordringen. Wir wollen jetzt sehen, ob eine Brücke dahin führt. Im politischen Leben sind die Parteien, was im gewerblichen Leben die Maschinen, im Laboratorium die Apparate vorstellen: die Mittel zur Arbeit. Die Parteien bilden das Ferment, das die Volksmasse in Bewegung setzt; sie sind die politischen Erzieher. Noch eine andere, nicht minder wichtige Bedeutung ist ihnen eigen: sie repräsentieren im konstitutionellen Staate die Faktoren der Gesetzgebung. Ein starkes Parlament beeinflußt das ganze öffentliche Leben, jedes Gesetz, jeder Verwaltungsakt zeugt von seinem Walten. Kann man sich nun in Betrachtungen über Parlamente und Parteien der Zukunft einlassen, ohne in die undankbare Rolle des falschen Propheten zu verfallen? Zum Teile wohl! In der Politik gilt das Wort

Heraklits: Alles fließt! und wenn wir uns auch über die Tiefe und Breite, die der Strom des Werdens haben wird, keine feste Vorstellung machen können, so sind wir vielleicht doch in der Lage, über seine Richtung Aufschluß zu geben. Es wäre töricht, die Parteienstärke der Zukunft mit konkreten Ziffern ausdrücken zu wollen, aber wir besitzen die Anhaltspunkte für die Feststellung der allgemeinen Entwicklungstendenzen. Wer für symptomatische Erscheinungen in der Politik Verständnis hat, der wird zur Überzeugung kommen, daß vier Prinzipien auf das Parteileben der Zukunft gestaltend einwirken werden: der ewige Kampf um Fortschritt und Rückschritt geht weiter und schafft zwei feindliche Heerlager; das nationale Moment wirkt in dem früher angegebenen Rahmen; daneben vollzieht sich die Klassensonderung, und als neues in der letzten Zeit allmählich hervortretendes Moment macht sich ein modernes berufsständisches Interesse bemerkbar. Dieses darf nicht mit dem konservativ-klerikalen Ideal der berufsständischen Organisation des Staates verwechselt werden, es ist vielmehr eine charakteristische Reaktion auf das allzu abstrakte Denken der letzten Dezennien; die Politik soll zur Wirtschaftspolitik werden.

Bei unseren Betrachtungen wollen wir folgende Methode beobachten: wir werden zuerst das konserativ-klerikale Prinzip untersuchen und hierauf die wirtschaftlichen Interessenkreise, die in seinem Banne stehen, behandeln. Haben wir einmal die Grenzen für die klerikal-konservative Machtentfaltung festgestellt, dann können wir ermessen, welche Bevölkerungskomplexe für die freiheitliche Kultur- und Wirtschaftspolitik zu erobern sind und welcher Kriegsrüstung man dazu bedarf. Zwei Voraussetzungen wollen wir dabei in Betracht ziehen. Erstens nehmen wir an, daß das österreichische Nationalitätenleben in der nächsten Zeit durch die Einführung der nationalen Autonomie in friedliche Bahnen einlenke. Zweitens gehen wir von der Anschauung aus, daß Anschläge gegen die Schule dank der starken Sozialdemokratie nicht zu befürchten sind. Von den über 6 Jahre alten Bewohnern Zisleithaniens waren bei der letzten

Volkszählung 5 272 379 weder des Lesens noch des Schreibens kundig. Darunter gab es 2 398 474 männliche Analphabeten, wovon 1 552 680 auf Galizien[1] entfielen. Professor Hickmann[2] stellt folgende Schultabelle auf:

Schuljahr 1903/04	Auf eine Volksschule entfallen		Anzahl der Volksschulen
	Einwohner	Schüler	
Norwegen	360	55	6 200
Schweden	400	61	12 780
Frankreich	460	65	85 230
Italien	530	44	61 780
Spanien	570	62	31 840
Schweiz	640	98	5 230
Belgien	950	119	7 090
Deutsches Reich	1 010	150	60 000
Niederlande	1 060	174	4 800
Österreich-Ungarn	1 180	165	39 880
Österreich allein[3]	1 290	183	20 257

Ungeheuer viel ist also auf dem Gebiete des Erziehungswesens nachzuholen, und die Masse der Bevölkerung, die sich schützend vor der Schule aufpflanzt, kämpft nicht nur für ihre Kinder, sondern auch für sich selbst. Wohl ist es ein wenig trostreiches Bewußtsein, daß man in Österreich vorerst gegen die Verschlechterung der Jugenderziehung Front machen muß, indes alle Welt für die Verbesserung der Jugendbildung sorgt. Allein die politische Aufklärung wird nicht bloß vom Volksschullehrer besorgt, und die Sozialdemokratie, die in die Massen nicht nur Disziplin, sondern auch die Grundelemente des Wissens getragen hat, legt ein schönes Zeugnis dafür ab, was Parteien, die unter der Fahne „Bildung ist Macht“ fechten, bei ernster Arbeit selbst mit kleinen Mitteln ausrichten können. Wer in Zisleithanien für eine freiheitliche Politik einstehen will, muß sich immer

[1] Österreichs statistisches Handbuch für 1905 S. 6.

[2] Prof. A. L. Hickmann, Geographisch-statistischer Atlas. Wien 1907. Tabelle 51.

[3] Österreichs statistisches Jahrbuch für 1905 S. 101 ff.

gegenwärtig halten, daß es hunderttausende Seelen gibt, in die kein Lichtstrahl der Erkenntnis gefallen ist. Das allgemeine, gleiche Wahlrecht macht den einzelnen Menschen zu einem kostbaren politischen Gute, mit dem man nicht leichtfertig umgehen darf. Allerdings erscheint nichts schwerer, als die abseits von den großen Kulturzentren Lebenden für die Kultur zu gewinnen. Der Fortschrittspionier ist auf den engen Landwegen heute noch kein gern gesehener Wanderer, aber das schließt nicht aus, daß er zu einem willkommenen Gaste werden kann. Die politische Kleinarbeit der Erziehung muß mit aller Energie und unverdrossen angefangen werden; für die Schwierigkeiten gilt das Wort: wo ein Wille ist, da ist ein Weg. Das allgemeine, gleiche Wahlrecht wird ohnehin allmählich zu einer intensiveren parteipolitischen Betätigung zwingen und dem beschaulischen Dasein der Politiker ein Ende bereiten. Wenn erst die großen Maschinen in Gang kommen, werden auch die kleineren in Bewegung geraten. Vorerst, solange sich die geistige Verjüngung Österreichs noch nicht vollzogen hat, darf es keine Rast und Ruhe geben, denn die schönen Zeiten, in denen Manna vom Himmel fiel, sind vorüber. Schwer sind die Furchen im Acker zu ziehen, mühevoll ist das Ausstreuen der Saat, aber schließlich sprießt und grünt es doch. Man muß eben arbeiten und darf nicht verzweifeln; arbeiten und nochmals arbeiten.

II. Die Faktoren der Rechtsparteien.

a) Konservativismus und Klerikalismus.

Die österreichischen Klerikalen haben jahrzehntelang um die Anerkennung der Firmenzeichnung: Konservative! gestritten. Eigentlich sind sie nicht konservativ, sondern reaktionär, denn sie wollen nicht das Bestehende erhalten, konservieren, sondern Verlorenes zurückgewinnen. In ihren Augen waren die französische Revolution und ihre Nachfolgerinnen: die österreichische und deutsche Umwälzung von 1848, große Übeltäterinnen, die die Brandfackel der Empörung

in das mittelalterliche Rechts- und Gesellschaftsgebäude warfen[1]. Konservativ im vollen Sinne des Wortes sind die zur Herrschaft gelangten Liberalen in Österreich und Ungarn gewesen, nachdem die ersten Flitterwochen des Machtbesitzes verrauscht waren. Da die Klerikalen aber scheinbar großes Gewicht darauf legen, konservativ genannt zu werden, soll von Klerikal-Konservativen gesprochen werden. Name ist Schall und Rauch. Wir wissen, wen wir vor uns haben: die Partei des römisch-katholischen Episkopats.

Ehe wir uns mit den österreichischen Klerikal-Konservativen näher beschäftigen, müssen wir einige allgemeine Bemerkungen machen. Was wir bekämpfen, ist das Prinzip des Rückschrittes, in welcher Form immer es sich äußern mag. Der Klerikalismus fordert daher unsere Aufmerksamkeit in zweifacher Hinsicht heraus. Er verficht als Vertreter eines bestimmten Herrschaftsinteresses ein rückschrittliches, d. h. aus der Vergangenheit geholtes, unserer Zeit fremdes Staatsideal. Zudem ist er als Repräsentant nicht nur eines einzelnen Glaubens, sondern einer einzelnen Auffassung dieses Glaubens der Herold der Intoleranz, denn jede Religion neigt unter gewissen Verhältnissen zur Orthodoxie und wird als politischer Machtfaktor nach außen, sehr oft auch nach innen hin, unduldsam. Sie begeht dann den größten Frevel, die eigentliche Sünde gegen den heiligen Geist, indem sie den inneren Menschen vergewaltigt und die Persönlichkeit unterdrückt[2]. Das ist nicht nur die Schuld der römisch-katholischen Kirche! Die Juden, die, dem göttlichen Lichte folgend, durch die Wüste gezogen waren, hatten später die religiöse Härte der Makkabäer hervorgebracht, und wenn die hellenistischen Israeliten einst im ernsten Tempel Jehovas eine Statue des olympischen Zeus aufstellten, so trieben die Pharisäer nachher den religiösen Fanatismus um so mehr auf

[1] Alois Prinz Liechtenstein, Über Interessenvertretung im Staate, 2. Aufl. Wien 1877. S. 3. — Dr. Wiard Klopp, Die sozialen Lehren des Freiherrn Karl von Vogelsang. St. Pölten 1894. S. 24 ff.

[2] Houston Stewart Chamberlain, Die Grundlagen des neunzehnten Jahrhunderts. Volksausgabe, München, II. Hälfte, S. 876.

die Spitze. Renan, der große literarische Porträtmaler hat die Thora das engste Schnürhemd, das jemals Lebendiges eingezwängt, genannt und nicht mit Unrecht. Auch im Islam unterlag die Aufklärung vollständig in ihrem Kampfe gegen die Orthodoxie, und in allen islamitischen Ländern gilt heute der Satz: Die Offenbarung steht höher als die Vernunft[3]. Von protestantischer Unduldsumkeit ist auf manchem Blatte der Geschichte geschrieben; sie ging zu Zeiten so weit, daß die Reformierten 1651 den Lutheranern in Heilsberg die Benutzung eines Friedhofes versagten[4]. Wenn man die Reden Stahls, des großen Wortführers des protestantischen Konservativismns, liest, glaubt man oft, die Ausführungen eines österreichischen Klerikal-Konservativen zu vernehmen; so zum Beispiel bei der Rede über die Trennung von Kirche und Staat, die er am 3. Oktober 1849 gehalten hat: „Man beschuldigt uns der Unduldsamkeit“, sagte er; „an Duldsamkeit gegen Personen wollen wir uns nicht überbieten lassen, aber in den Sachen können wir nicht tolerant sein“[5]. Die englische Episkopalkirche hat sich in bezug auf Intoleranz nicht in den Schatten stellen lassen, und man lese nur in Buckles Lebenswerk, wie sie sich zu Jakob II. verhielt. „. . . So geschah es, daß der nächste Anlaß der Revolution, die dem König seine Krone kostete, die Bekanntmachung eines königlichen Toleranzediktes und der dadurch erregte Unwille des Klerus war, als er einen christlichen König eine solche Unverschämtheit begehen sah“, schrieb Buckle mit zornentflammtem Hohne[6]. Wie erbittert bekämpften sich nicht die Puritaner; die Independenten eiferten gegen die Presbyterianer, und die Presbyterianer wieder verwarfen offen das Prinzip der Duldsamkeit. „Hört nicht“, rief einer ihrer Führer in den Tagen der englischen

---

[3] Graf Heinrich Coudenhove a. a. O. S. 128.

[4] Die Kirchenpolitik der Hohenzollern. Von einem Deutschen. Frankfurt a. M. 1906. S. 52.

[5] Dr. J. P. M. Treuherz, Parlamentarische Reden von Dr. Friedrich Julius Stahl. Berlin. S. 84.

[6] H. Th. Buckle, Geschichte der Zivilisation in England. Deutsch. Leipzig 1901. I 346.

Revolution dem Parlament zu, „auf diejenigen, welche für Toleranz sprechen. Die Bücher, in denen sie gefordert wird, verdienen verbrannt zu werden, denn die Gründe, die für sie vorgebracht werden, könnten unter dem Vorwande der Gewissensfreiheit auch Papisten, Juden und Heiden zugute kommen[7]." Doch wozu wollen wir die traurige Erzählung religiöser Verirrungen fortsetzen? Die wenigen Stichproben mögen zur Erhärtung unserer Behauptung genügen. Wenn einmal die ergreifende Geschichte der Intoleranz in lückenloser Vollständigkeit geschrieben werden sollte, dann könnte dies nur unter Tränen geschehen, und die Menschen würden entsetzt ihr Antlitz verhüllen.

Wir haben uns diese kleine Abschweifung erlaubt, um nicht der Einseitigkeit geziehen zu werden; denn die nächsten Seiten können nur den politischen Einfluß der römisch-katholischen Hierarchie in Österreich betrachten. Der römische Katholizismus nimmt im Habsburgerreiche eine dominierende Stellung ein, die ihre Grundlagen in der konfessionellen Schichtung findet. In Österreich leben:

79 % römische Katholiken.
12 % griechisch-unierte Katholiken,
4 7/10 % Israeliten,
2 3/10 % nicht unierte Griechen,
1 9/10 % Protestanten.

Zur Klarstellung müssen wir noch bemerken, daß für uns Religion und Kirche durchaus nicht dasselbe ist, ja, daß uns die beiden Begriffe geradezu als Gegensätze erscheinen. Der erlauchte Reformkaiser Josef II. hat einen erbitterten Kampf mit der Kirche geführt, und selbst seine gehässigsten Gegner können ihm eine tiefe Religiosität nicht absprechen. Sebastian Brunner, der die Schale seines Zornes über die theologischen Mitarbeiter des gekrönten österreichischen Aufklärers ausgegossen hat[8], hob hervor, daß der Monarch die Sakramente während seiner Regierungszeit empfing und sich

[7] Dr. Alfred Stern, Geschichte der Revolution in England. Berlin 1881. S. 148.

[8] Sebastian Brunner, Die theologische Dienerschaft am Hofe Josefs II. Wien 1860.

jedesmal selbst zum Pfarrer in die Leopoldstädter Pfarrei begab[9]. Kaiser Josef beseitigte wohl die überflüssigen Klöster, aber er sorgte gleichzeitig durch eine neue Pfarreinteilung für die gleichmäßige und bessere priesterliche Obsorge im ganzen Staate[10]. Und wie sehr die offizielle Kirche gegen den Neuerer, der im Sinne des Gallikanismus und des Febronismus an der Begründung eines Staatskirchentums arbeitete, wettern mag, so konnte doch ein Beurteiler wie de Luca, dem es mehr um die Pflege des Glaubens als um die Ausübung einer weltlichen Macht zu tun war, 1789 schreiben: „Die Freiheit der österreichischen Kirche stieg zu einer Größe, die sie nie hatte und welche selbst die weltbekannte Freiheit der gallikanischen Kirche weit hinter sich ließ.“ [11]

Gehen wir nun zu den Klerikal-Konservativen über. So sehr sie sich auch dagegen sträubten, sie können es nicht hinwegleugnen, daß sie in letzter Linie um die Herrschaft der Kirche über den Staat ringen. „Was wollen wir durch die Politik?“ fragt der slovenische Pfarrer Anton Vogrinec, der in einem vielbeachteten Buche seinem gequälten religiösen Herzen Luft machte, und er antwortet: „Jedenfalls, daß wir zu einer politischen Macht gelangen, die ihren Willen diktieren kann. . . Das nächste Ziel ist somit doch der herrschende Einfluß des Klerus.“ [12] Unwillkürlich muß sich uns also die Frage aufdrängen, womit die Kirche ihre politischen Ambitionen zu rechtfertigen sucht. Erstens kann sie darauf hinweisen, daß sie die Monarchen mit dem Glanze des Gottesgnadentums umgeben habe, was zweifellos für die Geschichte des Monarchismus von großer Tragweite war. Man darf die Historie nicht als trockene Aneinanderreihung von Daten auffassen und muß

---

[9] Sebastian Brunner, Josef II., 2. Aufl. Freiburg 1885. S. 245.

[10] A. J. Groß-Hoffinger, Geschichte Josefs des Zweiten, 3. Aufl. Leipzig 1870. S. 138.

[11] Adam Wolf, Die Aufhebung der Klöster in Innerösterreich 1782 bis 1790. Wien 1871. S. 39.

[12] Anton Vogrinec, Nostra maxima culpa. Wien 1904. S. 304.

sich die psychologischen Eindrücke auf die Menschen gegenwärtig halten. Geschieht dies, dann leuchtet ein, welche Bedeutung es hatte, daß die Kirche die Macht der Fürsten im Himmel verankerte. Doch alle Verdienste finden auf Erden bloß einen zeitlichen Lohn; keine Macht, kein Stand, keine Person ist je unverlöschlicher Dankbarkeit teilhaftig geworden. Der Wille der Fürsten konnte Jahrhunderte hindurch unumschränkt schalten und walten, die Herrschaftshoheit ganz oder teilweise anderen überlassen; heute im Zeitalter der Volksherrschaft liegen die Dinge anders, und nur das lebendige Verdienst findet seine Krone. Ein zweites Moment, auf das sich die Klerikalen berufen, sind die der Kirche nicht abzusprechenden kulturellen Taten, die dem Staate zugute kamen. Im Mittelalter hat die Kirche zweifellos viel geleistet, und zwar mehr an Einzelarbeit als im großen. Freilich, das verbreitete Licht war trübe, die Wolken des Aberglaubens und der Inquisition verdunkelten die Erde. Aber man muß sich vorstellen, wie schwer es ist, aus Barbaren Menschen zu machen, und daran denken, wie langsam sich die Kulturfluten in unserer Zeit der Beweglichkeit vorwärtsschieben. Immerhin, die Kirche hat Deutschland für die Renaissance, die über sie hinwegging, reif gemacht. Als sie erst einmal den Lerntrieb geweckt hatte, rafften sich die weltlichen Faktoren auf und schufen selbst Pflanzstätten der Bildung. Zu den Kloster-, Stifts- und Domschulen traten die Stadtschulen hinzu; man darf annehmen, das gegen Ende des XV. Jahrhunderts so gut wie jede deutsche Stadt ihre Schule besaß, ja, daß auch weltliche Schulen in kleinen Dörfern und Flecken nichts Seltenes waren [13]. Damit hatte die Kirche eigentlich ihre erzieherische Mission erfüllt; was nachfolgte, war größtenteils von Übel, und wir wollen hier nicht das Kapitel vom Jesuitismus anschneiden. Jedenfalls hätten die Techniker, Chemiker, Forscher und Philosophen aus dem Titel der kulturellen Arbeit ein größeres Anrecht auf die Herrschaft als die Kirche.

---

[13] Prof. F. Paulsen, Das deutsche Bildungswesen in seiner geschichtlichen Entwicklung. Leipzig 1906. S. 19.

Als dritter Grund wird die große soziale Hilfstätigkeit der Kirche ins Treffen geführt; auch in diesem Falle lautet der unerbittliche Richtspruch: vergangen, verjährt. Wir besitzen ein ganz ausgezeichnetes, preisgekröntes Werk über die Geschichte der „kirchlichen Armenpflege", das von den klerikal-konservativen Politikern vielfach angeführt wird. Die Abschnitte, die fernen Jahrhunderten gewidmet sind, wirken erhebend, erfüllen mit Bewunderung. Doch der Verfasser wird selbst verlegen, da er zur Neuzeit übergeht. Die soziale Staatspolitik hat längst ein Gebiet, auf dem die Kirche einst segensreich wirkte, an sich gezogen, und man muß sagen, der Staat verfährt humaner; er berechtigt den Bürger zu Forderungen und weist ihn nicht auf Almosen an. Dr. Georg Ratzinger verfällt deshalb auf die krause Idee, die Aufhebung der „staatlichen Armenpflege mit der Zwangspflicht der Gemeinden und mit dem Rechte auf Unterstützung" zu fordern, damit die kirchliche Wohltätigkeit den leeren Platz einnehmen könne.[14] Sehen wir von diesen Utopien ab und fragen wir ganz trocken, ob die Kirche heute überhaupt noch imstande wäre, eine große soziale Hilfstätigkeit zu entfalten. So paradox es klingt, so ist es doch richtig, daß sie, als sie arm war, das kärgliche Einkommen gern teilte, während sie sich immer zugeknöpfter verhielt, je mehr Reichtum ihr zufloß. Die römisch-katholische Kirche ist in Österreich zu einer Kapitalsmacht allerersten Ranges geworden. Ihr Aktivvermögen beträgt heute nach der offiziellen Statistik 813612301 Kronen. Auf einzelne Kronländer verteilt es sich folgendermaßen[15]:

	Gesamt-aktivvermögen	davon öffentliche Obligationen
Niederösterreich	131 154 420	78 106 679
Böhmen	208 965 713	92 152 911
Mähren	82 162 453	43 820 839
Galizien	88 553 072	33 127 683

[14] Dr. Georg Ratzinger, Geschichte der kirchlichen Armenpflege, 2. Aufl. Freiburg 1884. S. 566.

[15] Statistische Monatsschrift, herausgegeben von der k. k. statistischen Zentralkommission. Wien 1903. S. 578.

Aber die Kirche ist nicht nur einer der ersten Kapitalisten des Reiches, sie handelt auch ihren Hilfskräften gegenüber wie ein engherziger, seinen Geldsack ängstlich behütender Unternehmer. Sie sorgt für die Seelsorger so wenig, daß in den Tagen der schrankenlosesten Macht der Kirche, in der Konkordatszeit, das kärgliche Los der Kaplanokratie selbst in der ausländischen Presse zur Sprache gebracht wurde, und heute zwingt sie den Staat, die Kongrua der niederen Geistlichkeit zu regeln. Kann eine derartige Kapitalsmacht aus dem Titel der sozialen Fürsorge Rechte ableiten, begründet die Klostersuppe wirklich die Herrschaft über den Staat?

Viertens endlich stützt sich die Kirche auf den ungeheuren Einfluß, den sie auf die Seelen der Gläubigen ausübt. Österreich hat nach dieser Richtung hin die Kirche wiederholt in Anspruch genommen, und das letztverflossene Jahrhundert kann darüber manches erzählen. Als Fürst Metternich mit seinem Latein zu Ende war, empfahl er dem Kaiser in einem Vortrage vom 6. April 1844, der Kirche in allen Punkten nachzugeben und selbst auf die noch erhaltenen formalen Errungenschaften aus der josefinischen Ära zu verzichten; denn er konnte sich nicht „die traurige Wahrheit verhehlen, daß Österreich seit fünfzig Jahren in einem geheimen Kriege gegen die Kirche und deren Mittelpunkt und in einem öffentlichen gegen die Revolution begriffen sei, und in diesem nach zwei Seiten hin geführten Kampfe liege das Geheimnis der Schwäche“ [16]. So zog man die Kirche als Bundesgenossin im Kampfe gegen die Revolution heran, ohne freilich den Zusammenbruch des „Systems“ vereiteln zu können. Nicht klüger geworden, rief der Staat die Kirche wieder herbei, als er im Jahre 1849 zu reaktionären Regierungsmaximen zurückkehrte. Abermals hatte die Kirche das Reich ins Verderben geführt, und für einige Zeit mußte sie zurücktreten; doch im Laufe der Jahre sammelte sie ihre Kräfte, und im Österreich des Volksstimmrechtes steht sie wieder triumphierend

[16] Fürst Richard Metternich-Winneburg, Aus Metternichs nachgelassenen Papieren, II. Teil, V. Bd. Wien 1883. S. 33.

da. Lassen wir uns indes nicht beirren. Stark ist der Glaube, der in den Herzen lebt, aber die Religiosität der Massen hat mit der weltlichen Herrschaft der römisch-katholischen Kirche nichts zu tun. Es wird nur mit den Seelen ein schlimmer Mißbrauch getrieben; statt sie mit dem Worte Gottes zu erfüllen, zieht man sie kraft des göttlichen Priesteramtes ins Parteigetriebe hinein. Zweierlei muß allenfalls in Erwägung gezogen werden: Vor allem hat die Kirche kein Recht, die Ziffer der Religionsangehörigen auszuspielen; denn unter diesen befindet sich ein immerhin sehr ansehnlicher Teil, der klar genug sieht, um zwischen Kirche und Glauben scharf unterscheiden zu können. Hier werden die zündenden Worte Anastasius Grüns nachempfunden:

Stoß ins Horn, Herold des Krieges: Zu den Waffen, zu den Waffen!
Kampf und Krieg der argen Horde heuchlerischer, dummer Pfaffen!
Aber Friede, Gottesfriede mit der frommen Priesterschar,
Frieden ihrem Segensamte, Ehrfurcht ihrem Weihaltar!

Dann geziemt es der Kirche am allerwenigsten, weltliche Machtansprüche des Egoismus mit der göttlichen Mission der Seelenveredlung zu rechtfertigen.

Wir haben bisher von der Kirche gesprochen; reden wir jetzt vom Staate. Die Geschichte lehrt, daß die Kirche überall da, wo es ihre politischen Kräfte erlaubten, die Suprematie über den Staat anstrebte und teilweise ausübte. Ihr fehlt die Bescheidenheit, sich mit der Stellung des Günstlings zufriedenzugeben; sie will überall den Protektor, oft den Autokraten spielen. Wehe dem, der sich ihren Wünschen zu widersetzen wagt. Als Österreich im Jahre 1868 Miene machte, einige der drückendsten Folgen des Konkordats zu beseitigen, erklärte Papst Pius IX. im Konsistorium die von der österreichischen Regierung erlassenen Gesetze als „verwerflich“, „verdammenswert“ und „abscheulich“; kraft seiner apostolischen Autorität „verwarf und verdammte“ er die Gesetze „im allgemeinen und im besonderen“ und bezeichnete sie als „durchaus nichtig und immerdar ungültig“. Und wie verhielt sich der österreichische Episkopat in dieser Zeit? Es wäre unrichtig, die Stellung nach dem Gehaben des fein-

gebildeten, diplomatisch gewandten Taktikers Kardinal Rauscher, der damals das größte Ansehen hatte, zu beurteilen. Man muß sich eine ursprünglichere, derbere Gestalt aussuchen, etwa den berühmten Bischof von Linz, Rudigier, der für den kirchlichen Fanatismus typisch ist. Zehn Jahre nach dem päpstlichen Verdammungsspruche, also in einer Epoche, in der sich die Aufregung längst gelegt hatte, führte er den Kampf gegen die freie Schule beziehungsweise gegen das Schulaufsichtsgesetz noch fort, und er rühmte sich am 11. Oktober 1878 im oberösterreichischen Landtage: „Meine Herren! Ich kann ohne Indiskretion sagen, daß mir von vielen Seiten dazu Glück gewünscht wurde, daß in dieser Diözese keine Geistlichen in die Schulräte eintreten . .“ Hören wir übrigens, was einer seiner Amtsbrüder über ihn schreibt:

> „Bischof Franz Josef Rudigier war in allen Reden, besonders aber in den Reden für die katholische Schule, ein Vorkämpfer für jene heiligen Prinzipien, die einzig und allein imstande sind, das wahre Wohl der einzelnen Bürger sowie der Gesamtheit des Staates zu begründen.“ [17]

Kurz gesagt: vor der Kirche findet nur die konfessionelle Schule — von der der feinfühlige Philosoph Carneri [18] bemerkt, „daß sie kein Staat zugeben könne, der nicht für alle Zukunft dem Fortschritte sich verschließen und auf seinen eigentlichen Zweck nicht verzichten will“ — Gnade und Wohlwollen.

Man müßte ein dickes Buch schreiben, wollte man all die Belege zusammenfassen, die die politische Agitation der klerikal-konservativen Partei Österreichs in den letzten Jahrzehnten als Beweise ihrer Intoleranz aufgehäuft hat. Darum nur noch zwei Beispiele! Bleiben wir gleich beim Jahre 1878. Im Mai hielten die katholischen Vereine Tirols in Innsbruck ihre Generalversammlung ab, in der eine Resolution zur An-

---

[17] Dr. Franz Doppelbauer, Bischof Rudigiers politische Reden. Linz 1889. S. VI.

[18] B. Carneri, Der moderne Mensch. S. das schöne Kapitel über die Dankbarkeit, in dem es auch heißt: Ein roher Freigeist ist nicht weniger entsetzlich als ein fanatischer Gläubiger.

nahme kam, die zur Herstellung der Glaubenseinheit folgende Vorschriften enthielt:

A. Bezüglich der Ansiedlung der Protestanten: 1. Niemand, der ein katholischer Tiroler sein will, verkaufe ein Gut oder Grundstück, Haus oder Geschäft an einen Andersgläubigen. 2. Kommt ein (römischer) Katholik zur Kenntnis, daß ein solcher Kauf stattfinden solle, darf er keine Mühen und Geldopfer scheuen, um ihn zu verhindern.

B. Bezüglich der Bildung protestantischer Gemeinden: 1. Machen wir fortan in allen Versammlungen und in der Presse darauf aufmerksam, daß die Presbyterien zu Meran und Innsbruck ... illegal konstituiert sind; 2. verhindern wir mit allen Mitteln den Ankauf eines Hauses oder Baugrundes von seiten der protestantischen Gemeinde in Innsbruck, um die Errichtung einer protestantischen Kirche oder eines protestantischen Schulhauses unmöglich zu machen[19].

Es ist jedoch gar nicht notwendig, in der politischen Chronik so weit zurückzublättern; jeder Tag trägt Material genug zu, aus dem man eine Vorstellung gewinnen kann, was ein Österreich unter der dauernden Herrschaft der römisch-katholischen Kirche zu bedeuten hätte. Welchen Geist der Intoleranz die Kundgebungen der Klerikal-Konservativen atmen, möge ein Zitat aus der Probenummer der Bonifatius-Korrespondenz dartun. Auf der ersten Seite dieses, in den Kirchen verteilten und den klerikalen Zeitungen beigelegten Blattes finden wir ein warmes Anerkennungsschreiben des Kardinal-Fürsterzbischofs von Prag, und auf der zwölften Seite fällt uns eine Notiz in die Augen, die folgendermaßen lautet:

Friedhofsklagen und Friedhofssiege!

So betitelt sich ein Artikel des in Steyr erscheinenden „Evangel. Gemeindeboten" (Oktober 1906, Beilage S. 151). Es heißt da: „Ob Protestanten einen eigenen Friedhof oder eine eigene Abteilung für ihre Gräber haben sollen, bestimmen sie selbst. Wo dies nicht der Fall ist, ist es ihr gutes Recht, mit den Katholiken in Reih und Glied begraben zu werden."

Eine kühne Sprache fürwahr! Die meist verschwindend kleinen protestantischen Minoritäten fordern als ihr Recht, selber zu bestimmen, wo und wie sie auf unseren Friedhöfen, in dem Familien-

---

[19] S. „Das Vaterland". Wien, 31. Mai 1878.

begräbnis der Katholiken, ihre Toten begraben wollen! Es fehlt nur noch, daß sie auch fordern, in unseren Kirchen, wo und wie es ihnen beliebt, ihren Gottesdienst zu halten. Warum auch nicht! Wie die Gemeinde über den zur Kirche gehörenden geweihten Friedhof zu verfügen sich herausnimmt, so auch über die Kirche selber! — Wir scherzen keineswegs! . . . usw.[20]

Christliche Nächstenliebe verbreiten diese Zeilen, die nicht vereinzelt dastehen, sondern typisch sind, sicherlich nicht.

Allein noch ein anderer Faktor gibt zu denken. Die römisch-katholische Kirche ist eine Weltmacht; sie thront über den Staaten. Gerade im Habsburgerreiche, wo die verschiedensten Völker zusammengeworfen sind, versagt der Schutz der Kirche im Ernstfalle, und wer auf ihn rechnet, der baut auf weichendem Sandboden. Österreichs Erfahrungen im Revolutionsjahre sollten den Machthabern, die auf Roms unwandelbare Treue vertrauen, eine Lehre und Warnung sein. 1848 hat die Kirche in Zisleithanien und in Kroatien die Dynastie unterstützt, weil sie hier den Sieg der habsburgischen Waffen voraussah; in Ungarn hielt sie es mit der von liberalen Ideen geleiteten Volksbewegung, da ihr Kossuth als der Mann der Zukunft erschien[21]. Die Bedrängnis Österreichs in Italien ließ die Kirche teilnahmlos. Während England und Frankreich die von Österreich erbetene friedliche Vermittlung zusagten, erklärte der Vertreter des päpstlichen Hofes mit „rücksichtsloser Kälte", das Aufgeben der italienischen Provinzen sei das einzige Mittel, um die Donaumonarchie vor größeren Gefahren zu retten[22]. Und trotzdem: das physikalische Gesetz der Trägheit macht sich auch im politischen Denken bemerkbar. In Österreich gibt es noch

---

[20] Bonifatius-Korrespondenz. Apologetische Mitteilungen für den hochw. Klerus und gebildete Laien. Prag, November 1906.

[21] Nach der Niederringung der ungarischen Revolution wurde der Bischof von Neusohl zu 8, der Bischof von Großwardein zu 20, der Csanader bischöfliche Vikar zu 20 Jahren verurteilt. Der Erzbischof von Erlau und der Bischof von Zipsen wurden ihrer Würden entkleidet. S. Dr. Eugen Csuday, Die Geschichte der Ungarn. Deutsch. Wien 1898. 2. Aufl., II 442.

[22] E. v. P.(illersdorf), Rückblicke auf die politische Bewegung in Österreich in den Jahren 1848 und 1849. Wien 1849. S. 29.

immer Kreise, die sich unter den Fittichen der römisch-katholischen Kirche sicher und geborgen fühlen.

Wir müssen uns nun fragen, ob der Felsblock, den die Klerikal-Konservativen dem Fortschritte in den Weg gewälzt haben, weder wegzusprengen noch zu durchbohren sei. Bleibt die Erschließung von kulturellem Neuland aussichtslos, weil die Wanderung nach vorwärts gehemmt erscheint? Müßten wir mit Ja! antworten, dann käme dies einem Verzicht auf die Zukunft gleich, dann wären alle Hoffnungen eitel, alle erwartungsvollen Bemühungen vergebens. Aber es ist kein Grund zur Schwarzseherei vorhanden, und wer die kulturelle Entwicklung Österreichs wachsam verfolgt, der wird frohen Mutes in den Kampf gegen die kirchliche Hierarchie eintreten. Drei Umstände erfüllen uns mit Zuversicht, und wir wollen sehen, ob sie für den Optimismus eine ausreichende Grundlage geben.

Erstens ist die Stimmung gewisser Volkskreise der freiheitlichen Sache zugetan. Die Propaganda für die Eherechtsreform brachte die Massen auf die Beine, und der Anklang, den die Gründung des Vereins „Freie Schule“ fand, spricht eine beredte Sprache. Allerdings muß man sich hüten, das traurige Los des großen Idealisten Don Quixote zu teilen und die Kräfte, Widerstände und Leistungen unrichtig abzuschätzen. Österreich ist ein städtearmes Land, die großen Kulturzentren sind vereinzelt, und es fehlt daher an Mittelpunkten für das moderne Leben. Jeder Mensch, der in Zisleithanien über Kulturkampfprobleme reden will, sollte sich in die große Broschüren- und Zeitungsliteratur der josefinischen Ära vertiefen. Diese vergilbten, verstaubten Bände sind wahre Bücher der Erkenntnis; man erfährt aus ihnen, welche Irrtümer entstehen, wenn man Österreich einzig mit den Augen des Städters sieht. Man muß vielmehr erkennen, daß Millionen in frommer Priesteranhänglichkeit hinleben, und die Pioniere des Fortschritts müssen sich dieser Gefühlsrichtung anpassen. Es hat einen tiefen Sinn, wenn Professor Th. G. Masaryk, der mutige, hochgebildete und erfahrene Bekämpfer des Klerikalismus, ausruft: „Unser tschechischer Liberalismus geht

an Indifferenz zugrunde“ [23]. Man sollte weit mehr Gewicht darauf legen, den weiten Kreisen der Bevölkerung den Unterschied zwischen Kirche und Glauben zu erklären, und niemals das Verständnis hierfür voraussetzen. Durch die übliche verfehlte Taktik werden viele Leute abgestoßen statt angezogen.

Zweitens kann man damit rechnen, daß die Kirche — ungewollt — Streiter für die Kultur erzieht. In den slovenischen, ruthenischen und kroatischen Gebieten beispielsweise nationalisiert sie die Massen. Jede nationale Bewegung aber braucht Intelligenzen, und die Bauernsöhne, die, oft von katholischen Vereinen unterstützt, studieren oder in konfessionellen Gymnasien erzogen werden, fallen mitunter an den Universitäten ab und kehren mit Gesinnungen heim, die ihren Protektoren durchaus nicht erfreulich erscheinen. Sie bilden dann Kristallisationspunkte für die Aufklärung. Freilich geht dieser Prozeß nur sehr langsam vonstatten, aber man kann ihn dennoch nicht ganz aus dem Kalkül lassen.

Den wichtigsten Faktor stellen die wirtschaftlichen Erwägungen dar. Die Menschen können nicht mehr, wie die ersten Christen, ganz dem Jenseits leben; sie stehen mit beiden Füßen im wirtschaftlichen Getriebe. Ihr Fühlen, Glauben und Handeln wird von ihren ökonomischen Erfahrungen bestimmt. Im Wohlstande überlegen sie nicht viel, die Entbehrung jedoch zwingt zum Nachdenken. Not lehrt jetzt nicht mehr beten, sondern macht grüblerisch. Außerdem treibt unser Zeitalter die Menschen durcheinander; haftet auch der Bauer an der Scholle, so lebt doch wenigstens der Sohn, mit des Kaisers Rock angetan, in der Stadt, und der eine oder der andere kehrt mit hellerem Kopfe heim. Hauptmann hat in seinen „Webern“ so wundervoll gezeigt, wie der vom Soldatendienst zurückkommende Jäger als einzelner die Köpfe revoltiert. Am Ende des Aktes wird bereits das herbe Trutzlied gegen Herrn Dreißiger verstanden. In vielen Bauerndörfern vollzieht sich so — natürlich in ent-

[23] Prof. Dr. Th. G. Masaryk, Prag. Ein Katechetenspiegel. Deutsch. Frankfurt a. M. 1907. S. 17.

sprechendem Abstande und in ländlich maßvoller Weise — die soziale und wirtschaftliche Aufklärung. Wir müssen daher untersuchen, ob die Hilfstruppen der nunmehr in einem Verbande vereinigten Christlichsozialen und Konservativ-Klerikalen durch den ökonomischen Werdegang nicht zur Fahnenflucht gedrängt werden, und welche Chancen bei ihnen den freiheitlichen Bestrebungen winken. Die Wurzeln des Klerikalismus stecken im Boden des Agrariertums und des gewerblichen Mittelstandes; wenden wir uns deshalb diesen beiden Berufsgruppen zu.

b) Das Agrariertum.

Mag es draußen in der Welt lärmen und toben, über dem Dorfe breitet sich Ruhe aus; hier ist der Konservativismus zu Hause, und der Väter Art und Weise gilt weiter. Wohl kennt die Geschichte der Neuzeit einen großen, stürmischen Kampf des Bauernstandes gegen Bedrückung und Ungerechtigkeit; aber lange ist's seit den Bauernkriegen her, der Wagemut und die Beweglichkeit von einst sind geschwunden, schwer und träge rollt das Blut in den Adern des Landvolkes. Das ist das richtige Element für die Klerikal-Konservativen; aus solchen Naturen läßt sich ein sicherer Troß bilden. Auch die Christlichsozialen haben die Dörfer mit vielem Erfolge aufgesucht; denn die Kaplanokratie hat ihren Einzug vorbereitet. Indes nicht über allen Landorten weht die schwarze Fahne, und es gibt eine erkleckliche Anzahl von ländlichen Wahlkreisen, in denen die freisinnigen nationalen Parteien den Sieg davongetragen haben. Doch die überwiegende Mehrheit der in der Landwirtschaft beschäftigten Personen folgt dem Pfarrer, der nicht über den Parteien, sondern mitten im Streite steht und selbst Partei bildet. Müssen die Verhältnisse so bleiben, sind sie gleichsam unvermeidlich, unüberwindlich? Wird der ländliche Konservativismus der alles verändernden Zeit standhalten, oder kann die fortschrittliche Politik auf die Eroberung des flachen Landes hoffen? Das ist ein schweres und ernstes Problem;

denn noch immer sprießt der Stamm der Riesen — der Starken im Reiche — aus Bauernmark hervor. Das Land entscheidet, wer im Staate herrschen soll, die großen, dickflüssigen, ungelenken Massen in den unzähligen Dörfern und Gehöften bestimmen unser aller Zukunft. Man kann deshalb die Wichtigkeit der agrarischen Fragen nicht leicht überschätzen, und wir müssen uns daher mit ihrer politischen Seite eingehender beschäftigen.

Schon vor dem Jahre 1848 war über die Ablösung der Grundlasten wiederholt gesprochen worden. Aber erst die Revolution machte die Bauern frei und hob die Parias der Gesellschaft zur Bürgerwürde empor. Mit dem Gesetze vom 7. September 1848 wurden die Untertänigkeit und das schutzobrigkeitliche Verhältnis mit allen daraus entspringenden Leistungen als aufgehoben erklärt. Für die wegfallenden Fronden, Natural- und Geldabgaben, die der Guts-, Zehent- oder Vogtherr von dem Besitzer eines Grundes zu fordern hatte, sollte eine billige Entschädigung ermittelt werden[1]. Die Grundentlastung ist zweifellos das größte Werk der Reaktionsperiode gewesen, obzwar das außerordentlich schwierige Verfahren nicht in allen Teilen des Reiches gleich energisch durchgeführt wurde. Bei der Grundentlastung belief sich die absolute Zahl der „Berechtigten" auf 54267, die der „Verpflichteten" auf 2625512. Das Grundentlastungskapital betrug 304527474 Gulden. Von den ermittelten Entschädigungssummen wurde in der Regel ein Drittel für Steuern usw. abgezogen, den Rest brachten zur Hälfte die Bauern, zur Hälfte die Königreiche und Länder auf[2]. Die Landleute waren nun frei, und die Last schmerzlicher Jahrhunderte schien von ihren Schultern genommen. Allein noch genoß das Bauerntum in der Gesetzgebung eine Ausnahmsstellung, denn das bäuerliche Erbrecht, der sogenannte Be-

[1] Carl Freiherr von Czoernig, Österreichs Neugestaltung 1848 bis 1858. Stuttgart 1858. S. 489.

[2] Österreichisches Staatswörterbuch. Herausgegeben von Prof. Dr. Mischler und Prof. Dr. Ulbrich. Wien 1895. I. Bd. S. den Artikel: Grundentlastung.

stiftungszwang, bestand in den meisten Kronländern zu Recht. Bald setzten die Liberalen ihre Hebel an, um dem Prinzipe der unbegrenzten individuellen Freiheit im Wirtschaftsleben auf dem Lande Anerkennung zu verschaffen. Durch das Reichsgesetz vom 27. November 1868 wurden die allgemeinen Bestimmungen des bürgerlichen Gesetzbuches für die bäuerliche Erbfolge in jenen Ländern, in denen die Landesgesetzgebung die Teilung von Bauerngütern nicht ausdrücklich beschränkte, in Kraft gesetzt. In Böhmen, Mähren, Schlesien, Niederösterreich, Oberösterreich, Salzburg, Steiermark, Kärnten und Vorarlberg beseitigten die Landtage im nächsten Jahre den Bestiftungszwang, und nur in Tirol ward eine diesbezügliche Vorlage abgelehnt. Da die Gesetzgebung der übrigen Kronländer für den Bestiftungszwang keine Handhabe bot, war die bäuerliche Erbfolge nun in ganz Österreich mit Ausnahme Nordtirols kassiert. Wie das geschwächte Auge das Sonnenlicht nicht verträgt, so konnten sich die Landwirte nicht der neuen Freiheit anpassen. Die Klagen wurden immer häufiger und dringender, die Verschuldung nahm unheimlich zu, nnd die Regierung sah sich schließlich gezwungen, dem Agrarprobleme eingehende Studien zu widmen. Im Jahre 1881 leitete das Ackerbauministerium eine großangelegte Enquete ein, um für die Neuregelung der bäuerlichen Erbfolge Material zu gewinnen[3]. Drei Jahre später überreichte die Regierung dem Abgeordnetenhause einen Gesetzentwurf betreffend die Einführung besonderer Vorschriften über die Erbfolge bei landwirtschaftlichen Besitzungen mittlerer Größe, der die Herstellung des Anerbenrechtes (Höferechtes) durch die Landtage begünstigte. Im Jahre 1889 wurde dieser Entwurf vom Parlamente angenommen; allein das Reichsrahmengesetz war wirkungslos, weil die Schaffung von Ausführungsgesetzen in den Königreichen und Ländern unterblieb. Das Gesetz vom Mai 1881 hatte unterdessen den unredlichen Vorgängen bei Kreditgeschäften einen Riegel vorgeschoben, und im Juli 1883 wurden

[3] Josef Ritter von Hattingberg, Referat betreffend die Frage der Hypothekarentschuldung. Wien 1903. I 67 ff.

über die Verteilung gemeinschaftlicher Grundstücke, über die Regelung gemeinschaftlicher Nutzungsrechte und über die Zusammenlegung der Grundstücke den Agrariern entgegenkommende Normen aufgestellt. Auch die Exekutionsnovelle vom Jahre 1887 trug oft geäußerten Wünschen bezüglich der Zwangsvollstreckung Rechnung. Im Jahre 1893 legte die Regierung einen Gesetzentwurf vor, der den landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften gewidmet war. Eine zweite gleichzeitig überreichte Vorlage betraf die Errichtung von Rentengütern; doch wurden beide Vorlagen im Jahre 1895 zurückgezogen. Ein Jahr später legte die Regierung einen modifizierten Gesetzentwurf betreffend die Errichtung von Zwangsberufsgenossenschaften der Landwirte vor, der die Grundlage für das im Jahre 1902 erlassene Reichsrahmengesetz bildete. Den Berufsgenossenschaften wird ein großer, wirtschaftsorganisatorischer Wirkungskreis eingeräumt (§ 11).

Suchen wir jetzt mit einigen Ziffern ein Bild der agrarischen Verhältnisse zu geben. Der Klein-, Groß- und fideikommissarische Besitz ist in Österreich folgendermaßen[4] verteilt:

	Gesamtfläche	Gesamtwald	Großgrundbesitz				Kleingrundbesitz	
			Im ganzen	Davon Wald	Fideikommisse	Zahl der Fideikommisse	Im ganzen	Davon Wald
	Millionen Hektare						Mill. Hektare	
Niederösterreich	2	0,8	0,5	0,3	0,13	72	1,5	0,5
Oberösterreich	1,2	0,4	0,3	0,1	0,06	20	0,9	0,3
Salzburg	0,7	0,2	0,3	0,16	—	—	0,4	0,07
Tirol, Vorarlberg	2,9	1,1	0,7	0,3	0,0009	1	2,2	0,8
Steiermark	2,2	1,1	0,5	0,4	0,02	30	1,7	0,7
Kärnten	1,0	0,5	0,2	0,2	0,07	15	0,8	0,3
Krain	1,0	0,4	0,2	0,1	0,05	10	0,8	0,3
Küstenland	0,8	0.2	0,1	0,03	0,001	19	0,7	0,2
Dalmatien	1,3	0,4	0,1	0,01	0,005	36	1,2	0.4
Böhmen	5,2	1,5	1.7	1,0	0,6	58	3,5	0,5
Mähren	2,2	0,6	0,5	0.4	0.2	19	1,7	0,2
Schlesien	0,5	0,2	0,2	0,14	0,02	5	0,3	0,04
Galizien	7,9	2,0	3,1	1,7	0,05	11	4,8	0,3
Bukowina	1,1	0,4	0,5	0,3	0,03	1	0,6	0.1
	30,0	9,8	8,7	5,1	1,2	297	21,3	4,7

[4] Statistische Monatsschrift, Jahrgang 1900, S. 125 ff.

Die nachstehende Tabelle führt uns die Besitzfälle in einigen Kronländern unter Berücksichtigung der Besitzgröße vor Augen[5]:

	Grundbesitzungen mit einer Fläche von Hektaren									
	0—½		½—5		5—50		50—200		über 200	
	Zahl der Fälle									
	absolut	%	absolut	%	absolut	%	absolut	%	absolut	%
Niederösterreich	104 377	39,51	90 926	34,42	66 232	25,07	2240	0,85	393	0,15
Oberösterreich.	29 011	26.6	38 207	35,0	40 747	37,3	1158	1,1	106	0,1
Salzburg . . .	6 663	29,1	5 370	23,4	9 205	40,2	1305	5,7	352	1,6
Steiermark . .	33 858	18,6	80 209	43,9	63 695	34,9	4185	2,3	608	0,3
Tirol	113 303	47,9	85 297	36,0	33 535	14,2	3077	1,3	1517	0,7
Vorarlberg . .	15 134	40,8	15 971	43,0	5 447	14,7	394	1,1	163	0,5
Böhmen. . . .	373 088	42,9	330 489	38,1	160 428	18,6	3621	0,4	776	0,1
Mähren	268 940	49,6	196 403	36,2	74 804	13,8	1375	0,3	327	0,1
Schlesien . . .	25 498	35,0	31 865	43,8	15 038	20,7	311	0,4	79	0,1

Diese Zusammenstellung vermittelt nur ein ganz allgemeines Bild der landwirtschaftlichen Besitzverhältnisse; denn die Zusammenziehung der von einer Person besessenen Grundstücke erfolgte bloß beim Großgrundbesitze länderweise, sonst wurden die Zusammenziehungen nur innerhalb eines und desselben Steuerbezirkes durchgeführt. Außerdem muß der häufige Mitbesitzfall zwischen Ehegatten in Berücksichtigung gezogen werden. Unter Hinweglassung des juristischen und unter alleiniger Berücksichtigung des wirtschaftlichen Moments, das den Mitbesitz zwischen Ehegatten als einen Besitzfall gelten läßt, kommt man zu folgenden Ergebnissen[6]:

[5] Österreichs Statistisches Handbuch für 1905 S. 127.

[6] T. W. Teifen, Die Besitzenden und die Besitzlosen in Österreich. Wien 1908. S. 67.

Besitzfälle	Von 0—5 ha	Von über 5—200 ha
in Niederösterreich	89 645	31 429
„ Oberösterreich	25 947	16 176
„ Steiermark	54 753	32 583
„ Böhmen	400 336	93 346
„ Mähren	295 028	48 298
„ Schlesien	38 204	10 223

* * *

Unermeßlich dehnt sich das Gebiet der landwirtschaftlichen Einzelfragen aus. Wer dieses als Politiker betritt, fühlt sich vorerst befangen; denn wo ist der Pfad, der zum richtigen Verständnis der wirtschaftlichen Lebensbedingungen der Agrikultur führt? Versuchen wir vorwärtszukommen, indem wir uns den zwei miteinander ringenden politischen Prinzipien zuwenden: Das eine wird durch das Schlagwort Agrarpolitik gekennzeichnet und stellt die Landwirtschaft in den Vordergrund; das andere, die Industriepolitik, will Industrie und Handel die erste Stelle eingeräumt wissen. Die Agrarpolitiker sind bestrebt. die Landwirtschaft durch hohe Zölle und durch andere einseitige Maßnahmen zu schützen; sie berufen sich dabei — in Österreich allerdings mit Unrecht — auf allgemeine Staatsinteressen (Verproviantierung im Kriegsfalle usw.) und sehen in der Landwirtschaft einen gesunden, unter allen Umständen bevorzugenswerten Erwerb. Doch auf den Wiesen und Feldern ist die Gesundheit nicht immer anzutreffen, denn die sozialen sowie politischen Verhältnisse fallen schwer ins Gewicht. Ein junger magyarischer Nationalökonom hat in einer französisch geschriebenen Broschüre die Gesundheitsverhältnisse der landwirtschaftlichen Bevölkerung seines agrarischen Vaterlandes beleuchtet. Im Jahre 1902 starben in ganz Ungarn im Durchschnitte 27 ‰ der Bevölkerung; in Budapest verschieden 19 ‰, in dem Teile des Landes, wo die Industrie am entwickeltsten ist, 24 ‰. In rein agrikolen Gebieten schwankte die Ziffer der Todesfälle zwischen 26 und 29 ‰,

während sie in der Marmarosgegend gar $32^{4}/_{10}$ ‰ erreichte[7]. Die Agrarier führen auch andere, man könnte sagen, ästhetische Gründe gegen den Industriestaat ins Feld. Sie weisen zum Beispiel darauf hin, daß der Händlergeist, die Händlergesinnungen und Händlerinteressen im Staate der Industriepolitik alles beherrschen würden, und malen das Gespenst des Börsenspiels, der Spekulation an die Wand. Als ob die Law'schen Schwindelinstitute die Blüten eines Freihandelsstaates gewesen wären, als ob nicht die feudalsten Elemente Frankreichs zu Füßen des gewaltigen Mannes, der aus Papier Gold machte, gelegen sein würden[8]. Oder war Walpole, der England zum Handelsstaate erhob und die Parole: Reichtum ist Freiheit, Freiheit ist Reichtum! ins Land hinausposaunte, nicht ein Gegner der Südseegesellschaft, die das Inselreich in ein mit Trümmern, Leichen und wimmernden Verwundeten bedecktes Schlachtfeld verwandelte[9]? Wir können an dieser Stelle nicht alle Argumente der Agrarier behandeln und auch nicht die erdrückenden Gegengründe der Industriepolitiker aufzählen und beleuchten. Der neue deutsche Zolltarif allein entfesselte eine ganze Flut mitunter tiefgründiger Streitschriften, die Zahl der Revue- und Tageszeitungsartikel, die den Zollproblemen und mithin in letzter Linie der Frage: Industrie- oder Agrarstaat? gewidmet wurden, ist außerordentlich groß, und es würde einer umfangreichen Arbeit bedürfen, wollte man das theoretische Für und Wider erschöpfend veranschaulichen. Wir wollen uns lediglich mit der Überlegung befassen: Was bedeutet der Industrialismus praktisch für die Landwirt-

[7] Ludwig Leopold, La situation du paysan en hongrie. Brüssel 1905. S. 9 ff.

[8] Mit einer nicht sehr appetitlichen, aber außerordentlich kennzeichnenden Szene werden diese Verhältnisse von Ferdinand Lassalle in seinem „Arbeiterprogramme" gekennzeichnet. S. Ferdinand Lassalles politische Reden und Schriften, herausgegeben von Blum. Leipzig. I, 165.

[9] Dr. Wilhelm Oncken, Das Zeitalter Friedrichs des Großen. Berlin 1881. I, 112. Hier sei bloß — um voreilige Einwände hintanzuhalten — kurz bemerkt, daß nicht Walpole die Korruption, die auch unter seinem Regime blühte, hervorgerufen, sondern vorgefunden hat.

schaft? Es gibt keinen gröberen Fehlschluß als die Annahme, die Landwirtschaft würde in einem von industriellem Geiste durchwehten Österreich ein gehetztes, mißachtetes Stiefkind sein. Im Gegenteile! Der anscheinend so harte Industrialismus ist ein vorsorglicher Vater, denn der Handel, der seine Aufmerksamkeit in die Ferne richtet, wird doch niemals das Geld, das in der nächsten Nähe zu verdienen ist, gering achten, und die Industrie benötigt den Inlandsabsatz, sie kann der aufnahmsfähigen Masse im Lande nicht entraten. Wir haben schon früher gesehen, daß in den Bauernhöfen, auf den Gütern und in den Dörfern der größere Teil der Bevölkerung zu Hause ist; hier sind *Konsumenten*, die gepflegt und gehegt werden müssen. Also selbst *wenn der Industrialismus nicht aus echtem, warmem Vatergefühle für die Landwirtschaft sorgen würde, so zwänge ihn doch der nackte Egoismus, ihrer bedacht zu sein.* Aber es ist gar nicht so schlimm, wie seine Feinde meinen.

Bevor wir uns mit den wahren Bedürfnissen der *Landwirtschaft* vertraut machen, scheint es geboten, darüber ins reine zu kommen, was in diesem Sammelbegriffe enthalten ist. Die österreichischen Agrarier sind emsig bemüht, eine alle Unterschiede überwindende Interessengemeinschaft sämtlicher in der Land- und Forstwirtschaft tätigen Personen glaubhaft zu machen, um mit der großen Ziffer der an der Agrarpolitik beruflich Beteiligten prunken zu können. Aber Gegensätze und Spaltungen bleiben bestehen, auch wenn man über sie hinwegzutäuschen sucht. Wohl klafft nicht mehr der Abgrund zwischen dem Leibeigenen und dem Grundherrn, allein die sozialen und wirtschaftlichen Abstände, die die einzelnen Kategorien der in der Agrikultur beschäftigten Personen trennen, sind noch weit genug. Vor allem haben wir den Klassenunterschied, der die *Großgrundbesitzer* und Pächter sowie die bemittelten Bauern auf die eine, die *landwirtschaftlichen Arbeiter*, Tagelöhner und Zwerggrundbesitzer auf die andere Seite stellt; zwischen den Großgrundbesitzern und den *Bauern*

im landläufigen Sinne des Wortes gibt es gleichfalls tiefgreifende Interessendifferenzen. Die Mannigfaltigkeit der Landwirtschaft, die Abhängigkeit von klimatischen und territorialen Verhältnissen, die Vielgestaltigkeit der Besitzverteilung und noch viele andere Punkte erschweren sehr die Aufstellung von einheitlichen Formeln für die Interessendifferenzen[10]. Wir führen deshalb bloß das am öftesten erwähnte Beispiel an. Der Großgrundbesitz schwärmt für hohe Getreidezölle, die dem Bauern — sofern man alle direkten und indirekten Wirkungen in Betracht zieht — fast nichts nützen und dem Zwergbesitze direkt schaden[11]. Allerdings wird die Theorie einer indirekten Vorteilsbildung lebhaft verfochten, indem man beauptet, die sinkende Ertragsfähigkeit des Getreidebaues würde zu einer Überproduktion auf dem Gebiete der Viehzucht drängen und hierdurch die viehzüchtenden Bauern empfindlich schädigen. In Österreich zitiert man ein Bauernsprichwort: „Das Körndl schlägt's Hörndl". Von erfahrenen Landwirten wird jedoch versichert, daß der Nachteil der Futterstoffzölle weit schwerer wiege als die imaginäre, in Großbritannien und Dänemark nicht eingetretene Gefahr einer Überproduktion von Fleisch- und Molkereierzeugnissen im Falle der freien Einfuhr von Brot- und Futtergetreide[12]. Die landwirtschaftlichen Arbeiter und

[10] Es sei hier nur ein Moment erwähnt, das das Verhältnis zwischen den Bauern im engeren Sinne des Wortes und den Zwergbesitzern von Ort zu Ort verändert: das Vorhandensein beziehungsweise die Größe von Allmenden und der in den Alpenländern ziemlich bedeutenden Servitute. S. Dr. Walter Schiff, Österreichs Agrarpolitik seit der Grundentlastung (Tübingen 1898) I.

[11] Prof. Dr. Th. Freiherr von der Goltz, Die agrarischen Aufgaben der Gegenwart (Jena 1894), schreibt S. 173: „Die Bauern haben ein geringeres Interesse an den Getreidezöllen als die Großgrundbesitzer, die Inhaber von Kleinstellen haben gar keines oder ein negatives Interesse daran." — Prof. Dr. Adolf Wagner, der geistig hoch bedeutende Vorkämpfer für die Getreidezölle, meint: „Eine ungleiche Wirkung der Getreidezölle nach den Besitzgrößen . . . kann man ja zugeben." Er setzt zwar hinzu, dies hätte für die Gegner nichts zu sagen. Diese sind jedoch anderer Meinung. S. Agrar- und Industriepolitik, 2. Aufl. Jena 1902. S. 114.

[12] Dr. Sigmund Schilder, Agrarische Bevölkerung und Staatseinnahmen in Österreich. Wien 1906. S. 19.

Zwergbesitzer werden durch die Zölle nicht als Konsumenten verkürzt, sondern die durch Absperrung bedingte Erhöhung der Bodenpreise raubt ihnen auch die Aussicht, ihren Bodenhunger irgendwie befriedigen zu können.

Wir müssen nun die drei Gruppen: Großgrundbesitz, Bauerntum und ländliches Proletariat, auf ihre Bedeutung für die Politik prüfen, wollen aber vorher drei wichtige Fragen untersuchen, und zwar: welche Form der Landwirtschaft scheint erstrebenswert; welche Betriebsart muß vom Standpunkte der modernen Ökonomie unterstützt werden; welche Gesetze bestimmen überhaupt die Entwicklung der Landwirtschaft? Diese Probleme beschäftigen die bürgerlichen Volkswirte seit langem[13], und in den letzten Jahren haben ihnen auch die sozialdemokratischen Theoretiker eingehende Beachtung geschenkt. Friedrich Otto Hertz verteidigte in einer Kampfschrift gegen Kautsky die Anschauung, daß erstens die technische Überlegenheit des Großbetriebes in der Landwirtschaft in keinem Verhältnisse zu der in der Industrie stehe; daß zweitens die ökonomische Überlegenheit in vielen Fällen auf seiten des landwirtschaftlichen Kleinbetriebes zu finden sei; drittens, daß die natürliche Überlegenheit zu wenig beachtet werde[14]. Dieselbe Richtung hat Eduard David in seinem großen Werke eingeschlagen, und er sagt im Schlußworte: „Was wir behaupten, ist, daß im allgemeinen die Voraussetzungen für den Kleinbetrieb bei wachsender Intensität günstiger werden als diejenigen für

---

[13] Wilhelm Roscher, Nationalökonomik des Ackerbaues, 12. Aufl. Stuttgart 1888. S. 173—197. In den §§ 49 und 50 werden einige Vorzüge beziehungsweise Nachteile der Groß- und Kleinbetriebe aufgezählt. Roscher meint (S. 179): „Übrigens werden zwei Haupttendenzen der neuesten Zeit, die Verbesserung der Kommunikationsmittel und die Ausbildung der landwirtschaftlichen Maschinen, die relative Vorteilhaftigkeit der großen Güter nur bedeutend steigern können.“ Das ist in Österreich nicht der Fall. Die Verbesserung der Verkehrswege (Eisenbahnen, Kanäle) würde der Einfuhr von Getreide zugute kommen, und die Maschinen bringen keinen entscheidenden Vorteil.

[14] Friedrich Otto Hertz, Die agrarischen Fragen im Verhältnis zum Sozialismus. Wien 1899. S. 81.

den Großbetrieb[15]. Professor Dr. Th. Freiherr von der Goltz endlich, einer der angesehensten agrarischen Schriftsteller Deutschlands, erklärt kurz: „Darüber, daß kleine Güter durchschnittlich höhere Reinerträge als große bringen, herrscht wohl Übereinstimmung[16].“ Das Bauerngut ist demnach die Form der Zukunft.

Um sich zur Vorstellung eines idealen landwirtschaftlichen Zukunftsbildes aufzuschwingen, muß man sich gewaltsam von den gewohnten Eindrücken befreien. Wir stecken geistig noch viel zu sehr in feudalen Anschauungen und können den Großgrundbesitzer, den Träger der alten Agrarorganisation, nicht leichten Herzens missen. Tausend Bedenken werden wach, wenn wir diese Figur aus der Liste der notwendigen, volkswirtschaftlich nützlichen Existenzen streichen sollen. Aber es kann kein Zweifel darüber obwalten: die Entwicklung wird nicht bei der Befreiung des Bauern vom Gutsherrn stehen bleiben, sondern auch den Boden aus dem irrationellen Latifundienbesitze zu reißen suchen. Bauerngut an Bauerngut! muß der erste Programmpunkt eines gesunden, das Gesamtinteresse des Staates und die Interessen der landwirtschaftlichen Bevölkerung gleichmäßig wahrenden Agrarprogramms lauten. „Die Mobilisierung und die Parzellierung der Großgüter ist heute schon eine elementare nationale Forderung“; dieser Lehrsatz, den Dr. Friedrich Naumann in seinem gedankenreichen Werke verteidigt, verdient auch in Österreich be-

[15] Eduard David, Sozialismus und Landwirtschaft. Berlin 1903. I, 692.

[16] Prof. Dr. Th. Freiherr von der Goltz, Die agrarischen Aufgaben der Gegenwart. Jena 1894. S. 153. — Freiherr von der Goltz sagt in einem andern Werke: „Die Abwägung der rein wirtschaftlichen Vorteile, welche einerseits der Großgrundbesitz und anderseits der bäuerliche und kleine Grundbesitz aufzuweisen haben, würden an und für sich wohl nicht zu ungunsten der beiden letzteren ausschlagen. Wenn trotzdem eine gewisse Gefahr der Verdrängung dieser durch den Großgrundbesitz nicht geleugnet werden kann, so liegt die Ursache in der höheren Bildung der Großgrundbesitzer und in dem leichteren Kredit. — S. Handbuch der politischen Ökonomie, herausgegeben von Prof. G. von Schönberg, 4. Aufl. Tübingen 1896. II, 61.

herzigt zu werden[17]. Und wie die Form des agrarischen Besitzes einer Umwandlung entgegengeführt werden muß, so steht der Art der Bewirtschaftung eine gleichermaßen durchgreifende Änderung bevor. Die agrarischen Theoretiker werden allerdings nicht müde, auf den Konservativismus, der in der Landwirtschaft nicht nur liegt, sondern begründet sein soll, hinzuweisen. Allein man kann sich keinesfalls der Erkenntnis verschließen, daß die großen Verschiebungen im Weltverkehre auf die landwirtschaftliche Betriebsweise der mitteleuropäischen Staaten eine tiefgreifende Rückwirkung ausüben müssen. Die Agrikultur vermochte Jahrhunderte hindurch konservativ zu bleiben, weil sich das ganze Staats- und Wirtschaftsleben in ausgefahrenen Geleisen bewegte; sie wird agil werden müssen, wenn es die Zeit erfordert. Auf allen Gebieten des Gewerbefleißes haben sich grundstürzende Änderungen vollzogen, und gerade die Landwirtschaft sollte stagnieren? Am Ausgangspunkte der modernen Industrie steht eine technische Erfindung, meint David, auf dem der Landwirtschaft eine wissenschaftliche Entdeckung. Gewiß, Justus Liebig hat nicht so revoltierend gewirkt wie Arkwright und Watt, aber man darf nicht vergessen, daß er nur den Anfang einer Entwicklungsreihe bezeichnet.

Malen wir uns also beherzt ein Zukunftsbild aus. . . Der Boden wird in seiner ganzen Ausdehnung auf die zweckmäßigste Weise bewirtschaftet; Fleiß und Wissenschaft gewinnen ihm den höchsten Ertrag ab. Die ungleiche Verteilung des Bodenbesitzes verschwindet sukzessive, der freiheitliche Staat sorgt dafür, daß möglichst viele Familien angesiedelt werden. Die Produktion von Körnerfrüchten sinkt allgemach und fällt immer mehr den Oststaaten oder den für unabsehbare Zeiten unerschöpflichen außereuropäischen Territorien zu. Das Getreide büßt seine althergebrachte Vorherrschaft ein[18]; es muß zum Teile den Produkten für die landwirt-

[17] Dr. Fr. Naumann, Norddeutsche Wirtschaftspolitik. Berlin 1906. S. 64.

[18] Miaskowski sagt in seiner Studie: „Die Lage des Bauernstandes in Preußen“, daß die Inanspruchnahme von weiteren 4% der gegebenen

schaftlichen Industrien, den Gartenkulturen und der Erzeugung von Handelgewächsen Platz einräumen. Die Milchwirtschaft macht Fortschritte, die Viehzucht und die Viehmast wird den zu Einkaufs- und Verkaufsgenossenschaften zusammengeschlossenen Bauern zum lohnenden Erwerbe. Der wachsende Industrialismus durchsetzt das flache Land mit Industriezentren, und die bessergestellte Arbeiterschaft wird zur gewichtigen Abnehmerin. Neue Produktionsformen und ein neuer Bauerntypus: das ist das Ideal der Zukunft. In einzelnen Ländern, wie in Dänemark, befindet sich die Landwirtschaft schon auf dem Wege der Umgestaltung, in anderen Ländern, wie in Belgien [19], hat das kapitalistische Wirtschaftssystem der Landwirtschaft wohl ein modernes Gepräge gegeben, doch der kapitalsschwache Landwirt hat unter der Entwicklung gelitten. Es müßte daher die Aufgabe einer wirklich liberalen Politik sein, dem Bauern die Waffen zu geben, deren er zu seiner Erhaltung bedarf: ihn mit Intelligenz und Kredit auszustatten. Dann wird die Entwicklung auch nicht, wie Vandervelde meint, den Weg zum Sozialismus nehmen, sondern die Fundamente des liberalen Staates verstärken.

Ackerfläche des Deutschen Reiches zum Anbau von Futterpflanzen ausreichen würde, um den 50 Pfund per Kopf betragenden Fleischkonsum um 10 Pfund zu vermehren. Bei einer weiteren Fleischproduktion würden die Viehpreise aber bedeutend sinken und die Viehzucht unrentabel machen. Wollte man ferner nur 1% der Ackerfläche des Deutschen Reiches mehr als bisher mit Handelsgewächsen und Gemüsen bebauen, so würden damit dieser Kultur schon neue 287000 ha zugewiesen werden. Es blieben dann aber immer noch 45% des Bodens für den Getreidebau übrig. — S. August von Miaskowski, „Agrarpolitische Zeit- und Streitfragen". Leipzig 1899. S. 76. — Auf diese Auslassung wird auch in Österreich vielfach hingewiesen. Doch trifft sie für Österreich durchaus nicht zu. Eine steigende Industrie schafft wachsende Bedürfnisse, macht bessere Ernährungsverhältnisse möglich. Nun ist es bekannt, daß jetzt in Österreich viel zu wenig Fleisch konsumiert wird. Außerdem ist Zisleithanien ein starkes Viehimportland, und die Bedarfsdeckung durch die heimische Viehzucht würde bei der extensiven Bodenbenutzung durch die Viehzucht und speziell die Alpenviehzucht sehr erhebliche Territorien, die heute mit Getreide bebaut werden, absorbieren.

[19] Emil Vandervelde, Die Entwicklung zum Sozialismus. Deutsch. Berlin 1902. S. 41 ff.

Sehen wir noch, an welcher Art des landwirtschaftlichen Betriebes, an welchem Bauerntypus das Interesse des Industriestaates hängt. Bisher wurde der genügsame, am Urväterbrauche haftende, in einzelnen Gebieten Österreichs fast im Zustande der Naturalwirtschaft lebende Landmann als Lebensbedingung des Staates angesehen, denn er bildete einen festen Damm, an dem sich die Wellen jeder Empörung brechen müßten. Wir haben nun in England und in Teilen Deutschlands den unabhängigen Bauern verschwinden gesehen, ohne daß das Reichsgebälke zusammengefallen wäre. Da der Bauer demnach nicht notwendig mit der Existenz der Staaten verknüpft ist, kann es auch nicht der Idealbauer für alle Reaktionären sein. Diese Einsicht ist sehr wichtig, denn sie widerlegt die Furcht, daß ein Land, in dem der Bauer denken, fordern und politisch selbständig vorgehen würde, dem Untergange verfallen müßte. Das Österreich des Industrialismus könnte aber des Bauern keineswegs entbehren, weil es die Produktionskraft seines Bodens ausnützen muß und am besten fährt, wenn es soweit als möglich Bauerngut an Bauerngut errichtet. Überdies werden aus den Höfen des materiell gut gestellten Bauern kräftige Söhne und Mädchen hervorgehen und die in den Städten aufgezehrte Lebensfrische der Bevölkerung ersetzen. Der Bauer kann ferner zur Stütze der vernünftig gehandhabten Industriepolitik werden, aber der Feudalherr wird niemals auf den bequemen Profit des Schutzzolles verzichten wollen. Der Bauer vermag für die Massenpolitik Verständnis zu gewinnen, der Großgrundbesitzer wird ihr bestenfalls fremd gegenüberstehen, sofern er nicht gegen sie konspiriert. Das Österreich des Industrialismus müßte jedoch nicht bloß ein Gegner des zu großen, sondern auch des zu kleinen Grundbesitzes sein. Der Parzellenbesitz, wie er im Nordosten Zisleithaniens vorkommt, ist, volkswirtschaftlich betrachtet, sicherlich ein Verlust für die Gesamtheit. Das Interesse des Industriestaates deckt sich sonach mit dem früher entworfenen Zukunftsbilde.

Wir kehren jetzt mit einem leuchtenden agrarischen Wirtschaftsideale zur Gegenwart zurück. Beim ersten

Schritte begegnet uns der Großgrundbesitzer. Das Privilegienwahlrecht Alt-Österreichs hatte den Eignern großen Grundes einen begünstigten Sitz im Parlamente eingeräumt, und der Altliberalismus hielt mit ihnen gute Freundschaft. Der Kurienschutz gestattete den Grundherren die Befolgung einer eigenartigen Politik. Zwischen dem Feudalismus und der liberalen Richtung schwankend haben sich die Abgeordneten der großen landwirtschaftlichen Betriebe eine Mittelstellung gewahrt, die sie zu den geborenen Vermittlern im politischen Leben machte. Das wird jetzt anders. Die Großgrundbesitzer müssen zum Volke hinabsteigen und die Massen um sich sammeln. Zu diesem Behufe begeben sie sich teils unter klerikalen Schutz, teils schwingen sie sich in den Sattel, um an der Spitze des agrarischen Trosses einherzusprengen. Von ihrem Lager führt zum modernen Liberalismus keine Brücke, kaum hie und da ein Steg. Der Großgrundbesitz ist ja der Hort des volksfremden Agrarismus. Von den Großgrundbesitzern geht der Ruf nach künstlichem, übertriebenem Schutze der Landwirtschaft aus, denn sie sind zum größten Teile mit Hypotheken überlastet, deren Verzinsung enorme Summen verschlingt. Dazu tritt noch der Umstand, daß selbst die rationellste Bewirtschaftung großer Güter — von den mit ihnen da und dort verbundenen Industrien wird natürlich abgesehen — nicht entfernt die Reinerträgnisse abwirft, die nach der Parzellierung von freien Bauern erzielt werden könnten, wenngleich der Bruttoertrag oft verhältnismäßig größer als der der Kleingüter erscheint. Friedrich Otto Hertz führt als Beispiel an, daß die Fürstlich Esterhazy'schen Güter den Kaufpreis zu einer Zeit mit $2^1/_2$% verzinsten, zu der Privatgüter 8% des Kaufschillings eintrugen[20]. Dem Großgrundbesitze ist es oft unmöglich, vom Körnerbau zu anderen Pflanzungen oder Betriebssystemen[21] überzu-

[20] Friedrich Otto Hertz a. a. O. S. 93.

[21] So ist die dem Boden zuträgliche, gewinnreiche Fruchtwechselwirtschaft „wegen der Schwierigkeit der Organisation und Überwachung nur auf kleinen und mittleren Gütern, deren Besitzer sich durch bedeutende Intelligenz und größeres Betriebskapital auszeichnen, möglich“.

gehen, die eine mehr individuelle Behandlung erfordern, und die Viehzucht blüht unter der sorgsamen Pflege des Bauern weit besser als unter der gleichgültigen Behandlung auf den Meierhöfen der Latifundien. Der Großgrundbesitzer befindet sich ungefähr in der Situation gewisser Handwerkerkategorien: er sitzt auf einem morschen Aste. Wenn ihn auch Zölle, die die Industrie empfindlich belasten, zeitweilig über Verlegenheiten hinwegführen, dauernd helfen sie ihm nicht. In Galizien, wo die Verschuldung der Großgrundbesitzer weit gediehen ist, nimmt daher die freiwillige Parzellierung der Güter zusehends überhand. Indes wäre es nirgends unangebrachter als beim Großgrundbesitze, alle Berufsgenossen über einen Kamm zu scheren. Der große Adel, der trotz anerzogener Prunkliebe die Erträgnisse seiner ausgedehnten Ländereien nicht erschöpfen kann, befindet sich in ganz anderen Verhältnissen. Dadurch, daß er unausgesetzt Güter legt, um seine Jagdreviere zu vergrößern, wird er zur Gefahr für das Wirtschaftsleben der Gesamtheit. Diese Güterbewegung ist nicht zu unterschätzen. Aus einem interessanten Aufsatze Dr. Hofmanns von Wellenhof[22] erfahren wir, daß in Obersteiermark zum Zwecke der Vergrößerung des Jagdrevieres und der Forstwirtschaft sowie zur Arrondierung des Besitzes im Jahre 1903 $86^{11}/_{100}$, im Jahre 1904 87% der Ankäufe verwendet wurden. Die letzte Volkszählung ergab denn auch für das steirische Oberland eine nicht unbedenkliche Abnahme der selbständigen Landwirte. 1890 wurden 11396 selbständige Eigentümer gezählt. 1900 nur mehr 10917. Für die niederösterreichischen Alpentäler bedeutet das Bauernlegen keine weniger ernste Sorge[23]. „In den Bezirken von Scheibbs, Gaming und Waidhofen verschwinden" — wie der Abgeordnete Stöckler sich im nieder-

---

Prof. Dr. Eugen von Philippovich, Grundriß der Politischen Ökonomie, II. Band, Volkswirtschaftspolitik. Freiburg 1899. S. 33.

[22] „Neue Freie Presse", Wien 1905 (Landwirtschaftliche Zeitung), „Bauernlegung und Zwangsverkäufe in Steiermark".

[23] Ferdinand Ritter von Pantz, Die Bauernlegung in den Alpentälern Niederösterreichs. Wien 1905.

österreichischen Landtage drastisch ausdrückte — „die Bauern, aber statt der Kühe und Ochsen weiden Hirsche und Rehe.“ [24] Noch ein anderes außerordentlich wichtiges Faktum muß hier wenigstens flüchtig berührt werden: der Einfluß des Großgrundbesitzes auf die Bevölkerungspolitik. Einige der fruchtbarsten Länder Österreichs weisen viele Bezirke mit stationärer und abnehmender Bevölkerung auf. Von 96 böhmischen Bezirkshauptmannschaften erscheinen in der Zeit von 1890 bis 1900 17 mit stationärer und 16 mit abnehmender Volksziffer. Mähren weist unter 40 Bezirkshauptmannschaften 8 mit stationärer und 3 mit abnehmender Bevölkerung auf. Das aber sind Distrikte, in denen der Großgrundbesitz den Boden festhält [25].

Für die fortschrittliche Politik ist daher die Haltung zum Großgrundbesitze von vornherein gegeben. Die Fideikommisse müssen verschwinden, die Förderung der Großgüterzerteilung muß ernstlich betrieben werden, denn all das, was zur Verteidigung der Latifundien vorgebracht wird, war einmal zutreffend, ist es aber heute nicht mehr. Das Land für das Volk und nicht für die Wenigen, das Land der Demokratie und nicht dem Feudalismus! Den Großgrundbesitzern bleibt ja der Übergang in andere Berufe offen, und die Aristokratie wird in ihren Wappen den Halm durch den Fabrikschlot ersetzen. Die Latifundienaristokratie ist ohnehin schon auf dem Wege zur Industriearistokratie. Kein fürstlicher Besitz blieb ohne Fabriken, ohne Brauereien, usw. [24]

Wir haben bis jetzt mit der Besprechung der eigentlichen Bauernfrage gezögert, weil es uns notwendig schien, die schwierigen landwirtschaftlichen Probleme vorher nach einigen Seiten hin zu beleuchten. Die Statistik des Deutschen Reichs unterscheidet:

1.	Parzellenbesitzer	mit einem Besitze		bis	2	ha
2.	kleinbäuerliche Unternehmer	„ „ „	von	2 „	5	„
3.	mittelbäuerliche Besitzer	„ „ „	„	5 „	20	„

[24] „Deutsches Volksblatt“. Wien, 4. Januar 1907. S. den Sitzungsbericht des Niederösterreichischen Landtags.

[25] T. W. Teifen a. a. O. S. 38 ff.

4. großbäuerliche Besitzer mit einem Besitze von 20 bis 100 ha
5. Großgrundbesitzer „ „ „ über 100 ha.

Wenn hier dennoch kurzweg von Bauern die Rede ist, so haben wir etwa die zweite, dritte und vierte Kategorie im Auge; eine genaue, einheitliche Abgrenzung nach unten und nach oben ist in Anbetracht der besonderen landwirtschaftlichen Verhältnisse nicht gut möglich; es gibt nur fließende Grenzen, die sich von Kronland zu Kronland, von Terrain zu Terrain ändern. Nach drei Richtungen hin muß die Situation des Bauernstandes betrachtet werden, wenn wir schlüssig werden wollen, wie weit er für die liberale Politik in Rechnung zu stellen ist. Wir haben den Bauer 1. als Landwirt, 2. als Besitzer von Grund und Boden, 3. als Schuldner kennen zu lernen. Das von uns aufgestellte landwirtschaftliche Wirtschaftsideal widerspricht den Interessen der Bauern in keiner Weise. Bauerngut an Bauerngut, das heißt Auskommen für alle, Existenzmöglichkeit für jeden. Bedauerlicherweise scheint das Bauerntum die Bedeutung, die der Beseitigung des Großgrundbesitzes innewohnt, nicht richtig zu verstehen; es lehnt sich vielfach gegen die Parzellierungsbestrebungen auf und verfolgt die Güterschlächterei mit scheelen Blicken[27]. Das zeigt nur von Unverstand und ist ein Beweis mehr für die Tatsache, wie wenig die mittlere Landbevölkerung die Bedürfnisse ihres Standes kennt. Das Bauerntum hat ferner ein eminentes Interesse an dem Wachsen der Städte, an der Blüte des Handels, des Verkehrs und mithin der Industrie. „Im Deutschen Reiche steht die Sache so,“ schreibt Th. von der Goltz[28], „daß die Landwirtschaft dort am meisten Not leidet, wo die Industrie wenig

[26] Wer die agrarische Literatur kennt, der weiß, daß es verschiedene Mittel gibt, die Großgüter zu zerschlagen, ohne daß zur gewaltsamen Expropriation gegriffen werden müßte. Mir scheint die Errichtung von Rentengütern sehr empfehlenswert zu sein. Die von Privaten durchgeführte „Güterschlächterei“ zeitigt manche Übel, zu deren Abstellung allerdings von Buchenberger Vorschläge gemacht worden sind.

[27] Dr. Sigmund Schilder a. a. O. S. 63.

[28] Prof. Dr. Theod. Freiherr von der Goltz, Vorlesungen über Agrarwesen und Agrarpolitik. Jena 1899. S. 51.

entwickelt und eine schwache industrielle oder städtische Bevölkerung vorhanden ist.“ Wohl gewöhnten sich die Landwirte, in der Industrie, die das Arbeitermaterial anlockt und die Landflucht fördert, einen Interessengegner zu erblicken, und die feudalen Inspiratoren der sogenannten Agrarpolitiker boten alle Mittel auf, um den Gegensatz zu verschärfen. Indes, nichts kann die Tatsache beseitigen, daß im 20. Jahrhundert, im Zeitalter der Weltwirtschaft und des Weltverkehres, eine arme Industrie arme Bauern, ein armes Land und einen armen Monarchen bedeuten würde. Diese Wahrheit läßt sich wohl eine Zeit verdunkeln, aber schließlich wird sie doch strahlend, leuchtend durchdringen. Auch der ländliche Mittelstand muß erkennen, wie verfehlt sein Denken bisher war.

Allerdings, das Vorhandensein einer schon jetzt brennenden ländlichen Arbeiterfrage soll nicht hinweggeleugnet werden. Das Problem pocht stark und unerbittlich an die Türen der Gutshöfe und Bauerngehöfte; man kann einer ernsten Auseinandersetzung mit der sozialen Frage nicht entrinnen. Die rationelle Behandlung des Bodens, die vernünftige Anwendung der „Landwirtschafts-“ und „Tierchemie“, zu der die Bauern werden übergehen müssen, setzt nun eine kulturell hochstehende Arbeiterschaft voraus, und von einer solchen wird das patriarchalische Verhältnis, das sich auf dem flachen Lande noch erhalten hat, zweifellos gesprengt werden. Diese Wandlung steht bevor, ob es der Bauer will oder nicht, ob er vorwärtsschreitet oder ruht. Schreitet er vorwärts, paßt er sich unseren Zeitbedürfnissen an, dann wird er, anfangs wohl widerstrebend, den Umstand würdigen, daß sich aus dem stumpfsinnigen Gesinde bewußte, aufgeweckte, anstellige Arbeiter herausgebildet haben. Auch die Industrie schätzte den Wert der intelligenten Arbeitskraft lange nicht und mußte erst allmählich zur klaren Erkenntnis gelangen. Der Bauer ist konservativer und wird die Sachlage infolgedessen noch langsamer richtig erfassen. Das kann jedoch nicht hindern, daß man bei jeder die Landwirtschaft betreffenden Erwägung des Landproletariers gedenke. Nicht überhasten,

aber zielbewußt voran! soll bezüglich der Landarbeiterfrage die Losung sein.

Mit den althergebrachten Gewohnheiten ist es für den Bauer vorbei, er muß flink und geschmeidig werden. Dazu bedarf es einer großen Intelligenz, und deshalb steht die Schulfeindlichkeit im schroffsten Widerspruche zu den Geboten der Selbsterhaltungspflicht. Der Bauer muß lernen, viel mehr lernen als bisher, wenn er in der Volkswirtschaft das bedeuten will, was seine Väter früher gegolten haben. Buchenberger schreibt in seinem bekannten Werke: „Je geringer die Durchschnittsbildung der Landbevölkerung ist, je ungünstiger die äußeren sozialen Verhältnisse sind, unter denen sie leben, desto stärker pflegt sich der passive Widerstand gegen Reformen im Gebiete der Bodenkultur geltend zu machen . . . desto weniger bleiben Enttäuschungen erspart[29].“ Der Bauer, der in Unbildung dahinlebt, ist nicht nur schul-, sondern auch reformfeindlich, er schädigt sich doppelt. Wir haben schon gehört, daß der landwirtschaftliche Kleinbetrieb existenzfähig sei, daß das Bauerngut eine solide Basis habe. Dem bäuerlichen Betriebe wird jedoch erst dann die volle Ergiebigkeit verliehen, wenn sich Bauer mit Bauer vereint, wenn Einkaufs-, Verkaufs- und Verwertungsgenossenschaften entstehen. Die Milchwirtschaft bringt den Bauern nur unter dieser Voraussetzung reichen Lohn, wie ja überhaupt die Vorteile des gut organisierten Genossenschaftswesens mannigfaltig sind. Wie soll nun der Bauer, der im Geiste der Väter schafft und wirkt, den großen Anforderungen an Routine, die das Genossenschaftswesen an den einzelnen stellt, genügen? Die besten Absichten werden oft durch die Stupidität derer, denen sie nützen wollen, zuschanden. So hat sich die Great-Western-Railway, die in London mündet, in der zweiten Hälfte der Neunzigerjahre nicht nur zu Tarifermäßigungen für landwirtschaftliche Produkte verstanden.

[29] Adolf Buchenberger, Agrarwesen und Agrarpolitik. Leipzig 1892. I, 51.

sondern bereit erklärt, ein eigenes System für das Sammeln und den Absatz der Produkte einzuführen. Sie wollte zu diesem Zwecke Sammler mit Wagen zu den einzelnen Bauern schicken und die Erzeugnisse, die nicht einmal verpackt sein müßten, abholen lassen. Die Produkte gedachte die Bahnverwaltung in London im großen zu verkaufen, wobei sie für sich nur einen mäßigen Abzug für die Kosten in Aussicht nahm. Dieses gewiß sehr bauernfreundliche Anerbieten stieß aber auf den Widerstand der indolenten Landleute[30]. Solche Erwägungen zeigen, daß die landwirtschaftlichen Wirtschafts- und Kreditgenossenschaften ihrer idealen Aufgabe nicht ganz gerecht werden können, so lange das Bauerntum nicht mit anderem Geiste erfüllt ist. Aus diesem Grunde glauben wir, daß auch die zwangsweise Organisation der Berufsgenossenschaften der Landwirte nicht mehr als ein Schlag ins Wasser sein wird. Es handelt sich doch nicht um die Schaffung leerer Formen, sondern um die Auslösung von Kräften. Man fand ja schon seit langem Gelegenheit, den Bauer als zwangsweisen Organisator und Verwalter zu beobachten, und zwar in den ländlichen Gemeinden, wo er wohl nicht immer die erste Geige spielt, aber doch ein gewichtiges Wort mitzureden hat. Für die Erfolge mögen zwei Beispiele sprechen. In einem Regierungsberichte heißt es von den österreichischen Gemeindewäldern: „Es ist eine leider unbestreitbare Tatsache, daß gerade die Behandlung dieser Wälder am meisten zu wünschen übrig läßt.“ Und eine Umfrage zeigt die Verhältnisse auf den deutschtiroler Alpenwirtschaften folgendermaßen geartet[31]:

Art	gut %	mittel %	schlecht %
Privatalpen	58	26	16
Interessenschaftsalpen	39	30	31
Gemeindealpen	18	21	61

[30] S. Beilage Nr. 1388 zu dem stenograph. Protokoll d. Abgeordnetenhauses XI. Sess. 1896. Erläuternde Bemerkungen zu dem Gesetzentwurfe betreffend die Berufsgenossenschaften der Landwirte S. 22.

[31] Dr. Walter Schiff, Österreichische Agrarpolitik seit der Grundentlastung. Tübingen 1898. I, 219 und 221.

Die Energien, die heute, durch Unbildung niedergedrückt, in der Bevölkerung schlummern, werden erst dann frei und wirksam, wenn Österreich zum Industriestaate geworden ist, wenn die Mächte der Unbildung besiegt und die Schleusen geöffnet sind, die den Zustrom der Kulturfluten hemmen.

Wir können nur ganz kurz bei den zwei anderen Gesichtspunkten verweilen, unter denen wir das Bauerntum noch zu betrachten haben; nicht weil die Fragen, die sich vor uns aufrollen, von geringerer Bedeutung sind, sondern vielmehr wegen ihrer geradezu fundamentalen Wichtigkeit. Selbst eine skizzenhafte Behandlung, ein flüchtiges Eingehen auf die große Literatur, die sich angesammelt hat, würde den Rahmen dieses Buches sprengen. Wir wollen bloß mit einigen Sätzen darlegen, daß sich aus den Problemen des bäuerlichen Besitzes und der bäuerlichen Verschuldung kein Gegensatz zu den Prinzipien der freiheitlichen Politik ergebe. Der Bauer als Besitzer von Grund und Boden beschäftigt sich intensiv mit der Erbschaftsfrage. Österreich hat, wie wir bereits erfahren haben, vor vierzig Jahren die bäuerliche Erbfolge aufgehoben. Dieses Vorgehen aber bedeutete kein Novum, denn schon Napoleon I. setzte im Code civile fest: „Jeder Miterbe kann seinen Anteil in Fahrnis und Liegenschaften verlangen", und dieser Grundsatz war unter dem Einflusse Albrecht Thaers auf Preußen übergegangen. Die österreichischen Agrarier haben jedenfalls für ihre Agitation ein dankbares Angriffsobjekt gefunden, und sie verlangen die Wiederherstellung der bäuerlichen Erbfolge, die als eine durch die Geschichte geheiligte Einrichtung bezeichnet wird. Diese Anschauung muß insofern eine Richtigstellung erfahren, als in Galizien und in der Bukowina das Anerbenrecht als allgemein gültige Erscheinung unbekannt war. Ferner bestand in Welschtirol, Küstenland und Dalmatien von altersher die Freiteilbarkeit, und in Krain wurde diese zur Zeit der Okkupation durch die Franzosen eingeführt[32]. Allein für uns ist die

[32] Prof. Dr. Eugen von Philippovich a. a. O. II, 43.

Erwägung maßgebend, daß, gleichwie die Begründung bäuerlicher Mittelgüter, auch die Erhaltung im Interesse der Volksgemeinschaft und einer gesunden Agrarpolitik ratsam erscheint. Wie die Bauernwirtschaften vor der Zersplitterung zu schützen oder vor der Überlastung durch die Abfindung der Erben zu bewahren wären, das ist eine Frage, die viele Beantwortungen zuläßt, und auf die hier leider nicht weiter eingegangen werden kann. Da die Modernisierung der Landwirtschaft nicht gewaltsam, sondern nur sukzessive durchgeführt werden darf, so muß das allgemeine Prinzip für agrarische Reformen: Anpassung an das Bestehende als Ausgangs- und Hinüberleitung zu zeitgemäßen Formen als Zielpunkt! die Richtung weisen. Freilich sind die Bauern selbst das größte Hindernis für eine zweckentsprechende Agrarreform. Sie widersetzen sich in ihrem von dem Steirer Karl Morre in seinem Büchlein: „Die Arbeiterpartei und der Bauernstand" trefflich geschilderten Starrsinn und in ihrer Beschränktheit allem Neuen, einerlei ob es ihnen zuliebe geschaffen ward, wie das Höferechtsgesetz der Achtzigerjahre und der Rentengütergesetzentwurf der Neunzigerjahre. Ihre Rückständigkeit stellt sich auch einer vorteilhaften Lebensversicherung entgegen.

Endlich gelangen wir zum Bauer als Schuldner. Ritter von Hattingberg beziffert den Stand der Gesamthypothekardarlehen in Österreich auf zehn Milliarden Kronen[33]. Um diese Ziffer entsprechend zu würdigen, muß man sich vergegenwärtigen, daß die gesamten Staatsschulden Ungarns 6150, Österreichs 6350, Spaniens 7730 und Italiens 10100 Millionen Mark betragen[34]. In den Ländern Österreichs, die geordnete Grundbücher haben, also in Niederösterreich, Oberösterreich, Salzburg, Steiermark, Kärnten, Krain, Böhmen, Mähren und Schlesien, belief sich die Schulden-

[33] Prof. Ritter von Hattingberg, Referat betreffend die Frage der Hypothekarentschuldung. Wien 1903. II 45.

[34] Prof. A. L. Hickmann a. a. O. Tabelle 37.

last des — wie der offizielle Sprachgebrauch lautet — „sonstigen Besitzes“ [35] in den Jahren

1867	auf	2447538792	Kronen
1885	„	3525287686	„
1892	„	3796422562	„
1899	„	4588727568	„

Man sieht, wie rapid die Verschuldung der ländlichen Bevölkerung zunimmt und welch beängstigende Dimensionen sie erreicht. Die Entschuldungsfrage beschäftigt die Köpfe seit Jahrzehnten intensiv; aber welche Entlastungsmethode immer ins Auge gefaßt wird, man stößt doch stets auf die Schwierigkeit, daß jedem Mittel, das nicht auf die Mitwirkung des Bauernstandes von vornherein Verzicht leistet, die Indolenz und Schwerfälligkeit der ländlichen Bevölkerung hindernd entgegenstehen. Die Frage der Hypothekarentschuldung wird für die Landwirtschaft immer brennender. und es ist anzunehmen, daß sich die Gesetzgebung mit diesem Probleme in absehbarer Zeit wird befassen müssen. Die Zinsen, die von den Landwirten aufzubringen sind, drücken mit vernichtender Gewalt auf die Besitzer kleiner und großer Güter, und das Bauerntum sinkt von Jahr zu Jahr tiefer in den Morast der Schulden. Nur darf man die Hypothekarfrage nicht aus dem großen Zusammenhange reißen und muß sie als einzelnes Glied einer langen Kette von Erscheinungen gelten lassen. Verschiedene konservativ-klerikale Schriftsteller sind in den Fehler verfallen, daß sie sich mit allen möglichen Verhältnissen, nur nicht mit der Eigenart des Bauern beschäftigt haben. Auf diese Weise gingen sie an dem Kerne der Sache vorbei. Es ist eine billige Methode, die Verantwortung ungünstigen Umständen und fehlerhaften Einrichtungen zuzuschreiben und den Bauer als armes Opfer hinzustellen. Wenn dieser schon unbedingt als Opfer bezeichnet werden muß, so kann man höchstens sagen, daß er an einer falschen Erziehung, an einer lähmenden Tradition schwer zu tragen habe. Man muß

[35] Unter „sonstigem Besitze“ versteht man jenen Grundbesitz, der weder in den Land- und Lehentafeln (landtäflicher Großgrundbesitz) noch in den Berg-, Stadt- und Eisenbahnbüchern Aufnahme gefunden hat.

eben wieder und wieder betonen, daß das Bauerntum von heute für unsere Zeit nicht passe. Der Zeiger der Weltenuhr kann nicht zurückgestellt werden; die Zeit der Naturalwirtschaft, in der die berühmte Bauernschlauheit genügte, wird nicht wiederkehren, wie sehr auch die klerikalen Bauernfreunde toben und schreien. Neben der unzweckmäßigen Besitzverteilung, der zeitfremden Betriebsform und den Schwierigkeiten, die sich aus der Belastung im Erbfalle ergeben, muß als empfindliches Übel für den Bauernstand die Tatsache genannt werden, daß der Bauer im allgemeinen gar nicht befähigt ist, den geistigen Anforderungen, die die Geldwirtschaft an ihn stellt, zu genügen. Hat einst Fichte die ganze deutsche Frage als Erziehungsfrage aufgefaßt, so kann man gegenwärtig ohne jede Übertreibung sagen: das österreichische Bauernproblem ist ein Problem der Ausbildung.

Wie lange dauerte es in Österreich, bis den Bauern für das Wesen des so bedeutungsvollen Personalkredits Verständnis aufdämmerte! Schon im Jahre 1873 hatte sich der Wiener agrarische Kongreß einhellig für die Gründung von Raiffeisenkassen ausgesprochen; aber erst vom Jahre 1887 ab ging die Schaffung der Kassen flotter vorwärts, denn die autonomen Landesverwaltungen begannen, ihr Aufmerksamkeit zuzuwenden. In den letzten Jahren hat sich die Zahl der Raiffeisenkassen außerordentlich vermehrt. 1894 bestanden 804 Kassen mit 56 138 Mitgliedern, im Jahre 1900 2906 Kassen mit 261 026 Mitgliedern, und 1903 gab es bereits 4155 Kassen, denen 443 234 Mitglieder angehörten[36]. Doch müßte zur Beurteilung des praktischen Erfolges der Raiffeisenkassen erst genau untersucht werden, welche moralische Wirkung den Darlehnsgeschäften innewohnt, inwieweit der Bauer die erborgten Gelder zweckmäßig verwendet. Im übrigen überschreiten die Raiffeisenkassen teilweise ihren Wirkungskreis, indem sie ihre Gelder nicht nur für den bäuerlichen Personalkredit, sondern auch für andere Geschäfte verwenden.

Gehen wir zum ländlichen Proletariat über. Wir

[36] Österreichs Statistisches Handbuch für 1905 S. 384.

müssen hier mit den Arbeitern, Taglöhnern und mit den Eigentümern von landwirtschaftlichem Zwergbesitze rechnen. In der Kultur zurückgebliebene, unglückliche, rechtlose Menschen stehen vor uns. Der Liberalismus hat sie dem Gesetze nach frei gemacht, aber in sozialer Beziehung schleppen sie noch die Fesseln vergangener Zeiten. Nach einer Berechnung, die von Dr. Leo Verkauf auf Grund der Volkszählungsergebnisse von 1890 angestellt wurde, wies Österreich 2155355 ganz besitzlose landwirtschaftliche Arbeitskräfte und 1193414 landwirtschaftliche Lohnarbeiter und -arbeiterinnen auf, die Allein- oder Mitbesitzer einer Hütte oder eines Grundstückes waren[37]. Nach der Statistik für 1900 gab es in der Land- und Forstwirtschaft 707559 besitzlose Arbeiter und 425466 Taglöhner männlichen Geschlechts. Was soll mit diesen Personen im Österreich des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechts geschehen? Werden diese Bevölkerungskreise weiter die Schleppträger der Klerikalen sein oder hinter der Fahne der Junker einherlaufen? Dieses Proletariat hat immer als ein Noli me tangere für den Fortschritt gegolten, und die Frage: muß das so weiter bleiben? liegt auf unseren Lippen. Die wirtschaftliche Situation des ländlichen Proletariats spricht unserem modernen sozialen Empfinden Hohn.

Die Lohn- und sonstigen Verhältnisse der land- und forstwirtschaftlichen Arbeiter Österreichs wurden im Jahre 1897 von den Landeskulturräten erhoben. Auf den Großgrundbesitzungen verdienen die Knechte zwischen 120 bis 750 Kronen, die Mägde zwischen 100 bis 750 Kronen jährlich bei Einrechnung des Wertes der Naturalbezüge. Beim Kleingrundbesitze betragen die Taglöhne für Männer inklusive der Kost im Durchschnitt:

in Niederösterreich	im	Winter	95 h,	im	Sommer	135 h,
„ Steiermark	„	„	70 „	„	„	110 „
„ Kärnten	„	„	80 „	„	„	110 „
„ Tirol	„	„	125 „	„	„	155 „
„ Vorarlberg	„	„	180 „	„	„	245 „
„ Böhmen	„	„	105 „	„	„	160 „
„ Schlesien	„	„	90 „	„	„	140 „

[37] S. Verhandlungen des fünften sozialdemokratischen Parteitags zu Prag. Wien 1896. S. 140.

in Galizien	im Winter 65 h,	im Sommer	115 h
„ Bukowina	„ „ 60 „	„ „	105 „[38].

Aber der ländliche Arbeiter von morgen wird nicht mehr das willenlose gefügige Werkzeug von einstmals sein; er hört von den Fabriken in den Städten, wo die Arbeiter menschlich behandelt werden und „schönes Geld“ verdienen, er hat wohl selbst einen Sohn oder ein Mädchen in der nächsten Fabrik. Der Staat vergißt nicht, die Stellungspflichtigen in die Garnisonorte zu rufen, kurz: vom Gutshofe laufen viele Fäden in die Welt. Ist aber erst der soziale Geist im ländlichen Proletariate erwacht, hat sich das Klassenbewußtsein durchgerungen, dann wird die kulturelle Erziehung dieser Massen möglich.

Vorderhand haben das Bürgertum und die Sozialdemokratie ein gemeinsames Interesse, die Hunderttausende frommer Schäflein aus der Herde der Klerikalen herauszunehmen. Wenn man in Zisleithanien mit Erfolg eine moderne Wirtschaftspolitik anbahnen will, muß man alle nur irgendwie in Betracht kommenden Elemente aus den verborgensten Winkeln heranziehen und für die große Sache des neuen freiheitlichen Österreich nutzbar machen. Jeder Mann ist von Wert, jede Stimme ist von Bedeutung. Da das freiheitliche Bürgertum Zisleithaniens mit der Sozialdemokratie in den Zielen der Wirtschaftspolitik übereinstimmt, erscheint die Kräftigung der Sozialdemokratie gleichbedeutend mit der Kräftigung der neu-österreichischen Wirtschaftspolitik. Unter diesem Gesichtswinkel muß man das Vordringen der Sozialdemokratie in den ländlichen Gebieten Österreichs betrachten. Die Arbeiterpartei besitzt die notwendige Zähigkeit und Routine, um diesen schweren Aufklärungsdienst mit einigem Erfolge zu verrichten und die ihres Persönlichkeitswertes unbewußten Agrarproletarier zu Menschen zu erziehen. Das freiheitliche Bürgertum hat dagegen vorerst keine Aussicht, die Landarbeiterschaft und den Zwergbesitz an sich zu ziehen. Zwei Einwürfe können allerdings gegen die Nützlichkeit sozialdemokratischer Landagitation

[38] Statistische Monatsschrift. Wien 1904. S. 466 ff.

von bürgerlich-freiheitlicher Seite erhoben werden, allein wir finden, daß die Bedenken in sich selbst zusammenbrechen. Fürs erste ist die soziale Revolution, der Kladderadatsch, der Übergang zum Kollektivismus durchaus nicht zu befürchten. Wer ernstlich glaubt, daß die kapitalistische Wirtschaftsordnung von einigen hunderttausend Landproletariern über den Haufen geworfen werden könnte, der täte gut, sich überhaupt nicht mit der Frage zu beschäftigen, wie man innerhalb des gegenwärtigen Wirtschaftssystems zu Verbesserungen gelangen könnte; denn wer wird sich den Kopf darüber zerbrechen, wie man ein dem nächsten Sturme zum Opfer fallendes Gebäude im Innern vorteilhafter zu gliedern vermöchte. Fürs zweite könnte eingeworfen werden, ob denn die bürgerliche Politik wirklich gezwungen sei, auf die unmittelbare Unterstützung durch das Landproletariat zu verzichten. Ein für allemal sicher nicht! Die Forderung: Bauerngut an Bauerngut! setzt eine ganz beträchtliche Vermehrung der selbständigen Landwirte voraus, und es liegt nahe, daß eine vernunftgemäße Parzellierungspolitik den intelligenteren landwirtschaftlichen Proletariern zur Selbständigkeit verhelfen müßte. Die Intelligenz ist aber erst zu wecken, und die Erfahrung in Österreich lehrt, daß es die Sozialdemokratie vortrefflich verstehe, den unteren Bevölkerungsschichten teilweise zu ersetzen, was die Volksschule zu spenden verabsäumt hat. Ist das Agrarproletariat erst dem modernen Leben gewonnen, dann wird es dem freiheitlichen Bürgertume nicht schwerfallen, die mittlerweile zu selbständigen Besitzern gewordenen Besitzlosen an sich zu ziehen.

Für die österreichische Sozialdemokratie jedoch erwächst die Notwendigkeit, die Landagitation mit voller Kraft in Angriff zu nehmen. Sie darf sich durch die bei den letzten Wahlen in den ländlichen Kreisen errungenen ephemeren Erfolge nicht irre machen lassen. Im Jahre 1896 ertönte bereits auf dem Prager Parteitage[39] der Ruf: Hinaus aufs Land!

[39] Verhandlungen des fünften österreichischen sozialdemokratischen Parteitages zu Prag. Wien 1896. S. 155.

und auf dem Grazer Parteitage, der anfangs September 1900 stattfand, stand dieses Problem abermals auf der Tagesordnung. „Die Frage der Landagitation“ — sagte Dr. Wilhelm Ellenbogen am Schlusse seines Referats — „eröffnet uns somit ein Gebiet für eine außerordentlich vielgestaltige Tätigkeit.“ [40] Was die Sozialdemokratie im Österreich der fünf Wahlkurien trotzdem verabsäumt hat, muß sie durch den Aufwand verdoppelten Eifers nachzuholen suchen. Dabei darf sie freilich nicht auf eine sich rasch bezahlt machende Arbeit rechnen. Langsam, sehr langsam wird sich ihr Vordringen vollziehen, soweit es mehr als Augenblickserfolge im Ziele hat; allein die schrittweisen Eroberungen sind in der Landagitation viel wertvoller als die rasche Entflammung der ländlichen Proletarier. Die Geschichte der englischen Gewerkschaftsbewegung bietet in dieser Hinsicht sehr lehrreiche Beispiele. Englands Landarbeiterbewegung in der ersten Hälfte der Dreißigerjahre des vorigen Jahrhunderts glich einem Strohfeuer, und die „Rebellion des Feldes“ [41], die in den Siebzigerjahren viel von sich reden machte, zeigte nach einem zielverheißenden Aufstiege ein jähes Verfallen. Die raschen Erfolge der sozialdemokratischen Feldarbeiterorganisation in Ungarn [42], die am 7. Januar 1906 gegründet, im ersten Quartal 13814, im vierten Quartal bereits 48816 Mitglieder zählte, dürfen keineswegs als vorbildlich gelten. Ganz abgesehen davon, daß die Agitation unter der Landarbeiterschaft Ungarns nicht mehr neuen Datums ist, glauben wir, daß die großen Ziffern weniger innere Kultur- und mehr äußere Agitationsarbeit verraten. Auf alle Fälle jedoch gilt das Wort: Wer lange säumt, kommt zu spät.

* * *

[40] Verhandlungen des Parteitages der deutschen Sozialdemokratie Österreichs zu Graz. Wien 1900. S. 114.

[41] Sidney und Beatrice Webb, Die Geschichte des Britischen Trade Unionismus. Deutsch. II. Auflage. Stuttgart 1906. S. 281.

[42] „Arbeiter-Zeitung“ vom 21. Februar 1907.

Wir haben die Bauernfrage eine Erziehungsfrage genannt und damit schon bekundet, daß die Politik der Klerikalen dem ländlichen Mittelstande keine Vorteile bringen könne. Gewiß, die scheinbar geborenen Vertreter des Bauernstandes haben neben vielen schlechten Arzneien eine Anzahl vortrefflicher Heilmittel in ihrer Hausapotheke; aber man übersieht die Kleinigkeit, daß der Bauer von heute für die Medikamente zu schwach sei. Die Klerikalen errichten zwar Genossenschaften und Vorschußkassen, doch sie wollen auch die Schulzeit vermindern, den Unterricht verschlechtern und den Industrialismus in Ketten legen. Sie träufeln dem Kranken ein Stärkemittel ein, sorgen aber durch ein anderes Mittel dafür, daß er geschwächt werde. Rudolf Meyer, der den Klerikal-Konservativen eine Zeitlang nahe stand, schreibt: „Manche klerikalen Führer wollen die achtjährige Schulpflicht in Österreich in eine sechsjährige verwandeln; das halte ich für gefährlich und für töricht", und an einer anderen Stelle begrüßt er die amerikanische Schulgesetzgebung, die durch „Schul- und Lehrfreiheit eine mannigfache Bildung des Volkes verbürgt" [48].

Für uns ist es von großer Wichtigkeit festzustellen, daß die Bauernschaft an ihren klerikalen Wortführern schlechte Freunde besitze, daß sie die Herrschaft des Industrialismus in Österreich in keiner Weise zu fürchten, sondern zu begrüßen habe. Die Verfechter des industriellen Neu-Österreich müssen nun ebenso wie die Sozialdemokratie die Landagitation aufnehmen, und sie können es mit Zuversicht tun. Sie verfügen über durchschlagende Argumente, und alles dreht sich nur darum, ob sie die richtige Methode für ihre Agitation finden werden. Doch ein Moment will reiflich erwogen sein: das österreichische Bürgertum war bisher nicht gewöhnt, Zukunftspolitik zu treiben und Kapitalien zu investieren, die erst nach vielen Jahren reiche Zinsen tragen können. Wer jedoch die Bauern für eine ihnen nicht

---

[48] Dr. Rudolf Meyer, Heimstätten- und andere Wirtschaftsgesetze. Berlin 1883. S. IV u. 55.

ganz mundgerechte Politik zu gewinnen sucht, muß über Ausdauer und Hartnäckigkeit verfügen. Kann man diese Aufopferung in der Politik verlangen, kann man voraussetzen, daß der Vater für den Sohn vorbaue? Ohne Zwang würde es vielleicht nicht geschehen, doch die unerbittliche Notwendigkeit wird, wenn sie erst einmal begriffen ist, dieses Wunder vollbringen. Nicht weil man will, sondern weil man muß, wird das Ungewohnte getan werden. An dem industriellen Neu-Österreich hängen so große und starke Interessen, daß kein Klarsehender die Verantwortung auf sich nehmen kann, die Interessen aller in Frage zu stellen, um in der Gegenwart Mühe zu ersparen.

Nur eines möchten wir noch bemerken. Wenn das freiheitliche Bürgertum eine großzügige Bauernpolitik inaugurieren soll, wird es vor allem aus der Vergangenheit lernen müssen. Das Bauerntum gewinnt man nicht durch das Nachsprechen teils klerikaler, antisemitischer und agrarischer Schlagworte. Auch das leise Auftreten und das Sichducken imponiert den knorrigen Landnaturen nicht. Offen und ehrlich, klar und rückhaltslos sei die Sprache, die man führt. Sie wird das erstemal keinen Widerhall erwecken, aber im Laufe der Zeit sicher in die Köpfe eindringen. In Alt-Österreich haben Parteien das Kunststück zuwege gebracht, den Landleuten mit den üblichen agrarischen Phrasen, dem Mittelstande mit zünftlerischen Redewendungen aufzuwarten und einzelne ihrer Mitglieder industriefreundliche Reden halten zu lassen. Dennoch rangierten sie unter den fortschrittlichen Gruppen. Nach einer Richtung hin wird nun dieses Unwesen durch die Macht der Verhältnisse abgestellt werden. Die nationalen Agrarparteien, die sich freiheitlich nennen, da sie nicht von der Kirche abhängig sind und im Programme ein schulfreundliches Sätzlein haben, konkurrieren die anderen in der Landagitation etwas befangenen freiheitlichen Parteien einfach nieder. Das eine Gute hat die parteipolitische Organisation des Agrarismus jedenfalls, daß sie mit dem wirtschaftlichen Zweiseelenwesen aufräumt. Hie Agrarismus und Zünftlertum, hie Industrialis-

mus! Diese Kampfesaufstellung ist klar und natürlich. Die wirklich freiheitlichen Parteien werden zur Ehrlichkeit, sich selbst und anderen gegenüber, gezwungen sein. Wer künftig auf das flache Land hinausgehen wird und sich nicht zum Klerikalismus und nicht zu einem Programme der agrarischen Schlagworte bekennt, der wird ganz andere Töne erklingen lassen müssen: die Akkorde des freiheitlich-bürgerlichen Programmes, der Industriepolitik.

c) Die Zünftler.

Der gewerbliche Mittelstand liefert die zweite große Hilfstruppe für den Kerikalismus. Allerdings ist nicht der ganze Handwerker- und Kaufmannsstand im Gefolge der klerikalen Führer zu sehen, und noch immer gibt ein Teil seine Stimmen für sogenannt freisinnige Mandatswerber ab. Doch die politische Geschichte lehrte uns, wie teuer der Liberalismus die Unterstützung des gewerblichen Mittelstandes bezahlen mußte, indem er eine entwürdigende Kniebeuge vor dem Zünftlertume machte. Die Handwerker und die Kleinkaufleute haben jetzt nach der Beseitigung des Privilegienparlaments aufgehört, eine bevorzugte Macht im Staate zu sein; sie verlieren sich in der großen Masse der gleichberechtigten Bürger und fallen nur mit ihrem natürlichen politischen Gewichte in die Wagschale. Dennoch steht die Mittelstandsfrage nach wie vor im Vordergrunde. Das Zusammenwirken der Klerikalen, der agrarischen und zünftlerischen Kräfte kommt der seit den letzten Jahrzehnten üblichen Mittelstandsbewegung mit allen ihren Schwächen und Nachteilen noch immer zugute. Die Bauern und die Kleingewerbetreibenden reichen einander die Hände und schließen einen starken Bund, den die Kirche segnet und stützt. Haben wir den vorhergehenden Abschnitt der Agrarfrage gewidmet, so müssen wir nun an die Betrachtung des gewerblichen Mittelstandes schreiten.

Ganz andere Verhältnisse bestehen hier. Ist die Bauernwirtschaft dem Großgrundbesitze überlegen, so hat das Kleingewerbe im besten Falle harte Mühe, sich neben dem Groß-

betriebe zu erhalten. Auf den ersten Blick scheint es sogar, als würde die Großindustrie das Kleingewerbe überhaupt erwürgen. „Wir überblicken das Leichenfeld des Kleingewerbes deutlich," — sagt Schwiedland [1] — „wenn wir einige Ergebnisse alter und neuer Gewerbezählungen nebeneinander reihen." Im heutigen Gebiete Zisleithaniens gab es

	1841	1890
Weber aller Art einschließlich der Tuch-, Band-, Samt- und Seidenzeugmacher	40 444 handwerksmäßige Webereien, 401 Fabrikwebereien	7709 Klein- und Mittelbetriebe, 1058 Großbetriebe
Lederer, Corduaner und Gerber	5866 handwerksmäßige Gewerbe, 104 Fabrikbetriebe	2518 handwerksmäßige Betriebe, 232 Fabrikbetriebe
Seifensieder und Kerzenmacherbetriebe	2281 einschlägige Polizeigewerbe, 40 Fabrikbetriebe	859 Handwerksbetriebe, 43 Fabriken
Brauereien	2926 Polizeigewerbe, 216 Fabrikbetriebe	1134 [2] Betriebe, die bis einschließlich 10 000 hl im Jahre brauen, 292 mit einer Biererzeugung über 10 000 hl.

Diese Ziffern belegen zwar die trübe Auffassung der Marxisten, daß der Mittelstand seinem Untergange geweiht sei und zwischen den Mühlsteinen des Kapitalismus zerrieben werde. Aber diese Zahlen veranschaulichen eben nicht die

[1] Dr. Eugen Schwiedland, Kleingewerbe und Hausindustrie in Österreich. Leipzig 1894. I, 126 ff.

[2] Die Ziffer versteht sich für 1891; gezählt wurden 1432 kleine Brauereien, doch standen 298 außer Betrieb.

Verhältnisse des gesamten Handwerks, sondern sie beleuchten bloß die Situation, in die eine beträchtliche Anzahl von Handwerksgewerben durch den Sieg des Kapitals und der großen Maschinenanlagen geraten ist. Die alte Streitfrage, ob das Kleingewerbe noch eine Daseinsberechtigung habe oder nicht, soll hier nicht erörtert werden; wir schließen uns jenen wissenschaftlichen Vertretern der Nationalökonomie an, die die Bedrängnis des gewerblichen Mittelstandes wohl anerkennen, jedoch bei voller Würdigung der erschwerten Existenzbedingungen dennoch von der Erhaltungsfähigkeit bestimmter Gruppen überzeugt sind.

„Der gewerbliche Kleinbetrieb und noch mehr der Mittelbetrieb“ — führt Professor von Schönberg aus — „sind auch in der modernen Volkswirtschaft bei freier Konkurrenz leistungsfähig: 1. für das große Gebiet der Reparatur und Erhaltung schon vorhandener Gewerbeprodukte; 2. für die Herstellung neuer Produkte: a) wenn das Produkt am Orte des Absatzes hergestellt werden muß, der Großbetrieb aber wegen der Kleinheit des Marktes nicht genug Absatz hat, b) wenn zur Steigerung der Produktivität von Arbeit und Kapital weder Arbeitsvereinigung und Teilung noch größere Kapital-, namentlich Maschinenbenutzung anwendbar ist, c) wenn, wie bei zahlreichen kunstgewerblichen Produkten der Gegenstand wesentlich Handerzeugung ist und eine höhere technische Arbeitsqualität des Unternehmers erheischt, d) wenn die einzelnen Produkte den individuellen Wünschen der Bezieher anzupassen sind[3].“

Der Handwerker bleibt bestehen, nur das Handwerk wandelt sich um. Die Großindustrie tötet es nicht, sie zwingt es nur, neue Formen anzunehmen und sein Betätigungsfeld nach der einen Seite hin einzuengen, und gestattet dafür die Erweiterung nach anderen Richtungen. Diesen Prozeß können wir natürlich nicht im Detail darstellen, aber ein Gang durch die Straßen und das Studium der einschlägigen Literatur und Fachberichte lehrt ihn uns erkennen. Jedenfalls gibt es für das moderne Handwerk verschiedene Wege, um sich manche Vorzüge des Großbetriebes durch die Gründung von Kredit-, Rohstoff-, Magazins- und Produktions-Genossenschaften zu erschließen, und durch

[3] Prof. G. von Schönberg, Handbuch der politischen Ökonomie. 4. Aufl. Tübingen 1896. II, 563.

die Verwendung von Kleinkraftmaschinen, Gas-, Heißluft-, Wasser- und Elektromotoren eröffnen sich dem Kleingewerbe aussichtsreiche Betätigungsgebiete, auf denen es durch den Fabrikbetrieb entweder ganz oder doch teilweise verdrängt worden war. Daß von diesen Segnungen der Technik und des Assoziationsprinzips bisher so wenig Gebrauch gemacht wurde, ist keineswegs ein Argument gegen die praktische Möglichkeit.

Doch wir haben an dieser Stelle nicht die volkswirtschaftliche Bedeutung des Mittelstandsproblems, sondern seine politischen Wirkungen zu untersuchen. Für den Politiker ist es jedenfalls interessant, daß sich — unbeschadet der inneren Umwandlung — die Zahl der selbständigen Gewerbetreibenden nicht nur nicht vermindert, sondern vermehrt hat. Wenn man das Gesamtresultat ermittelt, dann stellt sich das Bild — um mit Bernstein[4] zu sprechen — so dar, als ob nicht der Großbetrieb beständig Klein- und Mittelbetriebe aufsaugte, sondern als ob er lediglich neben ihnen aufkäme. Die Bevölkerung Zisleithaniens (ohne Dalmatien) nahm in der Zeit von 1862—1890 um $24^{68}/_{100}\,\%$ zu; die Industrialgewerbe stiegen allerdings nur um $4^{63}/_{100}\,\%$, aber die Handelsgewerbe wuchsen um $44^{62}/_{100}\,\%$. Eine von der Brünner Handelskammer vorgenommene Gewerbezählung ergab, daß die Industriegewerbe von 1851—1897 ihrer Zahl nach um $8^{2}/_{10}\,\%$ fielen, die Zahl der Handelsgewerbe jedoch um 110% zunahm[5]. In Wien sank die Ziffer für die Erzeugungs- und Gastgewerbe von 26 906 im Jahre 1860 auf 26 757 im Jahre 1880, dagegen stieg die Ziffer der Handels-, Transport- und Versicherungsgewerbe in diesem Zeitraume von 15 106 auf 21 787 und die Zahl der sonstigen (Sanitäts-, Vertretungs- usw.) Gewerbe von 1069 auf 2979[6]. Ein klares

[4] Ed. Bernstein, Die Voraussetzungen des Sozialismus und die Aufgaben der Sozialdemokratie. Stuttgart 1899. S. 59.

[5] T. W. Teifen, Handwerk und Handwerker in Österreich. Wien 1899. S. 4 ff.

[6] Stenogr. Protokoll des Abgeordnetenhauses IX. Sess., 11. Dezember 1882. S. die Rede des Abgeordneten Matscheko. Die Tabelle zeigt im

Bild über die Gruppierung des gewerblichen Mittelstandes liefern die Ergebnisse der Betriebszählung vom 3. Juni 1902, aus denen wir einige Ziffern zur allgemeinen Orientierung herausheben wollen. Danach gab es überhaupt 1000111 Haupt- und 51725 gewerbliche Nebenbetriebe, die mit Betriebsbogen und 357019 Betriebe mit 463564 Personen, die mit Heimarbeiterkarten gezählt worden sind. Von den Erzeugungsgewerben waren 239804 Betriebe mit je einer Person, 317727 mit 2—5 Personen, 30146 mit 6—10 Personen und 11704 mit 11—20 Personen ermittelt worden [7].

Der gewerbliche Mittelstand bleibt also auch für die Zukunft ein gewichtiger Faktor. Es scheint deshalb geboten, daß wir uns mit der Gedankenwelt, in der er lebt, näher beschäftigen. Wenn man heute die Denkrichtung, die das Kleingewerbe und der Kleinkaufmannstand in Österreich befolgen, mit einem prägnanten Worte bezeichnen will, so spricht man kurz von Zünftlertum. Die Gesetzgebung ist auf den Zunftgeist eingestellt, der Verwaltungsapparat funktioniert nach dieser Richtung. Wie ein unabänderliches, der göttlichen Vorsehung entspringendes Fatum wird diese Tatsache hingenommen: Die Zunftpolitik ist und wird sein. Doch sehen wir genauer zu. Die Unzufriedenheit des Handwerkerstandes ist eine Jahrhunderte alte Erscheinung, die als Folge der gewaltigen wirtschaftlichen Umwälzungen, fast unabhängig von der Gewerbegesetzgebung, zutage trat. Zu einer Zeit, da das Innungswesen noch ziemlich fest in Österreichs Boden wurzelte, ertönten bereits heftige Klagen, und die sonderbarsten Forderungen wurden aufgestellt. So legten zum Beispiele die Brünner Gewerbebehörden im Jahre 1832 feierlichst Verwahrung dagegen ein, daß die Tucherzeugung anders als in streng handwerksmäßiger Weise zu gestatten sei [8]. Man sollte nun annehmen, daß ein Sturm der Ent-

Protokoll einen sinnstörenden Druckfehler, der in unseren Angaben berichtigt erscheint.

[7] Österreichisches Statistisches Handbuch für 1905 S. 198.

[8] Heinrich Reschauer, Die Reform der österreichischen Gewerbegesetzgebung. Reichenberg 1882. S. 15.

rüstung durch die österreichischen Lande gebraust habe, als der gute Wille eines Ministers den alten morschen Innungsbau über den Haufen warf. Allein die große Umwälzung vollzog sich in vollster Ruhe, kaum daß ein leises Geflüster der Unzufriedenen zu vernehmen war. Dafür lassen sich freilich Gründe anführen, die mit den allgemeinen Staatsverhältnissen im Zusammenhang stehen und die Rückschlüsse auf die Sinnesart des Handwerkerstandes scheinbar verhindern. Indes gestatten die verschiedensten Äußerungen die Annahme, daß ein Teil des gewerblichen Mittelstandes den überlebten Einrichtungen durchaus keine Träne nachweinte. Woher kam nun der starke Umschwung, der auf dem allgemeinen böhmischen Gewerbetage im September 1879 zum ersten Male fühlbar wurde[9]? Wir haben diese Frage schon im ersten Teile zu beantworten versucht, indem wir die Entwicklung der Gewerbepolitik skizzierten.

Man muß sich nun immer vor Augen halten, daß stets Bevölkerungs- oder Berufsminoritäten die großen politischen und wirtschaftlichen Bewegungen hervorgerufen haben, wobei man nicht so weit wie Taine[10] zu gehen braucht, der meint, Paris und mithin ganz Frankreich sei von 1792 ab von fünftausend Taugenichtsen nebst zweitausend Dirnen beherrscht worden. Wer den Werdegang der zünftlerischen Renaissance betrachtet, findet tatsächlich, daß 1000—2000 Personen, die immer wieder und wieder an verschiedenen Orten und bei den verschiedensten Anlässen auf die Bühne traten, die neue für das Handwerkswesen wirkungslose, für das Staats- und Parteiwesen korrumpierende Gewerbepolitik hervorgerufen haben. Das Verlangen nach dem Befähigungsnachweise und dem Wiederaufrichten der alten Innungsherrlichkeit entrang sich nicht der Majorität der Handwerker und wurde dem Gewerbestande hauptsächlich von außen suggeriert. Man kann gegen diese Behauptung wohl einige vereinzelte Kundgebungen ins Treffen führen, aber die Richtigkeit

[9] Heinrich Waentig a. a. O. S. 100.

[10] Hippolyte Taine, Die Entstehung des modernen Frankreich. Deutsch, 2. Aufl. Leipzig. 2. Band, 2. Abteilung S. 386.

des Satzes, daß die Zunftpolitik weniger vom Handwerke als von christlich-konservativen Sozialreformern als Notwendigkeit empfunden worden ist, wird damit nicht widerlegt. Einige Schwalben machen keinen Sommer aus, einzelne zünftlerische ins Weite verhallende Klagerufe bedeuten noch keinen Winter der Reaktion.

Das Vierteljahrhundert zünftlerischer Politik hat Meltau auf die Blüten der künstlich genährten Handwerkerträume gestreut. Allmählich beginnt sich eine Ernüchterung bemerkbar zu machen. Schon die letzte Reichsratswahlbewegung war von den Klagen des gewerblichen Mittelstandes erfüllt, und man gestand offen ein, daß die gewerbepolitische Rückwärtserei nutzlos geblieben sei. Allerdings werden aus dieser Wahrnehmung nicht die richtigen Schlüsse gezogen, denn die Führer des Handwerks sorgen vorläufig dafür, daß der logische Wunsch nach einer Umkehr durch das unlogische Verlangen nach einer noch weitergehenden Beschränkung erdrückt werde. Die reaktionäre Gewerbepolitik hat ja den Ausbau der Zwangsgenossenschaften vollendet, und die Genossenschaften sind nicht zu wirtschaftlichen, sondern — keine Regel ohne Ausnahme! — zu politischen Institutionen[11] geworden. Sie gelten als die Sprachrohre des Gewerbestandes, und aus ihnen tönt natürlich im allgemeinen nur der Geist heraus, der in der Aufrechterhaltung des Zwangs- und Beschränkungssystems das Heil sieht. Dadurch wird die Sinnesänderung im gewerblichen Mittelstande beträchtlich verlangsamt, denn an der Fortsetzung des einmal eingeschlagenen Kurses hängen so viele politische und materielle Einzelinteressen, daß die aufkeimende Erkenntnis mit dem Aufgebote ungeheurer Kräfte niedergehalten wird.

[11] S. z. B. in dem alljährlichen „Bericht über die Industrie, den Handel und die Verkehrsverhältnisse in Niederösterreich, dem k. k. Handelsministerium erstattet von der Handels- und Gewerbekammer in Wien“ das Kapitel: „Genossenschaften“. Es ist ergötzlich, den Kampf der gemischten Zwangsgenossenschaften auf dem Lande gegen die Errichtung von Fachgenossenschaften usw. zu verfolgen. Fast jede Seite führt das ganze Zwangsgenossenschaftswesen ad absurdum.

Es ist demnach sehr bemerkenswert und erfreulich, daß aus dem Gremium der Wiener Kaufmannschaft jüngst eine Studie hervorgehen konnte, die das Drängen der zünftlerischen Detailhändler nach Einschnürung der Konsumvereine zurückweist und dagegen die Notwendigkeit einer Reorganisation des Lebensmittelhandels unter Anpassung an die modernen Verhältnisse darlegt[12]. Die freisinnige Politik darf aus diesen Erscheinungen neue Hoffnungen schöpfen. Daß es im Mittelstande bereits dämmert, läßt auf das Herannahen des Tages schließen. Doch mit welchen Verheißungen, mit welchen Versprechungen kann man dem Handwerker und dem Kleinkaufmanne nahen?

Die freiheitlichen Politiker können das Faktum nicht ungeschehen machen, daß wir in neue ökonomische Verhältnisse hineinwachsen, und uns nur langsam diesen anzupassen vermögen. Auch wenn man Werner Sombart folgt und den Beginn der kapitalistischen Wirtschaft weit ins Mittelalter zurückverlegt, ändert das doch nichts an der Tatsache, daß sich der Kapitalismus in Österreich erst in unserer Epoche durchringt und, alle Glieder des Staates erfassend, voll zu entfalten beginnt. Wie ein Sturzbach, der stellenweise verheerend niedersaust, zieht der Kapitalismus durchs Land. Aber die Wellen des Wildbaches, die heute Verderben spenden, können morgen von den Technikern in ein sicheres Bett geleitet und zum Betriebe von Turbinen oder Wasserrädern gezwungen werden; aus dem Elemente der Zerstörung wird dann ein Element der Produktion. Was sich den Fluten des Kapitalismus entgegenstellt, wird allerdings niedergerissen und zermalmt; was jedoch auf seine Fluten gelangt, wird getragen. Die Frage lautet also: Wie gelangt der gewerbliche Mittelstand dazu, sich den Kapitalismus nutzbar zu machen? Die Antwort, die trocken besagt: Indem er sich ihm einfügt! macht die ungeheure Schwierigkeit des Problems augenfällig.

---

[12] Dr. Rudolf Brichta, Studien zur Konsumvereins-Frage. Bericht, erstattet im Auftrage des Präsidiums an die Generalrepräsentanz. Wien 1907.

Der gewerbliche Mittelstand, der durch eine gewissenlose Politik entwöhnt wurde, sich mit der Gegenwart abzufinden und für die Zukunft vorzusorgen, soll, wenn er sich erhalten will, zur Anpassung an den Geist der Zeit, zu dessen Bekämpfung er durch fast drei Jahrzehnte erzogen ward, fortschreiten. Auch hier sehen wir, wie bei der Besprechung der Agrarfragen, daß nicht in den Verhältnissen, sondern in den Menschen das Hauptübel liegt. Und ebenso wie wir dort auf das unsinnige Treiben der reaktionären Heilkünstler hingewiesen haben — für das Genossenschaftswesen Propaaganda zu machen und gegen die zum Genossenschaftsbetriebe notwendige Intelligenz anzukämpfen —, müssen wir dies hier tun. Freiherr von Vogelsang sagt in seinen Reformvorschlägen für das Handwerk:

„Hätte man seinerzeit den Gewerbestand regenerieren, reformieren wollen, so mußte man ihn nicht auflösen, sondern straffer zusammenfügen. Es war dies notwendig, um diesem Stande, dem die nationale Versorgung mit handwerksmäßigen Bedarfsartikeln anvertraut war, zu ermöglichen, daß er sich die Erfindungen auf dem Gebiete des Maschinenwesens nutzbar mache. Wären die lokal zusammengehörigen Meister einer Genossenschaft zu einer Produktivgenossenschaft zusammengefügt, so hätten sie alle wahren Vorteile des Fabrikbetriebes sich aneignen können, ohne deshalb nur schablonenhafte Fabriksarbeit zu liefern, welche dem individuellen Bedürfnisse nicht entsprechen kann [13].

Nun, die Voraussetzungen für die Verwirklichung der Vogelsang'schen Vorschläge sind mittlerweile geschaffen worden, die Zwangsgenossenschaften erheben sich allerorten, der Druck des Befähigungsnachweises lastet auf Handel und Wandel. Aber die neue Epoche des Handwerkerglücks ist nicht angebrochen, und die Ära der Produktivgenossenschaften läßt noch auf sich warten. Sigmund Mayer, der genaue Kenner des österreichischen Gewerbewesens, schreibt in seinem ausgezeichneten Buche:

„Von den Produktivgenossenschaften haben sich in Wien nur die von Arbeitern gegründeten erhalten, während jene der Meister unseres Wissens noch immer zugrunde gegangen sind. Und zwar hat dieser verschiedene Erfolg einen sehr natürlichen Grund. Von den Arbeitern

[13] Die sozialen Lehren des Freiherrn Karl von Vogelsang, zusammengestellt von Dr. Wiard Klopp. St. Pölten 1894. S. 436.

treten immer die besten, diejenigen, welche sich mit Recht eine höhere Leistung zutrauen können, zusammen — diese Zusammentretenden sind intelligent genug, um sich der nötigen Disziplin und Zentralisation zu fügen. Von den Meistern sind aber immer jene zusammengetreten, welche schon ihren eigenen kleinen Betrieben nicht gewachsen waren, Intelligenz-Nullen, welche addiert auch noch keine Summe ergeben konnten [14]."

Damit trifft er den Nagel auf den Kopf.

Der freisinnige Politiker kat keinen Wunderstab, mit dem er aus dem Gestein einen sprudelnden Quell hervorzulocken vermöchte. Er kann dem Mittelstande den richtigen Weg weisen, doch nicht mit einem frommen Spruche alle Bedrängnis verscheuchen. Die Klerikalen sind aber ebensowenig Zauberer, und sie befinden sich schon deshalb in einer schlechteren Situation als die freiheitlichen Politiker, weil sie ihr Konto mit Versprechungen belastet haben, die sich als eitel Geflunker zeigen. Für die Freisinnigen mag das eine Lehre sein. In der Politik siegt nicht, wer die meisten Gegenwartsverheißungen zu machen hat; wer zu imponieren versteht, behauptet das Feld. Der gewerbliche Mittelstand wird, wenn er einmal in überwiegender Mehrheit an seinen bisherigen Führern irregeworden ist, ein offenes Wort zu würdigen wissen. Dann muß er sich den Reihen des Freisinns anschließen, denn zwischen dem Zunftsstaate von heute und dem Staate des Industrialismus, dem wir zustreben, gibt es kein Mittelding; wer den einen fallen läßt, muß sich dem anderen zuwenden, wer nicht für Welf ist, ist für Waiblingen.

Selbstverständlich wird der gewerbliche Mittelstand nicht als reife Frucht in den Schoß des freiheitlichen Bürgertums fallen, und als Voraussetzung für seine Gewinnung gilt die Erneuerung der freiheitlichen Politik, die Reform in allen Teilen. Wir werden über diese in einem anderen Abschnitte ausführlicher reden und wollen jetzt bloß kurz andeuten, was der Sieg des freiheitlichen Prinzips in der Politik und in der

---

[14] Sigmund Mayer, Die Aufhebung des Befähigungsnachweises in Österreich. Leipzig 1894. S. 332.

Volkswirtschaft für den Mittelstand zu bedeuten hätte. Einmal bessere Schulen. Diese kommen einer besseren Ausrüstung für den Daseinskampf gleich, sie beseitigen die geistige Minderwertigkeit des Mittelstandes gegenüber dem Großbürgertum, das Geld und Bildung voraus hat. Der Industrialismus beschäftigt die Menschen, gibt Arbeit und hält den Andrang zum Kleingewerbe ab. Die günstigere wirtschaftliche und soziale Stellung des Arbeiters und seine staatsbürgerliche Gleichwertung lassen den Übergang vom freien Handwerkerstande zur Fabriksarbeit für die wirtschaftlich Schwachen, dem Existenzkampfe nicht gewachsenen selbständigen Individuen weniger schmerzhaft erscheinen und beseitigen die Überfüllung des Gewerbes. Der Industrialismus macht die Menschen agil und überwindet den Hang zum Hergebrachten; nur er lehrt den gewerblichen Mittelstand, sich den Bedürfnissen der Zeit anzupassen und von untergehenden Gewerben zu ertragsfähigen zu retten. Es ist weiter kein Zufall, daß der Apostel des Assoziationswesens der Selbsthilfe aus dem Kreise des Liberalismus hervorging, und nur in einem wahrhaft liberalen Staate kann das empfindsame, besonderer Luft- und Lichteinflüsse bedürftige Gewächs des Genossenschaftswesens gedeihen.

Die Idylle des Feudalstaates, in dem das Handwerk einstens blühte, ist vorbei, sie kann nicht mehr aufleben, und der Industrialismus wird ihre letzten Spuren ausrotten. Mag sein, daß romantische Gemüter sich zu banger Klage gestimmt fühlen; doch wer ruhig erwägt, trauert nicht. Der Handwerker, wie er in der Ära der Zunftblüte leibte und lebte, mit seinen Privilegien, mit seinem festen Kundenkreise und seinen genau vorgeschriebenen Arbeitsregeln, gehört endgültig der Vergangenheit an. Dahin! Aber wozu haben denn diese Bevorrechtungen geführt? Es ist sehr billig, gegen Turgot, den Minister Ludwigs XVI., der in die Zunftfeste Frankreichs Bresche legte, böse Worte zu schleudern, wie das die österreichischen Klerikal-Konservativen getan haben; doch selbst ein Mann aus ihrer Mitte, Dr. Ebenhoch, räumt ein, daß die Zünfte schon zur Zeit, als des Deutschen Reiches

Kaiser Leopold I. ihre Reform in Angriff nehmen wollte, „die Höhe ihres Glanzes überschritten hatten und zur Pflegstätte habgieriger Ausbeutung des Publikums, egoistischer Unterdrückung der Konkurrenz und leidenschaftlichen Fraktionswesens geworden waren“ [15]. Wohl reden die Klerikalen nicht mehr von den Zünften oder Innungen, wenn sie ihre Forderungen formulieren, sondern sie befreunden sich mit dem Namen: Genossenschaften. Der Geist ist alles, und es unterliegt keinem Zweifel, daß sie den Zunftfeudalismus wieder in Österreich zur Herrschaft bringen wollen. Der gewerbliche Mittelstand aber hat schon an den bisherigen Proben der klerikal-konservativen, christlichsozialen Mittelstandspolitik genug; auch er wird einsehen, daß er seinen Vorteil am besten wahre, wenn er sich in der Freiheit heiligen Schutz begibt.

III. Die Linksparteien.

a) Die österreichische Sozialdemokratie.

Bei der Betrachtung der Linksparteien stoßen wir zuerst auf die sieggekrönte sozialistische Arbeiterpartei. Der Vater der Sozialdemokratie, Karl Marx, ruht auf dem Kirchhofe von Highgate, der einen Hügel im Norden Londons bedeckt. Seine politischen Kinder, die sich des Lebens freuen und immer stärker werden, sind gar verschiedenartig geraten. Trotz aller Familienähnlichkeit weichen sie voneinander ab, und obwohl sie in der Theorie einer Fahne folgen, schlagen sie in der Praxis geradezu entgegengesetzte Richtungen ein. Zwischen dem Geiste, der in der Sozialdemokratie Deutschlands vorwaltet, und dem, der die Köpfe der österreichischen Sozialdemokraten erfüllt, ist ein so gewaltiger Unterschied, wie zwischen dem starren Zelotismus und dem herzinnigen Glauben, der Freude an der unfruchtbaren Kritik und der Wonne, schöpferisch zu wirken. Wohl hat in Deutschland ein sozialdemokratischer Protestantismus

[15] Dr. Alfred Ebenhoch, Wanderungen durch die Gesellschaftspolitik. Linz a. D. S. 108.

sein Haupt erhoben und gegen den von Karl Kautsky vertretenen unfehlbaren Marxismus mit den Waffen des Geistes und mit den Argumenten der Erfahrung den Kampf aufgenommen; allein es kam kein Augsburger Religionsfriede zustande, und der Parteitag von Dresden endete mit der Unterwerfung der Jungen unter die Diktatur der Alten. Die dogmatische Theorie herrscht weiter — vorläufig wenigstens.

Einen ganz anderen Verlauf hat die Geschichte der österreichischen Sozialdemokratie genommen, und die verschiedensten äußeren Umstände haben dies bewirkt. Als die zisleithanische Arbeiterschaft auf dem Parteitage zu Hainfeld ihre Reihen schloß, stand sie unter dem Drucke des Ausnahmszustandes; der zurückgebliebene Staat unterschied zwischen Menschen erster und zweiter Güte. Der Feudalismus breitete seine Fittiche über das Land und hielt das Licht ab, das zum Wachstume notwendig ist. Politisch waren die Arbeiter ohne jeden Einfluß, und wirtschaftlich konnten sie nicht zur Geltung kommen, denn noch in den Neunzigerjahren wurden die streikenden Arbeiter mitunter zu Pulver und Blei begnadigt; ihre schwache Presse wurde verfolgt, und ihre Führer lernten die Annehmlichkeiten der Gefängnisse kennen. In diesen trostlosen Verhältnissen lag allerdings ein Anreiz zur Entfaltung des wildesten Radikalismus; doch des Geschickes Gunst wollte, daß sich die sozialdemokratische Partei in den ersten Jahren ihrer Existenz gegen anarchistische Regungen, die sich da und dort in der Arbeiterschaft zeigten, wehren mußte. Um sich von der drohenden Konfusion freizuhalten, war eine scharfe Trennung von den Anarchisten geboten. Dadurch erhielt die sozialdemokratische Partei schon frühzeitig ihren charakteristischen Zug, der sich in der Verwerfung der Taktik leerer Negation äußert. Ein zweites Moment, das hier in Betracht kommt, entsprang der nationalen Eigenart Österreichs. Was für den Staat zum Verhängnis ward, gereichte der geistigen Entwicklung der Partei zum Vorteile: der Nationalitätenhader. Zisleithaniens Bürgertum zerrieb seine Kräfte im wilden Sprachenstreite, es zermürbte sich leichtsinnig und verlor dadurch jede Festigkeit. Selbst

als die österreichische Bourgeoisie noch über das Wesen und die Bedeutung der Sozialdemokratie im unklaren war und vor der roten, weltbedrohenden Gefahr zitterte, konnte sie sich doch nicht zu einer schneidigen Attacke aufraffen. Es kam nur zu Geplänkeln und nicht zu einem offenen, erbitterten Kriege. Die anderen Ursachen sind persönlicher Natur. Wer den Dichter verstehen will, muß in des Dichters Lande gehen; wer sich in die Psychologie der zisleithanischen Sozialdemokratie zu vertiefen sucht, muß sich vor allem mit dem Arbeitertypus, den die Partei vorfand, vertraut machen. Der Staat hatte die Erziehung der Massen in wahrhaft entsetzlicher Weise vernachlässigt; das Proletariat in seiner Überzahl vegetierte, es lebte nicht. Für theoretische Formeln war in den Massen kein Verständnis zu finden; diese dumpfen, dem Elende preisgegebenen, überarbeiteten Scharen ergötzten sich bloß an den allgemeinen Zukunftsverheißungen, die Balsam in die vom Kapitalismus gerissenen Wunden träufelten. Die sozialdemokratischen Agitatoren wurden zu Missionären, die erst Menschen dem Menschentume gewinnen mußten; die große Kulturarbeit, die sie geleistet haben, ist auch vom Bürgertume neidlos anzuerkennen. Für die Sozialdemokratie bedeutete die Erweckung der Massen eine Lebensfrage; sie war gezwungen, ihnen Interesse an dem Staate beizubringen, sie zum Kampfe um den Staat zu organisieren. Mühevolle Kleinarbeit mußte verrichtet werden, und dabei blieb für wissenschaftliche Diskussionen keine Zeit übrig, abgesehen davon, daß eben das Auditorium fehlte. So wurde die Sozialdemokratie eine Partei des praktischen Lebens, die mit ihrem Zukunftsglauben das Proletariat hypnotisierte, die aber niemals vergaß, daß sie es durch Gegenwartsleistungen geistig, sittlich und ökonomisch heben müsse. Vieles trug dazu die Person des Führers bei. Dr. Viktor Adler kam aus der bürgerlichen Schicht, und trotz seiner heißen Liebe für das Proletariat ließ er es doch nie außer acht, auf die allgemeine Leistungsfähigkeit Rücksicht zu nehmen. Die österreichische Sozialdemokratie hat einen langen Wunschzettel vorgelegt, allein Dr. Adler wußte d'

kleinste Abschlagszahlung dankend zu quittieren. Jeder noch so kleine Erfolg stärkte ihn in seiner Zuversicht, gab ihm Mut und Ausdauer zu neuen Kämpfen. Kluge Berechnung und Besonnenheit haben die Politik der österreichischen Sozialdemokratie immer ausgezeichnet; darauf ist der Ehrentitel: k. k. Sozialdemokratie oder: Hofsozialdemokratie zurückzuführen. Das taktische Verständnis der Partei wird durch die sehr vorsichtigen Sätze charakterisiert, mit denen Dr. Wilhelm Ellenbogen in der Erläuterung des Hainfelder Programmes die Stellung zu den bürgerlichen Gruppen veranschaulichte:

„Wohl ist es möglich, daß wir in gewissen Zeitläuften Schulter an Schulter mit einer anderen Partei marschieren; da werden aber gewöhnlich die Sozialdemokraten die Führung übernehmen. Ich erinnere Sie nur an unser Parlament, wo die 14 Sozialdemokraten mit den deutschen Parteien zusammen gegen Badeni gekämpft haben und mit ihnen jetzt gegen Thun kämpfen, allerdings in letzter Zeit schon in einer anderen Richtung. Aber die Sozialdemokraten in unserem Parlament haben auch gelehrt, daß man nicht blind mit den bürgerlichen Parteien geht ... Es kann also vorkommen, daß wir manchmal durch irgendwelche politische Verhältnisse genötigt sind, neben gewissen bürgerlichen Parteien zu marschieren, weil wir vielleicht augenblicklich dieselben aktuellen Ziele erreichen wollen; es wird das höchstens ein temporärer Waffenstillstand sein, weil es eben gerade einen gemeinsamen Feind zu bekämpfen gilt. Das sind aber durchaus keine Bundesgenossenschaften; denn wir gehen weder in anderen Parteien auf noch kämpfen wir in ihren Interessen, und wir beobachten selbst während des Waffenstillstandes die scharfe Scheidungslinie, die uns von ihnen trennt, und vergessen nie, daß unsere letzten Ziele denen der bürgerlichen Parteien direkt entgegengesetzt sind[1].“

Diese Ausführungen muten wesentlich anders an als das Liebknecht'sche Diktum: „Kein Kompromiß, kein Wahlbündnis!“, als die Thesen:

„Nein — die Sozialdemokratie hat für sich zu bleiben, ihre Kraft nur in sich selbst zu suchen und aus sich selbst zu schöpfen. Jede Kraft außer uns, an die wir uns anlehnen, ist für uns Schwächung.“[2]

Suchen wir nun die Ziele festzuhalten, die für die praktische Politik der österreichischen Sozialdemokratie in

[1] Dr. Wilhelm Ellenbogen, Was will die Sozialdemokratie? Wien 1899. S. 117.

[2] Wilhelm Liebknecht, Kein Kompromiß, kein Wahlbündnis. Berlin 1899. S. 31.

Betracht kommen. Wir wollen uns dabei nicht an die Sätze des Programmes, sondern an die Erscheinungen des Alltags halten. Dr. Adler hat im Jahre 1901 auf dem Wiener Parteitage freimütig einbekannt, daß die Hainfelder Prinzipienerklärung allmählich zu einer „Art Reliquie" geworden sei, und man kann deshalb annehmen, daß das neue revidierte Programm mit seinen gemäßigt marxistischen Tendenzen mehr eine Erbauungsschrift für große Festtage als ein Verhaltungsregulativ für den politischen Werktagsgebrauch sein werde. Nach drei Richtungen hin sucht die Sozialdemokratie mit ihrer ganzen Kraft zu wirken. Erstens ist sie bestrebt, Österreich in ein demokratisches Staatswesen umzuwandeln, die reine Volksherrschaft zu begründen. Sie setzt sich für ihr Ideal mit der ihr eigenen Lebendigkeit und Zähigkeit ein, sie rastet und erlahmt nicht. Der Kampf um die Demokratie führt die sozialdemokratische Partei und das freiheitliche Bürgertum zusammen; hier besteht nicht nur kein Interessengegensatz, sondern geradezu eine Willensgemeinschaft. Das zweite erstrebenswerte Ziel, das der Sozialdemokratie vor Augen schwebt, ist der Industriestaat Österreich. Mit einem richtigen Verständnisse für das Lebensinteresse des Proletariats klagt das führende Organ der Partei in einer sozialpolitischen Studie über die Industrie, daß Österreich „erschreckend wenig Großbetriebe" habe[3], und in einem offenen Schreiben an den Eisenbahnminister ruft Dr. Wilhelm Ellenbogen aus:

„. . . Wiederholt habe ich im Parlamente darauf hingewiesen, daß nur energische Industriepolitik zu diesem Ziele (zur Beseitigung des Defizits der Staatsbahnen) führe. Was nützt uns die schönste Isonzobrücke, die dauerndste Karbonschieferüberwindung, die vollkommenste Triester Hafenanlage, der stärkstsubventionierte Lloyd, wenn wir nichts haben, um es darüber- oder durchzuführen, abzulagern oder übers Meer zu schicken? Wir haben Stationsanlagen für hundertachsige Züge, aber Waren für keine vierzig Achsen. Der Techniker hat seine Pflicht getan, aber wo bleibt der Kommerzialist? Das hat die viertelhundertjährige Mittelstandspolitik doch gelernt, daß man mit der „Einschränkung der Absatzgebiete", wie sie Vogelsang im Jahre 1877, oder mit Hintanhaltung der „Neugründung, Vererbung und freien Übertragung

[3] „Arbeiter-Zeitung." Wien, 3. Dezember 1904.

von Großbetrieben", wie sie Fürst Liechtenstein noch im Jahre 1891 verlangte, die Staatsschulden nicht verringert, sondern vermehrt. Allgemeines Wahlrecht und Industrialisierung, das sind die beiden Kardinalmittel, Österreich zu modernisieren. Das eine ist so gut wie fertig, das andere stellt nun auch seine Probleme zur Lösung[4]."

Im weiteren Verlaufe seiner Ausführungen entwickelt er dann ein Industrieprogramm, wie es jedem großbürgerlichen Industrievertreter zur Ehre gereichen würde. Zum Schlusse noch ein Beispiel. Auf dem Parteitage der Sozialdemokratie, auf dem über die Zoll- und Handelspolitik der Habsburgermonarchie gesprochen wurde, sagte der Korreferent Dr. Karpeles, indem er die Notwendigkeit der Ausgleichszölle für die Industrie anerkannte:

„Auch wir möchten einmal im Expreßzuge fahren, um rascher ans Ziel zu kommen, wenn er auch teurer ist. Wenn wir für die industrielle Entwicklung Österreichs eintreten, so hauptsächlich deshalb, weil wir wissen, daß wir herausmüssen aus der Enge und Kleinheit unserer heutigen wirtschaftlichen Verhältnisse, koste es, was es wolle. Wir können dabei draufzahlen. Wie die Dinge heute in Österreich gestaltet sind, könnten wir selbst mit einem Exzeß von Schutzzöllen die Entwicklung der Industrie in Österreich nicht zu teuer bezahlen, denn sie ist für uns die einzige Hoffnung, daß wir einmal aus unserer politischen Misere herauskommen[5]."

Also auch in der Industriepolitik gehen die Sozialdemokratie und das freiheitliche Bürgertum einen Weg; sie marschieren auf einer Straße und in einer Linie. Dasselbe gilt für die Kulturpolitik, der die sozialdemokratische Arbeiterpartei mit ihrer ganzen Energie dient.

Allerdings gibt es viele Trennungspunkte, die jedoch das praktische politische Zusammenwirken der Bourgeoisie und des Proletariats in keiner Weise tangieren. Die Sozialdemokratie ist eine revolutionär-republikanische Partei; aber die Verhältnisse in Österreich schließen nach menschlichem Ermessen die Möglichkeit aus, daß diese Tatsache in absehbarer Zeit eine Bedeutung erlangen könnte. Wie in allen Fällen tritt auch bei diesem Momente die weise

[4] „Arbeiter-Zeitung." Wien, 25. November 1906.

[5] Protokoll über die Verhandlungen des Gesamtparteitages der sozialdemokratischen Arbeiterpartei in Österreich, Wien 1901. Wien 1901. S. 155/156.

Mäßigung der Sozialdemokratie vorteilhaft in die Erscheinung. Die „Arbeiterzeitung" würdigte anläßlich der Sanktionierung des Wahlgesetzes das dankenswerte Bemühen des Kaisers um das Zustandekommen der grundlegenden Reform gebührend, und drei sozialdemokratische Abgeordnete nahmen an dem Abschiedsempfange teil, den der Ministerpräsident nach der Auflösung des letzten Privilegienparlaments veranstaltete, um „zu demonstrieren, daß sie nicht demonstrieren". Viel schwerwiegender erscheint das andere Trennungsmoment, das in dem Klassencharakter der Sozialdemokratie begründet ist. Zwischen den Arbeitgebern und den Arbeitnehmern bestehen wirtschaftliche Differenzen, die oft zu schweren Interessenkollisionen führen können. Wenn man jedoch die Geschichte im Sinne Marx' unter dem Gesichtswinkel des Klassenkampfes betrachtet, dann wird man zur Überzeugung kommen, daß durch das Vorhandensein einer organisierenden und disziplinierend wirkenden Arbeiterpartei manche heftige Erschütterungen hintangehalten werden. Erstens drängt die Sozialdemokratie den Staat zu einer unablässig fortschreitenden Sozialpolitik, sie schärft das öffentliche Gewissen, sie erfüllt — in Österreich — durch die warme, sachgemäße Vertretung der Arbeiterinteressen die Organe des Staates mit sozialpolitischem Geiste und befähigt sie so, im entscheidenden Augenblicke das Vermittleramt zu übernehmen. Zweitens macht gerade die Sozialdemokratie, die die Arbeiterschaft vereinigt und dadurch die Unternehmer den Wert der Organisation erkennen lehrt, den Abschluß von Tarifverträgen möglich. Damit aber ist ein Instrument gegeben, das die Lohnkämpfe der Zukunft zum Teile in geordnete Bahnen zu lenken verspricht. Allerdings soll nicht geleugnet werden, daß aus der Klassenpolitik der Sozialdemokratie manche fallweise Trübung des Einvernehmens mit dem bürgerlichen Freisinne, manche gelegentliche Verstimmung und Verärgerung hervorgehen könnte; aber die nüchterne Überlegung lehnt sich gegen die Annahme auf, daß einzelne oft nur enge Brancheinteressen berührende Mißhelligkeiten den klaren Blick für die hehren gemeinsamen Ziele auf der einen oder

anderen Seite zu verdunkeln vermöchten. Selbstredend gehen diese Erwägungen von der Annahme aus, daß die Sozialdemokratie in dem Zeitalter des allgemeinen, gleichen, direkten Parlamentswahlrechts bleiben werde, was sie in trüben Zeiten gewesen ist: eine in ihrem Wesen sozialreformatorische freiheitliche Arbeiterpartei. Die Kurieneinteilung gestattete dem freisinnigen Bürgertume, der Arbeiterschaft verschiedene Mandate der allgemeinen Wählerklasse zu überlassen, während in Zukunft die Kraftentfaltung auf der ganzen Linie wird erfolgen müssen. Doch daraus erfließt keineswegs die Notwendigkeit, einander in blinder Gehässigkeit zu verfolgen. Die Gefährdung der gemeinsamen Interessen, das Vorhandensein eines gemeinsamen Feindes, der Reaktion, wird unter Umständen ein Kooperativvorgehen rätlich erscheinen lassen, und eine vernünftige Stichwahlpolitik kann viele Ärgernisse der Hauptwahlen vergessen machen. Das Wichtigste ist, daß man einander verstehe und sich gegenseitig schätze. Keine Verschiebung der Grenzen, kein Ineinanderfließen der Gruppen, sondern — wo es geht — gemeinsames Marschieren und gemeinsames Schlagen!

Wir sehen, wie sich das Zusammenwirken des freisinnigen Bürgertums und der Sozialdemokratie fast mit Naturnotwendigkeit ergibt; am Industriestaate hängen, nach dem Industriestaate drängen beide. Fragen wir uns nun, wieso es möglich war, daß diese Interessenidentität in früheren Jahrzehnten gänzlich verkannt werden konnte, und wie es erklärlich ist, daß noch immer ein großer Teil der freiheitlichen Bourgeoisie für diese einfache Erkenntnis unzugänglich bleibt. Nicht die Unterschätzung, sondern im Grunde genommen die Überschätzung der Sozialdemokratie ist die Ursache. Man glaubte nicht an den Kladderadatsch, aber — merkwürdig genug — man fürchtete ihn doch. Der Psychologe erkennt bald, daß es ein Angstgefühl war, was beispielsweise die Feder Eugen Richters leitete. Wenn seine „Sozialdemokratischen Zukunftsbilder“ mit dem Satze beginnen: „Die rote Fahne der internationalen Sozialdemokratie weht vom Königsschlosse und

allen öffentlichen Gebäuden Berlins", so ist das mehr als Spott. Der von einer Übermacht Angegriffene schlägt in der Verzweiflung nach allen Seiten hin, ohne recht zu sehen und zu denken. Als Übermacht aber erschien die Sozialdemokratie, denn die Ziffern sprachen für sie und für ihre welterobernde Mission. Das „rote Gespenst" erschien als ernster Feind der bestehenden Sozialordnung. Noch heute liegt etwas von diesem Furchtempfinden in der Luft, obwohl die Erfahrungen den tiefen Sinn der wundervollen Worte des Österreichers Feuchtersleben dargetan haben:

„Wölbe, Himmel! deine tausend Fernen
Meinem Auge vor, das ruhig blickt:
Jugendkräfte ringen nach den Sternen,
Mögen sie doch ringen! werden's lernen,
Daß kein Lärm die greise Bahn verrückt."

Die verläßliche Haupttruppe der Sozialdemokratie bilden die Gewerkschaften. Im Jahre 1892 gab es erst 46606, im Jahre 1905 323099 sozialdemokratische Gewerkschaftler[6], wobei nicht außer acht gelassen werden darf, daß diese Ziffer für einen Sechsundzwanzigmillionenstaat gilt. Mit den „Mitläufern" aber kann nicht gerechnet werden. Wie wenig sicher der bei den Wahlen auftretende Anhang für die Sozialdemokratie ist, offenbarte sich besonders kraß bei den letzten deutschen Reichstagswahlen. Nein, die Sozialdemokratie ist nicht die Macht, die die Erde aus den Angeln hebt, sie kann nur ängstlichen Gemütern Schrecken einjagen. Für das Wachstum der Sozialdemokratie bestehen gewisse natürliche Grenzen. Sie sind durch wirtschaftliche Interessen, durch individuelle Veranlagungen und durch das Milieu bestimmt. Es gibt nicht nur, wie Heine so drastisch sagt, zwei Sorten Ratten, die hungrigen und die satten, sondern auch Individualisten, die sich für den kollektivistischen Zukunftsstaat nicht einmal gedanklich erwärmen können, und Menschen, die durch die Umgebung, in der sie aufwuchsen

[6] T. W. Teifen, Die Besitzenden und die Besitzlosen in Österreich. Wien 1906. S. 185.

oder in der sie wirken, trotz aller Freiheitlichkeit der Gesinnung von der Proletarierpartei losgelöst sind.

Das Werbefeld der Sozialdemokratie ist ebenso beschränkt wie das des bürgerlichen Freisinns oder der Klerikalen; darüber möge man sich nicht täuschen. Hat man diese Wahrnehmung erst gemacht, so ergibt sich das richtige Verhältnis zur Sozialdemokratie von selbst. Man wägt, prüft und findet sich zusammen. Denn die sozialdemokratische Arbeiterpartei bildet den einen Pfeiler, auf dem die Zukunft Österreichs, des Industrialismus, der Demokratie ruht. Den zweiten Pfeiler muß die freiheitliche Bourgeoisie liefern.

b) Der neue Liberalismus.

1. Konzentration oder Regeneration.

Die Losung, mit der die freiheitlichen deutschen Parteien in das Abgeordnetenhaus eingezogen sind, lautet: Konzentration! Der Wunsch nach Sammlung, nach der Vereinigung der Fraktionen zu einer starken Partei ertönte auf den Parteitagen in Leoben und Brünn, er klang aus den Wahlmanifesten, er wurde in vielen Wählerversammlungen vorgebracht. Das Wort ist gefügig, und es läßt die verschiedensten Deutungen zu. In der Zeit des Wahlkampfes hat in der Presse eine ziemlich lebhafte Diskussion über den Umfang der beabsichtigten Sammlung stattgefunden, und dabei trat die weitestgehende Divergenz der Meinungen zutage. Während die einen selbst die Christlichsozialen einbeziehen wollten, beschränkten sich die andern auf die Deutsche Volkspartei, die Deutsche Fortschrittspartei und die Freialldeutschen; während von den einen Befürwortern der enge Zusammenschluß der drei Gruppen als ausreichend erachtet wurde, träumten die anderen von der völligen Verschmelzung. Wir haben im ersten Teile dieses Buches die Geschichte der liberalen Parteien an uns vorbeiziehen lassen und die verschiedenen freiheitlichen Gruppen kennen gelernt, die auf dem Trümmerfelde des altösterreichischen Liberalismus entstanden sind. Wir warfen einen Blick in des Parteilebens

ganzen Jammer, in den Wirrwarr auseinanderstrebender Kräfte, unvereinbarer Absichten, unlösbarer Widersprüche. Es kann uns daher nicht schwerfallen, ein Urteil über die Folgen der Parteikonzentration zu gewinnen. Die Zauberformel stellt sich bei reiflicher Prüfung sehr bald als Quacksalbermittel dar, sie verleiht nicht die Kraft, die aktionsfähig macht, die emporträgt und verjüngt, sie täuscht bloß die naiven Gemüter, die sich von dem Ergebnisse einer Addition auf alle Fälle einen praktischen Nutzen versprechen. Allein in der Politik rechnet man nicht mit unbenannten, sondern mit benannten Zahlen, und wenn man zwei Schwächeeinheiten mit zwei Schwächeeinheiten vereint, hat man wohl vier Schwächeeinheiten zur Verfügung, aber keine Potenz. Es wäre ein grober Irrtum, von der Kooperation oder Fusion der bestehenden freiheitlichen Parteien des Deutschtums eine Steigerung der politischen Kräfte zu erwarten. Die *Konzentration wäre gleichbedeutend mit einer Vergrößerung der inneren Gegensätze, mit einer Vertiefung der sachlichen Widersprüche, mit einer Verschärfung der Unaufrichtigkeit und Halbheit.* Sie würde nicht beflügeln, sondern nur noch mehr lähmen; sie müßte um so nachteiliger sein, je umfassender ihre Durchführung ausfiele.

Doch sehen wir, aus welchem Empfindungsquell das Verlangen nach der Konzentration hervorkam. Die äußeren, jedem ersichtlichen Erklärungsgründe für den Untergang des deutschen Liberalismus lagen in der Uneinigkeit der Parteigänger und in dem Drange zur Zersplitterung. Der Zusammenbruch des alt-österreichischen Liberalismus ist ein Ereignis gewesen, das die Öffentlichkeit viel nachhaltiger beschäftigte, als man allgemein anzunehmen geneigt scheint. Von dem Schicksale dieser politischen Parteirichtung wurden begreiflicherweise die naheliegenden Folgerungen für die Tragödie des Deutschtums in Zisleithanien abgeleitet. Auch hier war die parteipolitische Zerklüftung das sinnfällige Merkmal; im Fraktionswesen glaubte man die Ursache des unausgesetzten Rückganges der deutschen Machtstellung zu finden. Nichts

ist daher natürlicher als die Erscheinung, daß sich in weiten Kreisen der Bevölkerung die Sehnsucht nach einer geschlossenen nationalen Vertretung im Parlamente regte, zumal die Tschechen im reichsrätlichen Tschechenklub und die Polen im Polenklub mehr oder minder konzentriert waren. Wir wollen nicht erst die Frage untersuchen, ob ein Mixtum compositum, wie es besonders der Polenklub darstellt, ein erstrebenswertes Ziel bietet, und nur darauf hinweisen, daß die nahezu lückenlose Vereinigung aller polnischen Fraktionen bloß bei einem Volke, das bestimmte soziale und kulturelle Verhältnisse aufweist, möglich und haltbar ist. Wie immer: die nationalen Verschiebungen in Österreich dürfen nicht allein als Wirkungen der jeweiligen Parteienkonstellation angesehen werden, wenngleich der Einfluß derselben auf das Tempo und die Abwicklungsform von großer Bedeutung war; sie haben noch weit tiefere Gründe. Sie bildeten keine Zufälligkeiten, sondern Notwendigkeiten, denn die Entwicklung vom Unrechte zum Rechte kann nicht hintangehalten werden. Wären die nationalen Errungenschaften der Slaven lediglich von den Fraktionsverhältnissen abhängig gewesen, und würden die in der Zukunft noch bevorstehenden Ausgleichungen einzig von diesen bestimmt, dann hätte die Zusammenfassung aller stammesgenössischen Kräfte zu einer Abwehrphalanx sicherlich einen Wert, der kein Opfer zu schwer erscheinen ließe. Man könnte sich dann vielleicht mit der Tatsache abfinden, daß die nationale Konzentration im Hinblicke auf die parteipolitische Moral und auf die wirtschaftliche, soziale und kulturelle Leistungsfähigkeit ruinös wirken müßte.

Wir betonen das nicht, um die einzelnen Deutschen in ihrer nationalen Begeisterung zu erschüttern, zur Sorglosigkeit zu verleiten oder zum Gleichmut der Hindostaner zu ermahnen. Die Behandlung, die den nationalen Problemen in den vorhergehenden Abschnitten zuteil wurde, schützt uns hinlänglich vor jedem Verdachte. Gerade weil wir den Nationalismus voll würdigen, müssen wir die Gefahr ablenken, die darin besteht, *daß man vor Nationalbewußtsein* die einzige *wirklich verheißungsvolle* Möglichkeit des natio-

nalen Schutzes nicht sehe. Mit dem Mittel des rein nationalen Widerstandes können die Deutschen in Österreich nichts erreichen. Überall, wo die Kopfzahl entscheidet, sind sie die Schwächeren; sie werden keine tschechische Gemeinde auf die Dauer zu halten vermögen, ebensowenig wie die Polen eine ruthenische. Aber ein weites Gebiet ist für ihren Siegeszug offen; allerdings nicht für die Deutschen allein, sondern für alle Völker, wenngleich für das deutsche Volk in allererster Linie. In demselben Maße, in dem die Deutschen wirtschaftlich erstarken und ihre Betriebe stärker und größer werden, wächst auch ihre nationale Macht, ihr Ansehen, ihr Einfluß. Je weiter sie in Handel und Industrie vorwärts kommen, um so fester wird ihre Führerstellung gegenüber den anderen Nationen. Die Deutschen Österreichs müssen sich zum technisch am höchsten entwickelten Volke ausbilden, um in ihren Etablissements für teurere Arbeitskräfte Verwendung zu schaffen, um das nationale Element festzuhalten und anzuziehen. Nur wenn Österreich mit ungeheurem Kräfteaufwande dem alten Schlendrian entsagt, nur wenn seine Deutschen zum erstklassigen Wirtschaftsvolke werden und in der Industrie und Landwirtschaft zur größten Intensität fortschreiten, wird der Himmel, der über ihnen zwischen der Elbe und der Adria lagert, wolkenlos bleiben können. Also nicht bloß ökonomische, auch rein nationale Rücksichten drängen und zwingen die Deutschen Zisleithaniens, mit einem kühnen Rucke zur Industriepolitik überzugehen. Deshalb muß von allem Anbeginne daran gearbeitet werden, die parteipolitischen Grundlagen zu schaffen, die erforderlich sind, um dem Industrialismus das Terrain zu erkämpfen. Österreich ein Industriestaat! Das soll die Devise für alle Zukunftspolitik treibenden deutschen Bürger sein. Nicht in der Konzentration der Parteien, sondern in der Regeneration des Parteiwesens zeigt sich ein aufs innigste zu wünschendes Ziel. Das deutsche Bürgertum Österreichs als die wirtschaftliche Großmacht des Reiches muß den Mut aufbringen, die neue Partei des Industri-

alismus zu gründen, den Schutt und Moder der Vergangenheit zu beseitigen und ein starkes, lebensfähiges, parteipolitisches Kampfesheer für die Eroberung der Zukunft auszurüsten.

2. Ziele und Wege.

Freiherr von Stein sagte: „Eine Verfassung bilden, heißt, das Gegenwärtige aus dem Vergangenen entwickeln[1].“ Diese Worte gelten auch für das Parteileben. Wir müssen uns ihrer erinnern, da wir nun eingehender die Politik betrachten wollen, die Österreichs deutsches Bürgertum zu befolgen hat. Lassen wir darum die wichtigsten Phasen in der Entwicklung des freiheitlichen politischen Gedankens an uns vorbeigleiten. Es ist sehr schwer festzustellen, wann die Geburtsstunde der Idee der individuellen Freiheit und Gleichheit geschlagen hat. Zoepfl meint in einer Streitschrift gegen Gervinus, daß sie dem römischen Rechte zugrunde liege und mit ihm zum Gemeingute aller westeuropäischen Nationen geworden sei[2]. Gervinus wieder betrachtet Amerika als ihr Stammland; die Urkunde der Unabhängigkeitserklärung vom 4. Juli 1776 erscheint ihm als ihr Ursprung. Auf das politische Denken in Österreich haben jedenfalls die Werke der französischen Philosophen den größten Einfluß genommen. Wir würdigen heute allerdings die sozialen und ökonomischen Triebfedern des großen weltbewegenden Ereignisses, das den Thron der Bourbonen in Trümmer warf, aber wir dürfen doch nicht vergessen, daß man in Frankreichs vornehmer Welt von der Revolution lange Zeit sagte: „C'est la faute à Voltaire!“ oder sie auch den 71. von den 70 Bänden seiner Werke nannte[3]. Damals, als die Kunde von den Vorgängen in Frankreich durch die Lande der Habsburger lief, fehlte das Verständnis für die wahren Ursachen, und man griff nach Voltaires,

[1] Heinrich von Treitschke, Deutsche Geschichte im 19. Jahrhundert. Leipzig 1879. I, 273.

[2] Dr. Heinrich Zoepfl, Die Demokratie in Deutschland. Stuttgart 1853. S. 29.

[3] David Friedrich Strauß, Sechs Vorträge über Voltaire. Frankfurt 1906. S. die Einleitung von Professor V. Sackmann S. 7.

Montesquieus und Rousseaus Werken. Zwar waren es verhältnismäßig nur wenige, die sich mit den Anschauungen der großen Denker vertraut machen konnten, aber dieser kleine Kreis der Intellektuellen repräsentierte eben die geistige Welt. Neben vielen anderen Dokumenten sprechen auch die in den letzten Jahrzehnten des achtzehnten Jahrhunderts in Österreich und Ungarn durchgeführten „Jakobiner-Prozesse“ [4] für die Verbreitung der französischen Ideen im Habsburgerstaate, und die Literatur — die ungarische nicht weniger als die österreichische — gibt davon Zeugnis. Von einer kontinuierlichen liberalen Bewegung kann erst im zweiten Viertel des neunzehnten Jahrhunderts die Rede sein. Sie erfaßte verhältnismäßig wenig Köpfe und gelangte hauptsächlich in den bürgerlichen Salons zur Geltung, wo sie noch dazu mehr in literarisch-ästhetischen Anschauungen als in politischen Meinungsäußerungen zum Vorscheine kam. Da jeder Kopf eine Welt für sich bildete, gab es unzählige Schattierungen in der Auffassung; allein es machen sich zwei Hauptrichtungen bemerkbar, wenngleich die Grenzen oft ineinanderfließen. Der Unterschied zwischen den Demokraten und Liberalen in dieser Epoche des Theoretisierens ist schwer festzustellen; vielleicht kann als maßgebendes Kennzeichen die Stellung zur Staatsgewalt angesehen werden. Die einen waren wohl Republikaner, und ihnen dichtete Herwegh aus dem Herzen, der im Jahre 1840 die Schweiz also besang:

„Berg und Berg und Brand an Brand
Lodern hier zusammen;
Welch ein Glühen! — Ha! so stand
Ilion einst in Flammen.

Ein versinkend Königshaus
Raucht vor meinem Blicke,
Und ich ruf' ins Land hinaus:
Vive la république!“

Die anderen erstrebten bloß die Umwandlung des Staats in eine konstitutionelle Monarchie, und ihr Ideal war das

[4] S. die feuilletonistische Geschichte „Österreich-Ungarn im 19. Jahrhundert“ von Moritz Bermann, Wien 1884, in der den Prozessen der ganze V. Abschnitt gewidmet ist.

französische Bürgerkönigtum. Zu ihnen gehören auch die „liberalisierenden" Stände in einzelnen Kronländern, und ebenso sind die beiden beherzten Kritiker des „Metternich'-schen Systems", Möring und Adrian-Warburg, die es allerdings an positiven Vorschlägen fehlen ließen, hier einzurechnen. Die Liberalen erhielten die Oberhand, als das Jahr 1848 die kühnsten Hoffnungen verwirklichte und die fernsten Ziele naherückte. Man darf nun aus ihrem Verhalten während der kurzen Freiheitszeit keine weitgehenden Folgerungen ziehen, denn es war mehr ein Tasten als ein festes Gehen, mehr ein Im-Traume-wandeln als ein nüchternes Denken. In den österreichischen Liberalen dämmerte bald die Überzeugung auf, daß sie nicht die Macht des Volkswillens trug, und sie revidierten wohl allgemach ihre Anschauungen über die Märzereignisse. In der Reaktionsperiode dürfte der Abstand, der das liberale Bürgertum in Österreich von den Ansichten trennte, die der ungarische liberal-konservative Eötvös[5] vertrat, nicht allzugroß gewesen sein. Die Liberalen begannen innerlich an ihrer Mission der Menschheitsbeglückung zu zweifeln, sie zogen sich sozusagen auf ihr eigenes Haus zurück. Das trat deutlich hervor, als sie wieder zur Regierung gelangten. Alles, was sie schufen, trug mehr oder minder sichtbar den Stempel des engherzigen, hochbürgerlichen Klassenegoismus. Die Liberalen haben diese Beschränkung ihres Gesichtsfeldes niemals gelten lassen wollen, was freilich an der Tatsache nichts ändert[6]. Mit der Um-

[5] Baron Josef Eötvös schreibt im ersten Teile seines langatmigen Werkes „Der Einfluß der herrschenden Idee des 19. Jahrhunderts auf den Staat" (Leipzig 1854, S. 9): „Nicht weil es die Verhältnisse mit sich brachten, nicht weil es eine unwiderstehliche Mehrheit gebot, ist das Bestehende (1848) in den Staub gesunken. Die wahre Ursache, die einzige, liegt darin, daß es niemand zu verteidigen wagte. Und man wagte es nicht, weil diejenigen, in deren Beruf und Macht es lag, nicht an ihr Recht geglaubt, weil sie das Gebäude, das sie verteidigen sollten, selbst für so hinfällig hielten, daß sie dasselbe bei der ersten Erschütterung verließen und es preisgaben. Wenn es ein großes Ereignis gab, das nicht einer großen Tat, sondern einer großen Schwäche zuzuschreiben ist, so ist es dieses."

[6] Dr. Franz Oppenheimer sagt: „Wenn in den naturwirtschaft-

wandlung zur Partei des großbürgerlichen Klasseninteresses hatten die Altliberalen die letzte Etappe ihres prinzipiellen Denkens, ihre geistige Vollendung, erreicht. Damit waren sie jedoch auch auf eine Sandbank geraten, von der sie nicht loskommen konnten. Alle Erneuerungsversuche, die seither unternommen wurden, tragen die Keime der Zerfahrenheit in sich; die Konzessionen, die nach allen Seiten hin gemacht worden sind, erdrückten das Prinzip; die Freiheit ward zur Gebundenheit, der Fortschritt zum Rückschritt. Die freisinnigen Parteien haben bloß neue Formen gewonnen, eine neue Weltanschauung, eine geschlossene Gedankenkette wurde nicht mehr produziert. Mit der Vollendung des Altliberalismus hört der Faden auf, der von den Vätern des österreichischen Liberalismus gesponnen wurde, und alle Bemühungen zur Wiedererweckung einer neuen Epoche des Liberalismus müssen hier anknüpfen. Allerdings wird eingewendet werden, daß der Liberalismus überhaupt seine Sendung erfüllt habe und kein Anrecht darauf besitze, neuerlich auf der Bildfläche zu erscheinen. Untersuchen wir deshalb dieses Argument genauer.

Dr. Theodor Barth sagt in seiner interessanten Studie „Was ist Liberalismus?“: „Der Gegensatz des Liberalismus ist Konservatismus[7].“ Wenn man diesen Satz auf die historische Betrachtung anwendet, kann man die Erkenntnis etwa dahin formulieren: Die Weltanschauung, die sich als

---

lichen Ackerstaate mit der Entwicklung der aus dem freien Tauschrechte erwachsenden Städte das kapitalistische Unternehmertum sich bildet, dann entsteht eine zweite herrschende Klasse, welche über ‚freie‘ Arbeiterscharen kommandiert. Sie gerät natürlich in Interessengegensatz zu dem Grundadel; denn sie braucht niedrige, jener hohe Kornpreise, sie braucht Frieden, jener Krieg, sie braucht eine starke Polizei, jener gar keine, sie braucht vor allem ein Recht, welches die Klassenvorrechte des Adels nicht enthält. Da der neue Unternehmeradel auf keine ererbten Vorrechte übernatürlichen Ursprungs als Rechtsgrund seiner Ansprüche fußen kann, so kleidet sich sein Kampf ganz naturgemäß in die Formen des Streites für allgemeine Menschenrechte gegen Klassenrechte, für Freidenkerei gegen Gottesgnadentum. Der Liberalismus erhebt den Kampfesschild.“ — S. Dr. Franz Oppenheimer, Großgrundeigentum und soziale Frage, Berlin, S. 186.

[7] „Die Nation“. Berlin. 22. Jahrgang, No. 26 ff.

schärfster Gegensatz zum Konservatismus oder Feudalismus entwickelte, ward Liberalismus genannt. Dem Staate des Ständerechtes wurde das Ideal der individuellen Freiheit entgegengesetzt; der wirtschaftlichen Gebundenheit trat die Forderung nach der unbeeinflußten wirtschaftlichen Freiheit gegenüber: Gegen die Allgewalt der Regierung lehnte sich das Verlangen auf, die Staatslenker zu Lokomotivführern zu degradieren, die auf festgelegten Geleisen nach einem ihnen aufgedrängten Plane zu fahren hätten. Der Liberalismus war vor allem eine Negation, eine Verwerfung des Bestehenden. Dem Feudalstaate hatte er nur allgemeine Begriffe entgegenzusetzen, die man in dem Schlagworte „bürgerliche Freiheit" zusammenfaßte. Aber der Feudalstaat war nicht bloß eine politische Institution, sondern auch eine wirtschaftliche Einrichtung. Wollte man ihm etwas Positives entgegenhalten, dann mußte man ein konkretes wirtschaftliches Ideal gewinnen. Dieses aber konnte nur der auf der Höhe der Zeit befindliche Industriestaat sein. So nahe diese Erwägung zu liegen scheint, sie war den Altliberalen doch ferne — wenigstens ist sie niemals klar zum Ausdrucke gekommen. Den Industriestaat planmäßig zu schaffen, das war die historische Aufgabe, die der Liberalismus in Österreich zu erfüllen hatte und die bis heute unerfüllt ist.

Die Politik, die die Liberalen trieben, war — wie wir gesehen haben — die mißverstandene Klassenpolitik einer Cliquenpartei; man hat dafür das Wort „Manchesterliberalismus" geprägt. Das Um und Auf gipfelte in dem Gedanken: Laissez faire, laissez aller! Kardinal Rauscher sagte eigentlich zu viel, wenn er einmal meinte: „50—60 Schlagwörter, welche sich jeder Schulknabe leicht nach dem Bedarfsfalle des Augenblicks aneignet, herumgerüttelt und gruppiert, machen nicht selten den ganzen Schatz der liberalen und radikalen Weisheit aus, wie sie in Kammern, Kaffeehäusern, Flugschriften und Tagesblättern zu hausen pflegt[8]." Allein

[8] Dr. Cölestin Wolfsgruber, Josef Othmar Kardinal Rauscher, Sein Leben und sein Wirken. Freiburg i./Br. 1888. S. 179.

es genügt oft ein einzelnes Leitwort, und es kommt nur darauf an, welchen Inhalt man ihm gibt. Der ganze Ideenkomplex der Klerikal-Konservativen kann mit dem einen Worte: Kirchenherrschaft erschöpfend gekennzeichnet werden, und wir haben für uns die Devise: Industriestaat gewählt. Was besagt diese für den Liberalismus? Der Industriestaat repräsentiert, wie wir am Anfange des zweiten Teiles nachweisen konnten, nicht die Forderung einer Clique oder Klasse, sondern das Interesse des Staates. Da der Liberalismus berufen ist, dem Industrialismus in den Sattel zu verhelfen, also ein Gesamtheitsideal zu verwirklichen, muß er sein teils unbewußtes, teils bewußtes enges großbürgerliches Klassenwesen abstreifen und sich zu hohen Gesichtspunkten aufschwingen. Er, der im Gehäuse des Altliberalismus unmöglich geworden ist, hat eine große Zukunft, wenn er dieses endgültig sprengt und zum Neuliberalismus wird. Der Neuliberalismus unterscheidet sich nun von seinem Vorfahr wie das Interesse der Vielen von dem der Wenigen, wie das Bürgertum schlechtweg vom Hochbürgertum, wie die Stärke von der Schwäche.

Wer den Liberalismus für tot und abgetan hält, gibt sich einer vollständigen Täuschung hin. Dem Liberalismus geht es wie manchen Religionen. Ihr Gedankeninhalt ist erhaben und von unendlichem Kulturwerte, doch sie erstarren, weil sie den Kontakt mit der Zeit verloren haben und weil ihre Verkünder auf Abwege geraten sind. „Erinnert euch,“ — rief Lammenais, einer der edelmütigsten Priester Christi, den Prälaten in seiner Zeitschrift „L'Avenir“ zu — „daß nichts auf Erden von ewiger Dauer ist. Wenn eure Religion nicht mit dem Menschengeschlechte fortschreitet, wenn sie nicht Takt hält mit den Schlägen des menschlichen Herzens, so muß sie rückwärts schreiten und zugrundegehen.“ Die Religionen wechseln, aber ihr tiefster Glaubensreichtum bleibt bestehen. Der österreichische Altliberalismus war nun eine vorübergehende Inkarnation des erhabenen liberalen Gedankens, der darauf hinausläuft, die dumpfe

Menschenmasse in Persönlichkeiten aufzulösen, die Individuen zur höchsten Fähigkeit zu erziehen. Der Altliberalismus und die Altliberalen sind zugrunde gegangen, die Idee aber lebt, und sie wird ihre Jünger finden. Gedanken sind in ihrer Verkörperung oft Wandlungen unterworfen, die mit den natürlichen Altersstufen nicht übereinstimmen. Einst ein himmelstürmender Jüngling, wurde der österreichische Altliberalismus mit einem Male zum Greise. Von dem es früher hätte heißen können:

„Bis an des Äthers bleichste Sterne
Erhob ihn der Entwürfe Flug.
Nichts war so hoch und nichts so ferne,
Wohin ihr Flügel ihn nicht trug,“

von dem merkte man nur mehr die Regungen des Alters. Zur Stufe, die der Liberalismus übersprungen hat, vermag er jetzt zurückzukehren, denn die Zeit ruft nach ihm; sie braucht ihn.

* * *

Wir wollen kein Programm des Neuliberalismus entwerfen und ebensowenig seine Marschroute vorzeichnen. Es soll nur sein Wesen mit einigen Strichen veranschaulicht werden. Der Neuliberalismus ist durch und durch evolutionistisch und will sein Ideal nicht von heute auf morgen verwirklichen. Er glaubt nicht — wie die Sozialdemokratie —, sein Ziel mit Naturnotwendigkeit erreichen zu müssen, denn die Geschichte lehrt, daß es nicht bloß aufsteigende, sondern auch sinkende Nationen und Staaten gibt. Österreich kann alles werden und nichts. Das Schicksal hat ihm die Möglichkeit eröffnet, in eine rosige wirtschaftliche Zukunft einzuziehen; aber die Ausnützung der günstigen Verhältnisse oder der Verzicht darauf hängt ganz und gar von der Stellung der Bevölkerung ab. Deshalb muß der Neuliberalismus erst die Menschen zum richtigen Gebrauche ihrer Kräfte erziehen und ihnen den belebenden Willen einhauchen. Das erfordert Arbeit und wieder Arbeit, und darum erscheint die Partei des Neuliberalismus zur rührigsten Tätigkeit gezwungen. Die Weltmission des Liberalismus besteht, wie wir schon

gesehen haben, in der Individualisierung der Menschheit. Die österreichischen Liberalen müssen deshalb die Industrialisierung des Landes herbeiführen, denn für denkende, selbständig handelnde Menschen ist im Feudalstaate kein Raum. Um nun den Industriestaat zu erkämpfen, muß der Neuliberalismus zur politischen Macht werden und danach streben, die Leitung des Staates in die Hände zu bekommen. Bei der bloßen Negation kann er es daher nicht bewenden lassen. Er ist seiner ganzen Natur nach positivistisch veranlagt und mit den realen Verhältnissen vertraut. Weil der Neuliberalismus die Entwicklung will, geht er von den bestehenden Einrichtungen aus. Er schwebt nicht in der Luft, sondern hat festen Boden unter den Füßen. Im evolutionistischen Charakter des Neuliberalismus ist die Gewähr enthalten, daß er immer rüstig bleibe und nicht verfalle. Mit jedem Tage der Erziehungsarbeit wird er stärker und machtvoller; allein sein letztes Ziel scheint genug weit gerückt, um ihn vor dem allzuraschen Ermatten in einem Zustande der Selbstbefriedigung zu bewahren. Der Neuliberalismus wird nicht bloß lehren, sondern auch lernen. Wie die Industrie in einer fortwährenden technischen Umwälzung begriffen ist, wie jedes Jahr neue Waffen für den Daseinskampf bringt, so kann auch die Partei, die zur höchsten wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit heranbilden will, nicht ermangeln, mit dem Fortschritte in Übereinstimmung zu bleiben. Der Neuliberalismus, der auf der Höhe seiner Zeit stehen und mit dem geistigen Rüstzeuge seines Jahrhunderts versehen sein muß, ist gleichsam die parteipolitische Verkörperung der Kultur und darum der erbittertste Gegner aller Kulturfeinde. Wer die zeitgemäße Erziehung der Jugend oder die geistige Betätigung irgendwie zu hemmen sucht, der vergreift sich an ihm. Der Neuliberalismus wird demnach im edelsten Sinne des Wortes einen unentwegten Kulturkampf führen und allen dunklen Mächten, allen Verteidigern der Lüge den Krieg erklären.

Betrachten wir ihn jetzt in seinem Verhältnisse zu den verschiedenen Faktoren des öffentlichen Lebens. Im Staate des allgemeinen Wahlrechts entsprießt alle Kraft dem Volke,

und der Neuliberalismus muß in jedem Belange eine Volkspartei sein; denn richtig erfaßte Industriepolitik erscheint gleichbedeutend mit Volkspolitik. Die Ideale der Neuliberalen lassen sich nicht bloß durch vorzügliche Einrichtungen von „oben“ realisieren, ihre Verwirklichung erfordert auch von „unten“ ein richtiges Verständnis, das nur durch eine systematische Beeinflussung des Denkens der Bevölkerung zu erreichen ist. Die erste Voraussetzung hierfür besteht in der Herstellung eines beständigen innigen Kontaktes zwischen dem Liberalismus und der Masse. Um diesen zu erlangen, muß ein weitausgebildetes Organisationssystem geschaffen und das Blut des Neuliberalismus durch alle Adern des Reiches getrieben werden. Parteien, die wirken und arbeiten wollen, können sich nicht mit der Verwendung der freiwilligen Agitatoren begnügen, sie brauchen ebensogut wie andere Institutionen einen festen Apparat. In den Anfangstagen des Parteilebens hat der persönliche Opfermut allerdings eine große Rolle gespielt; im Laufe der Jahrzehnte jedoch ist der Parteibetrieb — man mißverstehe das Wort nicht — zum Geschäftsbetriebe geworden. Wie oft wurde der Sozialdemokratie vorgehalten, „daß sie von Arbeitergroschen“ lebe, was heißen sollte, daß sie eine Anzahl von Agitatoren und Strategen materiell versorge. Doch es gibt keinen Vorwurf, der alberner wäre als dieser. Wie anders hätte die Partei arbeiten können? Sie muß die Massen beständig in Atem halten, für die Politik interessieren und schulen. Keine Partei, die sich feste Grundlagen schaffen will, kann auf eine andere Weise verfahren. Dabei bleibt es sich ganz gleich, an welche Kreise man sich in erster Linie wendet. Nicht das System, sondern lediglich die Anwendung ändert sich. Die Deutschösterreicher sind im allgemeinen ein unpolitisches Volk; es erscheint daher die intensivste Beschäftigung mit ihnen geboten. Der Neuliberalismus, der für das Volk wirken und mit dem Volke leben will, muß sich deshalb aller Behelfe bedienen, die seine Isolierung verhüten können. Die Neuliberalen werden entschieden national sein, denn die Massen sind nationali-

siert. Indes, ihnen darf der Nationalismus nicht zum parteipolitischen Selbsterhaltungsmittel werden; er entspringt dem Kulturbewußtsein und soll zur Kulturerhöhung führen. Die Leistungen hoher Kultur bilden den Stolz gewisser Völker; Ansprüche an die Kultur können aber alle Völker stellen. Ebenso ist das Recht auf Nationalität jeder Nation eigen. Der Neuliberalismus muß mit voller Kraft für die Einführung der nationalen Autonomie einstehen und an der Vertiefung redlich mitarbeiten.

Die Stellung zum Staate ist von vornherein gegeben. Der Neuliberalismus will erziehen, er erkennt also die Notwendigkeit der Nachhilfe an. Der Staat soll nicht nur der Gendarm sein, der achtgibt, daß nichts gestohlen werde, er muß den Schwachen eine Stütze leihen und der Willkür einen Riegel vorschieben. Heute ist nicht mehr von einem Interventionsrechte, sondern von einer Interventionspflicht des Staates die Rede. Die Meinungsverschiedenheiten betreffen lediglich die Grenzen derselben. Der Neuliberalismus befolgt, wie schon gesagt, eine Massenpolitik; daher muß er jeden Zustand bekämpfen, der den Staat als Organ irgendeiner Clique oder Gruppe erscheinen läßt.

Das Verhältnis zum Wirtschaftsleben ist durch die Devise: Industrialismus bestimmt. Der Neuliberalismus treibt nicht Industriellenpolitik, sondern Industriepolitik. Nicht weil der Industrialismus etwa einigen Fabrikanten zugute käme, wird er in den Vordergrund gestellt; ihm gebührt dieser Platz, weil er das einzige System ist, das der gesamten Bevölkerung zum Nutzen gereichen kann. Aus diesen Erwägungen geht zur Genüge hervor, daß seine Verfechter die Interessen des Arbeitgebers und des Arbeitnehmers gleichmäßig abwägen müssen. Die Stellung zur Agrarfrage ergibt sich aus den diesem Probleme gewidmeten Darlegungen. Eine gesunde Bauernpolitik hängt enge mit der Industriepolitik zusammen. Der Neuliberalismus wird sich mit seiner ganzen Energie dafür einsetzen müssen, daß der Boden für die Bauernschaft und diese für eine rationelle Wirtschaft gewonnen werde. Er wird alle Maß-

nahmen unterstützen, die innerhalb der gegenwärtigen Agrarverfassung geeignet erscheinen, die mahnende Agrarnot zu mildern, dabei jedoch niemals vergessen dürfen, daß es sich nicht um Palliativmittel, sondern um eine durchgreifende Reform der landwirtschaftlichen Besitz- und Betriebsverhältnisse und eine Verjüngung des Bauernstandes selbst handle. Mit dem größten Nachdrucke muß der Neuliberalismus dagegen einseitige Geschenke an gewisse Kategorien der Grundbesitzer, wie etwa sachlich unbegründete Zollerhöhungen, zurückweisen. Man vergesse nicht, daß selbst Freiherr von Vogelsang ausgeführt hat:

„daß ein durch den Getreidezoll gesteigerter Produktionspreis, von anderen Übelständen abgesehen, nur dazu dienen wird, das eigentliche Übel, die Verschuldung durch Erbgang und Kaufgelderrückstände, zu steigern . . . Nach einigen Jahren erhebt sich neue Klage, und der Einfuhrzoll auf den Meterzentner Roggen wird vielleicht von 1 Mark auf 2 Mark erhöht und so weiter, ohne daß der Zweck jemals erreicht werden könnte[1]".

Die Behandlung der gewerblichen Mittelstandsfrage ist durch das Wesen des Neuliberalismus gleichfalls vorgezeichnet. Die Beschränkung der Produktionsfreiheit zugunsten gewisser Gewerbsleute widerspricht dem Grundsatze der besten Ausnützung der persönlichen Fähigkeiten, der größten Produktivität. Da aber, wo es sich darum dreht, den Klärungsprozeß im Gewerbe zu erleichtern, die Anpassung an die Bedingungen des Kapitalismus zu vereinfachen, werden die neuliberalen Politiker ihre Mithilfe keineswegs versagen. Es gibt eine Art des staatlichen Eingriffes in die Mittelstandspolitik, die vom freiheitlichen Standpunkte aus zu begrüßen ist: sie heißt jedoch nicht Zunft oder Befähigungsnachweis. Es ist eine systematische Gewerbeförderung oder richtiger Gewerbeerziehung unter materieller Hilfeleistung des Staates. Die Staatsgewalt soll sich darauf beschränken, die Auswüchse des Wirtschaftslebens zu beseitigen, der Unmoral — und dazu gehört die wirtschaftliche Tyrannei einzelner — einen Damm vorzuschieben und die von dem einzelnen unkontrollierbaren

[1] Carl Freiherr von Vogelsang, Die Grundbelastung und Entlastung. Wien 1879. S. 8.

Benachteiligungen, wie etwa die Fälschungen der Lebensmittel, hintanzuhalten. Die neuliberale Wirtschaftspolitik darf nie ihren Hauptzweck aus dem Auge verlieren, und daraus geht ganz deutlich hervor, welche Haltung sie gegenüber der Industrie einzunehmen hat. Nicht die Person, die Sache gibt den Ausschlag. Auch die Industrie darf sich nicht — wie es im altdeutschen Heldenliede von den Menschen heißt — „verliegen", sie muß immer agil sein und zur höchsten technischen Vollkommenheit streben, kurz: sich weltmarktfähig machen. Das größte Hindernis für die Belebung der Industrie ist der Schutzzoll, der ein sicheres Absatzgebiet garantiert und aller Anstrengungen enthebt. Anderseits würde die vollständige Beseitigung des Zolles nur unsägliches Unheil stiften, und es gibt deshalb heute wohl keine nennenswerten Politiker, die den Freihandel sans phrase für aktuell halten würden. Der Neuliberalismus wird sich für angemessene Erziehungszölle einsetzen und dabei stets in Erinnerung halten müssen, daß die Zölle nicht dazu dienen sollen, die gegebenen Verhältnisse der Industrie zu konservieren, sondern diese allmählich selbständig und reif zu machen. Hat der Neuliberalismus einmal Wurzel gefaßt, dann wird er sich nicht darauf beschränken dürfen, das Gute in der Theorie zu verfechten; es wird vielmehr seine Aufgabe sein, die theoretische Erziehung durch praktischen Anschauungsunterricht zu ergänzen. Die Klerikal-Konservativen, die den allerleichtesten Stand haben, weil ihnen die Organisation der Kirche zu Gebote steht, haben da und dort schüchterne Versuche praktischer Wirtschaftspolitik gemacht, und die Sozialdemokratie, die einst für die Wirtschaftsgenossenschaften nur Hohn und für die Konsumvereine nur Skepsis hatte, entfaltet jetzt eine von Jahr zu Jahr zunehmende wirtschaftliche Tätigkeit. Der Neuliberalismus muß diesem Beispiele, wenngleich mit der nötigen Vorsicht, im Laufe der Zeit folgen. Wohl weiß er, daß die Hilflosigkeit der Landwirtschaft und des gewerblichen Mittelstandes gegenüber dem Kapitalismus Ursachen haben, die nur allmählich zu beseitigen sind; er glaubt auch nicht, wie Schulze-Delitzsch,

der „König im sozialen Reiche", durch die Wirtschafts- und Kreditgenossenschaften allein die Mittelstandsfragen lösen oder gar die soziale, die Arbeiterfrage bewältigen zu können; doch er wird da mit wirtschaftlicher Initiative eingreifen, wo die Gelegenheit und Notwendigkeit hierzu vorhanden ist.

Der Neuliberalismus, der nicht mit einer fernen Gesellschaftsordnung rechnet und sein Reich in dieser Welt des Kapitalismus aufzurichten hofft, muß sich mit den realen Faktoren auseinandersetzen. Österreich ist ein monarchistischer Staat, und die Klarstellung des Verhältnisses zum Monarchismus läßt sich nicht umgehen. Der Neuliberalismus steht auf dem Boden des Monarchismus; allerdings bestrickt ihn nicht der Glanz des Gottesgnadentums, und die Herrscher erscheinen ihm als die ersten Beamten des Reiches. Es fragt sich nun, wie er sich zu der angestammten Dynastie, zu den Habsburgern, verhalten soll. Man hat der österreichischen Dynastie bitteres Unrecht getan, indem man ihre Politik unter dem Gesichtswinkel der Heiratsverträge betrachtete. Hausmachtserweiterung! das wurde als das Leitmotiv hingestellt. Es ist ja richtig, daß die Habsburger in ausgedehntem Maße Hausmachtspolitik getrieben haben; allein das geschah zu einer Zeit, in der das Volk nichts und der Fürst alles bedeutete. Dies war ein Vorgehen, das mit dem Geiste der Epoche ganz im Einklange stand und nicht nach den Prinzipien der Demokratie beurteilt werden darf. Den Habsburgern fehlen Ruhmesverkünder, wie sie den Hohenzollern in Treitschke, Oncken, Sybel erwuchsen; sie sind seit Menschenaltern nicht so glücklich gewesen, als machtvolle Sieger und Volksheilige auf der Bühne der Weltgeschichte zu erscheinen. Aber wenn man von Schwächen und Verirrungen absieht, die in jeder Familienchronik vorkommen, so muß man doch über das imponierende Geschick staunen, mit dem sich die Habsburger seit dem denkwürdigen Tage von Mohacs in ihrer neuen Stellung zu behaupten wußten. Und mit welchem Wundermittel wurde dieses schwierige Werk vollbracht? Die Habsburger haben es stets verstanden, sich — oft mit Widerstreben — der Waffen ihrer Zeit zu

bedienen, im letzten Augenblicke einzulenken. Sie hielten sich — wir beachten hier nur das Verhältnis zum Gebiete der heutigen österreichisch-ungarischen Monarchie — immer in den Grenzen des Möglichen: darum konnte ihr Thron wohl zeitweilig erschüttert werden, aber nicht zusammenbrechen. Nur in diesem Zusammenhange ist der greise Monarch zu verstehen, der nach einer im Vormärz verlebten Jugend zum wärmsten Verteidiger des Volksstimmrechtes wurde. Die Habsburger sind eben die anpassungsfähigste Dynastie in Europa. Das Herrscherhaus steht trotz seiner klerikalen Neigungen dem Neuliberalismus nicht im Wege, denn es hat noch keiner Bewegung, die stark war, dauernden Widerstand geleistet. Und eben, weil sich die Dynastie geschmeidig zeigt, kann der Neuliberalismus ihr mehr als trockene Bürgertreue entgegenbringen: er kann und soll dynastisch sein. Der Deutschösterreicher ist im allgemeinen gut kaisertreu gesinnt; er hängt an dem Herrscherhause und wird den Neuliberalismus in seinen dynastischen Regungen wohl verstehen.

Wir müssen jetzt die Thronfolgerfrage kurz berühren. In jeder Zukunftsrechnung bildet der dem Throne am nächsten stehende Erzherzog einen wichtigen Posten. Wer kennt den Thronfolger? Ist er ein Prinz, der tatendurstig große Pläne schmiedet, oder einer, der ruhig gleichgültig die Ereignisse an sich herankommen läßt? Ist er der gefestigte überzeugte Klerikal-Konservative, der ein fertiges Kulturprogramm hat, oder eine suchende, ringende Natur, die wohl fromm, tief religiös, aber mit sich selbst noch nicht fertig erscheint? Die Charakteristiken, die von dem Thronfolger im Umlaufe sind, weichen voneinander weit ab — sie lassen gleichzeitig auf die verschiedensten Gestaltungen schließen. Allerdings überwiegt die Meinung, daß der Erzherzog, den das Schicksal einst auf den Thron des zweiten Maximilian und Josef setzen wird, zur Schule der spanischen Habsburger neige. Thronfolger und Regenten gleichen einander selten. Die ersteren rechnen mit ihrem Willen, die letzteren müssen den Verhältnissen Konzessionen

machen. Es ist deshalb schon an und für sich gewagt, im Thronfolger den künftigen Monarchen erkennen zu wollen. Um wieviel voreiliger sind erst die Prognosen, die man der Regierung eines so verschlossenen, zurückgezogenen Prinzen wie Erzherzog Franz Ferdinand stellt? Die Christlichsozialen haben die Unkenntnis der Öffentlichkeit mit feinem Instinkte benützt, um dem kommenden Herrscher ihr Parteibanner in die Hände zu drücken. Bisher hat die Öffentlichkeit bloß gesehen, daß die Jungklerikalen dem Thronfolger nachlaufen, sich ihm anbiedern. Mag sein, daß der Dank hinter verschwiegenen Mauern abgestattet werde und daß wirklich die Beziehungen bestehen, von denen man so viel munkelt. Was tut's? Die Christlichsozialen haben sich geändert; warum soll der Thronfolger nicht in andere Bahnen einlenken, sofern er heute wirklich mit ganzer Überzeugung das ist, was man vielfach aus ihm macht? Es wäre jedenfalls die unglücklichste Taktik, wollte der Neuliberalismus von vornherein darauf verzichten, mit dem Thronfolger gemeinsam an der Verwirklichung seines neu-österreichischen Ideals zu arbeiten. Er darf seine Werbetätigkeit nicht bloß auf die unteren, mittleren und oberen Schichten der Staatsgesellschaft erstrecken, er muß auch trachten, die höchste gesellschaftliche Schichte in seinen Kreis zu ziehen. Der Neuliberalismus wird sich nicht aufdrängen, sondern zu überzeugen bestrebt sein — er darf auch vor dem Thronfolger nicht Halt machen.

Wir wollen noch einige Bemerkungen dem Militärprobleme widmen. Der Neuliberalismus als die Weltanschauung des volkswirtschaftlichen Optimismus ist der Verteidiger der Friedensidee, denn der Krieg verrammelt die normalen Bahnen der Entwicklung. Wir werden im nächsten Teile dieses Buches ferner erkennen, daß Österreich für absehbare Zeiten gezwungen ist, als Hort des Friedens zu wirken, wenn es sich nicht in Abenteuer stürzen will. Dennoch wird der Neuliberalismus nicht in den Fehler der Altliberalen, die ganze Politik an den Nagel des Militärbudgets zu hängen, verfallen dürfen. Die Institution der stehenden Militärmacht ist mit dem Gegenwartsstaate zu

stark verknüpft und besonders mit den dynastischen Interessen und Vorstellungen zu sehr verwachsen, um von einem Realpolitiker leicht abgetan werden zu können. Die Abrüstungsbewegung hat ein edles Motiv, sie erscheint fördernswert, aber sie dürfte für die praktische Politik kaum sobald ins Gewicht fallen. Der Neuliberalismus wird sich demnach mit den bestehenden Heereseinrichtungen auseinandersetzen müssen. Die Altliberalen gingen von dem Verlangen nach Ersparungen aus; sie waren nicht gegen das Militär, sondern gegen das Militärbudget, an dem Abstriche zu machen ihre höchste Seligkeit bildete. Der Neuliberalismus wird selbstverständlich dafür sorgen, daß die Ausgaben für das Militärwesen mit der Leistungsfähigkeit des Staates im Einklange bleiben: den Hebel der Reformen wird er an einer anderen Stelle als die Altliberalen ansetzen müssen. Läßt sich die Beseitigung der Armee oder die nennenswerte Reduktion des Truppenkontingents von einer Partei, die nach praktischen Erfolgen strebt, nicht mit Konsequenz verfechten, so bietet sich doch durch die Einflußnahme auf die Verfassung der Armee ein weiter Spielraum. Solange der Staat die Volkserziehung nicht in idealer Weise betreibt, wird der Militärdienst eine wichtige Ergänzung des Unterrichts sein. Es ist speziell für den konservativeren Teil der Bevölkerung von eminenter Bedeutung, daß die Jünglinge von der Scholle losgetrennt werden und in eine ihnen fremde Umgebung geraten. Gelingt es, das stehende Heer zu demokratisieren — die zweijährige Dienstzeit ist von der Militärleitung bereits prinzipiell zugestanden — oder vorerst wenigstens zu modernisieren und die feudalen Einflüsse zu paralysieren, dann ist für den Industrialismus mehr gewonnen, als wenn einige hunderttausend Kronen erspart würden. Ein modernisiertes Heer kann für die zum Teile kulturell sehr zurückstehenden Gebiete Österreichs zum Segen werden, wenn auf die Mannschaft eine erzieherische Einwirkung genommen wird. Also Schulung, nicht Drill! Eine richtige Militärpolitik ist nicht so sehr an Ziffern als an moralischen Leistungen zu erkennen, und am zweckmäßigsten verfährt, wer sich an

den Grundsatz hält: Konzessionen — im Rahmen des Prinzips natürlich — gegen Konzessionen.

* * *

Niemals waren die Chancen für eine entschieden liberale Partei günstiger und verlockender als jetzt. Einst war die Judenhetze ein willkommenes Mittel, um die Ideenarmut jener Leute zu verbergen, die sich zu den Plätzen des absterbenden Altliberalismus drängten. Heute darf eine tatkräftige, großzügige, neuliberale Politik hoffen, die von dem Antisemitismus hypnotisierten, nun wieder zur Vernunft kommenden Massen an sich zu ziehen. Die klerikale Gesinnung der Bevölkerung weicht auf dem flachen Lande langsam vor der Kultur zurück, und der Rückmarsch wird sich beschleunigter vollziehen, wenn das ländliche Proletariat soziales Empfinden erlangt hat. Die geistigen Voraussetzungen für die Blüte des Neuliberalismus in Österreich sind mithin reichlich vorhanden.

Eine Partei des Neuliberalismus wird die bürgerliche Jugend, die durch das allgemeine, gleiche Wahlrecht eine stärkere Bedeutung erlangte, für sich gewinnen, und wer die Jugend auf seiner Seite hat, dem gehört die Zukunft. Die bürgerliche Jugend konnte bisher nach ihrem politischen Verhalten in drei Gruppen geteilt werden. Die überwiegende Mehrheit verriet vollständige Indifferenz. Das politische Getriebe ließ sie unberührt, denn es bot nichts Begeisterndes, Erhebendes. Ein ansehnlicher Teil gab sich dem nationalen Hurraidealismus hin, ein anderer floß in das Lager der Sozialdemokratie ab. Der Neuliberalismus wird nach allen Richtungen hin Wärme ausstrahlen und den Gleichgültigen Anregung und Interesse einflößen. Die „Nationalen" haben in den letzten Jahren ohnehin schon an Bedeutung abgenommen, und der Neuliberalismus, der den Nationalsinn in seinem reinsten Ausdrucke vertritt, der vom Nationalismus so ganz durchtränkt ist, daß er nicht allein den eigenen nationalen Kulturbesitz, sondern auch den der anderen Völker hochschätzt, kann jedem wahrhaft nationalen Menschen Befriedigung gewähren. Das Abströmen zur Sozialdemokratie

aber wird eine Verminderung erfahren, wenn der Neuliberalismus der bürgerlichen Jugend im eigenen Interessenkreise ein weites Betätigungsfeld einräumt. Die Altliberalen Österreichs haben die Jugend von sich gehalten, die Neuliberalen werden sie an sich ziehen müssen.

Auch das Großbürgertum ist in seiner überwiegenden Majorität unpolitisch. Das erklärt sich aus der Geschichte. Der Altliberalismus hat es durch seinen Doktrinarismus, durch seine abstrakte Professoren- und Doktorenpolitik allgemach abgestoßen; zum Teile waren auch ästhetische Rücksichten maßgebend. Der Neuliberalismus, der unter wirtschaftlicher Flagge segelt, muß in diese Kreise eindringen. Er verquickt das allgemeine, große Interesse dieser Schichte mit seiner Politik, er eröffnet den Ausblick auf wirtschaftliches Gedeihen. Diese Schichte wird politisch werden, weil sie dadurch für ihre Existenz und für die Zukunft ihres Nachwuchses wirkt. Das Intelligenzbürgertum muß dem Neuliberalismus folgen. Die Lehrer können zeitweilig auf Irrwege geraten und selbst mit ihren geborenen Feinden gemeinsame Sache machen; für die Dauer werden sie jedoch nicht mit ihrem Berufsinteresse kollidieren. Wir haben schon gesehen, was der Industriestaat für die Jugenderzieher in ideeller Hinsicht verheißt, und es ist selbstverständlich, daß der, der die Lehrer am meisten schätzt, für ihre Lebensbedingungen das weitestgehende Verständnis haben wird. Die Beamten hängen mit ihrer ganzen Existenz an dem Industrialismus. Die Privatbeamten bedürfen des blühenden Geschäftsganges, des regen wirtschaftlichen Lebens, und die Staatsbeamten müssen eine Zukunft ersehnen, die alle Kräfte von der überflüssigen Schablonenarbeit in dumpfen Amtsstuben losreißt und hinaus in das abwechslungsreiche, vielgestaltige Wirtschaftsleben stellt. Der Industriestaat wird Straßen, Bahnen und Kanäle bauen, er wird sich rühren und schaffen. Der Feudalstaat hat geschrieben; das Österreich des Industrialismus muß praktisch arbeiten. Aus dem gewerblichen Mittelstande werden dem Neuliberalismus die Aufgeklärten zueilen, und von den Unzufriedenen wird ihnen Wahlhilfe zuteil werden.

Auch in der bäuerlichen Bevölkerung vermag der Neuliberalismus da und dort Anhänger zu finden, bis sich ihm in einer ferneren Zeit der Bauernstand ebenso wie der Gewerbestand leicht zugänglich erweisen wird. Das ist allenfalls für den Anfang eine breite Basis, ein kräftiges, tragfähiges Fundament.

Wer von Parteien spricht, darf es nicht bei der Prüfung der sachlichen Vorbedingungen bewenden lassen, er muß sich auch mit den individuellen Voraussetzungen befassen. Staaten und Völker, die für eine Politik, von der die Zukunft abhängt, keine Kräfte hätten, wären reif zum Untergange. Doch Österreich hat glücklicherweise die Elemente, deren es in einer ernsten Stunde bedarf. Es ist stets mißlich, auf bestimmte Männer hinzuweisen, wenn es sich um Entscheidungen handelt, die für das Land und seine Bewohner schicksalbestimmend sein müssen. Aber man hat schon unter den bisherigen Vertretern der freiheitlichen Politik einige Männer gesehen, die in ihrem Denken und Fühlen titanenhaft aus dem Chorus der verworrenen, marktschreierischen Dutzendabgeordneten hervorragten. Sollen sie einzeln genannt werden? Jeder kennt sie, und sie selbst empfinden, daß sie ihrem Vaterlande infolge ihrer großen Fähigkeiten viel schulden und — viel bieten könnten. Was hat diese Männer bisher gehindert, das erlösende Wort zu sprechen, die Beseitigung der unwürdigen Zustände im Parteileben anzubahnen und für Neu-Österreich die Losung einer neuösterreichischen Politik auszugeben? Erstens waren es Ängstlichkeitsmomente. Der Nationalismus schien allein die Vorstellung zu beherrschen, man sah noch nicht, daß sich im Volke das Verlangen nach praktischer Politik regt. Der Antisemitismus schüchterte ein, und von dem Zünftler- und Agrariertum wurde gefürchtet, daß es den zur Entfaltung erforderlichen Raum verstelle. Zweitens kamen Bequemlichkeitsgründe in Betracht. In Österreich wird man förmlich zum „Fortwursteln“ erzogen, man frettet sich, so lange es geht. Im Staate der Privilegien und Kurienmauern konnte die alte Taktik zur Not genügen, in Neu-Österreich aber wird

sie vollständig versagen. Daneben gaben politische Bequemlichkeitsmotive den Ausschlag. Als drittes Moment muß der alt-österreichische Pessimismus, der eine so unheilvolle Macht ausgeübt hat, erwähnt werden. Man wußte gar nicht, wie untertan man diesem Tyrannen war. Ohne Optimismus kann man indes in der Politik nicht fortkommen. Jeder große Staatsmann und Politiker hat etwas von John Gabriel Borkmann in sich. Er hört gleichsam das Gold in der Erde klingen, wenn es noch kein anderer dort vermutet. Er ist im Erkennen voraus, und er glaubt! Politische Siege werden niemals ohne Optimismus erstritten.

Es wäre ein Glück, wenn die Gründung einer Partei des Neuliberalismus von erprobten Politikern vollzogen würde. Bisher haben die epochalen politischen Umwandlungsprozesse allerdings fast immer von außen nach innen ihren Gang genommen, und es ist nicht hinwegzuleugnen, daß jede Parteibildung, die sich von innen nach außen bewegt, eine Zeitlang auf Mißtrauen stoßen könnte. Wir haben in Alt-Österreich zu viele Häutungen des Liberalismus erlebt, um annehmen zu dürfen, daß eine Neugestaltung, die im äußeren Vorgange den früheren Erneuerungen ähnlich wäre, sofort vollen Kredit genösse. Aber sehr bald müßte der Unterschied jedem offenbar werden; denn während einstmals der Name gewechselt und das Programm verballhornt wurde, würde jetzt einem Phönix gleich ein vollständig neues Wesen emporsteigen, vorausgesetzt, daß der Neuliberalismus alle Poren durchdränge. Jede Parteibildung, die sich neben den bestehenden Parteikörpern vollzieht, bedeutet einen starken Kräfteverlust, eine Verschwendung an Menschenmaterial. Sollten die vielversprechenden Kräfte des altösterreichischen Freisinns jedoch nicht den Mut aufbringen, sich zusammenzuschließen, die Unfähigkeit und Schwachmütigkeit, die ihnen ringsum personifiziert entgegentritt, abzuschütteln, siegesbewußt ins Volk zu gehen und im mutigen Kampfeszuge dem Neuliberalismus zum Triumphe zu verhelfen, dann freilich müßte der opferreiche Weg gewählt werden. In Österreichs deutschen Provinzen gibt es genug politischen Ernst und

genug Scharfblick, um das Notwendige zu erkennen und zu tun.

Der Neuliberalismus muß sich auf alle Fälle eine neue Organisation aufbauen; hat der Freisinn auch einzelne tüchtige Kräfte in seinen Reihen, so entbehrt er doch lebensfähiger, zusammenhängender, von einem starken Willen geleiteter Sammelstellen. Vom Neuliberalismus wird eine magnetische Anziehungskraft ausgehen. Er muß die Atomisierung in der Politik allmählich beseitigen und Ordnung schaffen. Wer den letzten Reichsratswahlen in Wien mit Aufmerksamkeit gefolgt ist, der hat einen Eindruck von dem vorhandenen Chaos erhalten. Männer, die einander geistig nahestehen, marschierten unter verschiedenen Parteinamen auf, denn die alt-österreichischen Fraktionen haben sich immer wie die Räte mancher Städterepubliken „geschlossen" und die Jungen oder die Nichtaufgenommenen gezwungen, neue Ringe zu bilden. Dazu kamen die Männer, die sich überhaupt keiner Partei anschließen wollten, weil sie sich sonst zu kompromittieren fürchteten, die jedoch in einer gesinnungsstarken Partei des Neuliberalismus erfolgreich wirken könnten. Und erst die Verwirrung unter den Alten, den Bezirkspolitikern! Ein wahres Bild des Jammers. Die Partei des Neuliberalismus ist schon allein aus ästhetischen Gründen eine Notwendigkeit.

IV. Reaktion oder Fortschritt.

Schwer und drohend rollen die Wogen der Reaktion heran; ein rückschrittlich gesinntes Parlament, eine zum Teile der Gedankenlosigkeit, dem Fanatismus oder dem Skeptizismus hingegebene Bevölkerung: das sind äußere Wahrzeichen, die trübe stimmen könnten. Wohl sind die Schrittmacher der wirtschaftlichen und der kulturellen Reaktion stark und einflußreich, aber ihre Macht kann gebrochen werden, und auch das Lebens- und Anschauungsniveau der Völker ist einschneidender Änderungen fähig. Alles hängt davon ab, ob die Volks- und Gesellschaftskreise, die sich auf den lichten Höhen richtiger Erkenntnis befinden, ihre Pflicht und Schuldig-

keit tun werden. Wer Österreich liebt und seiner Zukunft die besten Chancen wünscht, der muß das Entstehen einer starken neuliberalen Bewegung herbeiwünschen. Doch darf der Neuliberalismus hoffen, bei strenger Wahrung seiner leitenden Grundsätze, bei fester Befolgung seines unverrückbaren Zieles jemals die Stellung im Staate zu gewinnen, die ihn befähigt, nicht nur eine bestimmte Politik zu verlangen, sondern zur Durchführung zu bringen? Gerade in Österreich, wo die Parteienzersplitterung so groß und das Zielbewußtsein so gering ist, eröffnet sich schon einer kleinen parlamentarischen Gruppe Aussicht auf indirekte Beherrschung des politischen Terrains, wenn sie weitere Bevölkerungskreise hinter sich hat. Man vergesse nicht, daß es kaum einem Dutzend sozialdemokratischer Abgeordneter gelang, die Frage des allgemeinen Stimmrechts aufs Tapet zu bringen und die Neugestaltung Österreichs in die Bahnen zu leiten. Nicht immer werden die Umstände gleich günstig sein, aber es liegt schon in der Möglichkeit allein ein starker Antrieb. Also selbst wenn der Neuliberalismus in den parlamentarischen Körperschaften nur schrittweise Fuß fassen könnte, wäre ihm doch großer Einfluß sicher, sofern er die Bevölkerung für sich interessiert und zeigt, daß er wisse, was er wolle.

Der Neuliberalismus darf jedoch seiner Wünsche Grenzen noch weiter spannen. Ist er einmal parteipolitisch in die Erscheinung getreten, dann dürfte die Bewegung immer weiter und weiter greifen. Der Neuliberalismus muß natürlich aus dem deutschen Volke herauswachsen. Im Anfange wird er wohl bloß in der über das ganze Reich verbreiteten Sozialdemokratie einen geistesverwandten Mitstreiter finden. Bald aber wird sich im Kreise des Tschechentums dieselbe Läuterung wie in dem des Deutschtums vollziehen. Das tschechische Volk ist — wie wir sahen — nach der deutschen Nation an dem Industriestaate am meisten interessiert, und der Hussitentrotz, der sich teilweise in diesem Stamme erhalten hat, macht ihn für die kulturellen Errungenschaften, die von der Herrschaft der Technik und Betriebsamkeit involviert werden, empfänglich. Doch auch die anderen Völker werden

die Reife für den Neuliberalismus erlangen. Sie sind jetzt noch nicht so stark an Industrie und Handel beteiligt wie die Deutschen und Tschechen; allein sie werden einsehen müssen, daß der Industrialismus für sie Erwerb schaffe und den Aufstieg vorbereite. Noch mehr: Die Agrarfrage, die für diese Volksstämme immer brennender wird und zu Lösungsversuchen zwingt, muß den agrarischen Massen die Köpfe öffnen. Zuerst wird der Neuliberalismus in die Städte dieser Nationen eindringen; später jedoch wird auch die Landbevölkerung allgemach zur Einsicht kommen, daß eine zukunftsfähige Agrarpolitik nur im Staate des blühenden Industrialismus möglich ist. Selbstverständlich werden sich die nationalen Gruppen des Neuliberalismus zu einem Gesamtkörper vereinigen, so daß der national organisierte, international zusammengefaßte Neuliberalismus mit der Sozialdemokratie eine immer machtvoller erscheinende „Linke“ zu bilden vermöchte, die eines Tages regierungsfähig würde. Das heißt: In Österreich war die Schichte der ministrabeln Menschen immer ziemlich weit. Jeder Politiker trug den Ministerfrack im Tornister. Aber das Regieren erforderte die Preisgabe der Ideale, und hatten sie einen noch so nüchternen Charakter. Wenn jedoch einmal die „Linke“ so weit erstarkt, um die Herrschaft antreten zu können, dann bedeutet dies nicht den Verzicht auf die Hoffnung ihres Lebens, auf die Prinzipe des Kampfes, sondern deren Verwirklichung. . . . Und das sollte in Österreich möglich sein, in dem Staate, dessen Untergang so oft verkündet wurde, dessen Marasmus und Feudalismus sprichwörtlich war? In dem Österreich des Konkordats, in dem Reiche der Zwietracht und der Ohnmacht sollten einst die Freiheit, das Glück und die Zuversicht ihr Asyl finden? Nun denn: Man hat Österreich das Land der Unwahrscheinlichkeiten genannt und damit auf einen typischen Zug hingewiesen. Doch man dachte, daß die Überraschungen nur unerfreulich, die Ereignisse nur unwillkommen sein könnten. Möglich ist im Habsburgerstaate alles. Als Graf Andrassy in effigie hingerichtet wurde, hätte ihm niemand zu prophezeien gewagt, daß seine

Karriere einst im Palais auf dem Wiener Ballplatze enden würde, daß er zum Nachfolger für Kaunitz und Metternich bestimmt wäre. Auch Franz Kossuth wurde es sicherlich nicht an der Wiege vorgesungen, daß er einmal Kaiser Franz Josefs Minister sein werde. Oder hätte Dr. Pačak, der wegen Majestätsbeleidigung eingekerkert war, vor zehn Jahren geahnt, daß er einmal zu des Kaisers allergetreuestem Ratgeber avancieren würde? Warum sollte nicht auch die Besinnung auf die Daseinsbedingungen des Staates denkbar sein?! In Österreich bedarf es nur unvergleichlich größerer Kräfteanstrengung als anderwärts. Das Gute setzt sich viel langsamer durch. Österreich gibt nicht gerne und hält sich zurück; wenn es jedoch in die Tasche greift, dann spendet es so viel, daß man darob überall erstaunt. Der Neuliberalismus wird deshalb unverzagt und unermüdlich daran arbeiten müssen, Österreichs Sprödigkeit zu besiegen; er wird jugendfrisch und hoffnungsfroh sein und vor keiner Mühe zurückschrecken. Mit den Pflichten wachsen die Kräfte, — wenn man ausharrt und nicht voreilig das Feld räumt.

Wer wollte sagen, in welchem Zeitraume sich die Umwandlung in der österreichischen Politik vollziehen kann? Und was bedeuten Jahre im Leben der Völker und der Staaten? Politik wird nicht mit der Uhr in der Hand gemacht; sie ist kein Wettrennen. Auf ein welthistorisches Werk kann viel Zeit aufgewendet werden, und um ein solches handelt es sich in Österreich. Hält die Demokratie im Herzen Europas ihren Einzug, erhebt der Industrialismus stolz sein Haupt zwischen der Elbe und Adria, dann hat Europas kulturelles Antlitz einen neuen Ausdruck erhalten. Wahrlich, des Neuliberalismus harrt eine schöne Aufgabe: er kann Großes erreichen, wenn er — will! Er kann die Reaktion besiegen und einen als verloren erachteten Staat für die aufwärts ringende Menschheit gewinnen. Die Zukunft des Liberalismus ist daher gleichbedeutend mit der Zukunft Österreichs — und mit noch mehr.

Dritter Teil.

Die auswärtige Politik.

Großmacht als Paradegaul
Ist Kleinmut und Großmaul.
Franz Grillparzer.

Der österreichische Staat bedarf keiner anderen Vergrößerung; sein Flächeninhalt, seine Bevölkerung und sein Einkommen sichern ihm bei einer weisen Verwaltung seine Bedeutung, und durch den Anbau der noch nicht urbaren Länder, durch Anlegung neuer Kolonien könnte er nicht unter dem Fluche, wohl aber unter dem Segen der Völker ein neues, nicht unbedeutendes Königreich im Innern erobern.
Fürst Kaunitz.
Groß-Hoffinger, Geschichte Josefs II., (Leipzig 1870), 3. Aufl., S. 43.

---

1. Allgemeine Betrachtungen.

Wir haben bisher die Probleme der inneren Politik Österreichs durchdacht und müssen jetzt der *auswärtigen Politik* des Habsburgerstaates unsere Aufmerksamkeit widmen. Was bedeutet Österreich-Ungarn unter den Weltstaaten, worauf sind seine Bestrebungen gerichtet gewesen, worauf sollen sie gerichtet sein? Der Neuliberalismus wird diese schicksalsschweren Fragen nicht umgehen können, denn kein Staat bildet eine Welt für sich. In der Flut des internationalen Lebens gibt es keine Insel der Abgeschiedenheit. Das moderne Verkehrswesen hat die Entfernungen überwunden, die Reiche und die Völker sind einander nahegerückt. Ein Politiker, der nur das Vaterland vor Augen hat, kann bloß halbe Denkarbeit leisten. Das staatliche Innenleben wird nicht allein von der eigenen Politik beherrscht; die Weltereignisse wirken viel tiefer ein, als sich der simple Untertanenverstand träumen läßt. *Die Menschen werden frei und abhängig zugleich*; sie gewinnen nach innen hin ihre politische Mündigkeit, aber nach außen hin mehrt sich die Abhängigkeit, die aus der Zugehörigkeit zur großen Völkerfamilie der Menschheit, zum internationalen Staatensysteme entspringt. Enthält auch der Satz, daß kein Reich ohne eine wohldurchdachte, zweckentsprechende Innenpolitik zu Macht und Ansehen gelangen könne, eine fundamentale Wahrheit, so ist es anderseits nicht weniger richtig, daß eine mißglückte Außenpolitik zerstören müsse, was die kluge Einflußnahme auf die innere Entwicklung Gutes geschaffen hat. Der Politiker muß es wie der Seemann machen. Dieser prüft vor dem Antritt der Fahrt nicht nur, ob auf dem Schiffe alles in Ordnung sei, sondern er blickt noch nach

der schäumenden See und forscht nach den Launen des Wetters. Nicht bloß die inneren Verhältnisse, auch die äußeren Umstände werden berücksichtigt.

Die äußere Politik hat in der Habsburgermonarchie, und da wieder besonders in Österreich, in den weiteren Kreisen stets geringe Beachtung gefunden. Die Gründe dafür sind unschwer zu finden. Die Geschäfte der Diplomaten entziehen sich selbst in Staaten wie England, wo das Parlament dominiert, mehr oder minder der Öffentlichkeit, und in Republiken wie Frankreich spielt der Minister des Äußern mit verdeckten Karten. Um wie viel mehr mußte die Außenpolitik in der Habsburgermonarchie als Geheimwissenschaft angesehen und als Werk einer engen Zunft betrieben werden! Denn länger als in anderen Staaten hat sich hier die Auffassung erhalten, daß der Parlamentarismus lediglich für die Ereignisse, die von Bodenbach bis Triest, von Bregenz bis Orsova wirken, zu gelten habe. In der Innenpolitik konstitutionell, in der Außenpolitik absolut: das war ungefähr der leitende Gedanke. Seine staatsrechtliche Verkörperung bildeten die Delegationen, diese vierzig Jahre fast tadellos funktionierenden Bewilligungsapparate. Die zweite Erklärung gibt der enge politische Blick, der in den Volkskreisen der privilegienstarren Habsburgermonarchie leider vorgeherrscht hat. Wie rar waren die Männer, die sich nicht in den kleinsten und kleinlichsten Details verloren, die sich mit ihren Gedanken über die Gemarkungen des herkömmlichen Nationalegoismus hinauswagten und den Gesamtstaat zu umfassen die nötige Sehstärke hatten. Wie verschwindend gering mußte deshalb die Zahl derer sein, die — wenn es auch kein materielles österreichisch-ungarisches Staatsbürgerrecht gibt — doch als Angehörige einer gemeinsamen Monarchie über die Richtungslinien der Weltpolitik nachsannen. Endlich sprossen aus dem Boden Österreich-Ungarns so viele das Interesse gefangennehmende Probleme hervor, daß man zu sehr mit sich selbst beschäftigt war, um der anderen zu gedenken.

Dies wird für Österreich wenigstens bald anders sein. Der Staat des allgemeinen, gleichen Wahlrechts schafft neue

Voraussetzungen für die Behandlung, die der internationalen Politik sowohl von „unten“ als von „oben“ zuteil werden muß. Der Übergang von der nationalen Krähwinkelei zur großzügigen Nationalpolitik wird die Menschen freier und größer machen. Die Nationen werden ein Vaterland haben — es wird im besten Sinne des Wortes ein Österreich geben. Erst dann können die Volksmassen zur auswärtigen Staatspolitik ein richtiges Verhältnis gewinnen. Gewiß, in Neu-Österreich werden die Völker ihre Stammesgefühle nicht verleugnen oder verlieren; aber die Kunst der Staatslenker wird diese Empfindungen dahin zu meistern suchen müssen, daß sie nicht aus der Habsburgermonarchie hinausdrängen, sondern in diese hereinziehen. Wir haben schon im ersten Teile betont, daß Zisleithanien — und dasselbe gilt für Transleithanien — das toleranteste und demokratischeste Land Europas sein müsse. „Sei frei, Genua, und ich bin dein glücklichster Bürger!“ Dieser Ausruf Fiescos beim Anblicke des funkelnden Meeres sollte den Ministern des Habsburgerstaates früh und spät in Erinnerung gebracht werden. Vielleicht taucht dann die folgende für Österreich-Ungarn vielsagende Stelle aus der Einleitung zu Schillers „Geschichte des Abfalls der vereinigten Niederlande“ im Gedächtnisse auf:

„Alle die Tausende, welche die Grausamkeit der königlichen Statthalter aus den südlichen Niederlanden, der Hugenottenkrieg aus Frankreich und der Gewissenszwang aus anderen Gegenden Europas verjagten, alle gehörten ihnen . . . Jede Kränkung, von einem Tyrannen erlitten, gab ein Bürgerrecht in Holland. Man drängte sich nach einem Lande, wo die Freiheit ihre erfreuende Fahne aufsteckte . . .“

Nicht nur die eigentliche Geburt Österreichs, auch der Zerfall der Delegationen wird die auswärtige Politik dem Volke näherbringen. Dadurch verschiebt sich der Ausgangspunkt, von dem der Lenker der diplomatischen Geschäfte zu seinem Kalküle kommt. Im Habsburgerstaate werden die Staatskanzler wohl auch in Zukunft mehr als anderwärts eine persönliche Politik verfolgen müssen; denn in einem Reiche, das aus zwei selbständigen Staatsgebieten besteht, in dem es fast ein Dutzend Nationen gibt, wird der verantwortliche Minister sich von keinem Einzelinteresse schieben lassen

dürfen, sondern die Aufgabe haben, nach freiem Ermessen die mittlere Linie zu bestimmen. Allein während früher dynastische Lieblingsideen oder Wünsche den Ausschlag gaben, werden nun die Volksinteressen tonangebend sein. In diesem Sinne wird die auswärtige Politik Österreich-Ungarns eine demokratischere Färbung erhalten.

Ein Programm für das internationale Zusammenleben der Staaten ist bis heute ein Luxusgegenstand für jeden zisleithanischen Politiker gewesen; es wird aber bald zum Hausbedarfe gehören. Wie soll sich also der Neuliberalismus zum Probleme der auswärtigen Politik stellen? Wohl auf keinem anderen Gebiete eröffnet sich für Anschauungsdifferenzen ein gleich weiter Spielraum. Und doch muß man sich zu einer einheitlichen Auffassung durcharbeiten. Um zur Erkenntnis der geeigneten Haltung der Habsburgermonarchie gegenüber den anderen Mächten zu gelangen, können zwei Methoden gewählt werden. Bei der einen leitet man die Folgerungen aus dem politischen Weltbilde ab, bei der anderen fragt man zuerst nach der eigenen Situation und sieht sich erst dann genauer die Lage der übrigen Mächte an. Die erste Methode anzuwenden ist ungemein schwer. Worauf sollen mir unsere Berechnungen stützen? Welches sind die inneren Kräfte der einzelnen Staaten und welches die herrschenden Ideen? Zur klaren Vorstellung über die materiellen Faktoren verhelfen eingehende Detailstudien; wie jedoch kann man die ideellen Faktoren, die Imponderabilien, bestimmen? Zudem entscheiden in der internationalen Politik oft mehr die Köpfe als die Verhältnisse. Mit dem Einmaleins der Materialisten lassen sich keine weltpolitischen Beobachtungen anstellen. Chamberlains oder Campbell-Bannermans Sieg, Delcassés oder Rouviers Triumph: das sind Gegensätze und dennoch eine Zeitlang Möglichkeiten gewesen. Doch Delcassé und Chamberlain hätten den Pendel der Weltpolitik in eine ganz andere Schwingung versetzt als Rouvier und Campbell-Bannerman. Die Beziehungen, die sich in Rußland zwischen der Duma und dem Zarenhofe entwickeln, ebenso

wie die Zusammensetzung des russischen Parlaments selbst, der Fortgang der Kirchenpolitik in Frankreich und die Stellung des Vatikans, der Lauf der großitalienischen Bewegung und die von ihr erweckte Sehnsucht nach der Herrschaft über die Adria: das sind Fragen von unendlicher Tragweite, die aber offenbleiben müssen, weil niemand die Lösung vorherzusehen vermag. Außerdem ist zu bedenken, daß die internationale Politik heute in erster Linie auf vier Augen ruht: Kaiser Wilhelm II. und König Eduard VII. sind die mächtigen Führer im Frieden und im — Streite. Berlin und London, das sind die Pole der Weltpolitik. Zwei Männer von ganz verschiedener Veranlagung, zwei Individualitäten, von denen die eine rasch entschlossen ist und kühn zugreift, während die andere vorsichtig operiert, halten die Karten zum Ausspielen bereit in den Händen. Beide wollen den Frieden, und doch wird es kein ernster Politiker unterlassen, auch die Eventualität ins Auge zu fassen, daß der Säbel einmal und irgendwo aus der Scheide rutscht. Dr. Paul Rohrbach, der jetzt im Staatsdienste des Deutschen Reiches steht, weist in seinem Buche „Deutschland unter den Weltvölkern“ darauf hin, was eine Niederlage Deutschlands in einem Kriege mit England für Österreich-Ungarn mit sich bringen könnte. Sie böte für das Haus Habsburg die Möglichkeit, seinen politischen Einfluß auf Süddeutschland wiederherzustellen, und es liegt nahe, daß alle Kraft des Romanismus und Klerikalismus spielen würde, um das protestantische Deutschland zu sprengen[1]. Das wäre freilich der allerschlimmste Fall, und niemand denkt ernstlich, daß die Ereignisse diesen Weg einschlagen könnten. Aber genug an dem, es ist eine Eventualität, die freilich einen Blick in den Abgrund tun läßt, in den uns ein gütiges Geschick niemals schleudern möge. Doch man sieht, wie die Räder der internationalen Politik ineinandergreifen; eine Umdrehung ruft gleich die andere hervor.

[1] Dr. Paul Rohrbach, Deutschland unter den Weltvölkern. Berlin 1903. S. 154.

Schon diese wenigen Ausblicke lehren, daß die prinzipielle Stellung zur Weltpolitik von schwankenden Prämissen abhängig gemacht wird, wenn man aus dem großen Ganzen auf den Teil schließt. Wenden wir daher die zweite Methode an, indem wir erst die Kräfte und Fähigkeiten der Habsburgermonarchie abschätzen. Österreich-Ungarn repräsentiert dem Auslande gegenüber eine Einheit. Um von seiner Aktionsfähigkeit zutreffende Vorstellungen zu gewinnen, müßten wir — da wir früher nur die westliche Reichshälfte behandelt haben — jetzt die wirtschaftlichen, nationalen, sozialen und politischen Verhältnisse Ungarns untersuchen. Wir können uns jedoch diese umfassenden Darstellungen erlassen, weil wir auf den nachfolgenden Seiten nicht die Aktionsfähigkeit Österreich-Ungarns aufzeigen, sondern das Gebot der praktischen Vernunft beleuchten wollen, das zur politischen Passivität und wirtschaftlichen Expansion nach außen hin mahnt. Andere mögen Kriege führen, du erwachendes Österreich treibe — so lange es geht — Handel! Das wäre eine modernisierte Fassung des berühmten alten Sprüchleins, so sollte jeder zielbewußte Staatskanzler des Habsburgerstaates denken. Wir werden demnach die Gründe anzuführen haben, die für die Ansicht sprechen, daß Österreich-Ungarns weltpolitisches Sinnen und Trachten für absehbare Zeit von dem einzigen leitenden Gedanken: jede territoriale Eroberungspolitik wäre ein Unglück! erfüllt sein müsse. Der Habsburgerstaat ist gezwungen, ein Hort des Friedens zu bleiben. Wenn sich auch andere Reiche erweitern, er darf über sein natürliches Maß nicht hinausstreben. Nach innen unbegrenzt, nach außen begrenzt! gebietet das Schicksal für ein Menschenalter. Was Goethe von den Individuen sagt: „Der geringste Mensch kann komplett sein, wenn er sich innerhalb der Grenzen seiner Fähigkeiten und Fertigkeiten bewegt", vermag ebenso seine Nutzanwendung auf die Staaten zu finden. Doch ehe wir die Aufzählung unserer Beweggründe beginnen, sollen die Leitgedanken der auswärtigen Politik Österreich-Ungarns seit der alles neubelebenden Amtsführung des Fürsten Kaunitz entwickelt werden.

2. Zur Geschichte der auswärtigen Politik.

Will ein Naturforscher ein schwieriges organisches Gewebe untersuchen, so bringt er dieses durch die Einspritzung einer in den festen Aggregatzustand übergehenden Flüssigkeit zum Erstarren. Einige Querschnitte gestatten ihm hierauf, den Lauf der Gefäße zu vergleichen. Auch für den Politiker ist es empfehlenswert, von Zeit zu Zeit verschiedene Perioden miteinander in Vergleich zu ziehen und dadurch einen Überblick über den Gang der Ereignisse zu gewinnen. Das Verständnis der Gegenwart allein genügt nicht; es lehrt uns nur das Notwendige erkennen, während erst die Vergangenheit zeigt, wie man dieses herbeiführen soll. Verfolgen wir nun die Tendenz, die des Habsburgerstaates auswärtige Politik in verschiedenen Epochen aufweist. Am 31. Oktober 1752 bemerkte Kaiserin Maria Theresia in einer langen Unterredung mit dem Fürsten Khevenhüller, „daß sie es mit dem Grafen Ulefeld nicht länger aushalten könne und entschlossen wäre, es mit dem Grafen Kaunitz zu versuchen, obwohl sie dabei viele Unannehmlichkeiten mit dem Kaiser voraussehe und bei der schwachen Gesundheit und den Wunderlichkeiten des Grafen auf keine lange Dauer des Verhältnisses rechnen könne“ [1]. Dieser neue Mann war vom Geschicke ausersehen, vier Dezennien die Zügel der auswärtigen Politik in Händen zu halten. Der später gefürstete Graf Wenzel Anton Kaunitz lenkte den amtlichen Geschäftsgang in neue Bahnen. Früher ergingen die Reskripte an die Vertreter Österreichs im Auslande fast ausnahmslos im Namen und mit der Unterschrift des Monarchen, und die wichtigeren Angelegenheiten kamen in der Staatskonferenz zur Entscheidung. Kaunitz entledigte sich dieser allmählich, auch erließ er fortab die Weisungen an die Gesandten. Dadurch wurde das Amt des Ministers des Äußern (Staatskanzlers) zur vollen Bedeutung gehoben. In einer Zeit denk-

[1] Adam Wolf, Aus dem Hofleben Maria Theresias. Wien 1859. 2. Aufl. S. 50.

würdiger Ereignisse stand Kaunitz auf der Kommandobrücke des Staatsschiffes. Die Wogen des Erbfolgekrieges waren verrauscht, aber sie hatten von Österreichs Gebiet ein Stück weggerissen: Schlesien. Der Erbfolgekrieg traf England auf der Seite der jugendlichen Habsburgerin; doch das Bundesverhältnis war nicht ungetrübt geblieben, und schon frühzeitig keimte der Wunsch nach einer anderen Allianz in Österreich auf. Kaunitz hat das Kunststück zuwege gebracht, Frankreich von der Seite Preußens zu ziehen, obgleich er im Jahre 1750, da er als Gesandter nach Paris kam, melden mußte, daß er glaube, die Trennung der beiden Verbündeten niemals zustandezubringen. Aber die schönen Augen der Pompadour vermochten viel, und des Staatskanzlers beharrliches Mühen wurde durch den Vertrag vom 3. Mai 1757 belohnt. Dieser sicherte der Kaiserin Maria Theresia die Hilfe Frankreichs [2]. Eine neue Gruppierung der Mächte war eingeleitet; sie mußte im beginnenden Siebenjährigen Kriege ihre Feuerprobe bestehen. Die Prinzipien, die Kaunitz, der aufgeklärte Verehrer Voltaires, im Jahre 1755 aufgestellt hatte, lenkten ihn fast unverändert während seines langen Dienstes unter den in ihrem Temperamente so verschiedenen Herrscherindividualitäten. Die Allianz mit Frankreich hielt er für die bedeutendste Tat seines Lebens. Freilich konnte im Jahre 1789 der Sturz der Bastille dem Könige Friedrich Wilhelm II. von Preußen von einem Untergebenen mit den Worten gemeldet werden: „Die Allianz zwischen Österreich und Frankreich ist vernichtet“ [3]. Die Antipathie gegen die englischen Staatsmänner wurde Kaunitz nie ganz los, obwohl er sich schließlich dem Plane Kaiser Josefs, dem Inselreiche näherzutreten, beugte. Preußens Bekämpfung betrachtete er als einen Kardinalgrundsatz der österreichischen Politik. Die Allianz mit Rußland, die der Tod der Kaiserin Elisabeth gelöst hatte, suchte er mit vielem Eifer zu erneuern, und als Kaiser Josef zur zweiten Zusammenkunft mit der Kaiserin Katharina

[2] Franz Mayer, Geschichte Österreichs, II, 151 ff.

[3] Eduard Wertheimer, Geschichte Österreichs und Ungarns im ersten Jahrzehnt des 19. Jahrhunderts. Leipzig 1884. I, 8.

rüstete, zeichnete der Staatskanzler das der Zarin gegenüber einzuhaltende Benehmen bis in die kleinsten Details vor. Wohl sah er nicht gern, daß Rußland seine Grenzen nach dem Westen hin erweiterte; nach dem Osten ließ er ihm freies Feld. Die Teilung der Türkei wurde von dem Fürsten schon bei den Verhandlungen über Polens Schicksal erörtert. Im Jahre 1787 forcierte er die Kriegserklärung an die Pforte. Bereits vier Jahre vorher hätte er gern den Anlaß ergriffen, von der Türkei alles zurückzuverlangen, was Österreich einstmals durch den Friedensschluß bei Passarowitz erworben hatte[4].

Von dem Sonderlinge Kaunitz springen wir zum Weltmanne Metternich über. Graf, später Fürst Clemens Lothar Metternich übernahm am 8. Oktober 1809 das Ministerium des Äußern. Damals dominierten in den Kreisen der Diplomaten die Theorien Friedrich von Gentz', die sich in dem feinen Kopfe unter dem Eindrucke der Umwälzung des französischen Staates herausgebildet hatten. Genau besehen variieren sie nur den Gedanken Mallet Dupans: Die Revolution wird das europäische Gleichgewicht, das sie ohnehin bereits erschütterte, vollends zerstören, wenn sich Europa nicht zur Wehr setzt. Gentz reduziert das schwere verwickelte Problem auf die Frage: inwieweit Österreich und Preußen sich selbst und alles mit ihnen gegen Frankreich zu schützen imstande sind. Früher waren die beiden Mächte bestimmt, einander das Gegengewicht zu halten; seit der französischen Revolution ist jedoch die Verbindung der Häuser Habsburg und Hohenzollern das einzige Rettungsmittel. Denn entweder mit Österreich oder mit Preußen werden zu allen Zeiten Rußland und England sowie die meisten Staaten zweiten oder dritten Ranges alliiert sein, so daß sich allemal auf die eine oder andere Weise eine Koalition von Europa ergebe[5]. Gentz war der schönschreibende Verkünder des Evangeliums eines europäischen

[4] Adolf Beer, Josef II., Leopold II. und Kaunitz. Wien 1873. S. das prägnante Vorwort Seite IV bis XXIV.

[5] Eugen Guglia, Friedrich von Gentz. Wien 1901. S. 165ff.

Gleichgewichts; der Legitimitätsgedanke hat sich erst später entwickelt, denn der publizistische Dolmetsch Metternichs wollte Napoleon den Thron der Bourbonen erhalten. Aus einer Paarung der Ideen des Freiherrn von Gentz und des Mystizismus der Frau von Krüdener entstand ein unheilvolles Geschöpf: die heilige Allianz, wohl das blutleerste Wesen, das jemals in die Welt gesetzt worden ist. Metternich war sein treuester Hüter. Das machte ihn in den Augen seiner Standesgenossen groß und läßt ihn unseren Blicken klein erscheinen. Anfänglich mochte der „Kutscher Europas", der eigentlich nur sein Konservator war, innerlich daran glauben, das aus den Fugen gehende Staatengebälk durch die Klammer des Konservativismus zusammenzuhalten. Bald aber erkannte der scharfblickende Mann, daß all sein Hoffen vergebens sei. Nun dachte er nicht mehr an die Welt, sondern nur an sich. Er wußte, daß er sich auf einem Vulkane befinde, doch er wollte auf ihm sorgenlos tanzen, so lange er lebte, und suchte bloß zu hindern, daß sich der Krater vorzeitig öffne. Nach mir die Sintflut: das ist die Lebensphilosophie Metternichs gewesen, und sie erfaßt uns, die wir in den Bänden seiner nachgelassenen Schriften blättern, mit Schaudern. In der ersten Hälfte des vorigen Jahrhunderts mochten die müden, durch die Revolution und den Napoleon-Schrecken nervös gewordenen Kreise allerdings anders empfunden haben als wir, denn in einen Panegyrikus[6] auf den Staatskanzler wurde als Beweis höherer Vernunft ein Gespräch mit dem Grafen Krasinsky aufgenommen, in dem Metternich rundweg erklärte: „Ich gestehe Ihnen offen, daß mir die gegenwärtige Gefahr immer über die künftige gehe; mit der einen muß man sich unverzüglich beschäftigen, mit der anderen hat es Zeit." Die Erhaltung des europäischen Gleichgewichts beziehungsweise die Pflege der Tradition der heiligen Allianz war kein so einfaches Geschäft; es schien nur weniger beschwerlich und sorgenvoll als die Auseinander-

[6] Dr. Wilhelm Binder, Fürst Clemens Metternich und sein Zeitalter. Ludwigsburg 1838. 2. Aufl. S. 266.

setzung mit dem Volke. Es bedurfte großer Elastizität, um die Stöße auszuhalten, die das rollende Rad der Geschichte der Metternichschen Politik versetzte, um sie schadlos zu überstehen. Metternich hatte die dazu erforderliche Geschmeidigkeit des Diplomaten; was ihm fehlte, war die Kraft, die ein handelnder Staatsmann braucht. Die Jahre von 1829 ab waren voll Aufregung. Der russisch-türkische Krieg hatte die Habsburgermonarchie isoliert; die Entthronung Karls X. war ein harter Schlag. „Jetzt wird es an allen Orten brennen," rief Metternich aus, als er die Folgen der Julirevolution vernahm[7]. Gegen Ende der Dreißigerjahre trat das orientalische Problem wieder stärker in den Vordergrund. Mehemet Ali, der kühne Pascha von Ägypten, brachte Europa in Wallung; Rußland und England stellten sich schützend zur Türkei. Österreich und Preußen gesellten sich ihnen zu. Frankreich, das Mehemet Alis Forderungen unterstützte, war von kriegerischen Neigungen erfüllt. Europa drohte in Brand zu geraten. „Ein wenig seid ihr doch immer von der Tarantel gestochen," sagte Metternich in der kritischen Zeit zum Gesandten Frankreichs, „tanzt ihr nicht, so werft ihr euch mit den Zähnen auf die Welt[8]." Mit zarten Fingern löste Österreichs Staatskanzler das Netz der Verwirrungen auf. Und er hat es immer so getan. Die Ereignisse gingen über das „System" des Wiener auswärtigen Amts hinweg, doch das Ansehen des Staates blieb im Konzert der Mächte gewahrt. Darauf aber kam es an. Die Ära Metternich war die Zeit der stärksten geistigen Bedrückung in Europa; doppelt hart wurde diese Knechtung nach der Aufklärungsepoche empfunden. Metternich repräsentierte Österreich, und so geriet dieser Staat bei den Völkern in Verruf. Zwar hatte Gentz in den Tagen seines Alters eingesehen, daß es an der Zeit wäre, andere Saiten aufzuziehen, und auch der Staatskanzler war mürbe geworden. Er fühlte zuletzt, daß er das Werden des Frühlings nicht vereiteln könne, und

[7] Schmidt-Weißenfels, Fürst Metternich. Prag 1860. I, 401.
[8] Schmidt-Weißenfels a. a. O. II, 110.

wollte den Verhältnissen Rechnung tragen. Aber die frische, starke Märzenluft entwurzelte ihn.

Nach dem Freiheitsjahre lenkte Fürst Felix Schwarzenberg die diplomatischen Geschäfte der Habsburgermonarchie. Österreichs Prestige hatte durch die Revolution stark gelitten, denn das lose Gefüge des trotz des ungarischen Parlamentarismus nahezu zentralistisch regierten Staates war mit ungeschminkter Deutlichkeit hervorgetreten. Aber Windischgrätz, dieser Alba in Taschenausgabe, beugte Wien, und der greise Radetzky bezwang die Gefahren, die auf italienischem Boden auftauchten. Nach der Kapitulation Venedigs richtete er am 22. August 1849 an sein Heer schwungvolle, Schönhals' flammenden Stil verratende Dankesworte, in denen er die Hoffnung aussprach, daß „der beweinenswerte Bruderkrieg“, der noch einen Teil des Vaterlandes verheere, bald überwunden sein werde. „Dann werden die, die sich jetzt noch als Feinde gegenüberstehen, ihres Irrtums, ihrer Verblendung inne werden und sich als Brüder erkennen. Das gezückte Schwert wird ihrer Rechten entsinken; Friede und Versöhnung wird zurückkehren, und Österreichs makellose Fahne wird wieder an der Spitze eines versöhnlichen Bruderheeres wehen ...[9].“ Ungarn hatte bereits den Tag von Vilagos erlebt. Am 13. August 1849 streckten 30000 Mann vor dem russischen General Rüdiger die Waffen; Ende September fiel auch Komorn, die letzte Feste der ungarischen Selbständigkeit. Der Kaiserstaat Österreich hatte in seinen Provinzen die Ruhe hergestellt; nun konnte er daran gehen, nach außen hin das alte Ansehen zurückzugewinnen. Während Metternich das Einvernehmen mit Preußen benützte, um die Völker niederzudrücken und den Geist der heiligen Allianz zu erhalten, machte sich Schwarzenberg die Traditionen der heiligen Allianz zunutze, um Preußen zurückzudrängen. Der blasierte Aristokrat besaß ein ganz feines Verständnis für die Menschen, mit denen er zu tun hatte. Er blickte mit scharfen Augen in

[9] Graf Radetzky, Eine biographische Skizze nach den eigenen Diktaten. Herausgegeben von einem österreichischen Veteranen. Wien 1858 S. 390.

die Seele des gekrönten Romantikers Friedrich Wilhelm IV. und gründete seine Pläne auf den konservativen Charakter des preußischen Königs. Schwarzenberg stellte sich den Unionsbestrebungen der drei Könige von Preußen, Hannover und Sachsen entgegen, und er hatte die Genugtuung, daß Preußen in Olmütz einlenkte und nach den Dresdener Verhandlungen wieder in den alten Bundestag eintrat, in dem Österreich über die Mehrheit verfügte. Schwarzenbergs Politik war darauf gerichtet, Österreichs Vormachtstellung in Deutschland fest zu begründen; Preußens Demütigung mußte die Folge sein. Dennoch war es gelungen, den konservativen Bund Österreichs, Preußens und Rußlands zu erhalten. Den Erfolg seiner politischen Bestrebungen hat Schwarzenberg noch einige Zeit genießen können; vom Schauplatze des Kampfes gegen die wirtschaftliche Führerposition Preußens rief ihn der Tod vorzeitig ab. Als Schwarzenberg am 5. April 1852 starb, befanden sich die Wiener Konferenzen im Gange. Ganz Deutschland bis auf Preußen und die thüringischen Staaten waren vertreten; über das Verhältnis Österreichs zum Zollvereine sollte entschieden werden. Mit Schwarzenberg war der gefährlichste Gegner Preußens heimgegangen. Die schöpferische Kraft und rücksichtslose Energie erlosch. „Der Wagen konnte dem ihm einmal gegebenen kräftigen Impulse folgend noch eine Weile rollen," schreibt Delbrück, „mußte aber allmählich in ein langsameres Tempo verfallen[10]."

Die nächsten eineinhalb Jahrzehnte sind für die internationale Position des Habsburgerreichs von folgenschwerer Bedeutung gewesen. Nach zwei Richtungen hin erlosch der Einfluß Österreichs. Die Vorherrschaft in Deutschland ging verloren, und die Besitzungen auf Italiens Boden wurden den Habsburgern entrissen. Österreich hat in dieser Periode drei Minister des Äußern gehabt, die des größeren Zuschnittes entbehrten. Graf Buol-Schauenstein, der schwankende Nachfolger Schwarzenbergs, wurde uns durch Dr. Hein-

[10] Rudolph von Delbrück, Lebenserinnerungen. Leipzig 1905. I, 305.

rich Friedjungs Arbeit über den Krimkrieg nähergerückt. Buols Politik hat den Habsburgerstaat vollständig isoliert, das alte System der Allianzen ging in Trümmer. Wohl war die Vormundschaft Rußlands, die jene denkwürdige Szene von Münchengrätz begründet hat, aufgehoben worden; gleichzeitig hatte sich der Staat aber Rußlands Freundschaft verscherzt und Preußen verstimmt, ohne sich die Gunst Frankreichs und Englands zu erwerben. Dem Vordringen des Zaren wurde zwar ein Damm entgegengesetzt, doch das Ansehen Österreichs in den Donaufürstentümern erlitt eine Einbuße. Im Jahre 1855 hatte Buol zu Beust gesagt: „Wir haben die Donaufürstentümer in der Tasche“ [11]), de facto war nichts in diese gekommen. Im Gegenteile. Der Krimkrieg leerte Österreichs Säckel; viele Millionen Gulden kostete der nutzlose Ausflug in die Donaufürstentümer.

Das Konkordats-Österreich hatte sich direkt und indirekt in Italien unangenehm fühlbar gemacht. Bezeichnend für die Stimmung ist die Rede Cavours auf dem Pariser Kongresse, in der er — was übrigens von Herrn von Hübner sofort beanstandet wurde — nur von der Okkupation des Kirchenstaates durch österreichische Truppen sprach, der französischen Besatzung aber gar nicht gedachte [12]. Die Spannung nahm nun immer zu, obwohl Österreich, durch die Pariser Erfahrungen gewitzigt, in Lombardo-Venezien, wo es bisher „schrecklichen Haß“ geerntet hatte, ein Regime der Milde begann. Zu spät. Manin traf den Gedanken seiner italienischen Landsleute, als er aus seinem Exile schrieb: „Wir verlangen nicht, daß Österreich menschlicher werde, wir verlangen, daß es seiner Wege gehe.“ Im Sommer des Jahres 1858 entwarfen Napoleon III. und Cavour in einem Badeorte die Grundzüge eines französisch-piemontesischen Bündnisses. Nach Italien zurückgekehrt, ließ der seinem Ziele nähergerückte Minister den kühnen Freischärler Gari-

[11] Heinrich Friedjung, Der Krimkrieg und die österreichische Politik. S. 183.

[12] Felix Bamberg, Geschichte der orientalischen Angelegenheit. Berlin 1892. S. 254.

baldi zu sich kommen; er bat ihn, sich bereit zu halten[13]. Am 1. Januar 1859 richtete Napoleon III. die bekannte Anrede an den österreichischen Botschafter Herrn von Hübner, und am 10. Januar sagte König Viktor Emanuel bei der Wiedereröffnung des Parlaments: „Unsere Lage ist nicht frei von Gefahren, da wir bei aller Achtung vor Verträgen doch nicht unempfindlich sind für den Schmerzensschrei, der aus so vielen Teilen Italiens zu uns herüberschallt." Trotzdem brach der Krieg unerwartet rasch aus, und da Buol bei der Erlassung eines Ultimatums an Italien übergangen wurde, reichte er sein Demissionsgesuch ein. Den Kampf Österreichs mit Italien und Frankreich sowie die Haltung Preußens zu schildern ist hier nicht der Platz. Bei der Zusammenkunft Napoleons III. und Kaiser Franz Josefs in Villafranca trat Österreichs Herrscher die Lombardei ab. Das Land, das so viel deutsches Blut getrunken, ging verloren.

Buols Erbe war Graf Bernhard Rechberg; am 17. Mai 1859 wurde er Minister des Äußern. Als Rechberg das Amt antrat, spukte noch der Schwarzenberg'sche Gedanke eines deutschen Siebzigmillionenreiches in den Köpfen. Bismarck wäre damals nicht abgeneigt gewesen, an der Schaffung eines „Siebzigmillionenreiches mit zweiköpfiger Spitze" mitzuarbeiten. Österreich und Preußen sollten jedoch gleichberechtigt sein. Im Dezember 1862 hatte sich Bismarck dem Grafen Karolyi gegenüber geäußert, daß die Beziehungen zwischen den beiden Staaten entweder besser oder schlechter werden müßten. Er wolle an ihrer Besserung mitwirken. Im Falle des Mißlingens aber werde es Österreich mit einer „europäischen Großmacht" zu tun bekommen[14]. Allein der Habsburgerstaat strebte unentwegt die Vorherrschaft an; teils war das großdeutsche Ideal, teils der klerikale Einfluß maßgebend. Wir können hier nicht auf die Einzelheiten dieses Kampfes eingehen, zumal sie das in weiteren Kreisen verhältnismäßig bekannteste Kapitel aus der österreichischen

[13] Pietro Orsi, Das moderne Italien. Deutsch. Leipzig 1902. S. 214 ff.

[14] Bismarck a. a. O. I, 335.

Geschichte bilden. In diesem Ringen verbrauchte sich Rechberg. Übrigens hat er nur die zweite Geige gespielt; zum Fürstentage nach Frankfurt drängte Schmerling mit sanguinischen Hoffnungen, und Rechberg ging bloß deshalb dahin, weil der Kaiser seine Demission nicht angenommen hatte, da er sich den Stuhl von seinem Minister nicht vor die Türe setzen lassen wollte[15]. Konservativ seiner Gesinnung nach, litt Rechberg unter seinem heftigen, aufbrausenden Wesen. Er war schwankend in seinen Entschlüssen, hatte jedoch bisweilen einen klaren Blick gezeigt, so als er die Preisgebung Schleswig-Holsteins befürwortete und dafür von Preußen Garantien für Österreichs Stellung in Italien erwirken wollte. Freilich: das letzte Wort in der deutschen Frage wäre auch bei Befolgung des Rechbergschen Rates nicht gesprochen gewesen. Irgendwo und irgendwann hätte es trotzdem ein Königgrätz gegeben.

Im Oktober 1865 hielt Graf Alexander Mensdorff seinen Einzug in das Amt auf dem Ballplatze. Der Feldmarschalleutnant Mensdorff, der vor seiner Berufung Statthalter von Galizien war, wollte eben von Wien, wo er wegen amtlicher Geschäfte geweilt hatte, auf seinen Posten zurückkehren, als ihm das Ministerportefeuille in den Schoß fiel. Er nahm es nicht gerne, doch seine Bedenken, daß er lediglich Soldat sei, zerstreute der bestimmte Wille des Monarchen. Mensdorff gehörte zu den Glückskindern, die im Leben ebene Straßen vor sich sehen. Seine Frau, die reichste Erbin Österreichs, soll ihren Freundinnen gesagt haben: Die Herren vom Reichsrate würden sich wundern, ihren Mann da einen Degen tragen zu sehen, wo Rechberg nur eine Feder hatte[16]; nun, Graf Mensdorff war sicherlich kein Eisenfresser, sondern eine außerordentlich schwache politische Persönlichkeit. Schon unter Rechberg hatten im Ministerium des Äußern einige Hofräte den Ton angegeben, die jetzt vollständig das Übergewicht erlangten. Sie stammten zum

[15] Heinrich Friedjung, Kampf um die Vorherrschaft. I, 57ff.

[16] Walter Rogge, Österreich von Vilagos bis zur Gegenwart. II, 254.

Teile aus den deutschen Kleinstaaten, und einige waren früher Protestanten gewesen; um so eifriger dienten sie jetzt den Klerikal-Konservativen, die — in der Ära Schmerling — trotz des „liberalen“ Kurses fest im Sattel saßen [17] und dann in der Sistierungsperiode noch einmal die für ihre Lungen so kräftigende Konkordatsluft voll einatmen durften. Den Pygmäen im Wiener auswärtigen Amte, denen sich auch Graf Esterhazy und Graf Blome hinzugesellten, stand in Preußen ein Mann gegenüber, der den klerikal-großdeutschen Brauseköpfen mit hellem, klarem Verstande entgegenwirkte. Er verknüpfte die schleswig-holsteinische Frage mit der deutschen Frage und rief die Stunde der Entscheidung herbei. Der böhmische Feldzug des Jahres 1866 entschied das Schicksal der Habsburgermonarchie; die Siege im Süden waren nutzlos gewesen. Der Prager Friede zwischen Österreich und Preußen und der Wiener Friede zwischen Österreich und Italien sind die wichtigsten Merksteine für die auswärtige Politik des Habsburgerstaates seit den Tagen des Wiener Kongresses.

* * *

Österreich mußte im Jahre 1866 nicht nur ein Kleinod aus seinem Länderbesitze herausgeben, es war auch gezwungen, einem alten Ideale zu entsagen. Seit den Zeiten des Fürsten Kaunitz wurde das Wachstum des preußischen Staates am Wiener Hofe mit steigendem Argwohne betrachtet, und wie immer die äußeren Beziehungen der beiden Reiche sein mochten, hatte man an der Donau doch stets das Gefühl, einen Rivalen vor sich zu haben. Und nun zog der Gegner als Sieger heim: Großdeutschland mit Österreich an der Spitze war abgetan, Deutschland unter Preußens Führung lediglich eine Frage der Zeit. Der Protestantismus hatte den Katholizismus zu Boden gedrückt, der an ernste Arbeit gewöhnte Norden den leichtlebigen Süden bezwungen. Dazu

[17] Prof. Dr. Ottokar Lorenz übt in seinem Buche „Kaiser Wilhelm und die Begründung des Reiches“, Jena 1902, eine vernichtende Kritik, von der man allerdings das abziehen muß, was auf die kalte Gesinnung des Verfassers für Österreich zurückzuführen ist. Siehe S. 45 ff.

kam noch das Empfinden, daß der Einfluß auf den italienischen Sprachkreis für alle Zeiten verloren gegangen sei. An zwei Grenzseiten ragten nun jugendkräftige Staaten empor, die niederzuhalten teils mit Waffen, teils durch diplomatische Künste wiederholt versucht worden war und die jetzt Achtung einflößen mußten. Im Westen und Süden von festen Ländermauern umgeben, im Norden vom grollenden Zarenreiche eingeengt, behielt der Habsburgerstaat bloß nach dem Osten hin freie Hand. Der Orient ward bald zum Ziele phantasiereicher Pläne. Dort konnte man für den Verlust an Territorium, für die Einbuße an Prestige Ersatz holen. Österreich, das in blutigen Schlachten den beutegierigen Horden des osmanischen Reiches den Weg nach Europa verlegt hatte, ohne daraus dauernden Gewinn zu ziehen, mochte sich nun schadlos halten. Der Doppelaar, dessen Flügel bei Königgrätz verwundet wurden, erhob sich nach einiger Ruhe zu einem raschen Fluge nach dem Lande des Sonnenaufgangs . . .

Doch zunächst blieb der Blick noch mechanisch auf Deutschland gebannt. In den Nebeln von Chlum war Österreichs Kriegsruhm untergegangen: allein warum sollte man dem nicht wieder aufhelfen können? Österreich konnte verlieren, aber es ergab sich nicht dem Schicksale; so wurde denn in das Palais auf dem Ballplatze wieder ein Mann aus dem Reiche berufen und diesmal gleich auf den Ministerposten. Der vielgeschäftige, bewegliche Graf Friedrich Ferdinand Beust — die Grafenwürde ward ihm in Österreich zum Lohne — übernahm seine neue Würde Ende Oktober 1866. Er selbst schreibt in seinen Memoiren, daß es in seinem ganzen Leben für ihn keine größere Überraschung gab als seine Berufung in den österreichischen Dienst. Der Minister eines Kleinstaates war zum führenden Diplomaten eines Großstaates vorgerückt. Er brachte die Gegnerschaft wider Preußen in sein neues Amt mit und blieb ihr treu. Bismarck war das große Hemmnis für die Durchsetzung seiner Ideen, und Beust, der die Genialität dieses Mannes nicht zu würdigen vermochte, glaubte sich befähigt, die Vor-

wärtsbewegung des Kolosses aufzuhalten. Der neue Staatskanzler hatte die Mission, Österreichs Ansehen herzustellen, und diente jenen Kreisen, die Deutschland für die Habsburger noch nicht verloren geben wollten. Die Reibungen zwischen Preußen und Frankreich belebten die Hoffnungen der Wiener Kriegspartei, und als der Krieg ausbrach, verhütete nur die Entschiedenheit des Grafen Andrassy, daß Österreich-Ungarn auf den Kampfplatz trat. Der ungarische Staatsmann hatte keine Lust, Preußen in die Arme zu fallen; für ihn stand es fest, daß der Habsburgerstaat nach Königgrätz eine andere Politik wählen müsse als vor der Niederlage. Beust, der besonders den Klerikal-Konservativen ein Dorn im Auge war — die Kündigung des Konkordats ist ihm mit flammendem Hasse vergolten worden — wurde von den inneren Wirren Zisleithaniens mitgerissen, von seinem Ministerfauteuil geschleudert.

Am 8. November 1871 löste ihn Graf Julius Andrassy ab, der die Würde eines ungarischen Ministerpräsidenten gegen die Bürde eines Ministers des Äußern eintauschte. Ein Mann, der in seiner Größe an die besten Namen unter den Staatskanzlern erinnert, betrat das Palais auf dem Ballplatze. Er war ein Magyare, ohne in die Schwäche seines Volksstammes zu verfallen, die Vergangenheit über die Gegenwart zu stellen. Trotz Vilagos fuhr er in einer Husarenuniform nach St. Petersburg; obgleich er die ersten diplomatischen Sporen als Sendling der revolutionären Regierung Ungarns in Konstantinopel verdient hatte, zerstückelte er kalten Blutes die Türkei. In Wien angekommen, wurde er von einem neugierigen Diplomaten nach seinem Programme gefragt. „Keine Dummheiten machen, das ist alles!“ war die Antwort. Einer Dame erwiderte er auf die Frage, was er in der Kunst wünsche: „Was ich in der Politik verabscheue: das Ideal“ [18]. Andrassy hat das Bett, in dem sich die auswärtige Politik des Habsburgerstaates be-

[18] S. meine Studie: „Die Grundlagen der auswärtigen Politik Österreich-Ungarns“ in der Halbmonatsschrift: Das freie Wort. 5. Jahrgang, Heft 4.

wegt, neu gegraben. Bereits nach dem Frankfurter Frieden war von Bismarck der Plan gefaßt worden, einen Bund der drei Kaiser zu stiften, dem als vierter Alliierter das monarchische Italien hätte beitreten sollen. Andrassy förderte dieses Vorhaben. Die Zusammenkunft der drei Kaiser, die im September 1872 in Anwesenheit Bismarcks, Andrassys und Gortschakoffs in Berlin stattfand, und die Fürstenbesuche, die sich an die Wiener Weltausstellung anschlossen, dienten dem Dreikaiserbunde. Zu einem wahren Triumphe gestaltete sich die Reise König Viktor Emanuels von Italien nach Wien, für die sich Kaiser Franz Josef zwei Jahre später durch einen Besuch in Venedig revanchierte. Doch die volle Bedeutung erlangte Andrassys auswärtige Politik durch zwei Taten: den Eingriff in die Orientpolitik und durch die Grundsteinlegung zum neuen Dreibunde.

Andrassy ist, wenn man sich lediglich an seine Worte hält, in seiner Orientpolitik nicht konsequent vorgegangen. Aber man darf nicht außer acht lassen, daß der Minister des Äußern sich nicht von „Kibitzen in seine Karten blicken" ließ und nicht wollte, daß „andere sich den Kopf für ihn zerbrachen". Im Budgetausschusse der österreichischen Delegation erklärte er im Mai 1876, daß er an eine Okkupation im Oriente nicht denke, da diese wenig Sinn hätte — woran er übrigens noch anfangs 1878 festhielt —; im selben Monate 1876 versicherte er in der ungarischen Delegation, daß an einen europäischen Kongreß nicht zu denken sei[19]. Im Juli ging jedoch die Begegnung des österreichischen und russischen Herrschers in Reichsstadt vor sich, die dazu führte, daß Rußland die Passivität Österreichs beim nächsten Kriege mit der Türkei erkaufte, indem es die Besetzung Bosniens und der Herzegowina zugestand[20]. Andrassy gehörte zu den Leuten, die wußten, was sie taten, und so kann man annehmen, daß ihm ein klares Ziel vor Augen schwebte. Er wollte im Osten einen Stützpunkt gewinnen, um weiter fort-

---

[19] Dr. Gustav Kolmer a. a. O. II, 417 u. 435.
[20] Felix Bamberg a. a. O. S. 525.

schreiten zu können. Doch in welcher Situation befand sich damals Österreich-Ungarn? Zur Zeit, da Andrassy nach dem Osten spähte, schien der Habsburgerstaat eine festbegründete Macht zu sein. Die Reichseinheit zeigte keine Sprünge, die militärische Gemeinsamkeit der beiden Reichshälften wurde gar nicht in Frage gezogen, der wirtschaftlichen Zusammengehörigkeit drohte noch nicht die Lockerung. In Österreich gab es zwar schon nationale Zwistigkeiten, allein die Volksmassen, denen es an politischen Rechten gebrach, waren von dem Brande kaum ergriffen. Die verworrenen parlamentarischen Verhältnisse Zisleithaniens mußten eine energische Natur nicht ängstigen, denn die Entscheidungen hingen von Ungarn ab. Für eine so tatkräftige Persönlichkeit wie Andrassy bot der Augenblick die größten Verlockungen zur Aktion, und der Minister zögerte nicht, zumal ihn gleichsam ganz Europa zum Marsche aufmunterte. In seinen Bemühungen wurde er von den Liberalen Österreichs nicht nur nicht unterstützt, sondern zum Teile erbittert bekämpft. Die parlamentarischen Gefechte fanden im Abgeordnetenhause und in der Delegation statt. Von 112 Mitgliedern der Linken wurde im Oktober 1876 an den österreichischen Ministerpräsidenten eine Interpellation gestellt, deren wesentlicher Punkt die Frage enthielt, ob die Regierung Sorge getragen habe, daß bei einem etwa ausbrechenden Kriege der Friede für Österreich-Ungarn gewahrt und das Streben nach der Erwerbung fremder Gebiete hintangehalten werde. Die slavischen Abgeordneten hatten dagegen einige Tage früher in einer Interpellation den stammesverwandten, nach Freiheit ringenden Völkern auf der Balkanhalbinsel ihre Sympathie ausgedrückt und die Regierung aufgefordert, Maßnahmen zu treffen, die diesen Gefühlen entsprächen. Unterdessen wurde von Rußland der Türkei, in der eben unter Midhat Paschas Einfluß eine Verfassung zustande kam, der Krieg erklärt; in Bosnien und der Herzegowina waren schon im Jahre 1875 Aufstände ausgebrochen, denen auch in den anderen Gebieten des osmanischen Reiches Empörungen der Slaven folgten.

Die Stellung, die die Liberalen in den Jahren 1876 bis 1879 zur auswärtigen Politik eingenommen haben, hat viel zur Vernichtung der Verfassungspartei beigetragen. Wenn man die Protokolle der Delegation aus dieser Periode durchliest, so kann man sich einer leisen Wehmut nicht erwehren. Die handelnden Personen, auf die ein hohes Maß an Schuld fällt, waren die Opfer einer Zeitkrankheit. Am Beginne der konstitutionellen Ära hatte sich eine Überschätzung des Wortes eingestellt. Die Rede war alles. Sie bildete das Werkzeug, um dessen Besitz man so begeistert gerungen, sie galt als Hebel, mit dem man den ganzen Staatsmechanismus beherrschen konnte. Von der Überschätzung zum Mißbrauch war nur ein Schritt. Die großen Meister des Worts unterlagen der Versuchung zur Ausübung einer Tyrannis, die jeder unumschränkten Herrschaft entspringt. Die Tyrannis der Rede stellte sich ein. Sie wirkte als Negation. Es kann nun nicht unsere Aufgabe sein, eine eingehende Darstellung der parlamentarischen Redekämpfe zu geben. Ein Beispiel wird die Zerrissenheit und Verwirrung veranschaulichen, die in den Reihen des Liberalismus vorwaltete. Greifen wir die Debatte heraus, die über die Bewilligung eines außerordentlichen Kredits von 60 Millionen Gulden in der österreichischen Delegation geführt wurde. Graf Andrassy hatte diesen Betrag beansprucht, um mit größerem Ansehen nach Berlin zum Kongresse gehen zu können. Nach dem Berichterstatter des Budgetausschusses, Dr. Schaup, ergriff Dr. Sturm das Wort, um die ablehnende Haltung der Minorität des Budgetausschusses — von Sturm, Groß, Wegscheider, Ritter, Wolfrum, Kuranda, Klier, Giskra und Demel gebildet — zu rechtfertigen. Schon der erste Satz beleuchtet die Zeitverhältnisse blitzartig; Dr. Sturm weist darauf hin, daß „er liebwerte Freunde und Parteigenossen heute als Vertreter des Majoritätsantrages vor sich sehe, mit denen er seit langem enge verbunden, gar oft das wenig beneidenswerte Schicksal der Minorität geteilt habe“ [21]. Dr. Sturm erhält in Dr. Giskra

[21] Protokoll der Delegation d. Reichsrats X. Sess. 20. März 1878. S. 78.

einen wuchtigen Mitstreiter. Wir müssen bei seinen beißenden Auseinandersetzungen nicht verweilen, weil der nächste Redner Dr. Edler von Plener von seinen Vormännern mit gutem Grunde sagen konnte, sie hätten den eigentlichen Gegenstand „nur gestreift, manchmal vielleicht gar nicht erwähnt". Er selbst ist auch gegen die Bewilligung des Sechzigmillionenkredits, indem er erwägt: „Für ein Spiel ist das Begehrte zu ernst, und für den Ernst sind wieder 60 Millionen ein Spiel." Auf alle Fälle will er nicht, daß ein Schritt den anderen begünstige, daß also durch die Genehmigung eines Anfangskredits die Führung eines Krieges erleichtert werde[22]. Die Debatte spinnt sich noch am nächsten Tage fort. In einer großangelegten Rede begründet der Liberale Dr. Weeber seinen Majoritätsstandpunkt und sagt am Schlusse:

„Deshalb, meine Herren, werde ich mit voller Überzeugung und mit vollem Bewußtsein der Verantwortlichkeit für die Anträge der Majorität stimmen, in der Hoffnung, daß vielleicht die Benützung dieses Kredits nicht notwendig sein wird oder nicht notwendig werden könnte, aber auch in der Überzeugung, daß, nicht hervorgerufen durch die Kreditbewilligung, sondern hervorgegangen aus den tatsächlich bestehenden Verhältnissen, in kurzer Zeit vielleicht noch weitgehendere Anforderungen an uns herantreten werden[23]."

Gleich der nächste Redner jedoch, Dr. Weebers Gesinnungsfreund, Dr. Kuranda, ruft aus: „Nimmermehr werde ich für die Annexion stimmen, nimmermehr werde ich für einen Kredit stimmen, der eine solche Möglichkeit, eine solche Berechtigung in sich schließt." Endlich wird der Schluß der Debatte beantragt, und nun treten als Generalredner die beiden Parteigenossen Dr. Herbst und Prof. Sueß einander gegenüber. Die größten Redner des Parlaments haben das Wort. Dr. Herbsts Ausführungen machen beim Lesen keinen Eindruck. Die finanztechnischen Argumente, die er gegen die Gewährung des Kredits vorbringt, sind zu sehr gesucht, um mit der Gewalt eines Beweises wirken zu können. Prof. Sueß aber hat offenbar einen guten Tag gehabt; der Schwung seiner Redeweise kommt voll zur Geltung:

---

[22] Prot. d. Delegation d. Reichsrats X. Sess. 20. März 1878 S. 97ff.
[23] Prot. d. Delegation d. Reichsrats X. Sess. 21. März 1878. S. 138.

„Wir wollen, daß Österreich ein entscheidendes Wort auf dem Kongresse spreche, und wir wollen nicht, daß unser Minister dort als ein Baum erscheine, der seiner Wurzeln nicht sicher ist ...“ Wäre die Opposition von einer kleineren parlamentarischen Gruppe ausgegangen, so hätte dies keine weiteren Folgen gehabt. So aber war es die damals herrschende liberale Verfassungspartei, die das Kontingent der Nörgler lieferte. Die Konservativen und Slaven haben sich rechtzeitig auf seiten der Krone gestellt und dadurch ihre spätere Macht begründet. Welchen Eindruck mußte die Rede des Grafen Andrassy nach außen hin erwecken, die zu einem erbitterten Duell mit dem Bannerträger des Liberalismus, mit Dr. Giskra, ward? Auf die persönlichen Angriffe antwortet der Minister des Äußern mit ätzender Schärfe, mit verachtender Geringschätzung. Er protestiert gegen die Gepflogenheit, ihm aus einzelnen Sätzen den Mangel an Voraussicht vorzuwerfen, und erwidert schlagfertig, „daß der Minister des Äußern kein Laubfrosch sei, dessen Aufgabe es wäre, das Wetter anzukündigen, daß man, wenn man ihn in diesem Lichte betrachten will, vergißt, daß er die Wolke, die er zeigt, zugleich auf den Staat herniederzieht, den er zu vertreten hat[24]. Der Kredit wurde nach dieser erregten Diskussion bewilligt. Taktisch noch ungeschickter erscheint das Verhalten der liberalen Verfassungspartei nach der Okkupation von Bosnien und der Herzegowina. Aus dem Spaziermarsche mit der Militärkapelle war wohl ein ernster Kampf geworden, aber die Größe des Politikers besteht nicht in der Starrheit, sondern im richtigen Maße von Schmiegsamkeit, und so hätte die liberale Partei sich mit dem fait accompli abfinden müssen. Die Verhandlungen, die im österreichischen Abgeordnetenhause über den Berliner Vertrag im Jahre 1879 — am 19. August 1878 war Sarajewo eingenommen worden — geführt wurden, machen das Unheil augenfällig, das eine doktrinäre Opposition zu stiften vermag, Wir wollen bei diesem traurigen Kapitel nicht länger ver-

[24] Prot. d. Delegation d. Reichsrats X. Sess. 21. März 1878. S. 163.

weilen. Genug an dem: Die Verfassungspartei, die schon früher den Sarg für ihre Macht gezimmert hatte, begrub sie jetzt.

Andrassy hat das nicht hoch genug zu veranschlagende Verdienst, Österreich-Ungarn von der utopischen Revanchepolitik abgelenkt zu haben. Er erkannte, wie fest die von Bismarck im Westen aufgerichtete Mauer war, und zeigte keine Lust, den vergeblichen Versuch ihrer Erstürmung zu machen. Dafür zog er die Blicke auf die Türkei. Wir werden in den nächsten Abschnitten zeigen, daß die von Andrassy eingeleitete Expansion nach dem Osten hin ohne Fortsetzung bleiben muss. Wir, die heute die Sachlage mit ganz anderen innerpolitischen Erfahrungen beurteilen, haben die Pflicht, die Fehler aufzudecken, die in dem Festhalten an der Andrassyschen Tradition liegen. Allein alle Überlegungen, die uns bestimmen, waren den Liberalen der Siebzigerjahre fremd, oder sie wurden von ihnen mit ganz anderen Ergebnissen angestellt. Die deutschen Zentralisten, denen die Einheit Österreichs selbstverständlich und die Vorherrschaft des Deutschtums unantastbar schien, hatten kein Recht, keinen aus ihrer Staatsauffassung erfließenden Grund zur Opposition. Ihrem Kampfe fehlte die sittliche Rechtfertigung. Die zweite große Ruhmestat Andrassys besteht in der Begründung der deutsch-österreichischen Allianz, aus der später der Dreibund hervorging. In den Septembertagen des Jahres 1879 kam das Übereinkommen zwischen Bismarck und Andrassy im Wiener Hotel „Imperial“ zustande; am 7. Oktober wurde der Vertrag unterschrieben. Das Werk begeisterte Lord Beaconsfield zu dem vielbemerkten Ausrufe: „Ein Heil ist der Welt widerfahren.“ Italien trat dem Vertrage nach dem Besuche des Königs Humbert in Wien im Jahre 1883 bei.

„Das Abkommen zwischen Österreich-Ungarn und Deutschland, das im Jahre 1888 veröffentlicht wurde, sagt im Artikel I: Sollte einer der Kontrahenten von Rußland angegriffen werden, so stehen die Kontrahenten einander mit der gesamten Kriegsmacht des Reiches bei. Artikel II bestimmt: Würde einer der Kontrahenten von einer anderen Macht angegriffen werden, so verpflichtet sich der andere Kontrahent

mindestens zur neutralen Haltung. Sollte diese angreifende Macht jedoch von Rußland irgendwie unterstützt werden, so tritt die Verpflichtung des gegenseitigen Beistandes mit voller Heeresmacht in Kraft. Artikel III endlich erklärt den Vertrag als geheim."

Andrassy hatte Österreich-Ungarn schon durch das Dreikaiserbündnis vom Banne der Isolierung befreit, er schloß die Habsburgermonarchie nun abermals an Deutschland an. Weder für Bismarck noch für Andrassy, den Magyaren, war das nationale Moment dabei ausschlaggebend. Beide Staatsmänner handelten aus Zweckmäßigkeitsgründen, und ihnen ist es zu danken, daß Europa drei Jahrzehnte von dem Wüten der Kriegsfurie verschont blieb. Kaum hatte Andrassy das Bündnis geschlossen, mußte er zurücktreten. Die Geschichte dieses Sturzes kennt man noch nicht. Den Minister traf des Schicksals Tücke, wie einst den tapfern Tegetthoff, unmittelbar nach einem epochalen Erfolge.

Dem magyarischen Grafen folgte Herr von Haymerle nach, dessen früher Tod dem Grafen Gustav Kalnoky Platz machte. Noch lebte der geistreiche, liebenswürdige, gesellige Magnat in aller Erinnerung, da erschien, im November 1881 vom St. Petersburger Botschafterposten herbeigerufen, der kalte, in sich gekehrte, streng konservative, streng klerikale Diplomat, der neben seiner staatsmännischen auch eine glänzende militärische Karriere aufzuweisen hatte. Ohne Andrassys schöpferische Natur zu besitzen, begnügte er sich, im engsten Anschlusse an Bismarck, die übernommene Hinterlassenschaft getreulich zu wahren; er mehrte sie sogar durch die Erweiterung des Zweibundes zum Dreibunde. Die orientalischen Erschütterungen, die in der Vereinigung Bulgariens mit Ostrumelien, im bulgarisch-serbischen Kriege, in der Verdrängung des Fürsten Alexander vom bulgarischen Throne und in den Wühlereien des russischen Emissärs Kaulbars gegen den Österreich ergebenen Stambuloff ihren Ausdruck fanden, brachten Kalnoky nicht aus seiner Ruhe. In Ungarn hätte man ein energisches Eingreifen des Ministers gerne gesehen; dieser aber bemühte sich, die Gewitterwolken zu zerstreuen, die über Europa lagerten. Für Deutschland waren die internationalen Verhältnisse recht unangenehm. In Frank-

reich grassierte die Revancheidee wieder stärker, und Rußland schob seine Armeen vor. Fürst Bismarck aber sprach die historischen Worte: „Wir Deutschen fürchten nur Gott, sonst niemanden auf der Welt.“ Die österreichisch-ungarischen Delegationen bewilligten im Februar 1887 einen außerordentlichen Rüstungskredit von 52 Millionen Gulden. Indessen hatten die beiden Staatsmänner Österreich-Ungarns und Deutschlands den Frieden aufrecht zu erhalten vermocht, und als Kalnoky seine Koffer packte — er fiel über einen durch den päpstlichen Nuntius Agliardi mit dem ungarischen Ministerpräsidenten Baron Banffy hervorgerufenen Konflikt —, war bereits eine Annäherung der Habsburgermonarchie mit Rußland vorbereitet.

Graf Agenor Goluchowski wurde am 16. Mai 1895 zum Minister des Äußern ernannt. Seine Gestalt ist uns noch gegenwärtig, und wir müssen sie nicht erst in Erinnerung rufen. Goluchowskis Politik stand im Zeichen der Verständigung mit Rußland, das seine Kräfte durch die asiatischen Unternehmungen zu zersplittern begann. Während seiner Amtszeit beschäftigten zuerst die grausamen Niedermetzelungen der Armenier Europa. Eine Intervention in der Türkei schien unvermeidlich, aber Goluchowski brachte die Angelegenheit zum Versumpfen, um einen Brand im Orient zu verhüten. Die Erhebung auf Kreta erweckte hingegen die Aktionslust des österreichisch-ungarischen Staatsmannes, wobei er sich allerdings eine Blamage holte. Der griechisch-türkische Krieg führte zum ersten Male zu einem gemeinsamen Vorgehen der auswärtigen Ämter von Wien und St. Petersburg. Ein Zirkulartelegramm Goluchowskis und Murawiews suchte die Balkanvölker von einer Einmengung in den Streit abzuhalten. Seither haben der Habsburgerstaat und das Zarenreich zu allen Orientfragen gemeinsam Stellung genommen, und das Mürzsteger Reformprogramm, das im September 1903 zustande kam, ist die bleibende Frucht des Zusammenwirkens. Die Verständigung mit Rußland hat zur Erhaltung des Friedens im Balkangebiete nicht wenig beigetragen, und es ist zweifellos ein Verdienst Goluchowskis, sie herbeigeführt zu haben. Doch

das Reformprogramm brachte keine Lösung des Orientproblems, die lediglich in einer Neuordnung der Verhältnisse bestehen könnte, sondern eine Vertagung der offenen Frage durch die Erhaltung des status quo. Rußland wollte sich den Rücken für die Operationen in Ostasien freihalten, deshalb schaffte es sich im Orient Ruhe. Das Zarenreich gedachte seine alten Ansprüche auf Konstantinopel und die slavische Türkei nicht aufzugeben, sondern bloß zu stunden. Goluchowski, der immer bestrebt war, die Ruhe im Orient zu erhalten, hat gleichzeitig durch eine falsche Bevormundungspolitik das Ansehen des Habsburgerstaates mehr geschädigt als irgendeiner seiner Vorgänger.

Im Oktober 1906 hielt Freiherr von Aerenthal seinen Einzug in das Palais auf dem Ballplatze. Daselbst herrschen noch immer die Andrassy'schen Traditionen der auswärtigen Politik, die an drei Merkmalen zu erkennen sind. Erstens an der Erhaltung des Großmachtscheines, zweitens an der Befestigung des Dreibundes und drittens an der Fortsetzung der in letzter Linie eroberungssüchtigen Orientpolitik. Wenn auch Kalnoky und Goluchowski die Zerstückelung der Türkei hintangehalten haben, so geschah dies mehr aus Zaghaftigkeit denn aus der klaren Erkenntnis, daß Österreich-Ungarn heute nicht mehr die Vorbedingungen besitze, die für eine Eroberungspolitik erforderlich sind. Andrassy hat aus dem Geiste seiner Zeit heraus geschaffen — wir müssen auf die Stimme unserer Tage horchen.

3. Die staatsrechtlichen und die nationalen Hemmnisse.

Man läßt nicht gerne Fremde in die eigene Häuslichkeit blicken. Das Gefühl, unter öffentlicher Kontrolle zu stehen, wird geradezu peinlich, sofern man Schwächen zu verbergen hat. Aber können denn Staaten wirklich an den Grenzen Mauern aufrichten, durch die kein Späherauge zu dringen vermag? Es ist eine arge Selbsttäuschung, wenn man in Österreich-Ungarn glaubt, der Welt gegenüber Geheimnisse

zu bewahren. Jeder Staat agiert ja heutzutage größtenteils auf offener Bühne, und die zivilisierte Menschheit bildet die Zuschauerschaft. Nichts erscheint daher törichter als das verlegene Geflüster über die inneren Miseren; denn es erhöht den Eindruck der Hilflosigkeit. Fürst Bismarck zeigte in seinen unvergänglichen „Gedanken und Erinnerungen“ mit so scharfem Verstande die Wunden am Staatskörper der Habsburgermonarchie auf, daß man seither nichts mehr zu verhehlen hat.

Kein Mensch, der über die Grundlagen für Österreich-Ungarns auswärtige Politik Erwägungen anstellt, kann über das staatsrechtliche Problem hinwegkommen, ohne zu erkennen, daß es mit der Schwere eines Bleigewichtes niederdrückt. Der Dualismus ist abgetan, sein Platz muß demnach irgendwie ausgefüllt werden. An seine Stelle könnten zwei Einrichtungen treten: die Personalunion oder eine großösterreichische Reichsorganisation. Die Lehren der Geschichte, die Einflüsterungen der Vernunft, die Ergebnisse der praktischen Erfahrung drängen — wir haben es schon früher hervorgehoben — zur Personalunion, und tatsächlich schlägt die Entwicklung dahin ihren Lauf ein. Allein die Liquidation des Dualismus geht viel langsamer vonstatten als seine Begründung. Er verschwindet wie eine Artischocke, die blattweise verzehrt wird. Erst muß sich die wirtschaftliche Trennung beider Reichshälften durchsetzen und hierauf die Zweiteilung der gemeinsamen Armee vollziehen. Auch dann ist noch nicht die reine Personalunion erreicht, denn es bleiben die Zis- und Transleithanien gemeinsamen „auswärtigen Angelegenheiten“ übrig — von Bosnien und der Herzegowina sprechen wir vorerst nicht. Wie die Habsburgermonarchie in diesem Stadium die Leitung, Versorgung und Kontrolle der „auswärtigen Angelegenheiten“ einrichten wird, darüber hat man noch wenig nachgedacht; aber die Schwierigkeiten dürften nicht so groß sein, als es den Anschein haben mag, weil sich ja nicht mehr zwei Staatsindividualitäten gegenüber befinden werden, die sich nicht verstehen und verständigen wollen, sondern die zur Erkenntnis gegenseitiger

Unentbehrlichkeit gekommen sind. Immerhin unterliegt es keinem Zweifel, daß ein Reich, das zwei selbständige Staaten involviert, in seiner Bewegungsfreiheit gestört ist.

Doch mit dem Übergange zur Personalunion sind die Reformen, die Österreich-Ungarns Neugestaltung erfordern, noch nicht abgeschlossen. Hinter der Reichsfrage lauert die Nationalitätenfrage. Zisleithanien hat zwei Jahrzehnte die Schule des Leidens durchgemacht; unter Schmerzen wurde es für die nationale Autonomie reif. Allein wie sieht es in Transleithanien aus? Nach der Volkszählung von 1900 gab es in **Ungarn** über 19254559 Bewohner.

8742301	Magyaren,
2799479	Rumänen,
2135181	Deutsche,
2019641	Slowaken,
1678569	Kroaten,
1052180	Serben,
429447	Ruthenen,
397761	Anderssprachige.

Danach repräsentiert das Magyarentum $45^{4}/_{10}$ % der Gesamtbevölkerung in den Ländern der Stefanskrone, während es im engeren Ungarn — ohne Kroatien und Slavonien — $51^{4}/_{10}$ % der Einwohnerschaft umfaßt. Transleithanien ist mithin ebenso wie Österreich ein polyglotter Staat. In seiner nationalpolitischen Entwicklung weist Ungarn jedoch eine starke Rückständigkeit auf. Es ist heute erst da angelangt, wo Zisleithanien in den Siebzigerjahren des vorigen Jahrhunderts stand. Die Magyaren halten sich für das herrschende Volk, sie wollen dem Staate ihre Farben aufzwingen. Ganz so, wie es die Deutschen Österreichs Dezennien hindurch getan haben, berufen sie sich auf die Geschichte; die Vergangenheit soll für sie Zeugenschaft ablegen. Dagegen appellieren die „Nationalitäten" — das ist der Terminus für die Nichtmagyaren — an die lebendige Rechtsanschauung, die den Völkern ihre stammesgenössische Freiheit verbürgt. Wie in Österreich wird sich auch in Ungarn im Laufe der Zeit ein Ausgleich zwischen den Rechtsüberlieferungen der Vergangenheit und den Rechtsauffassungen der Gegenwart

vollziehen müssen. Vor zwei Jahren noch hatten die „Nationalitäten“ im ungarischen Abgeordnetenhause — von dem einen oder andern bald kaltgestellten Einzelanwalt abgesehen — überhaupt keine stammesbewußten, energischen Wortführer. Erst jetzt wird ihre Sache von ungefähr zwei Dutzend Männern mit Nachdruck vertreten. Gegenwärtig werden die Abgeordneten der Nationalitäten noch als Störenfriede empfunden, die mit harten Anklagereden die Idylle des Nationalstaatsparlaments durchbrechen; — man hat einst in Österreich nicht anders über die Sachwalter der Slaven gedacht. Dennoch wird die Stimme der „Eindringlinge“ weit kräftiger werden; denn wie immer die Wahlreform in Ungarn ausfällt und von dem Ideale des Herrn von Kristoffy abweicht, so sehr können die Magyaren nicht verblendet sein, daß sie über das Lebensinteresse fast der Hälfte der Bewohnerschaft im engeren Ungarn mit einigen drakonischen Gesetzesparagraphen zur Tagesordnung überzugehen suchen. Die Magyaren werden, sofern sie nicht die ganze Kulturwelt gegen sich erbittern wollen, den „Nationalitäten“ doch zumindest eine sehr ansehnliche Vermehrung ihrer Mandate zugestehen müssen. Diese Konzession, die kein Geschenk, sondern lediglich eine Anzahlung wäre, vermöchte wohl das Gefüge der parlamentarischen Körperschaft zu verändern, der Geist der Verwaltung bliebe aber voraussichtlich noch lange unberührt. Zu sehr hat sich die utopische und brutale Phrase von der rücksichtslosen Erzwingung eines magyarischen Nationalstaates eingelebt, um plötzlich zum Schweigen gebracht zu werden. Von einem Ziele, das man jahrelang mit glühendem Verlangen verfolgt hat, läßt man nicht über Nacht ab; Ideale begräbt man nicht auf Kommando. Es fragt sich also, wann die Länder der Stephanskrone in den Hafen der nationalen Autonomie einlaufen werden, in dem polyglotte Staaten einzig und allein Ruhe finden: nach langer, stürmischer Fahrt im wild bewegten Meere des Hasses und der Empörung oder nach kürzeren, vergeblichen Bemühungen, gegen die Wellen des Zeitgeistes anzukämpfen? Beide Fälle sind möglich. Die Magyaren sind allerdings ein Herrenvolk,

das neben unbestrittenen Vorzügen die von seinen besten Männern beklagten Nachteile hat, selbstbewußt, leidenschaftlich, rücksichtslos und starrsinnig zu sein. Allein die Magyaren haben in allen Epochen große, weitblickende Politiker hervorgebracht, die den Pfad der Tugend wiesen, wenngleich sie nicht immer den wünschenswerten Einfluß auf ihre Nation besessen haben. Warum sollte nicht später einmal — zur geeigneten Stunde — ein Mann erstehen, der sie den Nationalismus als allgemeines Prinzip und nicht nur als selbstischen Herrschaftstitel erkennen lehrt? In seiner Schrift „Einige Worte über die Nationalitätenfrage" hat der kluge, mutige, alte Kossuthanhänger und gewesene ungarische Reichstagsabgeordnete Ludwig von Mocsary in der Mitte des Jahres 1886 gegen den magyarischen Chauvinismus ein entschiedenes Veto eingelegt und für eine Verständigung des ungarischen Staates mit den „Nationalitäten" eine Lanze gebrochen[1]. Die Arbeit ist wohl durchdacht und mit schlagenden Argumenten ausgestattet; dennoch verhallte ihre Mahnung wie ein Seufzen in leerer Luft. Mocsary und Fischhof — Ungarn und Österreich, wer könnte die Parallele übersehen? Übrigens wurde schon kurz nach der Revolution des Jahres 1848 im Kreise Ludwig Kossuths der Gedanke erwogen, ob den Nationalitäten nicht Zugeständnisse in Aussicht gestellt werden sollten, damit sie an dem Kampfe der Magyaren für die Befreiung Ungarns teilnehmen[2]. Franz Deak hat dann nach dem Ausgleiche von 1867 den Kroaten ein ganz bedeutendes Entgegenkommen bewiesen, da er ihnen eine Sonderstellung einräumte, und in dem unter seinem Einflusse zustande gekommenen Gesetze über die Gleichberechtigung der Nationalitäten in Ungarn (Gesetzartikel XLIV vom Jahre 1868) brachten die Magyaren — wie Fischhof, wohl der berufenste Beurteiler, sagte — „unter Niederhaltung ihres Chauvinismus jene Grundsätze zur Geltung,

[1] Paul Dehn, Deutschland nach Osten. II: Österreich-Ungarn in reichsdeutschem Lichte. München 1890. S. 53.

[2] Ludwig Kossuth, Meine Schriften aus der Emigration. Deutsch. Preßburg 1880. I, 197.

deren Berücksichtigung die conditio sine qua non der unverkümmerten Fortentwicklung nationaler Minoritäten ist[3]". Daß freilich die ungarische Nationalitätenpolitik seither einen Lauf genommen hat, den Franz Deak, der bewundernswerte „Weise der Nation", mit seinem Gewissen niemals hätte vereinbaren können, das ist bedauerlicherweise zur Binsenwahrheit geworden. Gegen eine freiwillige Verkürzung des Klärungsprozesses in der Zukunft sprechen immerhin: die Tatsache, daß Völker nur widerwillig lernen; das starke Vorhandensein der stürmischen, unerfahrenen Jugend im ungarischen Parlamente — der § 13 des Gesetzesartikels XXXIII des Jahres 1874 setzt als Altersgrenze für das passive Wahlrecht das 24. Lebensjahr fest — und die unheilvolle Einwirkung der zahlreichen nationalen Renegaten, die sich im Magyarentum festgesetzt haben und bedenkenlos den schon vorhandenen Chauvinismus aufstacheln.

Wir haben bisher die Ablösung des Dualismus durch die Personalunion in Erwägung gezogen; widmen wir uns jetzt dem groß-österreichischen Probleme. Es gibt zwei Formen des Groß-Österreichertums. Für die einen ist Groß-Österreich — oder sagen wir lieber: die Vereinigung der freien Nationalstaaten Österreich-Ungarns, weil sonst die Empfindungen der Magyaren durch die Erinnerung an die Bach'sche und Schmerling'sche Epoche verletzt würden — ein schöner erhebender Traum, etwa das, was für die Sozialdemokratie der Zukunftsstaat bedeutet. Wer das Wesen der nationalen Autonomie durchdenkt und mit Unerschrockenheit bis zu den letzten Konsequenzen vordringt, der wird zur Überzeugung kommen, daß sich einmal die freien Völker, die unter einem Herrscher in zwei gesonderten Staaten leben, zu einem Bruderstaate vereinen werden, nicht um die eine oder andere Nation zu verkürzen, sondern um allen Macht zu verleihen. Wenn Österreich-Ungarn einst zur nationalen und staatlichen Freiheit emporgestiegen sein wird,

---

[3] Dr. Adolf Fischhof, Die Sprachenrechte in den Staaten gemischter Nationalität. Wien 1885. S. 34.

dann kann es auch den natürlichen Kristallisationspunkt für eine neue Staatengruppierung nach dem Osten bilden. Die kleinen Königreiche und Fürstentümer des Orients, die in der Habsburgermonarchie stammesverwandte Völker im Lichte der Freiheit erblühen, in geordneten wirtschaftlichen Verhältnissen heranwachsen sehen würden, müßten sich des Vorteiles bewußt sein, den ihnen ein inniger Anschluß an die große Monarchie brächte, und, ohne ihre Selbständigkeit nach innen aufzugeben, die Inkorporation in die Habsburgermonarchie anstreben. Das ist der Zukunftstraum der Patrioten; er offenbart den Habsburgern, wie, ohne das Schwert zu schwingen und in unsicheren Kämpfen die Kraft zu vergeuden, die Krone mit neuem Glanze zu umgeben wäre. Die Freiheit der Völker: in diesem Zeichen kann das Haus Habsburg noch siegen und seinen Machtkreis erweitern. Nicht die Eroberungspolitik des Krieges, sondern die Eroberungspolitik des Friedens führt nach dem Osten. Doch wenn irgendwo gilt für das spekulative Großösterreichertum das Wort Grillparzers:

Will meine Zeit mich bestreiten,
Ich laß es ruhig geschehn;
Ich komme aus anderen Zeiten,
Ich hoffe in andre zu gehn.

Ein anderes Bewenden hat es mit dem politischen Großösterreichertum. Dieses will den Dualismus überwinden und gleichzeitig das Zweistaatenprinzip ausmerzen. Großösterreich muß zielbewußt geschaffen werden. Das Tempo der Geschichte wäre durch eine Hebelbewegung bis zur rasenden Geschwindigkeit zu beschleunigen. An einem Schöpfungstage sollte Groß-Österreich erstehen: vom Bodensee bis zum Eisernen Tore, von den Sudeten bis zum Karste ein Reich gleichberechtigter Bundesstaaten, die nach der Nationalitätenkarte auf dem Boden Österreich-Ungarns ohne Berücksichtigung der Grenzen zwischen Zis- und Transleithanien zu bilden wären. Aurel C. Popovici, der kenntnisreiche Verfechter der groß-österreichischen Politik, sagt in

seinem umfangreichen, fleißigen Werke[4] ganz unumwunden, wie er sich die Durchführung seines — theoretisch einwandfreien — Planes vorstellt:

„Den großen historischen Streit der Völker des Habsburgerreiches kann nur ein unparteiischer Richter nach Recht und Billigkeit für alle Teile schlichten. Dieser Richter kann und soll nur der Kaiser sein. Er allein ist berufen, er allein hat die Macht und die Verpflichtung, ‚den Staatsstreich aller Völker' zu machen."

Der Kaiser also soll der Werkmeister sein. Aurel C. Popovici ist ein gründlicher Denker, und von ihm kann ein übereilter Vorschlag nicht erwartet werden. Mit einer erdrückenden Fülle von Gelehrsamkeit rechtfertigt er daher seinen Appell an den Cäsarismus, und er stützt sich sogar auf Professor Friedrich Paulsens Vorträge über Ethik und Politik. Aber wieviel Leute leben in Ungarn nach den Geboten der Ethik, inwieweit durchdringen diese überhaupt die praktische Politik? Mit Sittensprüchlein beseitigt man nicht im Wege stehende historische Tatsachen; über die neun Millionen Magyaren kann kein praktischer Politiker hinwegschreiten. Außerdem sind nicht nur die Magyaren, sondern fast alle in Ungarn existierenden Völker von dem Gedanken an ein selbständiges ungarisches Staatswesen, das bloß durch den gemeinsamen Herrscher mit Österreich verbunden ist, erfüllt, und so muß die Personalunion wohl oder übel als nächste Etappe in Betracht kommen. Man kann doch nicht für Österreich-Ungarn einen Zustand herbeiwünschen, den eine Nation wie die Magyaren als eine Verhöhnung ihrer Rechte ansehen und vielleicht sogar mit der Auflehnung beantworten würde. Gewiß, des Kaisers Regimenter könnten die Leitha übersetzen; sie zu verschütten vermöchten sie nicht. Dieser schmale Fluß wird immer rauschen, und nur die logische Entwicklung kann es dahin bringen, daß er aufhört, subtile Empfindungen zu erwecken.

Von Popovici weicht der zweite Vertreter des politischen Groß-Österreichertums, der an blitzartigen Gedanken reiche

---

[4] Aurel C. Popovici, Die Vereinigten Staaten von Großösterreich. Leipzig 1906. S. 329 ff.

Rudolf Springer (Dr. Karl Renner), insofern ab, als er den Staat des Heiles nicht aufzwingen, sondern organisch hervorgehen lassen will. In seinem letzten Werke führt er aus:

„Was Ungarn betrifft, so haben wir in Österreich Zeit abzuwarten, nachdem einmal der Ausgleich bis 1917 faktisch in Kraft stehen wird. Nichts wäre unklüger als eine direkte Intervention, als großsprecherische Drohungen nach magyarischer Manier. Wir haben einfach voranzugehen. Wir schaffen das allgemeine Stimmrecht — sie müssen folgen; wir begründen eine demokratische Kreisverfassung — ihre Komitatsoligarchie bricht moralisch und rechtlich zusammen; wir führen die nationale Abgrenzung und Absonderung durch — der Zustand der ungarischen Nationalitäten wird unerträglich; wir begründen die Nationaluniversitäten — und sie sind in Ungarn nicht länger zu vermeiden; wir geben den großen Territorien ein gewisses Maß von Autonomie — Siebenbürgen und Kroatien fordern dieselbe Stellung. Aus der ungleichen Entwicklung beider Staatsgebiete ziehen nur wir (in Österreich) den Vorteil: ohne den Willen der Intervention, ohne ein Wort über die inneren Zustände Ungarns zu reden, führen wir das Regime der magyarischen Oligarchie ad absurdum[6]."

Rudolf Springer überschätzt die Erziehungskraft vernünftiger Maßnahmen und glaubt, daß Ungarn im Sturmschritte folgen würde, wenn Österreich mit Energie voranginge. Eine Maßnahme hier — eine Maßnahme dort; man muß nur in Österreich auf den Knopf drücken, und gleich läutet's auch in Ungarn! Wie utopisch sind doch diese Voraussetzungen! Spricht nicht die sozialpolitische Zurückgebliebenheit Ungarns gegenüber Österreich beredt gegen die Macht des Nachahmungstriebes, hat nicht Transleithanien das engherzigste aller parlamentarischen Wahlrechte Europas trotz der österreichischen Stimmrechtsreformen in den Achtziger- und Neunzigerjahren aufrecht erhalten? War anderseits die Komitatsverfassung in Ungarn für Österreich ein Ansporn, das Selfgovernment einzuführen? Reist man nicht auf den Eisenbahnen Ungarns billig, auf denen Österreichs außergewöhnlich teuer; genießen die Fabrikanten dort nicht die weitestgehende Steuerbegünstigung, indes sie in Zisleithanien über einen unerträglichen Steuerdruck klagen? Gewiß, es ist im internationalen Leben ein Zug zur Nivellierung be-

[6] Rudolf Springer, Grundlagen und Entwicklungsziele der österreichisch-ungarischen Monarchie. Wien 1906. S. 247.

merkbar, aber wie schwach macht er sich geltend? Auch wir sind überzeugt, daß Österreichs Beispiel die Köpfe in Ungarn sukzessive beeinflussen wird, doch wir täuschen uns nicht über die Zeit, die vergehen muß, bevor Transleithanien das nachholt, was es bisher versäumt hat und was Österreich in den nächsten Dezennien schaffen wird — wenn der Industrialismus siegt. Es hat Ende 1905 einen Moment gegeben, in dem ein Eingriff von außen diesen Prozeß ein wenig hätte beschleunigen können, ohne den Faden der Entwicklung zu zerreißen. Die Aktion der Kristoffy'schen Wahlreform hätte damals sicherlich gute Früchte gezeitigt. Dieser psychologische Augenblick wurde versäumt — er wird nicht wiederkehren. Jetzt heißt es abwarten!

Und deshalb müßte selbst ein Anhänger groß-österreichischer Politik wie Rudolf Springer die Personalunion als Übergangsstadium begrüßen. Vom groß-österreichischen Standpunkte lassen sich gegen sie bloß Einwände erheben, die leicht zu entkräften sind. Besorgte Patrioten können fürchten, daß die scharfe Zweiteilung des Habsburgerreiches dessen Zerreißung gleichkäme. Den Zerfall würde aber nicht die Existenz der Personalunion herbeiführen, er könnte höchstens durch die in der Bevölkerung wirkenden Tendenzen verursacht werden. Wir glauben an die Existenzberechtigung und Notwendigkeit Österreich-Ungarns; ebenso die Groß-Österreicher. Wenn diese dennoch in der Personalunion eine Gefahr erblicken würden, so wäre zu bemerken, daß diese im Gegenteile die Vorstöße gegen die Imponderabilien der Magyaren heraufbeschwören müßten. Ein anderer Einspruch könnte dahin gehen, daß die Einführung der Personalunion bei Belastung der magyarischen Vorherrschaft in Ungarn die Herausbildung einer vernunftgemäßen Nationalitätenpolitik in Transleithanien ausschließen würde. Wir setzen viel zu großes Vertrauen in die Entschlossenheit und zunehmende Reife der „Nationalitäten", um dies zu fürchten. Man kann eine Nation nur bedrücken, aber nicht unterdrücken. Die Russen haben die Polen, Ruthenen und Finnen nicht zu entnationalisieren vermocht; Österreich war nicht imstande, das

Erwachen der Magyaren, von denen Graf Stephan Szechenyi seinerzeit sagte, daß sie „eine in tiefen Schlaf versunkene, aber noch nicht tote Nation“ seien[6], zu verhindern. Auch die Magyaren werden nicht Unmögliches vollbringen. Die „Nationalitäten“ in Ungarn müssen sich ihre Position erkämpfen; anders ist heute ihre Befreiung nicht denkbar. Früchte, die in den Schoß fallen, sind übrigens meistens faul. Der Frühling wird für Ungarn kommen, wie er für Österreich nahte; nur darf man nicht den Lenz gewaltsam auf den Thron setzen wollen.

Wir mußten uns mit diesen Fragen eingehender beschäftigen, um ihr richtiges Gewicht augenfällig zu machen. Die Zukunft der Habsburgermonarchie wird nicht innere Ruhe, sondern Bewegung mit sich bringen. Nach neuen Formen werden sich zwei Staaten durchringen müssen. Solange das dreifache staatsrechtliche Problem, das das Österreich-Ungarn des 1867er Ausgleichs zu lösen aufgibt, nicht vollständig befriedigend bezwungen ist, so lange kann die Harmonie der Völker nicht einkehren, so lange gibt es für den Habsburgerstaat eine brennende nationale Frage. Das mag für die auswärtige Politik unangenehm sein, aber es ändert sich nicht, wenn man den Kopf in den Sand steckt. Für den jeweiligen Staatskanzler ergeben sich daraus zwei Konsequenzen. Erstens wird jeder klarblickende Minister des Äußern, der ja zugleich Minister des kaiserlichen Hauses ist, die Kreise des Hofes für eine freiheitliche Politik zu gewinnen suchen müssen — daß Graf Goluchowski den Hemmschuh an das Rad der Entwicklung preßte, zeigte, wie wenig er seine Mission erkannte —; zweitens wird er sich jedes Gedankens an einen kriegerischen Vorstoß zu entschlagen haben. Um die Notwendigkeit zu beweisen, wollen wir uns die Frage vorlegen, inwieweit ein polyglotter Staat, dessen Völker nicht in Eintracht und Zufriedenheit

[6] Aurel von Kecskemethy, Graf Stefan Szechenyis staatsmännische Laufbahn. Deutsch. Pest 1868. S. 9.

leben, aktionsfähig ist. Wir werden uns bei der Beantwortung von der Geschichte beraten lassen.

Vivenot hat zur Ehrenrettung des österreichischen Ministers des Äußern Freiherrn von Thugut eine Serie von vertraulichen Briefen herausgegeben. In der Einleitung bemerkt er[7]:

„Daß die eigentümlichen Verhältnisse eines aus den heterogensten Elementen zusammengesetzten und hierdurch fortwährend inneren und äußeren Konflikten ausgesetzten Staatskörpers . . . eine höchst vorsichtige Staatspolitik, man könnte fast sagen Staatsphilosophie erfordern, das wurde von allen jenen, die mit der Geschichte Österreichs erbarmungslos ins Gericht gingen, kaum jemals in Betracht gezogen."

Die veröffentlichten Schriftstücke sind für jeden interessant, der sehen will, wie alle auswärtige Politik doch zuletzt die inneren Verhältnisse als ausschlaggebend anerkennen muß. Nicht viel weniger als Freiherr von Thugut befaßte sich Fürst Metternich in seinen nachgelassenen Papieren mit Österreichs Zuständen. In einem Vorschlage über die Zentralverwaltung in Österreich heißt es zutreffend:

In politisch-geographischer Hinsicht bildet der österreichische Staat gleichsam ein offenes Land in der Mitte des europäischen Kontinents. Von allen Seiten von größeren oder kleineren Nachbarn umgeben, mangelt demselben, von den höchsten Gesichtspunkten genommen, eine zusammenhängende militärische Grenze. Ihre große Stärke muß die Monarchie in sich selbst, in dem Gemeinsinn ihrer Völker, in ihrer politischen, militärischen und finanziellen Administration suchen[8].

Fürst Metternich hat in diesen Sätzen die Sachlage sehr richtig erfaßt; von seinen Vorschlägen kann man das freilich nicht sagen.

Wie weit die Nationalitätenfrage die auswärtige Politik berührt, sollen nur einige praktische Beispiele zeigen. In den Pariser Vorlesungen sagt der Pole Mickiewicz:

„. . . Die französische Revolution, auf Tod und Leben mit Österreich im Kampfe, dachte nie daran, die Slaven in Szene zu führen; sie sah nicht, worin die gefährliche Lage Österreichs bestehe. Napoleon auf dem Gipfel seiner Macht konnte ebenfalls das Geheimnis der slavischen Völker nicht verstehen. Die Polen waren die ersten,

---

[7] Alfred Ritter von Vivenot, Vertrauliche Briefe der Freiherrn von Thugut. Wien 1872.

[8] Fürst Richard Metternich-Winneburg, Aus Metternichs nachgelassenen Papieren. Wien 1881. II. Teil, V. Band. S. 67.

welche sich bemühten, in Betracht dessen die französischen Kabinette aufzuklären. Es muß sich im Pariser Archiv der auswärtigen Angelegenheiten ein von General Dombrowski entworfener Plan vorfinden, welcher die ganze slavische Bevölkerung genau beschreibt und die Mittel angibt, durch die sie in Bewegung zu setzen wäre."[9]

So charakteristisch auch verschiedene Ereignisse des Jahres 1848 gewesen sind, überspringen wir sie doch und gehen gleich zu einer interessanten Bemerkung über, die Dr. Heinrich Friedjung dem Verhältnisse zwischen Österreich und Rußland vor dem Krimkriege widmet:

„Der Druck, der auf allen Nationalitäten Österreichs, sowohl auf den 1848 abgefallenen wie auf den treugebliebenen, lag," — heißt es — „war ein Hindernis für eine mutige und tätige auswärtige Politik. Diese Sorge wollte der Zar bannen und gab deshalb im Herbste 1853 die Zusage, er werde das Fürstentum Serbien nicht zum Losschlagen auffordern, und weitergehend nahm er für sich und seinen Sohn die Verpflichtung, unter keinen Umständen die slavischen Untertanen jemals in ihrer Treue wankend zu machen."

Einige Seiten später schreibt der gefeierte Historiker:

„Um Österreich vom Bunde mit Rußland abzuziehen, spielte Kaiser Napoleon mit dem Schreckmittel, er werde die Italiener, die Ungarn und die Polen zu den Waffen rufen. Nach dem damaligen Sprachgebrauch der Konservativen hieß das, die Revolution gegen Österreich entfesseln; dafür waren auch unter den Rumänen und Südslaven Anhänger zu finden, da Österreich überall verwundbare Stellen besaß[10]."

In Ludwig Kossuths Schriften wird frank und frei herausgesagt, daß die Mächte den ungarischen Revolutionären sofort Avancen machten, so oft kriegerische Neigungen hervortraten, und sich nur zurückzogen, wenn eine friedliche Stimmung Platz griff. Wie sehr sich Kaiser Napoleon III. für die ungarischen Emigranten interessierte, ist ja bekannt. Die lange Unterredung, die zwischen Kossuth, den die Gegenrevolution in Ungarn niedergeworfen, und dem Neffen des Korsen, den die Gegenrevolution in Frankreich in die Höhe getragen, in der Nacht am 5. Mai 1859 stattfand, hätte historisch werden können. Einen Tag später erschien eine

---

[9] Adam Mickiewicz, Vorlesungen über slavische Literatur und Zustände. Deutsch. Leipzig 1849. III, 51.

[10] Dr. Heinrich Friedjung, Der Krimkrieg und die österreichische Politik. Stuttgart 1907. S. 13 u. 39.

Kundmachung, die mitteilte, daß sich „über Aufforderung der französischen Regierung zur Vorbereitung der Befreiung des ungarischen Vaterlandes“ Kossuth, Teleky und Klapka zu einem Direktorium vereinigt haben[11]. Wenn Österreich den Krieg von 1859 „unerwartet schnell“ unter Preisgabe der Lombardei durch den Waffenstillstand von Villafranca beendete, so wirkte die Furcht vor den Magyaren darauf zweifellos entscheidend ein. „Man hatte sich genötigt gesehen, das unzuverlässige Korps Clam-Gallas, das zumeist aus Ungarn bestand, in das Innere Österreichs zu schicken,“ bemerkt Dr. Heinrich Friedjung[12] vielsagend. Auch im Jahre 1866 „galt die wichtigste Sorge des Kaisers Ungarn“[13]; wenngleich die Bestrebungen des Grafen Csaky und Ludwig Kossuths, die Revolutionierung des Stephansreiches einzuleiten, im Sande verliefen und die „Legion Klapka“ trotz der Unterstützung durch Bismarck nicht mehr als eine Operettenrolle spielte, so haben diese Regungen des alten rebellischen Geistes doch ein Gefühl der Unsicherheit erzeugt, das in Kriegszeiten zum verfolgenden Dämon der Schuldbewußten wird. Wir gehen hier nicht weiter auf die von den Nationen Österreich-Ungarns auf eigene Faust geführte internationale Politik ein, die sich in Pilgerzügen, Memoranden und Demonstrationsbesuchen nicht weniger als in direkter Einflußnahme auf den Lenker der auswärtigen Geschäfte[14] manifestierte und heute noch mannigfach kundgibt. Es sei nur auf einige bezeichnende Demonstrationen hingewiesen, die der russisch-türkische Krieg ausgelöst hat. In Ungarn und Galizien begann die antirussische Agitation wieder höher und stärker zu branden.

[11] Ludwig Kossuth a. a. O. I, 97 u. 252 ff.

[12] Dr. Heinrich Friedjung, Der Kampf um die Vorherrschaft in Deutschland. VI. Auflage. I, 31.

[13] Dr. Heinrich Friedjung a. a. O. II, 370.

[14] Nur ein Beispiel: Die „Schwarze-Meer-Frage“, die im Jahre 1870 durch Rußland aufs Tapet gebracht wurde, veranlaßte Dr. Rieger, dem Grafen Beust namens der tschechischen Nation ein Memorandum zu überreichen, in dem ausgeführt war, daß es angezeigt sei, sich mit dem Schwarzen Meere zu beschäftigen, in der Richtung jedoch, daß Rußland in dessen Besitz nicht gestört werden dürfe. – Graf von Beust, Aus drei Vierteljahrhunderten. Stuttgart 1887. II, 426.

In Budapest fand am 26. Juli 1877 eine von 8000 Menschen besuchte Volksversammlung statt, die gegen die Ausbreitung der russischen Macht protestierte und die Kriegführung in Bulgarien brandmarkte. Dieses Beispiel wurde im ganzen engeren Ungarn nachgeahmt. Bei den Kroaten dagegen standen Sympathiekundgebungen für Rußland auf der Tagesordnung [15], desgleichen bei den Tschechen, die im Jahre 1877 den Serbenführer Tschernajeff in Prag bejubelten und in einer Adresse an Aksakoff den „Zarbefreier“ überschwänglich feierten. Und mit welchen gemischten Gefühlen wurde erst die Kunde von dem Falle Plewnas in den einzelnen Zentren des Habsburgerstaates aufgenommen!

Genug der Fakten! Wir sehen schon, daß niemand einen Staat, dessen Nationen so heterogene Elemente darstellen und von dem Gebiete, auf dem sie weilen, noch nicht geistig und territorial Besitz ergriffen haben, mit gutem Gewissen in Aktionen verwickeln könne. Nicht etwa, daß Österreich-Ungarn vogelfrei, der Laune seiner Nachbarn preisgegeben sein würde. Wenn Kaiser Franz Josef das Pferd besteigt, stehen seine Völker hinter ihm, sagte selbst Bismarck einmal. Dem Rufe des Monarchen wird immer Folge geleistet werden, sofern die politischen Verhältnisse nur leidlich sind. Wenn Österreich-Ungarn von außen ein Unrecht zugefügt würde, wenn es sein Schwert für eine gerechte Sache erheben müßte, dann vermöchte es Kräfte zu entfalten, die seiner Größe entsprächen. Die Verschiedenartigkeit der Bevölkerung bringt es eben auch mit sich, daß alle Bemühungen des Auslandes zur Erzeugung innerer Unruhen — welchen Ausgangspunkt man immer ins Auge faßt — doch schlimmstenfalls bloß bei einer oder zwei Nationen verfangen könnten. Aber selbst in diesen Nationen gäbe es genug Elemente, die, wenn nicht mit Begeisterung, so doch nach dem Gesetze der Trägheit den angestammten Fahnen folgen würden. In einem Kampfe, in dem Österreich-Ungarn mit Verzweiflung sein angegriffenes

[15] **Walter Rogge**, Österreich seit der Katastrophe Hohenwart-Beust. II, 339 ff.

Recht verteidigen müßte, wäre die Bevölkerung beinahe zur Gänze sicher. Anders stünde es, wenn die Habsburgermonarchie nicht durch das unerbittliche Schicksal gezwungen, sondern für Einzelinteressen oder sonst ungerechtfertigt zu Felde zöge. In der Aufregung der Gefahren wird das böse Gewissen lebendig und bedrückt die Seele des Verantwortlichen. Viel früher als der Staat brechen in solchen Fällen die Lenker desselben zusammen. Man kommt zu dieser Erkenntnis unfehlbar, wenn man sich die Vorgänge, die mit den Zahlen 1859 und 1866 zusammenhängen, psychologisch erklärt. Die Geißel des bösen Gewissens wird nun in Österreich-Ungarn stets vorhanden sein, so lange es ungelöste Probleme von fundamentaler Bedeutung gibt.

Nach den Tagen von Magenta und Solferino war Freiherr von Bruck — einer der allerbesten Köpfe unter den vielen Persönlichkeiten, die das undankbare Alt-Österreich, statt auf das Piedestal zu heben, fallen ließ — der erste, der dem Kaiser den Wechsel der Methode, des Systems, empfahl. Das ist damals ein schönes Zeugnis für seinen Mut und Scharfblick gewesen. Heute sollte man meinen, daß der Zusammenhang zwischen innerer und äußerer Politik klarliege. Der Neuliberalismus ist deshalb nicht nur eine Notwendigkeit für das Innenleben Österreichs, sondern auch für dessen Machtentfaltung nach außen. Erst wenn er zur Herrschaft gekommen ist, erst wenn der Industrialismus Österreichs Völker mit ihrem Schicksale versöhnt hat und Ungarn neue Wege wandelt, wird die Habsburgermonarchie nach jeder Richtung hin volle Gelenkigkeit gewinnen. Bis dahin muß man sich doch immer an Herders Wunsch erinnern:

„Daß dieser Fall der großen Stadt (Rom)
Die sicher-stolzen Völker lehre,
Der größte Staat ist schwach, der ungezählte Heere,
Doch keine Patrioten hat!“

Dies kann ebenso den Herrschenden wie den Beherrschten zur Lehre dienen.

4. Die Balkanpolitik.

Bei unseren bisherigen Ausflügen in die auswärtige Politik haben wir folgende zwei Gesichtspunkte für die Beurteilung gewonnen: Erstens, der europäische Orient ist als einziges Interessenfeld für die diplomatische Betätigung Österreich-Ungarns übrig geblieben; zweitens, die inneren Verhältnisse des Habsburgerstaates schließen die Befriedigung ambitiöser Gelüste aus. Es soll nun nicht behauptet werden, daß die maßgebenden Kreise andere als durchaus friedliche Gedanken leiten; doch es ist anderseits nicht zu leugnen, daß man sich da und dort über die Tragweite eines Vormarsches nach dem Osten nicht im klaren zu sein scheint. Unmittelbar nach dem serbischen Königsmorde wurde von verschiedenen Persönlichkeiten und Organen innerhalb und außerhalb des Reiches der Rat gegeben, das Banner der Habsburger auf den Türmen Belgrads aufzupflanzen, und weniger entschieden kehren ähnliche Einflüsterungen immer wieder. Wir wollen vom Standpunkte des deutsch-österreichischen Neuliberalismus aus untersuchen, welche praktischen Folgerungen aus den eben angeführten theoretischen Erkenntnissätzen zu ziehen sind.

Der Neuliberalismus rechnet mit einer bestimmten wirtschaftlichen Entwicklung. Jeder gesunde nationalökonomische Aufstieg braucht nun Zeit und Ruhe. Wer Österreich zum Industriestaate machen will, der muß für den Frieden eintreten. Doch nicht allein wirtschaftliche, auch politische Überlegungen sprechen dafür. Wir haben gesehen, daß der Neuliberalismus nicht auf eine Nation beschränkt bleiben darf, wenn er nach Herrschaft strebt. Er wendet sich an die Völker Zisleithaniens und sucht in seine Reihen die verschiedenen Nationen aufzunehmen. Jede auf Aktionen abzielende auswärtige Politik würde aber diesem Zusammenschlusse hinderlich sein; denn so lange die von uns vorgezeichnete politisch-wirtschaftliche Achsenverschiebung nicht vorgenommen ist, so lange in Österreich nicht die Demokratie des Industrialismus heimisch erscheint, wird das Gefühlsleben

der Völker einer einmütigen Politik nach außen entgegenwirken. Vom Neuliberalismus jedoch muß gewünscht werden, daß er in allen Fragen die Stärke zur Geltung bringe, die in der Prinzipien- und Willensgleichheit und Festigkeit liegt. Daraus ergibt sich das Verlangen nach politischer Selbstbescheidung, das ja mit den Bedürfnissen des Staates in vollkommener Übereinstimmung steht. Doch ehe wir ganz beruhigt sein können, wollen wir die Frage beantworten, ob der Neuliberalismus durch seine Taktik nicht in eine ähnliche Situation hineingeraten könnte wie der Altliberalismus in den Siebzigerjahren. Die Verhältnisse haben sich seit dieser Zeit so stark geändert, daß sie heute geradezu entgegengesetzt geartet sind. Was damals falsch war, kann demnach jetzt richtig sein. Auch handelt es sich für den Neuliberalismus nicht um ein Dogma: Opposition um jeden Preis!, sondern um eine den Bedingungen der Zeit sowohl als den Umständen anzupassende Strategie. Die Abneigung gegen weltpolitische Aktionen darf nicht identifiziert werden mit der Blindheit gegen weltpolitische Erfordernisse. Sollte Österreich-Ungarns Schicksal in Frage stehen, sollte die Aktion aufgezwungen werden, dann würden die Neuliberalen ihre Pflicht erfüllen. Sie fühlen sich mit Österreich verwachsen, weil sie in diesem Lande wurzeln und an dessen Zukunft glauben. Sie werden Österreich nicht im Stiche lassen und bloß Mahner zur Besonnenheit sein, die kühle Köpfe bewahren.

Allein kehren wir das Blatt wieder um, gehen wir nochmals vom Staate und nicht von der Partei aus. Im vorhergehenden Abschnitte wurden die Erscheinungen geprüft, die von jeder Expansionsbestrebung abhalten; forschen wir jetzt nach den Gründen, die für eine Politik der Aktivität vorgebracht werden könnten. Diese vermögen nur dynastischer, politischer und wirtschaftlicher Natur zu sein. Die erste Kategorie fällt von vornherein weg, da unsere Epoche über die ausschließlich dynastische Politik hinausgewachsen ist. Das Hausinteresse repräsentiert einen verjährten Rechtstitel. Wie sieht es mit den politischen Argumenten aus? Die politischen Triebfedern der Großmachtsentfaltung sind zwei-

facher Art. Der Staat, der zu ihr greift, will Ansehen gewinnen und Einfluß ausüben. Er sucht auf den Gang der Weltpolitik einzuwirken, kurz: Geschichte zu machen. Zur Großmachtspolitik führt aber auch das Bedürfnis oder der Drang nach Erweiterung. Nach beiden Richtungen hin müssen wir jetzt unsere Untersuchungen führen. Die Habsburger sind in den hundert Jahren, in denen sie nicht mehr des heiligen römisch-deutschen Reiches Kaiserglanz umfließt, krampfhaft bestrebt gewesen, das in vergangenen Jahrhunderten aufgespeicherte Ansehen zu erhalten; mit welchem Erfolge, das lehrten die Tatsachen. Dabei haben sich die leitenden Staatsmänner im allgemeinen zweier Methoden bedient, die sich zueinander wie Extreme verhalten. Beide Mittel waren nicht geeignet, Respekt abzugewinnen, denn dieser erfließt aus der Furcht oder aus der Liebe. Um Angst einzujagen, schien der Habsburgerstaat zu schwach, und Liebe hat er nie zu säen verstanden. Es ist sehr instruktiv, Vergleiche über die auswärtige Politik Österreichs und Englands anzustellen. Das Inselreich besitzt in ganz Europa Freunde; überall wo es unterdrückte Völker gab, bedeutete es die Hoffnung, überall wo die Freiheit ihr Haupt erhob, wo ein Volk sich neue Staats- oder Regierungsformen schuf, trat es fördernd auf den Plan. England ist der große Verbündete der Völker gewesen, und diese lohnen Güte mit Dank. Österreich hingegen hat sich ausnahmslos an die Kronen gehalten und — Undank geerntet. Das ist die tiefere Ursache seiner schlechten Erfahrungen. Im Februar 1853 war die Dynastie Montenegros nahe daran, von den Türken vertrieben zu werden. Österreich lieh ihr jedoch seinen Schutz und erhielt den Duodezstaat, der jetzt abwechselnd Rußlands oder Italiens Intrigen gegen Österreich-Ungarn unterstützt. Serbiens Dynastie war im Winter des Jahres 1885 dem Untergange nahe, als das Heer des Fürsten Alexander I. von Bulgarien die serbische Armee kampfunfähig gemacht hatte. Da schritt Österreich-Ungarns Gesandter in Belgrad, Graf Khevenhüller, ein und rettete einen wankenden Thron. Dafür wird Serbien von den Mächten je nach Bedarf benützt, um die Pläne

Österreich-Ungarns zu durchkreuzen. Leider muß zugegeben werden, daß die Diplomatie der Habsburgermonarchie auf der einen Seite durch eine oft recht unangebrachte Geschäftigkeit und Nervosität, auf der anderen durch eine unzeitgemäße Saumseligkeit vieles selbst verschuldet hat. Österreich-Ungarn gewann die kleinen Staaten nicht zu Freunden und stieß die Türkei ab.

Wie ganz anders spann Deutschland das Netz seiner Orientbeziehungen! Still, ohne jede störende Unruhe, eroberte der Hohenzollernstaat das Terrain. Bei den Slaven und Romanen geschätzt, in der Türkei hoch im Ansehen, hat er heute im Balkangebiete fast den Einfluß des erbgesessenen Österreich. Aber Deutschland gewinnt nicht nur Macht, es stärkt seine kommerzielle und vor allem seine finanzielle Stellung. Chéradame[1] verlegt die erste offizielle Manifestation des Einflusses der Berliner Regierung beim Sultan in das Jahr 1882; wieweit ist Deutschland seither gekommen! Forscht man nach der Erklärung für diese Erfolge, so stößt man nicht nur auf eine anerkennenswert geschickte Politik, sondern noch auf ein psychologisches Moment, das die weitestgehende Aufmerksamkeit verdient. Deutschland will keine Erbschaft machen; darum ist es so willkommen. Bismarcks Wort, daß er für Mazedonien nicht einmal die Knochen eines pommerschen Grenadiers opfern würde, klingt noch in den Ohren nach. Die Anspruchslosigkeit Deutschlands wirft schon heute eine sichere Jahresrente ab, indes die anderen nur sich selbst Zukunftswechsel ausstellen. Wer auf der Balkanhalbinsel weder direkt noch indirekt Fuß fassen will, hat die Herzen für sich! Die Teilung der Türkei ist keine Angelegenheit, die lediglich die Pforte und die ländergierigen Mächte unmittelbar interessiert; sie erfüllt alle Balkanstaaten und -völker mit leidenschaftlicher Erregung. Wer zählt die Völker, nennt die Namen, die auf Mazedonien und

[1] André Chéradame, La question d'Orient, La Macédoine, Le Chemin de fer de Bagdad. Paris 1903. Troisième édition. S. 3.

Albanien ein Recht zu haben glauben? Will man nicht an ein Dutzend Interessen anstoßen, so muß man die Karte der Türkei vorurteilslos und selbstlos betrachten können; wer bei ihrem Anblick an territorialen Gewinn denkt, der verliert. Um die Sympathien der Balkanvölker zu fesseln, bedarf es nur des offenen und ehrlichen Bekenntnisses zur Gladstone'schen Devise: Mazedonien den Mazedoniern! Warum sollte nun Österreich-Ungarn diese einfache Taktik nicht einschlagen können? Welches politische Interesse hält den Staat von ihr ab? Vielfach taucht das ominöse Wort: Prestige auf, wenn man diese Frage aufwirft. Weil Josef II. im Verein mit der Kaiserin Katharina II., die schon frühzeitig den Wunsch hegte, Konstantinopel zu besetzen und die Türkei zu teilen, den Krieg mit der Pforte begann und von der früheren Abwehrstellung Österreichs zum Angriffe überging, deshalb soll die Habsburgermonarchie im Osten derzeit eine falsche Politik befolgen? Man hat in den letzten hundert Jahren den „Josefinismus" in fast allen Stücken verleugnet, und nur in einem Punkte der auswärtigen Politik will man an ihm festhalten, damit das Prestige nicht erschüttert werde! Dabei wird augenscheinlich vergessen, welche Lehren die Okkupation Bosniens und der Herzegowina gibt.

Um mit Erfolg auf einen Platz im Oriente aspirieren zu können, muß man jederzeit schlagbereit und aufnahmsfähig sein; denn niemand weiß, wann das Stichwort zum Eingreifen fallen wird. Was aber sollte das Österreich-Ungarn, das seine inneren Angelegenheiten nicht geordnet hat, mit einem Erbstücke im Balkangebiete anfangen, selbst wenn dieses als leichte Beute erhascht werden könnte? Erörtern wir all dies an einem praktischen Beispiele. Die siamesischen Zwillinge waren im Vergleiche zum Habsburgerstaate weit besser daran; sie vermochte das Messer des Chirurgen restlos zu teilen. Wenn man heute Österreich-Ungarn auseinanderschneiden würde, bliebe immer noch das Okkupationsgebiet zurück. Da der Übergang zur Personalunion bis zu einem gewissen Grade so eine Trennung bedeutet, erscheint diese Erwägung durch-

aus nicht inaktuell. Wir wollen ganz außer acht lassen, daß die zwischen Österreich-Ungarn und der Türkei geschlossene Konvention vom 21. April 1879 im Anschluß an den Berliner Vertrag vom 13. Juli 1878 die Souveränitätsrechte des Sultans über die beiden Provinzen aufrechterhält und uns an die Verhältnisse, wie sie de facto und nicht wie sie de jure sind, halten, wenn wir fragen: Was würde mit dem Okkupationsgebiete nach dem gänzlichen Abbruche des Dualismus geschehen? Das Problem ist nicht unlösbar, aber es bereitet doch die größten Sorgen. Vor allem muß man sich die Tatsache ins Gedächtnis rufen, daß die ungarischen Staatsrechtler die Anschauung vertreten, Ungarn könne auf gewisse Neuerwerbungen im Osten ein alleiniges Besitzrecht geltend machen. Das ungarische Staatsrecht ist kein Blatt Papier, sondern eine Macht; es siegte zuletzt doch immer über Österreich. Wäre Ungarn ein Reich für sich, dann erschiene die Sachlage sehr einfach. So jedoch wurden und würden die Besitzergreifungen von beiden Reichshälften gemeinsam durchgeführt, und deshalb ist der Fall kompliziert. Eroberungen kosten Gut und Blut. Die Okkupation Bosniens und der Herzegowina hat Österreich-Ungarn Auslagen von zusammen zweihundert Millionen Gulden verursacht[2]. Österreich allein hat also in das orientalische Unternehmen 140 Millionen Gulden Bargeld hineingesteckt, und es kann diese Summe nicht verfallen lassen. Wie wird es diese in der Zukunft hereinbringen? Aber schon jetzt erweist sich der wirtschaftliche Nutzen des Okkupationsgebietes für Zisleithanien nicht größer als für Transleithanien. Ungarns Einfuhr nach Bosnien und der Herzegowina stieg den Gewichtsmengen nach (also ohne Vieh) von $30^{23}/_{100}$ % im Jahre 1899 auf $51^{46}/_{100}$ % im Jahre 1903, während gleichzeitig der Anteil Österreichs und des Auslandes von $69^{77}/_{100}$ % auf $48^{54}/_{100}$ % sank. In derselben Periode fiel zwar der Anteil Ungarns an der Ausfuhr des Okkupationsgebietes von $35^{41}/_{100}$ auf

[2] Dr. Gustav Kolmer, Parlament und Verfassung in Österreich. II, 454 und 457.

$25^{64}/_{100}$ %[3]; doch dieser Rückgang kommt dem Wirtschaftsleben Zisleithaniens kaum zugute, denn der Ausfall für Ungarn ist wohl zum Teile darauf zurückzuführen, daß sich die Produktionsplätze von dem ungarischen Zwischenhandel stark emanzipiert haben und direkt mit dem Auslande verkehren. Bei der mangelhaften Anlage der Statistik läßt sich eine genaue Orientierung nicht durchführen.

Betrachten wir noch die andere Seite der Medaille. Was haben Bosnien und die Herzegowina durch die Okkupation gewonnen? Die Antwort läßt sich scheinbar sehr leicht geben. Das k. und k. Reichs-(gemeinsame)Finanzministerium veröffentlichte im Vorjahre einen voluminösen Rechenschaftsbericht über die Verwaltung von Bosnien und der Herzegowina, in dem zu blättern eine wahre Freude ist. Alles was darin steht, flößt die Überzeugung ein, daß Österreich-Ungarn eine eminente Kulturarbeit zu verzeichnen hat. Ein verwahrlostes Gebiet wurde allmählich zur Stätte der Zivilisation. Als Österreich-Ungarn sein neues Arbeitsterrain betrat, gab es im Lande so gut wie gar keine, modernen Anforderungen auch nur halbwegs entsprechenden Anstalten für den „primären Unterricht". Die 535 mohammedanischen Sibbian-Mektebs, in denen lediglich das türkische Alphabet, das Lesen des Korans und die islamitische Glaubenslehre gelehrt wurden, zählten nicht, ebensowenig die 54 römisch-katholischen und 56 serbisch-orthodoxen Elementarschulen[4]. Es mußte also erst die Grundlage für die Erziehungsarbeit Österreich-Ungarns gelegt werden, und so erklärt es sich, daß bloß schrittweise vorgegangen werden konnte. Das Tempo war sehr langsam, aber trotzdem: Bosnien und die Herzegowina haben ihr Wesen modernisiert, die Züge der Barbarei sind verschwunden. Wie schwer diese Erfolge zu erreichen waren, wie viel Klugheit, Zielbewußtsein, Zähigkeit notwendig gewesen sind, das kann man zwischen den Zeilen

---

[3] „Das Handelsmuseum", Wien, 4. Januar 1906.

[4] Bericht über die Verwaltung von Bosnien und der Herzegowina. Herausgegeben vom k. und k. gemeinsamen Finanzministerium. Wien 1906. S. 153.

der 667 Großoktav-Druckseiten des Berichtes lesen. Möglicherweise hätte Österreich-Ungarn gar nicht so weit kommen können, wenn ihm nicht im Reichsfinanzminister Benjamin von Kallay ein anerkanntes Organisationstalent zur Verfügung gestanden hätte. Mit Glücksfällen kann man aber nicht immer rechnen. Und dennoch: Unter welchen Voraussetzungen konnten diese Kulturtaten einzig und allein vollbracht werden? Über wie viele Dinge auch der Bericht über Österreich-Ungarns Verwaltung mit Stolz sprechen kann, einem Punkte weicht er doch ängstlich aus: den politischen Verhältnissen. Mit gutem Grunde. Der Kaiser von Österreich und König von Ungarn ist Bosnien gegenüber ein absoluter Herrscher. Im Okkupationsgebiete gibt es nicht einmal den Ansatz zu einer Volksvertretung. Die breiteren Schichten der Bevölkerung werden kaum zur Lokalverwaltung herangezogen. In den 54 Bezirken des Landes bestehen bloß die aus der Zeit der türkischen Verwaltung stammenden Bezirks-Medzlis; das sind Beiräte, die jeweilig ernannt werden. Beratungen derselben finden nicht statt, sondern der ganze Medzlis oder einzelne Mitglieder erhalten von Fall zu Fall eine Vorladung zum Amte[5]. Das einzige Feld, auf dem sich ein enger Kreis der Bevölkerung mehr administrativ als politisch betätigen kann, ist die Gemeindeverwaltung. Wir müssen uns deshalb ihre Einrichtung etwas genauer ansehen.

Die Landeshauptstadt Sarajevo wurde zuerst mit einem Statut bedacht. Die Gemeindeverwaltung besteht aus dem von der Regierung ernannten Bürgermeister, aus zwei gleichfalls ernannten Vizebürgermeistern und 27 Gemeinderäten, von welch letzteren 12 dem mohammedanischen, je 6 dem römisch-katholischen und serbisch-orthodoxen und 3 dem jüdischen Glaubensbekenntnisse angehören müssen. Ein Drittel dieser Gemeinderäte wird von der Regierung ernannt, zwei Drittel werden von der Bevölkerung gewählt, wobei sich diese jedoch an den Konfessionsschlüssel halten muß. Wähler sind die Landesangehörigen sowie die österreichischen und ungarischen Staatsangehörigen, die seit drei Jahren in Sarajevo domizilieren, die unbescholten und mindestens 24 Jahre alt sind, sofern sie 4 Kronen Grundsteuer, 18 Kronen Gewerbesteuer oder 50 Kronen Ausschanksteuer

[5] Bericht S. 28.

zahlen oder einen freien Beruf ausüben. Gewählt können nur die aktiv Wahlberechtigten werden, die fünf Jahre in Sarajevo wohnen, des Lesens und Schreibens kundig sind und den Minimalzensus von 12 Kronen Grundsteuer, 54 Kronen Gewerbesteuer oder 150 Kronen Ausschanksteuer erreichen. Regierungsbeamte, Priester und Lehrer erscheinen vom passiven Wahlrecht ausgeschlossen. Ein ähnliches Statut erhielt auch die nächstgrößte Stadt Mostar. In Bosnien und der Herzegowina bestehen heute im ganzen 97 organisierte Gemeinden. Früher wurden die Gemeinderäte der 95 Gemeinden (außer den beiden genannten Städten) von der Regierung ernannt. Im Jahre 1897 gelangte jedoch in 4 Kreisstädten, 45 Bezirksstädten und 11 Expositurorten ein neues Normalstatut zur Einführung, das im Wesen die gleichen Tendenzen verfolgt wie das Statut von Sarajevo[6].

Nun haben wir das Geheimnis der österreich-ungarischen Erfolge erkannt. Während in Serbien und Bulgarien der Radikalismus tobt, in Rumänien der Antisemitismus und Fanatismus auf der einen, der stumpfe Konservatismus auf der anderen Seite störend wirkt und in Mazedonien die Völker nach ihrer Art um die Freiheit ringen, hat der Habsburgerstaat mit starker Hand den Absolutismus aufgerichtet. Die politische Rechtlosigkeit ist die Basis der günstigen Ergebnisse. Wir erheben keinen Vorwurf: auch uns scheint es schlechterdings keinen anderen Ausweg zu geben, wenngleich wir glauben, daß ein gewisses Maß von Kreisselbstverwaltung als Vorläufer für einen Landesausschuß oder Beirat gewährt werden sollte. Man bedenke doch, was es hieße, in Bosnien und der Herzegowina eine Verfassung wie etwa in Serbien einzuführen! Im Lande gab es nach der Volkszählung von 1895 828 190 Männer und 739 902 Weiber, mithin 1 568 092 Seelen.

Diese scheiden sich nach den Konfessionen in

673 246	serbisch-orthodoxe Christen,
548 632	Mohammedaner,
334 142	römische Katholiken,
8 213	Israeliten,
3 596	Protestanten.

Die agrarische Bevölkerung umfaßt 1 385 291 Seelen; unter den Familienhäuptern befinden sich

[6] Bericht S. 59 ff.

5 833 Gutsbesitzer,
9 408 Freibauern,
9 004 Kmeten (etwa zehentpflichtige Grundpächter),
9 234 Kmeten mit nebstbei eigenem Grundbesitze[1].

Wer Ziffern zu beleben versteht, dem wird sofort das Bild eines unergründlichen Chaos vor das Auge treten, wenn er sich die Masse der bosnisch-herzegowinischen Bevölkerung in politischer Erregung denkt. Die Gegensätze zwischen den einzelnen Konfessionen sind im Oriente mindestens ebenso stark wie die nationalen in Mitteleuropa. Hierzu kommt noch der Umstand, daß das Okkupationsgebiet durchaus nicht national einheitlich besiedelt ist.

Dies sind die politischen Eindrücke, die Bosnien und die Herzegowina auslösen. Daß es in ganz Mazedonien und Albanien keinen Fleck gibt, wo die Verhältnisse bloß annähernd so günstig wären wie im Okkupationsgebiete, muß wohl nicht erst erwiesen werden. Was sollte also Österreich-Ungarn anfangen, wenn es neuerdings einen Teil der Türkei einer geregelten Verwaltung zuführen müßte? Es könnte nur das Gebiet des Absolutismus zu erweitern trachten; denn ob die Kräfte ausreichen würden, das zu tun, mag bezweifelt werden. Absolutismus und Kultur oder Freiheit und ein Tohuwabohu: in der nächsten Zeit gibt es eben lediglich diese Alternative für einen Staat, der nach dem Orient von außen Ordnung bringen soll. Der Absolutismus der Bequemlichkeit, den die Türkei seit Jahrhunderten aufrechthält, müßte von einem wahrhaft aufgeklärten Absolutismus — als Übergangsstadium — abgelöst werden. Das leuchtet uns ein, doch die Völker des Orients würden das nicht begreifen. Österreich-Ungarn wäre in ihren Augen mit ewiger Schmach beladen, wenn es den aufgeklärten Cäsarismus nach dem Osten trüge, und wir haben doch früher, bei einem Seitenblicke, gesehen, daß der Habsburgermonarchie einmal im Oriente eine hervorragende, für die ganze Menschheit segensreiche Rolle zufallen könnte, sofern sie sich zum freiesten Staate Europas ausgestaltet und im

[1] Bericht S. 8.

Scheine der Freiheit nach allen Seiten hin erglänzt. Darum Hand weg vom Balkangebiete! Warten wir, bis wir und bis die anderen für eine Gemeinschaft reif geworden sind!

Mit den politischen Gründen, die von den Aktionsphantasten für Österreich-Ungarn geltend gemacht zu werden vermöchten, ist es somit nicht weit her. Prüfen wir nunmehr das letzte dankbare Argument: das wirtschaftliche Interesse. Es ist sehr lehrreich, sich die Zahlen anzusehen, die den Anteil des einzelnen Einwohners an dem Außenhandel in den verschiedenen Staaten illustrieren. Dieser betrug

für Österreich	87	Francs,
„ Frankreich	223	„
„ Deutschland	234	„
„ Großbritannien	534	„
„ die Schweiz	590	„
„ Belgien	608	„
„ Holland	1490	„

Wir gewinnen daraus die Erfahrung, wie gut sich die Verhältnisse für die Staaten, die keine säbelrasselnde Großmachtspolitik treiben, gestalten. Den Absatz der Waren erzwingt auf dem Weltmarkte nicht der Soldat, sondern die Tüchtigkeit. Nicht mit Armeen, mit Preislisten und Qualitätsproben werden Handelsverbindungen angeknüpft und vertieft! Nun ist es ja richtig: Österreich-Ungarn hat an dem wirtschaftlichen Verkehre auf der Balkanhalbinsel ein unvergleichlich stärkeres Interesse als Deutschland, England oder Frankreich; aber es braucht, um sich daselbst entfalten zu können, nur dieselben Bedingungen wie die anderen Reiche. Offene Türen im Orient: darin gipfelt die Hauptforderung der industriellen Kreise in der Habsburgermonarchie. Die Erhaltung der offenen Tür ist jedoch kein spezifisch österreichisches Interesse, sie ist ein europäisches Bedürfnis. Wie sollte sich daher die Aspiration auf den Erwerb eines neuen Territoriums im Osten mit wirtschaftlichen Beweisen begründen lassen? Österreich-Ungarn hat wirklich keine Veranlassung, die Hände in ein

Wespennest zu stecken; dem Staate wurden schon zu viel Stiche versetzt. Vorläufig gibt es daheim genug zu tun. Wozu sollte man sich noch die Beschwernisse anderer Völker aufhalsen? Der Ehrgeiz, das orientalische Problem zu lösen, bleibe anderen überlassen. Das Habsburgerreich beschränke sich auf die einzig zweckmäßige und einträgliche Politik, die darin besteht, wirtschaftlich und finanziell immer tiefer Wurzel zu schlagen. Eine neue, unter österreichisch-ungarischem Einfluße erbaute Bahnlinie im Orient hätte mehr Wert als ein neues Stück politischen Kampfbodens. Es gibt Leute, die immer anderen raten wollen, sich selbst jedoch vergessen; man nimmt sie nicht ernst, lächelt sogar über sie. Wenn Österreich-Ungarn nicht in seiner inneren und äußeren Politik Umkehr hält, dann könnte es passieren, daß es der Monarchie so erginge wie diesem Menschentypus.

Bisher haben wir konstatiert, daß bei einer vernünftigen Haltung für Österreich-Ungarn aus der Existenz der Orientfrage keinerlei direkte Veranlassung zur Aktion hervorgehen könnte. Ist nun nicht die Gefahr eines indirekten Antriebes gegeben? Außer dem Habsburgerstaate verfolgen noch zwei andere Reiche die Ereignisse auf dem Balkangebiete mit Ungeduld und mit versteckten Hoffnungen. Es sind das Rußland und Italien. Das Zarenreich ist ein alter Rivale. Für Rußland würde die Besitznahme von Konstantinopel nicht allein die Erfüllung eines alten Sehnens sein, sondern auch die Krönung der panslavistischen Politik bedeuten, in deren Dienst der letzte Krieg mit der Türkei geführt wurde. Wir haben uns demnach die Frage vorzulegen, welchen Wert Konstantinopel für den Habsburgerstaat repräsentieren könnte. Wäre es Österreich-Ungarn möglich, seine Machtsphäre über die ganze heutige Türkei zu ziehen und etwa von Bosnien und der Herzegowina aus — das kleine Montenegro verschlingend — seine Herrschaft bis zum Schwarzen Meere auszudehnen, dann würde die alte Hauptstadt des byzantinischen Reiches ein Juwel in der langen Kette der Besitztümer sein. Wer aber kann an diese Riesen-

leistung denken? Als isolierter Stützpunkt wäre Konstantinopel für Österreich-Ungarn bloß eine Belastung, keine Bereicherung. Diese Gedanken mögen auch Bismarck den Satz: „Wenn ich österreichischer Minister wäre, so würde ich die Russen nicht hindern, nach Konstantinopel zu gehen...“ [8], in die Feder diktiert haben. Ein Staat wie Rußland wird um so schwächer, je mehr er in die Breite wächst. Die panslavistische Idee aber, der das Zarenreich zeitweilig gedient hat, ist nicht an territorialen Besitz gebunden; sie setzt sich kühn über die Grenzen hinweg und verbindet die Völker, wenn sie stärker wird als das patriotische Sonderempfinden. Mit dem Panslavismus kann Österreich-Ungarn, wie schon mehrmals betont, nur im Innern fertig werden.

Als zweiter Nebenbuhler käme für den aktionslustigen Habsburgerstaat Italien in Betracht. Die italienischen Aspirationen auf Albanien, die Leopold Freiherr von Chlumecky in einem — trotz seiner von unserer Anschauung abweichenden Behandlung der Orientfrage — dankenswerten Buche nachgewiesen hat, können von Österreich-Ungarn nicht leicht genommen werden. Wir sagen dies nicht, weil sie Österreich-Ungarns traditionelle Orientpolitik berühren, sondern weil sie an die Lebensbedingungen des Habsburgerstaates greifen. Schon für die alte Königin der Meere, für Venedig, galt als Axiom, jede politische Gestaltung eher zu dulden als eine solche, die beide Adriaufer in die Hand eines einzigen Herrn spielen könnte [9]. In einer ähnlichen Lage wie vormals die Dogenstadt befindet sich jetzt die Habsburgermonarchie. Ein moderner Staat, der Welthandel treiben will, muß seine Schiffe unbehindert ins Meer hinaussenden können. Das Österreich des Industrialismus wäre ohne den ohnehin kargen Besitz an der Meeresküste nicht gut denkbar. Von Triest aus kann es mit den anderen Völkern in Wettbewerb treten; später, wenn die Verbindung der Donau mit dem Meere her-

[8] Otto Fürst von Bismarck, Gedanken und Erinnerungen. Stuttgart 1898. II, 263.

[9] Leopold Freiherr von Chlumecky, Österreich-Ungarn und Italien. Wien 1907. S. 55 ff.

gestellt sein wird, werden sich auch andere kommerzielle Ausfallstore finden. Immerhin käme die Absperrung Triests vom Mittelländischen Meere einer wirtschaftlichen Erdrückung Österreichs gleich; denn hier entscheiden nicht allein die Ziffern, die die Warenbewegung in diesem Hafen aufweist. Würde Italien tatsächlich nach Albanien hinüberdringen, dann könnte es ohne viele Mühe zwischen Brindisi und Valona den Eingang in das Adriatische Meer verlegen. Bloß die Eventualität wirkt schon wie ein Alarmschuß. Für Österreich steht Triests, für Ungarn Fiumes Zukunft auf dem Spiele.

Volksbewegungen und Volksideale sind oft unergründlich. Nicht immer berät das Hirn, und das Herz führt manchmal eine allzu laute Sprache. Man muß demnach mit der Möglichkeit rechnen, daß in Italien einmal die Besonnenheit unterliegen und die Phantasterei triumphieren könnte. Das wäre dann der verhängnisvolle Zeitpunkt, in dem nichts anderes übrig bliebe, als zum Aufmarsche der Wehrkräfte zu blasen. Es muß aber durchaus nicht dazu kommen, wenn man in Österreich-Ungarn rechtzeitig zur Vernunft gelangt. Freiherr von Chlumecky bemühte sich in seinem Buche, Frankreich als den selbstsüchtigen Berater Italiens hinzustellen, der Roms Blick auf Albanien und Mazedonien lenkte, damit die Zusagen, die von der Republik wegen Tripolis gemacht wurden, ein Wechsel auf lange Sicht blieben. Uns scheinen die Quellen der italienischen Balkanpolitik wo anders zu liegen, denn der Annäherung zwischen Frankreich und Italien gingen die Vorbereitungen der Vermählung des derzeitigen Königs mit einer Tochter des montenegrinischen Fürsten weit voraus. Italiens Orientphantome hat Österreich-Ungarns falsche Geschäftigkeit hervorgerufen. Die Bevölkerung der Halbinsel und ihre Wortführer faßten um so eher Mißtrauen, als sie für den Habsburgerstaat ohnehin nur Argwohn übrig hatten. Von diesem Punkte müssen wir bei unseren Überlegungen ausgehen. Worauf beruht der nicht hinwegzusprechende scharfe Gegensatz zwischen Italiens Bevölkerung und dem offiziellen

Österreich? Eine Reihe von Vorfällen ist auf die klerikale Stimmung in den Wiener Hofkreisen und freilich auch in breiten österreichisch-ungarischen Bevölkerungsmassen zurückzuführen. Der Habsburgerstaat hat in den großen Schicksalsstunden für Italien die Partei des Papstes und nicht des Volkes ergriffen; das wurde zum Verhängnis. Auch Frankreich schützte den weltlichen Thron des Statthalters Christi mit seinen Truppen; allein der leichtbeweglichen Republik war es nicht schwer, ihre Haltung zur richtigen Zeit zu ändern. Anders das konservative Österreich! Wie erfreulich hätte das Verhältnis der beiden Nachbarreiche sein können, wenn die geplante Verehelichung der österreichischen Erzherzogin Mathilde mit dem Kronprinzen Humbert von Italien in den Sechzigerjahren zustande gekommen und wenn später der Besuch des italienischen Königs in Wien mit einem Gegenbesuche in Rom beantwortet worden wäre. Doch der Statthalter des erhabenen Friedenbringers auf Erden stand als Hindernis da. Daraus ergab sich eine Spannung zwischen den beiden Dynastien, die, miteinander verbündet, einander doch innerlich ferne stehen. Das italienische Volk war dem Hause Habsburg und Österreich nicht immer schlecht gesinnt. Das Regime Metternichs löschte aber die Sympathien aus. Je mehr sich in Italien der Gedanke der nationalen Befreiung einbürgerte, desto weiter wurde die Kluft zwischen dem Volke und dem offiziellen Österreich. Im Jahre 1848 wandten sich die Italiener mehrmals an die „deutschen Brüder“, die Tirols Einheit verteidigten. In der erregten Zeit konnten die Völker einander nicht finden. Unter dem Einflusse des Konkordats wurde der Abstand wieder größer und größer. Als Italien in den Kriegen von 1859 und 1866 sein Gebiet abrundete und nur einzelne Splitter in Österreichs Händen zurücklassen mußte, da hörten die irredentistischen Bestrebungen natürlich nicht auf. Und wenn die Garibaldihymne erklingt:

Wir kommen, wir kommen, auf, junge Scharen,
Im Wind wehn die Fahnen, die heilig stets waren!
Auf, alle! Mit Feuer und Schwert seid da,
Auf, alle! Mit Glut für Italia!
Hinaus aus dem Lande, die Zeit ist da,
O, Freunde, hinaus aus Italia — —

dann erinnert man sich wohl, daß Garibaldi im Jahre 1866 nur widerwillig und mit dem schmerzlichen Ausrufe: „Ich gehorche!“ dem Befehle, das Trentino zu räumen, folgte[10]. Österreich hat es unterlassen, dem Irredentismus durch eine liebevolle Behandlung seiner Italiener einen Damm entgegenzusetzen; es wollte die irredentistische Gefahr in Italien bannen, obgleich es doch viel einfacher gewesen wäre, sie von Österreich aus unwirksam zu machen. Die Italiener wurden als Stiefkinder statt als Muttersöhnchen angesehen. Man darf sich daher nicht wundern, wenn in Italien alle Pläne populär werden, die gegen Österreich gerichtet sind. Jetzt gibt es nur ein Mittel zur Beseitigung der Verbitterung. Es heißt: nationale Autonomie, Freiheit und Fortschritt in Zisleithanien! In Trient erhebt sich zwar drohend das Dante-Monument, und in Bozen steht ihm das Standbild Walters von der Vogelweide gegenüber. Doch das ist ja eben bezeichnend. Zwei Völker, die Dante und Walter, Tasso und Goethe zu den ihren zählen, die keine nennenswerten entgegengesetzten wirtschaftlichen Interessen haben, können einander nicht die Hände reichen, weil sich dunkle Mächte dazwischen drängen. Möchte man sich doch einer Episode erinnern, die der wackere deutschnationale Dichter Adolf Pichler ergreifend schildert. Im Sturmjahre war er mit der Studentenlegion nach Tirol gezogen, um die Loslösung Welschtirols zu verhindern. Nach einem Gefechte trat er in einen Saal, in dem sich ein italienischer Gefangener befand.

„Mein freundliches Wort“ — schreibt Pichler — „öffnete sein Herz. Begeistert erzählte er von der Erhebung seines Volkes, die selbst in den Tagen des Rotbartes keine so allgemeine war. Darauf redeten wir von Dante, dem alten Freiheitsapostel Italiens; welche Lieder würde

[10] Pietro Orsi a. a. O. S. 271.

er jetzt singen, da allen Völkern Europas das Morgenrot der Auferstehung leuchtet. Bald reicht der welsche Kriegsgefangene dem deutschen Soldaten die Hand — es war eine Versöhnung weltgeschichtlicher Ideen im heiligen Geiste der Zukunft. War es nicht im Grunde derselbe Gedanke, für den wir stritten? Ich stand in den Reihen der Märzkämpfer und hatte das Schwert ergriffen, um Deutschlands Grenzen zu schirmen, er focht für das neuerwachte Italien . . .[11]."

Wie wunderbar! Von welcher Seite immer man Österreich-Ungarns Politik betrachtet, man kommt stets zu dem gleichen Schlusse, daß der Feudalismus überwunden werden müsse, und daß jenseits desselben des Lebens höchste Güter winken. Wie nahe scheint das Heil und doch — der Staat der Pessimisten zögert, dahin zu gelangen!

5. Die Bündnispolitik.

Ein altes Sprichwort sagt: si vis pacem, para bellum; Staaten, die den Frieden wollen, müssen an Bündnisse denken. Der Dreibund war zur Aufrechterhaltung der Ruhe in Europa geschaffen worden, und er wurde nach dieser Richtung hin seiner Aufgabe ganz gerecht. Doch schon Bismarck führt in seinen „Gedanken und Erinnerungen" aus, daß die internationale Politik ein flüssiges Element sei, das zeitweilig erstarre, aber bei Änderung der Atmosphäre in seinen ursprünglichen Aggregatzustand zurückkehre. Das Vorhandensein der Tripelallianz würde also an sich für die Zukunft nicht viel bedeuten, wenn es nicht zwingende Gründe für ihre Existenz gäbe. Überlegen wir nun, welcher Art die Interessen sind, die Österreich-Ungarn bei dem Abschlusse von Bündnissen leiten müssen. Ein Blick auf die Landkarte zeigt, daß für den Habsburgerstaat in erster Linie drei Nachbarreiche in Betracht kommen. Wie im gesellschaftlichen Leben aufwärtsstrebende Elemente den Anschluß an sozial höhergestellte oder zumindest von dem gleichen Ehrgeize beseelte Menschen suchen, so werden auch Staaten, die emporkommen wollen, ihr Augenmerk auf den kulturell entwickeltsten Nachbar lenken. Wirtschaftliche und geistige Rücksichten lassen mithin die

[11] Adolf Pichler, Das Sturmjahr. Berlin 1903. S. 109.

Anlehnung Österreich-Ungarns an Deutschland ratsam erscheinen, und völkische Erwägungen sprechen nicht dagegen. Die nationale Autonomie wird den Völkern Zisleithaniens ihre individuelle Entwicklung sichern und die Ordnung der eigenen Angelegenheiten anvertrauen. Die Einflüsse von außen werden also, wenn die derzeitige Verfassungseinrichtung verschwindet, das Verhältnis der Nationen zu dem Staate nicht weiter berühren können. Den Tschechen beispielsweise muß dann die Allianz mit Deutschland vorteilhafter als die mit Rußland erscheinen, weil sie zu einem Staate mit rationellem Wirtschaftsleben Brücken schlägt, während der Feudalismus in Österreich-Ungarn durch die Hinneigung zu Rußland neue Kraft zu gewinnen vermöchte. Welche Nachteile könnte denn das Bündnisverhältnis mit Deutschland den Tschechen bringen, wenn sie einmal die Regelung ihrer nationalen Angelegenheiten selbst in die Hand genommen haben? Die Rückkehr des national-autonom-organisierten Österreich zu zentralistischen Staatsmaximen wäre doch nicht zu fürchten, weil es keinen Staatsmann geben kann, der bewußt das Dach über seinem Kopfe anzündet. Anderseits ist es eitler Trug, wenn die Tschechen vielleicht glauben, durch eine künstliche Verstärkung slavischer Einflüsse in Österreich den Deutschen die kulturelle Führung zu entwinden. Die Zurückdrängung des Deutschtums in Österreich wäre ja gleichbedeutend mit der Herabdrückung des geistigen Niveaus, mit der Hemmung des industriepolitischen Aufstiegs, mit der Unterbindung der wirtschaftlichen Kräfte und mit der Schwächung der für Freiheit empfänglichsten Bevölkerungsteile. Es wird allerdings noch einiger Zeit bedürfen, bis die Tschechen sich zu diesen Ergebnissen realpolitischer Erwägungen bekennen werden. Aber die Ernüchterung, die Abkehr von dem ererbten Chauvinismus, kann nicht ausbleiben, wenn in Österreich einmal die nationale Kirchturmpolitik überwunden ist und die entscheidenden wirtschaftlichen Fragen auf die Tagesordnung gestellt sind. Die anderen slavischen Völker vermögen sich dieser Überlegung auf die Dauer gleichfalls nicht zu verschließen. Unter den

Ruthenen hat die russophile Strömung erfreulicherweise stark abgenommen, und die Intelligenzkräfte dieses Volkes suchen seit langem Fühlung mit der deutschen Kulturwelt; erzählte doch schon Gregor Kupzanko vor zwanzig Jahren die leidvollen Schicksale der Ruthenen dem deutschen Volke in der Absicht, Teilnahme zu erwecken[1]. Für die realpolitisch denkenden Polen mag wohl einmal, wenn Rußland ihren Volksgenossen die nationale Selbstverwaltung gewährt hat, ein gewisser ideeller Reiz vorhanden sein, die Anlehnung an das Zarenreich der Allianz mit Deutschland vorzuziehen; doch auch bei ihnen muß die Berücksichtigung der wirtschaftlichen Verhältnisse die Abneigung überwinden, die die Polen in einem demokratischen Österreich gegen die preußische Ostmarkenpolitik empfinden dürften. Ebenso haben die Südslaven Zisleithaniens kein einleuchtendes Argument gegen ein deutsch-österreichisches Bündnis vorzubringen. Die panslavistischen Schimären werden ja an Reiz einbüßen, sobald die Verhältnisse in Österreich die Völker nicht mehr zwingen, zu ihrer seelischen Aufrichtung Ausflüge ins wundervolle und unbegrenzte Reich verführerischer Phantasie zu unternehmen. Vom Standpunkte der höheren Zweckmäßigkeit sehen wir demnach, daß alles die Aufrechterhaltung der Allianz mit Deutschland befürwortet, nichts aber widerrät. Desgleichen könnten einem Zusammenwirken mit Italien nur Vorteile entspringen, wenn die Freundschaft nicht bloß auf dem Papier steht, sondern auch in den Herzen sitzt. Wir haben im letzten Abschnitte die Ursachen der gegenseitigen Entfremdung zwischen den Häusern Habsburg und Savoyen behandelt. Die Erkenntnis der Fehler sagt schon, was zur Besserung der Beziehungen notwendig wäre. Ein wirklich freiheitliches Österreich-Ungarn müßte mit Italien in vollster Harmonie leben können, und Italien wieder fände keinen anderen Staat, der ihn mit gleicher Selbstlosigkeit in seinen berechtigten Forderungen unterstützen könnte. Vom deutsch-österreichischen Stand-

[1] Gregor Kupzanko, Die Schicksale der Ruthenen. Leipzig 1887.

punkte aus betrachtet, läßt sich gegen die Zweckmäßigkeit des Dreibundes keinerlei Einwand erheben; wenn dieser trotzdem gelockert erscheint, so haben dahin nur Mißverständnisse geführt, nicht innerer Zwang.

Jedenfalls muß Österreich-Ungarn den innigen, geistigen und kulturellen Anschluß an Deutschland suchen und ihm durch das Bündnis mit dem Deutschen Reiche eine feste Grundlage geben. Die Beziehungen zwischen den zwei Staaten sind so mannigfaltig und bedeutend, daß eine Abschwächung schon unangenehm fühlbar werden müßte. Das Interesse ist auf beiden Seiten gleich stark; Österreich-Ungarn tritt an Deutschland nicht mit leeren Händen heran, denn seine Freundschaft begründet für den Hohenzollernstaat eine Rückendeckung, die bei dessen exponierter Lage von dem größten Werte ist. Erst das Bündnis mit Österreich-Ungarn macht Deutschland aktionsfähig. Inwieweit der Habsburgerstaat für das Deutsche Reich im Kriegsfalle in Betracht käme, soll hier nicht erörtert werden. Unter allen Umständen aber wäre zu wünschen, daß die öffentliche Meinung in Deutschland aufhöre, die Habsburgermonarchie als einen verlorenen Staat anzusehen, als ein Reich, das seinem Untergange zueilt, ohne daß man wüßte, was an seine Stelle treten werde. Als der Verfassungskampf in Ungarn eine für die Krone schwierige Situation schuf, konnte man diese Stimmung aus der deutschen Presse entnehmen.

Man muß auch im Auslande erkennen, daß der Staat an der Donau nicht unter Qualen ein langes Leben beende, sondern ein neues, besseres Dasein beginne. Ebenso wie man in Zisleithanien Alt-Österreich geistig überwinden mußte, wäre es an der Zeit, daß man sich im Auslande von der althergebrachten Vorstellung emanzipiere und mit dem Neu-Österreich, das nicht mehr durch die Vorherrschaft eines Stammes geschwächt, sondern durch das Zusammenwirken aller seiner Völker gestärkt wird, rechne. Hat man sich einmal dazu aufgeschwungen, dies zu tun, dann wird sich das richtige Verhältnis zum innerösterreichischen Probleme

unschwer ergeben. Die Anschauung, daß sich in Österreich minderwertige Völker an unantastbaren Rechten vergreifen, gehört in die Rumpelkammer veralteter Meinungen. Besonders Deutschland hat alle Ursache, die geringschätzige Behandlung der nichtdeutschen Volksstämme Zisleithaniens aufzugeben, und in demselben Maße, als dies geschieht, wird der Wert des Bündnisses mit Österreich steigen. Der Donaustaat ist kein Markt, auf dem ein Splitter des deutschen Volkes verhandelt wird, wie man vielfach glaubt; dazu sind die Deutschen viel zu stark, viel zu selbstbewußt und viel zu opferbereit. In Österreich ralliieren sich die Völker, die der Zentralismus gegeneinandergehetzt und durcheinandergeworfen hat, nicht um einander zu befehden, sondern in Gemeinschaft nutzbringend zu arbeiten. Die Hauptförderung der Entwicklung von der konstitutionellen Anarchie zur Demokratie wird vom Neuliberalismus ausgehen, und ihm muß das Wohlwollen und die Sympathie des aufgeklärten Auslandes zufallen und Unterstützung leihen. Als die Griechen die Fesseln der Türkei sprengten, als die Polen für ihre Nation und für ihr Vaterland kämpften, da stand das aufgeklärte Europa teilnehmend an ihrer Seite. Nun denn, in Zisleithanien vollzieht sich etwas Größeres, Erhabeneres, Bedeutungsvolleres. Acht Völker erhoben sich, um sich von ihrem ärgsten Bedrücker zu befreien: von der Tradition, die vielleicht das Gute gewollt, aber immer das Böse bewirkt hat.

Piererscbe Hofbuchdruckerei Stephan Geibel & Co. in Altenburg.

Pierersche Hofbuchdruckerei Stephan Geibel & Co. in Altenburg, S.-A.

